ak
ARBEITERKAMPF / ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
Jg. 18 Nr. 296 27. 6. 88 5 DM C 21734 E

Schuldenkrise S. 6

Ende des Antiimperialismus?

Umbau der sowjetischen Außenpolitik

In den letzten Wochen geriet eine der letzten heiligen Kühe der KPdSU unters Messer: die sowjetische Außenpolitik. Die Freude von FAZ bis TAZ ist groß, die analytische Substanz der veröffentlichten Kritik hingegen bisher gering. Wer die Sowjetunion immer schon für eine tendenziell aggressive Supermacht hielt, die für den Ost-West-Konflikt ebenso verantwortlich ist wie die USA, kann sich bestätigt sehen. Den unerschütterlichen Altgläubigen bleibt nur der Trost, daß die Genossen in Moskau sich dabei schon etwas Kluges gedacht haben werden und daß hinter den Allerweltsparolen sicher insgeheim eine revolutionäre Analyse und Strategie steht.



Außerdem stellen wir in diesem AK die Thesen des ZK der KPdSU für die 19. Allunions-Parteikonferenz vor. Seiten 4 u. 5



UdSSR : Italien, Stuttgarter Neckarstadion, 22.6.88

Vergessen in der Betongruft?
Freilassung von Ulla und Ingrid

„... Das ist ein Effekt der Isolationshaft, daß man die Hermetik internalisiert, die Sprache verliert, auf Terminologie zurückgreift. Es ist ein schrecklicher Effekt, aber offenbar nicht vermeidbar. Ich zum Beispiel wollte ja durchaus nicht die Hardlinerin spielen, und trotzdem — es ging einfach nicht anders. Ich habe jetzt mühsam meine Sprache wiedergefunden, in der Arbeit am Buch, aber vor allem eben durch die Möglichkeit, zu SPRECHEN, auch wenn's nur Blödsinn und nur an zwei Stunden des Tages ist. Wenn du wochenlang 24 Stunden pro Tag durchschweigst UND auch noch kein Material zur Verfügung hast, dann tritt offenbar zwanghaft dieser Effekt ein, und das finde ich mörderisch, bedrohlich, beängstigend bis dorthinaus. Ich bin ja nun wirklich ein Mensch, der über Sprache reflektiert, der sein Leben lang nichts anderes getan hat, als eben zu lesen und zu schreiben, wenn das also schon mir passiert, dann weißt Du, was sich bei Leuten abspielt, die nicht so sprachfixiert sind und wesentlich länger als drei Monate in Totaliso sind ... bin sehr gespannt, ob zum Beispiel die weniger politisierten oder auch ablehnenden Teile der Bewegung sich aufraffen können, gegen Isolationshaft zu kämpfen, (protestieren, was auch immer ihre Formen seien). Ob sie jetzt kapieren, daß das nicht geht, daß Menschen in einer Betongruft verschwinden, egal, wie frau selber politisch zu diesen Menschen steht. Na, we shall see. Ich leiste mir gerade einen geradezu leichtfertigen Optimismus ..."

(Aus einem Brief von Ingrid Strobl, München, 29.4.88)



Brief an den Rechtsanwalt

Seit 6 Monaten sitzen Ulla Penselin und Ingrid Strobl wegen Verdacht auf „Rote Zora"-/ RZ-Mitgliedschaft in U-Haft.
Sie müssen sofort freigelassen werden!

Seite 11

Gespräch mit den Frauen vom Gen-Archiv Essen

Seite 23

Massenpsychologische Funktion der AIDS-Panik

Seite 26

Atombombenforschung
ein gefährliches Spiel

Ihre schwedische Freunde wurden von den westdeutschen Sozialdemokraten als die Verwirklicher einer Friedens-, Wohlstands- und Sozialpolitik im Kapitalismus bewundert. Daß sie in den sechziger Jahren ganz praktisch an einer eigenen Atombombe arbeiteten, wurde in der Propaganda nicht erwähnt, war SPD-Führern wie Fritz Erler und Helmut Schmidt aber wohlbekannt. In Militärdebatten nahmen sie sich Schweden als Vorbild: Vertagung einer Entscheidung über eigene Bomben derweil man sich alle Optionen offenhielt. Für Tage Erlanger und Olof Palme hieß das Fortsetzung der Entwicklungsarbeiten, Erforschung von Atomwaffen-„Designs", Simulationen von Kernexplosionen und schließlich zwölf unterirdische Tests mit kleinen Mengen Plutonium. Was aber bedeutete dies für die SPD, als sie die Regierung übernahm? Noch danach sorgte Helmut Schmidt als Herausgeber der „Zeit" dafür, daß nichts bekannt wird, als er 1986 einen von der Redaktion abgenommenen Artikel aus der Wocnenzeitschrift werfen ließ, der über Militärforschungen des Fraunhofer-Instituts in der Zeit der sozialliberalen Koalition berichtete und brisante Fragestellungen aufwarf. Wie die Öffentlichkeit manipuliert wird, hat der Atomskandal zwischen Hanau und Mol gezeigt. Am Ende blieb vom Proliferationsverdacht nur, daß es „ungeheurlich" war, ihn auszusprechen. Tausende falsch deklarierte Fässer mit radioaktivem Inhalt sind vergessen. Militärische Ambitionen werden geleugnet, dafür tadeln lauter Kapitalismuskritiker in den Medien, die Profitmacherei der Hanauer Transnuklear.

Die Verbindungen Olof Palme-Helmut Schmidt und Hanau-Mol auf Seite 8

Pornographie
Was hat die „Emma"-Kampagne gegen Pornographie für die Frauen gebracht? Eine Bilanz und Aktionsberichte
Seite 19-20

Blutmai 1929
33 Menschen wurden von den Truppen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel in Berlin am 1. Mai erschossen.
Seite 29

KDV
Die Wehrmüdigkeit in der BRD erreichte 1987 einen neuen Höhepunkt. Wie steht es um die politische Arbeit unter Kriegsdienstverweigerern?
Seite 30-31

München:

Sumpfblüten grüner Realpolitik


AZ münchen
Rassismus-Vorwurf gegen Münchner Sozialreferenten

AZ münchen
100 Rathausbeamte laufen Sturm gegen Sozialreferent Stützle
„Ausländerfeindlichkeit" des CSU-Politikers unter Beschuß

tz vom 28.6.

4 REGION MÜNCHEN
Beim „Tag des Ausländers": Stützle wurde niedergebrüllt
Demonstranten schrien: „Rassist"

KOMMENTAR
Stützle muß sich stellen

Mit Schweigen versucht die CSU, die Affäre um den Sozialreferenten Stützle zu vertuschen. Das rassistische Gedankengut des Sozialreferenten soll unter den Tisch gelegt werden.

Stützle hat seine Thesen zur Ausländer- und Familienpolitik nicht privat, sondern öffentlich geäußert. Als Sozialreferent, der sich auch um Ausländer kümmert, vertiert er damit seine Glaubwürdigkeit. Wie sollen ihm denn auch Ausländer Vertrauen schenken, wenn er sie als Bedrohung beschreibt?

Stützle muß sich endlich einer öffentlichen Diskussion stellen. Ein Argernis für sich, daß ihm das OB Kiesl und die CSU noch nicht klargemacht haben. AZ

AZ, 4.8.82

Das war 1982...

Der bislang einmalige Deal zwischen grün-alternativen und christlich-sozialen Stadträten in München verhalf den Grünen zu einem der dreizehn Referentenposten und der CSU zur sicheren Mehrheit in der städtischen Verwaltung: Die Stadt-Grünen wählten drei CSUler direkt mit, weitere fünf CSU-Kandidaten tolerierten sie durch Stimmenthaltung. Das erste Gebot des grünbayerischen Glaubensbekenntnisses („Bei uns gibt es keinen Linienstreit") gerät nun in leichtes Schlingern, flackern doch trotz penetranter Beschwichtigungsversuche durch grüne Parteimanager immer wieder Unruheherde auf. Spektakulärster Fall: Der Rücktritt des Landesvorstandssprechers und Ex-MdB Eberhard Bueb, weil er sich mit seiner Kritik an der Münchner Affäre auf der letzten Landesversammlung nicht durchsetzen konnte. Was die Wogen besonders hochtreibt: Der von den Grünen mitgewählte Sozialreferent Hans Stützle (CSU) ist ein stadtbekannter Rassist, für dessen Entlassung 1982 eine breite öffentliche Kampagne lief.

Die Wahl der Referenten

Die Wahl der Referenten

Am 9. März wurden 12 von 13 Verwaltungsreferenten Münchens (mindestens 13.000 DM plus dicke Spesen) neu gewählt. Vorausgegangen waren wochenlange Taktierereien, Stammtischgespräche und Intrigen, von denen normalerweise nur die Akteure selbst detaillierte Kenntnis besitzen.

Materieller Hintergrund sind die komplizierten Mehrheitsverhältnisse: Gab es ursprünglich nach der letzten Wahl zwischen CSU und SPD mit je 35 Stadträten ein Patt, das sich durch sechs Grüne, vier FDPler und einen Oberbürgermeister (Kronawitter, SPD) zu einer klaren grün-roten Mehrheit (42 zu 39) verwandeln ließ, verschob sich das Bild im letzten Jahr durch den Rechtsabsprung zweier SPDler, die fortan mit einer eigenen Fraktion (USD) der CSU zu einer knappen Mehrheit (41 zu 40) verhalfen.

Daß da alles ran muß, ist klar. Nun mußte *„mein Stadtratskollege aus der CSU, Herr Zrenner, nach langem Krankenhausaufenthalt wegen Herzbeschwerden nun trotz frischem Oberschenkelhalsbruch anwesend sein, Kollege Werner Eckert, CSU, hatte während der Wahl einen Herzanfall, mein Fraktionskollege Gerd Wolter mußte mit einem Herzleiden, das noch nicht auskuriert ist, auch kommen, was menschlich eigentlich nicht mehr vertretbar ist ..."* (1) schreibt die grüne Stadträtin Sabine Csampai. Warum die Einschränkung „eigentlich"?

Nicht nur menschlich Unvertretbares boten die Grünen an diesem Tag, auch politisch setzten sie neue realpolitische Maßstäbe. Wie vorher abgesprochen, verhalfen sie mit ihren Stimmen drei von der CSU favorisierten Kandidaten zur notwendigen Mehrheit. Weitere fünf CSU-Anwärter wurden gewählt, weil sich entweder die Grünen enthielten oder Stimmen aus der SPD dazukamen, im Einzelnen ist das kaum zu rekonstruieren. Interessant ist dabei, daß sich die Grünen standhaft weigern, ihr eigenes Stimmverhalten exakt zu belegen, das deutet zumindest auf kein gutes Gewissen.

Als Belohnung erhielten die Grünen die geschlossene CSU/FDP-Unterstützung für ihren eigenen Mann, Georg Welsch, Müllspezialist und nun Kommunalreferent. Noch zwei blieben übrig: Einem Sozialdemokraten wurde mit grünen Kreuzchen das Kulturreferat zugeschlagen (die CSU hatte da eh kein Interesse dran) und das Planungsreferat, für das sich CSU und SPD bereits auf einen Kandidaten geeinigt hatten, ging ebenfalls an die SPD. Hier gab's die einzigen klaren oppositionellen Stimmen der Grünen — Opposition, die nichts kostet.

Auf zweieinhalb engbedruckten A3-
Seiten begründeten die Stadtratsgrünen später ihr Abstimmungsverhalten. Jedem
Seiten begründeten die Stadtratsgrünen später ihr Abstimmungsverhalten. Jedem Referat ist ein besonderer Abschnitt gewidmet, in dem die kommunalpolitische Bedeutung des Bereiches, die infrage kommenden Kandidaten und die eigenen taktischen Überlegungen dargestellt werden. Vieles mutet an wie „Das kleine Einmaleins des grünen Realpolitikers", manches aber auch schon wie die großen Lügen etablierter Machtprofis.

Z.B. Taktisches: *„Die SPD-Fraktion und wir hätten bei geschlossener Stimmabgabe für einen anderen die Chance gehabt, die sog. Gestaltungsmehrheit für die Referentenwahl zu kippen. Klar war aber auch, daß wir die FDP-Stimmen für unsere KandidatInnen auf diesem Weg nicht gekriegt hätten. (...) Somit wären wir draußen geblieben, das konnte nicht unser Interesse sein ..."*

Z.B. Heuchlerisches: *„So fiel uns letztlich die Wahl, Dr. Zimmermann (CSU) zu wählen, nicht sonderlich schwer, da wir prinzipiell Sach- vor Personalentscheidungen stellen."*

Z.B. Undurchsichtiges: *„Hier müssen Genies der Mathematik und der Psychologie ran, um herauszufinden, wer hier nun wen gewählt hat."* (1)

Ein Anfang wäre sicherlich, wenn wenigstens die Grünen mal offenlegten, wer von ihnen wen gewählt hat. Statt dessen wird in fünf von den zwölf Fällen nebulös darüber hinwegformuliert, daß das Stimmverhalten der Grünen diskret verschwiegen wird. Dafür wird es Gründe geben. Sicherlich nicht die, die in gleichlautenden CSU-Grünen-Erklärungen nachträglich vorgetragen wurden: Aus „rein sachlichen Erwägungen" seien jeweils die „qualifiziertesten Kandidaten" gewählt worden. Eine vertraute Sprachregelung zur Abtarnung taktischer Personalschiebereien.

Nun, nachdem die Herzkranken wieder in ihre Betten eingefahren waren, sollte nach getaner Schmuddelarbeit wenigstens richtig gefeiert werden, schließlich passiert es nicht alle Tage, daß ein Grüner in einer so großen und schönen Stadt wie München über den Schlachthof, die Großmarkthalle, die Lebensmittelmärkte und die Müllabfuhr herrschen darf. Also lief das bayerische Bier in Strömen, und man ließ sich die Stimmung auch nicht von ein paar Grantlern vermiesen.

Eine Woche später wurde noch einmal selbstbewußt bekräftigt: *„Die Wahl von Georg Welch werten Landesvorstand und Münchener Fraktion als Chance, grüne Programmatik in der Öffentlichkeit klarer darzustellen."* Zu diesem Zeitpunkt war angeblich keinem der gestandenen grünen Kommunalpolitiker bekannt, wem sie soeben mit ihren Stimmen zum Amt des Sozialreferenten verholfen hatten.

Wer ist Hans Stützle?

Hans Stützle, bereits seit 79 Münchener Sozialreferent, verfaßte mit Datum vom 4.2.1982 ein internes CSU-Papier (2), in dem er *„die aufrüttelnde, wissenschaftlich exakt untermauerte Arbeit"* des französischen Sorbonne-Professors Pierre Chaunu mit dem Titel „die verhütete Zukunft" ausgiebig und zustimmend zitiert. Chaunu und Stützle malen das erschröckliche Bild einer fast ausgestorbenen BRD an die Wand. *„Noch ein paar*
nen BRD an die Wand. „Noch ein paar
Jahre des Lebens in Saus und Braus, dann wird es das Modell des Zerfalls und schließlich der Ausrottung sein. (...) Mit jedem Jahr, das nun ins Land geht, ohne daß auch nur irgend etwas erkennbar wird, was uns endlich den Teufelskreis der Implosionsspirale der Verhütung durchbrechen lassen könnte, nähern wir uns dem Augenblick, in dem wir wissen werden, daß diese schöne Zivilisation unwiederbringlich tot ist und sie nichts mehr zum Leben erwecken kann." Chaunu fordert *„Einschränkung der Abtreibung und Förderung der Familien mit Kindern"*, Zurückdrängung der „*abartigen Verhaltensweisen"* (damit meint er Verhütung), um den *„Nettoreproduktionskoeffizienten"* zu erhöhen.

Stützle, schließlich kein Professor, sondern Pragmatiker und u.a. zuständig für Asyl- und Ausländerpolitik, übersetzt für seine Kollegen *„Familien muß man jetzt und mit größtem Nachdruck fördern, wenn für morgen überhaupt noch genug einheimische Frauen heranwachsen sollen, um eine für den Generationsersatz ausreichende Kinderzahl sichern zu können."* Sonst stehe *„unser Volk jenseits des Punktes, bis zu dem noch eine Korrektur des gegenwärtigen Selbstausrottungstrends der Weißen denkbar ist. (...) Nur will in dieser Situation nicht rechtzeitig bewußt werden, welche Probleme und Gefahren die Überfremdung durch ethnische und kulturell ferner stehende Zuwanderer bedeutet."*

Nach diesen weitreichend-visionären Ausblicken bricht dann doch wieder der provinzielle Kommunalpolitiker durch: *„Wir würden an eine Utopie glauben und bitter enttäuscht werden, wenn die heute in München Lebenden hoffen wollten, ohne eine wieder stärker werdende Zahl von hier geborenen echten Münchnern werden München in 30 oder 50 Jahren, an unserem Lebensabend also, noch 'München' sein, diese unverwechselbare Heimatstadt, ... Deshalb muß München seine Familien fördern."* Mit den Grünen kann er jedenfalls wieder hoffen.

Dieses Papier gelangte 82 an die Öffentlichkeit und entfachten einen Empörungssturm. Die große Resonanz spiegelte sich in der Münchener Presse, in Stellungnahmen verschiedener Verbände, der SPD, ÖTV, ASF, dem AStA der FH, der ESG usw. und in vielen Aktionen wider. Über mindestens vier Monate zog sich das Thema „Hans Stützle" durch die Presse.

Bis heute hat sich Stützle nie von seinem Text distanziert. „Manches würde er heute nicht mehr so formulieren", war damals alles, was selbst der starke öffentliche Druck aus ihm herausquetschen konnte. Das war sogar der SPD zu wenig: *„Die entscheidende Frage ist jedoch nicht, ob Sie Gleiches anders formulieren, sondern ob Sie nach wie vor vollinhaltlich Ihre bisherigen Aussagen aufrechterhalten oder nicht."* (3)

Das spielte sich alles vor sechs Jahren ab. Zum Glück ist das noch nicht lang genug, um völlig in Vergessenheit zu geraten.

Wirbel um das schwarz-grüne Bündnis

Nach Pressemeldungen über den schwarz-grünen Deal kamen erste Proteste:
ste:

— Die Münchner AIDS-Hilfe: „Wie wollt Ihr den Betroffenen und der Schwulenszene Münchens (und Bayerns) folgenden Widerspruch erklären: Einerseits ruft die Partei und Fraktion DIE GRÜNEN dazu auf, die AIDS-Politik der Staatsregierung aktiv zu bekämpfen, andererseits fungiert die Stadtratsfraktion als Steigbügelhalter dafür, daß eben diese verhaßte Politik nun auch in München lückenlos umgesetzt werden kann." (4)

— Unabhängiges Sozialpolitisches Forum München: „... dieser Vorgang läßt die für eine Großstadt erforderliche Seriosität und Qualität bei wichtigsten personalpolitischen Entscheidungen vermissen." (5)

— Der AStA der FHS München: „Unsere Reaktion auf eure Anfrage kommt so spät, da wir in unserer Wut nicht wußten, ob wir überhaupt reagieren sollen. Ihr habt einen Rassisten als Sozialreferent gewählt! Das ist durch nichts zu rechtfertigen. Auch jede Enthaltung war eine Stimme für den Rassisten!" (6)

Öl ins Feuer goß der grüne Ex-Landesvorstandssprecher Benedikt Kaltenhauser: Er erklärte, *„die Referentenwahl sei eine Entscheidung von landespolitischer Dimension mit enormer Tragweite. CSU und Grüne kämen sich in Bayern immer näher, ..."* (7).

Schlagzeilen machte dann der Rücktritt des Landesvorstandssprechers Eberhard Bueb. Seine eh schon skeptische Haltung zu den Absprachen mit der CSU wurde durch die inzwischen publik gewordene Vergangenheit Stützles bestärkt. Er setzte sich deshalb auf der Landesversammlung am 23.4. für eine kritische Resolution zu diesem Punkt ein.

Das Parteimanagement und die Mehrheit der Delegierten reagierten mit einer Mischung aus Ignoranz und Desinteresse, Abwiegelei und schlichter, reaktionärer Rechtfertigung. *„Stützle wegen seines Papieres einen Faschisten zu nennen, lehne ich ab"* (Stadtrat Bernd Schreyer). *„Als unser Kandidat durchgefallen war, war Stützle das kleinere Übel"* (Stadträtin Sabine Csampai) oder noch dümmer: *„Die Frage nach der Wahl von Stützle gehört auf die Stadtversammlung und nicht auf die Landesversammlung".* „Gewandelt" habe Stützle sich, das zeige die gute Zusammenarbeit zwischen ihm und den Grünen. Den Gipfel lieferte ein anderer grüner Redner: Er wolle von dem Thema überhaupt nichts mehr hören, „weil's mich nervt", und weil man Stützle dadurch nur bekannt mache.

Kaum verwunderlich also, daß folgender Antrag von der Landesversammlung abgelehnt wurde: *„Für bedenklich halten wir allerdings die partielle Unterstützung des Sozialreferenten Stützle. Dieser hat sich durch reaktionäre und faschistoide Thesen für Grüne untragbar gemacht."* Aber auch zwei wesentlich schwächer formulierte Kritiken fanden keine Gnade vor der Landesversammlung: abgelehnt.

Als dann Eberhard Bueb mit einem Rückholantrag glatt durchfiel, gab er, enttäuscht und resigniert, seinen Rücktritt aus dem Landesvorstand bekannt und erklärte: *„Die Wahlunterstützung des Münchner CSU-Sozialreferenten Stützle durch die grüne Stadtratsfraktion ist mit den Grundsätzen einer radikaldemokratischen und antifaschistischen Partei unvereinbar. (...) Die Mehrheit der Delegierten hat zu verantworten, daß Rassisten mit den Stimmen von Grünen salonfähig gemacht werden, und dies zu einem Zeitpunkt, wo ein Wiedererstarken des Rechtsradikalismus in der BRD und anderswo zu verzeichnen ist. (...) Von meinem politischen Selbstverständnis her ist es mir unmöglich, einen solchen Vorgang zu vertreten."* (8)

Für diesen konsequenten und aufrechten, im Rahmen der „grünen Kultur" äußerst ungewöhnlichen Schritt mußte sich Bueb anschließend wüste Beschimpfungen gefallen lassen. *„Die Kampagne allerdings, die Du heute bezüglich der Referentenwahlen (...) veranstaltest, ist nichts als Wahlkampfhilfe für die in Bayern besonders angeschlagene SPD, deshalb für die Grünen parteischädigend und begründen ernsthafte Zweifel, wo Du eigentlich stehst ... Auch Dein spektakulärer Rücktritt, der seine Ursache sicher woanders hat, war dazu gedacht, die in München bereits abgeebbten und aufgearbeiteten Wogen neu aufzuschäumen"*, so Bernd Schreyer in einem Brief an Bueb (9). Der Fraktionsvorsitzende im Münchener Stadtrat, Gerd Wolter, bezeichnete Bueb in einem BILD-Interview als „beleidigte Primadonna", die einen spektakulären Abgang haben wollte.

„Jetzt herrscht Friedenspflicht"

Tatsächlich so lautet die Überschrift zum Thema „Stützle" in der Landeszeitung „Grüne Zeiten" 6/88, eine Formulierung, die man sich auf der Zunge zergehen lassen sollte. Sie ist ernst gemeint.

Mit ihr wird das Ende der Auseinandersetzung um Stützle hochherrschaftlich dekretiert. Das schien einigen dringend geboten, deutete sich doch noch eine Aus-
boten, deutete sich doch noch eine Aus-
weitung des Konfliktes an. Aus mehreren Bezirken und Kreisverbänden wurde der Ruf nach einer außerordentlichen Landesversammlung laut, auf der die Münchener Affäre einziger Tagesordnungspunkt sein sollte. Trotzig wandte sich der Landesvorstand *„entschieden gegen die Pläne für eine außerordentliche Landesversammlung"*, es sei *„völlig neben der Sache, die Umstände der Referentenwahlen zum Popanz einer zu unkritischen Haltung der Bayerischen Grünen gegenüber dem Faschismus zu machen".*

Um weiteren Angriffen den Boden zu entziehen, beschlossen Münchener Gremien eine Resolution, in der Selbstkritik vorgetäuscht wird: *„Die Unterstützung und partielle Mitwahl des Sozialreferenten Stützle erscheint uns jedoch als problematischer Teil der Referentenwahl"*, wird konstatiert, das war nicht schwer zu erkennen. Trotz der guten pragmatischen Erfahrungen mit Stützle *„können Äußerungen, die in die Richtung der braunen Vergangenheit Deutschlands weisen, von uns Grünen nicht so leicht für erledigt erklärt werden".* Mit Betonung auf „nicht so leicht". Aber dann geht's doch ganz leicht: *„Wir haben Verständnis für kritische Anfragen zur Wahl Stützles auch von Grünen außerhalb Münchens, ... halten jedoch an der positiven Gesamtbilanz der Referentenwahlen für die Grünen fest ...".*

Wer eine eigenen Parteimitglieder für dermaßen schwachsinnig hält, so etwas als „selbstkritische Würdigung" zu schlucken, der mutet ihnen auch noch folgenden krönenden Abschluß zu: *„Die Münchener Entschließung ist ein Beispiel dafür, daß es gelingen kann, auch inhaltlich schwerwiegende Differenzen einmal zu einem guten Ende zu bringen."* (10)

Die Münchener Grünen haben bewiesen, daß sie auf dem Gebiet der Altlastentsorgung Erstaunliches leisten. Sie bekamen ihren Referentenposten also zurecht.

M., KB Nürnberg

Quellen:
1) Die grüne Mamba, Monatlicher Rundbrief der Fraktion DIE GRÜNEN/ALM im Rathaus, Nr. 33
2) Vollständiger Abdruck des Papiers in: DOKUMENTATION, Gemeinsam für die sofortige Entlassung Stützles, München 82
3) aus einem Brief der SPD-Stadtratsfraktion vom 23.4.82, abgedruckt in 2)
4) Schreiben vom 19.3.88
5) Presseerklärung vom 25.3.88
6) Schreiben vom 8.4.88
7) Münchner Merkur vom 22.3.88
8) Presseerklärung vom 23.4.88
9) Brief vom 11.5.88
10) Michael Ther in: Grüne Zeiten 6/88

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PGiroA Hamburg 27175-203; Einzelpreis: DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800; Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.
Dieser Ausgabe ist teilweise eine Beilage zugefügt.

Zeichnung auf der Titelseite aus: „Machen Sie sofort die Schranktür zu", Zeichnungen ehemaliger Isolationshäftlinge



In Großbritannien: Protest gegen die Todesstrafen der „Sharpeville Six" — Quelle: „Sechaba" Mai 1988

Rassistischer Mord staatlich verordnet

Die Hinrichtung der „Sharpeville Six" droht

Ungeachtet der weltweiten Proteste sollen die im Dezember 1985 zum Tode verurteilten „Sharpeville Six" — Mojalefa Reginald Sefatsa (32 Jahre), Reid Malepo Mokoena (24), Oupa Moses Diniso (32), Theresa Ramashamola (26, die einzige Frau unter den Verurteilten), Duma Joshua Khumalo (28) und Francis Don Mokhesi (29) — am 19.7.88 hingerichtet werden. Derselbe Richter, der 1985 das Todesurteil gefällt hatte, lehnte jetzt als Richter am Obersten Gerichtshof in Pretoria am 10. Juni die Wiederaufnahme des Verfahrens ab. (1) Mit dem Aufschub der Urteilsvollstreckung bis zum 19. Juli will das Rassistenregime den Anschein der Rechtsstaatlichkeit wahren, indem es formal die Möglichkeit einräumt, ein Gnadengesuch an Botha zu richten.

Der zum Hinrichtungstermin bestimmte 19. Juli liegt zwischen zwei Daten, die, ebenso wie diese Justizfarce, symptomatisch sind für das Apartheidregime. Am 18. Juli begeht Nelson Mandela die Vollendung seines 70. Lebensjahres, die letzten 24 Jahre davon verbrachte er im Knast. Und am 20. Juli besteht der für weite Teile des Landes geltende Ausnahmezustand drei Jahre. (2)

letzten 24 Jahre davon verbrachte er im Knast. Und am 20. Juli besteht der für weite Teile des Landes geltende Ausnahmezustand drei Jahre. (2)

Ausnahmezustand

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes vor drei Jahren reagierte das Regime in Pretoria auf den zunehmenden schwarzen Widerstand, der von den Schulboykott-Aktionen in der zweiten Hälfte der 70er Jahre über Miet- und Konsumboykotts Anfang der 80er zu Massenstreiks der schwarzen Arbeiter anwuchs. Ausnahmezustand in Südafrika, das bedeutet neben der strukturellen Repression des Apartheidalltags die Terrorisierung der schwarzen Mehrheit durch die weiße Minderheit: Massenverhaftungen (3), Folter im Gefängnis (4), das Verbot politischer Betätigung für legale Organisationen (5) die Zensur der Medien bei Berichten über Aufstände, Polizeieinsätze, politische Prozesse und Aktionen politischer Organisationen. Zudem droht eine weitere Perfektionierung der Unterdrückung durch einige Gesetze, die Botha noch vor den Kommunalwahlen im Herbst 88 durchsetzen will. Oppositionellen Organisationen soll die Annahme finanzieller Unterstützung aus dem Ausland verboten werden, Zuwiderhandlungen sollen mit zehn Jahren geahndet werden („Promotion of Orderly Internal Bill"). (6) Den Gewerkschaften sollen jegliche „politische" Betätigung sowie „Unterstützungsstreiks" untersagt werden, im Falle sog. illegaler, wilder Streiks sollen die Gewerkschaften den betroffenen Unternehmen für Verluste haften („Labour Relation Amendment Bill"). Cyril Ramaphosa, Vorsitzender der Minenarbeitergewerkschaft NUM, bezeichnete dieses Gesetzesvorhaben als „Stich ins Herz der Gewerkschaftsbewegung". (7)

Todesurteile

Nicht zuletzt gehören zum Ausnahmezustand die rasante Zunahme von politischen Prozessen (8) und Todesurteilen (9), mit denen das Apartheidregime den militanten Widerstand zu ersticken versucht. — Von 1910 bis 1947 wurden jährlich im Durchschnitt 21 Todesurteile vollstreckt, von 1948 bis 1968 waren es 70 pro Jahr, 1985 dann 137 — Opfer der Hinrichtungen waren stets fast ausnahmslos Schwarze. 1987 wurden 155 Schwarze hingerichtet. (10) Im selben Jahr sind 105 weitere Schwarze im Polizeigewahrsam ums Leben gekommen. Der zuständige Minister erläuterte dem Parlament, 50 hiervon hätten Selbstmord verübt, 36 seien an natürlichen Ursachen gestorben, elf seien das Opfer von Angriffen durch Mitgefangene geworden und acht seien auf der Flucht erschossen worden. (11)

Gegenstand der politischen Prozesse sind meist Gewaltakte größerer Bevölkerungsgruppen im Verlauf von Streiks oder Boykottaktionen gegen Repräsentanten des Systems oder Kollaborateure. Die Verhaftungen erfolgen meist erst Wochen nach dem betreffenden Vorfall. Mit Aussagen von gekauften oder eingeschüchterten Zeugen und Spitzeln werden im Township bzw. den Gewerkschaften bekannte politische AktivistInnen vor Gericht gestellt und abgeurteilt.

Die oft sehr brutalen Gewaltakte der rebellierenden schwarzen Bevölkerung (wie z.B. das „necklacing": ein angezündeter Autoreifen wird dem Gegner um den Leib gelegt) haben ihre Ursache in der eskalierenden Brutalisierung des Apartheidsystems. Max Coleman, der Vorsitzende des Unterstützungskomitees der Eltern von Gefangenen, sagte: „Wir

den Leib gelegt) haben ihre Ursache in der eskalierenden Brutalisierung des Apartheidsystems. Max Coleman, der Vorsitzende des Unterstützungskomitees der Eltern von Gefangenen, sagte: „Wir

können diese vom Tode Bedrohten nur als Opfer der Situation in diesem Land, für die sie selbst nicht verantwortlich sind, begreifen." (12)

Die Legitimität der Gewaltanwendung im Widerstand wird selbst in Kirchenkreisen Südafrikas nicht mehr angezweifelt. Die anglikanische Kirche akzeptiert „Gewalt als eines von mehreren Mitteln zur Beendigung der weißen Herrschaft in Südafrika". (13)

Seit Juni vergangenen Jahres gibt es in Südafrika eine von einer breiten (schwarzen) Öffentlichkeit getragene Kampagne zur Rettung des Lebens der inzwischen rund 50 wegen politischer Vergehen zum Tode Verurteilten. Vom „Südafrikanischen Jugendkongreß" (SAYCO) ins Leben gerufen wird sie mittlerweile unterstützt u.a. von der „Vereinigten Demokratischen Front" (UDF), Gewerkschaften und vielen anderen Organisationen des Widerstands. (In der BRD wird diese Kampagne von der Südafrika-Solidaritätsbewegung strömungsübergreifend unterstützt, neben Unterschriftensammlungen und sonstiger Öffentlichkeitsarbeit werden Rundreisen von Angehörigen der Verurteilten organisiert.)

Die „Sharpeville Six"

Im August 1984 genehmigten die Stadträte in den schwarzen Townships im Vaal-Gebiet Mieterhöhungen ab 1. September des Jahres. Ein solcher Beschluß war für die Bewohner der Townships nicht akzeptabel. Sie mußten schon mit einer wesentlichen Steigerung der Umsatzsteuern, einer hohen Arbeitslosenrate und einer Inflation von ungefähr 14% im Jahr fertig werden. Am 2. September 1984 fanden große Kundgebungen und Streiks gegen die Mieterhöhungen statt. Am 3. September — dem gleichen Tag, an dem die neue Verfassung Südafrikas in Kraft trat, in der Rechtlosigkeit der Scharzen festgeschrieben wurde — marschierten die Leute im Vaal-Gebiet zu den zuständigen Behörden, um eine Zusicherung zu verlangen, daß die angekündigten Mieterhöhungen nicht vorgenommen würden. Nach Angaben eines Polizisten hatten sich mehrere Tausend vor dem Haus des stellvertretenden Bürgermeisters der Township Sharpeville, Dlamini, versammelt. Dlamini schoß in die Menge. Daraufhin wurde sein Haus angezündet, er wurde gesteinigt und in seinem Auto verbrannt.

Der Prozeß, der gegen sechs angebliche Teilnehmer der Versammlung vor Dlaminis Haus geführt wurde, stützte sich vor allem auf einen Zeugen, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit aussagte. Drei der Angeklagten erklärten, daß sie zur fraglichen Zeit gar nicht vor Dlaminis Haus gewesen seien. Theresa Ramashamola hatte, nachdem ihr in Polizeihaft der Arm gebrochen worden war, „zugegeben", daß sie gerufen habe: „Er schießt auf uns, legt ihn um!" Dem Verteidiger wurde die Befragung des Zeugen verboten. Die Angeklagten wurden z.T. erst mehrere Monate nach der Tötung Dlaminis verhaftet. (14)

Am 13.12.85 wurden die sechs wegen Mordes zum Tode verurteilt. Am 30.11.87 fand die Berufungsverhandlung statt, die Berufung wurde abgelehnt. Am 18.12.87 richteten die Anwälte ein Gnadengesuch an Botha. Vor dem 18.3.88 — bis zu diesem Zeitpunkt hätte Botha über das Gnadengesuch entscheiden müssen — gestand der Hauptbelastungszeuge aus der ersten Instanz des Prozesses, daß er seine belastenden Aussagen aufgrund von Drohungen durch die Polizei gemacht hätte. Daraufhin gab Botha den Fall an den Obersten Gerichtshof, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß ihn nicht Interventionen der Weltöffentlichkeit zu diesem Schritt bewogen hätten, sondern die neue Rechtslage — die Justiz sei in Südafrika unabhängig vom Staat.

Tatsächlich greift jedoch die Botha-Regierung in Gerichtsverfahren ein, wo es ihr opportun erscheint. Ein Prozeß, in dem zwei Leutnants und weitere Angehörige der südafrikanischen Armee der Mittäterschaft an der Ermordung eines schwarzen politischen Führers angeklagt waren, wurde von Botha kurzerhand aufgehoben. (15)

Rh.

Quellen und Anmerkungen

(1) Kölner Stadtanzeiger, 15.6.88
(2) a.a.O., 11./12.6.88
(3) Lt. Sovetan (eine südafrikanische Zeitung mit hauptsächlich schwarzer Leserschaft) nennt das „Detainees Parents Support Commitee" für 1986 die Zahl von 28.000 Verhaftungen, darunter 10.000 Jugendliche unter 18 Jahren. (Sovetan, 22. u. 25.9.87)
(4) In einer Studie der „National Medical and Dental Association" wird von Auspeitschungen, Schußverletzungen und Elektroschocks im Gefängnis berichtet. Untersucht wurden 131 Gefangene (darunter 40% Jugendliche), die zwischen Dezember 1985 und Juni 1986 entlassen wurden. (Die Studie ist zu beziehen über: Kinderhilfswerk, Unicef, Steinfeldergasse, 5000 Köln 1; die ANC-Vertretung in der BRD, Postfach 190140, 5300 Bonn 1, vertreibt die Broschüre „Südafrikas Krieg gegen die Kinder")
(5) 17 Organisationen wurden auf einen Schlag „gebannt", darunter UDF, AZAPO, Jugend-, Studenten-, Bürgerrechtsorganisationen etc; s.a. informationsdienst südliches afrika, H. 2, 1988.
(6) Vgl. medico international, Rundschreiben 2/88
(7) ausblick (HBV), Nr. 5, Mai 1988
(8) Lt. Angaben vom „International Defence and Aid Funds" (London) vom Mai/Juni 1987 ist die Zahl politischer Prozesse auf über 1000 angestiegen. Zit. n. Kölner Südafrikakomitee, Rettet das Leben der Freiheitskämpfer.
(9) Lt. Sovetan, 9.7.87, sitzen in südafrikanischen Gefängnissen 275 zum Tode Verurteilte. Zit. n. Rettet das Leben der Freiheitskämpfer.
(10) Weekly Mail (südafrikanische Wochenzeitschrift mit hauptsächlich schwarzer Leserschaft) vom 11.-17.12.87, zit. n. Azako Nachrichten, 23/87, Münster
(11) Weekly Mail, Nr. 15/88, zit. n. Azako Nachrichten
(12) Weekly Mail, 28.8.-3.9.87, zit. n. Rettet das Leben der Freiheitskämpfer.
(13) Kölner Stadtanzeiger, 26.11.87
(14) Bericht von Joyce T. Mokhesi, der Schwester eines der Angeklagten, vor dem UN-Sonderkomitee gegen Apartheid am 21.3.86. IDAF, Juni 1987, zit. n. Rettet das Leben der Freiheitskämpfer
(15) Misereor Aktuell, Mai/Juni 1988

Rettet die zum Tode Verurteilten

Rettet die zum Tode Verurteilten

Interview mit Joyce Mokhesi

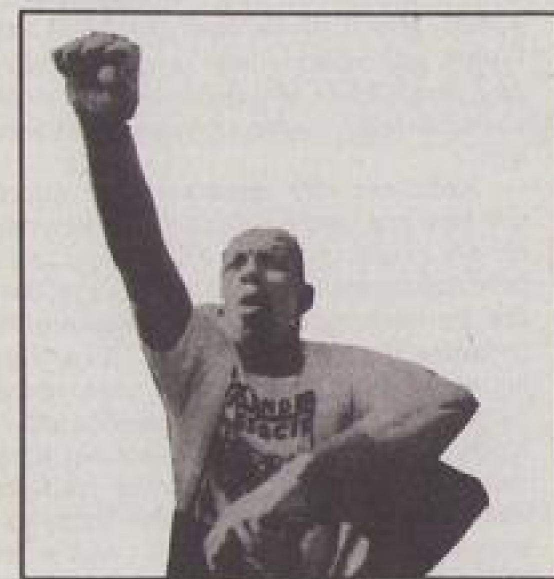
Im Mai dieses Jahres reisten zwei Angehörige der „Sharpville Six" — Julia Ramashamolo, die Mutter von Theresa R., und Joyce Mokhesi, die Schwester von Francis M. — auf Einladung des Rotterdamer Azania-Komitees durch mehrere westeuropäische Länder, um die internationale Öffentlichkeit für eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu mobilisieren. In der BRD trafen sie u.a. mit der ÖTV-Vorsitzenden Wulf-Mathies zusammen, die die „Patenschaft" für Theresa Ramashamolo übernommen hat. Sie sprachen in einigen wenigen Städten — die Organisatoren scheinen mancherlei Möglichkeit nicht genutzt zu haben — vor Hausbesetzern, Gewerkschaftern usw. Das Kölner Südafrikakomitee konnte immerhin noch eine öffentlichkeitswirksame Pressekonferenz mit dem Grünen Parteivorstand in Bonn arrangieren und einen Empfang beim Kölner Oberbürgermeister Dr. Burger (SPD). Der hatte nun allerdings weder die Presse einladen wollen, noch wollte er die vorliegenden Unterschriften gegen die Todesurteile in Südafrika weiterleiten, noch wollte er selbst unterschreiben. Sein wiederholtes „I wish you the best" war auch schon seine weitestgehende Einlassung. In Köln war es auch, wo wir mit Joyce Mokhesi ein kurzes Gespräch über den Prozeß und die aktuelle Entwicklung in Südafrika führen konnten.

AK: Was ist eurer Meinung nach der Grund dafür, daß eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die „Sharpville Six" vom Obersten Gerichtshof überhaupt nochmal geprüft wird?

Joyce: Ich glaube, daß es dafür keine direkten politischen Gründe gibt, sondern daß es der Regierung angesichts der neuen Beweislage (1) nur darum geht, die Legalität des Verfahrens zu demonstrieren.

Haben nicht auch die internationalen Interventionen auf Regierungsebene, speziell der Appell Genschers dazu beigetragen?

Ich will nicht ganz ausschließen, daß die internationalen Proteste die Haltung der Herrschenden in Südafrika in diesem Punkt beeinflußt haben, aber eher in dem Sinne, daß vor dem Hintergrund der neuen Zeugenaussage Botha die Sache nochmal an den Obersten Gerichtshof zurückgegeben hat, weil er sich sonst weltweit formal angreifbar gemacht hätte. Ich bin mir andererseits keinesfalls sicher, daß die Exekutionen trotz der weltweiten Proteste nicht stattgefunden hätten, gäbe es nicht dies Geständnis des Hauptbelastungszeugen.



Wie wird die Kampagne zur Rettung der zum Tode Verurteilten — und zwar aller, nicht allein der „Sharpville Six" — in Südafrika selbst durchgeführt?

Diese Kampagne arbeitet zum Beispiel mit Unterschriftenlisten. Sie ist nicht an Organisationen gebunden, sie hat keinen Namen und keine Organisationsstrukturen. Es gibt viele nicht unmittelbar selbst betroffene Basisorganisationen, zum Beispiel christliche Gemeinden, die hierzu arbeiten. Eine gemeinsame Kampagne ist erst im Entstehen, und sie soll strömungsübergreifend sein. Entscheidend ist, daß das Leben der Verurteilten gerettet wird, es geht dabei nicht um Organisationen.

Aber SAYCO, der an der Freiheitscharta orientierte Südafrikanische Jugendkongreß hat die Initiative ergriffen, viele Organisationen haben sich angeschlossen. In die Liste der politischen Gefangenen, mit der wir auch hier in der BRD arbeiten, sind auch die „Sharpville Six" aufgenommen worden.

Das stimmt, aber wir Angehörige haben SAYCO gebeten, die „Sharpville Six" aus ihrer Liste herauszunehmen, weil es so aussah als habe SAYCO die Leute vereinnahmt, und das wollen weder die Gefangenen noch wir als Angehörige.

Was können wir hier in der BRD tun, um die Kampagne zur Rettung der zum Tode Verurteilten zu unterstützen?

Ehrlich gesagt, über das hinaus, was ihr jetzt hier schon macht, können wir euch nicht sehr viel sagen. Das müßt ihr besser wissen. Vielleicht zwei Sachen: Unterstützt die Angehörigen der zum Tode Verurteilten; und macht die Farce öffentlich, die hier beim Kölner Oberbürgermeister gelaufen ist.

(1) Der Hauptbelastungszeuge gegen die „Sharpville Six" hatte Anfang dieses Jahres ausgesagt, daß er die Angeklagten unter dem Druck der Polizei belastet hätte.

19. Parteikonferenz der KPdSU:

Heißer Sommer in Moskau?

Nach 47 Jahren findet in der Sowjetunion erstmals wieder eine Parteikonferenz, eine Art „kleiner Parteitag", statt. 5000 Delegierte werden ab 28. Juni in Moskau zusammenkommen, um in Vertretung der etwa 18 Millionen Parteimitglieder eine Zwischenbilanz der „Perestrojka" zu ziehen.

Die zur Beratung vorgelegten Thesen des ZK bemühen sich, *„dem revolutionären Erneuerungsprozeß einen neuen starken Impuls zu geben und ihn irreversibel zu machen."* Insbesondere wird eine *„Reform des sowjetischen politischen Systems"* angestrebt, die die *„völlige Wiederherstellung der Rolle und der Vollmachten der Sowjets"* bringen soll.

An vielen Stellen tragen die „Thesen" jedoch deutlichen Kompromißcharakter, um den verschiedenen Strömungen innerhalb des ZK Rechnung zu tragen. Obwohl (oder weil ?) so ein eher stromlinienförmiges Dokument verabschiedet wurde, kam es in den sowjetischen Medien und bei den Kandidatenwahlen zur Konferenz zu lebhaften Kontroversen und einer für die letzten Jahrzehnte beispiellosen Einmischung der „Basis". Wir geben im folgenden einen Überblick über die „Thesen" des ZK und den Diskussionsprozeß rund um die Parteikonferenz.

Demokratie oder Bürokratie ?

Da die Parteistatuten keine Hinweise auf die Durchführung von Parteikonferenzen enthalten, blieb der Modus der Delegiertenwahl bis zuletzt umstritten oder wurde unterschiedlich gehandhabt.

Ursprünglich war wohl noch vorgesehen gewesen, daß Delegierte *„nicht von den örtlichen Parteiorganisationen gewählt, sondern von den örtlichen Parteileitungen delegiert"* werden sollten (UZ, 13.5.88). Gorbatschow selber schaltete sich dann ein und befürwortete, daß *„das ganze Volk"* an der Kandidatenwahl teilnehmen sollte, und die vorgeschlagenen Personen vorher über die Massenmedien zur Diskussion gestellt werden sollten (Rede am 7. Mai vor Journalisten). Ebenfalls sprach er sich gegen das bisher gel-

zur Diskussion gestellt werden sollten (Rede am 7. Mai vor Journalisten). Ebenfalls sprach er sich gegen das bisher gel-

tende Quotensystem aus, das bestimmte Delegiertenzahlen für Arbeiter, Bauern, Frauen usw. schon vorher festsetzte.

Zumindest in den Großstädten hat sich dann auch ein entsprechendes Verfahren durchgesetzt: Danach wurde zunächst in den Grundorganisationen der Partei gewählt, wobei zu diesen Wahlversammlungen auch Nichtmitglieder Zugang hatten (unklar bleibt, ob sie auch mitdiskutieren und mitstimmen durften). Die in den Grundorganisationen Gewählten mußten dann noch von den Parteiorganisationen auf Stadtbezirks- und Stadtgebietsebene bestätigt werden.

So wurde z.B. Juri Afanasjew, der bekannte Vorkämpfer für Glasnost in der Geschichtswissenschaft, in Grundorganisation und Stadtbezirk nicht gewählt, dann aber nachträglich vom Moskauer Stadtparteikomitee nominiert.

Überhaupt scheinen die Wahlen mancherorts relativ turbulent abgelaufen zu sein: In **Moskau** beispielsweise hatten sich für die 319 Kandidatenplätze der Hauptstadt 3000 BewerberInnen aufgestellt, es kam also zu einem echten Wettbewerb. *„Für manche prominenten Protagonisten der Perestroika wurden sogar Unterschriften auf der Straße gesammelt"*, berichtet die UZ vom 9.6.88, läßt aber weit spannendere Sachen weg. So fand am 28. Mai eine Demonstration von Bürgerinitiativen und Sozialistischen Clubs zur Parteikonferenz statt, mit der Hauptlosung *„Alle Macht den Sowjets"*. Eine ähnliche Demonstration am 18. Juni erreichte eine Teilnehmerzahl von 3000 und wurde schließlich — im Unterschied zur ersten — von der Polizei aufgelöst (Tagesschau, 18.6.). An der Universität waren ursprünglich nur der Rektor und der lokale Parteichef nominiert worden, erst nach *„tumultartigen Protesten"* (taz, 26.5.) konnte eine geheime Wahl durchgesetzt werden (was darauf hindeutet, daß das anderswo auch nicht selbstverständlich war). Dabei hatte der Perestroika-Befürworter Popow schließlich mit 90% der Stimmen einen satten Erfolg.

Aus dem sibirischen **Omsk** wird berichtet, daß die Kandidatenliste vom örtlichen Parteivorstand ausgekungelt worden sei. Dagegen hätten sich dann 7000 Bürger in einer Protestversammlung im örtlichen Fußballstadion versammelt. In Jaroslaw *„hatten einander jene Verwaltungschefs nominiert, die der Bevölkerung als Verantwortliche für Versorgungsmängel ... in schlechtester Erinnerung waren."* Auch dagegen hätten 5000 Menschen protestiert. Leider informiert der SPIEGEL (20.6.88) nicht darüber, ob den Aktionen Erfolg beschieden war ... Eindeutig zogen die Apparatschicks auf jeden Fall in **Süd-Sachalinsk** (Rücktritt des Parteichefs nach Massenprotesten wegen Wahlmanipulation) und in **Kaliningrad** (Neuwahl der Delegierten) den kürzeren. Hinzu kommt ein Wechsel in der Parteispitze von **Estland**, wo — neben anderen Fehlern — ebenfalls Wahlschiebung kritisiert worden war (alle Informationen nach FR, 21.6.).

Einige unkonventionelle Neuerer kandidierten nicht an ihrem Wohnsitz, sondern suchten sich kurzerhand anderswo eine Basis: So der als Moskauer Parteichef geschaßte „Bürokratenfresser" Boris Jelzin, der im fernen **Karelien** nominiert wurde, und der Chefredakteur der Illustrierten „Ogonjok", Vitali Korotitsch, der sich statt in der Hauptstadt lieber im ukrainischen **Chersson** zur Wahl stellte.(UZ, 9.6./15.6.)

Obwohl das alles nur Einzelfälle sind, stehen sie für eine in den letzten Jahrzehnten beispiellose Einmischung der „Basis" in die Geschicke der Partei und des Landes. So gesehen sind es weniger Einzelfälle als Präzedenzfälle, Signale.

Ob sich dadurch die Zusammensetzung der Konferenz selbst entscheidend geändert hat, darf bezweifelt werden: Zwar konnten sich immerhin 14% (total 70) der ZK-Mitglieder nicht als Delegierte durchsetzen (UZ, 15.6.88), aber auch mehrere bekannte Verfechter einer Entstalinisierung hatten keinen Erfolg, etwa die Soziologin Tatjana Saslawskaja, der Historiker Nuekin, der Dramatiker Schatrow (*„Weiter, weiter"*) und Jegor Jakowlew, der Chefredakteur des neben „Ogonjok" zweiten „Flaggschiffes" der Perestrojka, der *„Moskowski nowosti(Moskau News)"*. Gorbatschow-Berater Burlazkij zitierte den Generalsekretär mit dem Eingeständnis, angesichts des Verlaufs der Kandidatenauslese gebe es *„keine Gewähr dafür, daß die Wahl neuer ZK-Mitglieder ohne negative Auswirkung bleibt."*(FAZ, 1.6.88)

Alle Macht den Sowjets ?

Am 23.Mai hat das ZK Thesen vorgelegt,

Alle Macht den Sowjets ?

Am 23.Mai hat das ZK Thesen vorgelegt,

die die Grundlage für die Beratung abgeben sollen. In ihrem Mittelpunkt stehen Vorschläge für eine *„Reform des sowjetischen politischen Systems"* mit dem *„Ziel, die breiten Massen der Werktätigen real in die Leitung aller staatlichen und gesellschaftlichen Belange einzubeziehen"*. In diesem Sinne werden Überlegungen bezüglich der Rolle der Partei, der Sowjets und der „gesellschaftlichen Organisationen" angestellt. *„Hauptrichtung der Demokratisierung unserer Gesellschaft und des Staates ist die völlige Wiederherstellung der Rolle und der Vollmachten des Sowjets der Volksdeputierten ..."*

„Deformationen" seien durch zwei miteinander verwandte Phänomene entstanden: Das eine Übel gehe davon aus, daß *„Parteikomitees Beschlüsse fassen, die direkte Anweisungen für Staats- und Wirtschaftsorgane und gesellschaftliche Organisationen enthalten."* Das setze sich dann fort, indem *„Ministerien und andere zentrale Staatsorgane ... Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unter Umgehung der Sowjets"* entscheiden. Zusammengefaßt: Bisher lenkt die Chefetage der Partei Staat und Wirtschaft, die Räteherrschaft steht nur auf dem Papier.

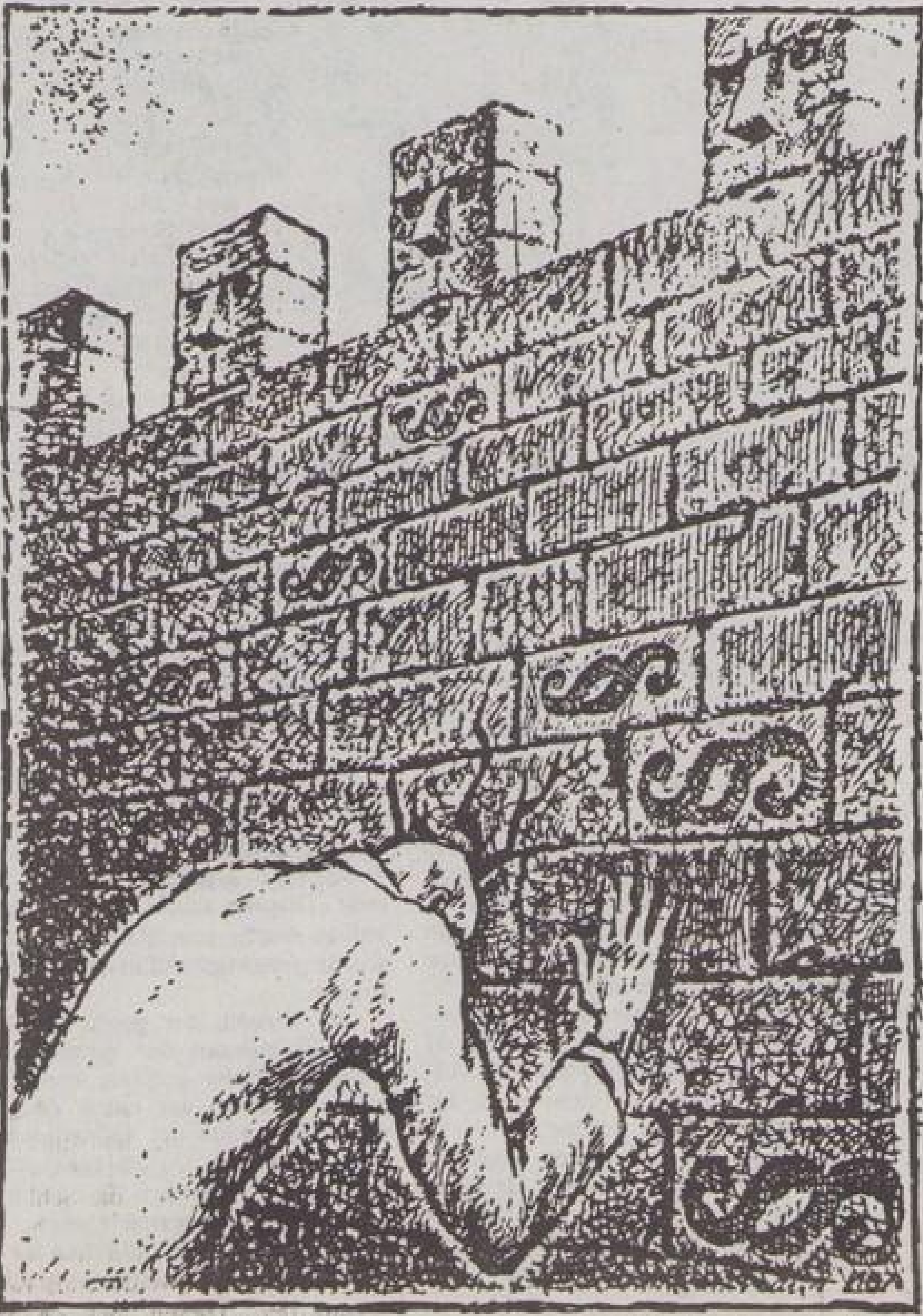
„Diese Situation muß grundlegend verändert werden", fordert das ZK, und unterbreitet folgende Vorschläge:

— **Stärkung der Sowjets an der Basis:** Die *„Einmischung übergeordneter Macht- und Verwaltungsorgane"* soll aufhören, außerdem sollen *„die materiellen und finanziellen Möglichkeiten der örtlichen Sowjets ... wesentlich erweitert werden"*

— **Kontrolle der Staatsorgane durch die Sowjets**, nicht umgekehrt. Mitarbeiter der Staatsbürokratie sollen nicht mehr den zuständigen Sowjets angehören dürfen, weil so bisher die Gewaltenteilung unterlaufen wurde. Damit die Räte dem hauptamtlichen Staats- und Parteiapparat nicht — wie bisher — hoffnungslos unterlegen sind und deren Beschlüsse nur noch „absegnen" können, sollen sie häufiger und länger tagen. Ein Teil der Deputierten soll freigestellt werden, um so die gesellschaftliche Kontrolle besser ausüben zu können. Die Bürokratie dagegen soll ausgedünnt werden, *„überflüssige Ebenen (sind) zu beseitigen"*.

— **Kürzere Wahlperioden** (analog den Bestimmungen für die Partei, siehe unten) und Verbot der Ämterhäufung (kein Bürger soll mehr als zwei Sowjets angehören dürfen).

— **Stärkung der Rolle des „Obersten Sowjets"**: Dieses Organ stellt laut Verfassung die Regierung der UdSSR, spielt jedoch neben dem ZK ein Schattendasein.



Zeichnung: Igor Smirnow — aus: Moskau-News Juli 1988



Zeichnung: Igor Smirnow — aus: Moskau-News Juli 1988

Seine Rolle soll ebenfalls durch längere Tagungsdauer aufgewertet werden, weiterhin soll es künftig eine *„strikte Abgrenzung der Vollmachten"* geben, wobei leider nicht ausgeführt ist, ob hier beispielsweise das ZK Vollmachten an den Obersten Sowjet abgeben soll. Nicht angeschnitten wird die wichtige Frage, ob bei den Delegiertenwahlen zum Obersten Sowjet künftig mehr als ein Kandidat pro Wahlkreis aufgestellt werden kann.

Weitergehend hat der eingangs erwähnte Gorbatschow-Berater Burlatzkij konkretisiert, aus dem bisher eher dekorativen Organ ein *„ständig arbeitendes Parlament"* zu machen. Er denkt dabei an eine Verkleinerung von 1500 auf 700 — 800 Abgeordnete, die vom Staat bezahlt werden. Zur Tagungsdauer brachte Tatjana Salawskaja die Zahl von 200 (bisher: 2!!) Sitzungstagen pro Jahr in die Diskussion (FR, 21.6.).

Die Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk — statt wie bisher durch das Präsidium des Obersten Sowjet — wird vom Iswestija-Kommentator Sturua gefordert, hierin wiederum unterstützt von Burlatzkij (Spiegel, 20.6., FR 21.6.).

Rechtsgarantien

Da bisher eine große Kluft zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit besteht, sollen umfangreiche *„Garantien für die Rechte und Freiheiten der sowjetischen Menschen"* eingeführt werden. Dazu soll eine *„weitreichende Rechtsreform"* verwirklicht werden: *„die radikale Stärkung der Rolle der Rechtsprechung, die strikte Wahrung der demokratischen Prinzipien der Gerichtsverfahren, des Streits und der Gleichheit der Parteien vor Gericht, der Öffentlichkeit sowie der Unschuldsannahme."*

Die Rechtsreform bedeute *„viel Arbeit. Einerseits müssen veraltete Gesetze sowie eine Vielzahl von Dienstanweisungen außer Kraft gesetzt werden, die den Anforderungen der Reform des wirtschaftlichen und politischen Systems zuwiderlaufen, ja bremsend darauf wirken. Andererseits muß ein ganzer Komplex neuer Gesetze geschaffen werden ... Bei der Erneuerung der Gesetzgebung muß strikt das Prinzip eingehalten werden, wonach alles erlaubt ist, was das Gesetz nicht verbietet."*

In den Thesen fehlt übrigens nicht nur jeder Hinweis auf die Einführung des Streikrechts, sondern — und das ist ein Rückschritt hinter den erreichten Diskussionsstand — auch eine Bezugnahme auf eine mögliche Abschaffung der Todesstrafe (s. Moskau News, deutsch, Mai-Ausgabe) oder die gesetzliche Verankerung des Volksentscheides.

Basisinitiativen

Darunter summiert das ZK *„gesellschaftliche Organisationen"* (Gewerkschaften, Komsomol, Genossenschaften), aber auch *„neue Vereinigungen"*, wobei darunter patriotische (?), kulturelle, umwelt-und denkmalschützerische Initiativen aufgeführt werden. Unerwähnt bleiben Vereinigungen, die nicht nur partikulare, sondern auch allgemeinpolitische Zielsetzungen haben, wie die parteiunabhängigen Sozialistischen Clubs auf der linken, und die antisemitische Pamjat-Gruppe auf der rechten Seite des politischen Spektrums.

Auf jeden Fall soll eine Rechtsgrundlage für alle Arten von Basisaktivitäten geschaffen werden. *„Dabei gilt als alleiniges politisches Kriterium: Anerkennung verdient jede gesellschaftliche Tätigkeit, die im Rahmen der Verfassung erfolgt und den Interessen der Entwicklung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft nicht zuwiderläuft."*

Darüberhinaus wird für die *„gesellschaftlichen Organisationen"* gefordert, daß sie *„wirklich das Recht der gesetzgebenden Initiative wahrnehmen, in den Machtorganen vertreten sein und als Partner des Staates"* fungieren müssen. Welche konkreten Veränderungen das bedeuten soll, bleibt dabei im unklaren.

Die Rolle der Partei

Bevor irgendwelche Demokratisierungsmaßnahmen greifen können, muß natürlich der Parteiapparat, der bisher alle anderen Bereiche der Gesellschaft (Sowjets, Justiz, Gewerkschaften ...) kontrolliert, demokratisiert werden. Die diesbezüglichen Vorschläge des ZK haben daher eine Schlüsselrolle:

— **Teilrückzug der Partei aus dem Staat.** *„In den Beziehungen zwischen Partei und Staat ist von den Leninschen Prinzipien der exakten Trennung ihrer Funktionen auszugehen."* Parteieinheiten sollen Staats- oder Sowjetorgane weder ersetzen, noch ihnen Anweisungen geben. Stattdessen solle die Partei ihren Einfluß über die einzelnen GenossInnen geltend machen, die in diesen Organen vertreten sind.

— **Größere Diskussionsfreiheit**: *„Hier ist eine Leninsche Vorgehensweise sehr wichtig. Lenin verurteilte die Fraktionsbildung, war jedoch zugleich entschieden gegen die Verfolgung seiner Genossen wegen abweichender Meinungen in der einen oder anderen Frage."* Demokratischer Zentralismus wird so definiert, daß künftig *„im Stadium der Erörterung von Fragen Diskussionsfreiheit besteht und nach Mehrheitsbeschluß einheitliches Handeln gewährleistet sein muß."*

— **Strengere Kriterien für Aufnahme und Mitgliedschaft**: *„Bei der Aufnahme in die Partei muß unbedingt die Meinung der Belegschaft berücksichtigt werden."* Außerdem wird eine *„gesellschaftliche Beurteilung der Kommunisten als effektives Mittel zur Reinigung und Stärkung der Partei"* ins Auge gefaßt, ohne dies näher zu erläutern.

— **Kürzere Amtszeiten**: Eine Amtsperiode soll künftig einheitlich 5 Jahre betragen, weiterhin soll es eine Begrenzung auf zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden geben. Eine Kandidatur zu einer dritten Amtsperiode bedarf der Genehmigung von 3/4 der Mitglieder des zuständigen Parteikomitees (=Vorstandes).

— **Demokratische Ämterwahlen**: *„Echter Wettstreit, breite Diskussion über die Kandidaturen und geheime Abstimmung müssen zur Norm werden."* Außerdem soll die Basis generell für alle Wahlen mehrere Kandidaten nominieren können. Mit der relativierenden Formulierung, *„eine solche Verfahrensweise ... könnte"* auch für die Wahl der leitenden Parteigremien bis hin zum ZK gelten, wird angedeutet, daß eine solche durchgängige Demokratisierung noch längst keine ausgemachte Sache ist.

— **Zurückdrängung des Parteiapparates** gegenüber den gewählten Parteiorganen. Über die Einsetzung von Kadern in bestimmte Positionen soll nicht mehr von oben über die Kaderakte (Nomenklatura) entschieden werden, sondern von unten über Wahlen. Hauptamtliche Funktionäre sind den gewählten Organen rechenschaftspflichtig. Die „Parteipolizei" (*„Parteikontrollkomitee"*), die u.a. Ver-

über Wahlen. Hauptamtliche Funktionäre sind den gewählten Organen rechenschaftspflichtig. Die „Parteipolizei" („Parteikontrollkomitee"), die u.a. Ver-

stöße gegen das Parteistatut ermittelt und für Ordnungsmaßnahmen zuständig ist, soll künftig nicht mehr dem ZK verantwortlich sein,sondern allein dem Parteitag.

— **Erneuerung des ZK**: Auch zwischen den Parteitagen soll die personelle Zusammensetzung des ZK geändert werden können, allerdings nur *„von einer qualifizierten Mehrheit in geheimer Abstimmung"*. Leider wird nicht ausgesagt, wo diese Entscheidung eigentlich fallen soll: im Politbüro, im ZK oder auf einer Parteikonferenz wie der jetzt anstehenden.

Nicht zu finden sind in den ZK-Thesen die Forderungen nach Zulassung von Fraktionen innerhalb der KPdSU. Dies wurde beispielsweise in der Juni-Ausgabe der „Moskau News"(deutsch) von Boris Kuraschwili vorgeschlagen, oder auch von dem Soziologen Bestujev-Lada, in der BRD bekannt geworden als Herausgeber des sowjetischen Pendants zum Öko-Report „Global 2000". Er äußerte sich in einem Interview mit der Turiner „Stampa" folgendermaßen: *„Formal ist es für uns sehr schwierig zu einem Mehrparteiensystem überzugehen. Der Mangel an Tradition würde ganz sicher u.a. zu einer Mafiasierung der politischen Parteien führen. Es gäbe sicher auch Interventionen von außen. Aber jenseits des Dilemmas Ein- oder Mehrparteiensystem ist die konkrete Situation eines pluralistischen Sozialismus doch möglich. Das bedeutet die Möglichkeit, in einer einzigen Partei unterschiedliche Auffassungen zuzulassen und auch verschiedene politische Plattformen anderer Organisationen zu fördern. Es gibt da die von Stalin gestoppte leninistische Tradition."* (deutsch in der taz, 20.6.88)

Andere stellen sich *„eine gesellschaftspolitische Massenorganisation als organisatorische Stütze für die Sowjets ..."* vor, *„keine 'Zweitpartei', aber mit einigen Funktionen einer solchen"*. (Moskau-News, deutsch, Juni-Ausgabe). Der Schriftsteller Jewtuschenko spricht diesbezüglich von einer „Volksfront Perestrojka", die Parteimitglieder und Parteilose einbeziehen soll. *„Die Scheidelinie verläuft heute nicht zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen, sondern zwischen den Kämpfern für die Perestrojka und ihren Saboteuren."* (FR, 21.6.)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sowjetische Außenpolitik:

Viel Perestroika, wenig Glasnost

All diese theoretischen Debatten wurden kurz vor Konferenzbeginn von der Wirklichkeit eingeholt: Die Delegierten von Estland legten für die Konferenz eine eigene Plattform vor (vor allem zur Nationalitätenpolitik, s.u.) und nahmen sich damit einfach eine Art Fraktionsrecht heraus. An dieser Plattform habe — so der neue estnische Parteichef Vaeljas — auch eine *„Volksfront für Perestrojka“* mitgearbeitet. Sie zähle bereits 40 000 Mitglieder, unter anderem „Grüne“, und lasse in ihrer Führung keine Parteifunktionäre zu (Südd.Ztg., 23.6.88).

Leerstellen

Sehr unbestimmt bleibt der ZK-Entwurf in einigen Schlüsselbereichen der Perestrojka:

— **Ökonomie:** Hier fehlt eine Bilanz der in den Betrieben versuchten Demokratisierungsbestrebungen. — Für die Bevölkerung werden zwar mehr Konsumgüter und Wohnungen versprochen und es wird gesagt, *„die Veränderung der Einzelhandelspreise dürfen sich nicht nachteilig auf den Lebensstandard der Bevölkerung auswirken“*. Aber konkrete Ausführungen über die umstrittene Reform der Preis- und Sozialpolitik vermißt man. — Unklar auch der Hinweis, es gelte *„den Übergang zum Produktionsmittelgroßhandel voranzutreiben“*. Denn natürlich steht die Schaffung von Marktbeziehungen in *diesem* Bereich (also nicht nur bei Konsumgütern) im Widerspruch zu dem Anspruch, die Rahmenentwicklung der Wirtschaft zu *planen*. Zumindest müßte herausdiskutiert werden, wo die Grenzen des „freien Wettbewerbs“ sein sollen.

— **Nationalitätenpolitik**: In der derzeit wohl heißesten Frage der sowjetischen Innenpolitik enthalten die Thesen nur Blabla (*„Es gilt dafür zu sorgen, daß die Nationen und Völkerschaften, die keine eigenen Staats- und Territorialgebiete haben, über größere Möglichkeiten zur Äußerung und Befriedigung ihrer Bedürfnisse verfügen.“*). Hier darf man — neben den Vorstößen der Armenier — auch auf die oben schon erwähnten Delegierten aus Estland gespannt sein, die in ihrer Plattform eine Rückkehr zu Lenins *„sozialistischem Föderalismus“* fordern, mit eigener estnischer Sprache und Staatsbürgerschaft und weitgehender wirtschaftlicher Autonomie. — **Geschichtsdiskussion**: Es wird zwar eine Fortsetzung der Rehabilitierungen angekündigt, ansonsten aber jede klare Stellungnahme vermieden. Immerhin ist das Meinungsspektrum in den sowjetischen Medien mittlerweile so weit gespannt, daß die einen proklamieren, *„Stalin und Sozialismus sind unvereinbar“* (Moskau News, deutsch, Mai-Ausgabe) und die Rehabilitierung von Trotzki fordern (Afanasjew), während andere Stalin nach wie vor als *„eminente Persönlichkeit“* kennzeichnen (Zeitschrift „Molodaja gwardia“). Ein längerer Prozeß der *„Gegenüberstellung von Ansichten“* in *„heiklen Fragen der Geschichte“* wird vom ZK versprochen, aber der dafür wichtige Punkt der Öffnung der historischen Archive nicht erwähnt.

schichte“ wird vom ZK versprochen, aber der dafür wichtige Punkt der Öffnung der historischen Archive nicht erwähnt.

Fazit

Wie aus der Übersicht schon deutlich wird, stehen begrüßenswerten Vorstößen eine ganze Reihe von Halbheiten und Leerstellen gegenüber. Der schon zitierte Soziologe Bestujev-Lada kennzeichnete die derzeitige Lage mit folgenden Worten:

„Zur Zeit werden ein paar Beruhigungsmittel angewandt, die die Gesellschaft ein wenig demokratischer machen, aber ohne qualitative Veränderung. Aber viele wissen, daß das nicht reicht. Wir brauchen eine qualitative Perestrojka oder wir enden in einer Katastrophe.“ (taz, 20.6.88)

Das sehen offenbar noch mehr Menschen in Partei und Gesellschaft so und melden sich immer deutlicher zu Wort. Es wird viel davon abhängen, ob sich ein Flügel innerhalb der Perestrojka formieren wird, der diese demokratischen Impulse zusammenfassen kann. Die Parteikonferenz *könnte* diesen Prozeß beflügeln, wenn die Kontroversen dort offen ausgetragen und nicht unter den Teppich gekehrt werden. In diesem Sinne kann man nur hoffen, daß mit Glasnost ernst gemacht wird: Aus Kiew kommt der Vorschlag einer ungekürzten live-Übertragung der Debatten im Fernsehen …

Jürgen/ KB-Stuttgart
24.6.88

Anmerkung
Der außenpolitische Teil der ZK-Thesen wird an anderer Stelle in diesem AK gesondert analysiert.
Sämtliche Zitate aus den Thesen stammen übrigens aus dem vollständigen Abdruck in der deutschsprachigen „Prawda“ vom 27.5.88.

ZK-Stellungnahme ohne konkrete Analyse

Es begann mit den *Thesen des ZK der KPdSU zur 19. Unionsparteikonferenz*, die Ende Mai publiziert wurden. Die im Westen mit größter Aufmerksamkeit registrierte selbstkritische Passage zur Außenpolitik lautet: *„Eine kritische Analyse der Vergangenheit zeigte, daß auch unsere Außenpolitik von Dogmatismus und subjektivistischem Herangehen gekennzeichnet war. Es wurde zugelassen, daß sie hinter grundlegenden Veränderungen in der Welt zurückblieb, und neue Möglichkeiten für eine Verringerung der Spannungen und eine bessere Verständigung der Völker wurden nicht in vollem Maße genutzt. Im Kampf um das militärstrategische Gleichgewicht wurden in der Vergangenheit nicht immer die Möglichkeiten ausgeschöpft, die Sicherheit des Staates durch politische Mittel zu gewährleisten. Wir ließen uns dadurch ins Wettrüsten hineinziehen, was nicht ohne Auswirkungen auf die sozialökonomische Entwicklung des Landes und auf seine internationale Position bleiben konnte.“*

Dieses knappe parteioffizielle Statement bietet apodiktische Schlußfolgerungen statt Analyse und Beweisführung. Da keine der Behauptungen an konkreten Beispielen erläutert wird, sind subjektiven und tendenziösen Interpretationen Tür und Tor geöffnet. Was sind die „grundlegenden Veränderungen in der Welt“, hinter denen die sowjetische Außenpolitik zurückgeblieben sein soll? Von welchen „neuen Möglichkeiten“ und welchen „politischen Mitteln“ ist konkret die Rede? Was wurde versäumt, was hätte man tun sollen? Welche Elemente der sowjetischen Aufrüstung werden kritisiert?

Da die „Thesen“ keine einzige dieser Fragen beantworten, sind sie nicht diskutierbar, sondern können allenfalls auf der Ebene des Glaubens oder der Spekulation wahrgenommen werden. Faktisch bestand die Hauptfunktion dieses inhaltsarmen offiziellen Statements darin, eine Bresche für eine Flut von offiziösen Abrechnungen mit der sowjetischen Außenpolitik zu öffnen.

„Hegemoniale Großmachtinteressen“

Wenige Tage vor den „Thesen“ hatte die „Literaturnaja Gaseta“ einen Artikel des Historikers W. Daschitschew publiziert, der eine negative Kontinuität der Außenpolitik von Stalin bis Breschnew behauptet. Der Autor spricht von „hegemonialen Großmachtambitionen des Stalinismus“, die sich in der sowjetischen Außenpolitik „festgesetzt“ hätten und die oft das politische Gleichgewicht zwischen den Staaten, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen, gefährdet und belastet hätten. Einerseits habe die Politik der UdSSR die Kriegsgefahr erhöht, andererseits habe

ten, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen, gefährdet und belastet hätten. Einerseits habe die Politik der UdSSR die Kriegsgefahr erhöht, andererseits habe

man „keine Mittel zur Organisierung von Massenbewegungen der Friedensbewegung gescheut“. Unter Breschnew habe die UdSSR „die Entspannung aktiv für eine Verstärkung ihrer militärischen Streitmacht genutzt“ und damit begründetes Mißtrauen und Bedrohungsgefühle im Westen hervorgerufen. Die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in Afrika, im Nahen Osten und in Asien habe dem Westen gleichfalls Gründe gegeben, alarmiert zu sein. Generell habe die UdSSR den negativen Einfluß ihrer politischen und militärischen Eingriffe in regionale Konflikte auf den globalen Entspannungsprozeß unterschätzt.

Ebenfalls in der „Literaturnaja Gaseta“ polemisierte in der Ausgabe vom 15. Juni der Diplomat W. Israelian, der die sowjetische Delegation bei den Genfer Verhandlungen über ein Chemiewaffen-Verbot leitet, gegen die Außenpolitik seines Landes: Sie habe sich allzu oft im „engen Rahmen von Feind-Freund-Stereotypen“ bewegt. Sowjetische Diplomaten und Politiker hätten den Westen mit militanten Schimpfwörtern bedacht, sodaß man im Westen logischerweise die UdSSR als potentiellen Aggressor wahrgenommen habe. Die UdSSR habe seit ihrem Bestehen mit einer inflationären Fülle von nicht ernst gemeinten und unrealistischen Abrüstungsvorschlägen wirkliche Abrüstung mehr verhindert als gefördert. Westliche Gegenvorschläge seien automatisch und ungeprüft abgelehnt worden.

Gleichfalls am 15. Juni kritisierte der Chefkommentator Alexander Bowin in der Regierungszeitung „Istwestija“, die UdSSR habe mit der Stationierung der SS 20 und mit der Intervention in Afghanistan zwei „Eigentore“ geschossen, die ihrem internationalen Ansehen geschadet und großen moralischen wie auch materiellen Schaden verursacht hätten. Grundlage sei in beiden Fällen die Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und die Unterschätzung des „Widerstands der Umwelt“ gewesen.

Während einer internationalen Konferenz in Berlin/DDR entschuldigte sich der sowjetische Vertreter Georgi Arbatow geradezu, daß die UdSSR in den 70er Jahren auf westliche Vorschläge für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen nicht eingegangen sei. Als Schuldige denunzierte Arbatow die sowjetischen Militärs.

Der hohe Rang der Autoren und das Ausbleiben jeder offiziellen Gegenstellungnahme läßt nur die Schlußfolgerung zu, daß die zitierten Abrechnungen, denen vermutlich weitere und weitergehende noch folgen werden, als Konkretisierung der „Thesen“ des ZK verstanden werden müssen. Also als taktisch getarnte Verkündung derzeit vorherrschender Standpunkte, und nicht etwa als Diskussionsbeiträge einzelner Exzentriker. Daß überhaupt eine öffentliche Diskussion stattfindet, ist bisher nicht zu erkennen. Das Meinungsmonopol scheint absolut bei den Kritikern der bisherigen Außenpolitik zu liegen. Unter der Oberfläche dieses erzwungenen Monolithismus könnte sich aber eine Menge an Groll und Revanchegelüsten der Kritisierten sammeln, besonders in militärischen Kreisen.

„Von der Konfrontation zur Zusammenarbeit“

„Von der Konfrontation zur Zusammenarbeit“

Die Geschichte der Menschen ist die Geschichte von Klassenkämpfen, stellten Marx und Engels fest. Man muß nicht Sozialist sein, um das anzuerkennen, schrieb Lenin. Und wirklich, Kapitalisten und bürgerliche Politiker verstehen diese Tatsache aus ihrer Sicht ausgezeichnet. Mit der russischen Revolution und darauf folgend mit der Entstehung von Staaten, die sich selbst als sozialistisch definieren, hat dieser Widerspruch an Schärfe wesentlich zugenommen und eine globale Dimension gewonnen.

Dieser Widerspruch wird allerdings aus Gründen, die auf der Hand liegen, derzeit und in den letzten Jahrzehnten im Wesentlichen nicht in direkter militärischer Form zwischen den Hauptmächten der beiden *Lager* ausgetragen, sondern auf anderen Ebenen. Das hebt aber den Widerspruch selbstverständlich nicht auf. Der Kapitalismus strebt nach totaler Durchsetzung bis in den letzten Winkel der Erde, also auch nach Liquidierung des sog. real existierenden Sozialismus. Umgekehrt zielt seinem Anspruch nach auch der Sozialismus auf Globalität und auf Überwindung des Kapitalismus. Es stehen sich demnach zwei Gegner gegenüber, die einander vernichten wollen. Vielleicht in der Hauptsache mehr und mehr mit ökonomischen und anderen „friedlichen“ Mitteln, aber in jedem Fall vernichten. Das liegt in der Natur der Konfrontation der beiden Gesellschaftssysteme, hat nichts mit besonderer Aggressivität oder einem Mangel an Realismus zu tun.

Friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ist Klassenkampf mit spezifischen Mitteln. Etwas anderes *kann* sie überhaupt nicht sein. In der UdSSR ist die friedliche Koexistenz aber in den letzten Jahren radikal umdefiniert worden. Sie darf demnach nicht mehr als Klassenkampf verstanden werden, da dies mit den Prinzipien der internationalen Beziehungen nicht vereinbar sei. Nicht mehr als Dialektik von „Kampf und Zusammenarbeit“ sei die friedliche Koexistenz zu interpretieren, sondern nur noch als „allseitige Zusammenarbeit und Wettbewerb“. Die „Übertragung von ideologischen Widersprüchen zwischen beiden Systemen“ auf die zwischenstaatlichen Beziehungen sei unzulässig. Im neuen Programm der KPdSU wurde eine entsprechende Korrektur vorgenommen.

Begründet wird diese Umdeutung mit der von Gorbatschow verkündeten „Priorität der allgemeinmenschlichen Werte“, hinter der die „engen Klasseninteressen“ zurückzutreten hätten. Mittlerweile hat die KPdSU auch die klassische sozialdemokratische Doktrin adoptiert, die das Entstehen von Konflikten primär nicht auf materielle Interessen, sondern auf „Feindbilder“ zurückführt, die es zu überwinden gelte. Statt Klassenanalyse ist in der sowjetischen Publizistik zur Zeit primitivste Vulgärpsychologie angesagt: „die Konservativen in *beiden* Systemen“ werden als Bremser des Entspannungsprozesses angeklagt, da sie so sehr an Konfrontation gewöhnt seien, daß sie ohne ihren Lieblingsfeind einfach nicht auskommen könnten.

Lösung regionaler Konflikte

„Eines der akutesten Weltprobleme“ ist laut Gorbatschow die Beilegung regiona-

Lösung regionaler Konflikte

„Eines der akutesten Weltprobleme“ ist laut Gorbatschow die Beilegung regiona-

ler Konflikte und die Verhinderung der Entstehung weiterer Konfliktherde. Denn *„der Brand, der dort auflodert, kann auf andere Gebiete übergreifen und direkt oder indirekt einen globalen Brand auslösen“*. Es gelte daher, *„um den Konfliktherd eine solche völkerrechtliche Atmosphäre zu schaffen, die erstens die Zufuhr von Brennstoff von außen unmöglich machen, zweitens die Nichtausdehnung dieses Herdes auf andere Länder und Regionen garantieren und drittens dem Volk und nur dem Volk allein die Möglichkeit geben würde, seine sozialpolitische Wahl ohne fremde Einmischung zu treffen.“*

Genannt werden konkret „der Nahe Osten“ (der Israel-Palästina-Konflikt), der Golfkrieg Iran-Irak, das südliche Afrika (der Krieg in Angola und die Zukunft Namibias), das Horn von Afrika (Äthiopien, Somalia, Sudan), Mittelamerika (Nikaragua), Kampuchea und Korea.

Gorbatschow behauptet, daß es heute „reale Möglichkeiten“ für eine Lösung all dieser Konflikte „auf der Basis eines Interessenausgleichs“ gebe, wobei Afghanistan als Modell („Präzedenzfall“) bezeichnet wird.

Zwei Elemente stehen für die UdSSR dabei im Vordergrund: 1. Die Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien durch Kompromisse und gegebenenfalls durch eine Machtteilung. 2. Die „Nichteinmischung“ dritter Kräfte, insbesondere der USA und der UdSSR.

Die „Nichteinmischung“ ist ein klassisches Argument der sog. realsozialistischen Staaten, das aber bisher stets selektiv und instrumentell angewendet wurde. Zu etwas anderem wird diese Parole wohl auch zukünftig nicht taugen. In gewissem Maß läßt sich die gegenseitige „Einmischung“ regulieren, aber sie läßt sich nicht völlig ausschalten, eben weil sie ein wesentliches Element des unterhalb der direkten Kriegskonfrontation geführten Vernichtungskampfs der beiden Systeme gegeneinander und Produkt materieller Widersprüche ist. Solidarität mit oppositionellen Kräften und Befreiungsbewegungen im gegnerischen System bedeuten Einmischung. Die UdSSR hat sich und das von ihr geführte „sozialistische Lager“ jahrzehntelang als Hauptkraft im internationalen Klassenkampf und insbesondere als Hauptstütze und „natürlichen Verbündeten“ der Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Staaten der Dritten Welt definiert. Auf diesen internationalistischen Anspruch kann die UdSSR nur um den Preis ihrer weltweiten Isolation verzichten. Es ist die Frage, ob sie das wirklich *langfristig* will. Jedenfalls würde die UdSSR selbst durch absoluten Einmischungs-Verzicht die Gegenseite nicht dazu bewegen können, sich ebenfalls entsprechend zu verhalten.

Afghanistan

Der Zentralpunkt der Afghanistan-Vereinbarungen zwischen UdSSR, Pakistan und USA ist der bedingungslose und vollständige Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb von neun Monaten. Alles weitere ist mehr oder weniger gefällige Garnitur, die der militärisch gescheiterten UdSSR erlaubt, „das Gesicht zu wahren“. Da Gorbatschow den Abzugsplan schon lange vor Zustandekommen der internationalen Regelung angekündigt hatte, bestand von vornherein kein Verhandlungsspielraum mehr.

Die Abkommen verpflichten Pakistan und die USA zur Nicht-Einmischung, also nach sowjetischer Interpretation zur Einstellung der Unterstützung für die regierungsfeindlichen Rebellentruppen. Von vornherein war zu erwarten, daß sich beide Staaten nicht an diese Vereinbarung halten würden. Die sowjetische Regierung hat mittlerweile mehrmals Pakistan des Vertragsbruchs angeklagt und mit „Gegenmaßnahmen“ gedroht, wozu auch eine Verschiebung des Zeitplans für den Truppenabzug gehören könne. Das scheint aber nicht wesentlich mehr zu sein als leere Rhetorik, denn die UdSSR hat in Afghanistan keine alternative Option mehr, weil sie sich innen- und außenpolitisch schwerlich leisten könnte, den Rückzug zu stoppen oder gar umzukehren.

Welchen Sinn aber macht es dann, einen Vertrag, der (voraussehbar!) vom ersten Moment an von der Gegenseite gebrochen wurde und der im Wesentlichen einseitig zuungunsten der UdSSR und ihrer Kabuler Klientel ausfällt, als weltweit anwendbares *Modell* für die Lösung regionaler Konflikte vorzuschlagen? Wird hier möglicherweise von der UdSSR aus der Not eine Tugend gemacht, indem der Rückzug einer gescheiterten Armee als weltweit ausstrahlender friedenspolitischer Durchbruch kaschiert wird?

Unklar bleibt die Zukunft Afghani-

der Not eine Tugend gemacht, indem der Rückzug einer gescheiterten Armee als weltweit ausstrahlender friedenspolitischer Durchbruch kaschiert wird?

Unklar bleibt die Zukunft Afghani-

stans nach dem sowjetischen Abzug. Es scheint, daß selbst im günstigsten aller Fälle eine Koalitionsregierung an die Macht kommen wird, die fast alle Errungenschaften des Landes liquidieren würde. Im ungünstigeren Fall droht ein Massaker. So oder so hätte sich die UdSSR als unfähig erwiesen, ihre Klientel zu schützen, was ihre internationale Position weiter schwächen wird.

Vordergründiger Optimismus

Afghanistan beweist nur, daß sich unter Umständen selbst eine Großmacht zurückziehen muß, ohne ihre politische und militärische Zielsetzung erreicht zu haben. Den Beweis haben die Amerikaner schon in Vietnam antreten müssen, und vor ihnen 1956 Großbritannien und Frankreich in der Suez-Krise. Das signalisiert an sich noch keine neue Qualität von Entspannung und friedlichem Interessenausgleich.

Die von Gorbatschow aufgezählten „regionalen Konflikte“ haben mehr oder weniger das gemeinsame Kennzeichen, daß sie schon seit Jahren oder sogar seit Jahrzehnten andauern, ohne eine Entscheidung gebracht zu haben. Die meisten dieser Konflikte haben inzwischen zu einer Situation geführt, wo aus Gründen der Kosten und Lasten beide Seiten nach einem Ausweg suchen oder zumindest vernünftigerweise suchen müßten. Wirtschaftlich ruiniert ist Vietnam, ist Nikaragua, ist Angola, sind die streitenden Staaten Nordostafrikas.

Wenn es in solchen Fällen tatsächlich zu Kompromißlösungen oder einseitigen Rückzügen kommen sollte, bedeutet das

Wieder zu Hause!

Die Amu-Darja ist kein Rubikon, doch um sie zu überqueren, hat es einer historischen Entscheidung bedurft. Über die Heiraton-Brücke, die das afghanische mit dem heimatlichen Ufer verbindet, kehren die sowjetischen Soldaten zurück. In Termes wird ihnen ein Denkmal errichtet. Die einen hatten Glück und kamen unversehrt nach Hause, andere wurden verwundet, manche von ihnen werden ihr Leben lang Krüppel sein.

Aus Moskau-News Juli 1988

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

per se nicht, wie Gorbatschow suggeriert, daß sich die militärische Logik *generell* überlebt hat, sondern daß sie in *diesen* konkreten Fällen und im gegebenen Moment nach Ansicht der Betroffenen keinen Sinn mehr macht. Das ergibt sich aus dem Kräfteverhältnis und den Interessen im konkreten Fall, und nicht aus dem Blick auf die sog. allgemeinen Menschheitsinteressen, der Rücksicht auf den Weltfrieden, einem „Paradigmenwechsel" von militärischen zu politischen Umgangsformen usw.

Gorbatschows Äußerungen bekunden in dieser Hinsicht einen vordergründigen Optimismus, der sachlich nicht begründet ist und das fade Gefühl hinterläßt, man höre nicht einen Analytiker, sondern einen Kanzelprediger sprechen. Da werden Gemeinsamkeiten und Annäherungen beschworen, wo sie wirklich nicht zu finden sind und wo zweideutige Signale nur Schaden anrichten können. Beispielsweise zum Konflikt Israel-Palästina, wo Gorbatschow das „Gemeinsame" (USA und UdSSR befürworten eine internationale Konferenz) in den Vordergrund stellt und über die eigentlichen inhaltlichen Differenzen hinwegredet.

Gorbatschows These, daß jeder „regionale Konflikt" einen Weltkrieg auslösen könne, impliziert eine bemerkenswerte Distanziertheit gegenüber den Interessen, die diesen Konflikten zugrundeliegen. Sie macht die klassische Unterscheidung zwischen „gerechtem Krieg" und „ungerechtem Krieg" fragwürdig oder setzt sie sogar außer Kraft. Befreiungsbewegungen und antiimperialistische Staaten ebenso wie konterevolutionäre Gruppen sind demnach primär als Brandstifter zu betrachten, denen kein „Brennstoff" zugeführt werden darf. Denen also jede Hilfe seitens der Großmächte verweigert werden muß. Die Frage ist allerdings, wieweit die UdSSR dieses Prinzip wirklich *generell* in praktische Politik umsetzen will.

Rückzug in die Isolation?

Aus den veröffentlichten Selbstkritiken zur sowjetischen Außenpolitik und den eingeleiteten praktischen Korrekturen ist abzulesen, daß eine Ära zuende geht, in der die UdSSR eine offensive Strategie des Engagements und der Konfrontation betrieb, die ihre Kräfte und Möglichkeiten extrem beanspruchte, ohne Ergebnisse zu bringen, die in vernünftiger Relation zum Einsatz gestanden hätten. Eine gründliche öffentliche Analyse dieser Ära steht allerdings noch aus; die bisherigen Statements sind dafür wenig hilfreich, weil sie allzu sehr auf vordergründige propagandistische Effekte und innenpolitische Rangeleien orientiert sind.

Die UdSSR stand seit den 50er Jahren vor der Notwendigkeit, sich zum rasch eskalierenden Prozeß der Entkolonialisierung und des antiimperialistischen Befreiungskampfs zu verhalten. Sie hat sich für die Unterstützung dieses Prozesses entschieden. Eine zentrale Station dieser strategischen Neuorientierung war der Beginn der Waffenhilfe für Ägypten 1955 und die Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen gegen Großbritannien und Frankreich während der Suezkrise 1956. Diese Strategie radikalisierte sich mit dem massenhaften Einsatz kubanischer Streitkräfte in Afrika und gipfelte schließlich in der direkten sowjetischen Intervention in Afghanistan, die zugleich den vorläufigen Endpunkt und Bankrott dieser Entwicklung bezeichnet.

Was sind die meßbaren Ergebnisse dieser interventionistischen Offensivstrategie? Ägypten, das wohl der interessanteste Posten der gesamten Strategie war und in das mindestens 20 Milliarden Rubel investiert wurden, hat das Lager gewechselt. Viele der verbliebenen Bündnispartner der UdSSR in der Dritten Welt sind in extremem Maß ruiniert und zuschußbedürftig: Vietnam, Äthiopien, Nicaragua, Angola. Keines der Regimes, zu dessen Gunsten die UdSSR direkt oder mittels Kubas und Vietnams intervenierte, konnte stabilisiert werden. Mosambik demonstriert, wie schnell ein im antiimperialistischen Kampf entstandener Staat durch Not und Druck in die Arme des Westens zurückgetrieben werden kann. Was Gorbatschow die „Lösung regionaler Konflikte" nennt, wirkt eher wie die Liquidierung von heruntergewirtschafteten Filialen eines selbst schwer kranken Unternehmens.

Der neue außenpolitische Kurs der UdSSR bedeutet das Eingeständnis, daß der strategische Versuch gescheitert ist, die Rolle eines Patrons der Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Staaten der Dritten Welt zu übernehmen. Das wird wahrscheinlich, auch wenn die Hilfe der UdSSR niemals uneigennützig war und mit „proletarischer Internationalismus" allzu blauäugig umschrieben wäre, für die traditionelle Klientel der UdSSR schmerzliche Folgen haben.

Kt., Hamburg

Internationale Schuldenkrise:

Imperialistisches Krisenmanagment und die Forderungen der „Dritten Welt"

Seit dem offenen Ausbruch der internationalen Schuldenkrise durch die Zahlungsunfähigkeit Mexikos vor sechs Jahren, als das internationale Bankenkapital binnen drei Tagen rund 4 Mrd. US-Dollar zusammenkratzen mußte, um eine größere Krise ihres feinmaschigen Finanzsystems zu vermeiden, hat sich diese Krise verschärft. Rein äußerlich scheint die anfängliche Hektik einer gewissen Routine gewichen, die externe Verschuldung der Länder der „3. Welt" im Griff zu sein, wenngleich sich die Gesamtverschuldung innerhalb der letzten 5 Jahre nahezu verdoppelt hat: von 640 Mrd. auf 1.195 Mrd. US-Dollar. Hinter diesen globalen Zahlen verbirgt sich der außerordentlich hohe Preis, den die Völker der „3. Welt" durch wachsende Armut, Verelendung, den Aderlaß ihrer materiellen und finanziellen Ressourcen an ihre imperialistischen Gläubiger zu entrichten haben.

Die Frage ist: wie kann dieser Teufelskreis durchbrochen werden? Welche Lösungen werden seitens der Gläubiger- und Schuldnerstaaten, der Bankenmanager, den Konservativen und Sozialdemokraten und — anläßlich der Jahrestagungen von IWF und Weltbank Ende September in Westberlin — auch von Teilen der Linken und der Grünen hierzulande diskutiert?

Mit diesen Fragen soll sich in dieser und der nächsten Ausgabe des ak näher auseinandergesetzt werden. In dieser Ausgabe geht es um die bisherige Krisenbewältigung der imperialistischen Gläubigerländer und den Forderungen der Schuldnerländer.

Ende 1987 belief sich die Gesamtverschuldung der Länder der „3. Welt" auf 1.195 Mrd. US-Dollar. Interessant nun, wie der Schuldenkrisen-Spezi der Deutschen Bank, Murtfeld, die Gesamtverschuldung bewertet. Von den 1.195 Mrd. US-Dollar entfallen über 60% oder ca. 720 Mrd. US-Dollar auf knapp 70 Länder, die er als „transfergestört" bezeichnet, weil sie bereits umgeschuldet oder „Transferprobleme" hatten. In diesem Kreis belaufen sich die Bankforderungen auf 230 Mrd. US-Dollar.



„Wenn wir die sogenannte internationale Schuldenkrise bei jenen 70 Ländern angesiedelt sehen, so ist im nächsten Schritt eine starke Konzentration auf drei große Wirtschaftsnationen, nämlich Argentinien, Brasilien und Mexiko, festzuhalten, auf die 40% der Gesamtschuld der transfergestörten Länder und 55% der entsprechenden Bankforderungen entfallen. Zehn große Schuldnernationen insgesamt, nämlich zusätzlich Chile, Jugoslawien, Nigeria, Peru, Philippinen, Polen und Venezuela, vereinen fast 65% der Gesamtschuld und über 80% der Verschuldung gegenüber Banken auf sich" (Murtfeld 1988). Über die Hälfte der 720 Mrd. US-Dollar Schulden der genannten 70 Länder seien bereits „gestundet", davon ca. 250 Mrd. (von 320 Mrd.) US-Dollar durch die Banken.

Die 110 Mrd. US-Dollar Schulden der afrikanischen Länder interessieren den Bankier weniger, da diese zu 90% aus öffentlichen Forderungen bestehen.

Seit 1983 hätten die Banken 45 Mrd. US-Dollar Neukredite („fresh money") für „Zahlungsbilanzzwecke" gewährt, davon entfielen allein 34 Mrd. US-Dollar auf die drei größten Schuldner (Mexiko, Brasilien, Argentinien). Murtfeld nennt nicht die Transferzahlungen, die die Länder der „3. Welt" bereits an ihre privaten und öffentlichen Gläubiger überweisen mußten, und an denen die Banken dank hoher Zinsen bestens verdienten. Dazu machte die Weltbank folgende Angaben:

Schuldendienst nach IWF-Statistik

1980:	54,5 Mrd. US-Dollar
1981:	63,9 Mrd. US-Dollar
1982:	70,5 Mrd. US-Dollar
1983:	69,9 Mrd. US-Dollar
1984:	75,7 Mrd. US-Dollar
1985:	86,8 Mrd. US-Dollar
Gesamt:	**421,3 Mrd. US-Dollar**

(Quelle: Weltbank, World Debt Tables 1986-1987)

Nach anderen Quellen transferierten die Schuldnerländer allein zwischen 1985 und 1987 insgesamt 407 Mrd. US-Dollar an Zins- und Tilgungszahlungen. Seit Ende der siebziger Jahre erreichte der Schuldendienst die Höhe der gegenwärtigen Gesamtverschuldung. Ein „Glasnost" in den geheimgehaltenen Bankenbilanzen würde offenbaren, daß die Gläubiger seit Mitte der 70er Jahre insgesamt mehr an Zinsen eingenommen als überhaupt an die Länder der „3. Welt" ausgeliefert haben!

Damit sind die hohen Wertverluste durch den Verfall der Rohstoffpreise, der Errichtung von Handelsschranken in den imperialistischen Metropolen usw., die sich in den letzten Jahren auch auf einige Hundert Milliarden US-Dollar summiert haben, noch gar nicht mitinbegriffen.

Imperialistische Lösungsstrategien

Seit 1982/83 beruht die imperialistische Politik bezüglich der internationalen Schuldenkrise zum einen auf dem „case-by-case"-Prinzip, der entsprechenden Einzelfall-Behandlung, während globale politische Lösungen nach wie vor vehement abgelehnt werden. Das divide-et-impera-Prinzip erlaubt es den imperialistischen Regierungen im Zusammenhang mit den Gläubigerbanken und den internationalen Instrumentarien wie IWF, Weltbank, Pariser Club und der BIZ, ihre berüchtigte Auflagen-Medizin je nach Besonderheit der betreffenden Länder zu verabreichen und „störrische" Schuldner dadurch auszutricksen, indem „gute" Schuldner hinsichtlich der Zinsbedingungen, Umschuldungen usw. Vergünstigungen erhalten.

Aber auch die harten IWF-Auflagen zum weiteren Aderlaß der Ressourcen der Länder der „3. Welt" und zur weiteren Verelendung der Völker dieser Staaten haben die Schuldenkrise nicht entschärft, sondern weiter verschärft. Seit 1983 wurden bereits 347 Mrd. US-Dollar umgeschuldet (Altvater/Hübner 1988), so daß einige Länder wie etwa Mexiko noch im nächsten Jahrtausend mit dem Schuldendienst zu tun haben werden.

Die privaten Gläubigerbanken ergriffen eine Reihe von Maßnahmen, um die Schuldenkrise in ihren Griff zu bekommen:

— dem Bankenprinzip folgend, kein gutes Geld dem schlechten Geld hinterherzuwerfen, versiegten die Auslandskredite an die Länder der „3. Welt" fast vollständig. Wenn Kredite an die Schuldner vergeben wurden, dann in der Hauptsache und notgedrungen infolge der Zahlungsschwierigkeiten;

— fast alle Banken, allen voran die westdeutschen Kreditinstitute, nahmen Wertberichtigungen in ihren Bilanzen vor oder erhöhten ihre Rückstellungen. So erhöhte sich die Deckungsquote mit Eigenkapital aller US-Banken von 50% (1982) auf 80% (1985).

In Japan besteht ein Krisenmanagement aus 28 führenden Banken und dem Staat, die kontrolliert Wertberichtigungen und Rückstellungen vornehmen und dabei auch mögliche Steuererleichterungen für „angeschlagene" Banken vereinbaren.

Diese Wertberichtigungen dienen nicht etwa einem möglichen Teilschuldenerlaß, sondern werden im Gegenteil als politisches Druckmittel für ein „subtileres" Vorgehen (Murtfeld 1988) gegenüber den Schuldnern eingesetzt. Es handelt sich dabei um finanzielle Puffer zur Erweiterung der Spielräume und zur Durchsetzung der Bedingungen der Banken gegenüber den Schuldnern, zu der sich außerdem die Erweiterung der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen gesellt.

— Die Erhöhung der Ziehungsquoten bei der Weltbank und der finanziellen Mittel beim IWF erfolgte im Interesse der Banken, um sich ihrerseits aus den unrentablen Bereichen der Schuldnerländer zurückzuziehen. Diese Lastenverteilung von den Privatbanken zu IWF und Weltbank ist nichts anderes als eine Sozialisierung von Teilverlusten zugunsten der Banken.

Die sogenannten „swap"-Geschäfte: ein profitabler Nebenerwerb

Eher am Rande der Schuldenkrise hat sich in letzter Zeit eine Art second-hand-Markt für Schuldentitel herausgebildet. Je nach Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Schuldner, der dortigen politischen „Stabilität", der Höhe der Verschuldung usw. liegt der reale Wert der Forderungen zum Teil weit unter dem Nominalwert.

Im Prinzip handelt es sich bei den swap-Geschäften um Forderungen gegenüber den Schuldnern, die mit einem Abschlag angeboten und von Spekulanten gekauft werden. Die Risikoprämie für die Käufer besteht in einem höheren Zins, denn dieser bemißt sich am Nominalwert der Schuldtitel, während der second-hand-Preis (Abschlag) weit darunter liegt. Nach diesem Prinzip funktionieren beispielsweise die „debt-to-equity-swaps": ein Konzern kauft bei einer Bank prekäre Forderungen mit einem Abschlag von 50% (z.B. im Falle Mexikos) und tauscht diese Forderung bei einer inländischen mexikanischen Bank in der dortigen Währung zum Nennwert um. Mit einem geringen Kapitalaufwand erwirbt dieser Konzern in Mexiko die meist rentabelsten Bereiche der dortigen Ökonomie — eine besonders profitable Form von ausländischen Direktinvestitionen. Diese Form der swaps erreichte bisher eine Größenordnung von 6-8 Mrd. US-Dollar, besitzt also keine Bedeutung bei der Lösung der Schuldenkrise, sondern dient einzig und allein dem Ausverkauf nationaler Ressourcen an ausländische Konzerne, dem Entledigen prekärer Forderungen seitens der Banken und einer nur geringfügigen Reduzierung der externen Schulden des Schuldnerlandes.

Die Kehrseiten der Medaille für die Länder der „3. Welt" bestehen jedoch weiter darin, daß sie den Konzernen den Nominalwert des Kredits in inländischer Währung bereitstellen müssen, was den Etat belastet und inflationsfördernd wirkt. Außerdem ist nicht auszuschließen — dies gilt vor allem für Direktinvestitionen — daß die Konzerne nach einigen Jahren mit Gewinn arbeiten und Kapital aus dem betreffenden Land transferieren, so daß auch auf diese Weise ein weiterer Kapitalabfluß aus dem Schuldnerland stattfindet.

Bei den debt-debt-swaps handelt es sich um eine Umwandlung von Buchkrediten in handelbare Wertpapiere, die sogenannten „exit bonds". Diese Form von deals erreichte bisher eine Größenordnung von insgesamt 15 Mrd. US-Dollar. Bekanntestes Beispiel war der erst kürzlich groß angekündigte, dann aber kläglich gescheiterte Mexiko-Deal, den die Morgan-Guaranty-Bank der USA anzettelte. Im Prinzip ging es dabei um die Möglichkeit, alte Bankenforderungen von 20 Mrd. US-Dollar mit einem 50%igen Abschlag in neue, vom US-Schatzamt garantierte, höher verzinsliche Wertpapiere umzuwandeln. Die Übernahme-Garantie der US-Regierung in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar sicherten sich die USA dadurch, daß Mexiko amerikanische Bonds im Wert von 2 Mrd. US-Dollar kauft, die bei 10-jähriger Laufzeit per Zinskapitalisierung auf genau 10 Mrd. US-Dollar auflaufen.

Für Mexiko wäre dieser Deal nur lohnend gewesen, wenn der Abschlag hoch genug ausfällt, was mit den Bankeninteressen kollidiert, die einen wesentlich niedrigeren Abschlag zu zahlen bereit waren. Genau an diesem Widerspruch scheiterte das Projekt kläglich, denn statt der erhofften 10 Mrd. US-Dollar wurden nur ca. 1,1 Mrd. US-Dollar „geswapt".

Auch wenn dieser Versuchsballon gescheitert ist, weil die meisten Banken zu diesem Deal nicht bereit waren, haben einige Banken erstmals offiziell auf die Gesamtforderungen verzichtet und Teilabschreibungen zugestanden. Außerdem fungierte die US-Regierung als eine Art institutionelle Schuldenagentur, die gegenüber den Banken die Schuldforderungen garantiert.

Das ist insofern bemerkenswert, weil damit das offizielle Credo durchbrochen wurde, wonach die Regierungen nicht für die privaten Bankforderungen zuständig seien.

Auch wenn die große Mehrheit der Banken dem Mexiko-Deal ablehnend gegenüberstand, *könnte* hier die Keimform eines möglichen Krisenmanagements vorgezeichnet worden sein.



Das Scheitern des Baker-Plans

Der auf der IWF/Weltbank-Tagung in Seoul gemachte Vorschlag des US-Finanzministers Baker zur zumindest teilweisen Lösung der Schuldenkrise im Herbst 1985 war der bisher letzte Versuch einer abgestimmten Strategie der Gläubigerländer. Er sah vor, die Kreditvolumina des IWF und besonders der Weltbank erheb-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

lich aufzustocken und appellierte an die Banken, fresh money in 17 ausgewählte „Problemländer" zu schießen, um die geforderten „Anpassungsleistungen" dieser Länder zu effektivieren. Zwischen 1986 und 1988 sollten diese Länder neue Kredite in Höhe von 20 Mrd. US-Dollar erhalten. Außerdem war geplant, daß Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken ihre jährlichen Ausleihungen in diese 17 Länder auf 9 Mrd. US-Dollar erhöhen sollten.

Flankierend dazu wurde die MIGA (Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur) ins Leben gerufen — eine Art internationale Versicherung zum Schutze von ausländischen Direktinvestitionen vor „Risiken" politischer (Nationalisierungen, soziale Auseinandersetzungen) und ökonomischer (Profiteinbußen) Natur.

Der Baker-Plan zielte also darauf ab, die Risiken der Banken und investierenden Konzerne durch diese flankierenden Maßnahmen zu minimieren.

Der Plan scheiterte jedoch an den Privatbanken, die nicht bereit waren, neue Kredite in der vorgeschlagenen Höhe zur Verfügung zu stellen.

Durchwurschtelei

Im Ergebnis des bisherigen imperialistischen Krisenmanagements bleibt, daß die Gläubigerstaaten und -banken an keiner politischen Lösung im globalen Maßstab interessiert sind, sondern die jeweiligen Schuldner einer gezielten „Einzelfallbehandlung" mittels Auflagen zu Lasten der Völker der „3.Welt" unterziehen. Die Schuldenlawine wird vor sich hergerollt, die finanzpolitischen Instrumentarien verbessert. Nur zu einem verschwindend geringen Teil sind „notleidende" Kredite von Banken abgeschrieben worden. Demgegenüber wird am Prinzip „wer Schulden macht, muß sie auch zurückzahlen" festgehalten.

Im Unterschied zu historischen Schuldenkrisen ist frappant, daß den Schuldnern bis heute keine günstigen Zinskonditionen von den Banken eingeräumt werden, sondern die Länder der „3.Welt" müssen gerade für neu aufgenommene Kredite einen hohen Preis, den Zins bezahlen.

Ebenso frappierend ist — im Unterschied zu historischen Krisenlösungen — daß die imperialistischen Staaten sich bis heute weigern, den Schuldendienst der jeweiligen Länder an deren „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit" zu binden, sondern die fälligen Rechnungen müssen im Prinzip ohne weitere Rücksichtnahme gezahlt werden. Wenn es nicht anders geht, dann laufen die von den Gläubigern verhängten Maßnahmen in Form von Zahlungsmoratorien oder Umschuldungen auf eine Verlängerung der Galgenfristen hinaus.

Diese Politik des „muddling through" des pragmatischen Durchwurschtelns, verschärft die Schuldenkrise einseitig zu Lasten der Völker der „3.Welt". Einseitig, weil die imperialistischen Gläubigerstaaten die Lawine vor sich herschieben und den Schuldnern alle Lasten aufzwingen: durch die Ausplünderung ihrer Ressourcen, durch die Sozialisierung der Forderungen in den Ländern der „3.Welt", während dies in den Metropolen strikt von sich gewiesen wird, durch die berüchtigten Auflagen, durch die „Fall-zu-Fall"-Behandlung usw.

Dabei dürfte klar sein, daß es beim ganzen Krisenmanagement nur noch um die fälligen Zinsen geht, denn ein Abstottern der Schulden steht schon längst nicht mehr auf der Tagesordnung. Jedem Bankier ist bewußt, daß die 1195 Mrd. US-Dollar als uneinbringlich gelten.

Forderungen der Länder der „3.Welt"

Ein einheitliches Auftreten der Länder der „3.Welt" („Schuldnerkartell") gegenüber ihren Gläubigern gibt es nicht. Allenfalls existieren regionale Lösungsvorschläge von Regierungen der Länder Lateinamerikas (Cartagena-Gruppe aus 11 Staaten) und Afrikas (über die OAU), die der besonderen Verschuldungssituation in diesen beiden Kontinenten Rechnung tragen.

Dieses einheitliche Auftreten wird nicht nur durch den Baker-Plan, wonach ein Entgegenkommen der Banken nur dann erfolgt, wenn sich die Länder kollektiver Strategien enthalten, verhindert, sondern vor allem durch die Politik des „teile und herrsche". Länder, die sich gegenüber den Auflagen des IWF „aufgeschlossen" zeigen, erhalten günstigere Zinskonditionen, längerfristigere Tilgungsaufschübe und Umschuldungen als die Länder, die sich der Auflagenpolitik nicht so ohne weiteres beugen. So erhielt Mexiko in den letzten Jahren sehr langfristige Umschuldungsmodalitäten mit günstigen Zinskonditionen, während Brasilien — bis zum Börsenkrach vom letzten Herbst — in den „Zinsstreik" trat und dafür von den Gläubigern durch eine unnachgiebige Verhandlungsposition „bestraft" wurde.

Generell stellen die Regierungen dieser Länder die Verpflichtung der Schuldenrückzahlungen nicht in Frage, sondern verlangen im Prinzip für sich günstigere Rückzahlungsmodalitäten. Die wichtigsten Punkte sind:

— fixe und niedrigere Zinssätze sowie die Reduzierung der Bankgebühren,
— höhere Kapitalimporte und die Unterscheidung zwischen neuen und alten Schulden,
Bindung des Schuldendienstes an einen prozentualen Anteil der Exporterlöse, wobei die Höhe dieses Anteils umstritten ist,
— Erhöhung der Ziehungsquoten und Mittel bei IWF und Weltbank,
— Streckung der Schulden ohne Bedingungen des IWF,
— Abbau des Protektionismus in den Industrieländern und
— Umwandlung der Schulden in die nationalen Währungen der Schuldnerländer („blätter des iz3w", Nr. 137, November 1986, S.25 f.).

Selbst diese sehr gemäßigten Forderungen der Regierungen der 11 Cartagena-Staaten wurden von den imperialistischen Gläubigern als unrealistisch zurückgewiesen. Darüber hinaus kam es aus den eingangs genannten Gründen noch nie zu einem kollektiven Vorgehen gegenüber den Gläubigern, sondern immer wieder zu Alleingängen einzelner Länder („Zinsstreik" Brasiliens und auch Argentiniens; Orientierung des Schuldendienstes an den Exporterlösen seitens Perus; die „debt-debt-swaps" Mexikos usw.). Im Ergebnis mußten sich diese Staaten immer wieder den imperialistischen Gläubigern beugen.

Auch der Ministerrat der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) verständigte sich auf gemeinsame Forderungen gegenüber den imperialistischen Staaten, zumal ihre Lage im allgemeinen noch wesentlich prekärer ist als in den „Schwellenländern" Lateinamerikas. Bei einer Gesamtverschuldung Afrikas in Höhe von 200 Mrd. US-Dollar belaufen sich die jährlichen Verbindlichkeiten auf rund 25 Mrd. US-Dollar (1987).

Die Exporterlöse gingen jedoch auf 45 Mrd. US-Dollar zurück — vor allem infolge des Rohstoffverfalls — während die Warenimporte nach wie vor bei etwa 53 Mrd. US-Dollar stagnieren.

Die OAU verlangte auf ihrer letzten Ministerrats-Tagung die Einberufung einer internationalen Schuldenkonferenz unter Einschluß der Gläubigerseite und ein 10-jähriges Schuldenmoratorium. Darüber hinaus forderte die OAU höhere Finanzhilfen zu günstigen Konditionen u.a. von der Weltbank, sowie eine Verbesserung der terms of trade, also günstigere Rohstoffpreise (vergl. FR, 6.1.88 und „taz", 23.2.88).

Schuldenkonferenz und Zahlungsmoratorien lehnten die Gläubigerländer entschieden ab.

Darüber hinaus existieren viel weiter reichende Forderungen, so etwa von Nyerere (Tansania), der die angeblichen Zahlungsverpflichtungen generell in Frage stellt und für einen Schuldenerlaß für die ärmsten Staaten Afrikas plädiert.

Daß die Forderungen der Regierungen aus den Staaten Afrikas und Lateinamerikas bei den Gläubigern nach wie vor auf taube Ohren stoßen, entspricht den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen zwischen den imperialistischen Staaten einerseits und den Ländern der „3.Welt" andererseits. Der Schuldentropf, an dem diese Länder hängen, erweist sich mehr denn je als ein zusätzliches und sehr wirksames Mittel zur Begründung einer neokolonialen Abhängigkeit. Deren Merkmale sind:

— private wie öffentliche Gläubiger diktieren den Ländern der „3.Welt" die Schuldendienstbedingungen mit knallharten „marktwirtschaftlichen" Auflagen, die zur weiteren Verelendung der Völker dieser Länder führen und zum wirtschaftlichen Aderlaß ihrer noch vorhandenen Ressourcen;
— während der Imperialismus die internationale Schuldenkrise strikt marktwirtschaftlich behandelt wissen will, sind die Schulden in der „3.Welt" schon längst verstaatlicht. Auf der einen Seite also Sozialisierung der Schulden, auf der anderen Seite deren strikte Ablehnung;
— die Gläubiger verfügen über ein gemeinsames, wenn auch widersprüchliches „Gläubigerkartell" mit international von ihnen dominierten Institutionen wie IWF, Weltbank, Pariser Club usw. Auf der anderen Seite wird aber genau das, eine Art „Schuldnerkartell", mit allen Mitteln verhindert.

Von einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung", die die Länder der „3.Welt" in den siebziger Jahren auf die Tagesordnung setzten, sind sie heute weiter entfernt denn je.

D./Westberlin

Im nächsten ak werden die Lösungskonzeptionen der Sozialdemokratie, der Grünen, einiger Autonomer und die Vorschläge Fidel Castros kritisch beleuchtet werden.

Literatur:
— Altvater/Hübner 1987: E.Altvater/K.Hübner u.a., Die Armut der Nationen, Berlin (West) 1987
— Murtfeld 1988: M.Murtfeld, Stellungnahme der Deutschen Bank anläßlich einer öffentlichen Bundestagsanhörung zur „Verschuldungskrise der Entwicklungsländer" vom 18.4.88, Stenographisches Protokoll 11/23, Bonn

Über die Untauglichkeit historischer Lösungsstrategien

Externe Verschuldungen von Staaten sind in der Geschichte des Kapitalismus völlig normal. Sie können im Prinzip bei Warenimportüberschüssen ebenso entstehen wie durch Kapitalimporte in Form ausländischer Kreditaufnahme. Zum Problem wird die externe Verschuldung dann, wenn das betreffende Land erstens auch mittelfristig nicht in der Lage ist, aus den eigenen Einnahmen der Volkswirtschaft die Schulden zurückzuzahlen und zweitens nicht in der Lage ist, diese Zahlungen in ausländischen Devisen zu tätigen.

Derartige Schuldenkrisen eines oder mehrerer Länder sind keine neue Erscheinung — und in den gegenwärtigen Diskussionen über mögliche Lösungswege aus der internationalen Schuldenkrise wird von manchen Autoren auf historische Erfahrungen und Parallelen verwiesen. So wichtig es durchaus sein kann, aus den „Altfällen" zu lernen, so problematisch ist es andererseits auch, alte Rezepturen auf die heutigen Bedingungen übertragen zu wollen.

Die Verschuldung Deutschlands (1918 bis 1931)

Dem früheren imperialistischen Deutschland wurden seitens der europäischen Siegermächte Reparationen in Höhe von 132 Mrd. Goldmark (GM) abverlangt, nachdem Frankreich zunächst 226 Mrd. GM verlangt hatte.

Die deutsche Außenschuld in Form eines Tributs, von der 52% an Frankreich fließen sollten, lief auf jährliche Zahlungen von 2 Mrd. GM oder rund 26% der Exporterlöse hinaus. Die Zinsen lagen bei 5%, die Tilgung bei 1%. Für die entsprechenden Schuldverschreibungstitel bürgte der deutsche Staat mit seinen Steuer- und Zolleinnahmen. Aber bereits im ersten Jahr konnte Deutschland nur mit Mühe 1 Mrd. GM aufbringen, weil es an entsprechenden Devisen mangelte. Dies gelang nur um den Preis der Abwertung und im späteren Übergang der Zahlungen in Form von Sachleistungen (u.a. Lieferungen von Kohle).

Im Herbst 1923 führte ein erneuter Zahlungsrückstand zur Ruhrbesetzung seitens der französischen und belgischen Armee. Ein Jahr später mußte Deutschland eine US-Anleihe in Höhe von 800 Mio. Reichsmark (RM) aufnehmen, zumal die Inflation immer größere Ausmaße annahm und die Siegermächte eine rasante Entwertung ihrer Forderungen nicht hinnahmen.

Aus diesen Zahlungsschwierigkeiten, die in erster Linie in dem Transferproblem der Devisenüberweisungen bestanden, wurde 1924 die Konsequenz gezogen. Nach dem Dawes-Plan mußte das damalige Deutschland entweder hohe Exportüberschüsse erzielen oder aber ausländisches Kapital importieren (sich also verschulden), um die Kriegstribute an die europäischen Siegermächte zu überweisen. Exportsteigerungen stießen jedoch zum einen auf das Problem, daß das damalige Deutschland noch nicht einmal an das Niveau der Industrieproduktion von 1913 anknüpfen konnte und außerdem bestimmten Wettbewerbsrestriktionen der Siegermächte unterlag, die vor allem Frankreich seinem Konkurrenten auferlegte.

Zwischen 1924 und 1929 kumulierte das Handelsbilanzdefizit auf rund 8 Mrd. RM, im gleichen Zeitraum überwies Deutschland jedoch 11,5 Mrd. RM an seine Gläubiger, weil ausländisches — vor allem US-amerikanisches — Kapital ins Land strömte. Bis 1930 legten ausländische Gläubiger insgesamt 27 Mrd. RM in deutschen Besitztiteln an (Aktien, Immobilien, staatliche Schuldscheine), für die der Kreditnehmer, der deutsche Staat, jährlich ca. 1 Mrd. RM Zinsen überweisen mußte. Aber auch die im Dawes-Plan verlangte Größenordnung von jährlich 2,5 Mrd. RM Schuldenbegleichung konnte nicht eingehalten werden, so daß im Jahre 1929 eine Globallösung versucht wurde. Diese erwies sich als notwendig, weil im Grunde genommen die USA die notwendigen Devisen ausliehen, aus denen sie dann ihre Forderungen von den Schuldnern erhielten. Die damalige Kreditkette bestand — vereinfachend dargestellt — aus folgendem Kreislauf: Zwischen 1924 und 1929 flossen 13,6 Mrd. RM von den USA nach Deutschland, das wiederum 11,5 Mrd. RM an die europäischen Alliierten (vor allem Frankreich und England) überwies. Die europäischen Siegermächte des Ersten Weltkrieges waren jedoch wiederum Kriegsschuldner bei den USA, so daß von den 11,5 Mrd. RM aus Deutschland rund 2/3 dieser Summe an die USA transferiert wurden.

Bezogen auf den Schuldner Deutschland folgte der 1929 ausgehandelte Young-Plan der Einsicht, daß aus Deutschland nicht mehr herauszuholen war. Der Young-Plan beinhaltete eine Schuldenstreckung auf 59 Jahre (!), die jährlichen Zahlungsraten wurden wesentlich niedriger angesetzt und die Option eines vorübergehenden Zahlungsmoratoriums waren ausdrücklich vorgesehen. Es blieb Deutschland überlassen, ob es die Devisen durch Drosselung seiner Importe, Ausweitung seiner Exporte oder durch Kapitalimporte aufbringen würde.

Der Young-Plan sah ferner zwei Neuerungen vor, die auch für die heutige Situation allgemeine Anwendung finden. Zum eine wurde die schweizerische „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich" (BIZ) aus der Taufe gehoben, die als Vermittler bei Zahlungs(bilanz)schwierigkeiten auftrat, zum anderen konnten Teilschulden in Staatspapiere (gedeckt durch Zoll- und Rechtsbahneinnahmen) verwandelt werden — eine alte Form der heutigen sogenannten „swap"-Geschäfte.

Mit dem Eintritt in die weltweite Überakkumulationskrise im Jahre 1929, also einer Krise der *realen* Ökonomie, brachen auch die bestehenden internationalen Kreditbeziehungen und -bedingungen zusammen. Der bis dahin relativ liberale Weltmarkt kontraktierte, der Protektionismus breitete sich aus, so daß zum Beispiel für das „Deutsche Reich" eine Exportoffensive zwecks Devisenbeschaffung nicht mehr möglich war; die USA waren bei der Vergabe von Krediten ins Ausland zurückhaltender geworden usw.

Zwei Jahre nach der Weltwirtschaftskrise rissen dann im Strudel der Ereignisse auch die Kreditketten; im Jahre 1931 geriet das deutsche Bankensystem ins Strudeln, die Kapitalanleger räumten ihre Vermögen vom Markt. Am 19.8.1931 vereinbarten die imperialistischen Gläubiger mit ihren Schuldnern ein Moratorium, und schließlich kam es 1932 zur Konferenz von Lausanne, auf der Deutschlands Gesamtschulden auf einen symbolischen Betrag von 3 Mrd. RM zusammengestrichen wurde. Diese Summe ist nie gezahlt worden.

Erwähnenswert bleibt noch, daß die damalige internationale Kreditkrise mit einer Währungskrise zusammenfiel; der Golddevisenstandard wurde aufgehoben, die Krise der damaligen Leitwährung des britischen Pfundes signalisierte das endgültige Ende der britischen Hegemoniestellung, an die Stelle eines halbwegs liberalen Welthandels traten voneinander abgeschottete autarke Wirtschaftsräume, in deren Rahmen auch das imperialistische Deutschland eine Zollunion mit Ost-und Südosteuropa versuchte, bis der deutsche Faschismus eine viel umfassendere „Neuordnung" anstreben sollte.

Die knappe Beschreibung der deutschen „Schuldenkrise" in den zwanziger Jahren beinhaltete im Ergebnis, daß das damalige Deutsche Reich nur einen Bruchteil der Tributzahlungen — nämlich ca. 15 Mrd. RM von den ursprünglich vereinbarten 132 Mrd. GM — an die ehemaligen Siegermächte überwies, bis nach ca. 10 Jahren alle Schulden im Rahmen einer internationalen Konferenz faktisch gestrichen wurden (Kroll 1958; Altvater 1983).

Zweitens bleibt festzuhalten, daß der damalige Schuldenerlaß wiederum Resultat einer viel umfassenderen ökonomischen Krise des Kapitalismus war. Das Schmieröl des internationalen Kredits funktionierte nämlich nur so lange, wie der „Motor", also der reale kapitalistische Reproduktionsprozeß, einigermaßen intakt blieb. Stockt dieser „Motor", um in diesem Bild zu bleiben, dann gerät auch das Schmieröl in Mitleidenschaft.

Drittens spielte das damalige Großbritannien *nicht mehr* die Führungsrolle, den „Leithammel" in der kapitalistischen Weltwirtschaft (Zusammenbruch des internationalen Währungssystems auf der Gold-Pfund-Basis), während der US-Imperialismus *noch nicht* in die Fußstapfen treten konnte, was u.a. durch den Zweiten Weltkrieg verzögert wurde.

Auf die heutige Situation übertragen bestehen Parallelen hinsichtlich erstens der Unmöglichkeit, die Schulden auch tatsächlich zurückzuzahlen und zweitens in der Krise des Weltwährungssystems. Die heutige Auflagenpolitik wurden damals auch ohne IWF direkt von den Siegermächten betrieben.

Hinsichtlich der Schuldenkrise selbst müssen selbstverständlich auch die frappierenden Unterschiede zur damaligen Situation benannt werden:

1. Deutschland hatte sich nicht bewußt extern verschuldet, sondern mußte an die Siegermächte einen Tribut entrichten.
2. Hinsichtlich des Aufbringungsproblems hatte der nach dem Ersten Weltkrieg zunächst geschwächte deutsche Imperialismus weitaus weniger Probleme als die Länder der „3. Welt" heute. Deutschland war ein entwickeltes imperialistisches Land und strukturell ohne weiteres in der Lage, an seine vorhandenen Produktionsstrukturen vor und während des Weltkrieges anzuknüpfen. Der Investitionsgüterbereich war schon damals und ist noch heute das Rückgrat der deutschen bzw. westdeutschen Industrie.
3. Die damalige Auflösung des Goldstandards und Krise des britischen Pfundes warf weitaus mehr Probleme auf als die seit 1973 vorhandenen flexiblen Wechselkurse unter Hegemonie eines allerdings krisengeplagten US-Dollars.

Das Krisenmanagement der internationalen Schuldenkrise heute wie auch der Börsen-Crash vom 19.10.87 haben die wesentlich höhere Flexibilität des internationalen Finanzsystems unter Beweis gestellt.

4. Vom Ausmaß und der Globalität her übertrifft die gegenwärtige Schuldenkrise die damaligen Zahlungsbilanzprobleme nicht nur des deutschen Imperialismus, sondern auch der Staaten Lateinamerikas, Südosteuropas.

5. Die damalige Lösung der Schuldenkrise Deutschlands erfolgte unter einem gänzlich anderen politischen Kräfteverhältnis; der deutsche Imperialismus stieg Mitte der zwanziger Jahre — trotz „Schuldenkrise" — wieder zu einer führenden imperialistischen Macht auf und parallel dazu konnten die ehemaligen Siegermächte ihrem Kontrahenten die Zahlungsbedingungen und Auflagen nie in dem Maße diktieren, wie das heute der Fall ist. Der Young-Plan spiegelte diese veränderten politischen (und ökonomischen) Kräfteverhältnisse wider.

6. Im Unterschied zu heute beruhten die damaligen Zahlungsbedingungen immer auf einem Verhältnis zwischen der Schuldendienstfähigkeit einerseits und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit andererseits. Diese Berücksichtigung fällt gegenwärtig völlig unter den Tisch. Imperialistische Staaten, IWF, Weltbank und Privatbanken gehen derzeit ausschließlich vom Schuldendienst aus, ohne die besonderen Bedingungen der betroffenen Schuldnerländer hinsichtlich ihrer Zahlungsfähigkeiten zu berücksichtigen.

Das wird zum Beispiel daran deutlich, daß sich die Gläubiger bislang überhaupt nicht auf Vorschläge Perus eingelassen haben, eine Schuldenobergrenze gemessen als Anteil aus den Exporterlösen zu akzeptieren.

Das Londoner Schuldenabkommen über die BRD 1953

Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 ging es um eine Regelung über die westdeutschen Schulden, die sich aus Forderungen der Nachkriegswirtschaftshilfe in Höhe von 16,2 Mrd. DM und den Vorkriegsschulden in Höhe von 13,5 Mrd. DM zusammensetzten. Die Siegermächte erließen der BRD in diesem Abkommen 51,5% der Gesamtschulden und legten obendrein langfristige Tilgungsraten sowie niedrige Zinssätze fest. So mußte die BRD in den ersten 5 Jahren zusammengenommen etwa 2,8 Mrd. DM, nach 1958 jährlich 765 Mio. DM an die Gläubiger überweisen, was angesichts einer expandierenden Weltwirtschaft im allgemeinen und dem „deutschen Wirtschaftswunder" im besonderen keine größeren Zahlungsschwierigkeiten bereitete. Die für die BRD äußerst vorteilhaft vereinbarte Schuldenregelung läßt sich nicht ökonomisch begründen, sondern geopolitische und bündnisstrategische Überlegungen (1953: Korea-Krieg, Kalter Krieg) der westlichen Siegermächte waren für dieses Abkommen ausschlaggebend.

Das Indonesien-Abkommen 1970

Im Jahre 1968 kletterten die externen Schulden Indonesiens auf 2,42 Mrd. US-Dollar. Daraufhin kam eine Einigung der Gläubiger, basierend auf einem Gutachten des BRD-Bankiers Hermann-Josef Abs, zustande, in dem Indonesien verpflichtet wurde, alle Kreditforderungen von mehr als 180 Tagen Laufzeit innerhalb von 30 Jahren zurückzuzahlen.

Fortsetzung auf Seite 33

Olof Palme, Helmut Schmidt und die schwedische Atombombe

„Die Stärke der Sozialdemokratie liegt in ihrer unverbrüchlich und zäh bewahrten demokratischen Tradition“
— dies erklärte der schwedische Ministerpräsident im Jahre 1974.

Ein gutes Jahrzehnt später stellte sich heraus, daß seit 1945 hinter dem Rücken der Öffentlichkeit, hinter dem Rücken des Parlaments und selbst an Teilen der schwedischen Regierung vorbei ein ausgeklügeltes Atomwaffenprogamm vorangetrieben und 1972 mit der Zündung von 10 unterirdischen Atomtests abgeschlossen wurde. (Der letzte AK berichtete.) Eine, wenn nicht vielleicht *die* zentrale Person der schwedischen Atomwaffenentwicklung war Olof Palme. Es kann gewiß nicht darum gehen, den Ruf eines ermordeten Politikers zu diskreditieren und schon gar nicht darum, etwa Verständnis für diese Tat zu haben. Sondern für uns, für das Studium bundesdeutscher Parallelen, sind die schwedischen Erfahrungen zu wichtig, um dieses Kapitel aus falsch verstandener Pietät zuzuklappen, bevor es verstanden wurde.

Mehr als peinlich war die Situation, als das schwedische Magazin „Ny Teknik“ im April 1985 die ganze Story anhand inzwischen freigegebener Geheimunterlagen und Zeugenbefragungen aufrollte. Palme kämpfe „bereits verzweifelt um seine politische Zukunft und um die Wahrung seiner internationalen Glaubwürdigkeit als ein Friedenspolitiker und Vor-

Palme kämpfe „bereits verzweifelt um seine politische Zukunft und um die Wahrung seiner internationalen Glaubwürdigkeit als ein Friedenspolitiker und Vor-

reiter für nukleare Abrüstung“ schrieb am 28.4.85 der Londoner „Observer“. „Palme sagte vor Journalisten, er habe damals einen Kompromiß finden müssen zwischen einer Unterbrechung früherer Entwicklungsarbeiten und der Möglichkeit, weiter über Atomwaffen zu forschen, ehe man sich nicht endgültig gegen den Besitz solcher Waffen entschieden habe“, bestätigte am 26.4.1985 auch die FAZ. Aber in den SPD-nahen Medien zog man es bezeichnenderweise vor, den Skandal totzuschweigen. Nichts gegen Straßennahmen und Gedächtnismärsche für Olof Palme, wie sie bei der Sozialdemokratie zur Zeit Konjunktur haben. Es gibt wahrhaftig schlimmeres. Wohl aber sollten sie nicht mit Gedächtnislücken stattfinden. Palme steckte über beide Ohren im schwedischen Plutoniumsumpf. Noch im Zuge der Aufklärung erwies er sich als Meister der Tarnung und Abwiegelei.

Schwedischer Regierungschef bis 1968 war Tage Erlanger, den „Ny Teknik“ 1984 um ein Interview über die heimliche Atomwaffenforschung bat. Erlanger verlangte 24 Stunden Bedenkzeit um u.a. mit Palme darüber zu sprechen. Schließlich erklärte Erlanger dem Ny Teknik-Journalisten, er solle mit Palme selbst darüber reden: *„Palme schließlich war der Chef der Atombranche“.*

Palme gehörte in der Tat als einer der engsten Berater von Erlanger nicht nur zum inneren Zirkel derer, die regelmäßig über das heimliche Atomwaffenprojekt unterrichtet wurden. Er war damals der „gang-leader“ des Pro-Atomwaffenflügels der schwedischen Sozialdemokratie und der Sekretär jenes sozialdemokratischen Atomwaffen-Komitees, das 1959/60 den Beschluß faßte, die Entscheidung für eine Atomwaffenproduktion aufzuschieben, die Forschungen zum Schutz vor Atomwaffen jedoch auszubauen. Die „Atomschutzforschung“ war fortan der Deckmantel, unter dem die illegalen Atomwaffen-Entwicklungen vorangetrieben wurden.

Die von „Ny Teknik“ veröffentlichten Dokumenten zeigen darüberhinaus, daß Palme bis unmittelbar vor seiner Regierungsübernahme im Atomwaffenlabor Grundsjon bei Stockholm höchstpersönlich als Verwaltungschef tätig war. Dort wurden die Atomwaffen-Elektronik entwickelt und kleine, aber maßstabsgetreue Tests durchgeführt, bei denen man das Plutonium durch andere Metalle ersetzt hatte. Nach der Regierungsübernahme von O. Palme trat Schweden einerseits dem Atomwaffensperrvertrag bei, setzte andrerseits jedoch die Atomwaffenexperimente bis 1972 fort. Der Leiter der Testsprengungen von 1972, Torbjorn Karlen, gegenüber „Ny Teknik“: *„Die neue Regierung unter Olof Palme teilte offenkun-*

rimente bis 1972 fort. Der Leiter der Testsprengungen von 1972, Torbjorn Karlen, gegenüber „Ny Teknik“: *„Die neue Regierung unter Olof Palme teilte offenkun-*

dig die Einschätzung des Instituts für Verteidigungsforschung, daß wir das Programm, das wir einmal gestartet hatten, auch vollenden sollten. Folglich taten wir das bis Februar 1972.“

Täuschen und tarnen

Nun ist durchaus zu begrüßen, wenn sich jemand vom klammheimlichen Atombomben-Entwickler zum Vermittler für atomwaffenfreie Zonen wandelt. Zu fragen ist allerdings, ob Palme mit seiner Vergangenheit tatsächlich gebrochen hatte. Denn gerade Palme hat bis zuletzt versucht, die Geschichte des schwedischen Atomwaffenprojekts unter der Decke zu halten:

— Anfang der 70er Jahre ließ er unter dem Titel: *„Motive und Zielrichtungen der Regierungstätigkeiten im Bereich der Atomenergie 1947-1970“* ein 215-seitiges Weißbuch publizieren ohne mit einer Silbe die militärischen Hintergründe der schwedischen Atompolitik zu erwähnen. Lt. „Ny Teknik“ handelt es sich hierbei um eine *„absichtliche, detaillierte und systematische Fälschung der Realität von A bis Z.“*

— Im Laufe der „Ny Teknik“-Recherchen war Palme der einzige prominente Teilnehmer des Atomprojekts, der sich beharrlich weigerte, irgendeine Auskunft zu erteilen.

— Nach den „Ny Teknik“-Enthüllungen erklärte Palme, Pläne für eine Atomwaffenherstellung habe es nie gegeben, es habe sich ‚allein um „Atomschutz“-Forschung gehandelt. Tatsächlich konnte „Ny Teknik“ in mindestens zwei Fällen die komplette Herstellung von Atomwaffen-Komponenten belegen.

— Nach den sensationellen Enthüllungen der „Ny Teknik“ hatte u.a. die schwedische Zentrumspartei eine parlamentarische Untersuchung der Angelegenheit verlangt. Palme lehnte dies ab und beschloß stattdessen, den Bock zum Gärtner zu machen: Eine interne Abklärung durch den schwedischen Veteidigungsminister sei ausreichend. Und so geschah es: Der mit der Untersuchung beauftragte Verteidigungsminister Anders Thunborg gab den Jo an den Leiter der Rechtsabteilung seines Ministeriums weiter. Dieser ließ im Laufe zweier Jahre als „Erwiderung“ eine kleine Broschüre erstellen, in der eine ganze Reihe falscher Fragen problemlos mit Dementis beanwortet werden konnte. Mit der Veröffentlichung dieser — heftig kritisierten — Broschüre ließ man sich Zeit bis nach den schwedischen Wahlen. Mittlerweile scheint die Affaire für die schwedische Öffentlichkeit „ausgestanden“, ohne daß der Kern der Angelegenheit — die jahrzehntelange Hintergehung von Öffentlichkeit und Parlament — ernsthaft tangiert war.

gestanden“, ohne daß der Kern der Angelegenheit — die jahrzehntelange Hintergehung von Öffentlichkeit und Parlament — ernsthaft tangiert war.

Helmut Schmidt: Schweden ist Vorbild

Während die schwedische Öffentlichkeit über die eigene Atomwaffenentwicklung im Unklaren gelassen wurde, war man ineinschlägigen Kreisen der Bundesrepublik über die schwedischen Forschungen weitgehend informiert. Bereits im Zusammenhang mit der Weigerung führender Atomforscher, sich an der Herstellung bundesdeutscher Atomwaffen zu beteiligen (sogenannter „Göttinger Appell“ von 1957), hatten Adenauer und Strauß wiederholt darauf verwiesen, daß *„inzwischen selbst zweitrangige Mächte wie Schweden eigene Atomwaffen entwickeln.“* (Weser-Kurier, 16.4.57)

Innerhalb der SPD zeigte man sich angetan über den Beschluß des schwedischen sozialdemokratischen Atomwaffenkomitees von 1960, die Entscheidung über eigene Atomwaffen zu verschieben, sich materiell jedoch auf alle Optionen vorzubereiten. Unter der Überschrift *„Erler präzisiert das Nein zu den Atomwaffen — Die SPD verweist auch das schwedische Beispiel des bis 1965 befristeten Verzichts“* berichtete am 28.7.60 beispielsweise die FAZ über die Position des damaligen SPD-Wehrexperten und Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler, demzufolge die BRD in dieser Hinsicht von Schweden *„eine Masse lernen“* könne. 1965 wußte die Zeitschrift der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik“ zu berichten, daß *„hinsichtlich der Kenntnisse auf dem Gebiet der Konstruktion von Atomsprengkörpern … Schweden unter den Nichtatommächten heute wahrscheinlich mit an der Spitze“* liege (1). Ebenso hieß es im Offiziersorgan „Wehrkunde“, daß neutrale Staaten *„wie die Schweiz und Schweden … seit Jahren die Aneignung von Kernwaffen diskutieren und sich diese Möglichkeit nicht verbauen lassen“* (vgl. Wehrkunde 8/65).

Helmut Schmidt war über die Hintergründe also keineswegs uninformiert, als er in seinem militärischen Standardwerk von 1961 (Neuauflage: 1965) für die Bundesrepublik die folgende Devise ausgab: *„Die Bundesrepublik wäre gut beraten, wenn sie in ihren Äußerungen zur Frage nuklearer Waffen dem schwedischen Beispiel folgte. Die schwedische Regierung hat im Winter 1959/60 die Entscheidung über eine nukleare Bewaffnung der schwedischen Wehrmacht um ein halbes Jahrzehnt vertagt, um bis dahin die internationalen Bemühungen zur Schließung des Atom-Klubs zu unterstützen … In der Zwischenzeit sollen jedoch die Voraussetzungen und Folgen, Vorteile und Nachteile einer solchen Entscheidung fortlaufend beobachtet und geprüft werden. Eine solche Linie wäre der Bundesrepublik zuträglich … Sofern im Laufe der sechziger Jahre eine Entwicklung eintreten sollte, die auch für mittlere und kleinere Mächte unerläßlich erscheinen ließe, ihre Streitkräfte nuklear zu bewaffnen, und sofern eine solche Entwicklung auch die Bundesrepublik zu entsprechenden Beschlüssen zwingen (!) sollte“* — eigentlich will man es ja nicht: — *„so würde damit die Hoffnung auf Versachlichung der mitteleuropäischen Probleme zweifellos weiter verringert werden.“* (S.202)

Schmidt forderte 1961 offenkundig nicht weniger als die Etablierung eines abrufbereiten bundesdeutschen Atomwaffenprogramms. Vor dem Hintergrund der schwedischen Enthüllungen müßte im Grund genommen die gesamte Technologiepolitik nicht nur der sozialliberalen Koalitionen neu überprüft werden. Einige Analogien fallen schon auf Anhieb ins Auge:

— Ebenso wie in Schweden wurden auch in der sozialliberalen BRD unter dem Vorwand der Energieerzeugung zielstrebig die Techniken zur Gewinnung der Bombenstoffe ausgebaut (Schmidt legte sich als Bundeskanzler wegen der Gorleben-WAA 1977 sogar mit der us-amerikanischen Regierung an).

— Ebenso wie in Schweden wurde auch in der sozialliberalen BRD unter dem Deckmantel der Atomschutzforschung seitens der Fraunhofer-Gesellschaft eine umfangreiche Erforschung von Atomwaffen-Designs initiiert (und in Zaire startete man klammheimlich und unter Umgehung der damaligen WEU-Bestimmungen die Erprobung bundesdeutscher Marschflugkörper.)

— Ebenso wie in Schweden wird seit Jahr und Tag auch in der BRD die real existierende Atomwaffenforschung systematisch von der Öffentlichkeit abgeschottet: Es war schlicht und ergreifend gelogen, als 1985 die Bundesregierung in Beantwortung einer Anfrage der Bundestagsgrünen offiziell erklärte: *„Es gab und gibt in der Bundesrepublik keine Nuklearwaffenforschung“.* Und es ist bezeichnend, daß eine Enthüllung der „ZEIT“ über genau diese Forschung zwar von der Hamburger Redaktion abgesegnet, die Veröffentlichung jedoch vom ZEIT-Herausgeber Helmut Schmidt im letzten Moment verhindert wurde.

Traurig, aber wahr, läßt sich offenkundig auch die Reaktion der schwedischen Öffentlichkeit mit der hierzulande bekannten Ignoranz vergleichen: Etwa 4 Tage lang sorgten die Enthüllungen der „Ny Teknik“ im April 1985 für Schlagzeilen — danach war alles wieder ruhig. Bei uns könnte diese Ignoranz eines Tages allerdings tatsächlich katastrophal enden.

ms., Hamburg

Anmerkung

1) weiter heißt es in dem Aufsatz „Die Nuklearpolitik Schwedens“ (Europa-Archiv 21/65): „Eine weitere Verbesserung der technischen Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet (Konstruktion von Atomsprengkörpern — ms.) ist als Nebenresultat von Projekten zu erwarten, die vom schwedischen Forschungsinstitut für Landesverteidigung durchgeführt werden, wenngleich dieses Institut sich nur mit Forschungsaufgaben befaßt, die zum Schutz gegen Kernwaffen dienen.“ Über den „Nebeneffekt“ der sogenannten Atomschutzforschung war man also auch in der BRD durchaus informiert …

Alles Taktik

Im April 1985 veröffentlichte die schwedische Zeitschrift „Ny Teknik“ ein aufschlußreiches Gespräch über die politischen Überlegungen der Sozialdemokraten. Karl Frithofson war von 1958-1967 Staatsekretär im schwedischen Verteidigungsministerium. Heute ist er Provinzgouverneur im schwedischen Mariestad. Das Gespräch ist deswegen so originell, weil die beschriebene Taktik auch genau umgekehrt interpretiert werden kann, beispielsweise von den angesprochenen Militärs. Und so war sie ja wohl auch gedacht.

Frithofson: Die Regierungslinie bestand darin, die Militärführer und das FOA (FOA= Staatliches Institut für Verteidigungsplanung) glauben zu machen, wir würden schwedische Atomwaffen herstellen … Es ging uns darum, die erhitzte Diskussion über schwedische Atomwaffen einzubalsamieren, den Deckel draufzuhalten. Morgen würde die Welt schon anders aussehen, und Kenntnisse über Atomwaffen sind schließlich nicht allzu gefährlich. So etwa wurde das erörtert. Palme inspirierte die Linie, sich die Freiheit der Aktion offenzuhalten, nicht ja oder nein zu sagen, sondern die Entscheidung zu verschieben. Im Verteidigungsministerium interpretierten wir das als eine taktische Finesse: Laß' doch die Militärs ruhig glauben, daß schwedische Atomwaffen möglich und erstrebenswert sind. Dann werden sie wohl ruhig halten … Wenn wir härter gewesen wären, mit der Faust auf den Tisch gehauen und gesagt hätten: Schluß jetzt! — dann hätte es erneut gebrannt. Dies war eine Frage, die die Nation in zwei Hälften gespalten hatte. Wie spielten auf Zeit. Wir wußten, daß der Oberbefehlshaber von FOA alles tun würde, um in kürzester Frist die Produktion von Atomwaffen anlaufen zu lassen. Das aber war etwas, das im Rahmen des Atomschutz-Programms aufgehoben werden konnte.

Ny Teknik: Die Regierung wußte also, daß innerhalb des Schutzforschung-Programms die Vorbereitungen für die Atomwaffenproduktion vorangetrieben wurden?

Frithofson: Ja. Ich hatte die Aufgabe, Späher zu sein für den Verteidigungsminister Sven Andersson. Er hatte natürlich die politische Kontrolle über FOA und die Militärstellen. Meine Aufgabe war es, alles im Auge zu haben, was sich hinter den Kulissen abspielte.

Ny Teknik: Der Verteidigungsminister wußte also, was hinter den Kulissen vor sich ging?

Frithofson: Sicherlich. Aber Sie müssen sich vor Augen halten, daß es nicht allzu leicht ist, zu sagen, dieses und jenes ist erlaubt und dieses und jenes ist verboten. Das eine könnte die Voraussetzung für das andere sein und umgekehrt. Aber wie gesagt, unsere Taktik bestand darin, sie austoben zu lassen, bis sie erschöpft waren. Wir wußten, daß unsere Zeit kommen und ihre Zeit auslaufen würde.

Wenn der Altkanzler cancelt …

Zensur bei der ZEIT

Wenn der Altkanzler cancelt …

Zensur bei der ZEIT

Im folgenden Auszüge aus einem Artikel, den der „ZEIT“-Redakteur Wolfgang Hoffmann im Herbst 1986 über mögliche Atommachtambitionen der BRD verfaßte. Nachdem die „ZEIT“-Redaktion der Veröffentlichung bereits zugestimmt hatte, intervenierte Helmut Schmidt als Herausgeber der „ZEIT“. Der Beitrag wurde nie publiziert.

„Anfang August zitierte das Kölner Boulevardblatt „Express“ den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bonner Bundestag, Wolfgang Roth, mit einer fünf Zentimeter hohen Balkenüberschrift: „Strauß will an Atomwaffen ran“.

Die Zeitung war noch im Druck, da kam schon die Replik. Staatssekretär Edmund Stoiber aus der bayerischen Staatskanzlei schimpfte: „Absurd und niederträchtig“. Bonns Regierungssprecher Friedhelm Ost nannte Roths Spekulationen „unsinnig“. Selbst der ansonsten mit vorschnellen Urteilen eher zurückhaltende Forschungsminister Heinz Riesenhuber machte gegen Roth Front. Im noch größeren Boulevardblatt „Bild“ konterte Riesenhuber: „Demagogie“. Der Behauptung von Roth, die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf diene dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß auch dafür, „die Option auf die Atom-Macht Bundesrepublik“ offenzuhalten, hielt Riesenhuber sein Fachwissen entgegen: „Das in Wackersdorf anfallende Uran und Plutonium kann aus physikalischen Gründen überhaupt nicht zur Herstellung von Atombomben verwendet werden.“

Der Schuß, den Wolfgang Roth aus dem Bonner Sommerloch abgefeuert hatte, drohte nach hinten loszugehen. Doch so lautstark Dementis und Proteste auf Roths Anschuldigung auch waren, sie vernebelten mehr, als sie erhellen sollten. In Wirklichkeit ist der Vorgang sehr viel differenzierter, als Forschungsminister Riesenhuber unter Berufung auf die Sach- und Fachkompetenz seiner beamteten Nuklearspezialisten dargestellt hat. Richtig ist: Solange Plutonium in den abgebrannten Brennelementen bleibt, die als Atommüll gelagert werden, ist es für Unbefugte, etwa für Terroristen, nicht verwertbar. Erst wenn es bei der Wiederaufarbeitung, wie sie in Wackersdorf geplant ist, von den übrigen anfallenden Spaltstoffen getrennt wird, kann es erneut verwendet werden — in neuen nuklearen Brennstäben für Leichtwasserreaktoren, für Schnelle Brüter oder eben auch zum Bau einer Bombe. Das vor allem macht die Kritiker der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen besorgt, die für sie identisch ist mit dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft und ihrem möglichen militärisch-industriellen Komplex…

Widersprüche zwischen der amtlichen Bonner Atom-Lesart und der Realität gibt es auch auf dem Feld der Nuklearforschung. Vor Monaten beteuerte die Bundesregierung in einer Antwort an die Grünen im Bundestag: „Es gab und gibt in der Bundesrepublik keine Nuklearwaffenforschung“. Tatsächlich aber haben sich sowohl Gerhard Locke wie sein Kollege K.D. Leuthäuser im Fraunhofer-Institut mit Kernwaffen beschäftigt, und zwar bereits zur Zeit der sozial-liberalen Koalition. Leuthäuser schrieb in einem seiner Forschungsberichte: „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik kann an der Existenz nuklearer Waffen und damit auch an der Möglichkeit ihres Einsatzes nicht vorbeigehen. Aus diesem Grunde ist eine eigene Urteilsfähigkeit über die naturwissenschaftlichen und technischen Grundlagen auf dem A-Gebiet unerläßlich zur Bewertung der Bedrohungssituation, der eigenen Verteidigungsfähigkeit, der Wirksamkeit der Abschreckungsstrategie der NATO und der internationalen Bemühungen zur Nichtverbreitung von Kernwaffen bzw. Beschränkung strategischer Waffensysteme“. Leuthäuser dann weiter: „Die wehrtechnische Forschung schafft hierfür die Grundlagen. Das Institut hat in den vergangenen Jahren im Auftrag des Verteidigungsministeriums, Referat Rüfo2, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stellen des Verteidigungsbereiches und unterstützt durch Einzelforschungsaufträge des Verteidigungsministeriums mit Hochschulen und Industriefirmen Daten ermittelt und Methoden ausgearbeitet.“ Das Verteidigungsministerium finanziert die Fraunhofer-Gesellschaft mit 45 Millionen Mark (1986).

Für Fraunhofer-Mitarbeiter Leuthäuser steht diese Aussage allerdings nicht im Widerspruch zu der Erklärung der Bundesregierung, es gäbe keine Nuklearwaffenforschung. Leutäuser: „Es handelt sich um rein defensive Forschungen im Rahmen unserer Arbeiten für Schutz-und Härtungsmaßnahmen. Wer ein Konzept zur Verteidigung gegen den Kernwaffeneinsatz haben will, muß dazu auch das Know-How über Wirkung und Funktion solcher Waffen haben“. Aber: Wer dieses Know How hat, es überdies auch noch mit Hilfe der Wiederaufarbeitung von Reaktorplutonium vertiefen kann, dürfte durchaus in der Lage sein, A-Waffen aus dem Stand heraus zu entwickeln und zu bauen ….“

Atompuzzle zwischen Hanau und Mol

Eher mit einem Achselzucken reagierte unsereins, als der Atomskandal zur Jahreswende die Schlagzeilen beherrschte. Während die veröffentlichte Meinung von „Bild" bis „taz" heftig die lange tabuisierte militärische Dimension der Kerntechnik, *jeder* Kerntechnik, diskutierte, stand gerade die kritische Minderheit, die diesen Gedanken immer schon ziemlich naheliegend fand, vor einem Rätsel: Ein illegaler Handel mit Pakistan? Oder mit Libyen, was noch unwahrscheinlicher klingt? Was trieb die CDU-Politiker Töpfer, Wallmann, Weimar, unzweideutige Befürworter der Atomenergie, einen Proliferationsverdacht in die Welt zu setzen, um ihn nur eine Woche später vehement zu dementieren? Längst hat sich die Erregung wieder gelegt. Die verantwortlichen Politiker haben Entwarnung gegeben, nach einigen personellen und organisatorischen Veränderungen arbeiten die Skandalfirmen weiter, drei Untersuchungsausschüsse streiten sich um Akten und Zeugen, und die Staatsanwaltschaft hat nichts Beweiskräftiges. Aber immer noch und immer wieder sind radioaktive Abfälle verschwunden, um anderswo falsch deklariert aufzutauchen, werden nicht angemeldete Uranvorräte und unerklärliche Plutoniumverluste bekannt. Wenn sich die bürgerliche Schlagzeileritis gelegt hat, hat Aufklärung manchmal größere Chancen. Sie ist nicht deshalb mühsam, weil es an Spuren mangeln würde. Eher gibt es zu viele.

Als erstes mußte eine Wahl abgewartet werden. In der zweiten Märzwoche 1987 informierte der damals neue kaufmännische Geschäftsführer der Hanauer Transnuklear, Hans Joachim Fischer, das Management von TN und ihrer Mutterfirma Nukem über „Unregelmäßigkeiten" in den Abrechnungen: Zwischen 1981 und 1986 seien von der Abteilung Radioaktive Abfälle fünf bis sechs Millionen Mark Schmiergelder gezahlt oder unterschlagen worden. Der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der Nukem und sein Stellvertreter, Spalthoff (RWE) und Becker (Degussa), wurden informiert. Fischer machte den Vorschlag, eine Selbstanzeige beim zuständigen Finanzamt oder bei der Hanauer Staatsanwaltschaft einzureichen. Doch die Degussa zögerte über

der Hanauer Staatsanwaltschaft einzurei-
chen. Doch die Degussa zögerte über

wiederholte Interventionen ihrer Steuerabteilung die Selbstanzeige um runde drei Wochen hinaus: bis zum 7. April, genau zwei Tage nach der hessischen Landtagswahl. Trotz allen inzwischen vorgebrachten Erläuterungen und Relativierungen ist ganz klar, daß die Affäre erst nach dem Wahltermin öffentlich werden sollte. Die Manager verhehlen nicht, wem ihre politischen Sympathien damals galten: der CDU/FDP-Koalition, die das ein Vierteljahr zuvor zerbrochene rot-grüne Bündnis dann auch knapp schlagen konnte.

Bis Mitte Dezember 1987 konnte man erfahren, daß Transnuklear Angestellte bundesdeutscher Atomkraftwerke und Energieversorgungsunternehmen sowie des Kernforschungszentrums CEN im belgischen Mol „beschenkt" hatte, um sich „lukrative Aufträge" zur Entsorgung des schwach- bis mittelaktiven Abfalls zu beschaffen, wie er in den AKWs ständig anfällt. Angaben über die Zahl der bestochenen Angestellten schwanken zwischen 30 und 100 Personen. Durch andere Firmen und durch Scheinfirmen ließen sich die TN-Leute fingierte Rechnungen ausstellen, um auf diese Weise eine „schwarze Kasse" zu füllen („Zeit", 4.9.87). Daraus bekamen Sicherheitsingenieure, Strahlenschutz- und Entsorgungsbeauftragte Zuwendungen, die von kleineren Sachgeschenken bis zu hohen Geldbeträgen reichten. Genüßlich beschrieb die Presse, daß sich die Männer aus der nuclear community oft ihr einschlägiges Nachtleben von TN bezahlen ließen. Mit diesen merkwürdigen, aber, wie die Beschuldigten versicherten, branchenüblichen Methoden hat das Unternehmen seinen Umsatz in der Abteilung radioaktive Abfälle zwischen 1979 und 1986 auf das Dreizehnfache gesteigert („stern", 29.12.87).

Die nuklearen Transporte betreffen freilich nicht nur die genannten schwach- bis mittelaktiven Abfälle (z.B. kontaminierte Arbeitskleidung oder Reinigungsmittel), in denen Spaltstoffe höchstens spurenweise vorhanden sein sollten, weshalb sie auch nicht den internationalen Kontrollen der Wiener IAEO oder der Brüsseler Euratom unterliegen. Ebenso hat TN stark strahlendes Material befördert, Brennelemente vor und nach ihrem Einsatz, und für Plutoniumtransporte besaßen allein die Hanauer Spediteure die Genehmigung der Physikalisch Technischen Bundesanstalt. Im schwach- bis mittelaktiven Bereich bot die Firma jedoch nicht nur Transportleistungen an, sondern einen „Entsorgungsservice". So schloß sie mit den AKW-Betreibern Verträge ab, wonach die genannten Abfälle konditioniert (Verpressen/Verbrennen/Verfestigen zur Volumenreduzierung) und in endlagerfähiger Form zurückgebracht werden sollten. Da TN über keine eigene Konditionierungsanlage verfügte, arbeitete man mit den Kernforschungszentren in Karlsruhe, Mol und Studsvik (Schweden) zusammen. Vor Ort in Mol waren TN-Angestellte mit „Sortierungsarbeiten" der radioaktiven Abfälle beschäftigt. „Hantierungsarbeiten" für TN leistete auch die belgische Firma Smet Jet auf dem Gelände des CEN.

Das Problem ist die Entsorgung...

Zunächst hieß es, Transnuklear habe die Bestechungsgelder für Aufträge zur Entsorgung des schwach- bis mittelaktiven Abfalls gezahlt. Sicherheitsbelange seien dabei nicht verletzt worden. Diese Behauptung ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, nachdem in Belgien zwei Direktoren des CEN wegen der Annahme von TN-Geldern entlassen worden waren und dort ebenfalls staatsanwaltliche Ermittlungen eingesetzt hatten. Am 8. und 15.12.87 sahen sich Transnuklear und Preußenelektra zu weiteren Eingeständnissen gegenüber dem Bundesumweltministerium veranlaßt: In Mol konditionierte und an die Atomkraftwerke Unterweser und Stade zurückgelieferte Abfälle enthielten geringe Mengen Plutonium und größere Mengen Kobalt 60. Daraus folge, daß andere Abfälle „untergemischt" worden seien, obwohl die Begleitpapiere die AKWs Unterweser und Stade als Ursprungsort auswiesen. Eine falsche Deklarierung zurückgelieferter Abfälle sei möglicherweise auch bei den Atomkraftwerken Neckarwestheim, Philippsburg und Würgassen vorgekommen (Bericht des Bundesumweltministers Töpfer vom 21.12.87). Darüberhinaus will Transnuklear angeblich erst zu diesem Zeitpunkt bei weiteren firmeninternen Überprüfungen herausgefunden haben, daß man an Smet Jet im Laufe von acht Jahren ca. 24 Mio. DM gezahlt habe, obwohl die Leistungen der belgischen Firma allenfalls mit 8 Mio. zu veranschlagen seien: Weitere 15 Millionen, die mögli-

seien: Weitere 15 Millionen, die mögli-

cherweise für Bestechungen aufgewendet wurden.

Am 15.12.87, zeitgleich zum Bekanntwerden dieser neuen Informationen, nahm sich der ehemalige TN-Angestellte Hans Holtz, der fünf Tage zuvor festgenommen worden war, in der Untersuchungshaft das Leben. Ähnlich wie seinerzeit der Flick-Buchhalter hatte Holtz die schwarze Kasse geführt und auf einer Liste die sog. „nützlichen Aufwendungen" und ihre Empfänger notiert. Bereits im April 1987 war er beurlaubt und wenig später entlassen worden. In staatsanwaltlichen Vernehmungen hatte er versichert, mit Wissen und im Auftrag der Geschäftsleitung gehandelt zu haben — eine Behauptung, für die es mittlerweile zahlreiche Belege gibt.

Töpfer entzog der Firma am 17.12.87 bis auf weiteres die Genehmigung für Atomtransporte und ordnete eine Überprüfung ihrer Zuverlässigkeit an. Die falsche Deklarierung von Fässern mit radioaktivem Inhalt und insbesondere die Verunreinigung mit Plutonium elektrisierten die Öffentlichkeit. Mol-Fässern galt eine Zeitlang höchste Aufmerksamkeit, und man fand in verschiedenen Atomkraftwerken, Zwischenlagern und Forschungsinstituten bis zum Jahreswechsel knapp 2000 Stück, während die genaue Untersuchung ihres Inhalt auf sich warten ließ.

Als Erklärung für die Plutoniumverunreinigungen präsentierte TN 321 zwischen 1982 und 1984 gelieferte Fässer mit Rückständen des Reaktors BR-3 in Mol. In diesem 1987 stillgelegten Forschungsreaktor habe sich 1977 ein Störfall, eine „Panne" bzw. „Leckage" ereignet, weshalb eine Dekontaminierung des Primärkreislaufs durchgeführt worden sei. Die verfestigten Reinigungsschlämme mit insgesamt 211 Milligramm Plutonium seien auf jene 321 Fässer verteilt worden. Die Verunreinigung betrage pro Faß etwa 300 Millicurie Kobalt 60 und 0,04 mCi entsprechend 0,57 mg Plutonium 239. Diese Werte lägen innerhalb des Erlaubten, und dementsprechend hätten auch Messungen der Strahlendosis an der Oberfläche der Fässer nichts Auffälliges ergeben können. Garantieren könne TN allerdings nicht dafür, daß nicht auch weitere Fässer mit Fremdstoffen gefüllt seien, die nicht von ihren Absendern stammen („Frankfurter Rundschau", 18. und 22.12.87; „Spiegel", 28.12.87). Später wurde genauer bekannt, wohin die 321 Fässer geliefert wurden: 64 nach Neckarwestheim, 150 nach Würgassen, 107 nach Stade, wobei die letzte Charge in der Lagerhalle Kleinensiel des AKW Unterweser landete. Nach Informationen der „taz" (13.1.88) soll Transnuklear diese Angaben im Dezember von Mol erhalten haben.

Eine anschauliche Darstellung für Vermischungspraktiken in Mol gab ein CEN-Mann dem „stern" (29.12.87): Man habe den Abfall aus dem Reaktor BR-3 neben eine kobalthaltige Sendung aus der Bundesrepublik gestellt und die Anweisung gegeben, *„mal den Inhalt aus den deutschen Behältern und mal den belgischen Behältern unter den Zement zu mischen."* So sei das belgische Plutonium mit in die BRD zurückgekommen, wo es nicht hingehörte. Zu ergänzen wäre: Auch die stärker strahlenden und somit auffälligeren belgischen Kobaltreste wäre man auf diese Weise losgeworden, da der deutsche Teil der Mischung ebenfalls eine Kobalt-Kontaminierung aufwies. Allerdings kann die ganze Darstellung, wie wir später sehen werden, nicht zutreffen.



Die Belgier, die nach dieser Version

Die Belgier, die nach dieser Version nicht nur TN-Gelder kassiert sondern auch noch eigenen Pu-kontaminierten Abfall heimlich und billig beiseitegeschafft hätten, gaben die 321 Fässer zu, behaupteten aber, ihrerseits geschädigt worden zu sein, weil TN große Mengen Abfälle geliefert habe, die in Mol gar nicht konditioniert werden konnten. Von 1983 bis 1987 habe das Hanauer Unternehmen 6000 Kubikmeter Abfälle angefahren, wovon 4900 Kubikmeter bearbeitet wurden. Von den verbleibenden 1100 Kubikmetern könnten nach Untersuchungen noch 500 Kubikmeter konditioniert werden, die restlichen 600 Kubikmeter seien jedoch wegen zu hoher Strahlung in Mol nicht bearbeitungsfähig. Bei diesen 600 Kubikmetern handle es sich jedoch nicht um plutoniumhaltige Abfälle, erklärte das belgische Energieministerium zur Erleichterung der Kollegen in der BRD (Bericht Töpfers vom 21.12.87). Im Prinzip einigten sich die Behörden beider Länder darauf, daß die Belgier ihre 321 Fässer und die Deutschen ihre 600 Kubikmeter jeweils wieder zurücknehmen. Vorher seien aber laut Töpfer „die Struktur dieses Materials und die Bedingungen, unter denen sie nach Belgien geschafft worden sind, zu überprüfen" („FR", 24.12.87).

Die „nützlichen Aufwendungen" an CEN-Angestellte schienen ein plausibles Motiv zu haben: Die Belgier bekamen Geld dafür, daß sie Abfälle annahmen und lagerten, die sie gar nicht bearbeiten konnten. Und TN ließ sich für Leistungen bezahlen, die das Unternehmen gar nicht erbrachte oder deren vorschriftsmäßige Ausführung viel teurer gewesen wäre. Der Atomskandal rangierte unter dem Stichwort „ungelöste Entsorgung". Wenn schon die Handhabung der schwach- bis mittelaktiven Abfälle derartige Probleme bereite, so fragten die Kommentatoren, wie werde es dann erst mit der Wiederaufarbeitung und Endlagerung der bestrahlten Brennelemente aussehen? Aber Mitte Januar nahm die Geschichte ihre nächste spektakuläre Wendung.

Nukem: Uran im Abfall

Am 14.1.88 antwortete Wallmann im Umweltausschuß des hessischen Landtags auf eine Frage des Grünen Joschka Fischer, im Zusammenhang mit den Vorgängen in Mol gebe es den konkreten Verdacht einer Proliferation waffenfähigen Spaltmaterials an Pakistan oder Libyen. Am gleichen Tag verfügte Töpfer die vorläufige Stillegung der nuklearen Produktion bei der Hanauer Nukem, weil das Unternehmen die Behörden unzureichend informiert hatte. Diese Maßnahme habe aber, wie in den folgenden Tagen in Bonn und Wiesbaden betont wurde, nichts mit dem Proliferationsverdacht zu tun.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst die Vorwürfe gegen Nukem. Bei der Mutterfirma von Transnuklear wurden 50 Mol-Fässer erst „entdeckt", als quer durch die Republik bereits 2000 Fässer aus Belgien gemeldet waren. Von diesen Fässern wußte Nukem seit 1985, daß sie Spuren von Caesium 137 und Kobalt 60 enthielten. Weil diese Nuklide nicht von den Nukem-Abfällen stammen könnten, verweigerte das Unternehmen die Annahme der Fässer, sodaß sie einfach in einer Lagerhalle von TN abgestellt wurden. Darüberhinaus waren zwei Fässer nicht mehr auffindbar; ein weiteres Faß war trotz der Kontaminierung an die Uranverarbeitungsanlage Gewerkschaft Brunhilde im pfälzischen Ellweiler gegangen.

Unabhängig von den unterschiedli-

Unabhängig von den unterschiedlichen Bewertungen wird von Nukem und den Behörden die im wesentlichen übereinstimmende Darstellung gegeben: Prädikat nuklearlyrisch. Von 1983 bis Anfang 1987 ließ Nukem 42,5 Tonnen uranhaltige Betriebsabfälle von TN nach Mol bringen. Dabei habe es sich um zerkleinerte Labormöbel gehandelt, die mit angereichertem Uran kontaminiert gewesen seien. Vielleicht war es auch umgekehrt? In Pressemeldungen wird von „hoher" oder „starker" Anreicherung dieser Uranbeimischungen gesprochen, was nicht auszuschliessen ist, da das Nukem-Uran Anreicherungen bis zur Waffentauglichkeit besitzt. Um die Auflagen für schwach- bis mittelaktiven Abfall einzuhalten, will das Unternehmen abgereichertes Uran hinzugegeben haben, bis mit Hilfe einer solchen „Verdünnung" die Isotopenzusammensetzung von Natururan (0,71% U235) ereicht worden sei. Darüber seien auch die Kontrolleure unterrichtet worden, was wohl so zu verstehen ist, daß man die dafür benötigte U238-Menge angegeben hat.

Die so präparierten Abfälle seien nicht zu einer endlagerfähigen Konditionierung nach Mol geschickt worden, sondern nur zur Verbrennung. Denn man wollte, sagt Nukem, versuchen, das enthaltene Uran später „als Kernbrennstoff zurückzugewinnen". Die Quantitäten müßten demnach so gewesen sein, daß ein solcher Versuch als lohnend erschien. 53 Fässer zu je 200 Litern, von Nukem als „Asche mit Natururan" deklariert, seien zwischen 1984 und 1986 zurückgekommen, zunächst 1984 in einer gesonderten Sendung zwei Stück, die angeblich nicht vollständig gefüllt waren. Daher habe man sie bei Nukem „mit Reststoffen in verschiedenen Abfallfässern zusammengefaßt". Zusammen sollen die beiden verschwundenen Fässer 114 kg Material enthalten haben.

Aus den folgenden 51 Fässern zog Nukem 1985 Proben, in denen geringe Beimengungen von Kobalt 60 und Caesium 137 festgestellt wurden: 3 bis 5 Becquerel pro Gramm Reststoff in der Hälfte dieser Fässer. Ferner ergab die Untersuchung Hinweise darauf, daß die Behälter auch angereichertes Uran enthielten, das „Kernbrennstoffcharakter" besaß. Von der Verunreinigung mit „Fremdstoffen" und dem Brennstoffcharakter des Urans wurden die Aufsichtsbehörden nicht informiert; auch wurde damals keine Plutoniumanalyse vorgenommen, obwohl der Caesiumbefund dies nahegelegt hätte. Wären die Behörden informiert worden, so der hessische Umweltminister Weimar, so wären die dubiosen Abfallverschiebungen und Vermischungen in Mol wahrscheinlich schon vor drei Jahren aufgeflogen. Stattdessen schickte Nukem im Juli 1986 eine Probe mit 15 kg solcher uranhaltiger Asche (anderen Berichten zufolge zwei Proben zu je 15 kg) an die Uranverarbeitungsanlage in Ellweiler, um prüfen zu lassen, ob eine Rückgewinnung des Urans möglich wäre. Eine Bearbeitung ist dort anscheinend aber nicht erfolgt.

Weitere 22 Fässer der Nukem mit ähnlichem Inhalt lagern noch in Mol. Daraus und aus der bereits nach Hanau zurückgelieferten Sendung ließ Nukem im Oktober 1987 Proben entnehmen, um sie nun auch auf Plutonium untersuchen zu lassen. Für die noch in Mol lagernden Nukem-Fässer wurde ein Pu-Gehalt von 6 Nanogramm pro Gramm Asche ermittelt (Nano = Milliardstel). Das Ergebnis für die Proben aus Hanau stand im Februar

immer noch aus und wurde m.W. auch

immer noch aus und wurde m.W. auch später nicht bekanntgemacht (nach „Siemens/argumente", 9.2.88). Noch im Dezember, als die Untersuchungen zu Transnuklear auf vollen Touren liefen, verschwieg Nukem den Behörden, diese Analysen in Auftrag gegeben zu haben. So erweckte die Firma den Eindruck, daß sie etwas zu verbergen hat. Gleichwohl müßte man, wenn nicht gleichzeitig der Proliferationsverdacht laut geworden wäre, die Reaktion der hessischen Landesregierung als überzogen empfinden: Ministerpräsident Wallmann bestellte die Nukem-Aufsichtsratsvorsitzenden Spalthoff und Becker am 14.1.88 zu sich, um von ihnen ultimativ die Suspendierung der gesamten Nukem-Geschäftsleitung, der Strahlenschutzbeauftragten und aller weiteren Mitarbeiter zu fordern, die mit der Sache befaßt waren.

Zwei verschwundene Fässer?

Nach wie vor erklärungsbedürftig ist die Frage, wie der Proliferationsverdacht, der mit den Vorfällen bei Nukem angeblich ja nichts zu tun hat, ins Rollen kam. Die Politiker Wallmann und Weimar behaupteten später, es habe nur eine einzige Quelle dafür gegeben, einen Journalisten des kleinen Bonner Blatts „Energiereport". In der dritten Januarwoche war allerdings noch von mehreren Hinweisen die Rede gewesen: der belgische Grüne Paul Staes, ein Journalist des französischen „L'Expres", eine freie Mitarbeiterin des „stern", ein namentlich nicht genannter Schweizer Journalist sowie ebenfalls anonyme Mitarbeiter von TN. Der Sender RTL meinte, die Informationen stammten vom israelischen Geheimdienst Mossad. Jedenfalls besagten sie, waffenfähiges Spaltmaterial aus Mol sei von Transnuklear nach Lübeck transportiert, dort auf einem finnischen Schiff unter einer Ladung Koks versteckt worden und über Schweden nach Pakistan oder

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Libyen gelangt. An dem Handel seien die Bremer Hansa Projekt Transport und die Lübecker Neuen Metallhüttenwerke beteiligt gewesen, beide im Besitz der pakistanischen Brüder Gokal, die im Ruf stehen, Waffenhändler zu sein. Gelegentlich wurden auch Bremen und Hamburg als Häfen genannt, über die Proliferationsgeschäfte abgewickelt wurden. Weil bei Nukem zwei Fässer verschwunden waren, befürchtete man, daß sie waffenfähiges Uran oder Plutonium enthalten haben könnten.

Am Abend des 15.1.88 dementierte in Hanau Jörg Pompetzki, Firmensprecher von Nukem und TN, waffenfähige Atomexporte nach Pakistan, Libyen oder Sudan (letzteres war gar nicht behauptet worden, doch soll der Sudan ein Hauptumschlagsplatz für unkontrollierte bzw. illegale Nukleargeschäfte sein). Die PTB Braunschweig erklärte, TN habe zwei Genehmigungen für den Transport von drei großen Kobalt-Strahlungsquellen (mehr als 5000 Curie) nach Lahore in Pakistan erhalten. Eine weitere Genehmigung habe die Firma für den Transport einer Kobalt-Großquelle von Montreal über Hamburg nach Karatschi gehabt. Für die erstgenannten Sendungen wurde die Siemens AG als Absender und eine Klinik im Punjab als Empfänger genannt. Die Sendung nach Karatschi erfolgte im Auftrag von Atomic Energy of Canada Ltd. und diente offenbar nicht medizinischen Zwecken. Auch für Caesium-Transporte nach Lahore gab es Genehmigungen, die anscheinend aber nicht in Anspruch genommen wurden.

Aus einem „FAZ"-Artikel (16.1.88) geht hervor, daß die Kobaltsendung von Kanada via Hamburg nach Pakistan in Hanau vorübergehend angezweifelt oder überprüft wurde. Von sich aus gab Nukem bekannt, einmal 19,45 kg Uran in Form von Hexafluorid an Pakistan verkauft zu haben. Der Stoff sei 1978 für Laborzwecke geliefert worden. Über den Anreicherungsgrad dieses Urans wurden keine Angaben gemacht. Desweiteren ging 1987 eine Kobalt 60-Sendung, „für ein technisches Gerät bestimmt", über den Bremer Hafen nach Libyen. Mitte Januar 1988 kam ein Kobalt-Bestrahlungsgerät vom Mayo-Hospital Lahore über den Hamburger Hafen an den deutschen Hersteller in Karlstein bei Hanau, wahrscheinlich KWU/Siemens, zurück. Aber auch eine Gütersloher Holzverarbeitungsfabrik namens „Wirus" soll eine medizinische Kobaltquelle, anderen Angaben zufolge ein altes Isotopenmeßgerät, nach Pakistan exportiert haben.

Unter Berufung auf „zuständige Kreise in Bonn" meldete dpa am 18.1.88, aus einem nicht von der IAEO kontrollierten Bereich des Atomzentrums Mol seien erhebliche Mengen spaltbaren Materials ins Ausland geliefert worden. Pakistan sei eines der Empfängerländer, deutsche Unternehmen seien wahrscheinlich jedoch nicht daran beteiligt gewesen. Die „Frankfurter Rundschau" (15.1.88) gab die Genehmigungen der PTB für TN so wieder, daß sie auch „Atomrückstände" für Pakistan eingeschlossen hätten. Diese Behauptung wurde jedoch nicht wiederholt.

für Pakistan eingeschlossen hätten. Diese Behauptung wurde jedoch nicht wiederholt.

Der Begriff des spaltbaren Materials, das zur Herstellung von Atombomben *geeignet* sein könnte, ist ein weites Feld. Der belgische Sozialist und Europa-Abgeordnete Glinne sprach definitiv von 45 kg hochangereicherten Urans, die in pakistanischen Besitz gelangt seien. Dafür seien „praktisch alle europäischen Staaten" verantwortlich („FR" und „FAZ", 19.1.88).

Hingegen wurde in der Boulevardpresse mit Bestimmtheit die These vertreten, es sei um Plutonium gegangen. So hatte die Frankfurter „Abendpost-Nachtausgabe" schon am 18.12.87 behauptet, von TN und aus Mol seien nicht nur falsch deklarierte schwach- bis mittelaktive Abfälle, sondern auch „illegal hochgefährliche Kernbrennstoffe" verschoben worden. Belgische Behörden hätten bestätigt, daß TN „mit Hilfe von Bestechungsgeldern Plutonium ungenehmigt in Mol untergebracht hat". „Ausgediente Brennstäbe" seien in Mol bearbeitet worden, doch die „Restabfälle" seien nicht zur Zwischenlagerung in die Bundesrepublik zurückgekommen, sondern durch anderen Atommüll ausgetauscht worden. „Bild" berichtete am 15.1.88, *„daß offenbar in (genehmigte) Atommüll-Fässer (verbotenerweise) hochgiftiges Plutonium gefüllt wurde. Transnuklear transportierte die Fässer ins belgische Atomkraftwerk Mol. Dort soll das Plutonium herausgeholt und weiterverschoben worden sein — möglicherweise nach Pakistan und Libyen."*

Beide Thesen gehen von einer Plutoniumextraktion in Mol aus — sei es nun durch Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennstäbe oder Rückgewinnung aus Abfällen, die stark mit Plutonium versetzt sind. Beide Technologien waren in Mol vorhanden: Von 1968 bis 1974 wurde dort die WAA Eurochemic von zwölf westeuropäischen Ländern betrieben. Die „FAZ" (16.1.88) merkte dazu an, es müsse geprüft werden, ob sich die Geschäftsführung, heute als Belgoproces N.V. mit Dekontaminierungsarbeiten befaßt, wirklich an die Stillegung gehalten hat. Als geschlossene Anlage unterliegt dieser Bereich auch nicht der IAEO-Kontrolle (siehe die schon erwähnte dpa-Meldung). Zweitens wurde auf dem Eurochemic-Gelände unter Regie des Karlsruher Kernforschungszentrums eine sog. Naßveraschungsanlage errichtet, um Plutonium aus brennbaren Abfällen zurückzugewinnen, gedacht vor allem für stark plutoniumhaltige Betriebsrückstände aus der Wiederaufarbeitung oder der Brennelementeproduktion. Mit diesem Verfahren produzierte Belgoproces N.V. im Rahmen eines zweijährigen Demonstrationsbetriebs (1983-85) 6 kg Plutonium aus 4 Kubikmetern brennbarer Eurochemic-Abfälle. Nach Mitteilung des KfK wurde dieses Plutonium in die Spaltstofflußkontrolle einbezogen, wobei es in der Natur der Sache liegt, daß sich IAEO/Euratom nur im guten Glauben auf die Angaben der Betreiber verlassen können.

Keine Mitteilung gibt es darüber, ob und in welchem Umfang dieses als ausgesprochen erfolgreich beschriebene Verfahren fortgesetzt wurde. Es ist kein Grund erkennbar, weshalb die Naßveraschung ab 1985 unterlassen worden sein sollte. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) ebenfalls auf dem Eurochemic-Gelände seit Oktober 1985 eine *Pamela* genannte Versuchsanlage zur Verglasung hochradioaktiver Abfälle für die Endlagerung betreibt. Man war halt sehr präsent in Mol.

sung hochradioaktiver Abfälle für die Endlagerung betreibt. Man war halt sehr präsent in Mol.

700 verschwundene Fässer

Die unterschiedlichen Möglichkeiten einer Proliferation von militärisch interessantem Spaltmaterial nach Pakistan oder in andere Länder wurden in einem „FAZ"-Artikel (16.1.88) durchgespielt, um zu dem Schluß zu kommen, daß die direkte Weitergabe vom waffenfähigem Uran 235 oder Plutonium 239 unwahrscheinlich sei. *„Eher wäre ... denkbar, daß die Fässer abgebrannten Brennstoff enthalten, der zunächst wiederaufgearbeitet werden müßte."* Dann wären freilich nicht nur zwei Fässer, sondern ganz andere Mengen verschoben worden.

Pakistan verfügt dank belgisch-französischer Hilfe über eine Wiederaufarbeitungstechnik, die sicherlich militärischen Zwecken dienen soll. „Fraglich blieb jedoch bislang, woher der zu Atombomben zu verarbeitende Brennstoff kommen sollte" (ebenda), weil die eigenen Reaktoren des Landes im Unterschied zu anderen Komponenten des pakistanischen Atomprogramms IAEO-Kontrollen unterworfen wurden, ohne daß bisher Unregelmäßigkeiten auffielen. Wenn man diesen Gedanken weiterspinnt, wird man wiederum heimliche Exporte von Brennstäben mit hohem Abbrand, etwa solche aus kommerziellen stromerzeugenden Reaktoren, für relativ unwahrscheinlich halten. Wegen des hohen Abbrands wäre das daraus zu extrahierende schmutzige Plutonium waffentechnisch nicht sehr geeignet. Wegen der hohen Strahlung wären Transport und Bearbeitung ebenso gefährlich wie auffällig, und schließlich müßte das Material natürlich auch den Kontrollen entzogen werden. Etwas anders verhält es sich möglicherweise mit schwach bestrahltem Material oder mit Betriebsabfällen aus der Brennelementeproduktion, die noch relevante Reste von hochangereichertem Uran oder Plutonium enthalten. Ein solches Material könnte relativ problemlos als schwach- bis mittelaktiver Abfall getarnt nach Mol geschmuggelt worden sein. Und in Belgien gelten wiederum andere Abfallkategorien als in der Bundesrepublik.

Für die letzte Variante haben sich bisher die stärksten Indizien gefunden. Große Mengen der von Transnuklear ins Ausland beförderten, als schwach- bis mittelaktiv deklarierten Abfälle sind offensichtlich verschwunden. Wie bereits oben erwähnt, ergaben Ende 1987 gemeinsame deutsch-belgische Abklärungen, daß in Mol noch 1100 Kubikmeter solcher Abfälle lagern müßten. Bei einem Besuch in Mol fand Umweltminister Töpfer allerdings nur „herrenlosen bundesdeutschen Atommüll in 150 belgischen Fässern" vor („taz", 7.1.88). Was als besondere Entdeckung des umtriebigen Ministers gewertet wurde, signalisierte in Wahrheit eine beachtliche Diskrepanz zwischen dem Soll- und dem Ist-Zustand. Der verabredete Fässer-Rücktausch wurde aufgeschoben, eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt. Am 18.1.88 berichtete der „Spiegel", das Brüsseler staatliche Amt für radioaktive Abfälle, Ondraf, habe Ende der ersten Januarwoche festgestellt, *„daß knapp 700 Fässer mit deutschen Strahlrückständen in Belgien spurlos verschwunden sind, nachdem sie beim belgischen TN-Tochterunternehmen 'Smet Jet' angeliefert worden waren."* Zehn Tage später bestätigte die Geschäftsleitung von TN gegenüber der „FAZ" (28.1.88): *„Belgien habe zugesagt, die 321 Fässer im Gegenzug gegen deutschen Müll zurückzunehmen. Der deutsche Abfall sei aber nicht mehr aufzufinden."*

Ähnliches ergaben Ermittlungen in Schweden. Anfang April teilte die schwedische Atomenergiebehörde mit, fünf angekündigte TN-Transporte von radioaktiven Abfällen, die zur Verbrennung nach Studsvik gebracht werden sollten, seien dort nicht angekommen. Entschuldigend wurde hinzugefügt, möglicherweise seien die Transporte, deren Ankündigung notiert worden war, abgesagt worden, ohne daß dies gleichfalls in den Büchern vermerkt wurde. Doch wo es solche Nachlässigkeiten gibt, werden sie auch ausgenutzt.

Der mysteriöse Störfall

War Plutonium wirklich nur aus Belgien in die BRD gekommen oder auch umgekehrt? Eine Zeitlang galt das Interesse der Frage, was in jenen 600 Kubikmetern bundesdeutscher Abfälle in Mol, die dort nicht behandelt werden können, eigentlich enthalten war. Genauer gesagt wurden zwei Fragestellungen miteinander vermengt oder sogar absichtsvoll durcheinandergebracht: 1. Gab es hochradioaktive Chargen in jenen nicht bearbeitungsfähigen Abfällen? 2. Waren Spaltstoffe darin enthalten? Aus Mol vernahm man unterschiedliche Begründungen, weshalb dieser Teil des bundesdeutschen Materials nicht konditioniert werden konnte. Die Strahlung der Fässer überschreite die für die belgische Anlage zulässigen 200 Millirem; dabei gehe es beispielsweise um Filterrückstände oder Verdampferkonzentrate; nicht bearbeitet werden könnte auch Coreschrott mit stark strahlendem Kobalt aus dem AKW Würgassen u.a.m. Von Transnuklear-Angestellten kamen dagegen Hinweise, wonach sich auch spaltbares Material in dem BRD-Abfall befunden habe, der nach Mol transportiert wurde („Spiegel", 28.12.87). So könne bei Brennelemente-Schäden Plutonium in den leicht-aktiven Müll geraten. In diesem Kontext sah sich Umweltminister Töpfer am 23.12.87 genötigt, eine Überprüfung sämtlicher Störfälle in Siedewasserreaktoren seit 1984 anzuordnen. Konkret wurde der Verdacht geäußert, 100 Gramm alpha-strahlenden Materials seien nach einem Störfall unter falscher Bezeichnung, d.h. mit dem gewöhnlichen schwachaktiven Abfall nach Mol gegangen. Diese 100 Gramm wurden als Uranstaub mit Plutoniumspuren beschrieben. Neben Caesium, was wegen der Kernspaltung logisch ist, sei auch noch Kobalt 60 darin enthalten gewesen („FR" und „FAZ", 29.12.87), ein Radioisotop, das nie zu fehlen scheint und von der Presse gelegentlich der Einfachheit halber auch als Spaltprodukt bezeichnet wird („FR" und „FAZ", 5.1.88), ohne ein solches zu sein. Die Atomkraftwerke Philippsburg und Gundremmingen, bei denen ein solcher Störfall vermutet wurde, widersprachen umgehend. Auch die Staatsanwaltschaft Hanau dementierte, Beweise hierfür zu haben. Trotzdem nahm Töpfer den Vorfall in seinen Bericht über die Entsorgung des Atommülls in der Bundesrepublik auf („taz", 14.1.88). Später wurde tatsächlich eine einzelne Brennstofftablette im Abklingbecken des AKW Philippsburg gefunden („taz", 24.2.88). Also doch.

Krise oder Riesengeschäft?

Eine kleine, aber vielleicht gar nicht so unbedeutende Veränderung bei Nukem im Rahmen der von Töpfer veranlaßten Umstrukturierungen wirft ein Licht auf die Situation und die Perspektiven der Atomindustrie. Von der Frankfurter Degussa (35%) vorübergehend in „unternehmerische Obhut" genommen, verzichtete das Hanauer Unternehmen zunächst auf die Brennelementeproduktion für Forschungsreaktoren, wo Nukem international einen Marktanteil von 50% besaß. Dieses Geschäft wird von der französischen Cerca in Lyon übernommen. Ebenso verzichtete Nukem darauf, die Brennelementeproduktion für Hochtemperaturreaktoren in der alten, derzeit betriebenen Anlage fortzusetzen. Eine neue Anlage ist in Hanau freilich schon im Bau und soll Anfang der neunziger Jahre in Betrieb gehen. Schließlich verkaufte RWE seine Nukem-Anteile (45%). Nachdem die KWU/Siemens darauf Ansprüche angemeldet hatte, bekam der HTR-Hersteller BBC/Babcock den Vorzug. Weitgehend unbemerkt hatte BBC gerade ein *„Riesen-Atomgeschäft mit China"* („FR", 12.3.88) abgeschlossen. Für den Bau eines ersten chinesischen Hochtemperaturreaktors gingen Aufträge über mehrere 100 Millionen Mark an BBC und andere bundesdeutsche Firmen.

Nachdem diese Umstrukturierungen in Übereinstimmung mit dem Bundesumweltminister vorgenommen waren, durfte Nukem seine atomare Produktion zum „Leerfahren" der alten Anlage bis zum Jahresende wieder aufnehmen („FR", 6.4.88) — nicht ohne zusätzliche behördliche Auflagen zur besseren Kontrolle des spaltbaren (!) Inventars. In dieser Zeit wird das Unternehmen einen ausreichenden Vorrat an HTR-Brennelementen produziert haben, sodaß es nicht zu Engpässen in Hamm kommt, bis die neue Anlage Nukem II in Betrieb geht. Beachtlich, wie das Ende der Atomindustrie bereits in den schwärzesten Farben ausgemalt worden war, während jene in Wahrheit die Auftragsbücher füllte.

Warum starb Klaus R.?

Die Geschichte des Krisenmanagements, der „tiefen Schnitte zur Gesundung des Patienten", der „Neuordnung und Entflechtung" der Atomindustrie usw. ist bekannt (s. AK 294). Sie dient dem vorsichtigen Ablassen eines politischen Adrenalin-Staus, bis die Routine parlamentarischer Untersuchungsausschüsse erreicht ist, denen man wenig Beachtung schenkt. Alle machten ihre Rückzieher, niemand wollte Böses über die Atomfamilie gesagt haben. Nukem arbeitet wieder, zwei im Januar suspendierte Manager sind wieder eingestellt, und die Erbnachfolge von Transnuklear ist geregelt. Dem Bonner Ausschuß erstattete Töpfer am 21.4.88 einen Zwischenbericht, der sich schon stark nach Schlußstrich anhörte. 2362 Gebinde seien von Transnuklear falsch deklariert aus Mol in die BRD zurückgeliefert worden. Die von diesen Fässern ausgehende Strahlung bewege sich jedoch innerhalb der genehmigten Werte. Hatte die „FAZ" am 6.1.88 noch voller Eifer gemeldet: *„Alle fast 2000 Atommüllfässer sollen geöffnet werden"*, so waren 14 Wochen später nur 50 Fässer auf ihre Nuklidzusammensetzung untersucht worden. In vier Fässern habe die Pu-Kontaminierung zwischen 1 und 2,8 mg betragen, in allen anderen lag sie unter einem Milligramm. Solche geringen Beimischungen seien bei Verbrennungsanlagen wie derjenigen in Mol üblich. Die Fässer seien für die Endlagerung geeignet.

Just zum Zeitpunkt dieser beruhigend abgefaßten Worte gab die Hanauer Staatsanwaltschaft bekannt, noch einmal 50 Mol-Fässer im Auge des Taifuns gefunden zu haben, bei Transnuklear. Die neuen Fässer würden auch andere Stoffe als schwach strahlendes Material enthalten („FAZ", 22.4.88). Bis zum Juni stieg die Zahl der in der BRD registrierten Mol-Fässer auf über 5000, mindestens 2400 davon falsch deklariert. Das ist das Siebeneinhalbfache der anfänglich in Hanau und Mol eingeräumten 321 Fässer. Bei jener Sendung mit angeblichen Rückständen von Reinigungsschlamm aus dem BR-3-Reaktor in Mol stellte sich heraus, daß in die Fässer noch einmal Stahlbehälter einzementiert waren. Erst darin befand sich das radioaktive Material, der Zement war strahlungsfrei. Es handelte sich also nicht einfach um ein Vermischen verschiedener Abfälle und schon gar nicht um eine Querkontaminierung bei der Verbrennung, sondern um ein regelrechtes Verstecken — und um einen ziemlichen Aufwand, der das Ganze nicht so harmlos erscheinen läßt, wie es von Töpfer schließlich dargestellt wurde. Wider Erwarten enthielt der Stoff überhaupt keine Caesium-Beimischungen, sodaß die ganze These eines Reaktorstörfalls mit Brennelementeschaden als recht fragwürdig erscheint („Nordseezeitung", 29.2. und 1.3.88).

Mehrere Fälle von Plutonium-Verunreinigungen betrafen Fässer, die *nicht* zu der 32ler-Charge gehören, ohne daß daraus auf den gesamten Pu-kontaminierten Anteil der 2400 falsch deklarierten Fässer geschlossen werden könnte. Seltsamerweise scheint dabei immer auch Kobalt 60 aufzutreten. Bei der Untersuchung von zehn Fässern in Baden-Württemberg fanden sich neben „typischen Kernkraftwerksabfällen" auch Anhaltspunkte dafür, *„daß schwach- und mittelradioaktive Abfälle aus anderen kerntechnischen Anlagen mitverarbeitet worden sind."* („Siemens/argumente", 9.2.88) Handelt es sich dabei um Wiederaufarbeitung, Brennelementeproduktion oder Anreicherung? Beträchtlich war auch der Uran-Anteil in den Nukem-Fässern, als „Asche mit Natururan" deklariert: In den 50 aus Mol zurückgelieferten Fässern mit einem Gesamtinventar von 7085 kg befanden sich 756 kg Uran, das Zehnfache der anfänglich vermuteten Menge. Die Anreicherungsgrade waren unterschiedlich. In 20 Fässern sei das Uran in kernbrennstofffähiger Form vorhanden gewesen. *„Der Höchstwert, der vom Umweltministerium bislang ermittelt worden ist, liegt bei 4,4% Uran 235."* („FR", 21.1.88) Meint das die Isotopenzusammensetzung oder, weil hier nichts ausgeschlossen werden kann, den Anteil am gesamten Faßinhalt? Dann nämlich würde es sich um stark angereichertes Uran handeln.

Fassen wir zusammen: Ausgeschlossen ist, daß die Pu-Verunreinigungen in den Mol-Fässern ausschließlich auf den genannten Reinigungsschlamm von dem belgischen BR-3 Reaktor zurückzuführen sind. Es muß auch andere Ursachen aus anderen kerntechnischen Anlagen dafür geben. Um sie nachzuweisen, müßte man die genauen Analysenergebnisse kennen. Ziemlich unwahrscheinlich ist, daß die Pu-Verunreinigungen ausschließlich von belgischem Material herrühren. Durchaus möglich ist, daß sich in dem von der BRD nach Mol transportierten, als schwach- bis mittelaktiv deklarierten Abfall relevante Mengen von Spaltstoffen befanden, die eine chemische Rückgewinnung lohnend erscheinen lassen — auch für militärische Atomprogramme.

Schließlich ist sogar das Unwahrscheinliche möglich, daß bestrahlte Brennelemente aus kommerziellen westdeutschen Atomkraftwerken verschoben wurden. Dazu müssen wir in die Vorgeschichte des Skandals zurückgehen, als von falschen Frachtpapieren und Proliferation noch nicht die Rede war. Am 4.9.87 berichtete die „Zeit" von einem Provisionsgeschäft der Transnuklear mit dem Preussenelektra-Sachbearbeiter Klaus Ramcke, der auf der Liste von Hans Holtz an oberster Stelle stand, d.h. mit rund einer dreiviertel Million den höchsten Betrag aus der schwarzen Kasse erhielt. Ramcke sollte 220.000 DM erhalten, *„wenn er der TN den Auftrag zur Entsorgung von radioaktiven Abfällen verschaffte, die bereits zerschnitten in einem Becken des Reaktors in Würgassen lagerten."* Schwach-bis mittelaktive Abfälle legt man aber nicht zerschnitten in ein Becken; dies tut man

Fortsetzung auf Seite 18

Die Labormöbel-Fracht

Es ist schon eine außerordentliche Geschichte, wenn in einer Sendung von *„zerkleinerten Labormöbeln"*, wie Nukem behauptet, am Ende mehrere hundert Kilogramm Uran enthalten sind. Hinzu kommt: Wenn die „Verdünnung" dieses Urans, welches ursprünglich *angereichert* war, mit *abgereichertem* Uran von Faß zu Faß so unterschiedlich war, dann hätten *einzelne* Fässer dieser Sendung nach Mol durchaus beträchtliche Mengen Uran mit einem auch militärisch „interessanten" Anreicherungsgrad enthalten können. Für ein Land, das über eigene Anreicherungsanlagen verfügt, wie in Südafrika und Pakistan der Fall, ist es von großem Nutzen, wenn das Ausgangsmaterial schon eine gewisse Anreicherung hat. Der Weg zur Waffenfähigkeit wird verkürzt.

In diesem Kontext ist auch anzumerken, wie die Hanauer Schwesterfirma Alkem ihre Betriebsabfälle entsorgt, die vielleicht ebenfalls z.T. „interessant" sein könnten. Ende Februar fehlten bei dem Unternehmen, das Plutoniumbrennstäbe (MOX und Schneller Brüter) produziert, 0,5 kg Pu in der Bilanz, das Dreifache des gewöhnlich auftretenden produktionsbedingten Materialverlustes („Spiegel", 7.3.88). Die PTB-Genehmigungen für TN vermerken Transporte Pu-kontaminierter Abfälle von Hanau nach Karlsruhe, Schweden und Belgien.

Zurück zu Nukem: Ist es wirklich sicher, daß die Plutonium- und Caesium-Verunreinigungen, die in den Fässern festgestellt wurden, erst in Mol entstanden sind? Oder führen diese Spuren von abgebrannten Brennstäben zu der Firma selbst zurück? Schon im Frühjahr 1987 hatten die hessischen Aufsichtsbehörden registriert, daß Nukem ihre genehmigte Umgangsmenge mit schwach bestrahltem Uran (30 kg) um das Achtfache überschritten hatte. Es handelte sich z.T. um Brennstoff aus Forschungsreaktoren mit niedrigem Abbrand. Der IAEO war das nicht aufgefallen. Dabei verdeckt die harmlose Bezeichnung der schwachen Bestrahlung, daß sich waffenfähiges Plutonium darin befinden kann, wenn auch nur in geringen Anteilen. Immerhin wurde ein Teil dieses Materials in den staatlichen Plutoniumbunker bei Alkem überführt, was nicht gerade für seine Harmlosigkeit spricht. Was wurde aus dem anderen Teil?

Bundesanwaltschaft legt Anklage gegen Ulla und Ingrid vor

Am 18.12.1987 fanden in Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Köln, Bochum und im Ruhrgebiet 33 Hausdurchsuchungen in Privatwohnungen, Betrieben und beim Genarchiv in Essen statt. Im Zusammenhang dieser Aktion wurden Ursula Penselin in Hamburg am 18.12. und Ingrid Strobl in Köln am 20.12. inhaftiert. Ulla wird die Mitgliedschaft in der „Roten Zora", Ingrid die Mitgliedschaft in den „RZ" vorgeworfen. Über zwanzig weitere Ermittlungsverfahren nach § 129a laufen noch, besonders gegen Frauen im Ruhrgebiet. Nach weiteren vier Personen wird gefahndet.

Ulla und Ingrid sitzen seit über einem halben Jahr in U-Haft — während der ersten dreieinhalb Monate in totaler Isolationshaft, seitdem in Einzelhaft mit „Erleichterungen" wie gemeinsamer Hofgang, Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, (maximal) zwanzig Bücher und fünf Zeitungen gleichzeitig in der Zelle, Besuche mit Trennscheibe mit Ausnahme von Verwandtenbesuchen etc. Diese „Vergünstigungen" wurden mit der Auflage gewährt, daß keine der Frauen Kontakt zu anderen Gefangenen, die nach § 129a angeklagt oder verurteilt sind, aufnimmt. (Dies betrifft konkret Ulla, da im Hamburger UG auch Barbara Ernst einsitzt, die nach § 129a verurteilt worden ist.) Die Post von und für beide Frauen wird weiterhin zensiert und muß über den Tisch des Ermittlungsrichters.

Schikane im Knast

Beide Frauen brauchen für die Fortführung ihrer beruflichen Tätigkeit als Journalistinnen umfangreiche Arbeitsmaterialien, insbesondere Fotokopien aus Publikationen zu Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Faschismus u.a. Ingrid arbeitet an einem Buch, das schon im Februar 1988 im Fischerverlag erscheinen sollte und Ulla an Forschungsaufträgen zum Thema Bevölkerungspolitik und Gentechnologie. Die Aushändigung der zugeschickten Arbeitsunterlagen wird wahlweise verschleppt oder abgelehnt. Durch restriktive Handhabung der Schreibzeiten (bei Ingrid täglich nur bis 18 Uhr) wird die inhaltliche Arbeit der Frauen behindert, von den vielfältigen kleinen Schikanen des Alltags gar nicht zu reden. Über diesen Weg werden möglicherweise aufgrund der überlangen Untersuchungshaft, der die beiden Frauen ausgesetzt sind, berufliche Möglichkeiten zerstört.

Mitte Juni 1988 hat die Bundesanwaltschaft (BAW) jetzt die Anklageschriften der beiden Frauen vorgelegt und vor dem 5. Strafsenat des OLGs Düsseldorf Anklage erhoben. Bundesanwalt Rebmann hat darin beantragt, beide Verfahren, da es sich um einen Tatkomplex RZ/Rote Zora handele, gemeinsam zu verhandeln. Nach Aussage von Ullas Anwalt, Hartmut Jacobi, werden bei Zulassung beider Anklagen aller Wahrscheinlichkeit nach auch beide Verfahren zusammengelegt, um zu einem einheitlichen Urteil über Hintergrund und Entwicklung der „Roten Zora" und deren „Tateinheit" mit den „RZ" zu kommen. Praktikabilitäts- und politische Gründe seien ausschlaggebend für diesen Schritt, ein Rückschluß auf eine eventuelle Verurteilung der beiden Frauen könne damit jedoch nicht gezogen werden.

Das OLG Düsseldorf verhandelt zur Zeit ein § 129a-Verfahren gegen vier Leute, denen u.a. Sprengstoffanschläge auf Kasernen und Gelände des Bundesgrenzschutzes vorgeworfen werden. Nach Äußerungen von Gerichtsmitarbeitern, wird dieser Prozeß nicht vor Anfang 1989 beendet sein. Das würde für Ulla und Ingrid bedeuten, daß ihr Verfahren nicht vor Frühjahr 1989 beginnen wird. Da insgesamt mehrere Gerichte § 129a- Verfahren durchführen und nicht alle momentan mit entsprechenden Verfahren belegt sind, muß der Antrag der BAW, die Anklage ausgerechnet vor dem OLG Düsseldorf zu verhandeln, einerseits als eine weitere Schikane angesehen werden. Andererseits ist es nicht unwahrscheinlich, daß es ein besonderes Interesse der BAW gibt, in Düsseldorf zu verhandeln, wo der Vorsitzende Richter Arend tätig ist. Am OLG Düsseldorf wird versucht, die vier Leute, die angeklagt sind, die Anschläge als „Kämpfende Einheit Crespo Cepa. Gallende" verübt zu haben — also eine „Militante Gruppe" der „Illegalen Militanten" — als „Untergruppe" der RAF zu definieren. Das bedeutet: Anklage als „terroristische Vereinigung". Sollte diese Konstruktion vor Gericht durchgesetzt

„terroristische Vereinigung". Sollte diese Konstruktion vor Gericht durchgesetzt

werden, heißt das für die Zukunft, daß jeder beliebige Anschlag unter der ideologischen Klammer „RAF" oder „RZ/Rote Zora" als Mitgliedschaft in einer „terroristischen Gruppe" angeklagt werden kann.

Wenn Frauen Frauen kennen ...

Die Anklageschriften gegen Ulla und Ingrid enthalten im Wesentlichen nichts Neues gegenüber den Haftbefehlen; weiterhin wird, wie bekannt, Ingrid der Kauf eines vom BKA präparierten Weckers der Marke Emes Sonochron vorgeworfen, der angeblich beim Anschlag der RZ auf die Lufthansa-Hauptverwaltung in Köln (20.10.1986) verwendet worden sein soll. Der Anschlag richtete sich gegen die Beteiligung der Lufthansa an der Abschiebung von Flüchtlingen und dem Sex-Tourismus in Asien. Ulla wird hauptsächlich vorgeworfen, bei der Planung und Vorbereitung von Anschlägen auf neun Filialen der Bekleidungsfirma Adler im August 1987 in Aachen, Bremen, Frankfurt, Halstenbek bei Hamburg, Holzwickede, Isernhagen, Neuss, Kassel und Oldenburg „mitgestaltend einbezogen" gewesen zu sein. Die Anschläge sollten eine Unterstützung des laufenden Streiks der Textilarbeiterinnen bei Flair-Fashion/Adler in Südkorea sein (s. Artikel zu Adler in diesem AK).

Als Beweise werden, wie gehabt, „konspirative" Verhaltensweisen behauptet — hierzu gehören dann Treffen in öffentlichen Cafés, Spazierengehen durch die Stadt, das Aussteigen auf verschiedenen Hamburger Bahnhöfen nach gemeinsamer Fahrt und die Freundschaft mit Frauen, die mit wiederum anderen Frauen ...

Der nächste per Gesetz nach halbjährlicher U-Haft fällige Haftprüfungstermin wurde vom BGH nicht eingehalten. Die AnwältInnen wurden erst jetzt aufgefordert bis zum 30.6.1988 zur Haftfortdauer schriftlich Stellung zu nehmen. Danach wird vor dem BGH über die Fortdauer der Haft — also mit erheblicher Verspätung — verhandelt. Ein zusätzlicher mündlicher Haftprüfungstermin konnte von den AnwältInnen durchgesetzt werden, der dann später vor dem OLG Düsseldorf durchgeführt werden soll.

Also nichts Neues, nichts „Verdächtiges" — im wesentlichen das akribische Zusammentragen der o.g. „Beweise", die sich beim Hinschauen als brüchige, haltlose Konstruktionen erweisen.

Die jetzige Anklageerhebung, der Umfang der Aktenordner (insgesamt 40 Stehordner), die Dramatik der Aktenübergabe an die AnwältInnen (mit staatlichem PKW aus Karlsruhe nach Hamburg und Köln) und die beabsichtigte Zusammenlegung beider Verfahren sowie das Novum der „anschlagsrelevanten Themen", die windigen Konstruktionen konspirativen Verhaltens aus Alltagsszenen, die willkürliche Ausdehnung der „Täterinnenkreise" auf Teilnehmerinnen öffentlich zugänglicher Veranstaltungen, Kongresse, Treffen, der besonders verdächtige Tatbestand, daß Frauen miteinander befreundet sind als „Beweise" für eine Mitgliedschaft nach § 129a — dies alles weist darauf hin, daß es der BAW um das Einführen neuer Tateinheiten und Verurteilungskriterien geht.

Ein Sprechers des BAW äußerte direkt nach der Razzia im Dezember 1987, sie befänden sich nun in der Situation eines Unternehmens, das das ganze Jahr rote Zahlen geschrieben hat und plötzlich doch noch einen Jahresgewinn ausweisen kann.

Solidarität

Während der vergangenen ca. 200 Tage U-Haft der beiden Frauen wurde versucht, über Solidaritätsveranstaltungen etc. auf diese Festnahmen und die Situation der beiden Frauen aufmerksam zu machen.

Mehreren großen Veranstaltungen in Hamburg, Köln und Berlin im Januar 88 folgten Solidäritätsdemos in Hamburg und Köln, kleine Kundgebungen, Beiträge bei der Hamburger Frauenwoche, Solidaritätskonzerte in Hamburg, Kassel, Berlin, Köln, Essen und inzwischen weit über 100 weitere Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Wichtig war dabei, daß die Darstellung der Repressionen mit einer Auseinandersetzung über die „anschlagsrelevanten Themen" verbunden wurde (insbesondere Gentechnologie, Reproduktionsmedizin, Bevölkerungspolitik, Ausländerpolitik).

Von den verschiedensten Frauengruppen, von den Autonomen über die Grünen bis zum Landfrauenverein wurden Mitglieder der Prozeßgruppen Hamburg und Köln und Frauen aus dem Genarchiv Essen eingeladen, um Veranstaltungen und Diskussionsgruppen mitzugestalten. Ende April fand dann — Hamburg proudly presents — Europas erste Fahrraddemo gegen „Gentechnologie, Humangenetik, Reproduktionsmedizin, Bevölkerungspolitik und andere High Techs" mit ca. 700 TeilnehmerInnen statt. Informationsveranstaltungen wurden auch im Ausland durchgeführt: in Zürich, bei den Frauenfilmfestspielen, in Cretieul (Frankreich), in Wien. Und es gab immer wieder kleinere Aktionen an den Knästen in Hamburg und München-Neudeck zur Aufmunterung und Stärkung von Ulla und Ingrid.

Ein breites Bündnis von Initiativen, Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen hat in Hamburg die Broschüre „Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf" herausgegeben. Die Auflage hat mit dem zweiten Nachdruck das zehnte Tausend erreicht.

Grußadressen kamen aus dem In- und Ausland, von Finrrage, Angela Davis, verschiedensten Frauengruppen aus den USA, Canada, Spanien, Norwegen, Österreich, Schweiz, Großbritannien. Ebenso erschienen im In- und Ausland zu dem „Fall" zahlreiche Publikationen.

Bisher kommt der überwiegende Teil der Solidaritätsbekundungen aus Frauenzusammenhängen und dem linken und linksradikalen Spektrum. Was ausbleibt, ist die Reaktion der demokratischen und liberalen Öffentlichkeit, deren Anliegen es sein müßte, dort wo die Widersprüchlichkeiten in den Vorwürfen gegen die beiden Frauen geradezu offensichtlich sind, die notwendigen Fragen öffentlich zu stellen und auf Antwort zu dringen. Ingrid Strobl, selbst Journalistin, muß mit ansehen wie ihre KollegInnen die offiziellen Verlautbarungen der BAW unkritisch und staatsloyal abdrucken. Dabei ist die Möglichkeit zur Information über die inkriminierten Themen z.Zt. groß: der Büchermarkt boomt, die größeren Zeitschriften (Zeit, Spiegel, Stern) hatten alle „ihre Serie" zur Gentechnologie.

Die Strategie durch Kriminalisierung der „anschlagsrelevanten" Themen (wie Gentechnologie, Bevölkerungspolitik, Flüchtlingspolitik) Einschüchterung, Schweigen oder gar eine Ausgrenzung von Teilen der an diesem Thema arbeitenden Gruppen zu erreichen, um im Windschatten etwaiger Differenzen unter den AktivistInnen die projektierten Vorhaben (z.B. Embryonenschutzgesetz, Gesetze zur Patentierung tierischen und pflanzlichen Lebens, Zulassung des Insulinfermenters bei Hoechst usw.usf.) ohne großes Aufsehen durchziehen zu können, hat bisher nicht gegriffen. Im Gegenteil: noch nie war das Interesse an diesen kriminalisierten Themen so groß wie jetzt. Das sollte keine —patentierte — Eintagsfliege bleiben. Die Notwendigkeit, bei Anschlägen genau hinzugucken und sich mit den „anschlagsrelevanten" Hintergründen zu befassen, gilt jetzt erst recht. Fest steht, daß die Zahl der „anschlagsrelevanten Themen" steigt, auch wenn die Anschläge fehlen.

Mitte bis Ende Juli stehen für Ulla und Ingrid die nächsten mündlichen Haftprüfungstermine an. Ein weiterer Anlaß, die völlig ungerechtfertigte Fortdauer der U-Haft der Öffentlichkeit nochmals vor Augen zu führen. Ein halbes Jahr sitzen sie, jeder weitere Tag ist seit dem 18.12. schon zu viel!

Einstellung aller laufenden Ermittlungsverfahren!
Sofortiger Stopp der Fahndung!
Streichung der § 129 und § 129a!

ZF und ga

Anzeigenzensur in der „FR"

Breite Unterstützung fand sich für einen Aufruf „Ein Deutscher Herbst reicht", in dem die Freilassung von Ulla Penselin und Ingrid Strobl sowie der Stopp der Fahndung nach anderen Beschuldigten in diesem Zusammenhang gefordert worden war. Beabsichtigt war, den Text als Anzeige in der „Frankfurter Rundschau" zu plazieren. Die Anzeigenleitung der „FR" lehnte „nach Überprüfung des Inhaltes" ab: Die Aussage, daß es der Bundesanwaltschaft um „Einschüchterung und Kriminalisierung" radikaler Feministinnen, Gentechnik-KritikerInnen und GegnerInnen der restriktiven bundesdeutschen Asylpolitik" gehe, könne in der „FR" nicht veröffentlicht werden.

Presseerklärung von Hartmut Jacobi
Anwalt von Ulla Penselin

Unter dem 7.6.1988 hat der Generalbundesanwalt gegen Ursula Penselin beim

desanwalt gegen Ursula Penselin beim

Oberlandesgericht Düsseldorf Anklage erhoben. Ihr wird vorgeworfen, in die Planung und Vorbereitung von Brandanschlägen auf neun Filialen der Bekleidungsfirma Adler im August 1987 mitgestaltend einbezogen worden zu sein und sich zu diesem Zweck am 31.7.1987 in Osnabrück „konspirativ" mit drei anderen Frauen getroffen zu haben. Nach dieser Serie soll sie sich mit den drei Frauen weitergetroffen haben.

Damit will die Bundesanwaltschaft die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Brandstiftungsdelikte nachweisen.

Auch die Anklageschrift bleibt jeden konkreten Tatnachweis schuldig. Weder die Anklageschrift noch die Ermittlungsakten zeigen ein irgendwie geartetes konspiratives Verhalten von Ulla Penselin in Osnabrück. Die Behauptung, dort sei die Anschlagsserie geplant worden, ist frei erfunden.

Ebenso ist der angeblich im Sommer 1987 erfolgte Anschluß an die „Revolutionären Zellen/Rote Zora (RZ)" eine reine Vermutung.

Unter'm Strich wird die Mitgliedschaft bei der Roten Zora aus der angeblichen Mitgestaltung der Anschlagsserie und die Mitgestaltung der Anschlagsserie aus der angeblichen Mitgliedschaft bei der Roten Zora schlußgefolgert.

An konkreten Anhaltspunkten für die Tatvorwürfe fehlt es weiterhin. Die in der Anklage wortreich und umständlich behauptete angebliche Tatbeteiligung zweier Frauen, die Ulla Penselin in Osnabrück getroffen hat, soll darüber hinwegtäuschen, daß gegen sie selbst nichts vorgebracht werden kann.

Auch ein zweites Treffen — in Telgte — mit denselben Frauen war für Ulla Penselin nicht konspirativ. Sie ist dort unter ihrem Namen aufgetreten.

Für die jetzt anstehenden Haftprüfungen fordern wir weiterhin die sofortige Freilassung von Ulla Penselin.

Brief von Ulla

In meinen Briefen fällt mir auf, daß ich öfter „wir" schreibe, nicht dauernd „ich". — Gerade habe ich von Marianne Herzog das Buch „Nicht den Hunger verlieren" gelesen. Sie erzählt am Anfang, daß ihre FreundInnen sie nach ihrer Entlassung aus dem Knast gar nicht nach der Zeit drinnen gefragt haben, um sie damit nicht zu ‚belästigen': „Ich hatte aber nichts anderes im Kopf als die Gefangenen, mit denen ich drinnen zusammen war", schreibt sie. Das kann ich mir inzwischen vorstellen. Jetzt, wo ich mit anderen Frauen rede und der Alltag auch ein ganz klein bißchen zusammen organisiert (gegenan organisiert) wird, ist der Knast z.B. mehr Angelpunkt in nächtlichen Träumen, Traumgeschichten mit Freundinnen hier drinnen. Freundinnen? Vielleicht ist es nur eine, wer weiß, welche später noch an mich denken wird. Ich werde mich bestimmt an viele erinnern, wenn sie hier wegkommen, wenn ich wegkomme. Ich habe viel gelernt, auch von denen, denen ich nicht so nah bin. Zum Beispiel ein kleines Gespräch während der zweiwöchentlichen Gruppe am Sonntag: Eine erzählte, welchen Horror sie hatte bei der Vorstellung, im Knast nur mit Frauen zu tun zu haben. In ihrer Szene läuft so viel über Männer; Frauen heißt Konkurrenz, Anschiß, Unzuverlässigkeit. Hatte ich mir gar nicht so klargemacht. Aber dann auch: gute, neue Erfahrungen im „Frauenhaus". Natürlich gibt's hier auch Linkereien von Frauen, hält sich hier allerdings in Grenzen. Das muß ich hier auch anders lernen: einschätzen, aufpassen und immer wieder offen sein. Manche machen sich mehr Gedanken als andere: Frauen, die neu eingefahren sind, z.B. erstmal mit Tabak etc. versorgen. Die Distanz zu den Schließerinnen wahren, vermitteln, wie's hier läuft, wo die Fallen eingebaut sind. Ganz praktische Unterstützung wie z.B. für eine Rechtsanwältin sorgen, Briefe übersetzen ...

(...)

Mit manchen versuchen wir zu reden. Nicht ständig das Gedibber über die (Drogen-)Szene draußen, (die meisten sind hier direkt oder indirekt wg. Drogen) oder die aktuellen Schweinereien irgendeiner Schließerin. Reden über unsere (Lebens-)Erfahrungen, über Bücher, Knastsystem, AIDS, über Gewalt gegen Frauen, auch: von Frauen, über Rassismus wäre viel zu reden (multinational sind wir hier drinnen). Kleine Beispiele, für die nie ein abendlicher „Termin" zur Verfügung steht, nur eine Stunde Hofgang, die wie im Fluge vergeht, (beim Reingehen merkst du, mit X. habe ich gar nicht geredet, mit Y. heute auch nicht), und zweimal pro Woche Gruppe mit 10-15 Frauen — das ist einfach wenig Zeit; auch wenn wir während der Gruppenzeit alleine wären (ohne Pastor z.B.) und mehr im großen Kreis reden könnten. Klar gibt's auch immer viel zu bedibbern, was einzelnen grad wiederfährt an Scheiße oder Witzigem. Aber das ist ein Punkt: Wir brauchen mehr und ‚unbeaufsichtigte', selbstbestimmte Gruppenzeit und Umschluß. Letzteres gibt's hier im Prinzip nicht, hin und wieder auf besonderen Antrag sog. ‚Zusammenschluß' von 2 Frauen auf einer Leerzelle. Türen auf, sei's auch nur zu festgesetzten Zeiten, gibt's auch nicht. — Darüber werden z.B. auch viele ans Arbeiten gebracht, weil das, zumindest bei den Arbeiten außerhalb der Zelle Kontakt zu anderen Gefangenen bedeutet (und um ‚Arbeitswilligkeit' zu beweisen, müssen fast alle erstmal mit Zellenarbeit anfangen).

(...)

Ich kann das alles eher schlechter beschreiben als andere. Das Prinzip des Knastsystems basiert, wie es die ganze Gesellschaft durchzieht, auf Differenzierung/Spaltung (von Isolationstrakt in vielen Stufen bis zu den ‚Freigängern') und auf einem unvorstellbar vielfältigen Straf- und Disziplinierungssystem (die andere Seite der Medaille: Privilegien). Die wenigen Rechte, die wir auf dem Papier haben, können jederzeit zur Strafe aufgehoben werden. — Dieses System läßt sich theoretisch analysieren. Vorstellbar wird es von draußen letztendlich nicht.

(...)

„Ruhe und Ordnung" gegen Blumen auf der Zelle und gegen Broschüren und gegen Meuterei. Kerzen sind Januar — November feuergefährlich, im Dezember nicht; Duschen nachmittags — wenn „organisatorisch möglich"; ständiger Kampf um jedes Bild, das in der Zelle hängt; Rasen betreten verboten im Hof — drumrumlaufen; Extrahofgang Samstag und Sonntagnachmittag bei schönem Wetter — kein garantiertes Recht, wie eine Gnade wird das gewährt, wenn schönes Wetter ist, bestimmen die Schließerinnen, auch die Länge hängt von deren Laune ab; wenn ich jetzt mit Barbara während unseres Gemeinschaftshofganges rede, wird ‚natürlich' mit Abbruch für alle gedroht ... erst seitenweises Aufzählen könnte vielleicht vermitteln helfen, wie sie zermürben, ersticken wollen auch außerhalb der Isolation, wenn es uns nicht gelingt, uns dagegenzusetzen, auch in kleinen, unspektakulären Dingen. —

Es gibt soviel Geschriebenes zu Knast: von verschiedenen Menschen, in verschiedenen Knästen, zu verschiedenen Zeiten. Und trotzdem findet sich in allen Berichten Gemeinsames, denn der Zweck von Knast und das sich dagegen zu wehren versuchen , ist immer gleich. Lies diese Bücher. Konkreter wird die Vorstellung dadurch, konkret wird sie immer erst hier drinnen. Aber der Mut und Lebenswille der vielen Gefangenen hilft auch draußen. Knast nicht nur als Moloch, sondern auch als Terrain zu begreifen, auf dem es nicht nur ums pure Überleben geht.
Marianne Herzog: Nicht den Hunger verlieren (BRD, Anfang 70er); Carl Harp: Liebe und Haß (USA 70er); Vera Figner: Nacht über Rußland (Rußland, Gefangenschaft, Ende 19. Jhd.); Ernesto Goncalez Bermejo: Hände im Feuer. Ein Tupamaro blickt zurück (Uruguay); Rosa Luxemburg: (weiß ich den Titel jetzt nicht); Julius Fucik: Reportage unter dem Strang geschrieben (Tagebuch aus dem Gefängnis Pancracer, Tschechoslowakei 1943, vor Hinrichtung in Berlin); Jewgenia Ginsburg: Marschroute eines Lebens; Jewgenia Ginsburg: Gratwanderung (Gefängnis und Arbeitslager UdSSR, „Stalinzeit")
Die habe ich u.a. gelesen; eine ganz kleine Auswahl ...
Es gibt auch eine Broschüre über „die Plötze" — kenn ich (noch) nicht, ist aber bestimmt interessant ...

Liebe Grüße, Ulla

Wenn ihr Ulla und Ingrid schreiben wollt, ist die neue Adresse:
Ulla Penselin
Ingrid Strobl
OLG Düsseldorf; 5. Strafsenat
Postfach 30 02 10; 4000 Düsseldorf

Rote Zora gegen Ausbeutung und Sexismus

Weshalb und wofür die „Rote Zora" die Anschläge bei Adler unternahm



Noch in diesem Sommer will die Bundesanwaltschaft ihre Anklage gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl vorbringen. Ein Vorwurf gegen Ulla ist die Mitgliedschaft in der „Roten Zora" und damit die Mitverantwortung für verschiedene Anschläge auf verschiedene Filialen des Textilkonzerns Adler. Da in der Öffentlichkeit fast immer nur über die Anschläge, nicht aber über die Begründungszusammenhänge gesprochen wird, dokumentieren wir im folgenden Beiträge, die über die Hintergründe sowie die Folgen dieser Anschläge Auskunft geben.

1976 gründete Adler in einer südkoreanischen Freihandelszone die Firma „Flair Fashion" — 1.600 Menschen, überwiegend Frauen zwischen 18 und 25 Jahren, produzieren dort seitdem täglich 7.500 Kleidungsstücke (Mäntel, Jacken, Kleider, Hosen ...), die in den 28 bundesdeutschen Adler-Verkaufshallen verkauft werden zu, wie Adler wirbt, unverschämt günstigen Preisen.

1986 lag der Reingewinn neunzehnfach so hoch wie das ursprünglich eingebrachte Grundkapital. Auslandschef Fürchtegott Adler weiß, wem er diesen Profit zu verdanken hat. In einer Schrift zum 25. Jubiläum der Firma schreibt er: *„Ohne die schwarzhaarigen, mandeläugigen Koreanerinnen wäre der steile Aufstieg des Unternehmens kaum möglich gewesen."* Und Adler sen. preist die „Flair Fashion": *„Diese Mädchen produzieren nicht nur fleißig, sondern sie sind auch besonders aktiv bei Firmenveranstaltungen dabei. Bei monatlichen Geburtstagsparties und halbjährlichen Ausflügen wird kräftig gesungen. Sie können mehr* *tagsparties und halbjährlichen Ausflügen wird kräftig gesungen. Sie können mehr* *deutsche Volkslieder als mancher Deutsche. Der Zahltag am 10. ist für die Mädchen der schönste Tag im Monat."*

Die Arbeiterinnen selbst schildern Betriebsklima und Arbeitsbedingungen weit weniger euphorisch. Im September 1986 machen sie bekannt:

— Der Lohn für eine Anfängerin liegt bei 70 Pf. die Stunde; nach einer vierjährigen Betriebszugehörigkeit erhält eine Arbeiterin immer noch einen Lohn, der weit unter dem liegt, wie er sogar von der regierungsfreundlichen Gewerkschaft gefordert wird.

— Es gibt ständig Zeitmessungen während der Arbeit, um die Produktion zu steigern, bis zur psychischen und physischen Erschöpfung der Arbeiterinnen.

— Vorarbeiterin oder Schichtleiterin können Arbeiterinnen nur über sexuelle Beziehungen zu deutschen Leitern werden.

— Die Arbeiterinnen sind gezwungen, in Tag- und Nachtschicht zu arbeiten.

— Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 10-12 Std. täglich, bei einer 6-Tage-Woche, manchmal auch 7-Tage-Woche.

— Im Sommer wird ohne Klimaanlage bei 40 Grad gearbeitet.

— Die deutschen Abteilungsleiter haben einen rüden und herablassenden Umgangston.

Im April 1987 beginnt der Arbeitskampf: Die Vertreterinnen der Betriebsgewerkschaft fordern eine Lohnerhöhung von 1,00 bis 1,25 DM mehr am Tag. Die Firmenleitung geht darauf nicht ein, macht ein niedrigeres Gegenangebot. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, sammeln die Arbeiterinnen Unterschriften. Es werden über 1.000 Unterschriften, trotz der Drohung der Betriebsleitung, daß jede Unterschrift zur Entlassung führt, gesammelt. Die Firmenleitung entläßt daraufhin zwölf Aktivistinnen der Gewerkschaft. Sie verändert zugleich ihre Haltung. Das Angebot heißt jetzt: Lohnerhöhung von etwas über 1,00 DM täglich, wenn auf die Wiedereinstellung der zwölf Entlassenen verzichtet wird.

Hausfrieden bei Adler gestört

Im Mai 87 war eine Gruppe von ca. 50 Frauen zur Freiburger Niederlassung von Adler gegangen, um dort über den Streik der südkoreanischen Adlerarbeiterinnen zu informieren. Sie verteilten Flugblätter und lasen den Text per Megaphon vor. Als sie der Aufforderung der Geschäftsleitung, das Haus zu verlassen, nicht folgten, trat die Polizei in Aktion.

Jetzt wurde vor Gericht über den

folgten, trat die Polizei in Aktion.

Jetzt wurde vor Gericht über den gestörten Hausfrieden verhandelt. Das Ergebnis: Zwei arbeitslose und studierende Frauen wurden zu 300 und 400 Mark Geldstrafe verurteilt, eine dritte Frau zu 150 Mark Geldstrafe.

Den Entlassenen wird z.T. angeboten, nach Sri Lanka zu gehen, wo die Firma Adler seit 1983 eine Produktionsstätte mit 1.500 Arbeiterinnen betreibt. Die Arbeiterinnen lehnen dies ab, Protestaktionen und Sitzstreiks werden durchgeführt. Die Firmenleitung setzt Werkschutzgangster oder Schlägertrupps ein und sperrt die Arbeiterinnen mehrere Tage aus. In der danachfolgenden Zeit, bis in den August hinein, gibt es eine Fülle von Aktionen innerhalb und außerhalb der Fabrik (auch vor der deutschen Botschaft), um sowohl die Lohnerhöhung als auch die Wiedereinstellung der Entlassenen durchzusetzen. Die Arbeiterinnen werden inzwischen von den Bauern- und Arbeiterverbänden der Region unterstützt, ebenso von den Organisationen der christlichen Menschenrechtsbewegung in Südkorea. Überall in Seoul gibt es Aufkleber gegen „Flair Fashion".

Gleichzeitig kämpfen Arbeiter und Arbeiterinnen in vielen Betrieben Südkoreas landesweit für bessere Löhne, freie Gewerkschaften und gegen die Militärdiktatur. Insgesamt scheint sich das Klima besonders für ausländische Firmen in Südkorea zu verschlechtern, der Druck auf Adler nimmt zu. Aber auch in der BRD sind die Forderungen der Arbeiterinnen von „Flair Fashion" inzwischen aufgegriffen worden. Flugblätter werden vor den Adler-Verkaufsstätten verteilt, Eingänge der Filialen blockiert, Informationen gelangen bundesweit in die Medien. Für Adler sind dies alles Verleumdungen, sie dementieren heftig und verweisen darauf, daß die Löhne und Arbeitsbedingungen in anderen südkoreanischen Werken noch unerträglicher sind. Es ist aber spürbar, daß auch diese Öffentlichkeitskampagne sie unter Druck setzt.

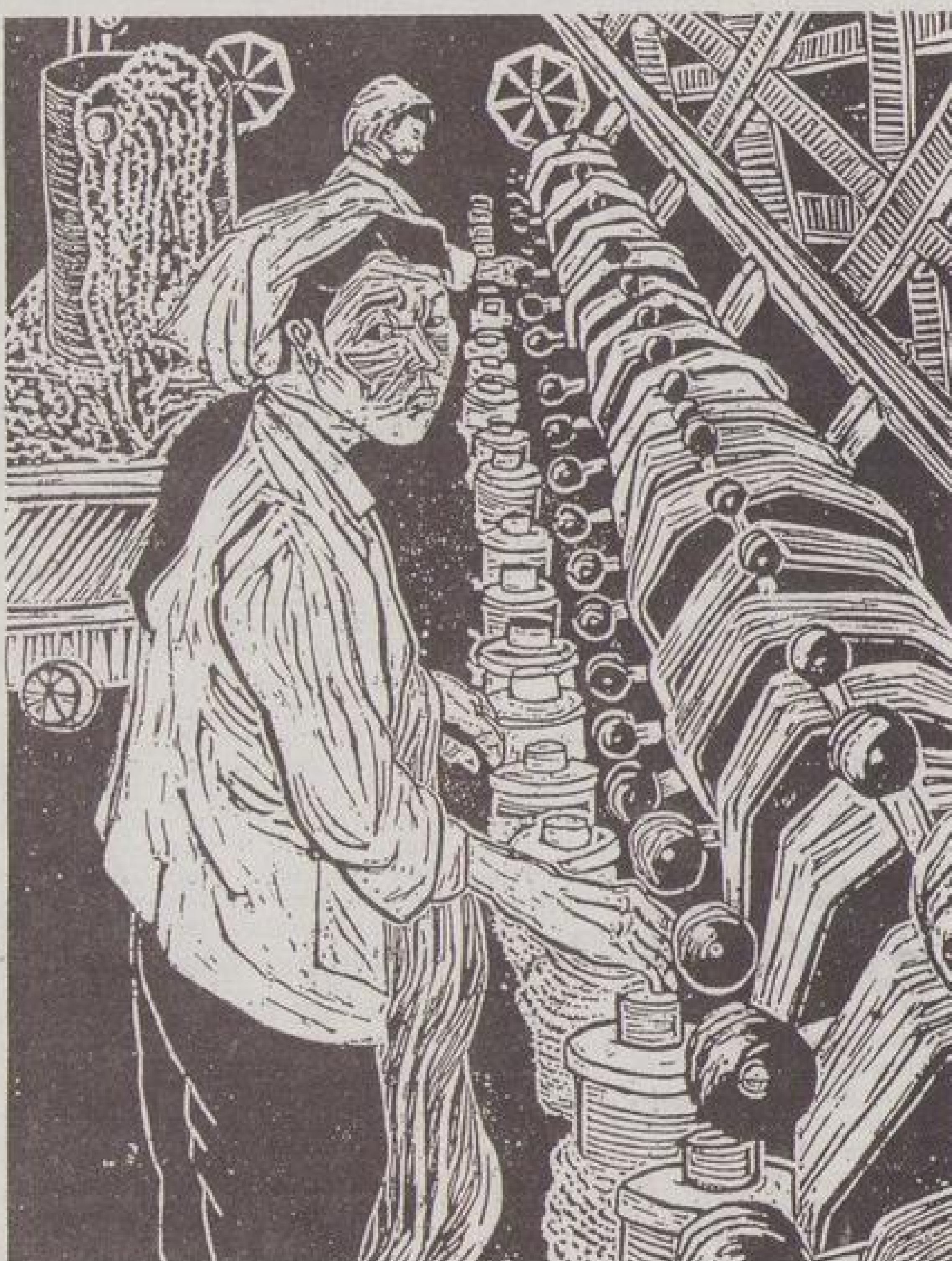
Dann am 15. August die Anschläge der „Roten Zora". Das Thema Adler und damit zugleich auch die rücksichtslose Ausbeutung der Frauen in der sog. 3. Welt kommt damit noch stärker an die Öffentlichkeit. Der Presse wird mitgeteilt, daß Adler sich nun der Gewalt beugt und die Forderungen der Arbeiterinnen annehmen wird.

Tatsächlich stimmt dies nur zum Teil: Am 22.8. findet der Arbeitskampf bei „Flair Fashion" sein vorläufiges Ende. Vereinbart wird eine Lohnerhöhung von etwas mehr als 1,00 DM täglich,

— die Wiedereinstellung — auch einzelner Personen — wird strikt abgelehnt;
— eine Abfindung von 37.000 DM (82 Monatsgehälter — sieben Jahre) pro Person wird gezahlt, dafür müssen die Entlassenen selbst kündigen und einen offenen Brief nach Deutschland schicken.

Dieser ihnen aufgezwungene Brief enthält eine Absage an Gewalttaten und eine Erklärung, daß es zu einer zufriedenstellenden Lösung mit „FlairFashion" gekommen ist. Die Entlassenen weigern sich aber, die Vorwürfe der Menschenrechtsverletzungen und sexuellen Ausbeutung zurückzunehmen. Die meisten Entlassenen sehen keine andere Möglichkeit, als die Abfindung zu akzeptieren und den Brief zu unterschreiben. Nur zwei Arbeiterinnen haben diese Vereinbarung abgelehnt. (Beide sind seit Oktober wieder bei „FlairFashion" beschäftigt.)

So läßt sich abschließend feststellen: Die Firma Adler mußte wenigstens teilweise auf die Forderungen der Arbeiterinnen eingehen. Die verschiedenen Aktionen der Frauen hier in der BRD, die Veröffentlichungen über die rassistische und sexuelle Ausbeutung in den Adler-Werken waren ein Beitrag dazu.



Textilarbeiterinnen, Holzschnitt der Künstlergruppe TURONG

Fortsetzung nächste Seite

Offener Brief der entlassenen Arbeiter/innen bei Flair Fashion an die deutsche Öffentlichkeit

Fassung der Firmenleitung

Seit dem April dieses Jahres haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln um unsere Wiedereinstellung bei der Firma gekämpft.

Unser Kampf richtete sich im Grunde nicht gegen die Firmenleitung der Flair Fashion, sondern wurde darum geführt, eine demokratische Gewerkschaft durch die direkte Wahl eines Gewerkschaftsvorstandes zu bilden.

Dieses Ziel haben wir nun erreicht. Wir sind mit Flair Fashion zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung gekommen.

Wir wußten davon, daß in Deutschland viele ungerechtfertigte Verleumdungen gegenüber Flair Fashion aufgetaucht sind, aber bis jetzt haben wir dazu geschwiegen.

Wegen der mehrmaligen Bombenangriffe auf Adler-Filialen in Deutschland müssen wir nun die Wahrheit sagen. Denn wir wollen keine Gewalt.

Was „terre des femmes" über die „sexuelle Ausbeutung von Arbeiterinnen" behauptet hat, hat es bei Flair Fashion nicht gegeben, und in Korea sind solche Verleumdungen überhaupt nicht aufgetaucht.

Die Arbeitsbedingungen und das Lohnniveau bei Flair Fashion sind besser als bei den anderen Firmen in Korea.

Auch die Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen sind unbegründete Gerüchte.

Wir hoffen, mit dieser Erklärung die Existenz der Firma Flair Fashion zu sichern.

September 1987

Fassung der Entlassenen

Seit dem April dieses Jahres haben wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln um unsere Wiedereinstellung bei der Firma gekämpft.

Die ganze Geschichte fing erst an, als bei den Tarifverhandlungen von 1987 die 1.600 Arbeiter/innen der Flair Fashion von der Firma und der ihr hörigen Gewerkschaft betrogen und dabei zwölf Arbeiter/innen entlassen wurden.

Wir haben bemerkt, daß daraufhin falsche und mißverständliche Informationen in der deutschen Öffentlichkeit aufgetaucht sind. Aber wir haben uns darum weiter nicht gekümmert, da wir dachten, daß es nichts mit uns zu tun hätte.

Von der Tatsache, daß Adler-Firmen in Westdeutschland mehrmals Opfer von Bombenangriffen wurden, haben wir nur durch den Adler-Direktor Herrn F. Adler Kenntnis erhalten. Ansonsten haben wir mit diesen Angriffen nichts zu tun, und wir wollen auch keine Gewalttaten.

Unser Ziel war allein, die Gewerkschaft zu normalisieren und sie in eine demokratische Gewerkschaft umzubilden.

Dieses Ziel haben wir nun erreicht. Wir sind mit Flair Fashion zu einer zufriedenstellenden Vereinbarung gekommen.

Wir hoffen zutiefst, daß unser Brief dazu beiträgt, die Existenz der Firma Flair Fashion und die Aktivität der demokratischen Gewerkschaft zu sichern.

14.9.1987

Unterzeichnet von den Arbeiterinnen Lee Keum-ja, Lee Sun-dok, Kim An-sun, Park Yun-suk und Oh Kyong-sun und den Arbeitern Kim In-su und Hwang Yong-man.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sie haben darüber hinaus deutlich gemacht, daß es sehr wohl möglich ist, die Kämpfe der Menschen in der sog. 3. Welt wirkungsvoll zu unterstützen. Vielfältiger radikaler Widerstand — international — ist notwendig, wenn wir unsere Ideen von einer herrschaftsfreien Gesellschaft durchsetzen wollen, in der Sexismus und Rassismus keinen Platz haben.

(Dieser Beitrag wurde auf einer Solidaritätsveranstaltung für Ulla und Ingrid im Mai 88 in Hamburg gehalten.)

Wirtschaftsdaten zu Südkorea

Die Ausfuhr Koreas stieg von 1985 30,5 Mrd. US-Dollar auf 35,7 Mrd. US-Dollar 1986 an. An der Spitze der Exportliste standen 1986 die Positionen „bearbeitete Waren" und „sonstige bearbeitete Waren" mit zusammen 54% der Gesamtausfuhr. Nach Daten von 1986 ist weiterhin der wichtigste Exportzweig des Landes die Textilindustrie, Südkorea ist einer der „world's top ten" der Textilproduzenten (14% der gesamten Industrieproduktion, 23% des Gesamtexports).

1986 standen wie in den vergangenen Jahres die USA an der Spitze der wichtigsten Verbrauchsländer mit 39% des koreanischen Gesamtexportwertes. Auf Platz 2 folgte Japan (15%), dann die EG (11%) mit einem Drittelanteil der BRD, d.h. die BRD ist Koreas wichtigster Handelspartner innerhalb der EG.

Das Gesamtvolumen des deutsch-koreanischen Außenhandels ist in den Jahren 81-86 auf DM-Basis kontinuierlich gestiegen; 1986 lag der Wert mit 5,6 Mrd. DM um 82% über dem Ergebnis von 1981. Auf der deutschen Seite bestand stets eine negative Handelsbilanz. Die BRD führte 1986 Waren im Gesamtwert von 3,1 Mrd. DM aus Korea ein. Mit 1,2 Mrd. DM stellten Bekleidung und Bekleidungszubehör, wie in den Vorjahren, den überwiegenden Teil der Importe. In weitem Abstand folgten Nachrichtentechnik, TV, Rundfunk (12,3%) sowie elektrische Maschinen (6,9%).

aus: Stat. Bundesamt, Länderbericht Korea, Republik 1987
Korean Overseas Information Service 1/1987
Anm.: Der Bekleidungskonzern Adler konnte seinen Umsatz von 637 Mio DM (1985) auf 739 Mio DM (1986) steigern.



Dokumentation

Erklärungen Rote Zora und Firma Adler

1. Rote Zora

Die Frauen bei Adler in Südkorea kämpfen gegen die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und setzen sich gegen den alltäglichen Sexismus zur Wehr. Sie rufen zur Unterstützung ihres Kampfes in der BRD auf. Daraufhin sind hier in Flugblättern, auf Veranstaltungen und bei Aktionen vor den Adler-Verkaufsstätten Informationen über die beschissenen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen in den ausgelagerten Produktionsstätten in den drei Kontinenten und besonders bei Adler in Südkorea und Sri Lanka verbreitet worden. In diesen Aktionen kann Antiimperialismus praktisch werden. Auch wir konnten nicht spurlos an den attraktiven Discountmärkten vorbeigehen: In neun Filialen hat's am 15.8.87 gebrannt und gesprenkelt.

Wir wollen unsere Kämpfe in der Metropole gegen ein System entwickeln, das ohne Sexismus und Rassismus niemals überleben kann. Sexismus, das heißt Gewalt gegen Frauen und geschlechtliche Arbeitsteilung. Rassismus, das bedeutet auch die Spaltung unserer Kämpfe, indem wir als weiße Frauen von der Ausbeutung in den drei Kontinenten profitieren.

In unserem Widerstand hier wollen wir die Lebensbedingungen und Kämpfe der Frauen dort miteinbeziehen — ob die Frauen für Hungerlöhne arbeiten, von Prostitution leben, in den Slums den täglichen Überlebenskampf organisieren — wenn sie streiken, Land besetzen, sich kollektiv Lebensmittel aneignen, in Befreiungsbewegungen kämpfen ...

Unsere Hoffnung auf Befreiung hier kann sich nur auf die weltweite Befreiung als Frauen gründen, darauf, daß wir Teil eines gemeinsamen Kampfes werden. Der Erfolg von Frauenkämpfen dort ist auch eine Ermutigung für alle Frauen hier, die sich gegen Demütigung, Unterdrückung und Ausbeutung wehren.

Flammende Grüße an die südkoreanischen Arbeiterinnen bei Adler! Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen! Wiedereinstellung der Entlassenen! 16,5% mehr Lohn! Stoppt den Einsatz der Werkschutzgangster! Ablösung des Lohngutschein-Systems, das die Arbeiterinnen zu Maschinen degradiert! Für eine starke internationale Frauenbefreiung! Kampf dem imperialistisch-patriarchalen System!

(aus: taz, 18.8.87

2. Firma Adler

Am 15. August 1987 wurden auf mehrere Adler Bekleidungsmärkte Brandanschläge verübt.

Adler Verwaltungsrat: Keine Aufträge mehr für Südkorea

Haibach: „Zur Sicherheit unserer Kunden und Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland hat der Verwaltungsrat der Adler Bekleidungswerke AG Luxemburg beschlossen, ab sofort keine weiteren Aufträge mehr an das Unternehmen Flair Fashion in Südkorea zu vergeben", erklärte Dr. Wolfgang Karches, der dem verstorbenen Firmengründer Wolfgang Adler im Vorsitz des Verwaltungsrates der Adler Bekleidungswerk AG Luxemburg nachgefolgt ist.

„Die damit auftretenden Produktionseinschränkungen könnten allerdings im Werk Flair Fashion, das knapp 1.700, zumeist weiblich, koreanische Arbeitskräfte beschäftigt, zu Kurzarbeit und zu einem teilweisen Verlust der Arbeitsplätze führen."

Der Verwaltungsrat der Adler Bekleidungswerk AG hat gleichzeitig die deutsche Bischofskonferenz gebeten, die Arbeitsbedingungen bei Flair Fashion zu überprüfen, um festzustellen, ob die bereits vor Monaten erhobenen Vorwürfe wegen sogenannter „Ausbeutung von Arbeitnehmern" berechtigt sind.

Eine katholische Untersuchungskommission des Bistums Iri (Südkorea) hatte in einem Bericht die erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen und die, für die Verhältnisse des Landes durchschnittlich guten, Löhne bei Flair Fashion hervorgehoben.

Südkorea befindet sich in einem Zustand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Diese Auseinandersetzungen sind begleitet von Streiks in allen Wirtschaftszweigen.

Flair Fashion ist das einzige Unternehmen in Korea, das sich zu 100% in deutscher Hand befindet; dies ist wohl der Grund, weshalb die Auseinandersetzungen in Südkorea auf die Bundesrepublik Deutschland übergegriffen haben. So wurde die Adler Handelsorganisation in Deutschland, die lediglich ein Viertel ihres Umsatzes in Südkorea produzieren läßt, in diese Auseinandersetzungen hineingezogen, die sich von Demonstrationen vor ihren Märkten bis zu Brandanschlägen steigerten.

Nach vorläufigen Berechnungen geht die Adler Geschäftsleitung von einem Gesamtschaden in Höhe von 30 bis 35 Millionen DM aus.

(aus: taz, 21.8.87



Mit dem § 129a gegen die PKK

Anklage gegen 16 Kurden zielt auf die Zerschlagung der PKK

Seit einigen Monaten ermittelt die Bundesanwaltschaft gegen insgesamt 16 Mitglieder der kurdischen Befreiungsorganisation PKK wegen Bildung bzw. Mitgliedschaft einer bzw. in einer terroristischen Vereinigung. Die Bundesanwaltschaft behauptet, innerhalb der PKK und ihren legalen Vereinen gäbe es eine „terroristische Vereinigung", deren Aufgabe es sei, abtrünnige Parteimitglieder zu bestrafen bis hin zum Mord. Wir haben uns im ARBEITERKAMPF in der Vergangenheit mehrfach mit Praktiken der PKK in dieser Hinsicht beschäftigt, wobei wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß einige Morde an ehemaligen PKK-Mitgliedern und an politischen Organisation in die Verantwortung der PKK fallen. Die jetzt vorgetragenen Anklagen der Bundesanwaltschaft tragen jedoch nichts dazu bei, die Täter in diesen Fällen zu ermitteln, sondern haben allein das Ziel, die PKK als Gesamtorganisation zu kriminalisieren. Wie in den hier bekannten „Terroristen"-Prozessen wird auf einen konkreten Tatnachweis verzichtet, stattdessen eine gemeinschaftliche Tat konstruiert, für die dann jeder, der der Mitgliedschaft in dieser Vereinigung verdächtigt wird, verantwortlich gemacht werden kann. Die Bundesanwaltschaft will nicht die Mörder linker Kurden und Türken, sondern sie will ganz offensichtlich die PKK. Dies geht aus der folgenden Erklärung der Anwälte der Angeklagten hervor, die wir ungekürzt veröffentlichen:

Verteidigererklärung

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, ermittelt der Generalbundesanwalt gegen sechzehn türkische Staatsangehörige kurdischer Volkszugehörigkeit in einem Verfahren wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in einer terrorischen Vereinigung nach § 129a Strafgesetzbuch (StGB). Dreizehn von ihnen sind seit Monaten (die meisten seit Februar 1988) unter Sonderhaftbedingungen und weitgehender Isolation inhaftiert.

Einem Teil von ihnen wird vorgeworfen, als verantwortliche Funktionäre der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sogenannte Bestrafungsaktionen veranlaßt bzw. an diesen mitgewirkt zu haben. Die Bestrafungsaktionen seien in der Vergangenheit durch eine „innerhalb der PKK bestehende terroristische Vereinigung" durchgeführt worden. In den Haftbefehlen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof und Erklärungen des Generalbundesanwalts wird behauptet, daß die PKK ihre *„illegalen Strukturen in der Bundesrepublik hinter legalen Vereinen (FEYKA, ERN, HUNKERKOM) verbirgt"*; seit Jahren sei es *„offizielle Parteilinie, daß die PKK ... Abweichler aus den eigenen Reihen und Repräsentanten konkurrierender kurdischer Organisationen bis hin zur physischen Vernichtung verfolgt. Mit dieser Aufgabe sind die auch in der Bundesrepublik bestehenden Parteikomitees für Parteisicherheit, Kontrolle und Nachrichtendienst befaßt. Abtrünnige Parteimitglieder werden gewaltsam Volks- oder Revolutionsgerichten zugeführt, die je nach der Schwere des ‚angeklagten Delikts' Strafen bis hin zur Tötung des ‚Verräters' verhängen".*

Die Existenz derartiger Gerichte sei belegt, in Köln Todesurteile sichergestellt, den Bestrafungsaktionen seien zwei angebliche Parteimitglieder und der Lehrer Ramazan Adigüzel im Auftrage der PKK-Führung zum Opfer gefallen.

Als Verteidiger der Beschuldigten stellen wir dazu fest:

1. Akteneinsicht ist den Verteidigern bisher nicht gewährt worden. Es wurden lediglich einige Teile in Fotokopie zugänglich gemacht. Diese sind jedoch entweder nur allgemeiner Natur über die Aktivitäten der PKK, haben keine Beziehung zur Bundesrepublik oder sind so vieldeutig, daß sie den schwerwiegenden Tatvorwurf nicht belegen.

Die Beweise scheinen im wesentlichen auf den Aussagen der beiden angeblichen PKK-Mitglieder zu beruhen, die beim Bundeskriminalamt „ausgepackt" haben. Inzwischen räumt aber selbst die Bundesanwaltschaft ein, daß für deren Verurteilung zum Tode keine Beweise vorlägen.

Vertreter der PKK haben mehrfach bestritten, mit den Morden etwas zu tun zu haben, da sie Gewalt gegen andere Kurden außerhalb der Türkei ablehnten und hierfür den türkischen Geheimdienst verantwortlich gemacht. Ermittlungen in diese Richtung sind nicht erkennbar, obwohl hierzu aller Anlaß bestünde — nicht nur wegen der gesetzlichen Verpflichtung für Polizei und Staatsanwaltschaft, auch Entlastendes zu ermitteln, sondern weil verschiedene Machenschaften des türkischen Geheimdienstes in Westeuropa nachweisbar sind, am spektakulärsten der Versuch, der PKK den Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme in die Schuhe zu schieben. Der „dringende Tatverdacht", auf den sich die Haftbefehle stützen, steht damit auf tönernen Füßen.

2. Ähnlich problematisch sind die Haftbedingungen der meisten der inhaftierten Beschuldigten. Sie unterliegen strenger Einzelhaft in speziellen Zellen, Besuche sind nur mit Trennscheibe möglich, Durchsuchungen vor und nach jedem Besuch, Kontrolle auch der Verteidigerpost, Telefongespräche sind nicht einmal mit dem Verteidiger erlaubt; bis zum 13. Mai war jeder Kontakt mit anderen Gefangenen untersagt, sie durften keine Privatkleidung tragen, die Fenster waren mit Fliegengitter bzw. Lochblechen undurchsichtig gemacht usw.

Wir stellen dazu fest: Obwohl § 119 Abs. 3 Strafprozeßordnung (StPO) bestimmt, daß dem Verhafteten nur solche Beschränkungen auferlegt werden dürfen, die der Zweck der Untersuchungshaft oder die Ordnung der Vollzugsanstalt erfordert, und nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes nicht jeder § 129a StGB-Verdächtige, sondern nur besonders gefährliche und ausbruchsverdächtige Gefangene, den verschärften Haftbedingungen unterliegen, erschöpft sich die Begründung im vorliegenden Fall in der „Eigenart des Strafvorwurfs". Irgendwelche darüber hinausgehenden Tatsachen sind nicht behauptet oder dargelegt.

Weder den Beschuldigten noch der PKK werden Aktionen gegen staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik oder gar Gefängnisse vorgeworfen.

Nach verschiedenen Anträgen und Gegenvorstellungen von Verteidigern und dem Hungerstreik eines Gefangenen seit dem 1. Mai wurden durch Beschluß des Ermittlungsrichters einige Hafterleichterungen beschlossen, u.a. die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen und die Erlaubnis, Privatkleidung zu tragen, Beseitigung der Undurchsichtigkeit der Fenster, die übrigen Restriktionen werden jedoch „mit Rücksicht auf die Eigenart des Tatvorwurfs" aufrecht erhalten.

So wichtig die Erleichterungen sind, müssen wir feststellen, daß sie nicht ausreichen. Um dies nur an einem wichtigen Beispiel zu verdeutlichen: Briefe dauern wegen der erforderlichen Kontrolle durch den Richter beim Amtsgericht und die Übersetzung durch Dolmetscher in der Regel eine Woche, zum Teil mehr als zwei Wochen — wie soll da eine eilige Nachricht dem Verteidiger übermittelt werden, der für einige Beschuldigte praktisch die einzige Kontaktperson ist, da sie kein Wort Deutsch sprechen.

Die Durchführung des Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts nach § 129a StGB rechtfertigt die persönliche Isolierung über das „Normalmaß" der Untersuchungshaft hinaus nicht.

3. Die Problematik der Verfahren ergibt sich schließlich aus der Besonderheit einer „terroristischen Vereinigung" von Ausländern — unseres Wissens der erste Fall, in dem eine Organisation, die in ihrem Land den nationalen Befreiungskampf führt, nach § 129a StGB in der Bundesrepublik verfolgt wird.

Der dritte Senat des Bundesgerichtshofs hat 1982 ausdrücklich festgestellt:

Vereinigung im Sinne von § 129a StGB sei nur eine solche, die im räumlichen Bereich des Grundgesetzes besteht; er hat es abgelehnt, die Vorschrift zu einem „international geschützten Rechtsgut" zu erklären. Die Vereinigung müßte, um sie gemäß § 129a StGB verfolgbar zu machen *„... zumindest in Form einer Teilorganisation im räumlichen Geltungsbereich des Artikel 9 Abs. 2 Grundgesetz ..."* bestehen. Der BGH verschweigt nicht, daß hierfür auch politische Gründe maßgeblich seien. Das Problem liegt auf der Hand:

Nationale Befreiungskämpfe in Ländern der „Dritten Welt" sind immer mit gewaltsamen Auseinandersetzungen verbunden, sie sind deshalb auch noch lange nicht „terroristisch", wie die Vollversammlung der UNO 1987 in der Resolution zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus betont hat.

Die Bundesanwaltschaft ist sich der Problematik offenbar bewußt und betont in Erklärungen zu den vorliegenden Verfahren: *„Es geht nicht um die Verfolgung von Personen wegen politischer Anschauungen oder und die Einflußnahme auf politische Bestrebungen der sogenannten ‚Freiheitskämpfer' im Ausland".* Die wirkliche Auffassung des Generalbundesanwalts offenbart sich aber nicht nur in der Wortwahl *„sogenannte"* Freiheitskämpfer, vielmehr wird die Tätigkeit der PKK unter anderem so beschrieben:

Sie bekämpfte den türkischen Staat *„u.a. durch Terroranschläge auf militärische und zivile Einrichtungen in der Türkei"* (Presseerklärung vom 18.02.1988); die Besetzung des dpa-Büros durch Kurden in Paris wird als *„Drohung gegen die BRD und deutsche Einrichtungen"* angeführt; die PKK als Organisation beschrieben, *„die ganze Volksgruppen in der Bundesrepublik beherrschten"*; es wird betont, es gehe *„allein um die Verfolgung von* klassischen *Delikten nach dem Recht unseres Staates".*

Hierzu ist festzustellen:

Genausowenig wie der § 129a StGB als klassisches Delikt angesehen werden kann — dieses erst im vorigen Jahrzehnt eingeführte „Konspirationsdelikt" ist in dieser Form einmalig in der Welt und nach wie vor heftig umstritten; soeben hat der von 400 Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen besuchte Strafverteidigertag in Heidelberg seine Abschaffung gefordert — genausowenig kann ernsthaft behauptet werden, die PKK beherrsche die mehreren hunderttausend Kurden im Bundesgebiet.

Mit ihren Äußerungen, die PKK mache „terroristische" Aktionen, verrät der Generalbundesanwalt, daß er in Wahrheit die PKK insgesamt als „terroristisch" einstuft und was er vom Befreiungskampf in Türkisch-Kurdistan hält.

Angesichts dieser Äußerungen, der beschriebenen Haftbedingungen und der unzureichenden Beweismittel sowie auch angesichts der offiziellen Zusammenarbeit zwischen den Nachrichten- und Geheimdiensten der NATO-Länder, und angesichts der nachweisbaren und zum Teil durch Gerichtsurteile nachgewiesenen terroristischen Aktivitäten der türkischen faschistischen „Grauen Wölfe" (gegen die bis heute nicht wegen einer derartigen Straftat ermittelt wird, sondern deren Vorsitzender im letzten Jahre werbend durch die Bundesrepublik reisen durfte), erscheint daher der Vorwurf von Seiten kurdischer Organisationen nicht ausgeräumt, bei den vorliegenden Verfahren handele es sich um eine Unterstützung zugunsten des türkischen Militärregimes.

Rechtsanwälte
Dietmar Müller, Ulrike Halm, Paul Jochum, Thomas Klein, Eckard Klawitter, Klaus Walter, Dirk Schönian, Paul Schmitz, Reinhold Wendl, Michael Schubert, Michael Gödde, Edith Lunnebach, Carl Wilhelm Heydenreich, Franz Hess

Beiträge zur Vergewaltigungsdebatte

Eine außerparlamentarische Kampagne *„Frauenwiderstand gegen die Gewalt"* kündigte die grüne Bundesvorstandssprecherin Regina Michalik für den Herbst an. Mit ihr soll Druck für eine Neufassung des Vergewaltigungsparagraphen (§ 177) erzeugt werden. *„Diesen Weg des außenparlamentarischen Drucks zu beschreiten, hieß es, sei notwendig, da die Fraktion darauf verzichtet habe, im Parlament Druck zu machen, indem sie den Gesetzesvorschlag der Partei nicht eingebracht habe."* (Frankfurter Rundschau, 31.5.1988)

Hintergrund ist das Mindeststrafmaß für Vergewaltiger und der grüne Streit um die Anzeige grüner Mitglieder in der FR: „Die grüne Bundestagsfraktion vertritt ihre ‚Parteibasis nicht mehr".

Der aktuelle Kompromiß — ermittelt auf einem sogenannten Krisenrat, der aus Fraktion, Bundesvorstand und einigen Landesvorständlern zusammengesetzt war, bedeutet vorläufige Blockade. Ein eigener Gesetzesentwurf wird erst dann eingebracht, wenn man erneut auf dem nächsten Parteitag diskutiert und beschlossen hat. Da dieser aber erst im November stattfindet, hofft man darauf, daß die Regierungsparteien ihrerseits das Thema nicht auf die Tagesordnung setzen. *„Klassischer kann grüne Selbstblockade kaum aussehen: Verzicht auf die frauenpolitische VorreiterInnen-Rolle, statt dessen Hoffnung, daß die Männerdominanz in den Altparteien lange genug währt, um die innergrünen Konflikte zwischenzeitlich bereinigen zu können."* (Taz, 6.6.88)

Nur für den Fall, daß bereits vorher eine parlamentarische Beratung ansteht, werden die Grünen den bereits vorliegenden Gesetzentwurf mit dem Mindeststrafmaß von zwei Jahren einbringen — dann aber dürfen abweichende Positionen vertreten werden. Konkret könnte das bedeuten, da ja die Mehrheit der Fraktion diesen Gesetzentwurf ablehnt, daß sie ihren eigenen Vorschlag niederstimmen könnten.

Als ein Konsenspunkt über alle Konfliktlinien bei den Grünen hinweg galt bislang immer die Streichung des „minder-schweren Falls" mit dem Mindeststrafmaß von einem halbes Jahr. Die Anwendung dieses Paragraphen sorgt in der Realität dafür, daß Vergewaltigung nach wie vor als Kavaliersdelikt behandelt werden kann. Diese, von allen Seiten der Grünen beschworene Übereinstimmung dürfte inzwischen auch als überholt gelten; denn über die Streichung dieses Paragraphen scheint keineswegs Einigkeit zu bestehen. Das wird zwar bislang nicht offen zur Debatte gestellt und gefordert, im nebenstehenden Beitrag Waltraud Schoppes aber deutlich.

Inzwischen hat sich der Streit inhaltlich weit über die Auseinandersetzung um das Strafmaß hinausentwickelt und ist zu einer Ideologiedebatte um grünes Politikverständnis „an sich" verkommen. Die Strömungen der Realos und der „grünen Mitte" um Antje Vollmer sowie ihre Helfershelfer in „Taz" und „Kommune" haben den Anlaß genutzt, um zum einen ihren speziellen politischen Ansatz nach mehr Anpassung und Reputierlichkeit der Grünen Partei voranzutreiben und zum anderen gegen radikale und feministische Positionen anzugehen. Sie berufen sich dabei auf die Ablehnung von Rache und Sühne, auf die Notwendigkeit der Geschlechterversöhnung und die „Anerkennung der weiblichen Lebensrealität", beschworen wird der Erhalt und die Verteidigung des liberalen Rechtsstaats.

In diesen Auseinandersetzungen geht es fast gar nicht mehr, um das Anliegen der Frauen, die mit der schärferen Fassung des „Straftatbestands Vergewaltigung" gesellschaftlich Signale setzen wollten. Ein drastisches Beispiel ist dafür das „editorial" von Ex-KBWler Joscha Schmierer in der „Kommune", der nur einen Satz für die Darstellung des Anliegens der Frauen benötigt, und stattdessen den Anlaß ausgiebig nutzt, um mit den linken Grünen abzurechnen.

Eingemischt haben sich inzwischen auch ansonsten durchaus fortschrittliche Juristen wie der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Humanistischen Union, Ulrich Vultejus (SPD), der die Forderung nach Strafverschärfung als „reaktionär" kennzeichnet: *„Die justizpolitischen Auseinandersetzungen auf strafrechtlichem Gebiet sind in diesem Jahrhundert dadurch gekennzeichnet, die Härte des Strafrechts abzumildern und insbesondere mit der Ausweitung der Strafaussetzung zur Bewährung die Resozialisierung von Straftätern auch ohne den Strafvollzug zu ermöglichen. Diese Ideen, die bisher auch die Grünen mitgetragen haben, hatten es zunächst gegenüber konservativen Kräften außerordentlich schwer. Jetzt haben sie die öffentliche Meinung für sich gewonnen. Die Bestrebungen innerhalb der Partei der Grünen müssen jetzt als Rückschritt, müssen als reaktionär bezeichnet werden."* (FR 4.6.88)

So richtig Alternativen zum Strafrecht und Knast sind, so sehr ist es aber auch ein Denkfehler zu meinen, dem am Fall der Vergewaltigung wesentlich näherzukommen. Wer das Knastanliegen gegen das einer wirksamen Eindämmung von Vergewaltigungen gegen den Schutz der Frauen ausspielt, verharmlost diese und verkennt, daß sie deshalb ein so fundamental gesellschaftliches Problem sind, weil sie eben nicht in erster Linie das Problem von „Triebtätern" und „Kriminellen" sind, denen evt. sinnvoll durch „Tätertherapie" geholfen werden könnte. Vergewaltigung ist in höchstem Maße ein „Beziehungsdelikt", das nachweislich am häufigsten im Freundes- und Bekanntenkreis auftritt. An dieses Problem kommt man aber nicht durch Abschaffung der Knäste oder Therapie heran, sondern nur durch ein gesellschaftliches Umdenken, durch andere Wertmaßstäbe. Die Neufassung des Tatbestands der Vergewaltigung sollte dahin ein kleiner Schritt sein, möglicherweise haben die Grünen diese Intention bereits vertan.

g./Hamburg

„Und bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt"

von Ellen Olms

Als die Fraktion am 3.11.1987 erstmals für die Herabsetzung der Strafe bei Vergewaltigung votierte — nach einer knapp halbstündigen Diskussion — war das nicht etwa der Anfang dieser unendlichen Geschichte. Die wesentlichen Punkte des grünen Entwurfs eines Gesetzes „Zur Änderung strafrechtlicher und strafprozessualer Regelungen bei Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen" sind bereits im „vorläufigen Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes" aus dem Jahr 1985 enthalten.

Wie kaum ein anderes Stück grüner Programmatik ist dieser Entwurf diskutiert worden: In schriftlichen Stellungnahmen, in hunderten von Veranstaltungen in Kreisverbänden, auf einer Anhörung der damaligen Fraktion im April 1986, schließlich auf einem Kongreß von grünen und autonomen Frauen im Juni 1986 in Frankfurt. Auch damals schon gab es Streit um die Strafzumessung. Eine im ursprünglichen Entwurf enthaltene Strafverschärfung bei Vergewaltigung durch Banden (vorgesehen: mindestens drei Jahre Freiheitsstrafe) wurde auf Betreiben des AK Recht und Gesellschaft der Fraktion wieder aus dem Entwurf gestrichen. Mit der auch im geltenden Recht vorgesehenen Mindeststrafe von zwei Jahren wurde der Entwurf (als Teil des Antidiskriminierungsgesetzes) dann von der vorigen Fraktion im September 1986 verabschiedet und im Bundestag eingebracht.

Im folgenden gehe ich auf die im gegenwärtigen Konflikt immer wieder auftauchenden Argumente ein.

Erstens wird häufig argumentiert, bei der Mindeststrafe von zwei Jahren handele es sich um eine Heraufsetzung des Strafmaßes. Das ist falsch. Nach dem geltenden § 177 StGB wird Vergewaltigung mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft. Feministinnen innerhalb und außerhalb der Grünen, aber auch nicht wenige Männer, plädieren für die Beibehaltung dieser Mindeststrafe. Allerdings soll der im Strafgesetzbuch vorgesehene „minderschwere Fall" gestrichen werden. Das ist über alle Konfliktlinien hinweg grüner Konsens. Fast alle sind wir uns einig, daß es keine „minderschwere Vergewaltigung" geben kann, ebenso wenig wie ein bißchen Schwangerschaft. Der „minderschwere Fall" (Strafmaß nach § 177, Abs. 2 StGB sechs Monate bis fünf Jahre Gefängnis) hat vor Gericht bisher dazu gedient, aus Vergewaltigung ein Kavaliersdelikt zu machen.

Zweitens wird gesagt, wenn der „minderschwere Fall" gestrichen würde, der Tatbestand zum Beispiel auch auf die eheliche Vergewaltigung ausgedehnt würde, dann „im Gegenzug" doch das Strafmaß gesenkt werden sollte. Auf einer Ebene juristischer Scheinlogik macht das Sinn: Streichung des „minderschweren Falls", dafür Senkung der Eingangsstrafe auf ein Jahr — die Strafsumme bliebe also in etwa gleich. Aber gerade dieser vorgeschlagene Kuhhandel ist empörend:

Wenn man der Auffassung ist, es könne keine „minderschwere Vergewaltigung" geben, dann kann man diese Auffassung nicht als Bestandteil der Verhandlungsmasse im Poker um die Strafzumessung einsetzen. Von einigen in der Fraktionsmehrheit wurde aber allen Ernstes so argumentiert: Wenn ihr wollt, daß wir die Streichung des minderschweren Falles akzeptieren, dann müßt ihr euch auf eine Senkung der Strafe einlassen.

Womit wir bei Argument Nummer drei wären: Die „Entkriminalisierung". Nicht die Frauen haben das herrschende Straf- und Knastsystem erfunden. Aber ausgerechnet bei einem Verbrechen, das wie kein anderes Ausdruck von Männergewalt gegen Frauen ist, das Frauen zutiefst demütigt und in ihrem Selbstwertgefühl trifft (für viele Opfer mit lebenslangen Folgen) sollen die Opfer jetzt Milde walten lassen. Bisher liegen in der Bundestagsfraktion so gut wie keine konkreten Überlegungen vor, wie Entkriminalisierung überhaupt aussehen soll — nur hier, an diesem Punkt wird ganz konkret für die Herabsetzung des Strafmaßes plädiert! Solange jemand, der einen Zehn-Mark-Schein fälscht, mindestens für zwei Jahre ins Gefängnis muß, stellt es eine absolute Mißachtung von Frauen dar, Vergewaltiger nicht mindestens so hart zu bestrafen wie Geldfälscher.

Viertens wird der Konflikt fälschlicherweise immer unter der Überschrift „Vergewaltigung in der Ehe" behandelt. Bei der Regierungskoalition sah es eine Weile so aus, als wolle man sich (nach übrigens 15 Jahren Diskussion) dazu durchringen, den Vergewaltigungsstraftatbestand auch auf die Täter im ehelichen Schlafzimmer auszudehnen. Bundesjustizminister Engelhard hat sich in dieser Frage aber bis heute nicht durchsetzen können gegenüber den Abgeordneten (männlich) der CSU — ganz zu schweigen von Rita Süßmuth. Lediglich die SPD ist mit einem eigenen Gesetzentwurf auf dem parlamentarischen Markt. In den grünen Vorstellungen zu diesem Thema wurde nie zwischen ehelicher und außerehelicher Gewaltanwendung (wie im geltenden StGB) unterschieden, weil grüne Männer und Frauen natürlich zu Recht der Ansicht sind, daß der strafrechtliche Schutz von Frauen gegen Männergewalt natürlich nicht vor Ehefrauen haltmachen darf.

In der Kurzdebatte, die die Fraktion am 3.11.1987 führte, drehten sich dann etliche Beiträge um die Frage, wieweit eine Strafe von zwei Jahren eine eventuelle Versöhnungsbereitschaft zwischen Eheleuten unmöglich machen würde. In diesem Zusammenhang fiel das „klassische" Wort von Waltraud Schoppe: „Eine Mindeststrafe von einem Jahr entspricht der Lebenswirklichkeit von Frauen mehr." Diesen Zynismus muß man/frau sich mal auf der Zunge zergehen lassen!

Rechtlich ist das Argument natürlich Quatsch: laut geltendem Recht muß eine Ehefrau gegen ihren Ehemann vor Gericht nicht aussagen. Wenn sie also Anzeige erstattet hat und, aus welchen Gründen auch immer, das Verfahren dann nicht weiter verantworten möchte, braucht sie nur die Aussage zu verweigern. Da es kaum weitere ZeugInnen für die Tat geben dürfte, ist das Verfahren damit hinfällig.

Das fünfte Argument lautet verkürzt „Therapie statt Strafe". Natürlich wissen wir alle, daß im Knast noch niemand ein besserer Mensch geworden ist. Auch haben Strafen keine abschreckende Wirkung. Das Therapie-Konzept setzt aber voraus, daß wir es bei Vergewaltigern mit abnormen Triebtätern, also mit kranken Menschen zu tun haben. Die gibt es sicherlich. Aber der Vergewaltiger, der mehr oder weniger zwanghaft auf einsamen Wegen Frauen anfällt, ist eher die Ausnahme. Die meisten Vergewaltiger sind stinknormale Männer, die glauben, eine Frau meine „Ja", wenn sie „Nein" sagt. Oder die ihrer Freundin oder Ehefrau mal zeigen wollen, wer der Herr im Hause ist. Die meisten Vergewaltigungen sind sogenannte Beziehungstaten, d.h. Opfer und Täter kennen sich. Im Grunde müßte also die ganze patriarchalische Gesellschaft therapiert werden.

Auch Feministinnen glauben nicht, daß Männer im herrschenden Knastsystem gebessert werden. Oder daß hohe Strafen abschrecken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt geht es aber überhaupt nicht darum, daß jede Menge Ehemänner oder sonstige Alltagsmenschen in den Knast wandern müssen. Gesetzentwürfe der GRÜNEN werden bekanntlich in den seltensten Fällen angenommen. Worum es aber sehr wohl geht, ist der Symbol- und Signalwert dieser Frage. Wenn die GRÜNEN jetzt eine Herabsetzung der Strafe fordern, heißt das nichts anderes als: So schlimm ist es nun auch wieder nicht, wenn ein Mann eine Frau gegen ihren Willen zum Geschlechtsverkehr zwingt. Genau dieses Signal geht von den Mehrheitsbeschlüssen der GRÜNEN Bundestagsfraktion aus. Dagegen wehren sich Frauen innerhalb und außerhalb der Partei und auch etliche Männer.

Sechstens wird behauptet, eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren könne nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn „besondere Umstände" bestehen, über die das Gericht befinden muß.

Siebtens wird behauptet, daß bei einer Eingangsstrafe von zwei Jahren die Zahl der Freisprüche bei nicht eindeutiger Beweislage noch ansteigen würde. Durch die hohen Ansprüche an die Beweisführung bei einer Eingangsstrafe von zwei Jahren, müßten sich die Frauen vor Gericht noch mehr als bisher peinliche und widerwärtige Befragungen gefallen lassen. Dazu ist zu sagen, daß dieses Argument erst in jüngster Zeit ins Spiel gebracht worden ist — nachdem alle „Entkriminalisierungs-", „Therapie-" und „Versöhnungs-"Argumente offenbar nicht gezogen haben, spielt man sich nun zur Abwechslung wieder als frauenfreundlich auf.

Auch bisher enden Vergewaltigungsprozesse in der Mehrzahl der Fälle mit Freisprüchen.

Bei schweren Verbrechen — ein solches ist Vergewaltigung — stehen die Gerichte natürlich unter dem Druck, die Beweise sehr sorgfältig erheben zu müssen. Diesem Dilemma kann man nicht entgehen, indem man das Verbrechen zur Bagatelle erklärt, bei der die Beweisführung vielleicht schlampiger gehandhabt werden kann.

Der zur Debatte stehende GRÜNE Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung strafrechtlicher und strafprozessualer Regelungen bei Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen" enthält auch Änderungsvorschläge für die Strafprozeßordnung: So soll eine vergewaltigte Frau vor Gericht nicht mehr gezwungen werden können, über ihr Sexualleben Aussagen zu machen. Auch soll auf Verlangen der Frau der Täter zeitweilig von der Verhandlung ausgeschlossen werden können.

Wenn zuguterletzt behauptet wird, es sei in dieser Frage noch Diskussionsbedarf, dann zeigen diejenigen, die das behaupten, daß sie von den ausführlichen und zum Teil heftigen Debatten in dieser Frage während der letzten drei Jahre nichts mitgekriegt haben. Wozu eigentlich noch die Rückkoppelung der Basis und das Gespräch mit ihr suchen, wenn die Fraktion in ihrer unergründlichen Weisheit darüber hinwegschreitet nach dem Motto: „Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter." Diese unerträgliche Arroganz der Fraktionsmehrheit hat schließlich dazu geführt, daß als letzter, schon beinah ohnmächtiger Versuch, die FraktionärInnen an diejenigen zu erinnern, die sie gewählt haben, die Anzeige veröffentlicht wurde. Es sei noch einmal daran erinnert: nach kaum halbstündiger Diskussion hat die Fraktion erstmals am 3.11.1987 die Forderung nach Herabsetzung der Mindeststrafe aufgestellt und den einschlägigen Gesetzentwurf so in den Bundestag eingebracht — eine rasche Entschlußfreudigkeit, die sie anderen nun vorwirft.

Realo-Argumente gegen „Kopf-ab-Päpstinnen"

Zwar behauptet dies Waltraud Schoppe in der Taz (9.6.1988), parallel schreibt sie aber: *„Rechtspolitisch ist der minderschwere Fall als Errungenschaft gegenüber einem rächenden Staat anzusehen, da hierdurch die Möglichkeit eröffnet wird, die Tat selbst und die Persönlichkeit des Täters differenziert zu betrachten. Auch feministische Politik, so denke ich, muß sich diesem zivilen Grundgedanken stellen."* (W. Schoppe in „Emma" 6/88 und wortgleich in „Grün intern")

Ebenfalls dazu Stellung nehmen die grünen Mitarbeiterinnen Gisela Wülfing und Birgit Laubach: *„Es ist ein bemerkenswertes Politikum, wenn sich die Grüne Fraktion dazu entscheidet, die Regelung eines minderschweren Falles zu streichen, der bei* **allen** *Gewaltdelikten des StGB mit hohen Eingangsstrafen vorgesehen ist und eine Errungenschaft gegenüber dem staatlichen* **Sühne***strafrecht bedeutet, weil er die Möglichkeit der Differenzierung von Taten und Tätern ermöglicht."* (Kommune 5/88)

Verzicht auf Rache und Sühne...

„Nun ist es aber ein Grundsatz grüner Rechtspolitik, überall für die Entkriminalisierung einzutreten und Humanität und den Verzicht auf Rache und Sühne überall zum Grundsatz einer liberalen rechtsförmigen Gesellschaft zu proklamieren." (A. Vollmer, Kommune 6/88)

„Ich weiß, daß es für jede Frau in einer Lebensphase außerordentlich wichtig ist, **den Mann** *(Hervorhebung im Original) als Feindbild vor sich zu haben und in Frauengruppen weibliches Selbstvertrauen zu erlangen." „Ich will eine neue Verständigung zwischen den Geschlechtern. Es gibt keine Versöhnung der Widersprüche in* **einem** *Geschlecht ohne die Versöhnung mit dem anderen. Dies scheint mir die Aufgabe eines in steter Wandlung begriffenen Feminismus zu sein."* (Taz, 9.6.88)

„konservative Politik"

„Die BefürworterInnen der harten Lösung unterscheiden sich überhaupt nicht mehr von anderen konservativen Politikern, die irrig glauben, mit Mitteln des Strafrechts gesellschaftliche Probleme lösen zu können." „Hier ist die Frage erlaubt, ob die Forderung nach einer Verschärfung noch rational verstehbar ist oder ob sie nicht Ausdruck von blindem Zorn und dem Ruf nach Rache ist." (aus dem Brief der Humanistischen Union an die Grünen, FR 4.6.88)

„Die Abschreckungsideologie sollte konservativen und reaktionären Strafrechtlern überlassen bleiben. Grün/Alternative Rechtspolitik sollte nicht in den Verdacht geraten, auf Abschreckungswirkungen zu setzen." (Peter Sellin, grüner Bundestagsabgeordnete, 27.5.88)

„Es ist schon richtig: Der Kerl ist erstmal weg. Bei 2 Vorstrafen (z.B. schwere Körperverletzung, Betrug) und 2 Jahren verbüßter Freiheitsstrafe ist die Sicherheitsverwahrung schon die fast automatische Folge, denn wer seinen Trieb mit Gewalt auslebt, hat auch den für die Sicherheitsverwahrung erforderlichen ‚Hang zu erheblichen Straftaten'. Richtig: das Schwein ist auf absehbare Zeit aus dem Verkehr gezogen. Er wird die Anstalt — wenn überhaupt — nur als seelischer Krüppel verlassen.

Ich denke, die selbsternannten Rächer der Geschändeten wollen das wie auch die Wiederbelebung des Vergeltungsprinzips und des Täterstrafrechts, das nicht die Tat eines Menschen, der ein Mann ist, sondern den Tätertyp des ‚Vergewaltigers' mit dem Schwanz als Waffe im Visier hat.

Der ‚Weiße Ring', XY-Zimmermann und vorher Kopf-ab-Jäger waren bisher die Spezialisten für diese Gegenreformation, deren Päpstinnen nun zusammen mit potentiellen Tätern, die sich als solche selbst kasteien, ihre persönliche Rechtsgutbewertung der Gesamtbevölkerung mit den Mitteln des Strafrechts aufzwingen wollen. Ab ins Zuchthaus auch mit dem, der nie im Leben die Chance hatte, etwas anderes zu lernen, als sich mit Gewalt zu holen, was er sonst nicht kriegt." (Stephan Baier in Kommune 6/88)

Ein Schlitzohr meldet sich zu Wort

Ex-KBW-Chef und Herausgeber der „Kommune“, Joscha Schmierer, nutzte die Vergewaltigungsdebatte, um einmal mehr linken Grünen und Feministinnen eins auszuwischen. Dabei liefert dieser exlinke Dogmatiker einmal mehr den Beweis, daß er es zwar versteht, sich an alle zeitgeistigen und anpäßlerischen Strömungen anzuhängen, aber von einem absolut nichts begriffen hat: Dem Kampf von Frauen und Feministinnen gegen Männergewalt und für ihre Emanzipation. Die hat ihn erstens nie interessiert und kommt zum zweiten, siehe den Kommentar, gar nicht vor. Da erinnern wir uns doch noch allzugut an die Auseinandersetzungen der Frauen mit dem KBW, der der Parole „Abtreibung ja oder nein, das muß Sache der Frauen sein“, die „Sache des Volkes“ entgegensetzte. Nur daß an dessen Stelle heute der „liberale Rechtsstaat“ getreten ist.

„Statt ihre programmatischen und strategischen Konflikte aufzuklären und ein breites Spektrum von Meinungen um ein handlungsfähiges Zentrum herum zu fördern, hat sich die grüne Partei so in Grabenkämpfe zwischen den Flügeln verbissen, daß es an jeder Frage zur Spaltung kommen kann, an der sich die Machtfrage aufwerfen läßt. Der Bundesvorstand nimmt nun den Unterschied von einem Jahr zum Anlaß, um per Fanfarenstoß den Generalangriff auf die Bundestagsfraktion zu eröffnen. Er reitet seine Attacke auf dem Rücken zweier hartnäckiger autoritärer Vorurteile: als Antwort auf gesellschaftlich zu ächtende Straftaten ist mehr Gefängnis besser als weniger; der Parteitag steht allemal über der Fraktion, weil er basisnäher ist. Die Fraktion hatte einen Gesetzesentwurf zur Vergewaltigung vorgelegt, der den Straftatbestand weiter faßt als bisher, den Geltungsbereich auf die Ehe ausdehnt und den ‚minder schweren Fall‘ (6 Monate) streicht. Folgerichtig hat sie die Mindeststrafe von zwei Jahren bisher auf ein Jahr herabgesetzt, um den Gerichten wenigstens einen gewissen, wenn auch gegenüber vorher wesentlich eingeschränkten Ermessensspielraum zu lassen. Dabei muß man wissen, daß ab einer Mindeststrafe von zwei Jahren die Möglichkeit, eine Strafe auf Bewährung auszusetzen, grundsätzlich entfällt. Der Parteitag hat dann nach einer Rede und Gegenrede beschlossen, die Mindeststrafe auf zwei Jahre festzusetzen. (...)

Trotz der praktischen Folgenlosigkeit des Streits, weil keine der beiden Positionen Gesetz werden wird, hat die Auseinandersetzung leider eine wichtige theoretische Seite, bei der es um die Substanz liberaler Rechtsstaatlichkeit und des grünen Rechtsverständnisses geht:

Wenn man einen Straftatbestand und seinen Geltungsbereich erweitert und gleichzeitig den Gerichten jeden Ermessensspielraum nimmt, macht man sie zu bloßen Exekutionsmaschinen einer wildgewordenen Legislative, deren Effektivität sich an der Zahl und Dauer der ausgesprochenen Haftstrafen mißt. Die notwendige Verschärfung des Vergewaltigungsparagraphen wird so *im Prinzip* mit einer reaktionären Rechtspolitik verknüpft. Eine feministische und linke Bestrebung wird in ein rechtes, ja reaktionäres Unterfangen verwandelt, das allen, sowieso zu schwachen, liberalen Traditionen der Linken ins Gesicht schlägt.

Und damit sind wir beim zweiten, nun auch praktisch wichtigen Aspekt des Konflikts: ‚Die Grüne Bundestagsfraktion vertritt ihre Parteibasis nicht mehr‘ heißt der Titel einer Anzeige, unter die die Mehrheit des Bundesvorstandes Unterschriften gesammelt hat. Doch wenn die Parteibasis, das heißt das verbliebene Fähnlein der Parteiarbeiter, ihre Wählerbasis nicht mehr vertreten würde? Und worauf gründet der Bundesvorstand denn seine Behauptung? Statt höheres Wissen auf dem Anzeigenweg zu beanspruchen, unterstützte er besser die zu wenig öffentlich bekanntgewordene Empfehlung der Bundestagsfraktion, die Streitfrage einer Urabstimmung vorzulegen. Um einen solchen Konflikt zwischen Parteigremien, die sich alle auf ein Basismandat berufen können und in der Satzung der Grünen aus gutem Grund nicht hierarchisch verortet sind, zu entscheiden, gibt es ja wohl die Urabstimmung. Sollte sich tatsächlich die Mehrheit der Mitglieder gleichzeitig für eine Reform des Vergewaltigungsparagraphen *und* die Revision bisheriger linker und liberaler Rechtsgrundsätze aussprechen, dann und erst dann stellt sich für die Abgeordneten die Entscheidung zwischen Parteidisziplin und Sache als Gewissensfrage.“

(aus: Kommune 6/88)

Grüner Perspektivenkongreß:

Ein schöner Betriebsausflug

Ein marodes, krisengeplagtes Unternehmen, dessen Marktchancen eher sinken und das ein miserables Betriebsklima aufweist, gönnt den Mitarbeitern ab und an einen Betriebsausflug. Dieser hebt zumindest die Stimmung und bietet Gelegenheit für zahlreiche Plaudereien. Da soll jede/r jedem/jeder auch mal ihre/seine Meinung sagen dürfen, ganz zwanglos natürlich.

Auch die Grünen leisteten sich einen solchen Ausflug nach Bad Godesberg und nannten ihr Unternehmen Perspektivenkongreß, wohl wissend, daß solche in keiner ihrer zahlreichen Abteilungen in Sicht sind. Die grüne Basis und viele Abteilungsleiter reagierten äußerst gereizt auf die medienwirksamen Vorstöße ihrer PR-Agentur um Fischer, Kleinert, Knapp und Jo Müller, die lieber heute als morgen ihre oppositionellen Betriebsräte, die Ebermanns, Tramperts und Ditfurths, fristlos kündigen würden, wegen *„Sektenfraß“* und *„Verwesungsgeruch“* und weil diese *„Revolutions-Methusalems“* das Unternehmen an den *„Rand des politischen Abgrunds“* getrieben hätten. Aber Hinaussäuberungen schicken sich nicht für dieses grüne Unternehmen.

Den Grünen müsse ein neues Styling verpaßt werden, um die Marktchancen zu erhöhen. Nach Geißler, Glotz und Willys Enkeln wird die Zielgruppe der „neuen Mittelschichten“, der Yuppies, die städtischen, liberalen und konsumfreundlichen Citoyens anvisiert. Das setzt eine völlig neue Unternehmens-Philosophie voraus: das Bekenntnis zum liberalsten deutschen Staat, den es je gab, ein deutliches Ja zur Nato, die Absage an „linksnationalistische“ Konzepte von „Nato raus“ und eine ökologisch gestylte Marktwirtschaft, verbunden mit ein bißchen mehr Frieden, ein bißchen Umweltschutz und ein bißchen Mitgefühl für die Ausgegrenzten und Minderheiten. Das Hamburger Gespann Ebermann/Trampert konterte postwendend. In einem „konkret“-Vorabdruck teilten sie den Ausflugsgästen mit, daß die PR-Manager *„eine einzige Prügelorgie gegen die Grünen und deren heutiges politisches Profil“* veranstaltet hätten. Und in einem „stern“-Streitgespräch mit Joschka Fischer erklärte Ebermann, seinen Hut zu nehmen, wenn *„alle Gedanken des zivilen Ungehorsams durch die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols ersetzt“* würden.

Einige Belegschaftsmitglieder aus dem Kreisverband Bonn stimmten den Ausflug mit einer kabarettreifen Einlage ein. Als Yuppies verkleidet, mit Mumm-Sekt und Transparenten („Radio Luxemburg statt Rosa Luxemburg“, „DIE GRÜNEN — ökokapitalistisch und staatstreu“) stürmten sie das Diskussionspodium und trafen voll die Stimmung der Belegschaft. Und Jutta Ditfurth erhielt bei Kongreßbeginn viel Applaus dafür, daß ihr beim Lesen des Realo-Manifestes „richtig schlecht geworden“ sei. Otto Schily, der die wohlkalkulierte Provokation seiner PR-Abteilung nicht unterzeichnet hatte, fraß bereits Kreide, redete einem „behutsamen Pragmatismus“ das Wort und gelangte zu der Aufsehen erregenden Erkenntnis, daß die Sowjetunion nicht das „Reich des Bösen“ sei. Und auch nicht die USA, wie er hinzufügte. Es gebe gute und böse Menschen, auch bei den Grünen gebe es böse Menschen, lautete seine Botschaft.

Danach durften sich die angereisten MitarbeiterInnen des grünen Projekts, die zahlreich erschienenen Abteilungsleiter und Promis des Unternehmens in verschiedenen Foren so richtig ihre Meinung sagen. Es zeigte sich, daß die tiefgreifenden unterschiedlichen Positionen zwischen Realos und Fundis nicht überwunden werden konnten, wobei allerdings die Linken in den Grünen bei nahezu allen Themenaussprachen klare Punktsieger blieben. Das gilt für die Frage nach dem Strafmaß für Vergewaltigungen, die Staatsfrage, den Sofortausstieg aus der Atomenergie und vieles andere. Sogar die vierte Säule der Grünen, die Gewaltfreiheit, die Walter Moßmann in der Auftaktveranstaltung als „luxuriöse Selbstleugnung“ bezeichnete, wackelte kräftig. Und auf dem Forum zur Staatsfrage, auf dem Prof. Agnoli aus Westberlin als Nichtgrüner seine These umriß, wonach die Grünen längst zum Integrationsinstrument des Staates transformiert seien, war gar von Revolution und Diktatur des Proletariats die Rede. Auf einem sogenannten Zwischenforum durfte sich die Belegschaft, angewidert von den Flügelkämpfen in den Medien, so richtig auskotzen. Da wurde mit der Faust auf den Tisch gehauen, es würde allen stinken, dem Bundesvorstand wurde ein längerer Urlaub angebo=ten, andere Kreisverbandsmitglieder reisten enttäuscht vorzeitig wieder ab.

Ab durch die Mitte

Aber nicht nur die vielbeschworene Basis durfte aufgestauten Dampf ablassen. Da muckten die unteren Ränge und BefehlsempfängerInnen der Realo-Abteilung gegen den scharfen Konfrontationskurs und das neue Yuppie-Styling ihrer konsumfreundlichen Citoyens auf. Einige konnten den rasanten Anpassungskurs ihrer Chefs so schnell gar nicht nachvollziehen, andere wiederum erteilten einer „grünen FDP“ eine Absage. Und wiederum andere wie Waltraud Schoppe, die zuvor den Frauenteil des Yuppie-Manifestes verfaßt hatte, oder Christa Vennegertz fühlten sich brüskiert, weil sie in der Realo-Hierarchie zu kurz kamen. Keinesfalls haben sich diese KritikerInnen zu einem weiteren soften Realo-Flügel zusammengerauft. Ihnen geht es allein um eine angemessene politische und personelle Berücksichtigung bei den kommenden Diskussionen über ein neues Realo-Programm, das auf einem eigenen Parteitag im Herbst verabschiedet werden soll.

Die eigentliche „Mitte“ der Partei um die „Aufbruch 88“-Gruppe Antje Vollmers präsentierte sich zwar stark vor der Presse, spielte aber bei den zahlreichen Forums-Diskussionen nur eine Randrolle. Auch ihr einziger Lösungsvorschlag aus der grünen Krise, die Urabstimmung über Manifeste, stieß eher auf verhaltene bis ablehnende Resonanz.

Aber dennoch strahlte die „Aufbruch 88“-Gruppe, die Anti-Flügel-Partei in den Grünen, auf andere Geister aus. So präsentierten sich der grüne Realo Ludger Volmer und einige Bundestagsmitarbeiter ebenfalls in der Pose des Weder-verweigern-noch-anpassen, mit dem Bekenntnis für radikale Inhalte und die Option einer rot-grünen Koalition zugleich. Der einzige Unterschied ihres Papiers „Schutt wegräumen“ zur „Aufbruch“-Manifestation findet sich in der Fußnote, wo sie extra betonen, nicht der „Aufbruch 88“ zu sein, sondern die „undogmatische Linke“. Für die Zukunft wird ein Bündnis zwischen Volmer und Vollmer nicht ausgeschlossen.

Zum anderen machte eine Gruppe um Michael Stamm, Jürgen Reents (Hamburg), Birgit Arkenstette, Dirk Schneider, Albert Statz (AL-Westberlin) sowie Mitglieder der „Horizonte“-Gruppe aus der aufgelösten trotzkistischen GIM von sich reden. Die Aufmachung gleicht den anderen „Mitte“-Gruppierungen: sich negativ auf die jeweiligen Flügel zu beziehen, deren Strategien der Verweigerung und der politischen Anpassung gescheitert seien. Michael Stamm betonte jedoch bei einem sogenannten Linkentreffen während des Ausflugs, daß sie die Position der Äquidistanz zu den Flügeln im Unterschied zu Volmer/Vollmer nicht teilen, sondern hinsichtlich der Kritik und Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse mehr Übereinstimmungen mit den Fundis aufweisen würden. Diese Abteilung „Mitte-links“ bei den Grünen gesteht auch freimütig, außer einer recht brauchbaren, aber auch nicht neuen Analyse bisheriger Grünenpolitik über keine Perspektiven zu verfügen. Nach ihrer modifizierten Realo-Position in der Bündnispolitik — bedingungslose Wahl einer SPD-Alleinregierung und Verabschiedung ihres Haushalts ohne grüne Minister und Staatssekretäre — fragt zur Zeit ohnehin niemand.

Im innerparteilichen Machtgerangel zielen die beiden Gruppierungen der „linken Mitte“ auf die Bildung eines Bündnisses mit der „Aufbruch“-Gruppe ab, um diese am Zusammengehen mit den Realos zu hindern und selbst in die Offensive zu kommen. Aber Offensive wohin und wozu? Das wissen sie wohl selber noch nicht. Wie die so betonten „radikalen Inhalte“ der Grünen lauten, auf die sich verständigt werden kann (so gehört Albert Statz zum Beispiel zu den Gegnern der „Nato raus“-Forderung), und welche Abstriche bei der Frage der Umsetzung grüner Programme gemacht werden sollen, all das steht in den Sternen.

Die Fundis und Ökosozialisten in den Grünen verzichteten auf derartige Fraktionierungen, griffen verschiedentlich in die Debatten ein und waren's zufrieden. Wieder einmal zeigte sich auf Veranstaltungen wie dieser die alte Parteitagserfahrung der Grünen, daß dort die Radikalität gepflegt werden darf, während im politischen Alltag die realpolitischen Parlamentsfraktionen den Ton angeben.

Das grüne Gemüt

Der unternommene Betriebsausflug der Grünen nach Bad Godesberg wird von allen Flügel- und Rumpfvertretern als ein gelungenes Unternehmen bezeichnet. Joschka Fischer fand es konstruktiv, daß sich mal wieder so richtig um die berühmten „Inhalte“ gestritten wurde, ohne sich jemals einigen zu können; die Mitte ist fetter geworden und die Fundis haben gepunktet wie gehabt.

Allzu viel politisches Gewicht und Bedeutung sollte solchen Ausflügen jedoch nicht beigemessen werden, denn zum einen bewegten sich sämtliche Diskussionen in alten Bahnen und Gleisen ohne wirklich neue Gedanken und Ideen, zum anderen entdeckten die Grünen völlig flügelübergreifend eine Art „Wir-Gefühl“, die Stimmung, miteinander diskutieren zu können. Dazu haben außergrüne Faktoren wie Sonne, Fußball und Bier in nicht unerheblichem Maße beigetragen.

D./Westberlin

Grüne Realos:

Mit SPIEGEL und TAZ gegen links

Seit einigen Wochen muß der grüne Bundesvorstand Aktenberge wälzen. Der Grund: „Bild am Sonntag“ vermeldete einen „Finanzskandal bei den Grünen“ und fragte, *„Wo sind die schönen Schecks geblieben?“*. Der „Spiegel“ brachte am 13.6. und 20.6.88 weitere Enthüllungen über angeblich fehlende Abrechnungsbelege, fehlende Finanzbeschlüsse, ungedeckte Schecks, Darlehen und Reisekostenabrechnungen ohne Beleg.

Die erste Enthüllungswelle begann in Frankfurt. Der Bundesvorstand beschloß im April 1986, eine Öffentlichkeitskampagne gegen die Firma Höchst mit 40.000 DM zu bezuschussen, unter anderem auch für Prozeßkosten, da der Höchst-Konzern gegen einige Grüne klagte. 20.000 DM wurden dieser Gruppe auch tatsächlich ausbezahlt, von denen der grüne Fundi Manfred Zieran eine rückwirkende Aufwandsentschädigung von 8.800 DM für seine langwierigen Arbeiten und Recherchen an der Höchst-Kampagne erhielt. Für die damaligen Konten waren neben Manfred Zieran auch Jutta Dithfurt — zu der Zeit Bundesvorstandsmitglied — und Walter Oswalt von den Frankfurter Grünen verantwortlich.

Oswalt, früher Fundi, heute knallharter Realo und eng mit Milan Horacek zusammenarbeitend, packte aus und warf nachträglich Manfred Zieran vor, die 8.800 DM in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Mittlerweile sind zwei Parteikommissionen mit der Klärung dieser Vorwürfe beschäftigt.

Abgesehen davon, daß es grünenüblich ist, Honorarverträge in diesen Größenordnungen zur Erstellung von Gutachten usw. abzuschließen, zielt der Vorwurf auch nicht primär gegen Manfred Zieran, sondern gegen die Fundis im Bundesvorstand (gegen Jutta Ditfurth im besonderen), der diese Gelder für Manfred Zieran bewilligt hatte. Zur Inszenierung dieses Finanzskandälchens spielten Oswalt und seine Hintermänner gezielt den Medien interne Protokolle und Abrechnungsbelege zu.

Man hätte dies noch als Begleichung alter Rechnungen zwischen Oswalt einerseits und Jutta Dithfurt/Manfred Zieran andererseits abhaken können. Doch dann schlug der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 13.6.88 zu — gut getimed, kurz vor dem Perspektivkongreß. Er „enthüllte“ in seiner typischen Manier weitere angebliche Finanzmanipulationen, darunter neben dem „Höchst-Prozeß“ auch die Ausgabe von Barschecks ohne Belege, Unregelmäßigkeiten bei Kauf und Renovierung des Tagungshauses Wittgenstein, Darlehen, Bürgschaften, Reisekostenabrechnungen ohne Belege usw. für die Mitglieder des Bundesvorstands Ulli Tost und Michael Merkel. Die ganze Geschichte wurde diesmal nicht von Walter Oswalt eingefädelt, sondern von Lukas Beckmann, heute zur „Aufbruch“-Gruppe zählend.

Beckmann forderte bereits bei einem „Aufbruch“-Treffen in Mainz, daß dieser Bundesvorstand weg müsse. Die neuen Dossiers wurden dem „Spiegel“ und anderen Zeitungen zugespielt, und der „Spiegel“-Artikel selbst entstammt aus dem Frankfurter Büro. Kenner der Realo-Szene registrierten vor der „Spiegel“-Veröffentlichung eine rege Reisetätigkeit zwischen deren Wiesbadener Zentrale und dem „Spiegel“ in Frankfurt.

Ebenfalls sickerte durch, daß die realo-besetzten Landesvorstände der Grünen bereits vor der „Spiegel-Veröffentlichung Bescheid wußten, während die vom „Spiegel“ Beschuldigten erst am Montag in vollem Umfange nachlesen konnten, was ihnen vorgeworfen wurde. Bekannt ist inzwischen auch, daß ein gewisser Udo Knapp die Westberliner AL vorab über die neuesten „Spiegel“-Enthüllungen informierte, während von Wiesbaden/Frankfurt aus Bernd Messinger, Fraktionsangestellter bei Joschka Fischer, die Koordinierung dieser Aktion übernommen haben soll.

Zwei Tage vor dem Perspektivkongreß, am 15.6.88, stieg auch die „taz“ in die laufende Schmutzkampagne ein und schlagzeilte auf der Titelseite *„Fälschte Dithfurt Vorstandsbeschluß?“* Beim Informanten handelte es sich wiederum um Walter Oswalt, der „taz“-Schreiber ist der Frankfurter Wasserträger der hessischen Realos, Klaus-Peter Klingelschmitt. Verarbeitet wurden — im Stil der „Bild“ — *„aufsehenerregende Erkenntnisse“*, die aus Halbwahrheiten und Verdächtigungen bestanden und auch nicht neu waren. Vielmehr handelte es sich um einen Aufguß einer Meldung der „Frankfurter Abendpost“, die bereits am 4.6.88 unter der Überschrift *„Grüner Sprengstoff: Vorstandsbeschluß manipuliert?“* erschien.

Am 20.6.88 legte der „Spiegel“ erneut nach. Dabei ging es u.a. um ein Darlehen über 450.000 DM an die französischen Grünen für die Europawahlen (die sind sogar nachlesbar auf dem Hagener Parteitag der Grünen vom 22./23.6.1985 ausdrücklich beschlossen worden) und 160.000 DM als Darlehen an die „Grauen Panther“, die durch Grundbucheintragungen abgesichert sind. Offenbar sind die klein- und großbürgerlichen Medien offiziell oder auch anonym mit einer ganzen Fülle von internen „Dossiers“ gefüttert worden. Mit Dossiers, die sich immer und ausschließlich gegen die sogenannten Fundis richteten.

Diese Kampagne soll die Mehrheit im grünen Bundesvorstand zermürben, demontieren und kriminalisieren. Von zwei der Denunzianten, Walter Oswalt und Lukas Beckmann, ist bekannt, daß sie entsprechende „Dossiers“ an die Presse weitergeleitet haben. Andere halten sich verdeckt im Hintergrund. Vieles spricht dafür, daß andere führende Realos in den Zentren Frankfurt/Wiesbaden und Bonn die Fäden ziehen. Dafür spricht ein gewisses Timing der „Enthüllungen“ (bei der „taz“-Meldung besonders auffällig), die politische Zielsetzung der Realos (der Bundesvorstand muß weg), ebenso wie die wilden Ausfälle gegen alles, was links ist, im Realo-Manifest. Das eher schwache Nachlegen des „Spiegel“ vom 20.6.88 könnte bedeuten, daß den Drahtziehern die Puste ausgegangen ist. Denkbar wäre allerdings auch, den Bundesvorstands scheibchenweise vor dem nächsten grünen Parteitag mit immer neuen Nadelstichen zu zermürben.

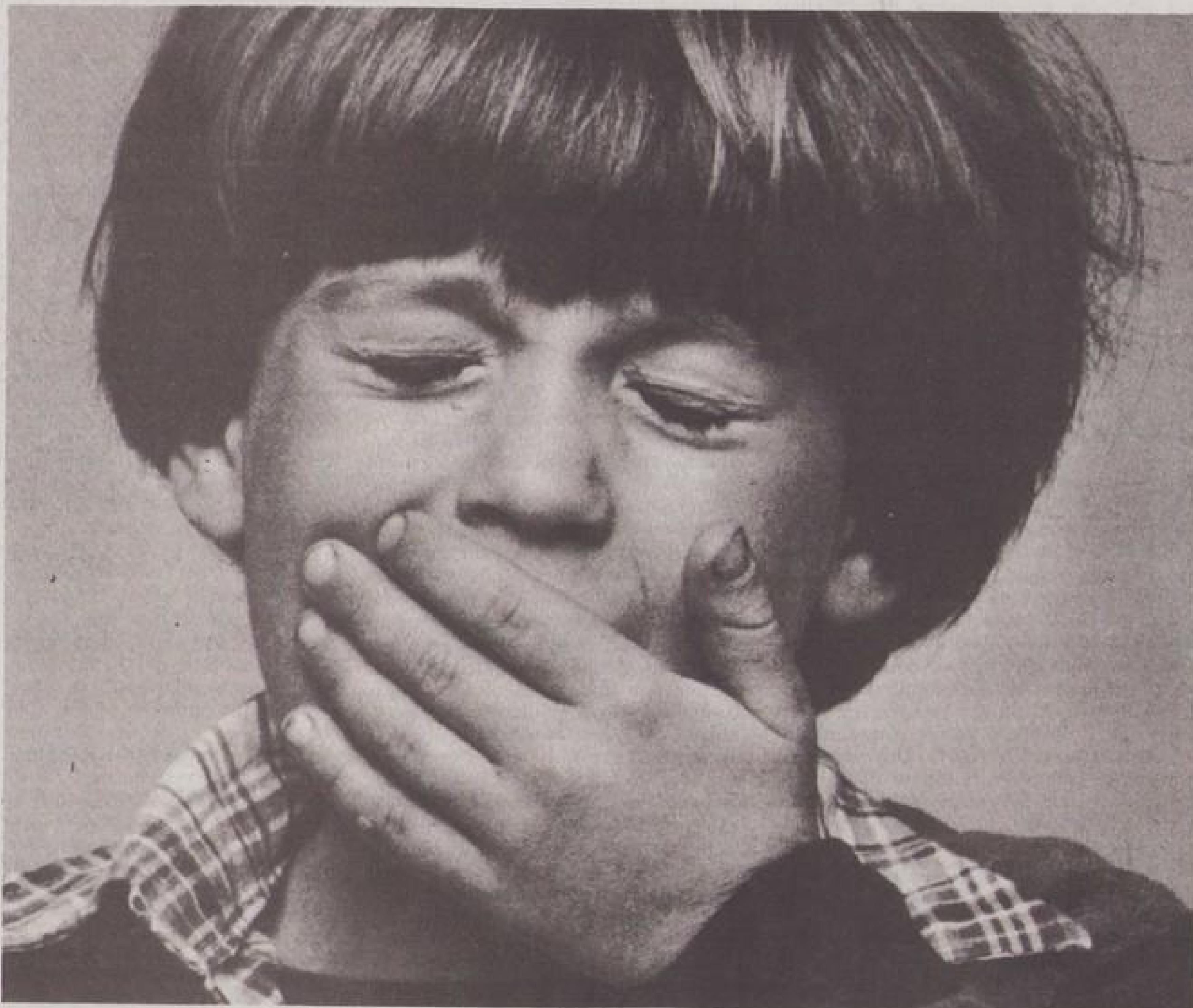
Dabei dürfte inzwischen feststehen, daß die Drahtzieher mit ihrer infamen Kampagne nicht die Demontage von Personen versuchen — das Aufdecken sogenannter „Finanzskandale“ schädigt die grüne Partei insgesamt.

Bei den Drahtziehern und Informanten handelt es sich also — bestenfalls — um nützliche Idioten derjenigen Medien, die nichts lieber tun als dazu beizutragen, daß die Grünen als linke Parlamentspartei wieder von der Bildfläche verschwinden.

BAG „XY...ungelöst“ in den Grünen

Undogmatischer Aufbruch erzeugt linke Langeweile

Bekenntnisse grüner Gruppierungen der „Mitte" und der „linken Mitte"



Ginge es nach dem Willen der Gruppe „Aufbruch '88" bei den Grünen, so soll die gesamte Partei alsbald zur Urabstimmung über diverse „Manifeste" mobilisiert und zur Entscheidung über den künftigen politischen Kurs gebeten werden.

Ob sie dafür die erforderliche Unterstützung von mindestens 129 Kreisverbänden erhält, ist mehr als fraglich, da sowohl die Fundis als auch die Realos nicht sonderlich viel von diesem Unternehmen zur Rettung der Grünen halten. Auch der Bundesvorstand erklärte, wer grüne Programme ändern oder revidieren wolle, möge den normalen basisdemokratischen Weg mit Diskussionen an der Basis und Parteitagsbeschlüssen gehen.

Die „Aufbruch"-Gruppe bezeichnet sich auch nach eigener Interpretation nicht als „dritte Strömung" in den Grünen, sondern als eine Art „Magnetfeld" zur Anziehung all derjenigen Grünen, die des müden Flügelschlagens leid sind. Sie konstituierte sich anläßlich der nach Spaltungsdrohungen von Otto Schily und Udo Knapp hochstilisierten Krise der Grünen Ende letzten Jahres und ist ein Produkt aus dem Abgeordnetenhaus im Bonner Tulpenfeld. Demzufolge verfügt der „Aufbruch" auch nicht über eine gewisse „Massenbasis" in den Kreis- und Landesverbänden, in denen die jeweiligen Flügelpolarisierungen dominieren, sondern es handelt sich um ein Bündnis von Realpolitikern aus der Bundestagsfraktion, die im weiteren Verlaufe der Auseinandersetzungen weitere grüne MitstreiterInnen wie den Bremer Ralf Fücks hinzugewannen.

Das Anliegen des „Aufbruch", über eine Parteireform an Haupt und Gliedern sowie einer Urabstimmung über Manifeste das dahinsiechende Projekt wieder flottzumachen, mündete in die Vorlage eines Manifestes des „Aufbruch '88" auf flottzumachen, mündete in die Vorlage eines Manifestes des „Aufbruch '88" auf dem grünen Perspektivenkongreß, wobei die Gruppe selbst nach langen und kontroversen internen Beratungen über das Manifest deutlich an Mitgliederschwund litt und abbröckelte.

Die Perspektiven des „Aufbruch"

Mit ihrem Manifest macht die Gruppe den Versuch, aus dem reinen Negativbündnis gegenüber den dominierenden Flügeln herauszukommen. Realistischerweise geht die „Mitte" davon aus, daß die Grünen sich auf eine längere Phase auf den parlamentarischen Oppositionsbänken einzustellen hätten. Um aus dieser als sehr mißlich empfundenen Lage der Opposition herauszukommen, sei ein „Aufbruch" der Grünen die Voraussetzung dafür, *„die Regierungsfrage selbstbewußt und offensiv neu stellen zu können"*.

Entscheidender Punkt dieser Sichtweise ist, daß das bloße Opponieren als eine sehr unangenehme, dem grünen Projekt fast schon fremde Funktionszuweisung betrachtet wird, was — sieht man einmal vom Regierungsintermezzo in Hessen ab — an ihrer bisherigen Wirkung vorbeigeht. Hauptzweck der ganzen Übung, die sich „neuer Aufbruch" nennt, ist also, die „Regierungsfrage" neu zu stellen, was Realo-Nähe ausweist, die sich gesellschaftliche Veränderungen nur über das Mitmachen vorstellen können. Zwar wird an anderer Stelle einer „Entmystifizierung" der Bündnisfrage das Wort geredet, um den Mitte-Konsens zu bewahren, der da lautet: Weder *„geistiger Totalausverkauf"*, noch *„prinzipiell koalitionsunfähig"*. Da weiß man, was gemeint ist.

Weil die Realitäten nicht so sind, müsse die Opposition als „Chance" begriffen werden, politische Einflußnahme „auf den außerparlamentarischen Raum zu erweitern". Es seien andere gesellschaftliche Mehrheiten quer zu den Parlamentskonstellationen (Atomausstieg) vorhanden, die es zu nutzen gelte. Die konservative Regierung verfüge über *„keine stabile Hegemonie"*, mit diesem Volk sei *„kein rechter Staat zu machen"*.

Die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Verhältnisse seitens der grünen „Mitte" besteht in vielen sowohl-als-auchs; dieser Staat sei weder ein *„feindliches System schlechthin"*, noch *„bloß neutrales Instrument"*, sondern: *„Von der Einflußnahme auf staatliche Politik darf nicht mehr erwartet werden, als über diesen Weg machbar ist"*. Alles klar?

Wir leben in einer Phase der *„Entdemokratisierung"*, da bestimmte Gefährdungen mit den *„herkömmlichen Demokratisierungsinstrumenten"* nicht zu bewältigen seien, was die Gefahren eines *„Sicherheitsstaates"* auf den Plan rufen würde, den es offenbar noch nicht gibt. Daher sei es die *„historische Aufgabe"* der Grünen, durch ihre demokratische Selbsterneuerung *„modellhaft"* die *„weitere (!) Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben"*. Die neuen Sicherheitsgesetze lassen grüßen.

Ausgerechnet am „Beispiel Hafenstrasse" wird nach grünem Demokratieverständnis darauf verwiesen, daß eine friedliche Lösung nur der *„Herausbildung eines prinzipiell an einer friedlichen Lösung interessierten demokratischen Spektrums mit ... Dialogmöglichkeiten zu beiden Seiten"* zu verdanken sei, was die gesellschaftliche Akzeptanz einer gewaltfreien Lösung erhöht habe. Da wurde der Hamburger Ex-Bürgermeister schon deutlicher, als er eingestand, daß ohne die Militanzbereitschaft der Hausbesetzer schon längst geräumt worden wäre.

Im Bereich Ökologie/Ökonomie läßt sich altbackenes urgrünes Gedankengut finden: das *„ökonomische Leitbild grenzenlosen Wachstums"* sei gescheitert, eine *„Ökonomie der Selbstbeschränkung"* hinsichtlich des Verbrauchs endlicher Ressourcen und des technisch Machbaren sei gefordert, die „sanften" Energien und Technologien und ein neues Leitbild von „Reichtum": Nicht die *„fortwährende Anhäufung von Sachen, sondern die Erweiterung frei verfügbarer Zeit als Möglichkeit zur Selbstentfaltung für alle"* sei angesagt. Das nennt man Minderheitenpolitik bei den Grünen, denn wer sonst kann sich *„fortwährend Sachen anhäufen"*?

Doch auch die Ökosozialisten können sich etwas aus dem grünen „Aufbruch" herauspicken. Etwa, wenn er sich vom *„ökologischen Kapitalismus"* abgrenzt, weil dieser das *„herrschende Produktions- und Konsummodell als politischen Rahmen akzeptiert"*. So oder so ähnlich steht das immerhin auch im Umbauprogramm. Ob mit dem vorliegenden grünen Aufguß mit seinen vielen nichtssagenden banalen Floskeln (*„Jeder Neuanfang hört einmal auf"*; *„es ist High Noon — nicht 5 vor 12, sondern 12 Uhr mittags"*) die so ersehnte grüne „Chance" zum Aufbruch wahrgenommen werden kann, muß bezweifelt werden.

Im Manifest sind keine neuen Gedanken enthalten, die den Weg aus der grünen Krise weisen, sondern viel Ratlosigkeit, die hinter Allgemeinplätzen verborgen bleibt. Statt sich den *„veränderten Umständen zu stellen und nach anderen Lösungswegen zu suchen"*, heißt es da an die Flügel gerichtet, *„verfallen wir zunehmend den Verführungen eines überkommenen Linksradikalismus einerseits und eines nicht minder überholten Sozialdemokratismus andererseits"*. Anstatt die real existierenden gesellschaftlichen Widersprüche im allgemeinen und die der Grünen im besonderen zu analysieren, wird zur reinen Phrase gegriffen, zumal den Grünen so ziemlich alles vorgeworfen werden kann, aber nicht ein angeblicher „Linksradikalismus".

Empfohlen wird den Grünen stattdessen, sich endlich den *„wirklichen Fragen"* zu widmen, auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren. Wer das fordert, muß auch mit der Selbstbeweihräucherung aufhören. Da heißt es zum Beispiel: *„Im Gegensatz zu unserer weitgehend erfolgreichen und dominierenden Funktion in der öffentlichen Meinungsführerschaft zeigte uns der Parlamentarismus täglich die Grenzen unserer realen Machteinflüsse und unsere konkrete praktische Erfolglosigkeit"*.

Die angeblich früher vorhandene „Meinungsführerschaft" hat es jedoch allenfalls partiell und konjunkturell bedingt gegeben („Nachrüstung"). Selbst im Bereich des Umweltschutzes attestierte das EMNID-Institut den Grünen hinsichtlich der Frage nach der kompetentesten aller Parteien einen Höchstwert von etwa 40%, in allen anderen gesellschaftlichen Problembereichen weisen die Grünen noch weitaus niedrigere Werte auf (1).

Dieser grassierende Realitätsverlust, der die konservative wie auch sozialdemokratische ideologische Hegemonie in der Gesellschaft unterschätzt und, nebenbei bemerkt, auch den rapiden Anpassungsprozeß der Linken wie Grünen an die herrschenden Verhältnisse ausblendet, hat gravierende Folgen in den Köpfen vieler Grüner.

Wenn der „Aufbruch" behauptet, die Grünen hätten *„zu einer neuen Sensibilität der Gesellschaft ... in vielen Bereichen beigetragen"* und daraus schlußfolgert, daß nicht die *„Kassandrarufe"*, sondern die *„Durchsetzung von Alternativen"* anstehen würden, stellt das die Realitäten und die eigentlich naheliegende Aufgabe für die Grünen auf den Kopf: An die Stelle der Einsicht in die Notwendigkeit beharrlicher Oppositionspolitik ist längst das Streben nach Mitmachen, Mitgestaltung und Herstellung von ominösen „Mehrheiten" getreten — und das vor dem Hintergrund eines *„allgemeinen Abschwungs links-alternativer Politik"* (Ebermann/Trampert in „konkret" 7/88).

Die aus der grünen Krise herausführende „Aufbruch"-Stimmung will noch nicht so recht aufkommen, sondern wird derzeit krampfhaft zur Schau gestellt.

„Undogmatische Linke" wenig links

Ein anderer grüner Kreis aus dem Tulpenfeld um die MdBs Ludger Volmer, Imma Hillerich, Uwe Hüser, Hias Kreuzeder und Erika Trenz sowie das BuVo-Mitglied Jürgen Meier nehmen mit einem angriffslustigen Papier (Titel: *„Schutt wegräumen — Gegen realpolitische Anpaßlerei und fundamentalistische Verweigerung — Undogmatische Linke zu Lage und Perspektive der grünen Partei"* Stellung. Wie der „Aufbruch" definiert sich diese Gruppe als strikt flügelfrei; ihr Programm lautet: *„Wir brauchen die Kombination von radikalen Inhalten und pragmatischem Umgang mit ihrer Umsetzung"*. Sie wollen an der *„antikapitalistischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik"*, am *„Gebot einseitiger Abrüstung bis zum Bruch mit ,unserem' Bündnis"* festhalten, um sich so ein Plätzchen links von der Vollmer-Mitte zu sichern. Doch fällt die Abgrenzung gegenüber den Ökosozialisten und Fundis wesentlich schärfer aus als gegenüber den Realos. Da heißt es zum Beispiel: *„Eine Trennung vom fundamentalistischen Instrumentarium bedeutet für die Linke einen Befreiungsschlag, der den Wert ihrer inhaltlichen Vorstellungen erst wieder zur Geltung kommen läßt"*. Den Fundis wird *„Perspektivlosigkeit in der Durchsetzungsfrage"* vorgeworfen. Ihr Rezept: Die Koalitionsfrage müsse *„enttabuisiert"*, die Grünen endlich wieder zu *„potentiellen Verhandlungspartnern"* werden. Aufgrund der *„gestiegenen Differenziertheit grüner Positionen"* sehen sie die Chance zu Übereinkünften *„für eine gemeinsame Politik"* mit der SPD gewachsen. Wie, ob und zu welchem Preis die „radikalen Inhalte" in Koalitionen partiell „umgesetzt" werden könnten — dazu kein Sterbenswörtchen, sondern Glaubensbekenntnisse.

Ausgeblendet bleibt, ähnlich dem „Aufbruch"-Manifest, unter anderem die Frage, wie denn angesichts einer nach rechts abdriftenden SPD, die strategisch auf sozial-liberale Optionen setzt, die Grünen wieder „ins Geschäft" kommen könnten. Glaubenssätze, Phrasen, die Augen ausschließlich auf die innerparteiliche Taktik anstelle gesellschaftlicher Widersprüche und Entwicklungen gerichtet — viel haben sie nicht anzubieten. Wie die „Aufbruch"-Gruppe, verabschiedet sich die „Undogmatische Linke" von der Notwendigkeit hartnäckiger, geduldiger Opposition, parlamentarisch wie außerparlamentarisch.

„Die Notwendigkeit, positiv bestimmend in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen, läßt eine reine Protesthaltung nicht mehr zu".

Auch hier wieder die seltsame Metamorphose in den Köpfen der Grünen, die sich von Protest, Widerstand, Verweigerung schon fast ekelerregend abwenden, das Wörtchen „Opposition" nur noch als Übergang zur Koalition begreifen.

„Langweilige Bekenntnisse" der „Linken Mitte"

Sie hätten keine *„fertigen Rezepte"* zur Lösung der grünen Krise parat; das strategische Problem der Partei sei zunächst zur Kenntnis zu nehmen, erklärt eine Gruppe um die Hamburger Michael Stamm und Jürgen Reents, einige führende MitgliederInnen der Westberliner AL und Mitglieder um die Zeitschrift „Horizonte" (größtenteils aus der aufgelösten trotzkistischen GIM).

In ihren *„Langweiligen Bekenntnissen zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme"*, die sie anläßlich des grünen Perspektivenkongresses vorlegten, polemisieren sie gegen den *„aus der politischen Perspektivlosigkeit geborenen Amoklauf des Ministerflügels"* der Grünen, denen bei ihrer *„fixen Idee ... als Regierungspartei offensichtlich jeder politische Schwachsinn recht"* sei. Auf einem Linkentreffen im Rahmen des Bad Godesberger Ausflugs der Grünen stellte Michael Stamm klar, daß diese Gruppe die sogenannte Äquidistanz zu beiden Flügeln im Unterschied zur Gruppe um L. Volmer ablehne. Dennoch gehe es ihnen *„zunächst um eines: daß die Grünen mehrheitlich erklären, daß die strategischen Konzepte von Realos und Fundis gescheitert sind"*. *Sie möchten vielmehr erreichen, daß „grüne Politik auf den Boden der Wirklichkeit zurückkommt"*, was zunächst heiße, daß die Möglichkeiten grüner Politik heute beschränkt seien.

Der Versuch, eine realistische Bestandsaufnahme der grünen Krise im Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren zu liefern, ist derzeit wohl schon eine grüne Rarität gegenüber allen anderen konkurrierenden Manifesten und sonstigen Glaubensbekenntnissen. Die Kritik an den Realos oder dem „Ministerflügel", wie Stamm & Co. zu sagen pflegen, ist zutreffend herausgearbeitet und gehört zum links-grünen Standard-Repertoire. Interessanter daher, wie sie sich gegenüber dem „Fundamentali- sie sich gegenüber dem „Fundamentali- mus", also gegenüber den Ökosozialisten um Ebermann/Trampert und den „Radikalökologen" um Jutta Ditfurth/Manfred Zieran definieren, um ihre eigene politische Existenzberechtigung zu begründen:

1. Mit „Hamburg" und „Hessen" hätten die Grünen *„die politische Initiative verloren"*, war das eigentliche Scheitern der beiden Flügel verbunden. Die „harte" Hamburger Tolerierungslinie der GAL habe die SPD gestärkt und den grünen Einfluß geschwächt.

So schlicht liegen die Dinge nun einmal nicht; in Hamburg ist nicht die Tolerierung gescheitert, weil sie als taktisches Mittel zur gesellschaftlichen Intervention nicht ernsthaft angewendet wurde, sondern eher zum Vehikel der innerparteilichen Auseinandersetzungen der GAL verkam. Die Hauptkritik an den „Hamburgern" müßte darin bestehen, daß die auf den Hund gekommene GAL eine ernsthafte Tolerierungspolitik gar nicht zuwege brachte — politisch nicht handlungsfähig war.

2. Auf der einen Seite wird den Fundis die *„Notwendigkeit der Polarisierung, die radikale Gegnerschaft zum status quo, die Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Dissens und Gegenmacht zu organisieren"* zugute gehalten. Hinzukommen müsse aber die Fähigkeit zu Kompromissen *„als Mittel im politischen Kampf"*, auf das die Fundis bereitwillig verzichten würden. Das hört sich gut an, hat jedoch den Nachteil der konkreten Nichtnachprüfbarkeit, denn seit „Hamburg" sind die Fundis bei den nachfolgenden Wahlen aufgrund ihrer minoritären Lage innerhalb der Partei nicht wieder „gefordert" worden, oder, wie im Falle Schleswig-Holstein, gleich zur angebotsorientierten Koalitionspolitik übergelaufen.

Stattdessen wird „dem Fundamentalismus" in grober Vereinfachung vorgeworfen, eine Konzeption des *„trotzigen Alles oder Nichts"* zu verfolgen. Resultat einer Politik des „Frontalangriffs" sei in der Regel *„nur eine Verbreiterung der Zustimmung zur herrschenden Politik"* statt eine *„Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse"*, wird da in offensichtlicher Annäherung an die sozialdemokratische Formel formuliert, daß, wer nicht kompromißfähig sei, nur den Herrschenden nutze. Demgegenüber meinen Stamm und Freunde, grüne Inhalte ließen sich allenfalls *„nur gebrochen und in Teilen"* realisieren. Kompromisse hätten nichts mit Anpassung oder Unterordnung zu tun, sondern sie müßten *„existierende Brüche im gesellschaftlichen Konsens konsolidieren"* und gleichzeitig die *„Option auf eine radikale Gesellschaftstransformation offenhalten"*.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die offenkundige Nähe zur Gruppe um Ludger Volmer, mit der es während des Perspektivenkongresses zu einer Annäherung kam, besteht in der vereinfachten Formel: „Radikale Inhalte bewahren" und mit Schritten ihrer Umsetzung zu verbinden — bei Ludger Volmer mit der Option Koalition. Früher hieß das bei Stamm „Links blinken, rechts fahren". Was sich in der allgemeinen Formulierung als flexible Taktik liest, würde erst spannend, käme die Probe aufs Exempel. Und da fällt doch wieder die sogenannte „Stamm-Linie" in der Grünen Partei ein: Gratis-Wahl einer SPD-Minderheitsregierung mit Haushaltszustimmung und ohne grüne Minister.

Mit den beiden anderen flügellosen Gruppierungen haben Stamm und Freunde gemein, daß ihre vermeintlich realistische Umsetzungsstrategie, die behauptete „Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse", nicht von einer eigenen positiven Politikbestimmung lebt, sondern von der Denunziation der Linken als den bloßen Verweigerern, die zu Kompromissen nicht fähig seien.

3. Die AutorInnen des „Langeweile..."-Papiers werden an einer Stelle konkret und veranschaulichen ihre Abgrenzung zu den Fundis genauer: Nach Tschernobyl habe die Aufgabe bestanden, die gesellschaftliche Minderheit eines Sofort-Ausstiegs aus der Kernenergie und die gemäßigte Mehrheit von Ausstiegsbefürwortern in *„einem politischen Bündnis zusammenzufassen"*, um gezielt konkrete Ausstiegsschritte einleiten zu können. Die Konzentration der Auseinandersetzung auf den sofortigen Ausstieg habe nicht nur *„blockierend"* gegenüber einem breiten Bündnis gewirkt, sondern die SPD als „realistische" Ausstiegsbefürworterin gestärkt. Stattdessen hätte die Alternative der Grünen darin bestehen müssen, eine gewisse „Integration" der Sofort-Forderung zuzulassen, ohne als Partei in diesem Kompromiß aufzugehen. Wenn das so einfach wäre! Der Sofortausstieg hatte nach Tschernobyl positiv polarisierend gewirkt und der SPD (und den Gewerkschaften) Beschlüsse abgenötigt, die auf dem Papier auf einen „sanften" Atomausstieg („nur im breiten gesellschaftlichen Konsens...") hinauslaufen. *Das* hat genügt, den gesellschaftlichen Protest einzudämmen.

Und die Realität der Grünen? Sie waren in der hessischen rot-grünen Koalition nicht gewillt, Kompromisse auf Basis eigener „Radikalität" einzugehen, sondern nur, sich den vorhandenen „Realitäten" der SPD anzupassen.

Der Zug der grünen Lemminge

Die Verfasser der „Langweiligen Bekenntnisse" ignorieren ein generelles Problem der grünen Partei: Die permanente Blockade links-grüner Politik durch den Realo-Flügel, die deswegen so erfolgreich funktioniert, weil bekanntlich kein grüner Flügel ohne den anderen lebensfähig ist. Auch die „Langeweiler" bleiben im grünen Fundi-Realo-Konflikt befangen, sie entwickeln ihre eigenen Vorstellungen entlang der Bündnisfrage. Diese kann aber nur zum Dreh- und Angelpunkt einer Strategiedebatte der Grünen werden, wenn die entscheidenden Auseinandersetzungen um die völlig unterschiedlichen Zielvorstellungen geführt worden sind. Die Verengung der Analyse- und Strategiediskussionen auf den Flügelstreit — auch in der zum Teil verlogenen Form, jenseits der Flügel zu stehen — verstellt den Blick für die notwendigen inhaltlichen Klärungsprozesse. Und da stand in der letzten Zeit nicht die Bündnisfrage im Vordergrund, sondern die Verzögerung der Herausgabe einer Anti-NATO-Broschüre, der Lafontaine-Konflikt oder das Strafmaß für Vergewaltiger, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, von den Yuppie-Eskapaden der Realos ganz zu schweigen. Notwendig wäre die Einsicht, daß weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch große Sprünge zu machen sind. Gefragt wäre in diesen Zeiten konservativer Regierung bei sozialdemokratischer Anpassung an die konservativen „Modernisierer" viel stärker die Erarbeitung inhaltlicher Grundlagen und geduldige, beharrliche Oppositionsarbeit. Aber der Zug der grünen Lemminge bewegt sich schnurstracks in die Richtung des Mitmachens und Anpassens.

D./Westberlin

Anmerkung

(1) Beliebtes Argument zur Erklärung der grünen Krise ist die These vom Themenklau, also der Vereinnahmung spezifisch grüner Themen in den gesellschaftlichen Konsens, einschließlich der zugrundeliegenden weiteren These, die Grünen hätten zwar die richtigen Fragen gestellt, aber keine oder falsche Antworten geliefert. Dabei wird ignoriert, daß viele dieser Themen, etwa die ökologische Krise oder die Forderungen nach Energieeinsparungen oder „sanfter" Energie, bereits lange vor Existenz der Grünen durch die Herrschenden selbst thematisiert wurden, etwa durch die „Grenzen des Wachstums" des Club of Rome (1973) oder durch die sog. „Ölkrise" (1973/74).

Zum Teil haben die Grünen auch konservative Konzeptionen (z.B. Mindesteinkommen und Grundrente) oder sozialdemokratische Konzepte („selektives Wachstum" Erhard Epplers) modifiziert übernommen und auf grüne Weise popularisiert.

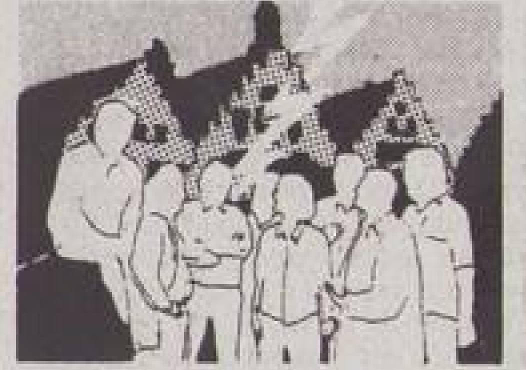
Damit soll hier nur angedeutet werden, daß viele der grünen Themen so originär gar nicht sind und — soweit sie durchaus innovativ in den „Umbau" des herrschenden Systems passen — auch vereinnahmbar sind.

Wenn die jetzige Kandidatenliste in Frankfurt neue Lust auf Parlamentarismus zu wecken verspricht, dann handelt es sich nicht um die bloße Ungleichzeitigkeit in den Entwicklungen verschiedener Parteigliederungen, sondern dann gehen in Frankfurt und Hessen die Uhren offenbar anders als in Bonn und Hamburg.



Pflasterstrand 291, 23.6.88

Die urbanistische Orientierung der zukünftigen Grünen Römer-Fraktion ermöglicht, daß sie entschieden für die Schwachen und Langsamen in dieser harten und schnellen Stadt Partei ergreifen kann, ohne daß man gleich ein Ausbremsen ihrer Dynamik befürchten muß.



Pflasterstrand 291, 23.6.88

Anzeige

Die grünen Möllemänner

Wer sonst rein gar nichts mehr zu bieten hat, muß wenigstens für Schlagzeilen sorgen — müssen sich die Realos Joschka Fischer, Hubert Kleinert, Jo Müller, Bernd Messinger, Otto Schily und ihr Chefbote Udo Knapp gedacht haben. In Vorbereitung auf den grünen Perspektivenkongreß versetzten sie den ganzen Laden wieder einmal in helle Aufregung mit ihrem „Sein-oder-Nichts"-Manifest und diversen Interviews; nicht bezahlt, sondern gratis selbstverständlich, denn die Medien greifen allzu gern alles über die Grünen auf, was diesen schaden kann.

Über den Zustand der Realos

Die Zustandsbeschreibung über die geistig-moralische Verfassung der grünen Partei gleicht einem Totengesang am Volkstrauertag, läßt jedoch eher Rückschlüsse auf die Gemütslage der führenden Realos zu. Aus dem reichhaltigen Vokabular, das einen ganzen ak füllen könnte, eine bescheidene Auswahl:

„Verwesungsgeruch" — *„gedankliche Totenstarre"* — *„Betonsarg"* — *„Totenglocke"* — *„grüner Tod"* — *„politischer Selbstmord"* — und Gefahr der *„sofortigen Selbststillegung"* — *„am Rande des politischen Abgrunds"* — *„freier Fall in den Abgrund des politischen Nichts"* — *„inhaltlich versteinert, alt, dogmatisch und abstoßend"* — *„es ist zum Weinen"* — *„erbarmungswürdiger Zustand"* — *„alt"* — *„uralt"* — *„keifende, achtzigjährige Partei"* — *„Stillstand und Rückschritt, Langeweile und Dogmatismus"* — *„grüne Bimmelbahn mit Aplomb"*.

Eine so zu Tode gephraselte Partei schreit geradezu nach der Erlösung aus dem Elend — und damit stellt sich die entscheidende Frage: welcher Satan hat diesen Laden so zugrunde richten können?

Grüne Streitkultur — Kapitel 541

Die Antwort ist ebenso einfach wie schlüssig. Das ganze Pack aus Ökosozialisten, Fundamentalisten, Radikalökologen und der Kommunistische Bund zerstören die Partei, diesen einstigen Hoffnungsträger weit über unseren Planeten hinaus. Im letzten Jahr wollte der Udo diese Leute vor die Tür setzen, vor allem das Zentrum des Exorzismus, den Bundesvorstand, diese stalinistische Oberzentrale, wogegen das Politbüro in Moskau eher einem grünen, aber feinen Kreisverband ähnelt.

Aber „Spaltung", das mußten der Udo und der Otto einsehen, ist einfach ungrün.

Also lautet die neue Botschaft der Erlösung: folgt unserem neuen Style, den wir der Partei verpassen wollen — und die Zierans und Ebermänner gehen von selbst.

Otto Schily dazu auf die Frage, was denn mit dem fundamentalistischen Flügel passieren solle, falls die Realos die Mehrheit in der Partei erzielen: *„Wissen Sie, das darf man nicht in administrativer Weise vollziehen ...* " Aber wenn uns einige verlassen, kann uns das nicht schaden, so Otto. *„Sie hätten nichts gegen eine Abspaltung?"*, fragt der Reporter nach. Otto: *„Nein, nicht im Sinne einer Abspaltung. Dieses Wort sollte man — glaube ich — nicht verwenden"* (Bundespresseamt, 9.6.88). Das ist ausgefeilte Diplomatie, geschliffen. Möllemann als Bundeskanzler und Otto Schily als Außenminister, das wär schon was.

Wir lernen: „Spaltung" hört sich gräßlich an, abstoßend, wider den Geist deutsch-grüner Kultur. Aber bei aller gepflegter Seriosität muß auch mal Klartext geredet werden. Das hört sich dann gegenüber den Fundis so an (kleine Auswahl):

„Sektenfraß" — *„selbstversunkene Sektenmanier"* — *„geistige Betonsärge"* — *„Bundesparteitage als linksradikale Erweckungsmessen"* — *„Ansammlung von Inkompetenz"* — *„völlig durchgeknallt"* — *„gespenstisches Museum des linken Radikalismus"* — *„Revolutions-Methusalems"* — *„Antiimperialismus und internationaler Klassenkampf statt Gewaltfreiheit und Blocküberwindung"* — *„Verwesungsgeruch"* — *„Jutta und Christian pur bedeutet die Fortsetzung des Kommunistischen Bundes mit anderen Mitteln"* — *„infantiler Radikalismus"* — *„radikale Phraseologie"* — *„gebetsmühlenhafte Einfalt"* — *„Kaputtschlagen von praktischen Ausstiegschancen wie in Hamburg und Schleswig-Holstein"* — *„von der GAL kolonisierter grüner Landesverband Schleswig-Holstein"* — *„fundamentalistische Schrecknisse"* — *„ideologischer Beton"* — *„quasi Kommunistische Partei"* — *„Sektenturm der ewigen Wahrheiten"* — *„Gemeinsamkeiten mit der Kommunistischen Partei Kubas"*. Der Bundesvorstand speziell fungiere als *„Linienpolizei"* und gebärde sich wie ein *„linksradikaler AStA der siebziger Jahre"*.

Dieser schier unerschöpfliche Wortschatz der Realos (Kleinert, Schily, Fischer, Knapp) füllt das „Spiegel"-Archiv für die nächsten drei Jahre.

Doch diese schweren Wortsalven vor dem grünen Perspektivenkongreß spielten dort keine Rolle. Wie immer zu Parteitagen oder dem genannten Kongreß saßen Fischer und Schily, Knapp und Kleinert neben diesen „Betonsärgen", nahmen den um sich greifenden „Verwesungsgeruch" offenbar ohne gesundheitliche Folgen hin und führten sich auf wie die frommen Lämmerlein, die Kreide fressen. Der Kongreß sei durchaus „konstruktiv" gewesen, um bestehende Differenzen offen auszutragen, vermeldete Joschka auf einem der Foren.

„Wenn's gar nicht anders geht, wollen sie auch Mehrheiten auf Parteitagen suchen", enthüllte der „Spiegel" die möglichen Alternativen der Realos. Das soll selbst Thomas Ebermann völlig aus der Fassung gebracht haben. Er sagte den Besuch eines wichtigen Trabrennens postwendend ab.

Das „fresh styling" für den grünen Laden

„Hubsi" Kleinert gab in einem „stern"-Interview das Stichwort für die Wende der Grünen an: *„ökologischer Kapitalismus"*. Diese Partei solle künftig die „neuen Mittelschichten" ansprechen und *„die Unternehmer ins Grüne locken"*, wie der „stern" in Frageform formulierte, denn *„nötig hätten sie es"*, meinte Hubsi.

Ohnehin handele es sich bei den Kapitalisten um eine völlig rückständige Klasse, um Menschen mit einer *„unterentwickelten Sensibilität"* für Umweltfragen; *„viele Unternehmen scheinen noch in der Steinzeit zu leben"*, meinte Kleinert. Wer anders, als diese Partei, sollte es denn sonst zuwege bringen, die Unternehmer vom Stadium des homo erectus ins zivilisierte, ökologische Reich des homo sapiens sapiens heraufzuholen ...?

Wer jedoch den gut verdienenden, profitorientierten, in ökologischen Zukunftsinvestitionen kalkulierenden Unternehmer gewinnen will, der muß dafür sorgen, daß in dem eigenen Laden das verstaubte, womöglich marxistisch-verklärte Bild über die Unternehmer kräftig *„entrümpelt"* wird. Und Fischer will *„eine bessere FDP"*, sagt er dem „Wiener", nicht dem „Handelsblatt". Denn: *„Die Tradition eines sozialen Liberalismus gehört uns Grünen! Auch die radikalen Demokraten, die zu Teilen in der FDP zu Hause waren, gehören zu uns! Die Partei der Bürgerrechte, die die FDP mal war, die die Freiheiten des Individuums und seine Selbstverwirklichung verteidigt, die sollte bei uns eine neue Heimat haben"* („Wiener", Juni 88).

Also: raus mit dem fundamentalistischen Mief in der Partei, rein mit den *„Leuten aus dem Hoechst-Management"*, dem *„Manager einer Bank"*, aus der Werbung oder den Medien. Auch der Manager der Kronos-Titan-AG hat sich neulich über die ökologische Zukunft Gedanken gemacht. Die ökologische Verklappung der grünen Partei fand denn auch Eingang in den ersten Entwurf eines Realo-Manifestes der vier grünen Möllemänner Fischer, Kleinert, Müller und Knapp. Frau Schoppe schrieb zwar den Frauenpart, ließ jedoch ansonsten die Finger davon.

Auch hier lautet das Kernstück der grünen Wende Öffnung der Partei für die „neuen Mittelschichten":

„Der städtische, liberale, an seinen individuellen Lebensentwürfen zuerst orientierte, konsumfreudige Citoyen (Staatsbürger, Anm. D.), *der zugleich aber gegen Atomkraft und ökologischen Wahnsinn nicht nur protestiert, ebenso wie er den ausgegrenzten und von neuer Armut betroffenen Minderheiten sich solidarisch verpflichtet weiß, ist das Subjekt unserer Demokratievorstellungen"*. Denn schließlich stünden *„Fabrik und Beruf nicht mehr völlig im Zentrum der normalen Lebens- und Arbeitsplanung"* und dadurch seien für jeden Menschen *„größere individuelle Gestaltungschancen eröffnet worden"*. Und eben diese Yuppies entscheiden schließlich, *„wie ökologisch und sozial oder wie brutal dieses Land in Zukunft aussehen wird."* (Fischer im „Wiener")

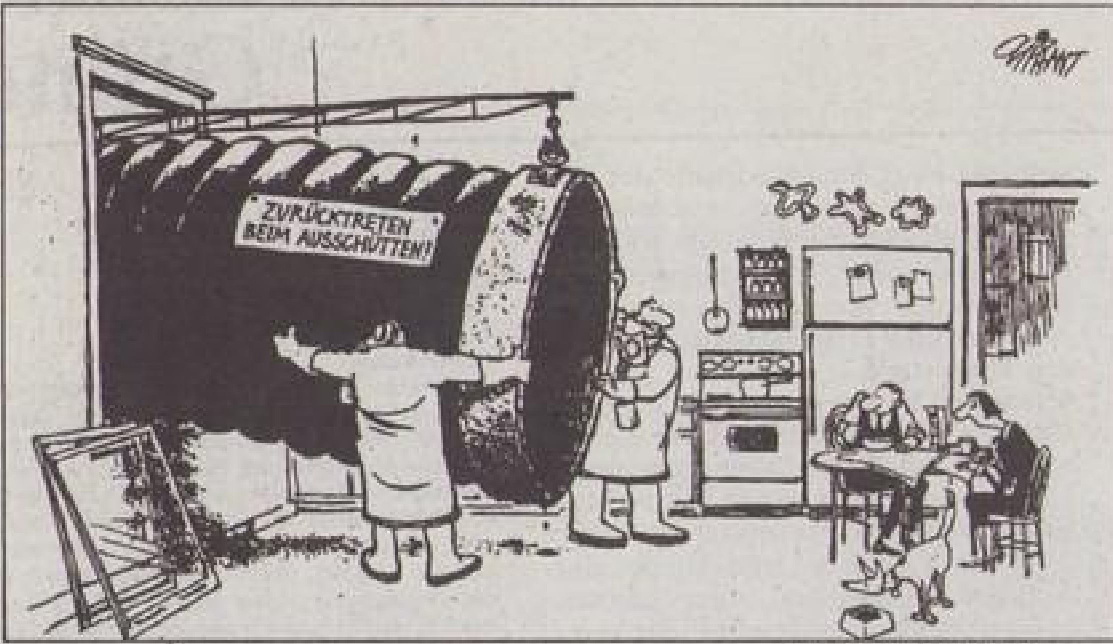
Die Einleitung einer grünen Wende diesen Zuschnitts legt wiederum Zeugnis ab vom geistig-moralischen Zustand der führenden Realos, ist an politischer Armseligkeit kaum noch zu überbieten.

Die CDU hat die „Mitte" besetzt, die SPD hat die „neuen Mittelschichten" und modernen Manager schon vor über einem Jahrzehnt entdeckt und läuft ihnen hinterher, die FDP hat sich ihren Teil dieser Klientel herausgepickt — und die Grünen kommen, um Spott zu ernten. Beim Konkurrieren mit den anderen Parteien um die Yuppies konnten sich die Grünen zugrunde richten.

Offenkundig wollten die führenden Realos mit dem Yuppie-Getöse und der Polarisierung Stimmung für einen eigenen Kongreß im Herbst dieses Jahres testen, wo über ein Manifest beraten werden soll. Bereits in der zweiten Auflage des „Sein-oder-Nichts"-Manifestes sind die genannten Reizwörter (vom „konsumorientierten Citoyen" bis zum „Sektenfraß") herausgestrichen worden, um die aufgeheizten grünen Gemüter zu beruhigen.

Im Blick haben sie dabei die Bundestagswahlen Ende 1990. Bis dahin soll die Partei programmatisch und personell auf Realo-Kurs zugerichtet werden. Erstes Nahziel ist dabei die Ablösung des mehrheitlich aus Fundis/Ökosozialisten bestehenden Bundesvorstands. Aber es entspricht der Tradition der Grünen, allzu forschen Vorstößen aus dem Realo-Lager eine Abfuhr zu erteilen.

D./Westberlin



„'zeihung, wo wollt ihr den Atommüll hinhaben?"
International Herald Tribune

Fortsetzung von vorheriger Seite

nur mit abgebrannten Brennelementen. Folglich war das in der Öffentlichkeit präsentierte *Motiv* für die „nützlichen Aufwendungen" der Transnuklear von Anfang an falsch: Es ging nicht nur um schwach- bis mittelaktive Abfälle. Es ging sehr wohl auch um abgebrannte Brennelemente. Klaus Ramcke war das erste Opfer dieser Geschichte. Er warf sich am 27.4.87 bei Hannover vor einen fahrenden Zug.

Horizontale Proliferation

Auf die Fülle weiterer Informationen, die der Atomskandal zutage förderte und die kaum weniger schwerwiegend sind wie die Abfallverschiebungen via Mol — beispielsweise die engen Beziehungen zu Südafrika —, soll hier nicht eingegangen werden. Zu ergänzen bleibt jedoch, daß eine Reihe weiterer Empfängeradressen für Spenden aus Hanau genannt wurden: in der BRD die Kernforschungsanlagen in Karlsruhe und Jülich sowie der TÜV Mannheim; in Schweden Studsvik; in der Schweiz und in Italien Kraftwerksbetreiber. Wichtig ist auch, an das Netz von Zweigfirmen der Nukem in der Schweiz und Luxemburg, aber auch in weiteren Ländern zu erinnern (s. AK 291): Umsonst wird es wohl kaum eingerichtet worden sein.

Darüberhinaus ist es notwendig, ein Mißverständnis zu vermeiden: Alles hier Gesagte betrifft die Proliferation aus Belgien oder der Bundesrepublik in dritte Länder, also die sog. horizontale Proliferation. Nicht tangiert wurde die politisch relevantere, aber noch viel geheimnisvollere Frage, welche nuklearmilitärischen Wege die BRD selbst beschreitet. Lehrreich ist allerdings die Vielfalt der Möglichkeiten, die ein ziviles Atomprogramm bietet. Und klar ist wohl, daß die Bundeswehr nicht darauf angewiesen wäre, den Umweg über Mol oder über zweitklassiges Material zu machen.

Bei der horizontalen Proliferation können Atommüll-Lieferungen allerdings durchaus eine Rolle spielen. Beispielsweise hat die Volksrepublik China, die als Atommacht freilich nicht auf große Heimlichkeiten angewiesen ist, immer mal wieder ein Interesse an abgebrannten, aber noch nicht wiederaufgearbeiteten Brennelementen erkennen lassen: Das berühmte Projekt eines Endlagers in der Wüste Gobi. Dies wird für andere Staaten ähnlich gelten.

de.

§ 218: Beratungsgesetz weiter verzögert

Was das Thema § 218 betrifft, so gerät die Frauenbewegung in der letzten Zeit gelegentlich in die paradoxe Situation, die Ereignisse, gegen die frau aktiv werden will, fast ungeduldig zu erwarten.

Das galt für den CDU-Parteitag „zum Schutze des Lebens", der vor über einem Jahr angesagt worden war und der jetzt, mit zusätzlichen Nebenschwerpunkten, schließlich auch stattgefunden hat — lange nach der ursprünglich als Gegenveranstaltung geplanten Protestveranstaltung der § 218-Gruppen. Und auch für Rita Süßmuths „Schwangerenberatungsgesetz" — seit Ewigkeiten in Beratung, Diskussion, Überarbeitung durch Koalitionspartner und Bundesländer befindlich — das am 8. Juni nun „endlich" ins Kabinett eingebracht werden sollte; der „Tag X" des Widerstandes gegen das Gesetz wurde deshalb auf diesen Termin festgelegt.

Aber „Tag X" fand nun doch ohne unmittelbar aktuellen Anlaß statt — auf die Reaktion ist eben kein Verlaß. Sicher hat es nicht daran gelegen, wenn die — immerhin zahlreichen — Aktionen gegen das Gesetz ohne große Massenbeteiligung (mit Ausnahme von Berlin) stattfanden; aber die Politik der schleichenden Veränderungen wirkt auch nicht gerade mobilisierend. Natürlich kann frau froh darüber sein, wenn das Beratungsgesetz, wenn überhaupt, dann möglichst spät kommt. Andererseits ist zu befürchten, daß die Zeit genutzt wird, um den Gesetzesentwurf zu verschärfen.

Beratungsgesetz weiter verspätet

Die erneute Verzögerung wurde begründet mit Differenzen zwischen FDP und CSU, die noch nicht ausgeräumt werden konnten; auch die Diskussion des Entwurfs in der großen Koalitionsrunde fiel „aus Zeitgründen" ins Wasser. Dabei hatte von Seiten Süßmuths und Geißlers das Interesse bestanden, den Gesetzentwurf noch vor dem CDU-Parteitag unter Dach und Fach zu kriegen. Die Lebensschützer-Fraktion der CDU fand nun durch den Parteitag ein Forum, verstärkt Druck auf die eigene Parteiführung und die FDP auszuüben; insofern könnte die Verschiebung des Zeitplans durchaus auch zum politischen Kalkül interessierter CDU/CSU-Kreise gehört haben.

Der Gesetzentwurf war auf Drängen der FDP in zwei Punkten geändert worden:

— Das Beratungsziel wurde leicht umformuliert, dahingehend, daß in der Beratung neben dem „Schutz des ungeborenen Lebens" auch „die Lebenssituation der Schwangeren und die Lebensperspektive von Mutter und Kind" einzubeziehen seien.

— Die Fortbildungspflicht für ÄrztInnen, die beraten oder Indikationen ausstellen, wurde durch einen Appell zur Teilnahme an entsprechenden Veranstaltungen ersetzt.

Weiteren Änderungswünschen der FDP wurde nicht entsprochen.

Die CSU wandte sich gegen die Neuformulierung des Beratungsziels. Sie besteht darauf, daß schärfere Länderbestimmungen (wie eben in Bayern) durch das Gesetz unberührt bleiben und legt besonderen Wert auf die personelle und auch räumliche Trennung von Beratung und Indikation. Die FDP will dagegen die Forderung nach personeller Trennung aus dem Gesetzestext streichen.

Die Vorsitzende der CSU-Frauenunion beklagte im Saarländischen Rundfunk die fehlende Kompromißbereitschaft der FDP und äußerte, sie halte das Scheitern des Gesetzes für möglich. Eine „Drohung", die wohl kaum ernst gemeint ist.

§ 218-Debatte auf dem CDU-Parteitag

Der Bundesparteitag der CDU fand am 13. und 14. Juni in Wiesbaden statt; zwei Leitanträge standen zur Abstimmung: der erste, „Unsere Verantwortung in der Welt", betraf die deutschland- und außenpolitischen Vorstellungen der CDU; der zweite, „Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes" befaßte sich mit Bereichen des menschlichen Lebens, insbesondere dem sog. „Schutz des ungeborenen Lebens". Das Interesse am Thema Abtreibung zeigte sich daran, daß dazu 322 Anträge eingegangen waren, davon über dreißig, die sich auf eine Änderung des § 218 selbst bezogen. Die Antragskommission, die solche Anträge vor dem Parteitag prüft und dann zur Annahme oder Ablehnung empfiehlt (das enthebt das Fußvolk der Anstrengung, den eigenen Kopf gebrauchen zu müssen), hatte diejenigen zur Ablehnung freigegeben, welche für eine Strafrechtsverschärfung plädierten — darunter einen des großen Landesverbandes Baden-Württemberg. Dagegen wurde die Zustimmung empfohlen bei Anträgen, die den Begriff „Schwangerschaftsabbruch" durch „Tötung menschlichen Lebens" ersetzen wollen.

Dementsprechend beschloß der Parteitag, in Zukunft für Abtreibung den Begriff „Tötung" zu verwenden, sowie eine Kampagne für den Schutz des ungeborenen Lebens zu starten.

Ein Großteil der Diskussion auf dem Parteitag befaßte sich mit einer Verschärfung des Strafgesetzes 218, wobei deutlich wurde, daß die Mehrheit der Partei im Grunde für eine Strafrechtsverschärfung ist, aus taktischen Gründen aber auf einen entsprechenden Parteitagsbeschluß verzichtet.

Während Geißler und Süßmuth weg von Strafrechtsverschärfung hin zur ideologischen Offensive orientierten, gab es mit Albrecht und Wallmann auch Prominenz, die schärfere Maßnahmen forderten — übrigens im Einklang mit zahlreichen Vertreterinnen der CDU-Frauen.

Koalitionsparteien im Zwiespalt

Auch auf diesem Parteitag zeigte sich das Dilemma, in dem die CDU und insbesondere ihre Vertreter in der Regierung sich derzeit befinden: einerseits möchte man sich neuen Wählerschichten öffnen und sich zu diesem Zweck mit einem modisch frauenfreundlichen Mäntelchen schmükken; andererseits möchte man den konservativen Stammwähler mit dem neuen Outfit natürlich nicht vergraulen. Schließlich warten die Lebensschützer-Gruppierungen in der Partei schon seit Regierungsantritt ungeduldig darauf, daß von der Führung in der Abtreibungsfrage endlich rigoros aufgeräumt wird.

Der FDP geht es im Übrigen nicht viel besser: zwar befand man den Paragraph 218 für gerade unwichtig genug, um ihn der Verhandlungsmasse in den Koalitions-

Fortsetzung auf Seite 20

Dokumentation

Rede auf der Berliner Demo

FRAUEN BEREUEN! ENDLICH AUF DEM WEG ZUR WENDE!
WIR SIND SÜß UND MUTIG!
WER NICHT GEBÄRT IST NICHTS WERT!!!!

Frauen und Männer Berlins!
Schaut auf diese Frauen und wenigen Männer, vor ihnen stehen Frauen aus Frauengruppen, -verbänden, die sich durch diese BüßerInnen- und Bittprozession von ihrer düsteren Vergangenheit befreien wollen. Sie sind aufgebrochen, um durch tätige Reue ihren Willen zur Umkehr — zur *Wende*, Ausdruck zu verleihen.

Jahrelang wurde hemmungslos und einseitig der Emanzipation der Frau das Wort geredet. Anstatt unserer vornehmsten Aufgabe nachzukommen:

Das deutsche Volk vor dem Aussterben zu bewahren und gleichzeitig seine Renten zu sichern!

Wir propagierten die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper und forderten die ersatzlose Streichung des § 218. Doch dank dem Hause Süssmuth erkennen wir jetzt unseren Weg. Unsere Forderung ist: Vom ersten bis zum letzten Eisprung gebären, gebären und nochmal gebären. Mehrlingsgeburten erachten wir als einen besonders gelungenen Beweis der Pflichterfüllung.

Unsere liebe Frau Süssmuth — der Himmel wird's ihr lohnen — brachte uns auf den richtigen Weg zurück und verhalf uns zu der Einsicht: Der Abtreibungswut der deutschen Frau muß ein Ende gesetzt werden. Wir schweigen nicht länger. Frau Rita bedarf unser aller Unterstützung im Kampf für das ungeborene Leben. Der gefährlichste Platz für ein Kind darf nicht mehr der Uterus sein.

Frau Süssmuth wird uns in ihrer übergroßen Güte demnächst ein Beratungsgesetz schenken. Endlich wird per Gesetz berücksichtigt, daß Frauen nicht wissen, was sie wollen. Endlich keine Beratungsunsicherheit mehr — Gott sei dank steht das Ziel schon fest. Endlich aufgehoben in einer Gemeinschaft, der Mann, der Chef und die Eltern, alle helfen mit, uns unserem großen und einzigen Ziel der *Mutterschaft* näherzubringen. Aus Dankbarkeit für dieses großartige Geschenk und um tätige Reue zu zeigen, haben wir uns heute hier versammelt.

Schließt Euch unserer Prozession an. Auch Ihr seid nicht ohne Makel, durch den Einsatz von Verhütungsmitteln wird in deutschen Betten massenhaft die Vermehrung des eigenen Volkes verhindert.

„Ertragen muß man was der Himmel sendet. Unbilliges erträgt kein edles Herz" (F. Schiller, „W. Tell" I,2) ist das Motto in unseren Herzen.

Ich darf Ihnen jetzt kurz die BüßerInnen vorstellen:

An der Spitze der Prozession geißlern sich auf ihrem Schandkarren die Aktivistinnen der § 218 Koordination und des Frauenzentrums, notorische Kindsmörderinnen und Egomaninnen. Jetzt bekehrt sind sie die rührigsten Büßerinnen! Mit der neunschwänzigen Geißlerkatze werden sie sich geißlern für ihre Bestialität in Gedanken, Worten und Taten.

Gefolgt werden diese ehemals so abscheulichen Gestalten, die noch einen langen Weg der Buße vor sich haben, von dem Schwangerenballett des Theaters Zentrifuge. Wir bitten um Verständnis, daß die Damen wegen ihres delikaten Zustandes nur jeweils während der Kundgebungen tanzen werden.

Danach fällt ins Auge die internationale Grußdelegation der EngelmacherInnen und Kurpfuscher. Ein altes Handwerk hat wieder Zukunft. Der demokratische Frauenbund Berlin schließt sich dem Dank der EngelmacherInnen an die CDU für Frauenheimarbeitsplätze ohne Ausbildungszwang an.

Hinter ihrem Motto: Kinder, Küche, Kirche wagt sich die Schwangeren Selbsthilfe Kreuzberg, unterstützt von dem rührigen Prof. Dr. Kindermann und Mitarbeiterinnen der Pro Familia wieder einmal an das Licht der Öffentlichkeit. Sie haben sich vorgenommen, ihren Beitrag für unsere B 750 Jubelfeier (750 gesunde Bären) noch zu steigern. Gefolgt von Männern, die noch Utopien im Kopf — und nicht nur dort — haben. Es ist uns gelungen, eine Gruppe schwangerer Männer, trotz des für sie so ungewohnten Zustandes, zur Teilnahme zu bewegen. Pioniere, die erkannt haben: „Gebären darf nicht allein Frauensache sein."

Der Frauenausschuß der Gewerkschaft HBV wird die Schwangeren Frauen unermüdlich mit Kotztüten versorgen. Ihre Parole: „Mutter find ich gut!"

Die Sündigen Erbärmlichen Weiber (SEW) vertrauen ihr weibliches Schicksal den Profithaien an. Ihr Altar drückt die Hoffnung der Rettung vor ihrer eigenen freien Entscheidung aus. Der Senator Ulf Fink erbarme sich ihrer.

Dem Altar folgt eine hochkarätige vatikanische Grußdelegation. Sie werden *Ihn* schon erkennen.

Die Gewerrkschaftsfrauen der ÖTV haben das Dienstleistungsangebot im öffentlichen Dienst erweitert und werden mit einer Babyverschenkaktion auf die Passanten zugehen.

Der sozialistische Jugendverband Karl Liebknecht läßt das soziale Netz fetzen. Ein ex-gottloser Jugendverband an der Spitze der zur Wende bereiten Jugend. Wer hätte ds früher zu hoffen gewagt!

Wir enden mit dem Wort des Dichters: *Nur eine Mutter weiß allein, was lieben heißt und glücklich sein!* (A. von Chamisso Gedichtzyklus Frauenliebe und -leben)

Heilige Mutter, Rita bitte für uns! Hilf uns oft und ohne zu sündigen zu empfangen!

Bilanz der Anti-Porno-Kampagne

Kampf gegen Pornographie oder allgemeine Sexismusdebatte

Im Oktober 1987 startete die Frauenzeitschrift „Emma" eine Kampagne gegen Pornographie und forderte alle Frauen auf, sich daran zu beteiligen. Die dringende Notwendigkeit einer solchen Kampagne begründete sie mit der aktuell unerträglich zugespitzten Situation für Frauen. *„Immer mehr Frauen und Kinder geraten direkt in die Zerstückelungsmaschinerie der Pornographie. Immer mehr Frauen und Kinder werden indirekt davon angefaßt. Wir müssen handeln! Es ist spät, aber noch nicht zu spät. Wir müssen uns wehren! Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln."* („Emma" 10/87) Sie berief sich dabei auf eine Situation, die sie wie folgt kennzeichnete: Brutalste Pornographie hat sich explosionsartig verbreitet, „immer mehr immer härter", erst haben sie die Frauen nur vergewaltigt und gefoltert, jetzt „zerstückeln sie uns", jede dritte Videokassette ist harte Pornographie usw. (vergl. die ausführlichen Zitate in AK 291). Sie übernahm dabei die These von Andrea Dworkin, daß diese „neue Pornographie" „links" sei bzw. „von links komme". Insgesamt entstand so eine Faktenlage, die zwar weder abgesichert noch überprüfbar war, aber auf der Stimmungsebene wirkte.

sichert noch überprüfbar war, aber auf der Stimmungsebene wirkte.

Ein gutes halbes Jahr danach ist es an der Zeit, sich anzusehen, was aus der Kampagne geworden ist. Nachdem wir Inhalt und Tendenz der Kampagne bereits in AK-Artikeln untersucht haben (s. AK 291) soll hier versucht werden, eine Bilanz zu ziehen und der Frage nachzugehen, was hat es für die Frauen gebracht?

Ist die Kampagne tatsächlich zu einer neuen Offensive für die Frauenbewegung geworden?



... eine breite Debatte provoziert?

„Eine kleine Truppe von Frauen hat eine große Diskussion angezettelt." („taz" 6.5.88) *„Es ist fast wie in der Zeit, als ich den ‚Kleinen Unterschied' geschrieben hatte. (...) Wir haben wirklich einen Nerv getroffen."* („Emma", 4/88) Diese Einschätzung der Kampagne stammt von Alice Schwarzer, und in der Tat, sieht man sich die Resonanz an, so hat es einen ungewöhnlich großen Widerhall gegeben. Fast sämtliche bürgerlichen Zeitungen haben Artikel, Positionen, pro und contra — Diskussionen über das Thema veröffentlicht; der „Spiegel" und der „Stern" haben die Story gar als Aufmacher genutzt, in fast allen linken Szene-, Stadtzeitungen und sonstigen Alternativblättern wurde sich geäußert.

Alice Schwarzer war in diesen Monaten bevorzugter Gast auf Veranstaltungen und trat in Fernsehsendungen auf: z.B. in „Pro und contra" und „Berliner Platz".

Die Reaktion war kontrovers. Rein statistisch gesehen waren Befürworter und Ablehnerfront ziemlich ausgeglichen. Diskutiert wurden in diesem Rahmen diverse Anliegen: ob das die Abrechnung eines frustrierten Altlinken mit seinen enttäuschten Hoffnungen in die sexuelle Revolution der 60er Jahre war; oder die Furcht vor Zensur von Künstlern oder Filmemacherinnen; ob es feministische Frauen waren, die betonten, wie wichtig es sei, daß Frauen endlich ihre eigene Pornographie entwickeln; oder Männer, die wie in „taz" und „Pflasterstrand" die Debatte zum Anlaß nahmen, um gegen die Frauenbewegung und ihre Vertreterinnen zu hetzen.

Nur Alice Schwarzer stand in diesem Getümmel wie eine Fels in der Brandung und kommentierte allmonatlich in „Auswertungsartikeln" die von ihr angerührte Diskussion. Ihre Beurteilungskriterien waren eindeutig und über jeden Zweifel erhaben, ultimativ: Entweder du bist für die Kampagne oder — du stehst auf Seiten der Pornographen und wirst aus den Reihen der „wahren" Feministinnen exkommuniziert. Ihr Hauptvorwurf an die Gegnerinnen der Kampagne war der der Kollaboration mit den Männern.

„Die entwaffnendste Waffe im Arsenal der Männer war im Geschlechterkampf immer die Frau. Die Waffe des modernen Mannes ist die ***Feministin****. Klar. Man muß den Feind mit seinen eigenen Waffen schlagen, alte Bauernregel. Und diese ‚Feministin' nennt sich so, egal, was auch immer sie vertritt, Geschlecht genügt."* (A.S. in „Emma" 5/88)

„Die Anti-Porno-Kampagne ist eigentlich die Fortsetzung der ‚Stern'-Klage. Beim Vergleich der beiden Kampagnen beobachten wir etwas ganz Interessantes: Vor zehn Jahren haben sich die mächtigen Männer exponiert und — blamiert. Alle haben gesagt, die spinnen ja, diese frustrierten Gänse. Diesmal aber halten die mächtigen Männer den Mund. Sie spielen ihr Lieblingsspiel — sie schicken Frauen

strierten Gänse. Diesmal aber halten die mächtigen Männer den Mund. Sie spielen ihr Lieblingsspiel — sie schicken Frauen

vor, die am Arbeitsplatz von der Gnade der Männer abhängig sind. Es gibt jetzt all diese Alibi- und Quotenfrauen. Die wissen, daß man von ihnen erwartet, sich in die Schlacht zu werfen. Bei der ‚taz' beispielsweise, schreiben ausschließlich Frauen gegen die Anti-Pornographie-Kampagne. Es ist schon fast grotesk. Die Strategie der Männermedien, Frauen gegen Frauen zu hetzen, ist jetzt auf dem Höhepunkt, auf einem absolut entlarvenden, grotesken Höhepunkt." (Alice Schwarzer in einem Interview mit der Schweizer Zeitung „Tages-Anzeiger" 12.2.1988)

In diesem Rahmen macht sie selbst vor der sonst so sehr von ihr verehrten Simone de Beauvoir nicht halt, die einen Essay zu der Frage *„Soll man de Sade verbrennen"* geschrieben hat. Sie *„hat vermutlich nicht zufällig ihre Sade-Verteidigung kurz nach dem Erscheinen von das ‚andere Geschlecht' (1951) veröffentlicht. Ich vermute, das war von ihr, wohl unbewußt, so eine Art Wiedergutmachung für linke Kollegen, wie Camus und Genossen, die ihr die feministische Streitschrift sehr, sehr übel genommen haben."* (A.S. auf der Veranstaltung in Köln am 26.11.87, aus „Emma" 1/88)

Ärgernis: Der alltägliche Sexismus

Wie und wer aber auch immer seine individuelle Haltung zur Pornographie kundtat, deutlich wurde in der Debatte vor allem unter den Frauen und in der Frauenbewegung eines: Es ist in erster Linie der alltägliche Sexismus, der Frauen stört. Sich ständig auf der Kioskwand, in der Werbung, auf Titelblättern von Zeitschriften mit sexistisch aufgemachten Frauenbildern in scheinbar verführerisch verfügbaren Posen konfrontiert zu sehen, wird als Belästigung empfunden. Diese Unzufriedenheit ist in der Anti-Pornographie-Kampagne deutlich geworden und hat in einer allgemeinen, oberflächlichen Zustimmung zur Kampagne seinen Ausdruck gefunden — selbst wenn im Einzelnen kritische Anmerkungen zugestanden wurden. Weniger war es dagegen der eigentliche Anlaß — die Pornographie selbst.

Aber hat die Kampagne tatsächlich zu mehr Bewußtsein und damit zu Konsequenzen geführt? Der Begriff „Pornographie" bzw. die Klärung, was denn nun eigentlich wie und mit welchen Mitteln bekämpft werden soll, ist nach wie vor völlig ungeklärt und ungenau geblieben. Antworten auf die Fragen nach Ursache, Wirkung, Bedeutung blieben in der Kampagne weitgehend unbearbeitet bzw. wurden aus dem Bauch, je nach Betroffenheit und Interessenslage stimmungsmäßig beantwortet. Es hat im Rahmen der Kampagne keine klare Trennung zwischen dem Kampf gegen „Gewalt gegen Frauen" — was z.B. der Kampf gegen Gewaltpornographie hätte sein können — und dem Kampf gegen Sexismus gegeben.

Diese Unklarheiten und Vermischungen, das Definitionswirrwarr des gemeinten Gegenstands der Kampagne sind ganz offensichtlich von „Emma" gewünscht und beabsichtigt gewesen. Alice Schwarzer nahm zwar die Pornographie, speziell die „harte Pornographie" zum Anreißer für ihre Kampagne, doch sie konzentrierte sich von vornherein auf die sog. *„Pornographisierung des Alltags"*, wobei sie nicht zimperlich war und so ziemlich al-

te sich von vornherein auf die sog. „Pornographisierung des Alltags", wobei sie nicht zimperlich war und so ziemlich al-

les darunter verstand, was auch nach „Volkes Meinung" als „anstößig" und „unanständig" empfunden wird. (vergl. AK 291)

So hatte die Kampagne weniger den Kampf gegen frauenverachtende Pornographie zum Inhalt, sondern es ist eine allgemeine Sexismusdebatte entstanden. Die tagtägliche Vermarktung des Frauenkörpers — so sehr sie nervt und am Selbstwertgefühl nagt — aber ist in der Regel keine Pornographie und schon gar keine harte Pornographie. Was aber unter Sexismus, „Anmache", Verletzung der Würde der Frauen etc. zu verstehen ist, kann nicht nur durch objektive Kriterien bestimmt werden, sondern hat auch etwas mit Geschmack, Empfindlichkeit, konkreten Erfahrungen und vor allem etwas mit dem konkreten Kontext zu tun, in dem sie erlebt wird. Hier real etwas verändern zu wollen, ist schwer, solange die Gesellschaft in dieser Form existiert, und wird nur in einzelnen Schritten möglich sein.

„Betroffenheit ... quer durch alle politischen Lager"

Die Suche nach Bündnispartnern nicht für den eindeutig definierten Kampf gegen „Gewalt gegen Frauen" sondern mehr um die Frage des „Anstands und der Würde der Frau" führte Alice Schwarzer in das Lager der Konservativen — bzw. der Bonner Parteien. Ähnlich wie auch schon in ihrer Kampagne um die „Verfassungsklage gegen den § 218", die sie anläßlich der Bundestagswahl auflagenfördernd in das Wahlgeschäft einbrachte und kurz darauf durch Totschweigen begrub, suchte sie hier auch wieder die publicity-trächtige Begegnung mit den Bonner Parteienvertreterinnen und stellte sozusagen feministische Prüfsteine auf. Berührungsängste wies sie weit von sich

„Hier gibt es Betroffenheit von Frauen, die einfach quer durch alle politischen Lager geht. Ob sie in allen Konsequenzen mitziehen (gemeint sind die etablierten Frauenverbände — g.), *wird man sehen. Wir machen Frauenarbeit, wir wollen die Frauen erreichen. Der Vergewaltiger fragt auch nicht vorher, was sein Opfer wählt."* („konkret" 2/88)

Nun ist die Situation derzeit in der Bundesrepublik anders als z.B. in den USA, wo sich Teile der Rechten die dort inszenierte Anti-Pornographie Kampagne zu eigen gemacht haben, und sie gegen die Frauenbewegung gewendet haben. Hier geht es weniger darum, daß sich die Konservativen auf die Kampagne stürzen, sondern darum, daß sie den Anlaß nutzten, um sich daran zu profilieren. (Erinnert sei an den Auftritt von Rita Süssmuth in Köln auf einer Veranstaltung der Frauenbewegung, wo sie wirklich nichts zu suchen hat.) Umgesetzt wurde in Bonn nichts und es zeichnet sich derzeit auch nichts ab. Die Bonner Politikerinnen haben zwar die Unzufriedenheit der Frauen verbal gewürdigt — eventuell findet ja tatsächlich auch noch die eine oder andere Anhörung statt — sie denken aber gar nicht daran, irgendetwas am Status quo zu verändern.

Reglement statt Liberalisierung

Ähnlich wie Andrea Dworkin, die die Linke (wegen der Pornographie) bereits auf einem *„riesigen Friedhof"* begraben sieht („Emma" 2/88, S.31), rechnet auch Alice Schwarzer mit den Linken bzw. mit der *„Frauenecke der Linken"* („Emma" 5/88) ab, speziell mit denen, die ihre Kampagne nicht vorbehaltlos unterstützen. Sie beginnt bei ihren Erinnerungen an die 68er Bewegung, denn die alte APO-Idee von sexueller Freiheit und Liberalisierung war „eine böse Überraschung" („Emma" 5/88) für die Frauen. *„Hätte mir damals jemand gesagt, du demonstrierst vielleicht Seite an Seite mit einem Vergewaltiger, hätte ich verständnislos geschaut. Vergewaltiger waren damals kein Thema."* („Emma" 5/88, S. 25)

Ihr Fazit, nach einem Gang durch die Geschichte: in Abwandlung des Spruches *„Unter dem Pflaster da liegt der Strand"*, für uns Frauen hat sich nichts geändert: *„Denn: Unter dem Pflaster liegt für uns Frauen noch lange nicht der Strand. Unter dem Pflaster liegt, unter anderem, die Pornographie."*

Das Ergebnis solcher Art historischer Betrachtungsweise ist schnell resumiert: Die Linke hat versagt, die „linke Freiheit" stellt sich als ein einziger großer Irrtum — ein „linker Irrtum" heraus: *„Auf der anderen Seite der Barrikade stehen nun alte wie ‚neue' Männer (das mit den Genossen ist ja nicht mehr so angesagt) und Frauen. Aber diesmal Frauen, die nicht aufhören zu erklären, sie seien Feministinnen."* („Emma" 5/88)

Was aber ist das Ergebnis einer Kampagne, die in dieser Weise betrieben wurde? Zum einen ist es eine gut arrangierte Werbeshow für Alice Schwarzer gewesen, zum anderen konnte Betroffenheit und Unzufriedenheit über den alltäglichen Sexismus in unserer Gesellschaft „abgelassen" werden, wobei zu erwarten ist, daß das ohne Konsequenzen bleibt. Was bleibt ist der Ruf Alice Schwarzers nach staatlicher Reglementierung, nach festgelegten Normen, nach gesetzlichen Maßnahmen, nach Selbstkontrolle. Das aber leistet im Zeitalter von AIDS, in der wiederbelebten Lebensschützerdebatte usw. eher konservativen Ideologien Vorschub.

Was aber linke Kräfte, wenn sie diese Kampagne aufgreifen, damit erreichen wollen, was daraus für Frauen entstehen soll, ist unklar und wird auch durch die zahlreich publizierten Artikel und die wenigen Aktionen nicht klarer — außer natürlich mitzudiskutieren, dabei zu sein, aber das ist eigentlich zu wenig.

g./Hamburg

Was wurde aus Widerstand und Gesetzentwurf gegen Pornographie?

Wichtig war für Emma im Kampf gegen Pornographie die Kampagne. Abgesehen von dem Presseecho interessierte uns, wie diese Kampagne konkret von Frauen aufgegriffen wurde und was sie in der Frauenbewegung auslösen konnte.

Eine der wenigen Aktionen, die im Zusammenhang mit der Anti-Porno-Kampagne steht, war die der Frauen des AL Frauenbereichs in West-Berlin. AL-Frauen hatten einen Tip bekommen, daß der Porno-Laden ,,Z'', der offenbar, wie ,,Emma'' (4/88) schreibt, auf Folter-Pornographie ,,spezialisiert'' ist, gewaltverherrlichende Pornographie in größerem Maße anbietet. Die Frauen inspizierten den Laden und erstatteten Strafanzeige. In einer AL-Mitteilung heißt es dazu: ,,In dem gesichteten Pornomaterial werden Frauen gefesselt, geknebelt, ausgepeitscht, mit Nadeln, brennenden Zigaretten und anderen Instrumenten gequält und gefoltert.'' (FR, 29.2.1988)

Die Polizei durchsuchte den Laden und transportierte etwa einen Kleinlaster voll Material ab. Der Fang hat sich also wirklich gelohnt!

Eine andere Aktion, die ebenfalls im Zusammenhang mit der Anti-Porno-Kampagne steht, aber als weniger gelungen betrachtet werden muß, ist der Überfall auf das West-Berliner Szene-Kino ,,Eiszeit''. Dort wurde der US-Pornofilm ,,Fingered'' gezeigt. Mit Rohrzangen bewaffnet drangen etwa 10 Personen während der Vorführung ein und zerstörten Filmgeräte, bedrohten Mitarbeiter und Zuschauer, griffen einmal kräftig in die Abendkasse und hinterließen den Spruch ,,Kampf dem Sexismus'' an den Wänden. Hier hat der Bauch die Politik diktiert. Eine Aktion, die weniger der Debatte um Pornographie förderlich war, als der Diskussion darüber, wie sich in der Szene um unterschiedliche Positionen auseinandergesetzt werden kann.

Außerdem rief Emma im März alle zu Pornographie arbeitenden Gruppen auf, sich bei ihr zu melden, um eine Liste mit Kontaktadressen zu veröffentlichen. Wir erkundigten uns nach der Liste und erfuhren von Emma, daß sich bisher nicht mehr als 12 Gruppen gemeldet haben. Über die konkrete Arbeit dieser Gruppen ist wenig bekannt. Lediglich die beiden genannten Aktionen erhielten eine größere Aufmerksamkeit. Die Frauenbewegung scheint sich der Kampagne doch nicht so uneingeschränkt angenommen zu haben.

Dies, obwohl A. Schwarzer die Kampagne immer in den Mittelpunkt gestellt hat. Die Gesetzesinitiative hatte mehr symbolischen Wert. Auf der Veranstaltung des Juristinnenbundes in Hamburg sagte sie dazu: ,,Man verändert die Welt nicht mit Gesetzen ... Wir wollen vor allem den Kulturkampf führen, der die Pornographie peinlich und lächerlich macht.'' (taz, 6.5.88) So stand auf der Veranstaltung, die im wesentlichen vor Juristinnen stattfand, nicht der Gesetzentwurf, sondern die Kampagne zur Debatte.

Inzwischen gibt es eine Reihe von konkreten Einwänden. Das macht sich zum einen an den möglichen Folgen wir Einschränkungen der Sex-, Kunst- und Meinungsfreiheit fest. Aus der Schweiz wurde aber auch Kritik am Zivilgesetz laut. Dort wird gerade eine Reform des Sexualstrafrechtes diskutiert. ,,Die Kehrseite der Medaille ist allerdings, daß die Frau im privatrechtlichen Verfahren die sogenannte Beweislast für ihre Klage trägt. Sie muß alle Informationen bringen, also Namen, Wohnort des Pornotäters. Sie muß nachweisen, daß er das umstrittene Produkt hergestellt oder vertrieben hat, daß sie eine Verletzung erlitten hat, und zwar im Zusammenhang mit dem Pornoprodukt ... Gelingt es der Frau nicht, die nötigen Beweise zu erbringen, wird die Klage abgewiesen, und sie trägt die Kosten des Verfahrens, also Gerichtskosten, die Kosten für 2 Anwältinnen, Zeuginnen, Expertisen. Dieser Kostenfaktor ist eines der wirkungsvollsten Stolpersteine in unserer patriarchalen Klassenjustiz.''

Diese Kehrseite gilt auch für Verfahren in der Bundesrepublik und muß insbesondere bei Zivilprozessen beachtet werden. Abstand hat inzwischen auch Petra Rogge, eine der Anwältinnen, die das Gesetz formulierten, genommen.

In einer GAL-Diskussion in Altona (8.6.) vertrat sie, daß der Gesetzentwurf zwar rechtlich kein Verbotsgesetz sei, aber politisch. Er eignet sich ihrer Meinung nach nicht als Instrumentarium gegen sexistische Darstellungen, sondern ziele auf Gewaltpornos ab. Es bestünde aber die Gefahr, daß Klagen von Frauen abgewiesen und die Sachverhalte verharmlost würden und damit brutalste Darstellungen auch noch ihre rechtliche Absegnung erhielten. Es sei nicht gelungen, die differenzierten Positionen, die der Gesetzentwurf enthalte, zu vermitteln. Er würde in der Öffentlichkeit mit falschen Inhalten verbunden werden. Auch die bestehenden Gesetze bieten ein Instrumentarium, daß Frauen gegen Gewaltpornographie anwenden können. Den Frauenaspekt enthalten diese Gesetze allerdings nicht.

Chr.

EMMA hofft auf Bonn

Für Emma hat die Anti-Porno-Kampagne zur Unterstützung des Gesetzentwurfs einen starken Druck von Öffentlichkeit und (Frauen-)Basis auf Bonner Amtsstuben bewirkt. Sie mißt das an der Menge der Pressereaktionen.

Weiterhin sieht es für sie so aus, als ob sich Rechte und Linke (damit sind CDU/CSU und SPD gemeint) in Bonn mit einem Anti-Pornographie-Gesetz profilieren wollen. Wir überprüften, ob von dieser Seite ernsthafte Planungen für ein Gesetz im Sinne von Emma, also zivilrechtlich und mit der Intention, harte Pornographie einzudämmen, bestehen.

Anhörung der SPD

Geradezu peinlich wirkt es, wie sich Emma bei der „offen und lebendig wirkenden Renate Schmidt" anbiedert, die sich „zur sexualpolitischen Sprecherin der SPD ... mausert". Ihr „steht die neue Rolle gut" (diese und alle folgenden Emma-Zitate aus: Emma 3/88, S. 42 und 43).

Nun, sie ist ja auch die einzige, die Konkretes zu bieten hat: Am 12. September findet eine Anhörung der SPD zum Thema Pornographie statt. Fraglich ist allerdings, ob das Ergebnis dieser Anhörung sein wird, daß ein zivilrechtliches Gesetz nötig ist, wie Emma hofft. Außer diversen Gesetzentwürfen gibt es noch andere Vorschläge, die der SPD gefallen könnten.

Beispielsweise jener von Jutta Bahr-Jendges, einer fortschrittlichen Rechtsanwältin aus Bremen, die ansonsten die Emma-Kampagne voll unterstützt. Sie ist der Meinung, nicht ein neues Gesetz sei nötig, sondern der kreative Umgang mit den bereits bestehenden Gesetzen (vgl. Jutta Bahr-Jendges, Gesetze gegen Pornografie im männlichen Staat?, in: Frauen und Pornografie, Konkursbuch, Tübingen, S. 98 f).

Zu wenig Personal im Frauenministerium

In dem „Wettrennen zwischen SPD und CDU/CSU" sind „für die Unionsparteien gleich zwei Läuferinnen gestartet", schreibt Emma. Sie meint Ursula Männle von der CSU und Rita Süssmuth von der CDU. Wir haben nachgefragt, was sie konkret vorhaben.

Emma kündigt eine regierungseigene Anhörung zum Thema für Mitte des Jahres an. Beim zuständigen Referat ist zu erfahren, daß das CDU-Familien- und Frauenministerium zu sehr mit anderen Themen beschäftigt ist bzw. nicht das Personal hat, um eine Anhörung zu organisieren. Die Gesetzentwürfe von Emma und von Slupik/Baer wurden zwar ans Justizministerium zur Prüfung gegeben. Dort ist jedoch noch nichts passiert. Eine Anhörung findet vor der Sommerpause *auf gar keinen Fall*, die nächsten Monate danach *wohl auch nicht*, *vielleicht* im nächsten Jahr statt. Ich bezweifle, daß sich dann noch viele für das Thema interessieren. Schon jetzt sieht's in der Presse eher mau aus.

Zum Beispiel kommt in einer Titelgeschichte des Spiegel über Rita Süssmuth, in der u.a. die in ihrer MinisterInnenzeit von ihr angepackten Themen resümiert werden, das Wort „Pornographie" nicht einmal vor (Spiegel 24, 13.6.1988, S.24 ff). Und im nachfolgenden Spiegelgespräch zwischen Heidi Wieczorek-Zeul und Rita Süssmuth über Frauenpolitik ebenfalls nicht.

CSU ignoriert Emmas Gesetzentwurf

CDU/CSU-Frauen aus Bundestag und Landtagen haben auf einer von Ursula Männle (CSU) organisierten Sitzung „den Initiatorinnen der neuen Anti-Porno-Kampagne breite Unterstützung signalisiert" (aus der nachfolgenden Presseerklärung), den Gesetzentwurf der Emma ansonsten aber ignoriert. 'Emma hebt lobend hervor, daß sie ein Verleihverbot pornographischer Videos forderten. Hier beriefen sie sich auf eine bereits drei Jahre alte Initiative der CSU.

Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, den die Länder Baden-Württemberg und Bayern im März 1987 — lange vor der Emma-Kampagne — im Bundesrat eingebracht haben; er basiert auf einem fast gleichlautenden Entwurf vom Juli 1985. Es soll die „Vermietung pornographischer, indizierter und sonstiger schwer jugendgefährdender Darstellungen... generell untersagt werden" (BR-Drs. 115/87 bzw. 348/85).

CSU-Gesetz gegen Verleih von Pornovideos

Der erste Gesetzentwurf 1985 wurde nach kleinen Änderungen im Bundestag eingebracht und blieb am Ende der Legislaturperiode unerledigt. Er wurde in der neuen Legislaturperiode erneut vorgelegt (März 1987) und ist inzwischen nach der ersten Beratung im Bundestag an die Ausschüsse überwiesen worden, dort steckt er zur Zeit.

Eine dieser Änderungen des Bundesrates von 1985 scheint mir bedeutsam: Geichzeitig mit dem Verleihverbotsgesetz sollte der Passus im Pornographie-Paragraphen 184 des Strafgesetzbuches, in dem es um das Verbot von Gewaltpornographie („... pornographische Schriften, die Gewalttätigkeiten, den sexuellen Mißbrauch von Kindern oder sexuelle Handlungen von Menschen mit Tieren zum Gegenstand haben ...") geht, geändert werden. Die CSU wollte ihn um die Worte: „die Menschenwürde verletzende Vorgänge" erweitern. In der Begründung dazu heißt es: „In letzter Zeit finden zunehmend pornographische Darstellungen, insbesondere filmischer Art, Verbreitung, in denen sexuelle Perversionen in bisher nicht bekannter Übersteigerung gezeigt werden. § 184 Abs. 3, der bestimmte Erscheinungsformen der sogenannten harten Pornographie einem generellen Verbreitungsverbot unterwirft, hat sich hierbei als zu eng erwiesen. Darstellungen, in denen die Menschenwürde verletzende Erniedrigungen gezeigt werden, stehen hinsichtlich ihrer Sozialschädlichkeit den Darstellungen sexueller Gewalt nicht nach." Der Antrag auf diese Erweiterung des § 184 — wohlgemerkt: ein CSU-Antrag! — wurde schon 1985 wieder gestrichen. In der Begründung für die Streichung heißt es u.a.: „Schließlich aber verstößt die vorgeschlagene Neufassung gegen das Konkretheitsgebot. Was im konkreten Einzelfall ‚die Menschenwürde verletzende Vorgänge' sein sollen, enthält die Einzelbegründung nicht. Hinreichend sichere Bewertungskriterien fehlen." (BR-Drs. 348/1/85, Empfehlungen der Ausschüsse) Frau könnte an dieser Stellungnahme die Chancen der Charakterisierung „erniedrigende Darstellung" im Emma-Gesetzentwurf abschätzen.

Es gibt von allen Seiten Kritik an diesem Gesetzesvorhaben, insbesondere wird befürchtet, daß Gewaltpornos dann eben billiger und in größeren Mengen zum Kauf angeboten werden, wenn sie nicht mehr verliehen werden dürfen, bzw. daß privat große Mengen Raubkopien erstellt werden. Und daß diese Videos dann für Jugendliche zuhause noch leichter erreichbar sind als in der Videothek (vgl. Spiegel 32, 3.8.1987, S. 72 ff sowie Protokolle der Sitzungen des Deutschen Bundestages, 195. Sitzung, 10. Wahlperiode und 30. Sitzung, 11. Wahlperiode).

Noch kurz zu Emmas Lieblingsinitiative: Eine Anhörung der CDU/CSU-Frauengruppe ist nicht *geplant*, höchstens in der Überlegung. Das ob, wann, wie ist völlig offen, fest steht nur: vor der Sommerpause oder kurz danach bestimmt nicht. Dazu wäre die Zeit für Vorbereitung, Planung und Einladungen viel zu kurz. Das habe *ich* bei einem Anruf im Büro Männle erfahren (vgl. Emma 3/88).

Anhörung der bayerischen Grünen

Konkret an der Anti-Porno-Kampagne der Emma zeigten sich speziell die bayerischen CSU-Frauen nicht interessiert: Sie erschienen zu einem Porno-Hearing der Grünen im Münchner Landtag trotz Einladung nicht.

Christine Marino, Leiterin der „Leitstelle für Gleichstellung von Frauen und Männern" im bayerischen Sozialministerium begründete die Absage so: „Pornographie ist jedoch weder eine Gleichstellungsfrage noch werden Frauen und Männer zur Mitwirkung in pornographischen Erzeugnissen oder zum Kauf dieser Erzeugnisse gezwungen" (taz, 7.5.88).

Das von den bayerischen Grünen veranstaltete Expertenhearing fand Anfang Mai im Münchner Landtag statt. Das Ziel sollte sein, „Material zu der Streitfrage (zu) liefern, ob Pornographie Gewalt gegen Frauen bedeutet und damit ein Unterdrückungsinstrument ist oder ob sie lediglich als ‚professionelle Darstellung von Sexualität' und damit als ‚lusterzeugendes Moment' anzusehen ist (Süddeutsche Zeitung, 7./8.5.88). Weiterhin sollten die Strategie zur Eindämmung harter Pornographie und der Sinn einer gesetzlichen Regelung besprochen werden.

Die ExpertInnen waren sich einig, daß Pornographie ihre Konsumenten zu Gewalt gegen Frauen animiert. Diese Ansicht ist in den Forschungen dazu sehr umstritten (vgl. AK 291). Aber die Notwendigkeit von Forschungen — sowohl Wirkungsforschungen als auch Motivforschungen darüber, warum Männer Pornos konsumieren — wurde insbesondere vom Publikum weggewischt: „Wir brauchen keine Forschung mehr, wir brauchen ein wirksames Gesetz!" (Emma 6/88, Seite 10) Maßnahmen wie z.B. die Emma-Gesetzesinitiative seien von „ganz zentraler Bedeutung als Signal für Frauen und gegen Männer, die Übergriffe machen" (Süddeutsche Zeitung, a.a.O.). Hier drückt sich die Hoffnung aus, daß ein Anti-Porno-Gesetz die Gewalt gegen Frauen vermindern könnte.

Was hat sich bei den Grünen in Bonn getan?

Im Gegensatz zu ihrer Anbiederung bei der SPD erwartet die Emma von den Grünen offenbar nichts. Die Tatsache, daß sich eine starke Minderheit der BAG Frauen im Januar noch nicht entschieden hatte, ein neues Gesetz sinnvoll zu finden, wertet Emma ab mit Kommentaren wie: Die Grünen „sind in ihrem Meinungsbildungsprozeß noch nicht viel weiter (...) Und die Grünen diskutieren bekanntlich gern und lange."

Die BAG Frauen der Grünen hat inzwischen die Bundestagsfraktion beauftragt, ein eigenes zivilrechtliches Gesetz zu erarbeiten, allerdings auf der Grundlage des Slupik/Baer-Entwurfs. Außerdem soll die Fraktion eine eigene Anhörung durchführen und auf eine interfraktionelle Anhörung hinarbeiten. Dieser Beschluß der BAG Frauen ist vom März, bisher hat die Fraktion sich noch nicht damit beschäftigt und wird es wohl so bald auch nicht. Es stehen etliche andere Frauenthemen an (z.B. § 218-Beratungsgesetz und die Vergewaltigungsdebatte). Außerdem hat das Interesse am Thema Pornographie inzwischen nachgelassen, wie bei den Grünen zu erfahren war: Es gibt weniger Anfragen nach Material und Referentinnen; nachdem das erste Informationsseminar der grünen Frauen überfüllt war, halten sich die Anmeldungen für das zweite in Grenzen.

ma., Hamburg

Fortsetzung von Seite 18

verhandlungen zuzuschlagen, er eignet sich aber wiederum auch vorzüglich, um im scheinbar erbitterten Widerstand gegen christlich-soziale Verschärfungsbestrebungen das liberale Image ein wenig zu polieren. Um den Konflikt noch zuzuspitzen, sind die Hauptrollen des Dramas in beiden Parteien von Frauen besetzt: für die CDU agiert mit Rita Süßmuth eine ausgesprochene Sympathieträgerin unter den umworbenen Wählerschichten, im Rufe stehend, in Frauenfragen gelegentlich geradezu feministisch anmutende Töne anklingen zu lassen; für die FDP Irmgart Adam-Schwaetzer, des Feminismus unverdächtig, aber in der aktuellen Situation als Bewerberin um den Parteivorsitz gegen Otto Graf L. sicher durchaus daran interessiert, sich der Unterstützung von Frauen und fortschrittlichen Liberalen zu versichern. Peinlich, daß gerade Frau Adam-Schwaetzer den ursprünglichen Gesetzentwurf mit ausgearbeitet hat.

Die CSU hat mit ihrer Haltung zum § 218 natürlich überhaupt keine Probleme, sondern weiß genau, was sie will: bayerische Verhältnisse.



Geschickt aufgezogen läuft die Kampagne gegen die Abtreibung an: unter dem Motto „Leben mit Kindern" startet das Familienministerium eine Anzeigenserie mit einer Auflage von 21 Millionen, die in allen deutschen Tageszeitungen erscheint.

Der Widerstand — alle sind dagegen, aber nur wenige aktiv

Der 8. Juni, von der Initiative „Frauen Begehren Selbstbestimmung" zum Tag des Widerstandes gegen das Beratungsgesetz erklärt, war langfristig vorbereitet worden; respektable Bündnisse waren zustandegekommen und in immerhin 25 Städten kam es zu Aktivitäten. Daß es dabei meistens bei kleineren Aktionen der Aktiven blieb, lag sicher nicht am Mangel an Ideen; aber leider kann frau ohne eine Massenbewegung (mit Betonung auf „Bewegung") keine großen Sprünge machen, oft zur Enttäuschung von den wenigen Frauen, die aufgrund aktueller Wut neu zu den § 218-Gruppen stoßen, in der Annahme, die Massen würden ihre Empörung teilen, und die dann feststellen müssen, daß die Möglichkeiten durch den Personalmangel doch arg begrenzt sind.

Als herausragende Aktivitäten sind zu erwähnen: Streik der Pro Familia in Nordrhein-Westfalen und Bremen. Die Profa-Frauen aus NRW haben die Beratungsstelle dicht gemacht und haben stattdessen in Bonn vor dem Regierungsgebäude protestiert. Eine besonders gelungene Demonstration haben die (wie so oft etwas aus dem Rahmen fallenden) Berlinerinnen arrangiert; die nebenstehende Rede dokumentiert plastisch die Bußprozession von über 1000 Sünderinnen und Sündern. Als Höhepunkt wurde dem Sozialsenator Ulf Fink (Mitautor des Leitantrages) ein Geschenk gemacht: eine mit schwarz-rot-goldenen Banderolen verzierte Sexpuppe, die sich von ihm und seinen Mitarbeitern 24 Stunden täglich beraten lassen würde und auch sonst immer für ihn da wäre.

Last (am 14. Juni) not least demonstrierten in Wiesbaden 600 Leute gegen den CDU-Parteitag zur Rhein-Main-Halle.

Co.



Porno?

„Der deutsche Ungeist zieht wieder durch die Buchhandlungen", erklärte der Kieler Semmel-Verlach. Am 23. Juni beschlagnahmte Polizei in Buchhandlungen in Kassel, Frankfurt und Hamburg Exemplare der beiden Comic-Bände „Phantasien" und „Unter Frauen" des (1983 verstorbenen) französischen Zeichners Marc Reiser, die der Kieler Verlag mit der Auflage nicht zu zensieren herausgibt. Die Kasseler Staatsanwaltschaft hat gegen den Leiter des Semmel-Verlachs ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Verbreitung gewalttätiger und sodomistischer Pornografie eingeleitet. Das Jugendamt Kassel hatte bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften die Einziehung der beliebten Comics beantragt.

Stoppt die kleinen Macker — now?

Ein Gespräch mit Katja Leyrer zu: Feminismus und Erziehung

***Sind Jungen Kinder Zweiter Klasse?
Sollen Söhne von ihren Müttern so behandelt werden? Kann ich mich als Mutter eines Sohnes schwerer emanzipieren als wenn ich Mutter einer Tochter wäre? Diese Fragen stellen sich, wenn frau Katja Leyrers neues Buch „Hilfe — mein Sohn wird ein Macker" gelesen hat. Feministin zu sein und einen Jungen zum Kind zu haben, ist schwer, meint sie. Der kleine Mann im Sohn soll ausgetrieben werden. Hier das Interview, das versucht, diese Fragen u.a. zu klären.***

h.

AK: Die obligatorische Eingangsfrage: Was willst Du mit Deinem Buch? Neue Anstöße für die Kindererziehung geben oder willst Du die Situation von Müttern problematisieren? Verstehst Du Dich als Pädagogin oder Frauenrechtlerin? Oder läßt sich für Dich gar beides in dem Buch vereinbaren?

K.L.: Also Pädagogin will ich in diesem Fall — glaube ich — nicht sein. In dem Fall bin ich wohl eher Frauenrechtlerin, wenn wir mal den Begriff benutzen wollen. Ich finde, daß die ganze Sozialisationsfrage eine Debatte ist, von der ganz viel abhängt. Damit fange ich ja auch an, mit dieser Debatte, die wir in der Frauenbewegung schon seit Jahren führen: Wie werden aus kleinen Mädchen Frauen. Diese Debatte kann man nur richtig führen, wenn man diese Frage auch für die andere Seite stellt: Wie werden aus kleinen Jungen Männer? Was läuft da ab?

Nach Deinem Buch „Rabenmutter — na und?" hast Du Dich jetzt in „Hilfe ! Mein Sohn wird ein Macker" mit den Problemen einer frauenbewegten Mutter mit ihrem männlichen Nachwuchs beschäftigt. In beiden Büchern vertrittst Du, daß die Mütter sich mit ihren Bedürfnissen und Interessen gegen ihre Kinder durchsetzen sollten. Das erscheint mir mit einer pädagogischen Absicht oder einem pädagogischen Ansatz kaum vereinbar zu sein, oder?

Ich finde die Frage leicht überspitzt. Ich sage nicht nur, daß Frauen sich gegen die Interessen der Kinder durchsetzen sol-
sage nicht nur, daß Frauen sich gegen die Interessen der Kinder durchsetzen sol-
len, sondern ich denke, ganz oft muß man das gar nicht als Mutter. Aber schlecht ist, und ich finde es wichtig, darauf hinzuweisen, daß das mit dem „gegen die Interessen" eben auch notwendig ist. Es gibt eben auch Situationen, wo es einfach Interessenkonflikte gibt zwischen Mutter und Kind. Kinder wollen alles, wollen dies und das haben, und sie haben auch recht von ihrer Position „Kind" her, aber es ist m.E. an der Zeit, daß Mütter auch sehen, daß sie auch Rechte haben und sich nicht nur ausnutzen lassen. Das ist ein Tabu.

Die Gewalttätigkeit von Mutter hat eine andere Legitimation als die von Männern

Ich will noch mal nachhaken. In der Frauenbewegung ist die Unterdrückung der Frauen konstatiert und angegriffen worden. Die Kinderladenbewegung hat darauf hingewiesen — und das ist von der Frauenbewegung auch weitgehend so gesehen worden —, daß die Kinder durch die Erwachsenen unterdrückt werden. Willst Du die Unterdrückung der Frau bekämpfen durch eine verstärkte Unterdrückung der Kinder — zumindest, wenn sie männlichen Geschlechts sind? Gibt es für Dich einen — um eine abgegriffene Formel zu benutzen — gemeinsamen Kampf von Frauen, Müttern und Kindern gegen eine frauen- und kinderfeindliche Welt?

Beides. Ich antworte jetzt mal wie eine Sozialdemokratin. Man kann das Ganze ja positiv ausdrücken. Ich bin für eine gleichberechtigte Welt: Männer, Frauen und Kinder. Negativ ausgedrückt stimmt das. Man muß sich in Einzelpunkten in der Situation entscheiden. Wer zieht jetzt den Kürzeren. Das fängt ganz platt an, wie mit solchen Geschichten: Wie lange stille ich, z.B. Ich denke, da gibt es Konflikte. Die haben nicht alle. Ziehe ich mir das jetzt anderthalb Jahre rein, was bedeutet, daß ich immer mit dem Kind zusammen sein muß, oder sage ich nach einem halben Jahr, nein, es gibt heute auch andere Mittel und da kann der Vater helfen.

Es ist sicher schwierig. Das Kind hat natürlich bestimmte Interessen und Bedürfnisse, die legitim sind, nämlich daß es geliebt und gestillt wird und so menschliche Nähe spürt. Da besteht dann sicherlich eine Extrabeziehung zu der Mutter. Andererseits hat, denke ich, auch eine Frau das Recht zu sagen — ganz überspitzt -, ich habe auch mal Lust, ins Kino zu gehen.

Ich habe ein Beispiel aus Deinem Buch dazu gefunden: Du bezeichnest Deine ältere Tochter als starke Frau oder starkes Mädchen und erklärst, daß das nicht ohne Schlägerei abgegangen sei und erwähnst dabei am Rande, daß Du ja eigentlich Deine Kinder nicht schlagen wolltest. An anderer Stelle kritisierst Du frauenbewegte Frauen, die noch etwas mit prügelnden Männern zu tun haben wollen. Ist da nicht ein Widerspruch?


Katja Leyrer — Foto: Noel Matoff

Das ist eine verdammte Frage. — Es gibt weil der, je älter er wird, ganz viel auch

Das ist eine verdammte Frage. — Es gibt da verschiedene Ebenen. Ich denke, daß — wie ich das beschrieben habe — solche Situationen entstehen, daß man als Mutter nicht mehr kann und dann irgendwie gewalttätig wird. Das kann man so benennen, es ist eine Gewalttätigkeit. Dann hat das mit einer bestimmten Situation zu tun und hat eine andere Legitimation, denke ich, als wenn zwei erwachsene Leute, die ja auch geprägt sind von irgendwelchen Herrschaftsstrukturen hier bei uns, sich schlagen. Hier möchte ich aber einschränken, daß ich kein Drama daraus machen würde, wenn einem von zwei Menschen, die in einer Beziehung leben, mal die Hand ausrutscht. Nur dieses Perfide, daß Männergewalt so harmlos dargestellt wird, sie könnten ja nicht anders und deshalb machen es alle irgendwie — dagegen würde ich mich wehren und da liegt der große Unterschied.

Gebrochene Männer braucht das Land?

Du gehst davon aus, daß in der Mädchenerziehung viel experimentiert worden ist, sogar etliche Konzepte erstellt wurden, während dies bei der Jungenerziehung wenig geschehen ist. Da gebe ich Dir recht. Nun forderst Du die Mütter von Söhnen auf zu experimentieren. Wie stellst Du Dir konkret eine Jungenerziehung vor?

Ich fordere nicht direkt auf zu experimentieren, aber ich sag schon mal, daß man sich ruhig trauen sollte. Da gab es am Anfang mit der Mädchenerziehung genau die gleichen Probleme. Bei mir war es so, daß ich als kleines Mädchen z.B. das Kleidungsproblem hatte. Darf man nun lange Hosen anziehen oder nicht. Das kam ganz extrem in den 50er Jahren auf. Mädchen durften plötzlich auch mit einer ganz bestimmten Art von Spielzeug spielen. In der neueren Sozialisationsdebatte darf sich ein Mädchen auch wehren.

In der Jungenerziehung ist es m.E. wichtig zu sehen: Was dürfen Mütter oder nicht. Wenn ich Mutter bin, egal ob von Mädchen oder Jungen, aber beim Jungen wird es besonders deutlich, habe ich auch bestimmte Rechte. Und wenn mir irgendetwas nicht gefällt, also z.B. dieses Kriegsspielzeug, dann denke ich, muß ich nicht in erster Linie hochpolitisch argumentieren und sagen, im Endeffekt kann das oder das dabei herauskommen, sondern ich habe auch das Recht zu sagen, mir gefällt es nicht und ich wünsche es nicht in meinem Umfeld. Komm mir damit nicht zu nah. Ich bin dann nicht unbedingt autoritär, aber ich darf ein Selbstbewußtsein haben in bezug auf meine eigenen Bedürfnisse, bis hin zu solchen Geschichten. Da denke ich, kracht's aufeinander, wenn man einen Sohn hat. Ich meine, daß wir da heute schon ein Stück weit mehr selbstbewußt sein können als vor 20 oder 30 Jahren. Es ist natürlich erstmal leichter, keine Konflikte mit einer Tochter zu haben an den äußerlichen Geschichten als mit einem Sohn, weil der, je älter er wird, ganz viel auch verkörpert, was „die Männerwelt" ausmacht, und da habe ich m.E. auch das Recht, hier und da zu sagen, das paßt mir nicht. Das hat meiner Meinung nach mit Unterdrückung nichts zu tun. Ich bringe da ja auch das ganz platte Beispiel vom Klo. Ich finde, es ist überhaupt nichts dabei zu sagen, ich liebe es nicht, wenn mein Sohn als allererstes lernt, im Stehen zu pinkeln.

Kommen wir zu dem, was Du in Deinem Buch zur Jungenerziehung geschrieben hast. Mir klingt das sehr nach der Absicht, die Jungen psychisch zu „kastrieren". Dein Erziehungsideal ist der „gebrochene Mann", wie Du es an einer Stelle Deines Buches nennst. Ähnelt das nicht der preußischen Kadettenanstalt, die ja auch den jungen Männern das Rückgrat brechen sollte, um sie für die Obrigkeit verfügbar zu machen?

Das finde ich überhaupt nicht. Das Spannende ist ja, daß genau die Vorwürfe kommen, wenn es um irgendwelche Männerinteressen geht. Es ist dann auch eine bestimmte Szene, die bei dieser Frage ganz komisch wird. Ein anderes Beispiel: Wenn kind mit Judenwitzen oder Türkensprüchen nach Hause kommt, dann greift die Mutter aus der linken, alternativen, erziehungsbewegten Kinderszene ja auch ein. Darüber wird ja auch mit dem Kind ernsthaft geredet und nicht unbedingt gestritten. Sobald es aber um irgendwelche Privilegien von Männern geht, da ist die Sache tabuisiert. Da heißt es denn: gebrochene Söhne und Männer.

Obwohl Du doch selbst den Begriff gebrochene Männer gebrauchst....

Ja, ja, ich gebrauche den Begriff etwas provokativ. Mit „gebrochen" meine ich das Brechen bestimmter typisch männlicher Verhaltensweisen. Als „gebrochenen Mann" bezeichne ich jemanden, der es nicht nötig hat, als Cowboy verkleidet durch die Straße zu rennen. Ich habe z.B. einige Kolleginnen gehabt, die, obwohl sie in vielen Bereichen sehr nachdenklich sind, in dem Augenblick, in dem sie einen Sohn bekommen hatten, völlig unreflektiert Geschichten übernehmen wie: der Junge darf ruhig ein bißchen aggressiv sein, der ist ja auch ein halber Mann.

Ist das das einzige für Dich in der Jungenerziehung? Ich könnte mir eine Jungenerziehung vorstellen, in der Jungen eine Reihe „typischer Mädcheneigenschaften" erlernen — Zärtlichkeit z.B., sinnliches Verhältnis zur Natur und auch die Entwicklung „personenbezogenen Interesses" und nicht nur technisch-sachlich bezogener Forschersinn. Dann würden sie sich schon ganz schön von den typischen Mackern unterscheiden. Ich habe übrigens diese vielseitige Interessenausprägung durchaus bei Kindern nicht frauenbewegter Mütter erlebt. Du sagst dagegen, nicht-typische Jungen würden gehänselt, kämen nicht zurecht. Natürlich kommen Jungen damit zurecht, nicht typische Macker zu sein — aber das nur, wenn sie genügendes Selbstbewußtsein haben. Ich vertraue auf die Kinder, auch auf die Söhne, daß sie lernen können, mit Widersprüchen umzugehen und gegen den Strom zu schwimmen. Das können sie doch auch, wenn sie damit umgehen, daß wir zu Demonstrationen gehen, nicht verheiratet sind, alleinerziehend — eben eine Minderheit.

Grundsätzlich hast Du Recht. Und trotzdem ist es eine Illusion zu denken, die Jungen hätten keine Probleme damit. Es ist vergleichbar mit der Situation unserer kleinen Mädchen. Die sind in bestimmten Punkten auch anders als andere. Ein typisches Beispiel ist, daß unsere Mädchen nicht so putzsüchtig und modebewußt sind. Damit haben sie nun nicht grundlegende Lebensprobleme. Aber in bestimmten Phasen ihrer Entwicklung haben sie Probleme, daß sie nicht mithalten können. Und genau die gleichen Probleme haben Jungen auch. Sie wollen ja Anerkennung bekommen in der Männerwelt. Und da ist es nicht zu unterschätzen, daß diese Vielfältigkeit von vielen erwachsenen Männern als Schwäche ausgelegt wird. Und das bekommt der kleine Junge dann auch hart gesagt und muß damit auch erst einmal klarkommen. Das finde ich schwierig.

Du bringst das Bild mit dem Kleid und der Hose. Dem Mädchen soll das eine gegeben werden (die Hose), dem Jungen soll sie genommen werden. Ich habe immer vertreten, daß Mädchen in der Tat Vorrechte genießen sollen, wenn sie gemein-
vertreten, daß Mädchen in der Tat Vorrechte genießen sollen, wenn sie gemein-
sam mit Jungen groß werden. Aber muß man den Jungen dann etwas nehmen, wenn man den Mädchen etwas gibt. Ist das ausgleichende Gerechtigkeit?

Vielleicht ist es ausgleichende Gerechtigkeit. Ich sage aber auch, prinzipiell wäre es schön, wenn Jungen auch Kleider tragen würden. Nur ich würde nicht oberflächlich sagen: Mütter, zwingt Eure Jungen in Röcke. Obwohl andersherum Mode und Kleidung auch ein Bild sind von gesellschaftlichen Zuständen.

Bevor Du das Buch geschrieben hast, hattest Du Dich in einem „Emma-Artikel" zum Thema geäußert. Am „heißesten umstritten" soll der Satz gewesen sein: „Die Entwicklung des Sohnes zum MANN bedroht mich existentiell". Du begründest das damit, „daß es männliche Verhaltensweisen gibt, die uns existentiell bedrohen". Ich halte das für eine sehr vereinfachte Beweisführung und würde stattdessen sagen, daß Du gegen Deinen Sohn eine Art „Stellvertreterkrieg" führst. Warum sollten frauenbewegte Mütter sich von ihren Söhnen bedroht fühlen? Nur weil sie männlichen Geschlechts sind?

Ich habe damit gemeint, das typisch Männliche, was in ihnen steckt: von technikgeil bis Vergewaltiger. Ich meine, daß Spuren davon in jeder Biographie, in jedem Mann zu finden sind. Und das bedroht mich existentiell. Und das muß ich auch aussprechen können. Da finde ich es auch sehr schwer, Feministin zu sein und gleichzeitig einen Sohn zu haben. Man kann die Augen doch nicht verschließen davor, was aus einem Sohn werden kann. Überspitzt gesagt: Stelle Dir vor, der Junge vergewaltigt später einmal eine Frau und erzählt Dir das noch vertrauensvoll. Da mußt Du doch irgendwie den Trennstrich, die Grenze ziehen können und Dich entscheiden gegen den Sohn und für die Frau. Das ist ein besonders hartes Beispiel. Oder nehme doch 'mal die Pornographie. Ich kann nicht als Feministin eine Kampagne gegen Pornographie machen und dann, wenn es im eigenen Haushalt passiert, die Augen verschließen oder das Mäntelchen des Schweigens darüber hängen.

Nicht der kleine Junge ist für mich die existentielle Bedrohung, sondern das, was aus dem kleinen Mann werden kann, der 'mal dein kleiner Sohn war. Und wenn man das nicht will, dann muß man sich dagegen was überlegen.

Die Typen haben etwas nachzuholen

Gibt es für jede Erziehung — ob von Jungen oder von Mädchen — so etwas wie geschlechtsübergreifende Prinzipien oder Ziele. Um ein paar zu nennen: Solidarität mit Schwächeren, Streben nach Freiheit, Ablehnung von Gewalt. So etwas kommt in Deinem Buch nicht vor, sondern nur der Kampf gegen das Männliche im Junge bzw. das Männliche, das aus ihm werden könnte. Ist das nicht eine eher destruktive Sicht von Kindererziehung?

Ich bin unbedingt für solche Schlagwörter zu haben wie „Gleichberechtigung des Kindes". Nur wenn dies in die Praxis umgesetzt werden soll, muß es zumindest erweitert werden um den Punkt „Entlastung der Mutterarbeit", denn sonst geht es auf Kosten der Frauen.

Gut — Du stellst Ansprüche an die Männer. Liest man Dein Buch, bekommt man den Eindruck, als hätten sich die Männer in den letzten zwanzig Jahren so gut wie nicht verändert. Nehmen wir 'mal die verdammte männliche Soldatenwelt, wie Du es nennst.. Da sind es doch jährlich 50.000 und mehr Männer, die sagen, sie nehmen beim Bund kein Gewehr in die Hand. Oder bei den 200.000 Teilnehmern von Demonstrationen gegen die Nachrüstung sind wahrscheinlich die Hälfte Männer. Sind das typische Macker, gewaltlüsternde Männer.

Daß sich gar nichts verändert hat, stimmt natürlich nicht. Nur das, was sich im Bereich des Privat-Politischen verändert hat, das hat sich in erster Linie bei den Frauen verändert und da haben die Typen etwas nachzuholen.

Das typische und extremste Beispiel ist die Quotierungsdebatte. Da gibt es die ausgefeiltesten Vorschläge selbst bei den Grünen, wie die Quotierung z.B. im Öffentlichen Dienst durchzusetzen ist. Nur über die Quotierung im Haushalt, in der Hausarbeit wird nicht geredet. Gerade in einem Halbsatz wird das Problem noch
über die Quotierung im Haushalt, in der Hausarbeit wird nicht geredet. Gerade in einem Halbsatz wird das Problem noch
erwähnt. Dabei denke ich, die ganze Quotierung zwischen Männern und Frauen im Beruf ist nur zu lösen, wenn sie auch auf den Haushalt übertragen wird. Und leider gibt es heute nicht die Väter, die aufschreimäßig sagen: ja, wir möchten gerne diese Reproduktionsarbeit leisten.

68er-Männer mit Turnschuhen, Nuckelflasche und Baby

Ich komme jetzt so ein bißchen in die Rolle, die Männer zu verteidigen, was die Erziehungsarbeit anbetrifft. Aber das nehme ich auf mich. In der gerade wieder zum Jahrestag beschworenen 68er Revolte haben Männer, insbesondere Männer, mit ihren Vätern, jenen brutalen Patriarchen aus der NS-Zeit abgerechnet. Im Gefolge hat sich ja einiges an Emanzipation freigesetzt und entwickelt. Siehst Du bei den Männern keine Veränderungen? Man sieht doch heute viele Väter mit Kinderwagen.

Die Väter mit dem Kinderwagen — jedenfalls so aus meinem Umfeld — sind nicht die typischen 68er. Die machen nämlich nach wie vor die große Politik. Ich will das nicht nur als Gegensatz sehen, aber das sind doch die, die heute in den Medien zitiert werden, eben als die Macher.

Fortsetzung nächste Seite

Katja Leyrer (Jahrgang 1949) ist Sozialwissenschaftlerin und Autorin. Neben ihrem neuesten Buch „Hilfe — mein Sohn wird ein Macker" (Konkret-Literatur-Verlag, 20 DM), das diesem Gespräch zu Grunde liegt, hat sie ein weiteres Buch „Rabenmutter — na und?" (Brandes & Apsel, 1987, 19,80 DM) herausgegeben. Über letzteres gab es 1987 einen Fernsehfilm. Sie ist freie Autorin der Zeitschrift EMMA und Mutter von zwei Töchtern und einem Sohn. Seit kurzem ist sie Frauenreferentin der GAL.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Über die kleinen Rausreißer muß man nicht debattieren, also wenn Joschka Fischer im Landtag mit Turnschuhen und Baby und Nuckelflasche auftaucht, dann war das natürlich sehr werbegagig, aber jeder wußte, daß das nicht Alltag ist.

Wie stellst Du Dir eine Veränderung vor? Du schreibst an einer Stelle, der Kampf gegen das Patriarchat sollte anfangen bei denen, „die uns am nächsten stehen:... den vielen 'Partnern', Lovern, Vätern und Söhnen". Abgesehen davon, daß Du da Kinder und Erwachsene zusammenschmeißt: Was versprichst Du Dir gesellschaftlich davon? Sollen die von den frauenbewegten Frauen in ihrem Umkreis geläuterten Männer sozusagen „Multiplikatorfunktion" einnehmen: Wir drehen die Männer in unserem Umkreis um und die drehen dann andere Männer um oder so ähnlich. Das klingt mir sehr „realpolitisch".

Ja klar. Es reicht ja nicht aus, gesellschaftlich allgemeine Forderungen zu stellen. Forderungen nach Gleichberechtigung der Frau kann ich nur stellen, wenn ich in meiner persönlichen Beziehung zu diesem Bedürfnis auch stehe. Sonst ist nicht viel gewonnen. Veränderungen finden auf verschiedenen Ebenen statt, und gerade solche Veränderungen im Meinungsbild oder eben wie Menschen miteinander umgehen, die finden auch im Privaten statt.



In der Frauenbewegung läuft vieles schlecht

Du schreibst, daß Du in einer kommunistischen Organisation warst. Insofern erinnerst Du Dich sicher auch an marxistische Theorien über die Frauenunterdrückung, die diese als wichtigen, aber als Nebenwiderspruch betrachtet und die Emanzipation einordnet in das, was so gern als allgemeine Emanzipation der Menschheit bezeichnet wird. Heute scheint Dein Bild der Emanzipation sich doch etwas verengt oder verschoben zu haben. D.h. das Leid dieser Gesellschaft reduzierst Du auf ein sexistisches Problem.

Ja, aber auch in dieser Zeit haben wir gesagt, die Frauen werden noch einmal besonders unterdrückt, und dabei nicht von irgendeinem Kapitalisten oder dem Staat,
irgendeinem Kapitalisten oder dem Staat,
sondern eben auch individuell. Und damit kommen wir wieder zu dem, was Du am Anfang gefragt hast: von denen, die Dir am nächsten stehen, auch von Deinem Beziehungspartner, und da gab es die Debatte, das Persönliche ist politisch. Ich will da keine Nabelschau. Nur: es ist eben auch eine Form von Politik. Die kleinen Freiräume, die da sind, die muß ich ausnutzen.

Aber die Frauen haben ja nicht nur diesen Aspekt gesehen. Sie haben — als Beispiel — bis heute noch den Kampf gegen den § 218 geführt. Ich will damit sagen, daß Parolen wie „Macht das Private öffentlich" immer eingebettet waren in einen größeren Frauenkampf. Es sind doch immer weitere Forderungen an diese Gesellschaft, an diesen Staat gestellt worden...

wobei doch der § 218 auch ein privates Problem ist. Die §-218-Kampagne ist von einem erst einmal privaten Problem zu einem öffentlichen geworden. Und das bis heute. So können die Herrschenden, obwohl sie es wollen, den § 218 nicht einfach verschärfen. Da passiert ja noch immer etwas und es gibt immer noch die Forderung nach Streichung, obwohl vieles in dieser Kampagne schlecht läuft. Also ich glaube, daß Gleichberechtigung der Frau nicht nur individuell in jeder einzelnen Beziehung erkämpft wird. Aber eben auch dort!

Du kritisierst heftig neue Tendenzen bei grünen Frauen in Richtung Mütterlichkeit genauso wie die dortige These, Mütterpower gegen Männermacht. An anderer Stelle schimpfst Du auf die Männerwelt: „Es ist eine Vergewaltigerwelt, eine Polizistenwelt, eine Soldatenwelt, eine Faschistenwelt, eine Pornographiewelt, eine Folterwelt" usw. und stellst fest, dafür seien „Männer — ausnahmslos — ein Stück weit mehr verantwortlich zu machen als Frauen". Da meinst Du dann doch auch, Frauen seien an sich die besseren und auf jeden Fall friedfertigeren Menschen. Nun war es Margret Thatcher, die den Falklandkrieg führen ließ, Indira Gandhi den gegen Pakistan und Golda Meir gegen die arabischen Nachbarn. Es gibt also auch Frauen, die mit der Soldatenwelt umgehen können.

Frauen sind nicht die besseren Menschen. Frauen sind genauso für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich. Das ist die Kehrseite der Medaille, was Frauen machen, vom Faschismus angefangen bis zur individuellen Kindererziehung. Wenn man das aber gesamtgesell-
schaftlich sieht, auch aus der Geschichte
schaftlich sieht, auch aus der Geschichte heraus, dann sind das Männer, die die Entwicklung bestimmt haben. Das ist eine Frage von Macht. Und es sind überwiegend Männer, gleich welcher politischen Couleur, die die Machtposition innehaben. Und insofern sind sie mehr dafür verantwortlich.

Du sagst: die Frauen haben sich abgefunden; die frauenbewegten Frauen haben resigniert vor den eigenen Bedürfnissen. Frauenbewegte Frauen haben sich arrangiert. Entsprechende Söhne haben sie. Aus netten kleinen Babys wurden Macker. Warum haben sich Deiner Meinung nach frauenbewegte Frauen angepaßt? Was ist der Grund? Wo siehst Du gesellschaftliche Zusammenhänge?

Also, ganz schlicht gesagt, es hat sich gar nicht so viel verändert wie wir dachten, und in der Frauenbewegung — diesen Begriff nehme ich ungern, weil sich viel nach vorne, aber auch nach hinten bewegt — gibt es eine immer breitere Strömung, die sagt, die Frauen sind eben die besseren Menschen. Auf dieser Ebene kann ich mich eben auf mein Sofa setzen und zurückziehen und brauche nichts zu verändern, weil ich sowieso der bessere Mensch bin.

Oder kann es auch sein, daß der Feminismus als eine Strömung nicht stark genug ist? Oder fehlen Utopien und Konzepte in der Frauenbewegung?

Nein, das Problem sehe ich eher darin, daß sich die Frauen alles mögliche wünschen und sich zu wenig an der Macht beteiligen.

Die Szene hat enormen Einfluß

An wen richtet sich Dein Buch? Unter vielen Beispielen geht es dort nur zweimal um werktätige Frauen, ein Beispiel bezieht sich auf eine „moderne deutsche Familie 1988". Ansonsten spielen Deine Beispiele in der „Szene" im weitesten Sinne. Frau hat den Eindruck, Deine Thesen richteten sich auch in erster Linie an diese Szene, in der die Kinder natürlich teilweise eine etwas andere Sozialisation haben? Ist das richtig?

Ja, das ist richtig und falsch. Richtig insofern, als diese Debatte in dieser Szene geführt wird. Das könnte ja noch relativ egal sein, wenn diese Szene nicht so einen großen Einfluß hätte, z.B. was den Buchmarkt, Öffentlichkeit, Moden und Ten-
denzen angeht bis hin zur Zeitschrift „El-
denzen angeht bis hin zur Zeitschrift „Eltern". Dafür ist die Alternativszene sehr wichtig geworden und insofern sind die meisten Beispiele aus dieser Szene.

Das andere ist, daß viele dieser Probleme wir uns machen, während andere Leute sie nicht haben. In beiden Extremen. Also es gibt in diesem Land immer noch Schichten, die es nie unanständig fanden, ein Dienstmädchen zu haben und für die es zum Problem wurde, wenn sie es nicht hatten. Und es gibt — wie wir früher sagten — das Proletariat, wo es nie in Frage stand, daß die Frauen zur Arbeit gingen und wo aus der Frage der Kindererziehung kein Drama gemacht wurde, weil dafür keine Zeit da war.

Aus netten kleinen Babys wurden Macker. Es gibt immer wieder Thesen und Behauptungen darüber, was insbesondere aus Kindern linker Eltern wurde. Mal wird behauptet, wegen politischer Erziehung würden sie zu Skins. In der Kinderladenbewegung hieß es, die ersten antiautoritär erzogenen Kinder seien beim Psychiater gelandet. Und nun: die Söhne der frauenbewegte Frauen wurden Macker. Man sollte meiner Meinung nach vorsichtig sein mit solchen Pauschalbehauptungen. Woher nimmst Du Deine Behauptung?

Nein, ganz so sage ich es ja auch nicht. Ich will damit nur ausdrücken, daß man sich keine Illusionen machen soll. Ich beziehe mich da durchaus mit ein. Ich finde — und das sagt wahrscheinlich jede Mutter, mein Sohn ist an vielen Punkten kein Macker. Und trotzdem hat er Mackereigenschaften an bestimmten Punkten, was ich individuell ganz gut nachvollziehen kann, ihm sogar gönnen kann. Und trotzdem kann ich diese Gelassenheit nicht haben, daß es einem egal sein kann.

Es geht wohl eher um eine Form von Einschätzung der Realität. Und es hat auch was damit zu tun, wie ich Männer einschätze, mit denen ich mich abgebe. Ich kenne eine Reihe sehr netter, fortschrittlich denkender, unrassistischer Männer und trotzdem gibt es Punkte, die mich nerven. Und darüber muß man reden.

Allerdings vertrete ich auch, daß es keinen Sinn hat, Kopfstand an der Wand zu machen. Über Kindererziehung ändert sich nur punktuell etwas. Ich habe für mich nicht den Anspruch, nur mit der Kindererziehung meines Sohnes allein schon die Welt zu verändern.

Du schreibst Dein Buch aber vor allem,
um andere Frauen zu überzeugen?
um andere Frauen zu überzeugen?

Ja, einerseits schreibe ich so ein Buch. Und auf der anderen Seite bin ich Angestellte der GAL als Frauenreferentin. Und da will ich auch gleichzeitig eine gewisse Macht, die ich erreichen kann, für Frauen ausnutzen.

Du bist freie Mitarbeiterin bei „Emma", die sich bei allen Verdiensten in der Vergangenheit mit der Situation von Frauen als Mütter nicht so ausführlich auseinandergesetzt hat. Nach der Kampagne um die Verfassungsklage wegen des § 218 und der Kampagne gegen Pornographie frage ich mich einfach, ob uns nach Deinem Buch eine neue Kampagne ins Haus steht unter dem Motto: Stoppt die kleinen Macker — now !

Ja, das kann ich mir vorstellen. Aber das geht wohl noch nicht so schnell. Erst einmal gibt es im Juli einen Artikel zum Thema. So eine Kampagne würde ich mir schon wünschen.

Eine letzte Frage: Du sagst, Du hältst Deinen Sohn nicht zu Phantasie über die ihm angeblich offenstehende Welt an, in der er vom Cowboy bis zum Präsidenten die Wahl offen hat. Deiner Meinung nach hat er sie nicht und — darauf liegt bei Dir die Betonung — er soll sie nicht haben. Gut, es wäre praktisch und überfällig, daß Präsidenten abgeschafft werden, finde ich. Aber Du willst an anderer Stelle Deinen Töchtern zeigen, daß Du diejenige bist, die die Sterne vom Himmel holt. Das erinnerte mich an ein Lied der „Schmetterlinge", in dem es heißt „Greift nicht nach den Sternen, schon gar nicht nach den roten". Dein Sohn soll nicht nach den Sternen greifen, während Du Deine Töchter dazu ermuntern willst.

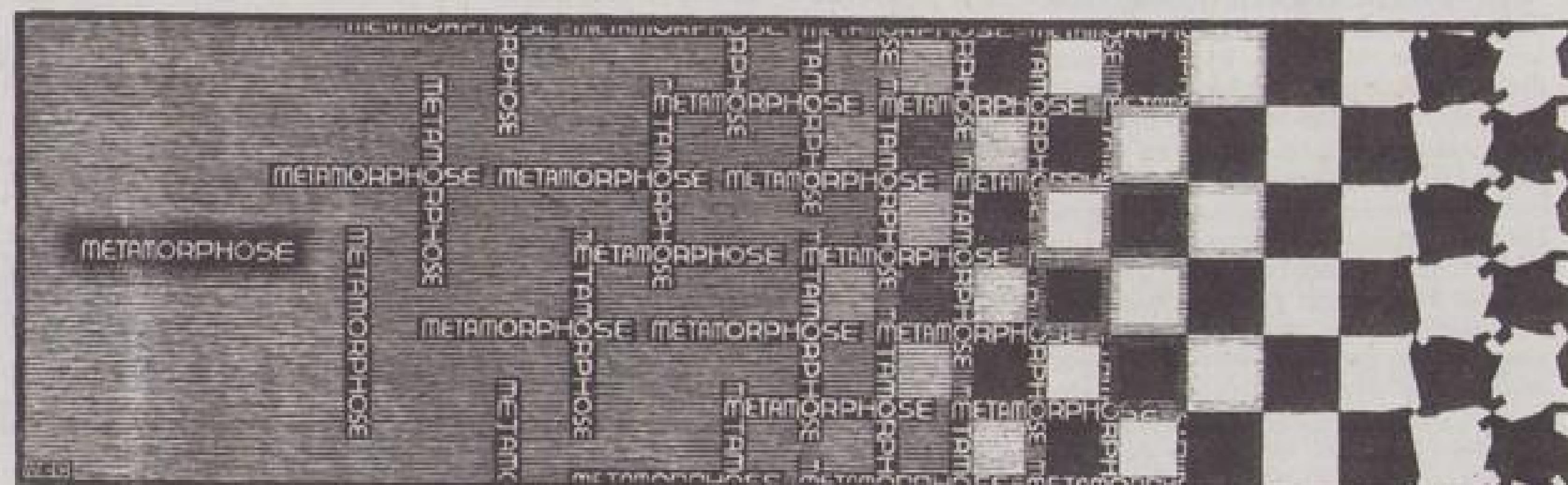
Ja schon. Da will ich mich auch nicht rausreden. Das bedeutet für beide schon etwas verschiedenes.

Ich bin aufgewachsen als Tochter mit einem Vater und ganz vielen Männern — und da gibt es dann die ganzen psychologischen Abläufe. Und wenn ich dann rede von der „starken Mutter" — dann hat das vielleicht genau die gleiche Bedeutung für die Jungen. Man könnte scharf sagen, das wäre dann ausgleichende Gerechtigkeit und in zweihundert Jahren gleicht sich dies vielleicht wieder aus. Ein schlechtes Gewissen brauche ich mir da auf gar keinen Fall zu machen.

Danke für das Interview.

„Verbreitung unterbliebener Nachrichten"

Interview mit den Frauen des Gen-Archivs, Essen



Seit Mitte '84 sind sie am Thema. Der Frauen-Kongress gegen Gen- und Reproduktionstechnik im Frühjahr 1985 wurde von ihnen mit vorbereitet. Als Informationsbeschafferinnen, Referentinnen, Aktionistinnen sind sie seitdem mit von der Partie, wenn irgendwo etwas gegen Gen- und Reproduktionstechnik läuft: Aktionswoche gegen einschlägige High Tech-Messen im Herbst 1985, Proteste gegen Leihmutteragenturen 1986, Aktionswoche gegen humangenetische Beratungsstellen im Frühjahr 1987.

Seit das BKA Gen- und Reproduktionstechnologie mit seiner Durchsuchungsaktion vom 18.12.87 zum „anschlagrelevanten" Thema und die Frauen des Gen-Archivs, Essen wegen angeblicher Kontakte zur „Roten Zora" zu Unterstützerinnen des Terrorismus erhob, kommt die Auseinandersetzung mit dem Thema auch in einer breiteren Öffentlichkeit in Gang.

Wir sprachen mit den Frauen über ihre Motive, Arbeitsweise und Perspektiven. Gesprächspartnerinnen waren Erika, Mechthild und Beate. Für den AK sprach Kai, alias F. Wir danken euch für das Gespräch!

F.

Arbeiterkampf: *Was bedeutet für euch Gentechnologie? Was ist euer grundsätzlicher Ansatz?*

Erika: Unser grundsätzlicher Ansatz ist zum einen, die Gen- und Reproduktionstechnologien historisch zu begreifen. Sie sind die logische Konsequenz der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, die wir nicht als positiv, nicht als fortschreitende Entwicklung hin zu immer besseren, immer objektiveren Erkenntnissen und immer besserer Organisation von Leben und Arbeit sehen. Zum anderen bezweifeln wir auf diesem Hintergrund das Dogma der Molekularbiologie und der Medizin, daß die Erklärung für Lebensprozesse, für Krankeiten im genetischen Code, in der DNA zu suchen ist.

Das Feld der Forschung ist heute die molekulare Ebene. Diese Ebene der Betrachtung wird nicht mehr verlassen. Die Gesamtheit eines Organismus sowie die Einbeziehung des gesellschaftlichen und ökologischen Kontextes hat überhaupt keine Bedeutung für wissenschaftliche Fragestellungen und Antworten. Alles, was in dieses zentrale Dogma nicht hineinpaßt, wird links und rechts liegengelassen, höchstens noch als Ausnahme, als Abweichung der molekular wirkenden Regeln wahrgenommen. Wir meinen, daß die Benennung einzelner Teile uns dem Begreifen der Gesamtstruktur nicht unbedingt näher bringt. Oder: die Möglichkeit Bakterien und Viren elektronenmikroskopisch sichtbar zu machen, sagt noch nichts darüber aus, wie sie mit oder gegen uns leben, bzw. wirken.

Es gibt — fast verlorengegangene — Theorien, daß Viren in einem symbiotischen und nicht in einem kriegerischen Verhältnis mit uns leben. Ausgegrenzt wurde diese Theorie nicht, weil sie weniger Logik hat oder weil sie widerlegt wurde, sondern weil das Bild vom Körper, das Bild von Viren nicht objektiv ist. Es ist vielmehr beeinflußt von gesellschaftlichen Ideologien, von der Gesellschaft, in der auch die Wissenschaftler leben. Die Darstellung von Viruserkrankungen wie z. B. AIDS entspricht dem Bild einer polizeistaatlichen Organisation von Körper, die — das haben wir im Dezember noch mal bestätigt bekommen — ihr Vorbild in dieser Gesellschaft hat.

Ausgegrenzt werden diese Ansätze auch, weil sie weniger wirtschaftlich, gesellschafts- und gesundheitspolitisch verwertbar sind. Um beim Beispiel der Viruserkrankungen zu bleiben: Ohne dieses Modell von Körperabwehr und Virus gäbe es einen der gewinnträchtigsten Bereiche der Pharmaindustrie — die Impfstoffherstellung — nicht. Ohne diese Vorstellung wäre die Ausgrenzung und Isolierung von AIDS-Kranken oder — im Faschismus — Tuberkulosekranken nicht als Lösungskonzept verfolgbar.

Mechthild: Die Bedeutung der Gentechnologie liegt darin, daß die Natur der Produktion angepaßt werden soll. Zu dieser Natur gehören Pflanze, Tier und Mensch. Gerade die Reduzierung des Menschen auf immer kleinere Teile und deren Funktionieren, bringt eine Medizin, überhaupt eine Anwendung hervor, die ausmerzt, was nicht nützlich ist, Behinderte, Unangepaßte usw. Bei Tieren und Pflanzen ist es ähnlich. Pflanzen werden weltweit ausgerottet, wenn sie nicht den Bedürfnissen der Agrarproduktion im multinationalen Maßstab entsprechen. Stattdessen werden neue entwickelt, die genau diesen Bedürfnissen entsprechen. Sie sind nicht daran orientiert, daß die Menschen besser ernährt werden, sondern daß ein Nahrungsmittelmonopol aufrecht erhalten werden kann.

Im Zugriff: Embryoteile

Ihr seht also generell überhaupt keine Chancen in dieser Technologie. Sie ist für euch die reine Profitmacherei und wird es auch bleiben?

Erika: Nicht nur Profitmacherei! Das geht viel weiter! Aber zunächst zu den Chancen: Unsere erste Frage lautet: Ist diese Technologie tatsächlich z. B. eine Chance der Krankeitsbewältigung/Lebensrettung? Oder ist das eine propagandistisch aufgebaute Chance, die der Durchsetzung gentechnischer Forschung und Anwendung dient? Unsere zweite Frage ist: Welche Folgen hat dieses technologische Lösungskonzept in ökologischer, in gesellschaftspolitischer Hinsicht? Welche Folgen hat es für Frauen? Abgesehen davon, daß wir den medizinischen Erklärungen keinen Glauben schenken, abgesehen davon, daß wir überhaupt keine Veranlassung sehen zu
schenken, abgesehen davon, daß wir überhaupt keine Veranlassung sehen zu
glauben, daß Krankheiten, Hunger etc., die ursächlich mit gesellschaftlichen Bedingungen verbunden sind, technologisch lösbar sein sollen, haben wir bei unseren bisherigen Recherchen keine wirklichen Lösungen unserer Probleme erkennen können.

Mechthild: Ich will kurz einige Beispiele nennen: In-Vitro-Programme (1) als Chance für Frauen? Die Erfolgsraten sind so niedrig, daß man genausogut Kamillentee verteilen, oder mit den Frauen reden könnte. Das hätte den gleichen Erfolg. Das eigentliche Ziel wird nicht genannt: Zugriff auf den Embryo, auf das Ei, um genetische Forschung betreiben zu können, um perspektivisch eine Qualitätskontrolle werdenden Lebens und die Verwertung von Embryonen zu ermöglichen, um Hormonforschung zu betreiben. Das ist für uns keine Chance, zumal viele verschiedene Ansätze zur Sterilitätsbehandlung, Ursachenforschung, Hinterfragung des Kinderwunsches, sterilitätsverursachende Lebens- und Arbeitsbedingungen und letztlich das Hinterfragen der medizinischen „Sterilitätsbehauptung" unter den Tisch fallen.

Erika: Ein weiteres Beispiel, Transplantationsmedizin: Die Entwicklung in den 80er Jahren ist die Transplantation von fötalen Organen, weil dabei die Abstoßungsreaktionen wesentlich geringer sein sollen. Diese weltweite Entwicklung ist auch an der BRD nicht vorbeigegangen. Herr Beller, Gynäkologe aus Münster, hat großhirnlose Kinder im 8. Monat per Kaiserschnitt geholt und bis zu einer Organentnahme künstlich am Leben erhalten. Über die Neudefinition von Leben und Tod — diese Kinder leben laut medizinischer Definition nicht —, umgeht er die eugenische Indikation, die eine Schwangerschaftsunterbrechung nach der 24. Schwangerschaftswoche verbietet. Parallel zu dieser Entwicklung wird behauptet, daß es 1990 oder 1999 „Engpässe" auf dem Organmarkt geben wird. Die prognostizierten Steigerungsraten werden fraglos akzeptiert.

Was wird bei den Beschwörungen dieser Chancen verschwiegen? Die „Engpässe" werden geschlossen über die Verwertung von Frauen als Ersatzteilproduzentinnen. Die Zucht von Embryonen eigens für die Transplantationsmedizin ist schon 1962 überlegt worden. Die „Engpässe" werden u.a. auch geschlossen über den Handel mit Kindern aus der „3. Welt". Beispiele dafür hat es in Honduras und Indien gegeben, wo Kinder von amerikanischen Familien gekauft, in Mastheimen hochgezüchtet werden, und dann als lebende Ersatzteillager für die Kinder dieser Familien ihr Leben fristen.

Lebende Kinder? Die werden dann geschlachtet? Kaum glaubhaft!

Mechthild: Lebende Kinder! Sie werden ausgeschlachtet: Augen, Nieren, was grad gebraucht wird. In Honduras sind behinderte Kinder genommen worden. Dort wurden sie über ein Adoptionsverfahren gewonnen, in den Heimen aufgepäppelt. Die Organe sollen ja gesund sein! Es passieren da unglaubliche Geschichten. Das sind nur Notizen in unserer Presse, aber man findet es, wenn man darauf achtet. (2)

Erika: Ich finde das auch kaum glaubhaft. In der Darstellung der Fortschritte von Medizin und Wissenschaft wird wohlweislich diese Verbindung ausgeblendet.

Humangenetik: exemplarisch

Ihr beschränkt eure Kritik auf die medizinischen und humangenetischen Aspekte der Gentechnologie. Warum? Was ist mit den anderen erwarteten Chancen wie: neue Formen der Energiegewinnung, In-
den anderen erwarteten Chancen wie: neue Formen der Energiegewinnung, In-
tensivierung der Nahrungsmittelproduktion, eine ökologischere Produktion usw?

Erika: An den von uns bisher genannten Beispielen wird ein Vorgehen deutlich, daß bei näherem Hinsehen für alle Bereiche der gentechnologischen Anwendungen gilt: Es wird von Fortschritten geredet, wie z. B. Therapie von schweren neurologischen Erkrankungen, bei der Parkinsonschen Krankheit etwa durch Einsatz von embryonalem Gewebe. Welche Bedingungen damit verbunden sind, also z. B. perspektivisch die Reduzierung von Frauen hier oder in der „3. Welt" darauf, Ersatzteilembryonen zu produzieren, die Tatsache, daß Kinder inzwischen kaufbar sind, der menschliche Körper so zur Ware geworden ist usw., wird überhaupt nicht mehr mitdiskutiert. Das alles wird von der Propaganda als Chance dargestellt und ganz schnell wird drauf eingestiegen, daß es eine Chance sei. Undiskutiert bleibt, ob es überhaupt eine Notwendigkeit dafür gibt, ob es nicht andere Lösungsmodelle gibt, die effektiver wären und die eben nicht auf so einer Art von Reduzierung, so einer Vernichtung von Menschen beruhen.

Mechthild: Das Gleiche gilt für Insulin, das ja immer als das Paradebeispiel für gentechnologischen Erfolg dargestellt wird. Dabei stellt sich in der klinischen Anwendung heraus, daß es für die Zuckerkranken nicht ungefährlich ist, damit behandelt zu werden, da häufiger als bei den anderen Insulinen Unterzuckerungen auftreten, die — und das ist das Gefährliche — als solche überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden können. Außerdem sind allergische Reaktionen auf dieses Insulin in keiner Weise ausgeschlossen. Das wird aber immer behauptet und soll den enormen Vorteil gegenüber tierischem Insulin ausmachen.

Das wäre aber, wenn man es recht betrachtet, nur die Feststellung der bisherigen Unvollkommenheit eines neuen Produkts. Tiefer würde diese Kritik nicht reichen.

Mechthild: Ja, das stimmt. Aber es liegt eine Logik darin, daß es dennoch angepriesen wird, um einen bestimmten Markt zu erobern, eine Logik, bei der Heilung und Vermeidung von Krankheiten eine geringe Rolle spielt. In dieser Logik geht es darum, an den Kranken zu verdienen.

Erika: Konkret steckt dahinter, daß es zwei Firmen gibt, die Humaninsulin produzieren. Es ist in der Herstellung billiger als das tierische, wird aber teurer verkauft, d.h. die Profitspanne ist unvergleichlich höher und so wird es uns dann letztlich als Chance der Gentechnologie angeboten. Sowohl die Folgen für die Zuckerkranken selbst als auch die Folgen dieser Produktion, wie das Problem der Endlagerung von giftigen Abfallstoffen oder das der Freisetzung von Bakterien — was beides auch von der Gegenseite als mögliches Risiko nicht bestritten wird — muß in die Beurteilung der angeblichen Chancen miteinbezogen werden. Die Folgekosten haben alle zu tragen.

Mechthild: Nicht zu vergessen ist, daß durch Einführung des neuen Insulins die herrschende eindimensionale Auffassung der Zuckerkrankheit weiter auf ein Modell nach dem Motto festgeschrieben wird: Gen defekt — Hormon defekt — Mensch defekt. Daß bei einem solchen Denken neben dem Ersatz des Hormons auch der Ersatz des Gens anvisiert wird, ist zwangsläufig. Ernährungs-, Arbeits-, Lebenszusammenhänge werden für die Bedeutung dieser Krankheit ja nicht erforscht, geschweige dann verändert.

Welche allgemeinen Schlußfolgerungen zieht ihr aus euren Beispielen?

Erika: Kritik an Gen- und Reproduktionstechnik ist für uns nicht Risiko-Folgen-Abschätzung. Kritik an diesen Technologien verbindet sich für uns mit der Kritik an der gesamten Organisation z.B., gesundheitlicher Versorgung, z.B. der Nahrungsmittelproduktion. In der Auseinandersetzung, die wir führen, wird uns deutlich, welche Zuspitzung der Verwertung von Natur, von Frauen, von Völkern der „3. Welt" mit dieser Technologie einhergeht.

Mechthild: Ich will das noch mal deutlich machen: Die Entschlüsselung des menschlichen Genoms ist verknüpft mit einem immer biologistischer werdenden Menschenbild. Soziale, gesellschaftliche Bedingungen fallen hinten runter. Mitt-
Menschenbild. Soziale, gesellschaftliche Bedingungen fallen hinten runter. Mitt-
lerweile gibt es kaum noch Krankheiten, die nicht genetisch erklärt werden: Krebs, Zucker, bis hin zu psychischen Erkrankungen wie Schizophrenie oder manisch depressivem „Irresein", sozial unangepaßten Verhaltensweisen wie Alkoholismus oder Kriminalität. Die Frage nach den Bedingungen, unter denen ein Mensch lebt, wird nicht mehr gestellt. Es wird alles reduziert auf scheinbare Kenntnis des genetischem Materials, wo entweder eine Krankheit, eine Anlage für eine Krankheit oder mindestens die Anlage für ein Fehlverhalten zu orten ist. Die Leute, die dieses Erbgut entschlüsseln, sind begeistert, daß das, was die Menschen angeblich ausmacht, tatsächlich auf eine Diskette paßt.

Ist das eure Vision oder Realität?

Mechthild: In der Machbarkeit ist es noch nicht so weit. Man kann es abschätzen an dem, was geäußert wird, an den Forschungszielen, die genannt werden, an der neuen Ethik, die sie einführen, an den gesellschaftlichen Zielsetzungen, die sie benennen, aber am deutlichsten wird das, glaube ich, an der pränatalen Vorsorge, wo Forschung, Anwendung und Machbarkeit in eins laufen.

Erika: Das Erbgut des Menschen soll bis 1990 entschlüsselt sein. Es gibt mittlerweile verschiedene Institute, die eine Art Landkarte des menschlichen Erbguts erarbeiten. Es gibt Gensonden, die z.T. schon verkauft werden, mit denen sie eine Reihe von Erbkrankheiten aufzuspüren meinen. Die Zahl wächst ständig. Ich denke auch, daß bereits die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist, um das in die Praxis umzusetzen.

Fortsetzung nächste Seite

Das Archiv

Das Archiv ist eine unauffällige, kleine Parterrewohnung in einem unauffälligen Viertel von Essen. Mir gegenüber Erika, die mich von der Bahn abgeholt hat, und Mechthild. Später kommt noch Beate dazu. Sechs „feste" Frauen sind sie in der Gruppe insgesamt und noch einige drumherum. *„Wir sind eine Fraueninitiative wie viele andere auch"*, erklären sie mir, *„die meisten von uns waren lange in der Frauenbewegung und zu anderen politischen Themen aktiv."*

Seit Mitte '84 arbeiten sie zum Thema Reproduktions- und Gentechnologie.

In einer ihrer Selbstdarstellungen (u.a. in AK 291) erklären sie: *„Wir halten Vorträge, organisieren Informations- und Diskussionsveranstaltungen, machen Informationsstände. Es gibt Dia-Serien, Sketche und Theaterstücke. Die Frauen des Gen-Archivs Essen stellen eine umfassende Materialsammlung für alle Interessierten zur Verfügung. Sie bieten Informationen über Forschungen und Anwendungsbereiche der Biotechnologie, Gentechnologie, Reproduktionsmedizin und deren angrenzende Bereiche und über kritische Stellungnahmen zu diesen Themenkomplexen. Sie werden zunehmend als Referentinnen zu Veranstaltungen im Bildungsbereich eingeladen."*

Die Frauen des Gen-Archivs haben Kontakt zu ähnlichen Gruppen der Frauenbewegung in verschiedenen Städten der BRD. Sie gehören faktisch mit zum Redaktionskreis der in Hamburg seit 1987 erscheinenden Vierteljahres-Broschüre „E.co-li-bri — Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie", in der sie regelmäßig veröffentlichen. 1985 waren sie an der Durchführung des Kongresses „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie" beteiligt, wie an entsprechenden Folgeaktivitäten. Im Rahmen dieser Aktivitäten arbeiten sie auch eng mit dem 1984 gegründeten internationalen feministischen Netzwerk FINRRAGE (siehe Kasten) zusammen.

Erklärungen von ihnen ist zu entnehmen, daß sie es ablehnen, „positiv nutzbare Anwendungsbereiche" zu benennen. Forderungen nach Kontrolle von Instituten und Konzernen zu stellen, halten sie für abwegig. Die Forderung des '85er Kongresses ist auch ihre: *Wir werden alles daransetzen, diese Entwicklung zu stoppen und es zu verhindern.„* Ihre Vorstellungen, wie dies zu erreichen ist, sind offen wie die des Kongresses..

Seit der Durchsuchungsaktion des BKA am 18.12.87 gingen nicht nur reichlich internationale und nationale Solidaritätszuschriften und Spenden bei ihnen ein, sondern haben sich auch die Anforderungen an das Archiv sprunghaft gesteigert. Mit den bisherigen Feierabendeinsätzen ist die Arbeit nicht mehr zu bewältigen. *„Der Aufruf, sich an uns zu wenden, gilt nach wie vor"*, erklären die drei Frauen, *aber wir müssen neue Arbeits- und auch Vermittlungsformen entwickeln, sonst ersticken wir in der Arbeit.„*

Aktuell konzentrieren sie sich auf die Vorbereitung eines 2. Kongresses „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie" im November.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Pränatale Diagnostik: mehr Selbstbestimmung oder Normierung?

Was meinst du mit Infrastruktur?

Mechthild: Die pränatale Diagnostik, die Einrichtungen der humangenetischen Beratungsstellen, Schwangerschaftsvorsorge. Die Erfassung erreicht inzwischen fast alle Schwangeren. Sog. Problemschwangerschaften, die zudem ziemlich willkürlich festgestellt werden, werden in Zentren gesammelt, wo sie weitergehenden Untersuchungen unterworfen werden. Die darauf folgende Beratung faßt nicht nur diese Untersuchungen zusammen, sondern geht auch noch in die Familie, in den Stammbaum hinein. Am Ende steht der Rat, abzutreiben oder nicht. In den 70er Jahren ist die erste Beratungsstelle dieser Art eingerichtet worden. Inzwischen gibt es über 40. Es soll ein flächendeckendes Netz werden.

Liegt in der pränatalen Diagnose nicht auch eine Chance für mehr Selbstbestimmung seitens der Frauen?

Erika: Es gibt in den USA eine von ca. 30. sich Feministin nennenden Frauen getragene Initiative, die sagt: Die ganze Technologie ist eine Chance! Wir haben das Recht auf die freie Wahl der Reproduktion. Darunter wird dann gefaßt, ob du die Wahl hast zwischen Invitro-Befruchtung oder nicht, gesundes oder behindertes Kind usw. Da werden dann die reproduktiven Möglichkeiten, die es mittlerweile gibt, aufgelistet. Ich denke, das ist ein Widerspruch für Frauen, gerade an der Frage der Behinderung, den wir auch sehen. Wir wollen uns auch nicht in eine Situation bringen, wo wir die Frauen moralisch unter Druck setzen: Ihr dürft aber solche Sachen nicht wahrnehmen. Worum es uns geht, ist die Verbreitung unterbliebener Nachrichten, also, was mit diesen Beratungen und Untersuchungen alles verknüpft ist. Und damit ist einmal verknüpft, daß die Frauen sich zum Forschungsobjekt machen. Nach zehnjähriger Anwendung stellt sich z. B. heraus, daß Ultraschalluntersuchungen gefährlich sein können. Oder ein anderes Forschungsprojekt: Plazenta-Perfusionen. Den Frauen wurde radioaktives Eiweiß gespritzt, um Durchblutungsmangel der Plazenta erkennen zu können. Den Frauen wurde gesagt, daß die radioaktive Belastung einem Aufenthalt im Sauerland entsprechen würde. Das Projekt wurde eingestellt, weil keine Ergebnisse rauskamen. Für die Folgen bei Frauen und Kindern fühlen sich die beteiligten Mediziner nicht zuständig. Zum zweiten ist mit der Freigabe der Unterscheidung zwischen wert und unwert, der Qualitätskontrolle werdenden Lebens, die Entscheidung nicht mehr die Entscheidung der einzelnen Frauen, sondern die Qualitätskontrolle wird zur Pflicht. Das geschieht nicht unbedingt durch Gesetze, sondern durch eine Art sozialer Ächtung für Frau-

kontrolle wird zur Pflicht. Das geschieht nicht unbedingt durch Gesetze, sondern durch eine Art sozialer Ächtung für Frau-

en, die sich für ein behindertes Kind entscheiden. Es kann sich noch ein sozialpolitisches Programm anschließen, wie es in einigen Staaten der USA schon existiert, wo Frauen, die ein sog. mongoloides (3) Kind zur Welt bringen, keine Sozialversicherung mehr kriegen, weil das inzwischen als ärztlicher Kunstfehler betrachtet wird.

Wenn die neue Technologie die Chance für die Geburt eines gesunden Kindes erweitern könnte — was wäre daran falsch?

Mechthild: Ich finde das sehr schwierig. Ich kann den Wunsch nach einem gesunden Kind nicht verteufeln. Ich hätte ihn wahrscheinlich auch. Aber die Herangehensweise, das durch eine Technologie zu verhindern, die Krankheit und Behinderung als Fehler betrachtet, der ausgemerzt werden muß, kann dem Wunsch nach einem gesunden Kind gar nicht entsprechen, sondern gibt Normen vor, die der Frau präsentiert und aufgedrückt werden. Die Frau kann sich dann nur noch entscheiden, ob sie etwas haben will, das von der Norm abweicht, und zwar mit den ganzen Ängsten, dann nicht mehr in diese Gesellschaft integriert sein zu können.

Ihr kritisiert nicht die technischen Möglichkeiten, sondern die sozialen Verhältnisse, unter denen die Technik normierend wirkt.

Beate: Das kannst du nicht trennen. Diese Technik wird doch überhaupt nur aus diesem Grunde entwickelt. Es sind ja nicht die Frauen, die auf die Idee gekommen sind, ihre Schwangerschaft mit dem neusten Standard technischer Geräte begleiten zu lassen. Die Frage der Qualitätskontrolle hat unheimlich viel Auswirkungen. Da gibt es einmal die Technologie, die die Wahl scheinbar möglich macht. Da gibt es aber andererseits eine weltweite Entwicklung, die sog. Bioethik, die die Unterscheidung zwischen wert und unwert ethisch und moralisch abzusichern versucht. Das schafft natürlich eine bestimmte Atmosphäre, die eingeht in das, was scheinbar individuelle Entscheidungen von Frauen sein sollen. Dazu kommt noch: Durch hochtechnisierte Schwangerschaftsbegleitung kriegt der Embryo einen Patientenstatus, und zwar losgelöst von der Frau. Perspektivisch wird der Staat, behaupte ich, und das deutet sich auch schon in diesem Embryonenschutzgesetz an, über eine Rechtsperson die Interessen dieses Embryos vertreten. Und dies gegen die Interessen der Frau, weil es keine Einheit von Embryo und Frau mehr gibt, sondern der Embryo den Status des juristischen Rechtssubjekts bekommt.

Was sagt ihr den Frauen, die eine Analyse machen lassen wollen?

Alle: (unter Lachen) Die sollen das machen!

Beate: Ich kann das doch niemanden vorschreiben. Ich denk nur, wenn die Ergebnisse der Genomanalyse so weiter Eingang in die pränatale Diagnostik finden, wenn die Frauen sich übermorgen entscheiden müssen, ob sie das Risiko einer 5%igen geistigen Behinderung, das 80%ige Risiko einer nicht erfolgenden geschlechtlichen Reife eingehen wollen, all das, was sie laut Lehrbuch und Statistik vor die Nase gehalten bekommen, wovon sie aber keine Vorstellung haben, dann ist das unmöglich eine Möglichkeit der Entscheidung. Da spielen so viele gesellschaftliche Standards eine Rolle, die unabsehbar sind. Abzusehen ist lediglich eine gesellschaftliche Manipulation, in die Richtung wo es lang gehen soll. Wenn Frau Stoeckenius in Hamburg sagt, doppelt y-chromosome Kinder (4) seien weder der Mutter, noch der Gesellschaft zumutbar, dann hat die Mutter in der kurzen Zeit, in der sie das entscheiden muß, gar keine Chance, sich damit auseinanderzusetzen, ob sie nun Frau Stoeckenius glaubt oder nicht.

Erika: Es gibt auch viele Frauen, die diese Entscheidung gar nicht haben wollen. Aber inzwischen gehört zum gesellschaftlichen Bild der Mutterpflicht die Ultraschalluntersuchung, ab 35 die Fruchtwasseranalyse dazu. Es gehört auch zur Mutterpflicht, hinzunehmen, daß in deinen

schalluntersuchung, ab 35 die Fruchtwasseranalyse dazu. Es gehört auch zur Mutterpflicht, hinzunehmen, daß in deinen

Muterpaß alle Ergebnisse eingetragen, weitergeleitet, registriert und statistisch verwertet werden.

Eugenische Schrecken

Welche Breite hat diese Entwicklung in der BRD erreicht?

Beate: In der sog. Altersindikation wird inzwischen jeder Arzt darauf bestehen, solche Untersuchungen seiner Patientin oder jeder werdenden Mutter zu empfehlen, weil er sonst schadenersatzpflichtig gemacht werden könnte. Ein entsprechendes Urteil ist kürzlich in einem Musterprozess gesprochen worden.
Ultraschalluntersuchungen macht eigentlich jede. Es steigt allerdings wieder die Zahl der Frauen, die es nicht tun.

Erika: Zu den humangenetischen Instituten gehen am häufigsten die, die in ihren Familien klassische Erbkrankheiten haben. Außerdem auch wieder die Frauen, die älter sind. Dann kommen noch bestimmte ökologische Katastrophen als Anlaß dazu, also z.B. nach Tschernobyl oder nach dem Unfall bei Böhringer in Hamburg.

Beate: Die Humangenetiker selber sagen, daß es mehr die akademischen Mittelstandsfrauen sind, die freiwillig kommen. Die anderen kommen nur, wenn der Arzt sie überweist, weil sie von sich aus nichts im Sinn haben mit solchen Institutionen.

Ist Humangenetik z. Zt. also ein Problem des akademischen Mittelstands?

Beate: Die Mittelstandsfrauen haben eine Pilotfunktion. Sie übernehmen die Rolle, das zur Routine werden zu lassen. Dazu gehört auch die Etablierung gewisser Institutionen.

Erika: Das eigentliche Interesse gilt aber den Nicht- Mittelstandsfrauen. Ein Mann wie G.G. Wendt — im letzten Jahr verstorbener Humangenetiker aus Marburg und Initiator des Netzes der humangenetischen Beratungsstellen — präzisiert das so: Es muß der Teil der Gesellschaft berücksichtigt werden, der mit seiner körperlichen und besonders mit seiner geistigen Leistungsfähigkeit an der unteren Grenze der Norm liegt. Das sind für ihn „asoziale Großfamilien an der Grenze des Schwachsinns" oder „leistungsschwache, lebensuntüchtige und intelligenzarme Familien", die mit anderen Obdachlosen in unwürdigen Stadtrandsiedlungen zu finden sind. Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

Das Regellose denken

Was sind eure theoretischen Vorbilder?

Allgemeine Heiterkeit: FreidenkerInnen aller Epochen!

Beate: Also, Jeremy Rifkin würden wir nicht nennen. (Lachen) Aber bei unserem Bemühen, andere Gedanken z.B. in der Biologie ausfindig zu machen, haben wir bemerkt, daß es in verschiedenen Zeiten immer schon Menschen gegeben hat, die auch als Wissenschaftler abwegig gedacht haben. Die sich offiziellen Dogmen nicht angeschlossen haben. Die Natur anders gesehen haben. Die eine Eigenständigkeit einer jeden Sache, die Verflechtung einer jeden Sache mit ihrer Umgebung gesehen haben. Die keine Hierarchie der Arten eingeführt haben. Und dies nicht aus moralischen Gründen, sondern aus der Funktionsweise, aus der Existenz der Natur begründet haben. Die anders mit dem umgegangen sind, was sie Forschung genannt haben. Die nicht zerstört, sondern bestimmte Existenzen einfach wahrgenommen haben.

Könnt ihr Namen nennen?

Beate:: Ja, etwa Jürgen Dahl. Das ist einer, der heute schreibt, der sehr viel auch von anderen Biologen und Biologinnen bezogen hat.

Erika: Oder Mc Clintock. Sie ist Biologin, die Entdeckerin der sog. springen-

Erika: Oder Mc Clintock. Sie ist Biologin, die Entdeckerin der sog. springen-

den Gene. Das Buch über sie ist geschrieben von Evelyn Fox Keller, Physikerin. Die Lebensgeschichte dieser Frau und auch ihr philosophisches und methodologisches Abweichen vom herrschenden Wissenschaftsbetrieb ist wirklich sehr aufschlußreich.

Beate: Sie hat zusammengefaßt, was sich auch bei anderen Biologen wiederholt: daß du eine Sache, die du untersuchst auch in der abweichenden Vielfalt akzeptieren mußt und damit zu der Erkenntnis kommst, daß die einzige Regel in der Vielfalt dessen existiert, was da ist. Es gibt in dieser Richtung dann noch einzelne Biologen, die schon nicht mehr leben, von denen wir allerdings nur einzelne Aufsätze kennen wie Adolf Portmann oder Fabre, ein Insektenforscher...

Das sind alles wissenschaftskritische Ansätze. Wie steht es mit sozialkritischen?

Beate: Eine Auseinandersetzung, die uns sicher beeinflußt hat, ist die, wie sie in Hamburg (5) mit der Situation im Fa-

Fortsetzung nächste Seite



Aufruf zum 2. Kongreß: „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie"



Im April 1985 fand in Bonn die erste internationale Arbeitskonferenz von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien statt, organisiert von dem Verein für „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen", Köln und dem AK-Frauenpolitik der Grünen. Rund 2000 Frauen aus dem In- und Ausland trafen sich, um über die frauenfeindlichen und naturzerstörenden Entwicklungen im Bereich der Gen- und Fortpflanzungstechnologie zu diskutieren. In der Schluß-Resolution wurden diese Technologien eindeutig abgelehnt. Sie wurden als Versuch des kapitalistischen Patriarchats gesehen, nun nicht nur tierisches und pflanzliches Leben, sondern auch den weiblichen Körper als Rohmaterial industriell zu vernutzen, um so eine neue profitable Wachstumsindustrie anzukurbeln: die Fortpflanzungs- und Bio-Industrie.

Es ist zu vermuten, daß die Ablehnung der Technologie durch Frauen/-gruppen und die daraus folgende Aufweichung der gesellschaftlichen Akzeptanz u.a. die Gründe waren, warum im Dezember 1987 in mehreren Städten der BRD die bisher größte Durchsuchungsaktion des Bundeskriminalamts stattfand, die sich vor allem gegen Frauen richtete, die sich mit Bevölkerungspolitik, Gen- und Fortpflanzungstechnologien und anderen Frauenthemen befassen.

Die Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion wurde mit Ermittlungen wegen Straftaten nach §129a begründet, d.h. wegen „Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung", und zwar der „Roten Zora", bzw. der „revolutionären Zellen". Die „Rote Zora" hatte in den vergangenen Jahrea mehrere Anschläge auf gen- und reproduktionstechnologische Einrichtungen durchgeführt.

Für das BKA waren diese Anschläge Anlaß, die Gen- und Fortpflanzungstechnologien zum „anschlagrelevanten Thema" zu erklären, Frauen/-gruppen, die sich mit dieser Technologieentwicklung auseinandersetzen und sie radikal ablehnen, zu kriminalisieren und die Frauenbewegung einzuschüchtern.

Unsere Antwort darauf ist die Organisierung eines ***zweiten Bundesweiten Kongresses*** *zum Thema: „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien".*

Ziele des Kongresses:

1. Auf dem Kongress soll eine Bestandsaufnahme der neusten Entwicklungen aus diesem Bereich, eine Einschätzung der Bedeutung der Technologien als Instrumente der Frauenunterdrückung und die Information einer breiten Frauenöffentlichkeit darüber, geleistet werden.

In-Vitro-Befruchtung, künstliche Besamung, pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung werden für Frauen zunehmend zu einer alltäglichen gynäkologischen Dienstleistung. Außerdem erreichen uns laufend neue Schreckensmeldungen aus dem In- und Ausland, wie z.B. vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung, der Verbrauch großhirnloser Föten zur Organspende, die Herstellung von Embryonen für Experimente der Pharmaindustrie und der Humanmedizin, die Freisetzung gen-manipulierter Bakterien, die geplante Einführung des Rinderwachstumshormons.

2. Der Kongress soll den Klärungsprozess unter uns Frauen um das, was wir bisher unter „Selbstbestimmung" verstanden haben, voranbringen. Die Existenz der Gen- und Fortpflanzungstechnologien und ihr Versuch, Frauen mit dem Versprechen nach selbstbestimmter Lebensplanung zu ködern, machen deutlich, wie dringend eine Debatte um unsere alltäglichen Lebensentscheidungen und unsere Zukunftsvorstellung ist. Dabei ist die Wahrnehmung unserer Gemeinsamkeiten ebenso wichtig wie die unserer Unterschiede (z.B. lesbisch/heterosexuell,

wie dringend eine Debatte um unsere alltäglichen Lebensentscheidungen und unsere Zukunftsvorstellung ist. Dabei ist die Wahrnehmung unserer Gemeinsamkeiten ebenso wichtig wie die unserer Unterschiede (z.B. lesbisch/heterosexuell,

farbig/weiß, behindert/nicht-behindert).

3. Bei unseren Diskussionen um die Gen- und Reproduktionstechnik taucht die Frage nach dem kapitalistisch-patriarchalischen Wissenschaftsbegriff auf. Mit dieser herrschenden Wissenschaft kann nur eine frauen- und naturfeindliche Technik entwickelt werden. Es wird immer deutlicher, daß es sich nicht nur um ein Problem der Anwendung von Gen- und Reproduktionstechnik handelt, sondern auch um ihre wissenschaftstheoretischen Grundlagen. Wir müssen fragen, wie wir als Frauen zu einem anderen Verhältnis zum Leben, zu Krankheit und Gesundheit, zur Natur und zu Naturerkenntnis kommen können.

4. Wie der erste Kongress soll auch dieser sich nicht nur auf die Fragestellung von uns Frauen in den westlichen Industrieländern beschränken, sondern soll aufzeigen, was die Technologieentwicklung im Zuge einer neuen weltweiten Eugenik gerade für Frauen in der „Zweiten" (real-sozialistischen) und in der „Dritten Welt" bedeutet. Nur durch eine globale Sicht werden wir in der Lage sein, gemeinsam zu Strategien zu kommen.

5. In vielen Ländern werden zur Zeit gesetzliche Grundlagen für die Anwendung der Technologien vorbereitet, so z.B. in der BRD das sog. Embryonenschutzgesetz. Wir wollen auf dem Kongress den Stellenwert der staatlichen „Schutzgesetze" offenlegen und den damit verbundenen Zugriff auf die Fortpflanzung diskutieren.

6. Wesentliches Ziel soll neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen der weitere Aufbau und die Ausweitung von Gegenstrukturen sein, sowie die Verbreiterung des Frauenwiderstandes.

Trägerinnen des Kongresses:
Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln und Feministisches Frauengesundheitszentrum e.V., Frankfurt M.
Veranstalterinnen:
Autonomes Lesben- und Frauenreferat, Uni-Frankfurt; ASTA-Referat „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien", Marburg; beiträge zur feministischen theorie und praxis, Köln; FINRRAGE Koordination BRD, Frankfurt; Frauenzentrum, Bochum; Frauen des Gen-Archivs,Essen;
Unterstützerinnen:
Feministisches Interdisziplinäres Forschungsinstitut (FIF) e.V.; Frauen-Friedensgruppe, Bonn; 14. Treffen „Frauen in Naturwissenschaft und Technik"; „Die GRÜNEN", Bundesvorstand.

Die Organisatorinnen sind unter folgenden Adressen zu erreichen:
Genarchiv, Führichstr. 15, 4300 Essen 1, Tel 0201/743524
Feministisches Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt/M 90, Tel 069/70 12 18 (Di 13-16 Uhr)

Fortsetzung von vorheriger Seite

schismus geführt wird. Auch was bei euch von Götz Aly veröffentlicht worden ist. Es gibt so einen informellen Bereich der Ideenbildung bei uns. Überhaupt ist die Auseinandersetzung mit dem Faschismus für uns sehr wichtig. Ich kann es jetzt nur von der Medizin sagen: Die Kritik von Medizinhistorikern an Vorgängen, die in KZs stattgefunden haben, und die sich heute in der Begrifflichkeit wiederholen und trotzdem nicht als eine solche Entwicklung gesehen werden.

Erika: Auch die Diskussionen, die 1985 auf dem Kongreß „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie" stattgefunden hat, war für uns wichtig. Und die vielen Diskussionen auf Veranstaltungen, und zwar mit Frauen, die gar nicht unbedingt schon lange zum Thema gearbeitet haben. Wir stoßen dort auf neue Zusammenhänge oder uns werden die Widersprüche nochmal anders entgegengehalten. Die Diskussion der verschiedenen Behindertengruppen war auch von Bedeutung, gerade was Auseinandersetzung mit eigenem eugenischen Denken angeht.

Beate: Besonders die Debatte in der Frauenbewegung über Naturwissenschaft und Technik wie sie z.B. von Christel Neusüß geführt wurde, war wichtig. Ebenso Heidrun Kaupen Haas oder auch Maria Mies. Es ist nicht so, daß wir geschlossen hinter irgendeiner Theorie stehen. Jede von uns hat ihre eigenen Beziehungen, Freundschaften und Diskussionen. Aber das waren alles Debatten, die uns weitergebracht haben, uns immer wieder weiterbringen werden. Es ist ein offener Lernprozess.

FINRRAGE und andere Gruppen

Wie steht ihr zu Gena Corea?

Beate: Warum fragst du gerade nach ihr?

Weil sie eine wichtige Figur ist. Sie hat auf dem Kongress '85 eins der wesentlichen Referate gehalten. Sie scheint eine wichtige, offenbar leitende Rolle bei FINRRAGE (6) zu spielen.

Erika: Falsche Vorstellung! (Lachen) Da kommt das hierarchische Denken wieder zum Vorschein!

Beate: Die Arbeit und das Engagement von Gena Corea ist für die Diskussion in den USA von außerordentlicher Bedeutung. Genauso wichtig ist ihre Arbeit für internationale Zusammenhänge und Diskussionen, vor allem bei FINRRAGE. Neben ihr stehen aber viele andere Frauen, deren Arbeit vielleicht nicht so sichtbar, aber trotzdem von Bedeutung ist.

Ist FINRRAGE für euch Vorbild?

Erika: Was du immer mit deinen Vorbildern hast?! Vorbild kann es nur insofern sein, als wir uns selber Vorbild sind. FINRRAGE ist ein Netzwerk, in das einzelne Frauen und Frauengruppen ihre Gedanken und Informationen einbringen. Einige stecken eben besondere Arbeit in die Infrastruktur, die diesen Austausch möglich macht. Die internationalen Kontakte sind uns wichtig, die Gegenseite ist ja schließlich auch international organisiert.

Was waren eure hauptsächlichen Aktivitäten?

Erika: Unser Standbein ist Bildungs- und Aufklärungsarbeit, schwerpunktmäßig für Frauen. Wichtig war und ist uns auch, uns an der bundesweiten Organisierung von Frauen und Frauengruppen zu beteiligen. Diese Organisierung ist u.a. ein politischer Effekt des 1985 durchgeführten Kongresses „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie", an dem wir uns beteiligt haben. Im Mai 1987 haben diese diskutierenden Frauen eine Aktionswoche gegen humangenetische Beratungsstellen durchgeführt.

Beate: Das war allerdings nicht so dolle. Es ist schwierig, daran Öffentlichkeit herzustellen. Ein Grund dafür: Die humangenetischen Beratungsstellen liegen versteckt auf Uni-Klinik-Geländen, abseits vom öffentlichen Leben. Betroffene Frauen werden dort einzeln hingebeten. Aktionen an den Stellen selbst haben geringen Öffentlichkeitswert. Straßenaktionen und Veranstaltungen waren dagegen schon besser. Andererseits ist das gesamte Thema in der Bevölkerung und auch bei uns selbst so widersprüchlich, daß für entschlossenes und klares Vorgehen die Zeit einfach noch nicht reif ist.

Arbeitet ihr noch mit anderen als Frauengruppen zusammen?

Mechthild: Klar! Seit einigen Jahren gibt es auch — meist einzelne — Männer, die zum Thema arbeiten. Hauptsächlich haben sich aber Frauen an der Frage von Gen- und Reproduktionstechnologie organisiert. Und: in der Frauenbewegung ist die radikale Ablehnung der Gentechnologie, die Frage danach, wozu wir das eigentlich für unsere Problemlösungen brauchen sollen, die Infragestellung der wissenschaftlichen „Wahrheiten" unserer Meinung nach viel weiter verbreitet und diskutiert. Frauen problematisieren ihr eigenes Verhalten, ihre Opfer- und Mittäterschaft weit mehr. Wir finden es aber prima — und versuchen auch eine Zusammenarbeit —, wenn z. B. Landwirte und Bauern gegen die „transgene Supersau" protestieren. Auch die Zusammenarbeit mit „3 Welt"-Gruppen ist wichtig. Punktuell ist das auch schon passiert, muß sich aber praktisch weiterentwickeln, z.B. durch gemeinsame Diskussionen und Kampagnen.

Verweigerung organisieren

Ist Gentechnologie also die große klassenübergreifende Frage?

Mechthild: Nein, keineswegs. Sie vertieft eher die bestehenden Klassenwidersprüche. Andererseits werden von den Konsequenzen ihrer Anwendung breite Teile der Bevölkerung, insbesondere die Frauen, betroffen. Deren bereits existierender oder möglicher Widerstand ist nicht in klassische Rechts/Linksschemata einzuordnen.

Was haltet ihr von dem offenen Konzept des Gen-ethischen Netzwerks?

Erika: Ich weiß nicht so recht, was das heißen soll, „offenes Konzept". Dazu können wir nichts sagen. Wir beziehen uns auf die politischen Positionen, die von ihnen in letzter Zeit veröffentlicht wurden (u.a. in einem Interview mit VertreterInnen des Netzwerks in ak 295 — ak) und diese Positionen teilen wir nicht. Wir diskutieren und organisieren uns nicht mit Wissenschaftlern, die an dieser Entwicklung aktiv beteiligt sind. Die Durchsetzung der Gentechnologie ist keine Frage der besseren Argumente, sondern eine der Macht. Deshalb lehnen wir den sog. „gesellschaftlichen Dialog" mit Kräften, die auf der Seite der Betreiber stehen, ab. Sie haben eh genug Gelegenheit, ihre Meinung in allen Medien kundzutun.

Mechthild: Das gen-ethische Netzwerk sagt in seiner Grundsatzerklärung, daß keine politischen Stellungnahmen abgegeben werden, ihre Aufgabe sei die Verbreitung von Informationen. Wir meinen dagegen, daß es wichtig ist, politische Positionen zu beziehen, radikale Fragen aufzuwerfen. Unsere Erfahrung ist, daß radikale Ablehnung nicht Isolation bedeutet. Wir haben reichlich Kontakt zu gewerkschaftlichen Frauengruppen.

Was erwartet ihr vom Staat

Alle (lachend): Nichts!

Und wie steht ihr zum Votum der Enquete-Kommission?

Beate: Die Enquete-Kommission hat bloße Alibi-Funktion, wie auch alle übrigen Kommissionen dieser Art. Das wurde alles schon in den Auseinandersetzungen um die Atomtechnologie durchgespielt. Die Besetzung dieser Kommissionen spricht für sich. In ihnen dominieren die von Wirtschaft und Industrie bezahlten Wissenschaftler.

Was haltet ihr von dem Sondervotum der GRÜNEN?

Erika: Sie hätten es lassen sollen. Mit dem Votum geben sie dem Alibi noch ein Alibi.

Wie steht ihr zur Forderung nach einem Forschungsstop?

Erika: Das ist so eine Ebene von Politik, mit der wir nichts anfangen können. An wen sollte sich denn solch eine Forderung wenden? Wir haben selbst auch keine Re-

Fortsetzung auf Seite 27

Finrrage

Das internationale feministische Netzwerk wurde 1984 bei einem internationalen Frauenforschungskongress in Groningen von einer Handvoll Frauen unter dem Namen FINRRET (Feministisches Internationales Netzwerk zu den neuen Reproduktionstechnologien) gegründet.

Auf einer ersten FINRRET-Konferenz im Juli '85 in Vällingen/Schweden legten Teilnehmerinnen aus 17 Ländern eine Fülle von Beweismaterial gegen die Behauptung der Medizintechniker vor, bei den neuen Reproduktionstechnologien ginge es um das Glück der unfruchtbaren Frauen. Es gehe keineswegs um „Mutterglück" für alle Frauen, stellten sie dagegen, sondern um Auslese bestimmter Frauen, die auf Kosten anderer, ärmerer, nicht zuletzt in der „3. Welt" bestimmte Kinder bekommen sollten, es ginge also um eugenische Menschenzucht.

Am Ende der Konferenz wurde FINNRET in FINRRAGE (Feministisches internationales Netzwerk des Widerstands gegen Reproduktions- und Gentechnologie) umbenannt. Damit sollte der Zusammenhang der Kritik an Gen- und Fortpflanzungstechniken betont und gleichzeitig, auch durch das Kürzel „rage", Wut, der Widerstand gegen diese Techniken zum Ausdruck gebracht werden.

FINRRAGE war zunächst als ein Informationsnetz mit nationalen Kontaktfrauen und einer internationalen Koordination gedacht. Inzwischen sind von FINRRAGE weitere internationale Treffen organisiert worden: 1986 in Las Palmas, Spanien, 1987 in Dublin, Irland. FINRRAGE-Frauen wie die US-Amerikanerin Gena Corea, Autorin des Buches „MutterMaschine" (siehe Kasten), waren auf dem Frauen-Kongress gegen Gen- und Reproduktionstechnologie 1985 mit entscheidenden Beiträgen vertreten.

Müttermaschine und andere journalistische Anschläge

Renner auf dem Markt, orientierungs- und begriffsbildend: die erstmals 1985 erschienene, jetzt als Taschenbuch bei Fischer neuaufgelegte analytische Kampfschrift „Mutter-Maschine — Reproduktionstechnologien: von der künstlichen Befruchtung zur künstlichen Gebärmutter". Autorin ist die US-amerikanische Feministin Gena Corea, praktisch auch hervorgetreten als Aktivistin gegen Mietmutterhandel, enge Kampfgefährtin von Andrea Dworkin. Gena Corea ist eine der Initiatorinnen von FINRRAGE (siehe Kasten) und eine der Hauptrednerinnen auf dem Frauen-Kongress gegen Gen- und Reproduktionstechnologie in der BRD 1985.

„Um uns herum vollzieht sich eine dramatische biologische Revolution", konstatiert die Autorin Corea im ersten Satz ihrer Einleitung. Ihre Stichworte: Entstehung von Kliniken für Retortenbefruchtung in der gesamten industrialisierten Welt, künstliche Besamung, Embryoverpflanzung, Einfrieren von Embryos, Entstehung eines Marktes für Mietmütter, auch Brüterinnen genannt, Embryohandel.

Gena Corea gibt eine sachkundige, gut geschriebene Übersicht über die wissenschafts-theoretischen und ethischen Voraussetzungen, den medizintechnischen Stand, die Anwendung und die sozialen Folgen der neuen Reproduktionstechnologien. Das Erschrecken über die praktischen Konsequenzen der von ihr sehr konkret beschriebenen aufgeneuerten eugenischen Menschenzüchtungsprogramme stellt sich sehr direkt ein. Sie nennt Fakten, die Frauen wie Männer zur Kenntnis nehmen sollten!

„In ihrer aufsehenerregenden Untersuchung der neuen Reproduktionstechnologien", verspricht der Verlag durchaus zu Recht, *„stellt Gena Corea die gegenwärtig gebräuchlichen medizinisch-technischen Eingriffe — künstliche Befruchtung, Embryotransfer, In-vitro-Befruchtung — kritisch dar und rekonstruiert überzeugend, wie Wissenschaft und Industrie die Fortpflanzungsorgane immer weiter in Einzelteile zerlegen und diese künstlich nachzubilden trachten, um eines Tages dann die Ersatzteile zusammenzusetzen und die von ihnen erschaffene MutterMaschine anwerfen zu können. Die Autorin entlarvt die neue Hoffnung für Unfruchtbare als einen Mythos. (...) Gena Corea macht deutlich, daß Medizin in diesem Bereich nicht so sehr Heilkunst zu sein scheint, sondern eher ein Mittel der sozialen Kontrolle und der politischen Herrschaft. „* — um es aber so deutlich zu sagen wie die Autorin: Die neue Reproduktionstechnologie ist in ihren Augen ein Mittel der Herrschaft des reichen, weißen, industrialisierten patriarchalischen Mannes über den Rest der Welt, insbesondere die Frauen. Nicht Klassen-, sondern Geschlechterherrschaft bestimmt.

Gena Coreas Kritik ist nicht von ihrer feministischen Grundeinstellung zu lösen: *„Die Reproduktionstechnologie ist Produkt der männlichen Realität. Die in ihr ausgedrückten Werte — Vergegenständlichung, Herrschaft — sind typisch für die Männerkultur. Sie ist ein männliches Erzeugnis und ein Stützpfeiler der Männerherrschaft über Frauen."* Wer das, ob Mann oder Frau, in dieser Ausschließlichkeit bezweifelt, dem hält die Autorin unmißverständlich entgegen: *„Zwar betätigen sich inzwischen einige Frauen als Ärztinnen, Krankenschwestern, Unternehmerinnen in dieser Branche. Sie werden dort auch anerkannt, weil sie an den von Männern diktierten Regeln festhalten. Sie sind weiblichen Geschlechts, aber die Realität, aus der heraus sie handeln, ist männlich. Je weiter die Technologie expandiert, desto mehr Frauen werden in ihr tätig sein. Die Alibifrau wird Triumphe feiern..."*

Schockierend, sehr amerikanisch, wenn auch von der Wucht der unbestreitbaren Fakten getragen ist Gena Coreas Vergleich zwischen Frauen und Kühen: Für ihre Kapitel: *„Die industrialisierte Kuh: Embryotransfer bei Tieren — Die industrialisierte Frau: Embryotransfer bei Menschen"* wählte sie die Methode der vergleichenden Reportage zwischen Kuhstall und Kreißsaal. Selbst wenn mensch diese Methode der emotionalisierenden Analogie für demagogisch und die Benennung von Kühen als „Mitschwestern" für eine pathetische Entgleisung ihres kosmisch orientierten Mitleids halten mag, bleibt der Vergleich als einer, der ziehbar ist, haften! Es ist so: Der Weg wird beschritten, Frauen wie Kühe der selben zerstückelnden Fortpflanzungstechnik zu unterwerfen. Zu schade nur, daß Gena Corea in der berechtigten Empörung darüber vergißt, daß im Zuge derselben Entwicklung Männer wie Bullen auf bloße Spermienproduktion reduziert werden könnten. Mehr noch, die Anlage von Samenbanken, durch welche Männer, und zwar wenige ausgesuchte, auf Spermienproduzenten reduziert werden könnten, wird von Gena Corea im selben Atemzug, in dem sie die Reduzierung der Frau auf die Gebärmutter anklagt, als „Mittel zur Rebellion" der Frauen gegen die männliche Vorherrschaft ausdrücklich begrüßt. So unabweisbar die Fakten und Anklagen des Buches gegen die Menschenzüchtung sind: Hier wird mensch streiten müssen. Nicht nur Frauen, sondern Menschen werden auf ihre molekulare Fortpflanzungsbiologie reduziert. Das ist für Männer sicher anders, aber nicht weniger abzulehnen und zu bekämpfen als für Frauen. Emanzipation ist unteilbar!

„Die Wohltätermafia"

Im Juni '84 erschien, inzwischen leider vergriffen, in Hamburg, im Selbstverlag herausgegeben von Udo Sierck und von den Gen-Archiv-Frauen als eine ihrer Quellen angegeben (AK 291): „Die Wohltätermafia — vom Erbgesundheitsgericht zur Humangenetischen Beratung". Das Büchlein bemüht sich, eine methodische, personelle und institutionelle Kontinuität von der nazistischen „Erbgesundheitspflege" bis zu den heutigen humangenetischen Beratungsstellen aufzuzeigen. Es enthält eine kurze Geschichte der nazistischen Eugenik bis hin zur Zwangssterilisation und Vernichtung „lebensunwerten Lebens" in Krankenhäusern, Fürsorgeeinrichtungen und KZs, eine kurze Geschichte der Neuanfänge der Eugenik, die — trotz aller sprachlichen Vexiermaßnahmen — schamlos auf den Erkenntnissen der Eugenik der 30erJahre und später der nazistischen Rasseforscher aufgebaut wurden.

Der Hauptteil des Büchleins konzentriert sich materialreich auf den Nachweis eugenischer Theorien und Praktiken in der Behindertenarbeit, in der frühkindlichen Euthanasie und der Beratungs- und Erfassungsarbeit der humangenetischen Beratungsstellen.

Ein besonderer Abschnitt ist dem „Fall Stoeckenius" gewidmet, der 1983 für ziemlichen Wirbel in den Medien und der Bürgerschaft sorgte: Akten, die auf ungeklärte Weise aus der humangenetischen Beratungsstelle Barmbeck in die Öffentlichkeit gelangten, enthüllten Beratungspraktiken durch die Leiterin dieser Stelle, Dr. Marianne Stoeckenius, die sich ungebrochen und ungeniert in der Kontinuität nazistischer Erbgesundheitspflege bewegten. Frau Stoeckenius erhielt behördenintern ein vorläufiges Verbot, allein ohne Heranziehung eines Psychiaters, Sterilisationsgutachten auszustellen. — der Herausgeber der „Wohltätermafia", der die Akten verwertet hatte, dagegen erhielt Besuch vom BKA. Schon 1984 waren Veröffentlichungen, in denen die Namen von Verantwortlichen genannt werden, offenbar „anschlagsrelevant".

Grob gesagt: Sehr interessante Fakten. Ihre Einordnung und Bewertung im gesamtgesellschaftlichen Kontext allerdings fehlt. Das muß jede/r selber vollziehen.

Broschüren

Zur Anregung für die, die tiefer ins Thema einsteigen wollen, hier noch ein paar ausgewählte Hinweise auf informative und noch im Handel befindliche Broschüren:

— *„Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik — Dokumentation zum Kongress vom 19.-21.4.1985 in Bonn"*, Herausgeberinnen: Die GRÜNEN im Bundestag, AK Frauenpolitik & Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.,Köln. Inhalt: Kongressreden, Aufsätze, Protokolle und Folgeaktivitäten 1985. Für eine kritische Vorbereitung des 2. Kongresses ist diese Broschüre unerläßlich.

— *„E.coli-bri — Materialien gegen Bevölkerungspolitik und Gentechnologie"* 1 und 2, 1987, im Nachdruck als Sonderheft, 1988. Darin unter vielen anderen informativen Darstellungen humangenetischer Forschung und Praxis: Bericht über den 7. internationalen Kongress für Humangenetik in Westberlin vom 22.-26.9.86 — der erste Genetikerkongress seit 1927 auf deutschem Boden!

Darüberhinaus die laufenden Ausgaben von „E.coli-bri", zu kaufen in jeder linken Buchhandlung.

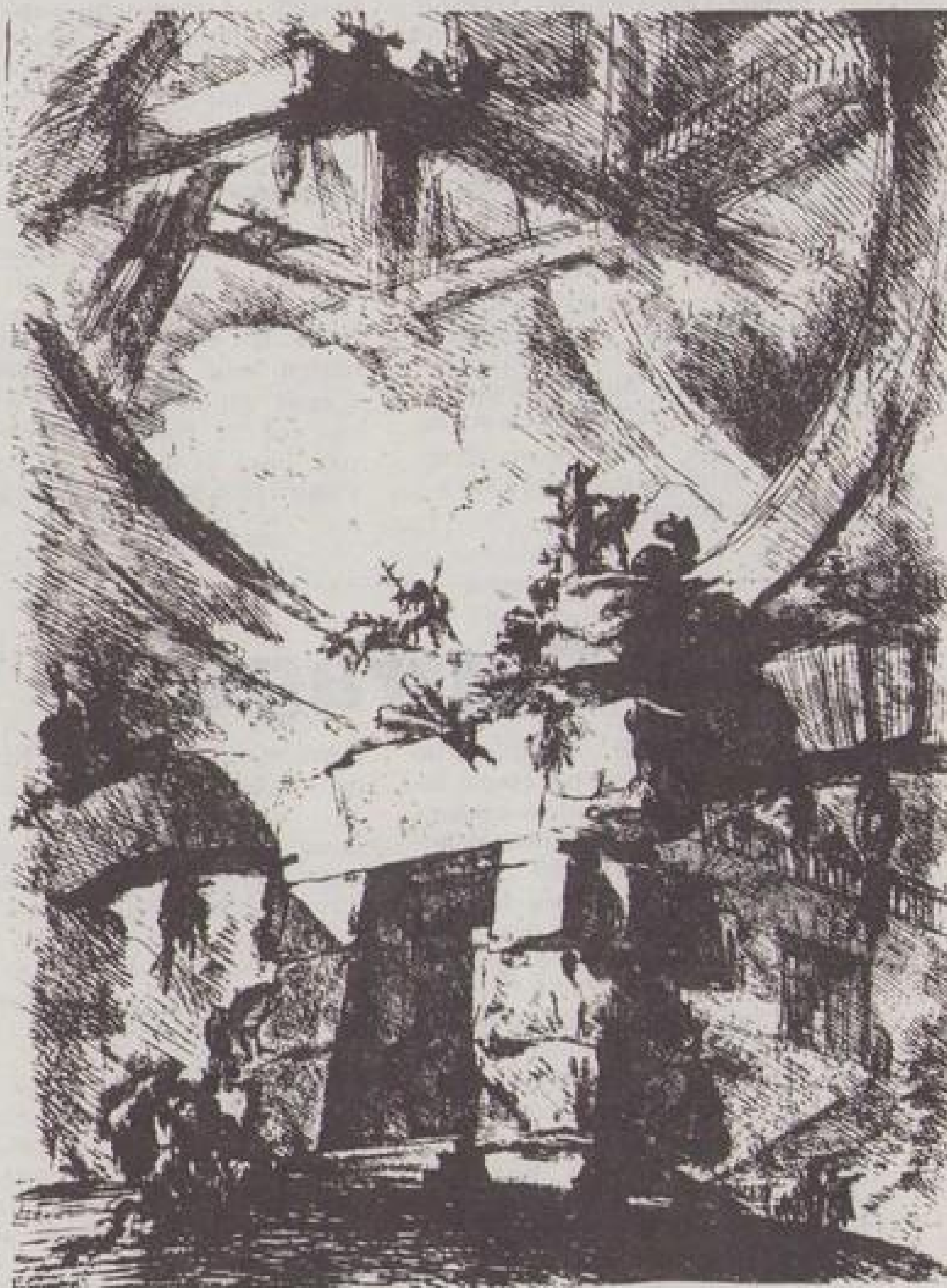
— *„Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf" — Dokumentation der Ereignisse und ‚anschlagsrelevanten' Themen*

hrg. von der „Broschürengruppe für Ulla und Ingrid", März 1988;
Bestellungen an: Hamburger Satz- und Verlagskooperative
2000 Hamburg 20, Lindenallee 4
Tel. 040/43 53 20

„Ändere Dein Leben oder stirb"*

Psychologische „Kriegserklärung" durch AIDS

Die Angst vor Aids hat ein Ausmaß angenommen, das nur als irrational zu bezeichnen ist. Eine Angst, die in keinem Verhältnis steht zur realen Angst vor dieser tödlichen Immunschwächekrankheit. Was als Aidsprävention bzw. „Aufklärung" daherkommt, erweist sich bei näherem Hinsehen als gezielte Kampagne zur Erzeugung von Ohnmacht und Angst, die die Realangst vor der unheimlichen Infektionskrankheit als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele benutzt. Wie werden gesellschaftlich produzierte Ängste massenpsychologisch zur Stabilisierung der Herrschaft eingesetzt? Wie wird durch Erzeugung und Verschiebung von Ängsten mit der Krankheit Aids Politik gemacht?



„Carceri" (Kerker) von Gianbattista Piranesi

Nach einer Umfrage, die im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums vom Institut Allensbach durchgeführt wurde, wächst die Zahl der Menschen, die ihr sexuelles Verhalten unter dem Eindruck der Immunschwächekrankheit Aids verändern. Der Trend — so Ministerin Süssmuth — gehe in Richtung Treue und „vorsichtigem Umgang mit der Sexualität". Gerade auch bei Jugendlichen gebe es „verstärkte Vorbehalte gegen sexuelle Kontakte mit Zufallsbekanntschaften und ein verstärktes Interesse an langfristigen Bindungen". (1) Ein Beweis für erfolgreiche Prävention gegen Aids? Die Behauptung der Ministerin, daß die „Aufklärungsmaßnahmen" dazu beigetragen hätten, „diffuse Ängste über Ansteckungsmöglichkeiten abzubauen", wird allerdings durch Tatsachen widerlegt: So berichten z.B. Vertreter von Aids-Hilfen über die steigenden Zahlen von „Durchschnittsbürgern", die sich aus panischer Angst testen bzw. beraten lassen. „Die Leute", so der Vertreter der Aids-Hilfe Frankfurt, „erfahren immer mehr über Aids, wissen aber immer weniger." (2) „Alarmierende Ängste" vor ei-

Aids-Hilfe Frankfurt, „erfahren immer mehr über Aids, wissen aber immer weniger." (2) „Alarmierende Ängste" vor ei-

ner Infektion mit Aids, insbesondere bei Frauen und Mädchen, stellt das Münchener Sozialwissenschaftlichen Institut in einer Umfrage fest. (3) Aids-Phobie, unter der insbesondere Menschen aus „Nichtrisikogruppen" leiden, ist bereits Gegenstand von Facharzt- und Sozialarbeitertagungen.

Was Frau Süssmuth als Erfolg ihrer sanften Line der Aids-Prävention ausgibt, ist zweifellos ebenso das „Verdienst" der bayerischen „Erfasser und Seuchenrechtler" und der „bewußtseinsbildenden und abschreckenden Wirkung" (4) ihres „Maßnahmenkatalogs" gegen Infizierte, Angehörige von „Risikogruppen" und „Aidsverdächtige". Die Einführung des HIV-Tests bei Industrieunternehmen wie Siemens und neuerdings auch bei der Volksfürsorge-Lebensversicherung wird ein übriges tun, die Ängste vor Aids in der Bevölkerung zu schüren.

Angsterzeugung

Nachdem Aids anfangs von der Gesamtgesellschaft mit Gleichgültigkeit behandelt, nur als Krankheit Homosexueller und Drogenabhängiger angesehen wurde, änderte sich das ab August 1985. „AIDS-DAY war an einem Donnerstag. Es war der 15. August 1985, an dem die marktbeherrschenden illustrierten Wochenzeitungen mit Aids-Titeln, die ein heterosexuelles Paar in Kußpose zeigten, an die Kioske gingen." (5) In einer beispiellosen Medienkampagne wurde Aids von nun an zur größten Gefahr der Menschheit hochstilisiert. „Aids geht jeden an" hieß die Parole, und in nahezu allen Zeitungsartikeln, Fernsehsendungen, Spots im Fernsehen und in Filmtheatern wurde mehr oder weniger unterschwellig die Botschaft mitgeliefert: „Aids kriegt man nicht, Aids holt man sich".

Daß die Gefahr, sich mit Aids zu infizieren für „durchschnittliche Angehörige von Nicht-Risikogruppen außerordentlich gering war und bis heute geblieben ist, wurde gezielt verschwiegen". (6) (Vgl. hierzu und zum folgenden unsere Berichterstattung, insbesondere ak 289) Die „publizistische Inszenierung der Krankheit ... war zu einem großen Teil auf eine unmittelbare emotionale Wirkung abgestellt" (7) „Aids wurde vorrangig in einem dämonisierenden und militärischen Stil präsentiert" (8) Hinzu kamen „Hochrechnungen", bei denen die „Panikerzeuger" in einen wahren „Höhenrausch" gerieten. (9) Die Bildzeitung stilisierte Aids zur „größten Angst der Deutschen" hoch. Insbesondere der „Spiegel" tat sich im Schüren der Ängste hervor. Den Gipfel an Demagogie leistete sich der „Spiegel"-Journalist Halter, der sich offensichtlich darauf spezialisiert hat, alle in der Gesellschaft vorhandenen Ängste zu aktualisieren und umzupolen auf die Angst vor Aids. Ob nun beabsichtigt

offensichtlich darauf spezialisiert hat, alle in der Gesellschaft vorhandenen Ängste zu aktualisieren und umzupolen auf die Angst vor Aids. Ob nun beabsichtigt

oder unbeabsichtigt — Halter macht klar, worum es ihm geht: „Es gibt so viele andere Probleme: Aufrüstung, Abrüstung, Umweltschutz, Börsenkrach, Wiederwahl. Von den persönlichen Molesten wie Rückenschmerzen, Ratenkäufen, Beförderungsängsten oder Liebeskummer mal ganz abgesehen — auch die verstellen den Blick ins Große und Weite." (10) „Das Große und Weite" ist eben der Kampf gegen Aids, der „wahrscheinlich wichtigsten Menschheitsfrage für den Rest dieses Jahrhunderts". (11) Halter treibt die Dämonisierung von Aids auf die Spitze. Der HIV-Virus wird zum omnipotenten Aggressor, der selbst dem bösen hinterhältigen Kommunismus den Rang abgelaufen hat. Da der HIV-Virus „permanent seine Gestalt wandelt", so Halter, könne er durchaus am Ende des Jahrhunderts in der Lage sein, zu fliegen. Mit dieser Panikmache, die fast ständig verbunden ist mit Attacken gegen die zu lasche Aidspolitik der Bundesregierung, bewegt sich Halter auf der Ebene des Gauweiler-Beraters Koch, er bereitet den Boden für die politische Praxis der bayerischen Regierung. Welche Überlegungen in der bayerischen Regierung angestellt werden, vertraute kürzlich Herr Stoiber der ‚Bild'-Zeitung an. Er befürchte „Selbstschutzmaßnahmen der Bevölkerung, wenn die Bundesregierung nicht bald auf die bayerische Linie einschwenke." (12) „Selbstschutzmaßnahmen", wie die der Berliner Bevölkerung gegen die Studentenbewegung, die freilich auch und gerade von Politikern, wie dem damaligen Bürgermeister Schütz im Einklang mit einem Teil der Medien, „vorbereitet" wurden?

Seit Beginn seiner „Berichterstattung" über Aids hat der „Spiegel" in einer Reihe von Serien diese Krankheit „als Folge eines maßlosen sexuellen Genusses, eines exotischen Lebenswandels oder als Folge eines Abweichens vom Pfad der Tugend dargestellt." (13) In völlig verzerrter, infamer Darstellung, die mit dem wirklichen Leben Homosexueller in dieser Gesellschaft nichts zu tun hat, wird eine exotische „gay community" präsentiert, die sich den Normen — die als allgemeinmenschlich, bzw. „natürliche" Regeln des gesellschaftlichen Lebens hingestellt werden — widersetzt, sie willentlich übertritt. Auf der anderen Seite wird ihnen eine außergewöhnliche unheimliche Macht zugeschrieben. Da ist z.B. Dugas, der obwohl infiziert, „niemals den Sex aufgeben" will (14) — die Ähnlichkeit mit einem „Terroristen"portrait ist unverkennbar: Vorgeführt wird der Aids„terrorist", der Anschläge auf unser aller Leben verübt. Diese Ambivalenz der „Darstellung" der homosexuellen Lebensform, von einerseits Nichtanpassung, Verletzung der gesellschaftlichen Normen und andererseits der ihnen zugeschriebenen Allmacht fördert und steigert die ohnehin bestehenden verzerrten, vorurteilsbeladenen Ansichten über

Normen und andererseits der ihnen zugeschriebenen Allmacht fördert und steigert die ohnehin bestehenden verzerrten, vorurteilsbeladenen Ansichten über

Homosexuelle und über Menschen, die „anders" leben. „Dadurch wird auf der einen Seite das Element des Fremden im Aids-Kranken und im weiteren des Homosexuellen betont, so daß eine innere Distanz geschaffen wird, die eine mit-fühlende Identifikation, eine Voraussetzung für den Abbau von Vorurteilen, verhindern soll, während gleichzeitig durch die Betonung des Exotischen das Element des Neides, vor allem des Sexualneides, verstärkt wird." (15) Ein Beispiel dafür ist die Art und Weise, wie der „Stern" Nr. 10/88 das Sterben eines an Aids Erkrankten präsentiert. In der Bilderfolge erscheint der Sterbende nicht als Opfer einer gefährlichen, unheimlichen Krankheit, er wird als Exempel dafür hingestellt, wohin Promiskuität und Homosexualität führen. Wichtig ist auch der Kontext, in dem die Bilder gezeigt werden. Daß einige Seiten weiter die aus den Zeiten sexueller Liberalisierung bekannten Sexologen Masters/Johnson in einem Interview Gelegenheit erhalten, ihre haarsträubenden Spekulationen über die Aids-Gefahr zu verbreiten, macht deutlich, daß es dem „Stern" nicht darum ging, Anteilnahme und Trauer über den Tod eines Menschen zu wecken.

„Ändere dein Leben oder du wirst sterben"

All dies hat — ob gewollt oder ungewollt — zum Ziel, den LeserInnen nahezulegen, daß es Zeit ist für drastische rechtliche Maßnahmen, ja, daß sogar — angesichts der suggerierten „Dringlichkeit" des Problems — der Rechtsweg in einzelnen Fällen als „überflüssig" erscheint. Die Absicht, die Opfer als Täter hinzustellen, sie als „Schuldige" auszugrenzen, findet seinen vorläufigen Höhepunkt in den Maßnahmen der bayerischen Regierung, die offensichtlich die Vorreiterrolle übernommen hat. Hierin liegt das wahrscheinlich stärkste Angstpotential. Um Aids-Prävention ging es hier noch nie. Wenn Gauweiler von der „Dekadenzphase" spricht, „in der wir leben", die, so sein Berater Koch, ihre Ursache darin habe, daß den breiten Massen durch die umfassende Umverteilung der Einkommen der Kulturkonsum ermöglicht wurde, ein Kulturkonsum, der die große Städte der westlichen Welt zu hochpromisken Metropolen machte (16) — dann belegen diese Äußerungen, daß die Krankheit Aids für ein politisch-ideologisches Rollback funktionalisiert wird. Durch „Androhung empfindlicher Übel, nämlich des Verlustes von materiellen Ressourcen wie Freiheit, Beziehungen, Leben" (17) soll die Bevölkerung diszipliniert werden. Aids ist der „geeignete oder gar willkommene Anknüpfungspunkt für eine langfristig angelegte Ausweitung und Vorverlagerung sozialer Kontrolle über den Bereich manifesten Verhaltens hinaus in den Innenbereich menschlicher Phantasien, Beziehungen, Psychostruktur." (18) Durch die massive Angstinszenierung soll die Bevölkerung für weitere einschneidende Verschlechterung ihrer Lebensqualität psychisch disponiert werden, mögliche Auflehnung und Widerstand „präventiv entmutigt" (Basaglia) werden. So sollen in Zukunft Krankheit und Behinderung als „Fehlanpassung erlebt, als Sünde und zugleich als Delikt und Fehler, der sich nur vermeiden läßt, wenn man das optimale Profil nachahmt ... „ (19) Ein optimales Lebensprofil, das es „erlaubt ... die Gesundheitsausgaben so gering wie möglich zu halten". (20) Jeder ist gehalten, die „Verantwortung für seinen eigenen Körper" zu übernehmen, sich selbst zu überwachen, um „Abweichungen von den Verhaltensnormen in den Bereichen Ernährung, Arbeit, Sexualität" (21) zu vermeiden. Soll einerseits Krankheit als „individuelle Schuld" erlebt werden, so andererseits alles Andersartige, von der Norm abweichende Leben als krankhaft denunziert werden. CSU-Staatssekretär Spranger sagt es ganz offen: „Frieden und Freiheit sind auch im Inneren notwendig, aber da in erster Linie für die Normalen, nicht für die Perversen, Minderheiten und Randgruppen". (22) „Es vollzieht sich also ein ebenso subtiler Wandel, der (...) das überzeugende Argument gebraucht: Ändere dein Leben, oder du wirst sterben. (...) Aus Furcht vor dem neuen Übel ist jeder bereit, sich der Norm zu unterwerfen und das Wohlverhalten zu verinnerlichen." (23)

Die doppelte Botschaft von Angst und Beruhigung (24)

Die doppelte Botschaft von Angst und Beruhigung (24)

Die politisch-ideologische Disziplinierung der Bevölkerung durch die Mobilisierung massiver Ängste ist immer dann erfolgreich, wenn außer den verlangten Einschränkungen, wie z.B. dem Triebverzicht, zur Entlastung der mobilisierten Ohnmacht und Ängste, gleichzeitig das Versprechen der Sicherheit gegeben wird. Angesichts der massiven Drohungen und der Ausgrenzung Aids-Infizierter und „HIV-Verdächtiger" erscheint vielen die Süssmuthsche Variante der Aidspolitik als das „kleinere Übel". Und nicht nur das, sie erhält angesichts der drakonischen bayerischen Maßnahmen den Charakter einer „besonnenen", „von Vernunft geprägten" Aidsprävention, die zwar mit Verzichten verbunden ist, Verzichten, die aber als notwendig erscheinen. Und sie bietet die Illusion der Sicherheit für sexuelles Wohlverhalten. Neben den bayerischen Maßnahmen wirkt diese Aids-Aufklärung wie eine „Mischung aus pastoraler Ermahnung und Ratschlägen zur modernen Sexualhygiene" (25). Zwar fehlt auch in diesem Konzept die Drohung nicht, aber es ist eine vergleichsweise sanfte Drohung, die immerhin eine Alternative bietet: „Nur wenn möglichst viele Menschen, bei denen ein Test angebracht ist, das freiwillige Angebot auch annehmen, können wir die Richtigkeit unserer Linie unter Beweis stellen". (26) Es ist der „Appell an die künftigen Opfer der Repression, ihre Verfolgung dadurch zu verhindern, daß sie sich freiwillig einer Ordnungsvorstellung unterwerfen, die man andernorts bereits mit Zwang durchsetzen will" (27) und durchzusetzen beginnt.

Von Homosexualität ist in diesem Konzept überhaupt nicht mehr Rede. „Die spezifische Lebensart der Opfer, die für die Krankheitsgeschichte bedeutsam ist, bleibt tabuisiert ..." (28) Damit wird auch die zugleich beunruhigende und angstbesetzte Seite der Homosexualität ausgespart, die die von Frau Süssmuth Aufgeklärten mit den eigenen nicht erfüllten sexuellen Wünschen, einem Teil des eigenen nicht gelebten Lebens konfrontieren könnte. Nach den massiven Drohungen wirkt diese Variante der Aids-Politik wie eine Beruhigungspille. Mit moralisierender Selbstverständlichkeit wird so getan, als wäre Heterosexualität — und Monogamie — die einzige legitime Lebensform.

Wird die homosexuelle Lebensform in der ersten Variante der Aidspolitik wegen ihrer Abweichung von der gesellschaftlichen Norm dämonisiert, so erfolgt die Ausgrenzung hier „symbolisch", ihre Existenz wird schlicht geleugnet.

Angstverschiebung

In dem Aufsatz „Die Mystifizierung von Aids" untersucht der Schweizer Psychoanalytiker Paul Parin den „irrationalen, verzerrten und übertriebenen Umgang" mit Aids aus sozialpsychologischer Sicht. Paul Parin — vor allem bekannt geworden durch seine ethnopsychoanalytischen Studien (gemeinsam mit Goldy Parin-Matthèy und Fritz Morgenthaler) — hat sich vor allem mit der Umsetzung gesellschaftlicher Vorgänge in psychische Veränderungen beschäftigt, insbesondere mit der Entstehung von Feindbildern. Er hat in der Vergangenheit immer wieder zu politischen Problemen Stellung bezogen und die politische Abstinenz der meisten seiner Kolleg/inn/en kritisiert.

Parins grundsätzliche Annahme ist, daß „die Mystifizierung von Aids als ‚Verschiebungsersatz' (Siegmund Freud) für unerträgliche Verhältnisse dient. „Psychisch unerträglich ... ist die Angst vor Gefahren und drohenden Katastrophen, gegen die es keine Abhilfe gibt oder zu geben scheint und die darum Ohnmachtsgefühle auslösen." (29) Gesellschaftlich produzierte Ängste, wie die Angst vor einem möglichen nuklearen Krieg, vor der Zerstörung der Umwelt, vor Arbeitslosigkeit, dem Verlust an Lebensperspektive, führen in zunehmendem Maße zu psychischer Instabilität.

Nun ist Angst ja zunächst ein Signal dafür, daß man gegen eine bestehende Bedrohung etwas unternehmen muß. Wie immer auch in einer bestimmten Situation eine angemessene Reaktion auf die Gefahr aussehen mag — jeder Versuch einer adäquaten Konfliktbewältigung ist immer mit dem Eingestehen eigener Ängste, der Infragestellung der eigenen Identität und der Beziehung zur sozialen Umwelt verbunden. Nun gibt es für Menschen aber auch immer die Möglichkeit, die Auseinandersetzung zu vermeiden, um relativ schnell die psychische Stabilität wieder zu erlangen, eine Stabilität, die allerdings

auch immer die Möglichkeit, die Auseinandersetzung zu vermeiden, um relativ schnell die psychische Stabilität wieder zu erlangen, eine Stabilität, die allerdings

nur eine scheinbare, illusorische ist. „Der Mensch ist imstande, sich für Bedrohliches einen Verschiebungsersatz zu suchen: vor *einer* Sache Angst zu haben, wenn die *andere* allzu große Gefühle der Unlust, insbesondere der Ohnmacht und Verzweiflung nach sich ziehen würde." (30) Dieser psychische Mechanismus — so Paul Parin — ist sowohl in einzelnen Individuen als auch in größeren und größten Gruppierungen wirksam. Die Möglichkeit, Ängste zu verschieben auf als bedrohlich angesehene Minderheiten und die Aggression ihnen gegenüber zu äußern, schafft zwar im Moment Entlastung, beseitigt die Angst aber nicht, da die angstauslösenden Ursachen unverändert weiter bestehen. Die kurze psychische Entlastung wird bezahlt mit einer erneuten bzw. verstärkten Verkennung der Realität. Die Fähigkeit, sich bewußt mit den Ängsten auseinanderzusetzen, nimmt immer mehr ab, ebenso die Suche nach vernünftigen Antworten auf die Gefahren, nach Möglichkeiten, sich Bereiche der objektiven Realität anzueignen. „Angstverschiebung", die zunächst entlastend ist, rächt sich, sie führt zur „Hemmung des Denkens, des Vorstellungsvermögens", zu psychisch unbeweglichen Persönlichkeiten, „denen jede äußere oder innere Veränderung und Umorientierung unmöglich oder zumindest schrecklich ist." (31) Die Angstvorstellungen „werden abgespalten, das Erleben wird ichfremd, sie betreffen nicht mehr die eigene Person und lösen darum im Ich auch keine Signalangst aus."(32)

Mit der zunehmenden Unfähigkeit, sich Widersprüchen und den damit verbundenen auftretenden Ängsten zu stellen, wird die „Affektivität abgeflacht oder stereotypisiert" (33) und „das eigene Aggressionspotential überhaupt nicht mehr wahrgenommen". (34) Dies geht einher mit einer zunehmend verzerrten Wahrnehmung der gesellschaftlichen Realität, ihrer Reduzierung auf ein grob vereinfachtes Schema. Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie sich die Realität aneignen sollen, bzw. die aus Angst es vermeiden, erwarten Hilfe von außen. Die „Unfähigkeit, Angst zu haben" und die Unfähigkeit, aggressiv zu sein — ich spreche hier von einer gekonnten reflektierten Aggressivität — wird von Herrschenden erfolgreich zur Stabilisierung politischer Verhältnisse genutzt — und zur Verände-

Fortsetzung nächste Seite



„Göttliche Vernunft, verschone keinen."
Zeichnung von Francisco Goya

Fortsetzung von vorheriger Seite

rung der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem Interesse. Gerade in der „relativ gesicherten Lebenswelt der westlichen Länder gelingt es nach Parin besonders leicht, die Angst vor drohenden Katastrophen zu verleugnen oder zu verdrängen" (35), da die Neigung, Hilfe von außen zu erwarten, stark ausgeprägt ist und ein Weg zur Entlastung von der Erfahrung der eigenen Ohnmacht gesucht wird. Diese Entlastung tritt ein, wenn „es gelingt, einen Anlaß für Angst, die unerträglich ist, illusionär gegen einen anderen auszutauschen, gegen den es eher ein Mittel gibt oder zu geben scheint ..." (36) Die „Angebote" lassen nicht auf sich warten. Politik ist — aus der Sicht der Herrschenden — eben auch die Kunst, permanent Ängste zu mobilisieren und Angebote zur

den — eben auch die Kunst, permanent Ängste zu mobilisieren und Angebote zur

Verschiebung dieser Ängste zu bieten, um damit letztendlich in den Beherrschten das Gefühl der Ohnmacht zu fördern und um zu verhindern, daß diese sich ihrer Stärke bewußt werden, sich ihr eigenes Aggressionspotential aneignen und es gegen die Herrschaft wenden.

Für die mobilisierten enormen Ängste und Mißgefühle wird „als Verschiebungsersatz ... zweierlei angeboten: Erstens ein möglichst unbekannter ferner Gegner, von dem alles Böse ausgeht (etwa der Dauerfeind Kommunismus), gegen den man alle vorhandenen Kräfte und aggressiven Gefühle richten muß und darf. Daneben müssen zweitens bekannte, mehr oder weniger schwache und ungefährliche Gegner ausgemacht werden, gegen die Kämpfe nicht aussichtslos, Siege möglich sind." (37) So wurden in der Vergangenheit immer wieder die Ängste vor weit verbreiteten Krankheiten, wie z.B. Krebs von den Medien hochgespielt und als „Abhilfe ... Maßnahmen empfohlen, die fast immer mit Einschränkung, Verzicht, Vermeidung, Disziplinierung" (38) zu tun hatten. Die Schuld an der Krankheiten wurde so immer den Betroffenen zugerechnet, von den gesellschaftlichen Faktoren, die z.T. den Ausbruch der Krankheiten entscheidend mitbedingen, war nicht die Rede. Zu befürchten ist, daß in Zukunft noch weitaus stärker als bisher die „seelischen, sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen, ja sogar politischen Dimensionen und Momente jeden Krankheitsgeschehens ... wieder total durch den Rost der eigenen, scheinbar bestimmenden ‚Ursache' " (39) fallen, daß die ausschließlich naturwissenschaftlich orientierte Medizin — insbesondere die Gentechnologie — Triumphe feiern wird.

Im Unterschied zu Krankheiten wie Herzinfarkt und Krebs ist Aids zweifellos die bei weitem unheimlichere Krankheit. Eine Infektionskrankheit, gegen die es kein Mittel gibt und die durch sexuellen Kontakt übertragen wird. Zudem rührt Aids an sehr starke Tabus: Homosexualität, Promiskuität, Prostitution und Drogenabhängigkeit. Die in den letzten Jahren in der Folge der sexuellen Liberalisierung „verschleierten Vorurteile gegen Personen, die wichtige gesellschaftliche Ordnungsprinzipien, nämlich die Geschlechtsrollenverteilung, verletzten, werden remobilisiert." (40) Gerade die „Verbindung" von Sexualität und Tod konfrontiert jeden mit Enttäuschungen, verdrängten Bedürfnissen und Sehnsüchten und „mit Brüchen der Geschlechts-

verdrängten Bedürfnissen und Sehnsüchten und „mit Brüchen der Geschlechts-

identität als Mann oder Frau." (41) Darüberhinaus wird die gerade heute weit verbreitete Verdrängung des Todes aufgebrochen und die damit zwangsläufig aufgeworfene „Frage nach dem gelebten Leben". „Und zwar sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Vielleicht müßte man dann zur Kenntnis nehmen, daß unsere heutigen Lebensbedingungen eher düster sind und vielen ein erfülltes Leben nur begrenzt oder gar nicht möglich machen. Mindestens jedoch stößt man auf die Tatsache, daß unter anderen Bedingungen ein reicheres Leben der Individuen miteinander möglich wäre. Die Erkenntnis ist schmerzlich. Sie löst Angst aus, weil sie Konsequenzen fordert, sowohl für das individuelle wie für das gesellschaftliche Leben." (42)

Die Angstinszenierung durch Medien und Aidspolitik ist darauf angelegt, gerade diese Auseinandersetzung zu verhindern und die Verdrängung von Emotionen und Bedürfnissen zu fördern, um durch angebotene „Ersatzbefriedigungen" die weitere Ich-Einschränkung und damit die Anpassung an die herrschenden Verhältnisse zu bestärken. Da die psychische Instabilität und das Bedürfnis nach Entlastung vom Gefühl der Ohnmacht ohnehin heute weit verbreitet ist, „der Bedarf nach einem entsprechenden Verschiebungsersatz besteht", (43) sind Angebote wie „Safer Sex" und „Monogamie" attraktiv. Zudem wird ein an allem schuldiger „Sündenbock" geliefert. „Das Stigmatisieren einer gut abgrenzbaren, schwachen, für die Allgemeinheit ‚gefährlichen' Gruppe ist ein bekanntes Mittel der Politik." (44) „Die Mystifizierung von Aids", so Paul Parins zweite These, „konnte eintreten und mußte gelingen, weil hier beide Erscheinungen zusammenfielen, die als Verschiebungsersatz dienen können, um von verdrängter Angst und Ohnmachtsgefühlen zu entlasten: die unheimliche Krankheit und die ausgegrenzte, machtlose Gruppe, der die Schuld am Übel zugeschrieben wird und die deshalb bekämpft werden muß." (45)

Die Perspektive, die Paul Parin zeichnet, ist düster. Die Stigmatisierung von Juden, Sinti und Homosexuellen in der Zeit des Hitler-Faschismus schien der Vergangenheit anzugehören. Aber gerade heute können und werden auch wieder Randgruppen in der öffentlichen Meinung stigmatisiert. „Krankheitsträger und moralisch oder sozial ‚unwerte', weil abwegige Personen können auf keine historisch begründete Schonzeit rechnen." (46) Die politische Inszenierung der Krankheit ist ein wichtiger Bestandteil des derzeitigen „Angriffs auf eine Lebenshaltung, die in ihrem symbolischen Gehalt für mehr steht als nur für die Umgangsform mit Sexualität. In ganz ähnlicher Weise wird über die ökonomischen Krisen der westlichen Industriegesellschaft als Folge von zuviel Wohlstand und überhöhten Staatsausgaben geredet, ähnlich wird über den § 218 diskutiert bzw. über dessen vorgeblichen Mißbrauch als zuviel Freiheit". (47)

ge., Hamburg

Anmerkungen

* Die Überschrift des Artikels ist Teil eines Zitats aus: Jacques Attali, Die kannibalische Ordnung.
**) Frank Rühmann, Krankheit und Freiheit. Anmerkungen zur Sozialpsychologie von AIDS, in: Vorgänge 4/87, S. 104
1) Frankfurter Rundschau, 14.5.88
2) ebenda, 7.3.87
3) ebenda, 17.5.88
4) vgl. W. Hatch, Eine Krankheit macht Geschichte — Aids und die gesundheitlichen Folgen, in: 1999, Heft 4/87, S. 9
5) Günter Amendt, Jetzt ist alles Gras aufgefressen, in: Aids als Risiko. Über den gesellschaftlichen Umgang mit einer Krankheit. Hrsg. von Volkmar Sigusch, Konkret Literatur Verlag 1987, S. 67
6) Martin Dannecker, Sexuelle Liberalisierung und AIDS, in: Vorgänge, Heft 4, Juli 87, S. 97
7) Frank Rühmann, Aids. Eine Krankheit und ihre Folgen, Campus Verlag, Frankfurt 1985, S.68
8) ebenda, S. 70
9) vgl. U. Clement, Höhenrausch in: Aids als Risiko ..., S. 210 — 217
10) Spiegel Nr. 47/87

9) vgl. U. Clement, Höhenrausch in: Aids als Risiko ..., S. 210 — 217
10) Spiegel Nr. 47/87

11) ebenda
12) vgl. Frankfurter Rundschau, 19.4.88
13) Frank Rühmann, a.a.O., S. 85
14) Spiegel Nr. 47/87
15) Frank Rühmann, a.a.O., S. 85
16) Zit. nach Frankfurter Rundschau, 19.4.88
17) Lorenz Böllinger, Aids und Recht, in: Aids — Was eine Krankheit verändert. Hrsg. von Siegfried Dunde, Fischer tb, 1987, S. 164
18) Lorenz Böllinger, a.a.O., S. 163
19) Jacques Attali, Die kannibalische Ordnung. Von der Magie zur Computermedizin, Campus Verlag Frankfurt 1981, S. 235
20) Jacques Attali, a.a.O., S. 235
21) Jacques Attali, a.a.O., S. 246
22) Zit. nach Vorgänge 4/87
23) Jacques Attali, a.a.O., S.. 250
24) Ulrich Clement, Zur Sozialpsychologie des „Safer Sex", in: Matthias Frings (Hrsg.), Dimensionen einer Krankheit. Aids, S. 228
25) Frank Rühmann, Wege aus dem Zwang? Zur Aidspolitik der Bundesregierung, in: Aids als Risiko, S. 244
26) Rita Süssmuth, AIDS — Wege aus der Angst, Verlag Hoffmann und Campe Hamburg, 1987, zit. nach Frank Rühmann, a.a.O., S. 245
27) Frank Rühmann, a.a.O., S. 246
28) Volkmar Sigusch, Aids für alle, alle für Aids, in: Aids als Risiko, S. 49
29) Paul Parin, Die Mystifizierung von Aids, in: Aids als Risiko, S. 54f
30) Paul Parin, in: Psychologie heute, März 87
31) Paul Parin, Die therapeutische Aufgabe und die Verleugnung der Gefahr, in: Krieg und Frieden aus psychoanalytischer Sicht. Hrsg. von Peter Passett/Emilio Modena, Piper Verlag München 1987, S. 29
32) ebenda, S. 27
33) ebenda, S. 28
34) ebenda, S. 30
35) Paul Parin, Die Mystifizierung von Aids, S. 56
36) Paul Parin, FR 4.3.87
37) ebenda
38) Paul Parin, Mystifizierung ..., S. 57
39) Volkmar Sigusch, a.a.O., S. 50
40) Paul Parin, Mystifizierung, S. 62
41) Gunter Schmidt, Moral und Volksgesundheit, in: Aids als Risiko, S. 32
42) Frank Rühmann, Krankheit und Freiheit. Anmerkungen zur Sozialpsychologie von AIDS, in: Vorgänge 4/87, S. 105
43) Paul Parin, Mystifizierung, S. 60
44) ebenda, S. 60
45) ebenda, S. 61
46) ebenda, S. 60
47) Frank Rühmann, Aids. Eine Krankheit und ihre Folgen, zit. nach Paul Parin, a.a.O., S. 65f

Eine Berliner Discothek stellt zur Warnung vor AIDS zwei Galgen auf, an denen sie Schaufensterpuppen mit einem Schild aufhängt: „Ich habe kein Kondom benutzt". Das sollte — so die Besitzer — ein Hinweis darauf sein, daß Liebe bei AIDS wie Selbstmord sein könne (BZ vom 3.4.1987). Die Bilder lassen einen erschaudern, denn ihr assoziativer Gehalt erinnert an alles andere als an Selbstmord; gesundes Volksempfinden, Rassenschande u.ä. fällt einem eher dazu ein; Bilder von Lynchjustiz aus dem Dritten Reich werden wach. Die Augen der Puppen sind verbunden; es sind keine Selbstmörder, sondern Ermordete. Ermordet, weil sie sich nicht so verhalten haben, wie man es von ihnen verlangt.
Man könnte diese Art Aufklärung als Geschmacklosigkeit abtun, wäre sie nicht so typisch für das, was jeden Tag unterschwellig im Umgang mit der Krankheit AIDS transportiert wird.

*Frank Rühmann***

Fortsetzung von Seite 25

zepte bei der Hand, denken aber: zunächst muß ja eine gesellschaftliche Macht da sein, die den Stop dieser Wissenschaft und Technologie durchsetzen will und kann.

Wie wollt ihr denn eure Kritik konkret werden lassen?

Erika: Bewußtseinsbildung ist auch konkret! Veränderung individuellen Verhaltens, z. B. Verweigerung von Frauen, sich als Forschungsobjekte zur Verfügung zu stellen — ist auch konkret. Das findet zur Zeit schon statt. Wir wünschen uns aber eine kollektivere und massenhaftere Verweigerung. Die bundesweite und internationale Organisierung von Frauen ist für uns der Beginn einer Frauengegenmacht.

Fehlschlag des BKA

Warum ist das BKA gegen euch vorgegangen?

Alle (lachend): Das haben sie uns bisher nicht verraten.

Beate: Wir denken, das hat 2 wesentliche Ursachen: Zum einen geht es hier um eine konkrete Zuordnung von Täterinnen zu Taten, von Frauen zur „Roten Zora", um die sonst magere Erfolgsbilanz des BKA zu verbessern. Zum andern soll der radikalen Auseinandersetzung mit dem Thema der Boden entzogen werden. Radikale Ablehnung und Beschäftigung mit dem „anschlagsrelevanten Thema" Gentechnologie gilt als Verdachtsmoment. Durch die Kriminalisierung einzelner Frauen soll vom Thema ab- und auf die Gewaltfrage umgelenkt werden.

Was war das bisherige Ergebnis der BKA-Aktion?

Erika: Zwei Frauen sitzen noch. Die müssen raus! Nach anderen wird gefahndet. Die müssen ihren Aufenthalt frei bestimmen können! Gegen uns läuft ein Verfahren nach 129a. Das muß weg.

Politisch ist das Konzept der Schwächung und Spaltung nicht aufgegangen. Im Gegenteil: Es gibt eine breite Solidarisierung und ein unglaubliches Interesse an inhaltlicher Auseinandersetzung. Das ist eine politische Chance. Die müssen

an inhaltlicher Auseinandersetzung. Das ist eine politische Chance. Die müssen

wir nutzen.

AIDS, Realsozialistisches, weitere Ziele

Welche Bedeutung gebt ihr AIDS für das Problem der Gentechnologie?

Beate: Wir finden es erschreckend, wie gleichgeschaltet die öffentliche Meinung in Sachen AIDS ist. Ein Lob an „Arbeiterkampf" und „Wechselwirkung", die ziemlich allein stehen mit ihrer Berichterstattung, die weiterhin die zweifelhafte Aussagekraft und den Unsinn von AIDS-Tests und Gallos Erklärungen der Krankheit thematisieren. Uns ist dieses Erklärungsmodell äußerst suspekt. Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen, Eigenverschuldung von Krankheit, Registrierungsbereitschaft, Akzeptanz gentechnologischer Forschung als einzige Lösungsperspektive, Profitperspektiven der Pharmagrößen werden über dieses Erklärungsmodell möglich. Systematisch werden die Freistellen dieses Modells unter den Tisch gekehrt. Die wissenschaftliche Diskussion ist intern z. Zt. viel offener. Diskutiert wird z. B. die Übertragung des AIDS-Virus durch Impfprogramme oder die Infragestellung des HIV-Virus als die zentrale Krankheitsursache. Wir beziehen uns dabei besonders auf Überlegungen von Peter Duesberg, Cancer Research 47/März 87.

Wie seht ihr die Entwicklung im realen Sozialismus?

Mechthild: Wir haben da kaum wissenschaftliche Literatur zur Verfügung und auch wenig Nachrichten z.B. von unabhängigen Kritikern. Aber hier und da gibt es Nachrichten, die schon die Vermutung erhärten, daß dort nach den gleichen Prinzipien verfahren wird.

So wurden nach Tschernobyl einerseits unter hohem technischem und personellem Aufwand bei wenigen Verletzten (die alle starben) Transplantationen mit embryonalem Gewebe durchgeführt, während der Rest der Verstrahlten lediglich gemessen und registriert wurde. Sterilisation, genetische Beratung und zwangsweise Schwangerschaftsverhütung nach eugenischen Gesichtspunkten wurde zunehmend diskutiert. Inzwischen wurde das Gebiet um den Reaktor abgesperrt, um die Auswirkungen radioaktiver Strahlung auf die Vegetation zu beobachten und Erkenntnisse für die Agrarindustrie zu gewinnen. Im Frühjahr wurde in Moskau ein Mensch zwangspsychiatrisiert, der sich öffentlich für die Belange Behinderter einsetzte. Hinweise gibt z.B. auch das RGW-Komplexprogramm 2000 von 1985, in dem Schwerpunksforschungs- und Kooperationsprogramme festgelegt wurden. Neben anderem — z.B. Kernenergie — nimmt die Biotechnologie einen breiten Rahmen ein. Der Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR sagte dazu: „Das sind die Hauptorientierungspunkte für die Entwicklung der Produktivkräfte in jedem Land, das sich zu den hochentwickelten Staaten zählen möchte. Für die absehbare Zukunft der Menschheit sind diese Richtungen, denen besondere Priorität zuerkannt wird, von ebenso großer Bedeutung, wie es einst die Dampfmaschine und der Webstuhl, der Elektromotor und das Auto waren. Sie bilden die Grundlage für die heutige technologische Revolution." (7)

In den neuen, gerade nach Tschernobyl forcierten Kooperationsvereinbarungen zwischen West/Ost in Sachen Gesundheit, Medizin, Biotechnologie u.a. sehen wir weniger für uns, als für die Seite der Betreiber eine Chance.

Was sind eure nächsten Ziele?

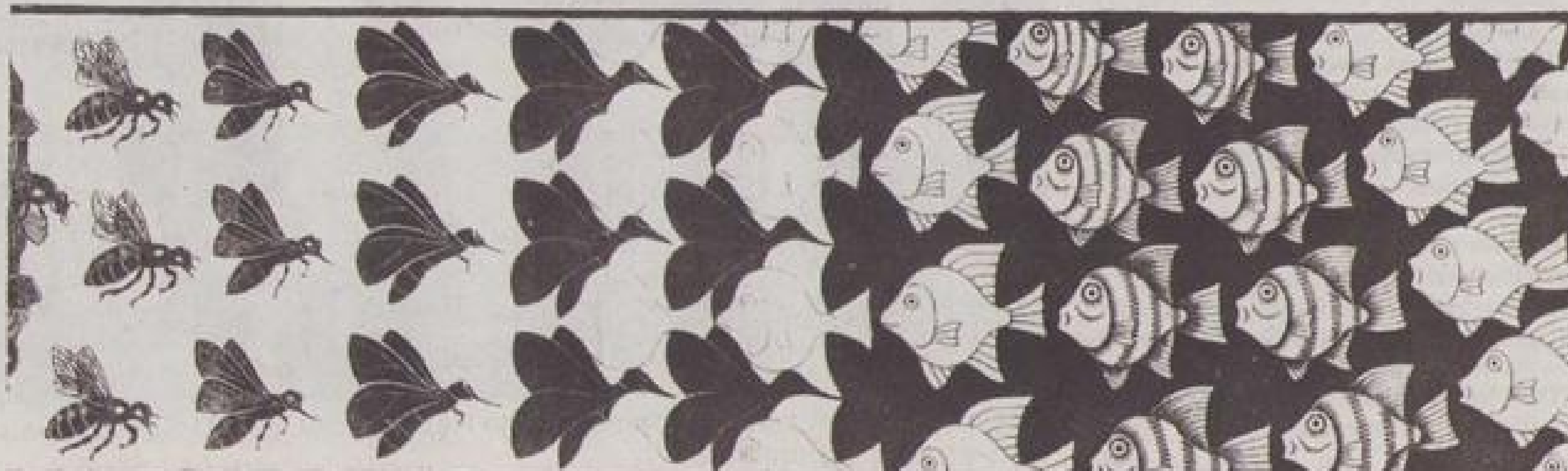
Erika: Wir wollen an AIDS und Virusforschung weiterarbeiten. Dieses Thema soll auch auf dem 2. Kongreß „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie" bearbeitet werden. Ulla Penselin insbesondere möchte zu Bevölkerungspolitik mit AIDS in der UdSSR und anderen realsozialistischen Ländern arbeiten. (8) Der Kongreß ist uns wichtig als eine Möglichkeit der Zusammenführung der Frauendiskussion und Prozeßbegleitung für Ulla Penselin und Ingrid Strobel.

Anmerkungen

Anmerkungen

(1) Fachausdruck: „In-vitro-Fertilisation", gleich künstliche Befruchtung;
(2) Informationen zu Honduras aus „taz", 13.1.87, am selben Tag in der Sendung „Echo des Tages".
Nach Informationen der „Neuen Züricher Zeitung" vom 6./7.3.87 (gestützt auf Berichte der „Gesellschaft für bedrohte Völker") werden in kurdischen Grenzgebieten Opfern terroristischer Militärüberfälle „gewöhnlich" transplantierbare Organe herausgeschnitten, bevor sie ihren Angehörigen in Särgen (die sie selbst bezahlen müssen) zur Einschüchterung wieder zugestellt werden.
(3) Medizinisch: Trisomie oder nach dem Entdecker Down: „Downsyndrom". Die Bezeichnung „mongoloid" wurde von Down in ungeniert rassistischem Sinne gewählt: Schwachsinn: gleich mongolenähnlich!
(4) Normalerweise wird die Erbanlage eines Kindes aus je einem (männlichen y- und einem (weiblichen) x-Chromosom zum neuen Chromosomenpaar xx (weiblich) oder xy (mänlich) kombiniert. Es treten Fälle auf, in denen sich regelwidrig ein y-Chromosom zuviel mit angelagert hat. (siehe dazu auch „E-coli-bri", Nr. 1 und 2, Nachdruck von 1988).
Besagte Frau Stoeckenius schließt aus dieser Anlage auf ererbtes abweichendes Verhalten. Näheres zu Frau Stoeckenius auch im nebenstehenden Kasten: „MutterMaschine und andere journalistische Anschläge" unter der Zwischenüberschrift: „Wohltätermafia".
(5) „Hamburg", d.i. die Reemtsma-Stiftung in ihren beiden Teilen: „Institut für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts" und „Stiftung Sozialgeschichte".
(6) FINRRAGE, siehe Kasten;
(7) Zitiert nach: „Beiträge zur Konfliktforschung", 1/88, Christian Meier: „Beherrschung der modernen Schlüsseltechnologie — Das ‚RGW-Komplexprogramm 2000';
(8) Wer hat oder besorgen kann, wird von den Frauen des Gen-Archivs gebeten, Ulla Penselin entsprechende Unterlagen, besonders auch aus realsozialistischen Ländern direkt stammendes Material, zukommen zu lassen. Zusendung über Gen-Archiv.

Unter der Überschrift: „ ‚Die Gene sind es nicht...' — eine Anregung zur Diskussion" setzen wir im kommenden ak die Reihe von Standortbestimmungen zur Gentechnologie mit einem KB-eigenen Beitrag fort.



Wer hat uns verraten?

Schnee von gestern?

125 Jahre SPD



Straßenräumung im Wedding

Die SPD wird 125 Jahre alt. Zum Geburtstag hebt sie ihren vor 27 Jahren gegen den — seit 18 Jahren nicht mehr existierenden — SDS erlassenen Unvereinbarkeitsbeschluß auf. Das neue Selbstbewußtsein der SPD zielt auf die Depression der linken Intelligenz. Die SPD zeigt Geschichtsbewußtsein zu ihrem Geburtstag: selbstkritisch, Marx erwähnend, antikommunistisch. Auf eine Linke treffend, die ihr alles drei abnimmt. Da erscheint ein Buch zum Blutmai 1929, das nicht die Diskussion um die sozialdemokratischen Arbeitermörder, sondern um die Schuld der KPD auslöst. Und zu allem Überfluß darf im „Spiegel“ ein amtierender SPD-Polizeiminister seine Kollegen in der Historie bewerten: Wie sind wir doch weiter gekommen seit Weimar.

Donnerwetter, das sind Zeiten — Oppositionszeiten.

Bemerkenswertes tut sich im Verhältnis von linken Intellektuellen und SPD: Der sozialdemokratische Parteivorstand entschließt sich zu einer Geste, die eher lächerlich anmutet. Er hebt den seit 1961 bestehenden Unvereinbarkeitsbeschluß mit dem seit 1970 nicht mehr existierenden „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) nach 27 Jahren auf. Versöhnung mit einer zeitweise schon verloren geglaubten Generation der 68er: 20 Jahre

Schärfste bekämpfen. Die ‚offensive Verteidigung‘ gegen die Konservativen, das ist in der SPD-Geschichte das Bemühen, besonders staats- und systemtragend zu agieren und jeden Verdacht aus dem Wege zu räumen, man sympathisiere mit politischen Perspektiven der Überwindung des Kapitalismus. Im Gegenteil: Den Konservativen muß bewiesen werden, daß die Sozialdemokraten die besseren Hüter der *gemeinsamen* Ordnung sind, vorzugsweise auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Damals wie heute.

Ein solcher Fall ist der Berliner Blutmai 1929 gewesen. Zur Erhellung seiner Hintergründe ist ein neues Buch aus sozialdemokratischer Feder auf dem Markt. (3) Wie im Buch, wird auch in Besprechungen der linken Presse am Blutmai vor allem hervorgehoben, daß er der KPD den Vorwand für ihre Sozialfaschismus-Theorie geliefert habe. (4) Dieses Buch ist wegen seiner Detailfülle lesenswert. Es ist ein weiterer Beleg dafür, daß die sozialdemokratische Geschichtsschreibung in den letzten Jahren in der Aufarbeitung der eigenen und der KPD-Parteigeschichte mittlerweile fast alles, was aus der DDR und der DKP kommt, um Längen abgehängt hat. Es wird wesentlich weniger unterschlagen oder an Fakten zurechtgebogen. Doch ist die Ideologie der Sozialdemokraten gleichgeblieben. Im Vorwort kommentiert der renommierte sozialdemokratische Historiker Heinrich August Winkler die Durchsetzung der *„selbstmörderischen Strategie“* von der Sozialdemokratie als *„soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“* als *„die historische Bedeutung“* des 1. Mai 1929. Er habe der KPD Zulauf ver-

ken und liberalen Teilen des aufgeklärten Bürgertums suspekt“ erscheinen lassen. Danach spricht nur noch der Polizeichef und Einsatzexperte. Die Beamten treffe keine Schuld, schuld seien die Politiker, stellt er sich, wie es Sozialdemokratische Minister *immer* tun, hinter die Erschießungskommandos Zörgiebels. Zwei wesentliche Fehler wirft er seinen Kollegen aus der Geschichte vor: die sozialen Hintergründe der damaligen Auseinandersetzung mißachtet zu haben und nicht in erster Linie *„Strategien der Deeskalation, der Kommunikation und der Konfliktvermeidung“* beachtet zu haben. Der Mann hat gut reden, Bonn ist ja nicht Weimar, wie man im Bundestag zu sagen pflegt.

Pflichten übererfüllt

„Wenn es um Kommunisten ging, neigten Teile der SPD dazu, ihr Soll an verantwortlicher Regierungspolitik überzuerfüllen“, schreibt Thomas Kurz in seinem Buch „Blutmai“. Wenn Sozialdemokraten den Staatsapparat gegen die Linke be-

ne bekämpft. Der Grund liegt auf der Hand: die KPD wollte die kapitalistische Herrschaft stürzen, sie war für die Revolution und die deutsche Sowjetmacht. Die SPD verstand sich als Schutzpartei einer bereits bei ihrer Gründung verunglückten Republik. Ging es daher um die Abwehr revolutionärer Bestrebungen, befand sich die SPD in Übereinstimmung mit den Rechten. Die Verteidigung der Republik von 1918/19 und des Kapitalismus gegen Links war das Anliegen der SPD, die Verteidigung des Kapitalismus auch das der Rechten. So eskalierte der Einsatz der Unterdrückungsorgane durch die SPD und die Rechte vor allem in den Krisenzeiten: der Niederschlagung der revolutionären Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg und bei der Konsolidierung der neuen Herrschaft und bei Heraufziehen der wirtschaftlichen Krise Ende der zwanziger Jahre.

Sozialfaschismus und Barrikadenmythos

dern für die Arbeiterklasse aller Länder gegenwärtig das Symbol für den unmittelbaren politischen Kampf gegen die kapitalistische Staatsgewalt. Das ist die große internationale Bedeutung der berliner Maikämpfe.“ (Ernst Thälmann). (6)

Fehler über Fehler konzedierte die „Weltbühne“, deren Herausgeber Carl von Ossietzky eine Aufklärungskampagne (*„Abdankung Herr Polizeipräsident!“*) der Maiereignisse maßgeblich mittrug, der KPD. Sie habe die Sympathien schnell verspielt: *„Statt die Wahrheit bekanntzugeben, (...) daß der KPD nichts ferner gelegen habe als bewaffneter Widerstand, daß die Zentrale von dem spontanen Widerstand einiger Arbeitergruppen (...) genauso überrascht worden sei wie die übrige Bevölkerung, drehte man diese Sachlage um in einen siegreichen Widerstand der bewaffneten revolutionären Arbeiterschaft, deutete man das Polizei-Massaker als proletarisches Vorpostengefecht der auf dem Fuße folgenden Revolution“*, wurde der KPD-Parteitag kommentiert. (7)

Die KPD trägt die Verantwortung für schwere Fehleinschätzungen der Entwick-

stisch-diktatorischen Methoden die klassenbewußte Arbeiterschaft zu knebeln und zu unterdrücken“. Ihre Mitglieder in den Freien Gewerkschaften rief sie zum Boykott dieser Versammlungen und zur Demonstrationsteilnahme auf.

Im April war klar: Die Maidemonstration in Berlin blieb verboten (während im übrigen Preußen und in Bayern für diesen Tag das Demonstrationsverbot aufgehoben wurde). Die sozialdemokratisch geführten Freien Gewerkschaften machten nicht den geringsten Versuch, gegen das Verbot ihres Kampf- und Feiertages anzugehen und verlegten ihre Veranstaltungen in den Saal. Die KPD agierte verstärkt gegen das Verbot und für eine eigene Demonstration. *„Kampf-Mai 1929“* und *„Die Straße frei dem Proletariat“* lauteten die Losungen. Sie initiierte ein „Großberliner Maikomitee“, das sechs Tage vor dem 1. Mai zum Durchbrechen des Verbots aufrief. In dem Aufruf wurde Zörgiebel angeklagt, Arbeiterblut vergießen zu wollen. Der reagierte vier Tage vorher mit der Ankündigung, die Staatsautorität *„mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“* durchzusetzen. Die SPD-Presse

durchaus auch von Sozialdemokraten übernommenen, z.B. Bernd Rabehl in: Scharrer, Kampflose Kapitulation) übertrieben sind.

Jede Menschenansammlung in Berlin an diesem 1. Mai wurde sofort von einem Trupp Polizisten angegriffen und brutal auseinandergeknüppelt, was in der Polizeisprache die „schonende“ Vorgehensweise war. Bereits um 11.30 Uhr wurde das erstemal in eine Demonstrantengruppe geschossen, ein Demonstrant getötet, vier verletzt. Mittags wurde eine Versammlung der (KPD-dominierten) Gewerkschaft der Rohrleger gestürmt, weil die Polizei die Information hatte, daß diese im Anschluß demonstrieren wollten. Bei der anschließenden Saalschlacht wurden mehrere Arbeiter durch Pistolenschüsse der Polizei verletzt.

Die nachfolgenden Auseinandersetzungen konzentrierten sich vor allem auf die Bezirke Wedding und Neukölln, durch deren Straßen demonstrativ bewaffnete Polizeistreifen fuhren. Menschenansammlungen wurden durch Schlagstock- und Schußwaffeneinsatz auseinandergejagt. Um 14 Uhr wurde im

schen erschossen, 63 schwerverletzt, 860 festgenommen worden. Die Polizei sprach von 25-30 Verletzten in ihren Reihen, darunter eine Schußverletzung an der Hand, die — wie sich später herausstellte — der Beamte sich mit seiner eigenen Waffe zugefügt hatte.

Ausnahmezustand im Wedding und Neukölln

Die KPD, die die Aktionen nicht organisiert hatte, rief am nächsten Tag „zum Kampf“ und Massenstreik auf gegen *„Zörgiebels Blutmai, der Blutmai der Sozialdemokratie — das ist der Auftakt der faschistischen Diktaturpläne der Bourgeoisie und Sozialdemokratie.“* Dem Aufruf folgten in Berlin nur etwa 25.000. An diesem 2. Mai wurde die Belagerung im Wedding und in Neukölln durch die Polizei fortgesetzt, die Auseinandersetzungen setzten sich bis in die Nacht fort. Am Abend eskalierten sie im Wedding. Gegen die ständigen Polizeiprovokationen waren in der Kösliner Straße Barrikaden gebaut worden, die die Polizei unter Sperrfeuer von MGs und Karabinern stürmte. Bewohner und Demonstranten wehrten sich mit Wurfgeschossen aller Art, vereinzelt wurden auch Schußwaffen eingesetzt. Bis in die Nacht hinein dauerten die Kämpfe an, die Polizei stürmte Wohnungen, durchsuchte sie und machte Festnahmen. Am Morgen des 3. Mai verschärfte Zörgiebel das Vorgehen. Teile Neuköllns und des Wedding wurden zu Sperrgebieten erklärt, Kontrollen der Raus- und Reingehenden eingerichtet. Durch Erlaß eines „Verkehrs- und Lichtverbots“ für ganze Straßenzüge wurde der faktische Ausnahmezustand verhängt. Von neun Uhr abends bis vier Uhr früh waren Verkehr und Ansammlungen sowie Aufenthalt in Hausfluren verboten. Straßenwärts gelegene Fenster mußten geschlossen und verdunkelt gehalten werden. *„Zuwiderhandelnde Wohnungsinhaber setzen sich der Gefahr aus, daß diese Fenster unter Feuer genommen werden.“* Vor allem das geschah. In Neukölln wurden Häuserfronten unter Dauerbeschuß von Karabinern und Maschinengewehrgarben aus dem Panzerwagen genommen. Drei Frauen wurden auf den Balkons ihrer Wohnungen erschossen, ein Passant gezielt abgeknallt, als er mit den Beamten über ein Weitergehen verhandelte. Am Abend wurden die Absperrungen durch Stacheldraht und Spanische Reiter verstärkt. Ein neuseeländischer Journalist wurde im Sperrgebiet erschossen (Kommentar von Innenminister Grzesinski im preußischen Landtag: *„Wer sich in Gefahr begibt, kommt in ihr um“*). Erst in der Nacht auf den 4. Mai ebbten die Auseinandersetzungen ab.

33 tote „Lumpenproletarier“

Die blutige Bilanz des 1. Mai 1929 in Berlin: 33 von der Polizei erschossene Arbeiterinnen und Arbeiter, Passanten und viele Unbeteiligte. 198 zum Teil schwer Verletzte und 1.228 Festnahmen. 47 verletzte Polizisten, von denen 10 im Krankenhaus behandelt wurden. Die Behauptungen von bürgerlicher und sozialdemokratischer Presse vom bewaffneten Aufstand erwiesen sich als völlig unhaltbar: Lächerlich wenige Waffen- und Pistolenfunde, keine Schußverletzungen der Polizisten

Detailliert und gut recherchiert bemüht sich Thomas Kurz in seinem Buch „Blutmai“, eine einigermaßen objektive Wiedergabe der Ereignisse der Maitage und ihrer Vorgeschichte in Berlin zu geben (vergl. nebenstehende Schilderung des Blutmai). Neben der Darstellung der Kämpfe, einem Kapitel über das Verbot des „Roten Frontkämpferbundes“ ist vor allem der Abschnitt über den *„Krieg“ der Polizei“* bemerkenswert. Es zeigt die Methoden auf, mit denen die linke Opposition observiert und verfolgt wurde, es belegt, daß die Polizei vorher davon informiert war, daß die KPD keinen Aufstand plante, es legt Zeugnis ab von der nicht vorhandenen demokratischen Substanz in den Weimarer Ordnungsorganen, es belegt zudem, wie sehr sich die sozialdemokratischen Innenpolitiker täuschten, wenn sie geglaubt haben, mit der Regierungsgewalt auch die volle Macht über sie zu haben. Andererseits zeigt Kurz durchaus auf, daß die SPD sich vor die Polizei stellte und hinter ihr stand. *„Jedenfalls können wir aus diesen Maitagen die erfreuliche Feststellung ziehen, daß sich die Polizei mit ihrem Ganzen, ihrem Blute, ihrem Leben für den heutigen Staat, und zwar freudig eingesetzt hat und zur Verfügung gestellt hat“*, erklärte Innenminister Grzesinski vor dem Preußischen Landtag. Ausgerechnet die Maiereignisse dienten ihm als Beleg für die Republiktreue der Polizei. In der heutigen Geschichtsschreibung wird die Funktionalisierung der Polizei für die Nazis häufig als gescheiterte „Erziehungsarbeit“ und vergebliche „Republikanisierung“ der SPD bewertet. Eine Argumentation, die — so Kurz — *„nicht genügend in Betracht zieht, daß an entscheidenden Positionen, gerade auch in der Schutzpolizei, eben doch Sozialdemokraten saßen, und daß die ganze Aktion von diesen verantwortet, durchgeführt und im nachhinein energisch verteidigt wurde.“*

Im Kapitel über die SPD schildert Kurz ausführlich deren Pressehetze, besonders am Beispiel des „Vorwärts“. Deutlich wird auch der Übergang zur Tagesordnung, ohne einen Anflug des Bedauerns über die Berliner Ereignisse. Systematisch und bewußt werden die Toten der KPD angedichtet, alle demokratischen Proteste in die kommunistische Ecke gestellt. Ein Mangel des Buches ist das Fehlen der Rolle der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften bei der Mai-Auseinandersetzung. Die KPD behauptete, daß diese aktiv am Verbot der Mai-Demonstration mitgewirkt hätten. Kurz spricht davon, daß sie *„sich mit dem Verbot arrangierten“* und auf geschlossene Räume auswichen. Im Geschäftsbericht des ADGB von 1930 wird das Ausweichen in den Saal als freiwillige Entscheidung gegen die Kommunisten angegeben, um den 1. Mai *„in würdiger Weise“* zu begehen. (1) Die Gewerkschaften wollten angesichts der Opposition auf den Maidemonstrationen der beiden vorhergehenden Jahre *„nicht noch einmal den kommunistischen Terror dulden und hinter den die Gewerkschaft beschimpfenden Transparenten der Kommunisten demonstrieren“*, erklärte der Berliner ADGB-Vorstand. Daher fühlten sie sich durch das Demonstrationsverbot nicht betroffen. (2) In der Wertung waren sich die Freien Gewerkschaft einig. Typisch der Bericht der „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 11.5.29: *„Erst im Dunkel der Nacht*

wurden an einigen eng begrenzten Stellen von Jugendlichen und lichtscheuen Elementen das Straßenpflaster aufgerissen, Barrikaden errichtet, Geschäfte ausgeraubt und auf die Polizei geschossen. In der notwendigen Gegenwehr der Polizei sind leider auch Unbeteiligte als Blut-und Todesopfer gefallen“, für die die KPD *„allein die Verantwortung“* hätte. (3)

Obwohl Kurz ohne Schminke die brutalen Arbeitermorde der Zörgiebel-Polizei schildert, stößt dennoch unangenehm sein durchgängiges Bemühen auf, immer wieder nach vermeintlich ursächlichen Verständnis-Motiven für die Polizeiexzesse zu suchen (*„In der durch die kommunistische Propaganda aufs höchste gespannten Lage“*). Gefunden werden sie im wesentlich immer in der linksradikalen Diktion der KPD, in den Momenten von Ungehorsam (aufgereizt durch „provokatives“ Singen der Internationale), und sozialer Rebellion (Barrikadenbau aus „Lust am Radau“), ein ‚Phänomen‘, das Kurz eingehend beschreibt, aber nicht versteht. Linke Opposition, die radikale Arbeiterbewegung waren für die Organe der Staatsmacht und ihre Politiker — gerade die der SPD — das eindeutig definierte *Hauptfeind*-Bild, das die Berliner Exzesse von 1929 begründet. Auch dies kann man übrigens aus Kurz' Buch herauslesen.

Einem ausführlichen Kapitel über die „Wirkung der Maiereignisse in der KPD“, das immer da stark ist, wo der Autor deren politische Aussagen zur Sozialdemokratie und zum Sozialfaschismus mit der sozialen Lage von Teilen ihrer Basis, mit der Situation von Arbeitslosen und in den Arbeiter-Wohnvierteln konfrontiert, schließt sich ein überflüssiger, weil schlechter Exkurs über den Blutmai in der DDR-Geschichtsschreibung an. Dafür fehlt ein mit Sicherheit interessanter Exkurs über den 1. Mai 1929 in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik. Typisch dafür die Definition als *„kommunistischer Putschversuch“* auf Anweisung *„russischer Sendboten“* und *„Turkestaner“*, die der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete und spätere bayerische Ministerpräsident nach 1945 und SPD-Landtagsabgeordnete, Wilhelm Hoegner, gab. (4) Die Polizei sei gezwungen gewesen, sich gegen den bewaffneten Aufstand zur Wehr zu setzen. Diese Version hat sich bis 1988 erhalten. (5) Man darf gespannt sein, ob Kurz' Buch da eine Veränderung bewirken wird.

Anmerkungen

1) In: Deppe/Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften 1929-1933
2) In: Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik
3) In: Steffen Lehndorff, Wie kam es zur RGO
4) Wilhelm Hoegner, Der politische Radikalismus in Deutschland 1919-1933
5) *„Trotz des offenen Kurses der KPD auf Gewalttätigkeit mußte die Reaktion der Polizei unangemessen erscheinen; die KPD-Aktionen wurden dadurch moralisch gerechtfertigt, zumal der Polizeieinsatz in keinem Verhältnis zur Zahl der Demonstranten stand“*, versucht Werner Müller eine „ausgewogene“ Bewertung in seinem kürzlich erschienenen Buch über die Politik der RGO. In: Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht, Köln 1988

Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Mit einem Geleitwort von Heinrich August Winkler.
180 Seiten, zahlr. Abb., brosch., 24 DM
Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1988

Fortsetzung von vorheriger Seite

nur 14 Tage nach dem Berliner Mai stattfand und auf dem neue „Wehrgrundsätze“ der Sozialdemokratie verabschiedet wurden, in denen ein verändertes Verhältnis der SPD zu Militär und Polizei sowie Aufrüstung und Wehrerziehung beschlossen wurde, da diese „Organe der Demokratie“ geworden seien. SPD-Vorsitzender Wels hatte als einziger auf dem Parteitag zum Blutmai geredet und ihn gerechtfertigt: *„Es ist unsere Aufgabe die Demokratie zu sichern, die Republik zu schützen. Gelänge es aber den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland schweren Schaden zuzufügen, daß kein anderer Ausweg bliebe, als die Diktatur, dann sollen Stahlhelm, Nationalsozialisten und ihre kommunistischen Brüder von Moskau wissen: Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, festgefügt in ihren Organisationen, in verantwortungsbewußtem Handeln und unzerbrechlicher Disziplin, würden auch sie zu handhaben wissen. Das Recht der Diktatur fiele ihnen zu und niemand anderem.“* (8) Die KPD mußte diese heroische Pose zur Rettung der Republik gegen sich gerichtet sehen. Folglich war es für sie ein weiterer Beweis für den Sozialfaschismus. Wels' Sozialdemokraten und die Gewerkschaften aber hatten nicht die politische Substanz für wirksamen Widerstand gegen die, die ihrerseits die bürgerliche Diktatur probten: Papens Staatsstreich in Preußen 1932 gegen die sozialdemokratische Braun/Severing-Regierung und Brünings Notverordnungspolitik. So bleibt als Ergebnis vor allem der „Republikschutz“ gegen die Kommunisten, den ihr die Rechten nicht gedankt haben.

Schon 1929 warnte Ossietzky die Republik-Schützer von der SPD: *„Aber es ist ein alter Erfahrungssatz, daß außerordentliche Maßnahmen gegen eine extreme Linke mit rapider Geschwindigkeit nach Rechts zu rücken pflegen. Aus dem Kommunistengesetz wird bald ein Republikanergesetz geworden sein. Heute drischt man noch Kommunisten. Morgen werden ganz Andre an der Reihe sein.“* (9)

Im Jahre 1988 sagte „Spiegel“-Autor Schnoor aus Anlaß der polizeilichen Deeskalationsstrategie gegenüber den Rheinhausener Stahlarbeitern und der gewerkschaftlichen Organisierung der Polizisten, daß *„die bewaffnete Macht nach dem Krieg Teil der Arbeiterbewegung“* geworden sei. (10) Wie gesagt, das hatte die Weimarer SPD 1929 in ihren Wehrgrundsätzen auch schon beschlossen. Die SPD der BRD hat keinen Blutmai gehabt. Aber sie hat den „Radikalenerlaß“ gemacht, in den Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, den „Deutschen Herbst“, die Gesetze der Inneren Sicherheit, die Kontaktsperre, den 129a. Sie hat mit dem „Hamburger Kessel“ und dem Vorgehen in der Hafenstraße Maßstäbe gesetzt, die deutlich machen, was an polizeilicher Aufrüstung existent ist und wie es eingesetzt werden kann, wenn es gegen den Inneren Feind geht. Das darf man nicht vergessen. Auch wenn die Schnoors Kreide fressen, weil Bonn lockt, wissen wir, daß gegebenenfalls der Schlagstock locker sitzt, wenn es gegen links geht.

hr.

Anmerkungen

1) Oskar Negt zitiert in TAZ, 9.6.88; siehe auch Negt in „Vorwärts“ 21.5.88, Sondernummer 125 Jahre SPD. *„Viel Glaubwürdigkeit könnte die SPD heute, da Ausgrenzung kaum noch ein Problem für sie ist, hinzugewinnen, wenn sie weniger Arbeit auf Werte- und Programmdiskussionen und mehr Reflexionszeit auf die Wirklichkeit lenken würde.“*
2) Der SDS-Beschluß der SPD in: FR, 3.6.88
3) Thomas Kurz, „Blutmai“, siehe nebenstehende Rezension
4) TAZ, 6.5.88; Expreß 5, 17.5.88
5) Herbert Schnoor im „Spiegel“, 23.5.88
6) Ernst Thälmann, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei, Rede auf dem 12. KPD-Parteitag am 10. Juni 1929
7) Jakob Links, Thälmann hält Linie, „Die Weltbühne“, 18.6.29
8) Diese Wels Passage zitiert bei Thälmann, siehe Anmerkung 6
9) Carl v. Ossietzky, Kommunistengesetz? „Die Weltbühne“, 21.5.29
10) FR, 5.2.88

Berliner Maitage 1929

Der Blutmai



Am 13. Dezember 1928 verfügte der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel für Berlin ein Verbot aller Versammlungen und Demonstrationen im Freien. Begründet wurde dies mit zunehmend gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Nazi-SA und dem „Rote Frontkämpferbund“ (RFB), der von der KPD geführt wurde. Der preußische Innenminister Grzesinski (SPD) dehnte am 21. März 1929 dieses Verbot auf ganz Preußen aus. Am 23. März veröffentlichte er eine „letzte Mahnung“, die — ohne sie beim Namen zu nennen — gegen die KPD und ihre Verbände gerichtet war. Ultimativ verlangte er die Rückkehr zu „vernünftigen Formen“ der politischen Auseinandersetzung und drohte, er werde *„auch vor der Auflösung solcher Verbände und Vereinigungen nicht zurückschrecken, die gleichzeitig die Form politischer Parteien haben.“*

Die KPD publizierte am 24. März einen Aufruf an die Partei, diesen *„Ausnahmezustand gegen die kommunistische Bewegung“* nicht zu akzeptieren und orientierte auf die Durchbrechung dieses Verbots am 1. Mai. Die Maßnahmen der sozialdemokratischen Sicherheitspolitiker wertete sie als *„die Bereitschaft der regierenden Sozialdemokratie, mit faschistisch-diktatorischen Methoden die klassenbewußte Arbeiterschaft zu knebeln und zu unterdrücken“*. Ihre Mitglieder in den Freien Gewerkschaften rief sie zum Boykott dieser Versammlungen und zur Demonstrationsteilnahme auf.

Im April war klar: Die Maidemonstration in Berlin blieb verboten (während im übrigen Preußen und in Bayern für diesen Tag das Demonstrationsverbot aufgehoben wurde). Die sozialdemokratisch geführten Freien Gewerkschaften machten nicht den geringsten Versuch, gegen das Verbot ihres Kampf- und Feiertages anzugehen und verlegten ihre Veranstaltungen in den Saal. Die KPD agierte verstärkt gegen das Verbot und für eine eigene Demonstration. *„Kampf-Mai 1929“* und *„Die Straße frei dem Proletariat“* lauteten die Losungen. Sie initiierte ein „Großberliner Maikomitee“, das sechs Tage vor dem 1. Mai zum Durchbrechen des Verbots aufrief. In dem Aufruf wurde Zörgiebel angeklagt, Arbeiterblut vergießen zu wollen. Der reagierte vier Tage vorher mit der Ankündigung, die Staatsautorität *„mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“* durchzusetzen. Die SPD-Presse stieg verstärkt ein — vorneweg wieder in Verkennung der historischen Bedeutung seines Namens — der „Vorwärts“: *„Blutkoller bei den Thälmännern“, „KPD braucht Leichen“, „Auf Befehl Moskaus“* lauteten Schlagzeilen kurz vor dem 1. Mai. Höhepunkt war der „Vorwärts“ vom 29.4.29, der unter der Überschrift *„200 Tote am 1. Mai“* „kommunistische Pläne“ „enthüllte“, die einfach erlogen waren.

Barrikaden gegen Arbeitermörder

Etwa 13-14.000 Polizisten wurden am 1. Mai in Berlin zusammengezogen. Sie waren zum Teil seit vierzehn Tagen auf diesen Einsatz vorbereitet worden. Die annähernd genaue Zahl der Demonstranten ist aus den diversesten Quellen und Veröffentlichungen nicht rekonstruierbar, was an der unübersichtlichen Situation an diesem Tag und der (erzwungenen) Dezentralisierung von Demonstration und Aktionen liegt. Buchautor Thomas Kurz erwähnt nur eine Polizeiangabe von 8.000 Teilnehmern, die ebenso maßlos untertrieben sein dürfte, wie die 200.000 in der DDR/DKP-Geschichtsschreibung (aber durchaus auch von Sozialdemokraten übernommenen, z.B. Bernd Rabehl in: Scharrer, Kampflose Kapitulation) übertrieben sind.

Jede Menschenansammlung in Berlin an diesem 1. Mai wurde sofort von einem Trupp Polizisten angegriffen und brutal auseinandergeknüppelt, was in der Polizeisprache die „schonende“ Vorgehensweise war. Bereits um 11.30 Uhr wurde das erstemal in eine Demonstrantengruppe geschossen, ein Demonstrant getötet, vier verletzt. Mittags wurde eine Versammlung der (KPD-dominierten) Gewerkschaft der Rohrleger gestürmt, weil die Polizei die Information hatte, daß diese im Anschluß demonstrieren wollten. Bei der anschließenden Saalschlacht wurden mehrere Arbeiter durch Pistolenschüsse der Polizei verletzt.

Die nachfolgenden Auseinandersetzungen konzentrierten sich vor allem auf die Bezirke Wedding und Neukölln, durch deren Straßen demonstrativ bewaffnete Polizeistreifen fuhren. Menschenansammlungen wurden durch Schlagstock- und Schußwaffeneinsatz auseinandergejagt. Um 14 Uhr wurde im Wedding ein Sozialdemokrat (Reichsbannermitglied) durch einen gezielten Schuß in die Stirn hingerichtet, weil er der Aufforderung nach Räumung der Straße nicht nachkam. Die Auseinandersetzungen eskalierten: *„Kommunisten und übelstes Weddinggesindel“* (so die bürgerliche und sozialdemokratische Presse) begannen, Hindernisse und Barrikaden aus Schutt und Baumaterialien aufzubauen und die Polizei mit Wurfgeschossen aller Art zu attackieren. Diese begann, wahllos mit Pistolen und Karabinern auf alles zu schießen, was sich auf den Straßen bewegte. Zusätzliche Hundertschaften und ein Panzerwagen wurden eingesetzt, dessen Maschinengewehr Häuserfronten und Fenster unter Dauerbeschuß nahm, vorzugsweise solche, aus denen an diesem 1. Mai rote Fahnen hingen. Am Abend des 1. Mai konzentrierten sich die Auseinandersetzungen auf die Kösliner Straße (Wedding), mindestens drei Menschen wurden erschossen, darunter ein Invalide durch die Haustür seiner Wohnung hindurch. Sieben Arbeiter wurden von einem Polizeitrupp überfallen und schwer mißhandelt, als sie mit Luftgewehren vom Maischießen kamen.

Am Abend dieses 1. Mai waren 9 Menschen erschossen, 63 schwerverletzt, 860 festgenommen worden. Die Polizei sprach von 25-30 Verletzten in ihren Reihen, darunter eine Schußverletzung an der Hand, die — wie sich später herausstellte — der Beamte sich mit seiner eigenen Waffe zugefügt hatte.

Ausnahmezustand im Wedding und Neukölln

Die KPD, die die Aktionen nicht organisiert hatte, rief am nächsten Tag „zum Kampf“ und Massenstreik auf gegen *„Zörgiebels Blutmai, den Blutmai der Sozialdemokratie — das ist der Auftakt der faschistischen Diktaturpläne der Bourgeoisie und Sozialdemokratie.“* Dem Aufruf folgten in Berlin nur etwa 25.000. An diesem 2. Mai wurde die Belagerung im Wedding und in Neukölln durch die Polizei fortgesetzt, die Auseinandersetzungen setzten sich bis in die Nacht fort. Am Abend eskalierten sie im Wedding. Gegen die ständigen Polizeiprovokationen waren in der Kösliner Straße Barrikaden gebaut worden, die die Polizei unter Sperrfeuer von MGs und Karabinern stürmte. Bewohner und Demonstranten wehrten sich mit Wurfgeschossen aller
stürmte. Bewohner und Demonstranten wehrten sich mit Wurfgeschossen aller
Art, vereinzelt wurden auch Schußwaffen eingesetzt. Bis in die Nacht hinein dauerten die Kämpfe an, die Polizei stürmte Wohnungen, durchsuchte sie und machte Festnahmen. Am Morgen des 3. Mai verschärfte Zörgiebel das Vorgehen. Teile Neuköllns und des Wedding wurden zu Sperrgebieten erklärt, Kontrollen der Raus- und Reingehenden eingerichtet. Durch Erlaß eines „Verkehrs- und Lichtverbots“ für ganze Straßenzüge wurde der faktische Ausnahmezustand verhängt. Von neun Uhr abends bis vier Uhr früh waren Verkehr und Ansammlungen sowie Aufenthalt in Hausfluren verboten. Straßenwärts gelegene Fenster mußten geschlossen und verdunkelt gehalten werden. *„Zuwiderhandelnde Wohnungsinhaber setzen sich der Gefahr aus, daß diese Fenster unter Feuer genommen werden.“* Vor allem das geschah. In Neukölln wurden Häuserfronten unter Dauerbeschuß von Karabinern und Maschinengewehrgarben aus dem Panzerwagen genommen. Drei Frauen wurden auf den Balkons ihrer Wohnungen erschossen, ein Passant gezielt abgeknallt, als er mit den Beamten über ein Weitergehen verhandelte. Am Abend wurden die Absperrungen durch Stacheldraht und Spanische Reiter verstärkt. Ein neuseeländischer Journalist wurde im Sperrgebiet erschossen (Kommentar von Innenminister Grzesinski im preußischen Landtag: *„Wer sich in Gefahr begibt, kommt in ihr um“*). Erst in der Nacht auf den 4. Mai ebbten die Auseinandersetzungen ab.

33 tote „Lumpenproletarier“

Die blutige Bilanz des 1. Mai 1929 in Berlin: 33 von der Polizei erschossene Arbeiterinnen und Arbeiter, Passanten und viele Unbeteiligte. 198 zum Teil schwer Verletzte und 1.228 Festnahmen. 47 verletzte Polizisten, von denen 10 im Krankenhaus behandelt wurden. Die Behauptungen von bürgerlicher und sozialdemokratischer Presse vom bewaffneten Aufstand erwiesen sich als völlig unhaltbar: Lächerlich wenige Waffen- und Pistolenfunde, keine Schußverletzungen der Polizisten strafen die These von der Reaktion der Polizei auf bewaffnete Auseinandersetzungen ebenso Lügen, wie die Vorwürfe, die KPD hätte den Aufstand organisiert. Nicht nur unabhängige Untersuchungsgremien („Liga für Menschenrechte“, Prominente wie Ossietzky, Münzenberg, Kisch und Heinrich Mann), sondern auch die internen Polizeiakten belegen dies.

Nichtsdestotrotz ließ der SPD-Vorstand am 2. Mai ein Flugblatt verteilen, in dem der KPD das bewußt provozierte Herbeiführen der Toten gerade im sozialdemokratisch regierten Berlin vorgeworfen wurde. Die KPD *„brauchte Leichen“* und machte zu diesem Zweck *„das Lumpenproletariat mobil“. „Diese Opfer sind auf Befehl der kommunistischen Zentrale gefallen“.* Warum geliefert wurde, was die KPD angeblich brauchte und wollte, blieb ungeklärt. Auf jeden Fall brauchten die sozialdemokratischen Innenpolitiker den Anlaß 1. Mai, um das Vorgehen gegen die Kommunisten zu verschärfen. Am 2. Mai wurden für sieben Wochen die „Rote Fahne“ und mehrere andere KPD-Zeitungen in Preußen verboten; am 3. Mai der „Rote Frontkämpfer Bund“. Die KPD-Zentrale in Berlin wurde polizeilich durchsucht. Ein Verbot der KPD wurde aus taktischen Gründen verworfen. Das RFB-Verbot war rechtlich schwer haltbar, weder hatte er die Kämpfe initiiert, noch organisiert, unter den 1.228 Festgenommenen sollen beispielsweise nur 89 RFB-Mitglieder gewesen sein. Zurück ging das Verbot auf zunächst gescheiterte Pläne des deutschnationalen Reichsinnenministers vom April 1928, die Grzesinski seit November 1928 aufgegriffen hatte und wegen Differenzen in der Regierung zurückstellen mußte. Die sozialdemokratischen und bürgerlichen Mai-Legenden waren der Vorwand, ein in der Argumentation und den Ausfertigungen seit einem halben Jahr vorbereitetes Vorhaben in die Tat umzusetzen. Auf Druck von Reichsinnenminister Severing wurde das RFB-Verbot auf einige andere Länder ausgedehnt. Die Nazi-SA und der Stahlhelm (Ehrenpräsident: Reichspräsident Hindenburg) blieben vom Verbot unberührt. Es richtete sich ausschließlich gegen die Kommunisten.

Fortsetzung von vorheriger Seite

nur 14 Tage nach dem Berliner Mai stattfand und auf dem neue „Wehrgrundsätze“ der Sozialdemokratie verabschiedet wurden, in denen ein verändertes Verhältnis der SPD zu Militär und Polizei sowie Aufrüstung und Wehrerziehung beschlossen wurde, da diese „Organe der Demokratie“ geworden seien. SPD-Vorsitzender Wels hatte als einziger auf dem Parteitag zum Blutmai geredet und ihn gerechtfertigt: *„Es ist unsere Aufgabe die Demokratie zu sichern, die Republik zu schützen. Gelänge es aber den Feinden der Republik, der Demokratie in Deutschland schweren Schaden zuzufügen, daß kein anderer Ausweg bliebe, als die Diktatur, dann sollen Stahlhelm, Nationalsozialisten und ihre kommunistischen Brüder von Moskau wissen: Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften als die Vertreter der großen Masse des deutschen Volkes, festgefügt in ihren Organisationen, in verantwortungsbewußtem Handeln und unzerbrechlicher Disziplin, würden auch sie zu handhaben wissen. Das Recht der Diktatur fiele ihnen zu und niemand anderem.“* (8) Die KPD mußte diese heroische Pose zur Rettung der Republik gegen sich gerichtet sehen. Folglich war es für sie ein weiterer Beweis für den Sozialfaschismus. Wels' Sozialdemokraten und die Gewerkschaften aber hatten nicht die politische Substanz für wirksamen Widerstand gegen die, die ihrerseits die bürgerliche Diktatur probten: Papens Staatsstreich in Preußen 1932 gegen die sozialdemokratische Braun/Severing-Regierung und Brünings Notverordnungspolitik. So bleibt als Ergebnis vor allem der „Republikschutz“ gegen die Kommunisten, den ihr die Rechten nicht gedankt haben.

Schon 1929 warnte Ossietzky die Republik-Schützer von der SPD: *„Aber es ist ein alter Erfahrungssatz, daß außerordentliche Maßnahmen gegen eine extreme Linke mit rapider Geschwindigkeit nach Rechts zu rücken pflegen. Aus dem Kommunistengesetz wird bald ein Republikanergesetz geworden sein. Heute drischt man noch Kommunisten. Morgen werden ganz Andre an der Reihe sein.“* (9)

Im Jahre 1988 sagte „Spiegel“-Autor Schnoor aus Anlaß der polizeilichen Deeskalationsstrategie gegenüber den Rheinhausener Stahlarbeitern und der gewerkschaftlichen Organisierung der Polizisten, daß *„die bewaffnete Macht nach dem Krieg Teil der Arbeiterbewegung“* geworden sei. (10) Wie gesagt, das hatte die Weimarer SPD 1929 in ihren Wehrgrundsätzen auch schon beschlossen. Die SPD der BRD hat keinen Blutmai gehabt. Aber sie hat den „Radikalenerlaß“ gemacht, in den Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, den „Deutschen Herbst“, die Gesetze der Inneren Sicherheit, die Kontaktsperre, den 129a. Sie hat mit dem „Hamburger Kessel“ und dem Vorgehen in der Hafenstraße Maßstäbe gesetzt, die deutlich machen, was an polizeilicher Aufrüstung existent ist und wie es eingesetzt werden kann, wenn es gegen den Inneren Feind geht. Das darf man nicht vergessen. Auch wenn die Schnoors Kreide fressen, weil Bonn lockt, wissen wir, daß gegebenenfalls der Schlagstock locker sitzt, wenn es gegen links geht.

hr.

Anmerkungen

1) Oskar Negt zitiert in TAZ, 9.6.88; siehe auch Negt in „Vorwärts“ 21.5.88, Sondernummer 125 Jahre SPD. *„Viel Glaubwürdigkeit könnte die SPD heute, da Ausgrenzung kaum noch ein Problem für sie ist, hinzugewinnen, wenn sie weniger Arbeit auf Werte- und Programmdiskussionen und mehr Reflexionszeit auf die Wirklichkeit lenken würde.“*
2) Der SDS-Beschluß der SPD in: FR, 3.6.88
3) Thomas Kurz, „Blutmai“, siehe nebenstehende Rezension
4) TAZ, 6.5.88; Expreß 5, 17.5.88
5) Herbert Schnoor im „Spiegel“, 23.5.88
6) Ernst Thälmann, Die politische Lage und die Aufgaben der Partei, Rede auf dem 12. KPD-Parteitag am 10. Juni 1929
7) Jakob Links, Thälmann hält Linie, „Die Weltbühne“, 18.6.29
8) Diese Wels Passage zitiert bei Thälmann, siehe Anmerkung 6
9) Carl v. Ossietzky, Kommunistengesetz? „Die Weltbühne“, 21.5.29
10) FR, 5.2.88

„Mit ihrem Blute für den Staat“

Zu Thomas Kurz' „Blutmai“ (1929)

Eine Buchbesprechung

Detailliert und gut recherchiert bemüht sich Thomas Kurz in seinem Buch „Blutmai“, eine einigermaßen objektive Wiedergabe der Ereignisse der Maitage und ihrer Vorgeschichte in Berlin zu geben (vergl. nebenstehende Schilderung des Blutmai). Neben der Darstellung der Kämpfe, einem Kapitel über das Verbot des „Roten Frontkämpferbundes“ ist vor allem der Abschnitt über den „‚Krieg' der Polizei“ bemerkenswert. Es zeigt die Methoden auf, mit denen die linke Opposition observiert und verfolgt wurde, es belegt, daß die Polizei vorher davon informiert war, daß die KPD keinen Aufstand plante, es legt Zeugnis ab von der nicht vorhandenen demokratischen Substanz in den Weimarer Ordnungsorganen, es belegt zudem, wie sehr sich die sozialdemokratischen Innenpolitiker täuschten, wenn sie geglaubt haben, mit der Regierungsgewalt auch die volle Macht über sie zu haben. Andererseits zeigt Kurz durchaus auf, daß die SPD sich vor die Polizei stellte und hinter ihr stand. *„Jedenfalls können wir aus diesen Maitagen die erfreuliche Feststellung ziehen, daß sich die Polizei mit ihrem Ganzen, ihrem Blute, ihrem Leben für den heutigen Staat, und zwar freudig eingesetzt*
zen, ihrem Blute, ihrem Leben für den heutigen Staat, und zwar freudig eingesetzt
hat und zur Verfügung gestellt hat“, erklärte Innenminister Grzesinski vor dem Preußischen Landtag. Ausgerechnet die Maiereignisse dienten ihm als Beleg für die Republiktreue der Polizei. In der heutigen Geschichtsschreibung wird die Funktionalisierung der Polizei für die Nazis häufig als gescheiterte „Erziehungsarbeit“ und vergebliche „Republikanisierung“ der SPD bewertet. Eine Argumentation, die — so Kurz — *„nicht genügend in Betracht zieht, daß an entscheidenden Positionen, gerade auch in der Schutzpolizei, eben doch Sozialdemokraten saßen, und daß die ganze Aktion von diesen verantwortet, durchgeführt und im nachhinein energisch verteidigt wurde.“*

Im Kapitel über die SPD schildert Kurz ausführlich deren Pressehetze, besonders am Beispiel des „Vorwärts“. Deutlich wird auch der Übergang zur Tagesordnung, ohne einen Anflug des Bedauerns über die Berliner Ereignisse. Systematisch und bewußt werden die Toten der KPD angedichtet, alle demokratischen Proteste in die kommunistische Ecke gestellt. Ein Mangel des Buches ist das Fehlen der Rolle der sozialdemokratischen Freien Gewerkschaften bei der Mai-Auseinandersetzung. Die KPD behauptete, daß diese aktiv am Verbot der Mai-Demonstration mitgewirkt hätten. Kurz spricht davon, daß sie *„sich mit dem Verbot arrangierten“* und auf geschlossene Räume auswichen. Im Geschäftsbericht des ADGB von 1930 wird das Ausweichen in den Saal als freiwillige Entscheidung gegen die Kommunisten angegeben, um den 1. Mai *„in würdiger Weise“* zu begehen. (1) Die Gewerkschaften wollten angesichts der Opposition auf den Maidemonstrationen der beiden vorhergehenden Jahre *„nicht noch einmal den kommunistischen Terror dulden und hinter den die Gewerkschaft beschimpfenden Transparenten der Kommunisten demonstrieren“*, erklärte der Berliner ADGB-Vorstand. Daher fühlten sie sich durch das Demonstrationsverbot nicht betroffen. (2) In der Wertung waren sich die Freien Gewerkschaft einig. Typisch der Bericht der „Gewerkschafts-Zeitung“ vom 11.5.29: *„Erst im Dunkel der Nacht wurden an einigen eng begrenzten Stellen von Jugendlichen und lichtscheuen Elementen das Straßenpflaster aufgerissen, Barrikaden errichtet, Geschäfte ausgeraubt und auf die Polizei geschossen. In der notwendigen Gegenwehr der Polizei sind leider auch Unbeteiligte als Blut-und Todesopfer gefallen“*, für die die KPD *„allein die Verantwortung“* hätte. (3)

Obwohl Kurz ohne Schminke die brutalen Arbeitermorde der Zörgiebel-Polizei schildert, stößt dennoch unangenehm sein durchgängiges Bemühen auf, immer wieder nach vermeintlich ursächlichen Verständnis-Motiven für die Polizeiexzesse zu suchen (*„In der durch die kommunistische Propaganda aufs höchste gespannten Lage“*). Gefunden werden sie im wesentlich immer in der linksradikalen Diktion der KPD, in den Momenten von Ungehorsam (aufgereizt durch „provokatives“ Singen der Internationale), und sozialer Rebellion (Barrikadenbau aus „Lust am Radau“), ein ‚Phänomen', das Kurz eingehend beschreibt, aber nicht versteht. Linke Opposition, die radikale Arbeiterbewegung waren für die Organe der Staatsmacht und ihre Politiker — gerade die der SPD — das eindeutig definierte *Hauptfeind*-Bild, das die
ker — gerade die der SPD — das eindeutig definierte *Hauptfeind*-Bild, das die
Berliner Exzesse von 1929 begründet. Auch dies kann man übrigens aus Kurz' Buch herauslesen.

Einem ausführlichen Kapitel über die „Wirkung der Maiereignisse in der KPD“, das immer da stark ist, wo der Autor deren politische Aussagen zur Sozialdemokratie und zum Sozialfaschismus mit der sozialen Lage von Teilen ihrer Basis, mit der Situation von Arbeitslosen und in den Arbeiter-Wohnvierteln konfrontiert, schließt sich ein überflüssiger, weil schlechter Exkurs über den Blutmai in der DDR-Geschichtsschreibung an. Dafür fehlt ein mit Sicherheit interessanter Exkurs über den 1. Mai 1929 in der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik. Typisch dafür die Definition als *„kommunistischer Putschversuch“* auf Anweisung *„russischer Sendboten“* und *„Turkestaner“*, die der frühere SPD-Reichstagsabgeordnete und spätere bayerische Ministerpräsident nach 1945 und SPD-Landtagsabgeordnete, Wilhelm Hoegner, gab. (4) Die Polizei sei gezwungen gewesen, sich gegen den bewaffneten Aufstand zur Wehr zu setzen. Diese Version hat sich bis 1988 erhalten. (5) Man darf gespannt sein, ob Kurz' Buch da eine Veränderung bewirken wird.

Anmerkungen

1) In: Deppe/Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften 1929-1933
2) In: Freya Eisner, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik
3) In: Steffen Lehndorff, Wie kam es zur RGO
4) Wilhelm Hoegner, Der politische Radikalismus in Deutschland 1919-1933
5) *„Trotz des offenen Kurses der KPD auf Gewalttätigkeit mußte die Reaktion der Polizei unangemessen erscheinen; die KPD-Aktionen wurden dadurch moralisch gerechtfertigt, zumal der Polizeieinsatz in keinem Verhältnis zur Zahl der Demonstranten stand“*, versucht Werner Müller eine „ausgewogene“ Bewertung in seinem kürzlich erschienenen Buch über die Politik der RGO. In: Werner Müller, Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht, Köln 1988

Thomas Kurz, „Blutmai“. Sozialdemokraten und Kommunisten im Brennpunkt der Berliner Ereignisse von 1929. Mit einem Geleitwort von Heinrich August Winkler.
180 Seiten, zahlr. Abb., brosch., 24 DM
Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1988

Trotz Geißler & Co. — Neuer KDV-Rekord

Zur Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung

Mit über 63.000 Kriegsdienstverweigerern und über 75.000 Zivildienstleistenden erreichte die Wehrunwilligkeit in der BRD 1987 neue Höchstmarken. 15% der Wehrpflichtigen beantragen heute die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Und dahinter steht ein noch größere Zahl von Wehrunwilligen. Fast jeder zweite junge Mann zwischen 14 und 18 glaubt, *„die Bundeswehr sei nicht mehr nötig"*. (1)

Wie aber steht es um die organisierte Arbeit unter den Kriegsdienstverweigern? Wie steht es um die KDV als politischer Bewegung gegen das Militär?

Diese und andere Fragen sollte ein Kongreß „Gegen Militarisierung: Kriegsdienste verweigern!" diskutieren, der am 14./15. Mai in Frankfurt mit 500 Teilnehmern aus der KDV-Szene stattfand. Nach langen Jahren der Zerstrittenheit hatten die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) und die Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) mit zumindest finanzieller Beteiligung der Grünen erstmals wieder bundesweit gemeinsam etwas zustandegebracht. Wir haben das zum Anlaß genommen, VertreterInnen beider Organisation über den Kongreß und seine Ergebnisse zu befragen.

Heiner Geißler & Co heben heute stolz die Entpolitisierung der Kriegsdienstverweigerung hervor. Die CDU/CSU war 1982 angetreten, um die Wehrunwilligen und Drückeberger in die Schranken zu verweisen. Die KDV-Novellierung war das erste Vorzeigegesetz nach wenigen Wochen der neuen Koalition.

Die derzeitige Praxis hat aber das Ziel, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer zu senken, eindeutig verfehlt. Im Gegenteil: angesichts sinkender Geburtenziffern kann die Sollstärke der Bundeswehr mit 495.000 Mann in Friedenszeiten nur durch zusätzliche Maßnahmen und weitere Wehrdienstverlängerung aufrechterhalten werden. Trotzdem beabsichtigt die Regierung, ihr ursprünglich auf 1990 befristetes KDV-Gesetz in der bestehenden Form fortzuschreiben. Das im KDV-Gesetz bestehende Instrumentarium wird als ausreichend für zukünftige Schikanen angesehen. Bereits heute gibt es neue Planspiele, die Zivildienstzeit nicht nur als billige soziale Hilfsdienste zu nutzen. Man möchte den Zivildienst stärker zu einer paramilitärischen Vorbereitung für einen späteren Kriegsdienst (nur ohne Waffe) ausgestalten.

In diesem AK wollen wir die bisherige und auch zukünftige Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung darstellen und

paramilitärischen Vorbereitung für einen späteren Kriegsdienst (nur ohne Waffe) ausgestalten.

In diesem AK wollen wir die bisherige und auch zukünftige Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung darstellen und

auch ein bißchen naseweise Ratschläge verbreiten, welche politischen Möglichkeiten die Kriegsdienstverweigerung hat.

KDV: Kriegsdienst nur ohne Waffe

Die Bundesrepublik lobt sich vielfach damit, daß sie das liberalste Kriegsdienstverweigerungsrecht auf der Welt habe. *„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffen gezwungen werden"*, heißt es im Grundgesetz. Das KDV-Recht war eine Folge davon, daß die Faschisten Pazifisten und andere Kriegsverweigerer in KZs umgebracht hatten bzw. Hunderttausende, die im Krieg nicht hatten mitmachen wollen, erschossen worden waren. In einer Zeit, in der noch niemand öffentlich von einer Wiederbewaffnung der BRD zu reden wagte, hatten die Väter des Grundgesetzes aber doch schon wieder an alles gedacht. (2)

Als dann 1956 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt wurde, erklärte die Bundesregierung die KDV zum *„Ausnahmerecht"*. (3) General a.D. Kießling drückte es erst kürzlich so aus: *„Das Grundrecht zur Wehrdienstverweigerung dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit der jungen Männer durch den Wehrdienst das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung erst möglich mache."* (4)

Kriegsdienstverweigerer werden im Kriegs- oder Notstandsfall wie Bundeswehrreservisten zum Kriegsdienst in jeder Form, nur ohne Waffen, eingezogen. In Friedenszeiten haben sie einen Ersatzdienst, heute heißt es Zivildienst, abzuleisten und zwar vorrangig (aber nicht ausschließlich) in sozialen Verbänden, die in Kriegszeiten militärisch eingesetzt werden (z.B. im Roten Kreuz). Ihre Zahl darf den Bestand der Bundeswehr nicht gefährden und anerkannt werden soll nur derjenige, der unter keinen Umständen bereit ist, eine Waffe anzurühren, d.h. nur solche, die erfahrungsgemäß im KZ gelandet wären. Perverser- oder besser gesagt logischerweise bekam das Verteidigungsministerium den Auftrag, das Gewissen durch ihre Beamten zu überprüfen. Beauftragte der Bundeswehr sind natürlich am besten geeignet, herauszufinden, wer aus Gewissensgründen völlig wehruntauglich ist. Ist man erst beim Militär, so ist nach wie vor jede Befehlsverweigerung aus Gewissensgründen ausgeschlossen. Für den Kriegsdienst ohne Waffen ist eine Verweigerung ohnehin nicht vorgesehen. Man hat außerdem gelernt, sich einer demokratischen, schönfärberischen Sprache zu bedienen: die Kirchen haben das Wort vom Friedensdienst mit oder ohne Waffen erfunden.

Den Krieg schon wieder vergessen

Als Anfang der fünfziger Jahre die Wiederbewaffnung der BRD immer offener betrieben wurde, hatte noch eine große Mehrheit nach den Kriegserfahrungen die Schnauze voll. Aber als 1957 die ersten Rekruten bzw. ab 1961 die ersten Ersatzdienstleistenden eingezogen wurden, war davon rein gar nichts mehr zu spüren. In der Zeit ab 1957 bis Mitte der sechziger Jahre waren Kriegsdienstverweigerer im wesentlichen radikale oder religiös motivierte Pazifisten; der Anteil der Kriegsdienstverweigerer blieb unterhalb der Einprozentmarke. Allerdings war es in dieser Zeit des Aufbaus der Bundeswehr noch relativ leicht, sich auf anderem Wege, z.B. als „untauglich" vor der Bundeswehr zu drücken.

Die APO radikalisiert die KDV-Bewegung

Die erste Politisierung und einen rasanten Anstieg der Kriegsdienstverweigerung auf etwa die Hälfte heutiger Zahlen brachte die APO und der Vietnam-Krieg. Gerade in diese Zeit fiel 1968 auch die Verabschiedung der Notstandsgesetze zur allgemeinen Planung für den Kriegsfall. 1969 legte der Bundeswehrverband erstmals einen Plan für die allgemeine Dienstpflicht in Friedenszeiten vor, er wollte die Dienstpflicht nicht nur bei Bundeswehr und Ersatzdienst, sondern auch die übrigen und selbst die Frauen sollten einen staatlich verordneten Sozialdienst leisten; Arbeitsdienst hieß das zur Nazizeit, wo solche Planungen auch gleichzeitig offen als Kriegsvorbereitungsmaßnahmen betrieben wurden. Seither geistert diese Vorstellung eines allgemeinen Dienstjahres in allen Parteien herum, doch noch keine Partei hat sich bisher da-

zeit, wo solche Planungen auch gleichzeitig offen als Kriegsvorbereitungsmaßnahmen betrieben wurden. Seither geistert diese Vorstellung eines allgemeinen Dienstjahres in allen Parteien herum, doch noch keine Partei hat sich bisher da-

zu durchgerungen, dies zum Programm zu erheben.

Unter den immer mehr politisierten Kriegsdienstverweigern zur APO-Zeit entdeckten Gruppenleiter bei „ihren" Ersatzdienstleistenden ein *„Sammelbecken für anarchistische Tendenzen"*. 1969 wurden erstmals 150 Ersatzleistende (in Schwarmstedt) kaserniert oder andere zur Feuerwehr geschickt. Die Ersatzdienstleistenden traten daraufhin in einen unbefristeten Streik gegen einen militarisierten Ersatzdienst, dem sich bundesweit 2.000 anschlossen. Die Maßnahmen mußten zurückgezogen werden. (5)

Die Postkartennovelle

1973 vereinbarten SPD und FDP im Rahmen ihres großen Reformprogramms, die Gewissensprüfung für KDV abzuschaffen. Verteidigungsminister Leber und der Chef des Bundesamtes für Zivildienst, das SPD-Mitglied Hans Iven, konnten durchsetzen, daß der Gewissens-TÜV aber nur solange aufgehoben werden sollte, wie der Personalbestand der Bundeswehr nicht gefährdet sei. Weil die SPD/FDP-Koalition keine Mehrheit im Bundesrat besaß, kam es erst 1977 zur KDV-Novelle. (5) Darin waren erstmals auch die Vorstellungen vom „lästigen Zivildienst" festgeschrieben: So sollte der Zivildienst künftig 18 statt 16 Monate dauern (15 Monate betrug die Wehrdienstzeit bei der Bundeswehr). Ausgerechnet der damalige FDP-Bundespräsident Walter Scheel verweigerte dem Gesetz seine Unterschrift, weil die Ausschüsse zur Gewissensprüfung nicht mehr der Bundeswehr sondern dem Arbeitsministerium unterstellt werden sollten. Die SPD/FDP-Koalition kam daraufhin Scheels Wunsch prompt nach. (6)

Am 27.5.1977 wurde das neue Gesetz verabschiedet, das als „Postkartennovelle" in die Geschichte einging. Die CDU machte Stimmung mit der Behauptung, daß diese Novelle die *„faktische Abschaffung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht"* bedeute. (7) Es werde die *„allgemeine Wehrpflicht und damit die Verteidigungsbereitschaft aushöhlen"*. (6) CDU/CSU gingen zum Bundesverfassungsgericht und der AK sah schon damals voraus, daß von dem neuen Gesetz *„lediglich eine Verlängerung der Zivildienstzeit (...) übrig bleiben"* werde. (6) Ganz offensichtlich hatte die SPD die Wehrunwilligkeit unterschätzt. Als im November 77, in einem Monat, mehr als 10.000 Anträge auf KDV eingingen, wurde im Verteidigungsministerium überlegt, *„die im Gesetz enthaltene Notbremse zu ziehen"*, d.h. den Gewissen-TÜV wieder einzuführen. (8) Das war aber nicht nötig, denn das Bundesverfassungsgericht entschied wunschgemäß im Dezember 1977 die Aussetzung der „Postkartennovelle" und verwarf am 13.4.78 endgültig das Gesetz als verfassungswidrig. Verteidigungsministerium und Bundesamt für Zivildienst hatten das ihre für diese Entscheidung geleistet, sie waren mit gefälschten Horrorzahlen vor dem Gericht erschienen, wie später nachgewiesen werden konnte. (9) Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Urteil, daß für 130.000 Kriegsdienstverweigerer keine Zivildienstplätze vorhanden seien und der Bestand der Bundeswehr schon 1978 nicht mehr ge-

Das Bundesverfassungsgericht erklärte in seinem Urteil, daß für 130.000 Kriegsdienstverweigerer keine Zivildienstplätze vorhanden seien und der Bestand der Bundeswehr schon 1978 nicht mehr ge-

währleistet werden könnte. Bei Verkündung des BVG-Urteils streikten 1978 über 5.000 ZDLler, und mehr als 10.000 Menschen demonstrierten in Dortmund gegen Gewissen-TÜV und Arbeitsdienst. (5)

Wettstreit der Parteien um den lästigen Zivildienst

Bis zur Regierungswende 1982 blieb das alte Gesetz, wie es vor der Postkartennovelle bestanden hatte, in Kraft. Ohne FDP/SPD-Mehrheit im Bundesrat hätte ein neues Gesetz der Zustimmung aller Parteien bedurft. Alle interfraktionellen Verhandlungen dazu scheiterten. Alle Parteien — selbst die CDU hatte sich dazu im November 1981 durchgerungen — wollten die Abschaffung der Gewissenprüfung. Nur die CSU blieb hart für die Beibehaltung der Gewissenprüfung und hat sich schließlich durchgesetzt. Umstritten war zwar nicht das Prinzip des lästigen Zivildienstes, aber die festzuschreibende Dauer. Die SPD bot 16 bis 19 Monate an, die CDU wollte 21 und die CSU sogar 24 Monate, das Höchstmaß, das das Bundesverfassungsgericht zuließ, obwohl es im Grundgesetz ausdrücklich heißt: *„die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen"* (§ 12a, Abs. 2). Es blieb also dabei, daß die SPD/FDP-Koalition unterhalb der Gesetzesebene schon einige Verschlechterungen für die Zivildienstleistenden durchzog. Bereits Anfang der 80er Jahre mußten zwei Drittel der Zivildienstleistenden statt zuhause in Dienstunterkünften wohnen (Mitte der 70er Jahre waren es erst ein Drittel), und es wurden mehr Zivildienstleistende heimatfern einberufen.

Bremen 1980 — Ein Schlag gegen die Bundeswehr

Gerade Anfang der 80er Jahre schnellte die Zahl der Kriegsverweigerer noch einmal gewaltig nach oben. Es war die Zeit, in der Reagan verkündete, daß wir noch den Untergang des „Reichs des Bösen" erleben würden, die Zeit der Kampagne gegen die Nachrüstung und der Friedensbewegung bis zur Stationierung 1983, die eine erhebliche Verschiebung des allgemeinen Bewußtseins zu Militär- und Sicherheitsfragen mit sich brachte. Aber bevor es noch richtig mit der Friedensbewegung losgegangen war, brachte 1980 der Versuch der Bundeswehr, sich öffentlich bei Rekrutengelöbnissen von der Bevölkerung feiern zu lassen, einen herben Rückschlag. Nach den sogenannten Krawallen von Bremen am 6.5.1980 protestierten im selben Jahr über 40.000 Menschen in der BRD gegen verschiedenste Gelöbnisse. Obwohl Peter Boenisch naßforsch kommentierte: *„Je blindwütiger sie protestieren, desto mehr wird die Bevölkerung ihre Verteidiger verteidigen"*, (10) war klar, daß sich die Bundeswehr einen Schuß nach hinten organisiert hatte. *„Die Bremer Ereignisse haben ein neues politisches Datum gesetzt"*, gab der damalige Verteidigungsminister Apel zu. (11)(12) Scheel klagte: *„Die Gesellschaft hat die Existenz der Bundeswehr zwar hingenommen — aber sie hat sie noch nicht geistig verarbeitet."* In der „Welt" kommentierte Rüdiger Moniac: *„Nach Hiroshima und Nagasaki ist die jahrhundertelang an-*

Scheel klagte: „Die Gesellschaft hat die Existenz der Bundeswehr zwar hingenommen — aber sie hat sie noch nicht geistig verarbeitet." In der „Welt" kommentierte Rüdiger Moniac: „Nach Hiroshima und Nagasaki ist die jahrhundertelang an-

erkannte Definition von Militär als einem rational anwendbaren Instrument zur gewaltsamen Durchsetzung außenpolitischer Ziele endgültig hinfällig geworden. (...) Angesichts solcher moralisch-sittlichen Streßlagen, ausgelöst vom Kriegsverhinderungsdenken unserer Zeit, wird letztlich klar, warum die Abschreckungsstrategie des westlichen Bündnisses immer wieder von Vertrauenskrisen breiter Bevölkerungsschichten begleitet ist. Solche Zweifel schlagen natürlich durch bis zum ‚letzten Rekruten', der sich zwangsläufig fragt, ob sein militärischer Dienst überhaupt noch einen Sinn habe." Mancher entdecke, *„wenn er nur gewitzt genug ist, plötzlich sein ‚Gewissen'."* (13)

Vor diesem Hintergrund ist der damalige Anstieg der Kriegsdienstverweigererzahlen vollkommen erklärlich, obwohl die die Friedensbewegung dominierenden Kräfte bemüht waren, die Bundeswehr aus der Kritik auszusparen. Es durften zwar unter allgemeinem Beifall Kriegsdienstverweigerer auf Kundgebungen ihren Protest gegen die Nachrüstung verkünden, es gab einzelne Verweigerungsaktionen, Wehrpaßverbrennungen, den weitgehend gescheiterten Versuch der „Hamburger Aktion", bundesweit eine Verweigerungskampagne in Gang zu bringen, aber ansonsten blieb es beim Minimalkompromiß gegen die Nachrüstung. Erst als das Scheitern der Kampagne gegen die Nachrüstung 1983 deutlich wurde, gab es plötzlich, aber eben viel zu spät, Debatten um die Verweigerung (s. auch Extra-Artikel dazu). Auch heute noch enthält jeder Aufruf der Friedensbewegung nicht mehr als die Forderung nach konventioneller Abrüstung und Ausgabensenkung und keine fundamentale Kritik an der Bundeswehr.

Keiner kann es so wie Heiner!

Mitten in der Kampagne der Friedensbewegung übernahm die CDU/FDP-Koalition die Regierung. CDU/CSU konnten nach jahrelanger Propaganda gegen die SPD, die die Sicherheit der BRD gefährde und gegen Wehrunwilligkeit und Ungerechtigkeit nun zeigen, wie sie mit dem Problem fertig werden würde. Und noch im November 1982 verkündete Geißler stolz: *„Die neue Koalition hat innerhalb von wenigen Wochen diese Sache* (die KDV-Neuregelung — Anm. AK) *geregelt (...), eine Angelegenheit, zu der die alte Koalition in sieben Jahren nicht in der Lage war."* (14) In dem vorher abgehaltenen Bundestagshearing waren alle Befragten (bis auf den Bundeswehrverband und die christlichen Gewerkschaften) für die Abschaffung des Gewissen-TÜVs eingetreten, dennoch blieb er auf CSU-Wunsch hin im Gesetz erhalten. (15) *„Wenn die Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen könne, weil zu viele Bürger den Dienst mit der Waffe ablehnten, dann könne allerdings das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht mehr geschützt werden"*, erklärte Geißler die Intention des Gesetzes. (16)

Geißler: Gewissensprüfung abgeschafft!

Geißler behauptet nun allerorten, die Ge-

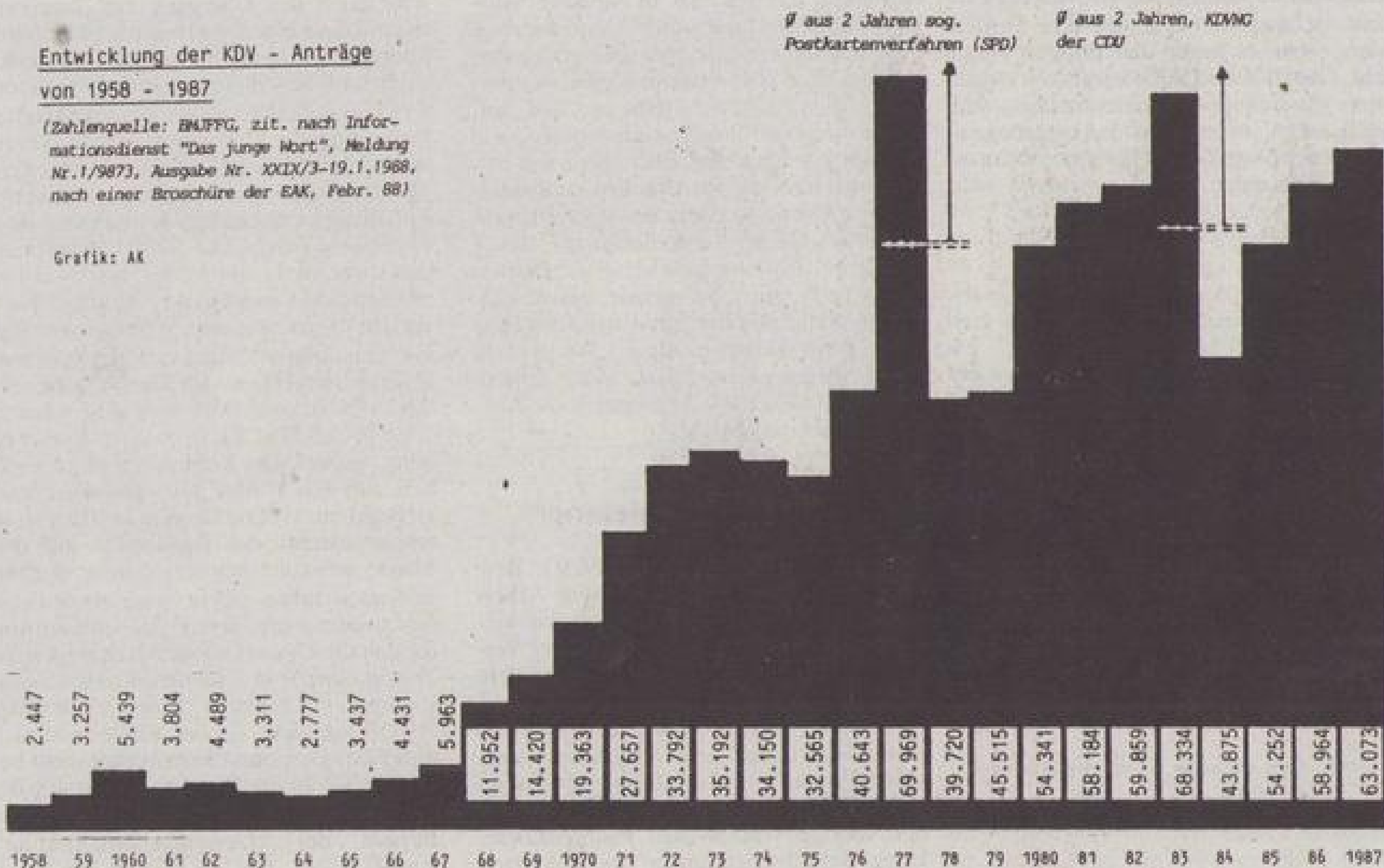
Geißler: Gewissensprüfung abgeschafft!

Geißler behauptet nun allerorten, die Ge-

wissensprüfung abgeschafft zu haben. (17) Diese Lüge baut darauf auf, daß derzeit in fast 90% der Fälle nur noch das Bundesamt für Zivildienst die schriftlichen KDV-Anträge auf ihre Glaubwürdigkeit hin prüft (was auch Nachfragen und Schnüffeleien einschließt (18)). „Nur" in den restlichen gut 10% der Fälle führen die Prüfungsausschüsse der Bundeswehr mündliche Anhörungen nach altem Muster durch. (*„Nehmen wir mal an, Sie gehen mit Ihrer Freundin nachts im Park spazieren. Plötzlich kommt eine Horde Russen stockbesoffen (...)"* (19)) Das Gesetz schreibt diese Form der Prüfung generell in Notstandslagen bzw. auch heute schon für verweigernde Soldaten und Reservisten vor und von wenigen Ausnahmen abgesehen wird nur noch hier geprüft. In früheren Jahren lag die Durchfallquote der Verweigerer zwischen 30 und 50% in erster Instanz. Schon deshalb mußte sich ein KDVler zwangsläufig ein Stück weit organisieren, um für die Klippen eines Gewissens-TÜV-Verfahrens gerüstet zu sein. Gerade in dieser Verfahrensänderung liegt der Grund dafür, daß der derzeitige BAZ-Chef Hintze (Pfarrer und ehemals stellvertretender RCDS-Vorsitzender und heute einer von Blüms Stellvertretern in NRW) stolz verkündet: *„Der Zivildienst ist entpolitisiert und individualisiert"*. (20)

Wehrgerechtigkeit durch Zuvieldienst

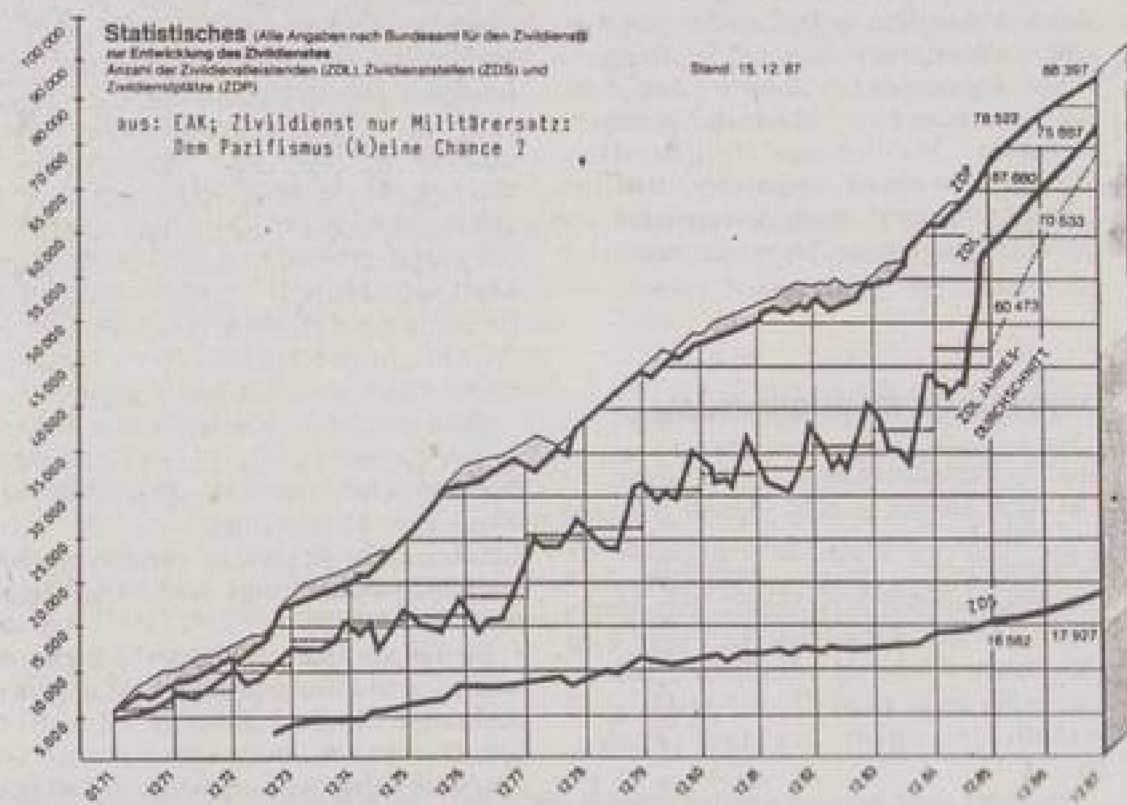
Das neue Verfahren hat zudem noch einen grandiosen Nebeneffekt: Es ist schneller. Damit wurde innerhalb kürzester Zeit der Antragsstau der KDV-Anträge von 100.000 im Jahre 1982 auf knapp 40.000 im Herbst 1985 abgebaut. Da-



Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

durch können jetzt auch alle zu ihrer „vaterländischen Pflicht" einberufen werden. Die Zahl der Zivildienstplätze wurde durch Zusatzmaßnahmen hochgetrieben, von 50.000 im Jahre 1981 auf 88.397 Ende 1987. Den größten Zuwachs verzeichneten Betreuungsdienste und Pflegehilfe (Sozialstationen), wo man mit Billigstkräften, die außerdem keinerlei Rechte besitzen, Sozialleistungen sparen konnte. (18) Gleichzeitig schrieb das Gesetz vor, daß der Zivildienst generell ein Drittel länger als der Wehrdienst zu sein hat. Das Bundesverfassungsgericht hat 1985, als die SPD gegen das CDU/CSU-Gesetz vor das Gericht zog, diese Regelung als verfassungskonform gekennzeichnet (wiederum bei einer Gegenstimme). Und so stieg die Zahl der Dienenden noch schneller als die KDV-Zahl. Seither sind Geißler & Co voll des Lobes für ihre früheren „Drückeberger". *„Wenn ich das Wort schon höre!* meint BAZ-Chef Hintze. *„Das sollte nun wirklich in keinem Kopf mehr herumspuken. Wer 20 statt 15 oder, ab Juni 1989, 24 statt 18 Monate dient, ist nun wirklich kein Drückeberger. (...) Die Motivation ist wirklich sehr gut.*



Was die Zivildienstleistenden für die Allgemeinheit tun, das verdient unser aller Anerkennung und Respekt. Ein Drückeberger nimmt das alles nicht auf sich." (21)

Die Offensive ist aufgeschoben

Die neue CDU/CSU-FDP-Regierung hat nach 1982 nicht die Totaloffensive gegen die Kriegsdienstverweigerer eingeleitet, wie ihre Propaganda vielleicht erwarten ließ. Sie ist dieselben Wege wie die Schmidt-Regierung gegangen, hat allerdings die Gesetzesmaßnahmen über das von der SPD vorgesehen Maß hinaus verschärft. Es ging ihr darum, wie es die „Frankfurter Allgemeine" ausdrückte, *„psychologische Hindernisse gegen ihre Verteidigungspolitik zu beseitigen. In einem Jahr steht die Nachrüstung an. Da finden es Kohl und Genscher zweckmäßig, vorher Symbole abzubauen, an denen sich der Verteidigungsunwille in der Bevölkerung entzünden könnte — und dazu gehört die sogenannte Gewissenprüfung für Wehrdienstverweigerer".* (22) 1985 hat Rita Süßmuth, die Nachfolgerin von Geißler, dies noch einmal als den entscheidenden Erfolg herausgestrichen.

In einem Punkt hat dabei das neue KDV-Gesetz „versagt". *„Geißler rechnet wegen der längeren Dienstzeit mit einem Rückgang der Zahl der Kriegsdienstverweigerer",* hatte man 1982 verkündet. (23) Als 1984 die KDV-Zahlen vorübergehend absackten, glaubte die Regierung dieses Ziel erreicht zu haben. Allerdings muß man wissen, daß die hohe Zahl der KDV-Anträge 1983 dadurch zustandegekommen war, weil viele noch vorzeitig ihren KDV-Antrag gestellt hatten, um noch in den Genuß des alten Gesetzes und kürzerer Zivildienstzeit zu kommen. Es gab zusätzlich noch 17.000 Anträge von unter 18jährigen, und selbst für Jungen im Babyalter waren aufgrund einer Kampagne der KDV-Organisationen KDV-Anträge gestellt worden, die das BAZ nicht anerkennen will. Weil inzwischen die geburtenschwachen Jahrgänge ins wehrpflichte Alter kommen — der Pillenknick macht's möglich — fehlen Hochrechnungen zufolge der Bundeswehr Mitte der 90er Jahre bis zu 120.000 Soldaten. Neben anderen Maßnahmen wird deshalb ab Mitte 1989 die Wehrdienstzeit auf 18 Monate und in den neunziger Jahren vermutlich auf zwei Jahre verlängert werden. (Die Zivildienstzeit würde dann 32 Monate betragen.)

Wenn die Herrschenden davon ausgehen, die KDV-Szene sei entpolitisiert genug, und die Proteste wieder abgeebbt, sind die nächsten Vorstöße sicher. Jüngst entwickelte der Oberfeldarzt der Reserve, Dr. R. Schultze, im Regierungsauftrag ein „Modell eines koordinierten Sanitätsdienstes". Danach sollen ZDLer statt einer vierwöchigen Grundschulung wie bei der Bundeswehr eine dreimonatige kasernierte Grundausbildung über Feuerwehrtechniken, Bergungsdienst, Erste Hilfe, Krankentransport, etc. erhalten und in der Folgezeit bei ihrer „Einheit", der Feuerwehr, dem Krankenhaus, dem THW, der Sozialstation etc. verbleiben. Der Atomkrieg sei zwar *„sanitätsdienstlich nicht beherrschbar",* aber man brauche die ZDLer als *„Personalreserve"* für den Massenanfall von Verletzten in einem konventionellen Krieg und auch *„Frauen ließen sich verstärkt in ein solches Konzept einbinden."* (24)

Ma. + HH

ANMERKUNGEN

(1) Henning von Ondarza, Generalinspekteur des Heeres; nach FR, 6.4.88
(2) Die Väter des Grundgesetzes diskutierten die Ausgestaltung des Zivildienstes, ihre Einbeziehung im Kriege, usw. schon 1948. Logisch, denn was braucht man ein KDV-Recht im Grundgesetz, wenn nicht an Kriegsdienst gedacht ist. Dies belegen die Protokolle der Debatten um die KDV-Passagen im Grundgesetz, s. AK 249, S. 17: „KDV — wie Keiner Darf Vergessen"
(3) s. AK 120, S. 24: „KDV — Ein Grundrecht, das verweigert wird"
(4) lt. Welt am Sonntag, 20.4.86
(5) s. AK 222, S. 19: „Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst"
(6) s. AK 109, 25.7.77, S. 21
(7) s. AK 120, S. 1/24
(8) FR, 17.12.77
(9) Pfarrer Ulrich Finckh, damals Geschäftsführer der evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, legte eine Broschüre „Statistik gegen Recht" vor, in der er die dem Gericht vorgelegten Zahlen als *„Musterbeispiel statistischer Lüge"* bezeichnete. S. AK 169, S. 22
(10) Welt, 14.11.80
(11) lt. Zeit, vom 14.11.80
(12) s. AK 192, 5.1.81, „Wehrunwilligkeit und Antikriegsbewegung"
(13) Welt, 8.11.80
(14) Weser-Kurier, 4./5. 12.82
(15) s. AK 229, S. 11
(16) FR, 27.11.82
(17) Geißler in diversen Veröffentlichungen, s. etwa Presseerklärung des Familienministeriums Nr. 163, vom 27.12.83
(18) „Vier Jahre Erfahrungen mit dem Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz", herausgegeben von der Zentralstelle f. Recht u. Schutz des KDV, März 88
(19) Befragung eines Kriegsdienstverweigerers durch einen zuvorkommenden und liberalen Kammervorsitzenden, Lied von Franz Josef Degenhardt
(20) Hintze am 19.5.85 vor der Oldenburger Reserve-Offiziers-Gemeinschaft, nach „Ausbruch" Nr. 23, Zeitung der SOdZDL
(21) Hintze im Westfalen-Blatt, 30.6.87
(22) FAZ, 19.11.82
(23) FR, 19.12.82
(24) taz, 13.5.88





Kongreß Kriegsdienste verweigern

Stellungnahmen der Organisatoren

Manfred Wagner von der Bundeszentrale der SOdZDL und Achim Hänlein, Redakteur des „Ausbruch", Zeitung der SO

Manfred und Achim, mit welchem Ziel ist der Kongreß von der SOdZDL mitveranstaltet worden? Was habt ihr erwartet?

Manfred: Es gab für uns zwei Zielsetzungen: Das eine war die internationale Frage, die die SOdZDL schon seit acht Jahren zunehmend vorangetrieben hat. Der 15. Mai, der internationale Tag der Kriegsdienstverweigerer, sollte gestärkt werden und das war auch der Fall.

Zum anderen befaßte sich der für uns erst einmal näherliegende Teil des Kongresses mit der aktuellen Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes. Wir wollten die Kriegsdienstverweigerung wieder zum Thema machen mit dem Ziel, daß die KDV an politischem Gewicht gewinnt und wir so der Möglichkeit näher kommen, Kriege bzw. Kriegsplanungen verhinderbarer zu machen.

Achim: Ich sehe auch zwei Bereiche, die mir wichtig waren. Der Kongreß hat eine Belebung der ganzen KDV-Szene gebracht; die verschiedenen Gruppen sind mal zusammengekommen und haben verschiedene Aspekte der KDV diskutiert. Zum zweiten ging es um eine Forcierung der inhaltlichen Diskussion. Aus SO-Sicht sind für mich dabei zentral: der sozial- und arbeitsmarktpolitische Aspekt des Zivildienstes, dann die Thematisierung als Zwangsdienst und seine Einbindung in militärische Strukturen. Es ging also darum, die Kriegsdienstverweigerung als eine antimilitaristische Handlung zu thematisieren und vielleicht ein bißchen mehr zu verankern. Gerade unter den jungen KDVern hat das ursprüngliche Wort *Kriegsdienstverweigerung* an Wert verloren. Anstelle dessen ist eine Entscheidung gegen den Bund und für den Zivildienst getreten.

Die Zusammenarbeit von SO und DFG/VK auf Bundesebene ist etwas Neues an diesem Kongreß. Wie kam es dazu, und was habt ihr euch davon versprochen?

Manfred: Ja, es gab lange Schwierigkeiten zwischen den beiden Organisationen und Auseinandersetzungen auf bundesweiter Ebene, obwohl vor Ort die Zusammenarbeit teilweise sehr gut lief. Dieser Kongreß hat es zumindest geschafft, daß auf bundesweiter Ebene zwischen der DFG/VK und der SO die Zusammenarbeit sehr konstruktiv gelaufen ist. Da sehe ich positive Entwicklungen des Zusammenrückens, auch mit den Grünen, obwohl die leider Gottes personell sehr unterrepräsentiert waren; aber eine gute Nachbereitung läßt da vielleicht noch einiges hoffen.

Achim: Ich bin sehr positiv überrascht. Noch vor einem Jahr hätte ich nie gedacht, daß gleichberechtigtes Neben- und Miteinander von SOdZDL und DFG/VK an so exponierter und sensibler Stelle wie einem Kongreß möglich sein würde. Keine Organisation hat inhaltliche Ansprüche zurückstecken müssen, wenngleich manche Pointierung der Bandbreite gewichen ist. Ich hoffe, daß diese positive Erfahrung in Zukunft einige Wirkung zeigt. Hoffentlich gewinnt jene Strömung in der DFG/VK die Oberhand, die es ehrlich mit uns meint, schließlich gibt es auch DFGler, die aus taktischen Gründen fair zu uns sind.

Was hat der Kongreß inhaltlich geleistet? Sind eure Erwartungen erfüllt worden?

Manfred: Der von mir als erster Teil angesprochene internationale Aspekt ist voll durchgeschlagen. Es hat in der BRD noch nie eine Zusammenkunft gegeben, wo sich KDVer aus verschiedensten Krisengebieten zusammengefunden haben: Aus Namibia waren zwei da, zwei Vertreter aus dem Iran und zwei aus dem Irak. Darüber hinaus waren Griechen, Spanier, Belgier, Franzosen, Polen und Österreicher vertreten. Hier wurden auch gemeinsame Schritte für die Zukunft besprochen. Wir wollen auf jeden Fall solche internationalen Solidaritätsaktionen mit dem Kampf gegen die Wehrpflicht verbinden.

Beim zweiten Punkt — der Situation in der BRD —, da ist zu hoffen, daß aus der guten Zusammenarbeit Aktionen und Kampagnen resultieren werden.

Achim: Bei den Ergebnissen des Kongresses sehe ich drei große Punkte. Der Anspruch, der vor dem Kongreß postuliert worden ist: Wir erarbeiten die Perspektiven der KDV- und ZD-Bewegung, ist für meine Begriffe völlig gescheitert. Es hat keine Perspektiven auf diesem Kongreß gegeben und das war auch nicht zu erwarten. Der Kongreß hat m.E. den entscheidenden Geburtsfehler gehabt, daß er von der Funktionärsebene, wenn ich den Begriff mal gebrauchen darf, geplant und instruiert worden und nicht von einer Bewegung ausgegangen ist, die nach Diskussion und Belebung gedürstet hat. Der Anspruch nach Perspektiven hätte vorher auch so nicht postuliert werden sollen und dürfen.

Manfred: Dazu ist zu sagen, daß das Vorbereitungstreffen nie postuliert hat, gültige Perspektiven zu entwickeln, sondern wir haben gesagt, wir versuchen uns zusammenzusetzen, weil jede Organisation für sich festgestellt hat, daß wir in gewisser Weise nicht weiterkommen mit dem,

Fortsetzung nächste Seite

Politisierte KDV — Infragestellung der Bundswehr

Die Wehrunwilligkeit in der BRD ist ein allgemeines Ärgernis für die Herrschenden. 15% der Wehrpflichtigen stellen KDV-Anträge, mindestens 30% überlegen sich, einen solchen Antrag zu stellen. Die Hälfte der Jugendlichen hält weder die BRD für bedroht, noch die Bundeswehr für nötig. (1)(2)

Jedesmal, wenn der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr infrage gestellt wird, erhebt sich ein großes Geschrei. So war es nach den Störungen der Rekrutengelöbnisse 1980, und so war es, als Ende 1983 verschiedene Schriftsteller, bis hin zu Günter Grass *„zur Verweigerung eines nach unserer Überzeugung verfassungswidrigen Wehrdienstes"* in der „Heilbronner Erklärung" aufriefen. Der Verteidigungsauftrag sei solange *„pervertiert",* bis die BRD *„frei von Massenvernichtungs- und Angriffswaffen"* sei. Staatssekretär Würzbach nannte das eine *„ganz militante Vorbereitung (...) für einen geistigen Bürgerkrieg",* CDU-Mertes eine *„Aufhetzung der Bevölkerung",* für CSU-Bötsch waren das *„Haßtiraden und Hetzparolen"* und für SPD-Porzner eine *„ungeheuerliche Diffamierung für Soldaten".* (3) Leider nahmen die Schriftsteller, die offenbar nicht mit solchen Reaktionen gerechnet hatten, schon zwei Monate später ihren Aufruf klammheimlich zurück. (4)

Als ein Arzt auf einer Podiumsdiskussion erklärte, *„alle Soldaten sind potentielle Mörder",* wurde er wegen Volksverhetzung und Beleidigung der Bundeswehr angeklagt und in erster Instanz zu 10.500 DM Strafe verurteilt, in zweiter Instanz aber freigesprochen, worauf sich ein großes Gejaule erhob. *„Wer das sagt, sät Haß in unserem Volke",* meinte Genscher; *„sollen wir einen Staat verteidigen, dessen Rechtssprechung solche Eskapaden zuläßt",* fragte ein Oberfeldwebel. (5)

Nach innen gilt in dieser Gesellschaft außer für staatliche Organe das absolute Gewalttabu. Jemanden, der mit voller Absicht tötet, nennt man einen Mörder oder wer es plant, einen potentiellen Mörder. Wer sich auf solche Taten gegen den äußeren Feind vorbereitet, gilt hingegen als potentieller Held, oder jemand, der *„darauf hinwirkt, daß Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland Wirklichkeit werden".* (6) Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr meinte, es gehe *„um die Entschlossenheit zum Kampf. (...) Es hat keinen Sinn, einen Soldaten in eine Uniform zu stecken, nur zu dem Zweck, daß er sagt: ‚Ich will eigentlich nicht schießen, denn ich will ja den Frieden.' Ein Soldat muß glaubwürdig sagen können: ‚Ich kann schießen und wenn ich muß, werde ich schießen.'* " (7)

Doch Untersuchungen belegen, ‚daß die Masse derjenigen, die zur Bundeswehr gehen, diese Frage beiseite schieben. Viele glauben allen Ernstes, bei der Bundeswehr die notwendigen Mannestugenden für dieses Leben zu erwerben. (8)

Von den KDV-Organisationen hört man grundsätzliche Kritik an der Bundeswehr nur selten. Ihre Vertreter klagten auf dem KDV-Kongreß über die Entpolitisierung der Kriegsdienstverweigerer. Thema war zwar die zivil-militärische Verplanung des Zivildienstes aber nicht die zwar riskante aber notwendige Kritik an der Bundeswehr. Offenbar ein allzu heißes Eisen.

Solange die Kriegsdienstverweigerer den Rest brav zur Bundeswehr gehen lassen, wird BAZ-Chef Hintze hocherfreut sein und sie loben. Für die nächste ZDL-Generation aber wird schon an der Verschärfung gearbeitet.

HH

ANMERKUNGEN

(1) s. nebenstehenden Artikel
(2) SINUS-Studie 1986, zitiert nach Zivilcourage, Sonderausgabe zum Kongreß in Frankfurt
(3) AK 242, S. 11
(4) AK 244, S. 9
(5) Neue Hessische Zeitung, Februar 88 und FR, 8.1.88
(6) General a.D. Kießling in WamS, 20.4.86
(7) FAZ, 30.5.80
(8) Hanne Birkenbach in FR, 10.4.86

Fortsetzung von vorheriger Seite

was wir praktizieren und mit dem, was wir wollen. Uns ging es gerade darum, eventuell sogar die „Schlappe" in Kauf zu nehmen, daß wir keine konkreten Perspektiven benennen können. Wir haben uns darauf verständigt, kontrovers zu diskutieren. Wir wollten Meinungen zusammenbringen.

Ich denke aber schon, daß wir einige Perspektiven haben. Es ist einhellige Meinung, verstärkt zu publizieren und zu informieren, daß der Zivildienst nichts anderes ist als Ersatzdienst für Militärdienste in kleinen Strukturen und gleichen Zielen, nur ohne Waffen. Es soll stärker auf die Totalverweigerung ebenso wie auf den internationalen Aspekt verwiesen werden.

Achim: Ich stelle fest, daß der Kongreß mit wenigen Ausnahmen eine Bestandsaufnahme der ganzen Bewegung gewesen ist. Das finde ich auch durchaus gut, daß das so mal gelaufen ist. Ich bezweifle nur, daß diese Belebung der Diskussion besonders lange vorhalten wird, weil an Perspektiven eben nicht viel herausgekommen ist. Was ich noch ein bißchen vermißt habe ist, daß der Kongreß eigentlich eine Chance gewesen wäre, einen Vorstoß in weitere gesellschaftliche Bereiche, wie z.B. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Schülervertretungen oder Jugendgruppen zu machen. Stattdessen ist die KDV-Bewegung im Großen und Ganzen in ihrem Ghetto, unter sich geblieben. Wir haben Positionen in verschiedenen Gruppen ausgetauscht und wir sind dort wie immer zu bestimmten Themen aufeinandergeprallt: z.B., ist der Zivildienst reformierbar? Dazu gehen die Meinungen auseinander, entweder den Zivildienst möglichst zum sozialen Friedensdienst zu reformieren oder ihn rigoros abzuschaffen. Hier hat es keine großartige Annäherung der Positionen gegeben. Wenn die Thematisierung von KDV als antimilitaristische Aktion weitergreifen und vorangetrieben werden soll, kommen wir nicht darum herum, aus unseren Kreisen herauszukommen. Wenn man daran denkt, daß zur Zeit jährlich 60-70.000 Jugendliche den Kriegsdienst verweigern und welche positive Motivation dahinter steckt, dann ist es einfach traurig, daß wir so wenig Fuß fassen können in diesen Kreisen.

Was der Kongreß bestimmt gebracht hat, ist die relativ breite Diskussion vor allem des Zivildienstes im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Zusammenhang und seiner militärischen Verplanbarkeit. Diese Diskussion hat vor allem die SO gepowert. Das ist hier für viele zum ersten Mal thematisiert worden, viele haben das bisher nicht so als Problem gesehen.

Bei vielen ZDLern und KDVern scheint eine Lücke zu klaffen — von der Analyse her eigentlich totalverweigern zu müssen, aber trotzdem Zivildienst abzuleisten. Hat der Kongreß Antworten gefunden, diese Lücke zu schließen?

Achim: Dies kann es nicht geben, solange die Verweigerung des Zivildienstes so hart bestraft wird. Solange wird es keine Antwort von ZDLern geben, die über das hinausgeht, was wir zur Zeit haben.

Achim: Dies kann es nicht geben, solange die Verweigerung des Zivildienstes so hart bestraft wird. Solange wird es keine Antwort von ZDLern geben, die über das hinausgeht, was wir zur Zeit haben.

Manfred: Ich bezeichne das als scheinbare Schizophrenie. Ich denke mir, es kann auch nur in gewisser Weise eine wirklich adäquate Lösung gefunden werden.

Positiv ist, daß mehrere SO-Gruppen zur Zeit planen, die Wintex-Zivimäx-Übungen zu stören. Klar, wir erfüllen eine bestimmte Funktion als Kriegsdienstverweigerer, wenn wir Zivildienst leisten. Aber wir verstehen uns ja als Kriegsdienstverweigerer, wir müssen also gegen die Planungen und Verplanungen, gegen die wir uns möglicherweise wehren können ohne direkt in den Knast gesteckt zu werden, auch praktisch etwas tun.

Irmgard Pehle, Vorstandsmitglied der DFG/VK Hessen

Irmgard, du hast den Kongreß mit vorbereitet, was ist Deine Ansicht dazu?

Irmgard: Also, die Bestandsaufnahme ist ziemlich gründlich ausgefallen. Es hat sich gezeigt, daß wir von der in DFG/VK noch weit verbreiteten Position, daß der Zivildienst noch eine sinnvolle Alternative zur Bundeswehr bieten kann, ziemlich wegkommen zu der Position, daß Zivil- und Bundeswehrdienst beides eine Erfüllung der Wehrpflicht und damit auch beides Kriegsdienste sind. Der Kongreß hat in weiten Teilen auch andere Bereiche der militärischen Verplanung gründlich beleuchtet und festgehalten, wo überall Menschen in diesem Staat militärischen Optionen unterworfen sind.

Im Bereich der Perpektivfindung stehen wir erst am Anfang. Aber vielleicht war dieses Ziel des Kongresses auch ein bißchen hochtrabend formuliert, in zwei Tagen sowohl die Analyse zu leisten, als auch die Perspektiven zu finden.

Für mich kristallisiert sich aus diesem Kongreß heraus, daß wir dazu kommen müssen — insbesondere für die DFG — die Kriegsdienstverweigerung weit über die Verweigerung nach Artikel 4.3 des Grundgesetzes hinaus zu definieren.

Welchen Einfluß hat diese Position im Augenblick in der DFG/VK?

Wir haben auf dem letzten Bundeskongreß der DFG/VK Positionen zu Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst verabschiedet. Zumindest in Hessen haben wir gesagt, daß diese Positionen eigentlich schon zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung überholt waren und dringend überarbeitungswürdig sind. Ich denke, dieser Kongreß liefert vielen in unserer Organisation die inhaltliche Substanz, sich an dieser Überarbeitung zu beteiligen und diese Positionen in ihrem nächsten Entwurf neu zu definieren.

Zum ersten Mal nach langer Zeit haben DFG/VK und SOdZDL in größerem Stile etwas zusammen organisiert. Wie ist es dazu gekommen und was verspricht sich die DFG/VK davon?

Die Zusammenarbeit war einfach notwendig, weil es angesichts des Militärs und des Staates auf der einen Seite und relativ kleiner pazifistischer bzw. antimilitaristischer Organsationen von Kriegsdienstgegnerinnen und Zivildienstleistenden auf der anderen Seite lächerlich ist, sich über bestimmte Details zu zerstreiten, und nicht mal zu gucken, wo überhaupt die Gemeinsamkeiten sind. Die Einsicht,

scher Organsationen von Kriegsdienstgegnerinnen und Zivildienstleistenden auf der anderen Seite lächerlich ist, sich über bestimmte Details zu zerstreiten, und nicht mal zu gucken, wo überhaupt die Gemeinsamkeiten sind. Die Einsicht,

daß der gemeinsame Gegner nicht unbedingt mit gleichen Waffen angegriffen werden muß, sondern da ggf. auch unterschiedliche Positionen hilfreich sein können, hat dazu geführt, daß wir gesagt haben, wir wollen diesen Kogreß gemeinsam machen. Die Grünen waren ja nun auch noch dabei, die sich aber inhaltlich leider nicht so eingebracht haben. Für mich hat die Kongreßvorbereitung gezeigt, daß dieser Graben nicht so zwischen den Organisationen verläuft. Dies gilt auch für SOler, von denen einer das mal so formuliert hat: Der Graben geht nicht zwischen DFG und SO, sondern durch SO und DFG. Es gibt in beiden Organisationen Leute, die sich festhalten an dem Bild von Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4.3, festhalten an Beratung und bisher praktizierten Aktionen. Andererseits gibt es in beiden Organisationen — vielleicht unterschiedlich gewichtet — Leute, die sagen, wir müssen weiterkommen und neue Formen finden und sehen, daß wir eine Minderheit sind, aber aus dieser Position heraus auch agieren lernen.

Wie stellst du dir diese Zusammenarbeit in Zukunft vor?

Ich denke, daß durch diese Vorbereitungsarbeit und intensive Einbindung von Leuten aus beiden Organisationen in Zukunft eher Zusammenarbeit möglich sein wird. Und es gibt aus dem Kongreß heraus jetzt schon einige Vorschläge, wo sich dies in weiteren Aktionen zeigen kann. Ein Vorschlag ist, eine Arbeitsgruppe zum Wintex-Cimex-Manöver im nächsten Jahr zu bilden. Der andere Vorschlag ist, ein Forum zu gründen, in dem die Struktur der zivil-militärischen Verplanung erforscht und verbreitet wird, was dann auch in konkreten Aktionen münden soll.

CDU in Nöten

Linienskizzen vom Parteitag

„*Grundsatztreu und zukunftsoffen*", so lautete das Motto des CDU-Parteitages, der Mitte des Monats in Wiesbaden abgehalten wurde. Die CDU diskutierte ihr Programm für das Jahr 2000.

Noch bevor die ca. 720 Delegierten sich in Wiesbaden versammelten, gab es schon die erste Pressekonferenz. Selbstbewußt gaben Rita Süßmuth, der Sozialausschuß-Vorsitzende Ulf Fink und auch der jung-moderne RCDS-Böhr bekannt: Die politische Zukunft sei gesichert, die vorliegenden Anträge seien vorbildlich richtungsweisend zusammenformuliert.

Dann allerdings — einige Tage später — der erste Schock. Eine Trendmeldung der „FAZ" signalisierte: Die Stimmung der Delegierten sei „schlecht", „Gefühle der Unzufriedenheit" breiteten sich lähmend aus. Auch Unzufriedenheit über die Regierungskoalition erfüllte manch einen. Das „Handelsblatt" fand den genialen Slogan: „*Die Grundlinie der Politik der CDU ist heute kaum mehr erkennbar.*"

Die Delegierten ahnten nichts Gutes. Die Medien suchten und fanden ihre Sensation. Ein kecker „junger Mann aus Schleswig-Holstein" griff den Koloß direkt an. Das abscheuliche „Aussitzen" der Probleme, der Mangel an Richtlinienführung, der degenerierte Kanzler-Wahlverein CDU ...

Was soll wohl aus der Partei werden, so orakelt die „FAZ", wenn selbst während der Rede des Vorsitzenden „die einander bekämpfenden Interessenverbände" gegeneinander Unterschriften sammelten. Und was hat es auf sich mit dem geheimen, anonymen Dokument aus dem Adenauer-Hauptquartier? Wer setzt hier die Brechstange zum Königssturz, zur Demontage an?!

Der Kanzler konterte geschickt. Er, als Kamelführer einer Karawane — die übrigens weiterzöge —, beklagte sich über den Umgangston untereinander, „den sich ‚jeder von uns im privaten Bereich verbitten würde' ‥ allemal in einem christlichen Haushalt.

Halten wir inne. Die Darstellung gewisser Umgangsformen in der CDU, die Gockeleien, die Selbstdarstellungssucht, all das böte sich an zur Kommentierung. Überlassen wir es getrost den CDU-Delegierten, ihre Wortgefechte zur psychischen" Selbstreinigung, zur „Reorganisation" der Partei zu nutzen. Nehmen wir einem den Delegierten ernst in seinem Verlangen, „Dampf abzulassen". Warum verlangt er (schon wieder?!) in tiefer Sehnsucht das (Kanzler-)Machtwort, die Führungsstärke? Was verunsichert die CDU-Funktionäre?

1982 ist die CDU angetreten mit dem Vorsatz, „uns" aus dem Würgegriff der Sozialdemokratie zu befreien. Opfer, Leistungswille und Einsatzbereitschaft waren die neuen Eckdaten. Die CDU ist heute als Regierungspartei zu aktuellem Handeln gezwungen. Sie hat versprochen, eine epochale Steuerreform durchzuführen, die Rentenversicherung zu „sanieren", das „Problem der Krankenkosten" zu lösen, das „Arbeitslosenproblem" zu lösen, das Gegeneinander von Länder- und Bundesinteressen (Länderfinanzausgleich, Sozialhilfekosten) zu lösen, und ... und ...

Die Balancierung der hierbei aufeinanderprallenden Interessengegensätze darf gefälligst zukünftige Wahlchancen nicht vermiesen, die Aussagen der Demoskopen sind zu beachten, Wähleranalysen vorzunehmen. Quittiert werden die Unternehmungen mit einschneidenden Wahlschlappen. Der unternehmerisch geschulte Blick des Delegierten verrät: So kann es nicht weitergehen.

Vermißt wird, daß sich in der konkreten Regierungsarbeit die Vision der zukünftigen Gesellschaft wiederfindet, daß sich der höhere Sinn sämtlicher „Reformen" offenbare. Noch mehr. Die Vision selbst ist unklar — „Christliche Verantwortung in der Welt" konkurriert mit knallharten Ansprüchen, die bundesdeut-

künftigen Gesellschaft wiederfindet, daß sich der höhere Sinn sämtlicher „Reformen" offenbare. Noch mehr. Die Vision selbst ist unklar — „Christliche Verantwortung in der Welt" konkurriert mit knallharten Ansprüchen, die bundesdeut-

sche Wettbewerbsposition im Welthandelskrieg zu stärken. Das sei nur beispielhaft erwähnt.

Welche Ursachen hat die Krise?

Auf dem Parteitag sollte während der Programmdiskussion Klarheit geschaffen werden über (zukünftige) gesellschaftliche Probleme und Lösungsmöglichkeiten. Bewundernswert scharfsinnig formulierte der CDU-Bundesvorstand die „Herausforderung der 90er Jahre": „*Probleme der Erhaltung und Wiederherstellung des Friedens, der Wirtschaft und des Handels, des Umweltschutzes, der Energieversorgung und Ressourcenschonung, der Unterentwicklung, der Menschenrechtsverletzungen, des Terrorismus lassen sich zunehmend nur durch eine weltweite engere Zusammenarbeit lösen.*" Sehr einleuchtend: Es gibt „Probleme". Nein. Eine Antwort im Text ist nicht zu erwarten auf die Frage, wer die Probleme geschaffen hat. Die CDU-Mitglieder fragten allerdings auf dem Parteitag auch nicht danach. Da freuten sich einige statt dessen, daß zumindest Heiner Geißler mal wieder Fingerspitzengefühl zeigte. Der zumindest nahm die Ängste der Menschen vor der atomaren Apokalypse und dem Robbensterben in der Nordsee wahr, und nur, weil es „den Menschen unter die Haut" geht. Schließlich kann mann sich ja nicht so doof stellen, und die Auswirkungen der kapitalistischen Expansionswirtschaft simpel leugnen. Oder? Doch, doch. Da gibt es einen Repräsentanten in der CDU, der beschreibt die Widersprüchlichkeit dieses Systems gründlich anders. „*Unsere Demokratie leidet ... an der Labilität der öffentlichen Meinung. Angst, Hysterie und Pessimismus sind ihre hervorstechenden Merkmale. Fast jede Woche wird die Öffentlichkeit durch neue Schreckensmeldungen in Unruhe versetzt.*" Sollte die Suche nach der Krise schon im Vorfeld steckenbleiben?

Die Aufforderung, „für eine Welt ohne Hunger, Not und Elend" zu „kämpfen", wie es der Bundesvorstand in seinem Antrag für den CDU-Parteitag fordert, wäre bei diesem „Argumentationsansatz" Professor Karl Carstens fast schon absurd. Ist etwa die Verwirrung, die beim Nachdenken über die Probleme entstehen könnte, gefährlicher als das Problem selbst?

Solch „traditionelle" Denkmuster sollen in der CDU offensichtlich an den Rand gedrängt werden. Kaum Befürworter fand z.B. die Position jener Revanchisten, die zweifeln wollen an der Aussage, eine „Wiedervereinigung" „Deutschlands" könne nur im Chor mit den anderen europäischen Mächten gelingen. Selbst der „Vertriebenen"-Politiker Hennig hat sehr wohl verstanden, daß das „Projekt Europa" heute Vorrang hat vor „Wiedervereinigungs"experimenten.

Innovativer Kapitalismus

Späths Problemanalyse — seriöser als Carstens Ansatz — geht von der Aussage aus, daß die „zunehmende internationale Arbeitsteilung" auch weiterhin den „Strukturwandel verschärfe". Ein klares Wort: Mit der Arbeitslosigkeit wird man sich auch zukünftig abzufinden haben. Logischerweise muß die Arbeitslosigkeit deshalb prinzipiell bekämpft werden. Hm.

Auch der stolz herumgezeigte Querdenker Biedenkopf spricht davon, daß die „Arbeit" ständig neu überflüssig gemacht wird. Er findet spitzfindig heraus, daß die Arbeit „intelligent" neu verteilt werden muß. Stichworte sind für ihn:

— Veränderung der Organisation in den Unternehmen;
— Neugestaltung der Arbeitsabläufe und Arbeitszeiten;
— Erweiterung der Möglichkeit zur selbständigen Arbeit;
— Fortentwicklung der Tarifpolitik;
— Neudefinition des Begriffs „Solidarität".

Eine witzige Variante präsentieren die CDU-Sozialausschüsse: Mann entdeckt als Folge der Entwicklung „mehr freie Zeit" für die Arbeitnehmer.

Die „Fragmentarisierung" der Arbeitsplätze, so folgert nun Biedenkopf, mache eine Einbindung der Arbeitenden in gesellschaftliche Institutionen immer schwieriger. Durch den individuellen Zuschnitt der Arbeit nähme die integrierende Bedeutung der Großbetriebe ab. Die Sozialausschüsse wählen hierfür die sprachliche Form: Es drohe die Vereinze-

eine Einbindung der Arbeitenden in gesellschaftliche Institutionen immer schwieriger. Durch den individuellen Zuschnitt der Arbeit nähme die integrierende Bedeutung der Großbetriebe ab. Die Sozialausschüsse wählen hierfür die sprachliche Form: Es drohe die Vereinze-

lung des Menschen. Einsamkeit als massenhaftes soziales Problem.

Und dann kracht es. Wenn die Konsequenzen angedacht werden. Biedenkopf und auch Ulf Fink befürchten eine Schwächung der Gewerkschaften. Wenn der Prozeß des Geringerwerdens des Einflusses großer Organisationen auch auf die Gewerkschaften zuträfe, dann wächst die Gefahr der Destabilisierung dieses kapitalistischen Systems. Die gesellschaftlichen Zentrifugalkräfte nähmen zu. Die Prognose ist düster.

Gibt es eine CDU-Lösung?

Reparaturpläne, Projekte, Ansichten: die Vorstellungen sind äußerst vielfältig. Der Programmentwurf markiert den Ausgangspunkt. Die Maßnahmen der Sozialpolitik, das „klassische" Feld zur Abfederung gesellschaftlicher Konflikte, müssen grundsätzlich die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, das wirtschaftliche Wachstum berücksichtigen. Unumstritten in der CDU ist auch der Grundsatz: Auch beim „Umbau des Sozialstaates", bei den „Einschnitten im sozialen Bereich" „(sollten) wir ... vielleicht noch unpopulärer vorgehen." (Späth)

Zu finden ist das zugkräftige Identifikationsmuster, das die Bevölkerung ruhig stellt und gleichzeitig die wirtschaftliche Ausdehnung optimal fördert.

Die CDU setzt eindeutig auf die „Europa-Idee": „*Die Europäische Gemeinschaft muß zu einem neuen Zentrum internationaler Politik werden ... Nur wenn sie zu einer Wirtschafts- und Technologiegemeinschaft und zu einem einheitlichen Binnenmarkt zusammenwächst, kann sie auf dem Weltmarkt erfolgreich sein.*" „Europa", der neue Großraum. Zukunftsraum 1992. Mit dem unverzichtbaren Willen zur absoluten Macht. Denn es versteht sich — so nebenbei — von selbst, daß dieses Europa ein gemeinsames „nukleares Potential" schaffen muß. Eine schreckliche Lüge wird dann auch gleich noch aufgetischt: die „friedenssichernde Wirkung" der NATO-Atomwaffen.

Späth lockt mit der technologischen Herausforderung. Die entstehenden Probleme müßten aufgefangen werden durch ein verschärftes „Innovationstempo" des Kapitalismus, „durch große Anstrengungen in der Forschung, beim Technologietransfer und Bereich der Außenhandelsinformation." Erfindergeist, Faszination der Technik als Vision für die Zukunft.

Dieser Rausch stimmt nachdenklich — zumindest Biedenkopf. Ist nicht dieser Erneuerungsgedanke selbst zu erneuern?! Was würde werden, wenn die „ökologische Herausforderung" nicht angenommen würde?! Wenn mit „der Zerstörung der Umwelt fortgefahren" würde und die „Bevölkerung" „zukünftig dieses Wirtschaftssystem als irrational und zukunftsgefährdend" beurteilen werde?!

Gebraucht wird eine „ökologische Marktwirtschaft", „eine ökologische Ethik", eine „Ökologie des Sozialen", ein „Wachstum an Beziehungen" im „Nahbereich, Nachbarschaft und Familie".

Oder genügt es, Kunst, Kultur, Wissenschaft nutzbar zu machen z.B. durch eine „dynamische und infrastrukturell verstandene" Kulturpolitik, die die Wirtschaftspolitik „flankiert" (Späth) und ausreichende Ablenkungs- und Freizeitangebote bereitstellt?

Sicher sei, daß es immer schwieriger würde, eine kulturelle Gemeinsamkeit zu definieren, eine kulturelle Identität zu schaffen. Für Prof. Carstens ist alles sehr einfach: „innere Bindung an die Nation, an die sittlichen Werte und an Gott". Mit „tradierten Werten und Tugenden wie Fleiß, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft, Zuverlässigkeit, Wahrhaftigkeit, Treue und Tapferkeit" ist das Krisenmanagement bestens gewappnet. So, so.

Die enorme Sprengkraft, die in der Konkurrenz zwischen christlichen Ethik-/Moralvorstellungen einerseits und technisch-naturwissenschaftlichen Glaubenssätzen andererseits liegt, wurde auf dem CDU-Kongreß verdeutlicht durch die Diskussion um die Verschärfung des § 218.

Zwar hat sich die Linie des Bundesvorstandes gegen sogenannte „Fundamentalisten" um die Gruppierung „Christdemokraten für das Leben" durchgesetzt. Die Abtreibung wird nicht noch schwerer gemacht. Mit massiver Propaganda, mit weiteren finanziellen Hilfen z.B. für die Stiftung „Mutter und Kind" soll das gesellschaftliche Klima gegen die Abtreibung noch weiter aufgeheizt werden, statt schon jetzt eine Änderung des Paragraphen zu betreiben.

Das Interesse am „Schutz des ungebo-

Stiftung „Mutter und Kind" soll das gesellschaftliche Klima gegen die Abtreibung noch weiter aufgeheizt werden, statt schon jetzt eine Änderung des Paragraphen zu betreiben.

Das Interesse am „Schutz des ungebo-

renen Lebens" — begründet mit der „Hochachtung" vor dem Leben — kollidiert jedoch mit dem Bekenntnis zur Gentechnologie. „*Vor allem die Gentechnologie hat sich zu einer wichtigen Zukunftstechnologie entwickelt. Ihre Anwendung am Menschen ermöglicht die Erforschung und Bekämpfung von Erbkrankheiten ... Eine Weiterentwicklung dieser Möglichkeiten durch Wissenschaft und Technik ist zur humaneren Gestaltung unserer Lebensverhältnisse unverzichtbar.*" Und weiter: „*Der Mensch darf nicht alles, was er kann ...*" Dieser Widerspruch blieb ungelöst.

Die Unruhe und Unzufriedenheit der Delegierten auf dem Parteitag ist berechtigt. Ihre Führung versagt — noch.

Und wir?

w., Antifa-Kommission Hamburg

Quellen:
— CDU-Dokumentation 12/1988, Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes an den 36. Bundesparteitag:
* Unsere Verantwortung in der Welt
* Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes;
— FR, 19.11.87: „Die Sachzwänge werden die Barrieren der Ideologie überwinden", Kurt Biedenkopf über die technologischen, ökologischen und politischen Herausforderungen an die Wirtschaft Europas (Vortrag, gehalten auf einem Kongreß in West-Berlin: „Perspektiven für das 21. Jahrhundert");
— Handelsblatt, 6./7.11.1987, Kurt Biedenkopf: Die CDU muß mehr sein als ein Verein zur Machterhaltung;
— Handelsblatt, 30./31.10.1987, Karl Carstens: „Unsere Demokratie leidet an einem falschen Freiheitsverständnis"; (Rede auf der Gedenkfeier zum zehnjährigen Todestag von Hanns Martin Schleyer);
— FR, 22.10.1987: „Wir schlagen Pässe, hinter denen andere herlaufen", Antrittsrede von Ulf Fink als neuer Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse.

Fortsetzung von Seite 7

In den ersten acht Jahren erhielt Indonesien die Möglichkeit auf einen Tilgungsaufschub.

In einem Fall (BRD) wurde dem Transferproblem Rechnung getragen, im anderen (Indonesien) dem Aufbringungsproblem. In beiden Fällen fand eine Verbindung zwischen dem Schuldendienst und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Schuldners statt, was auch in der Langfristigkeit der Vereinbarungen zum Ausdruck kommt. Gegenüber beiden Ländern kam ein Teilschuldenerlaß zustande, und die Abkommen erfolgten zur rechten Zeit und in präventivem Sinne, bevor sich die Zahlungsbilanzschwierigkeiten — wie im Falle Indonesiens — zugespitzt hätten (Kampffmeyer, 1987).

Die Problematik historischer Parallelen zur Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise

Die beschriebenen historischen Beispiele externer Verschuldung Deutschlands nach 1918, der BRD 1953 und Indonesiens 1970 sowie deren Lösungsstrategien dienen einigen Wissenschaftlern als Vorbild zur Lösung der gegenwärtigen internationalen Schuldenkrise.

So schlägt etwa Wolfgang Kessler einen (Teil-)Schuldenerlaß für die Länder der „3. Welt“ — unter Heranziehung von den deutschen Erfahrungen nach 1918 — vor, um einer noch größeren Krise, die auch die Gläubiger treffen würde, vorzubeugen. Den Ländern der „3. Welt“ empfiehlt er die Aufgabe der Exportorientierung und die Hinwendung zu einer binnenorientierten Wachstumspolitik bei zeitweiliger Abkoppelung vom Weltmarkt, das die imperialistischen Länder zu tolerieren hätten (Kessler, 1987).

So sehr es in der Tat einige historische Parallelen zwischen der heutigen Situation und der Weimarer Republik hinsichtlich des Transferproblems, des Zwangs der Exportsteigerung oder aber der Inanspruchnahme von ausländischem Kapital usw. gibt (s.o.), so wenig taugen diese Parallelen für gegenwärtige Lösungsansätze.

Denn zum einen war der deutsche Imperialismus keine Kolonie und brachte allein aufgrund der ökonomischen Stärke eine ganz andere „Verhandlungsmasse“ ein, zum anderen handelte es sich bei der damaligen faktischen Schuldenstreichung nicht um eine präventive Maßnahme, sondern die damaligen Gläubiger plus Schuldner befanden sich inmitten einer tiefen Wirtschaftskrise, die die praktische Entschuldung erzwang. Bereits der Young-Plan von 1929 folgte der Einsicht dieser Krise.

Wenn es denn eine historische Parallele oder Lehre gibt, dann die, daß die faktische Schuldenstreichung gegenüber dem deutschen Imperialismus erst dann erfolgte, als die Gläubiger selbst von einer umfassenden Wirtschafts- und Währungskrise betroffen waren und der Einsicht folgen mußten, daß ihre Forderungen als uneinbringlich galten.

Weder das politische Kräfteverhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern, noch die ökonomischen Rahmenbedingungen sind gegenwärtig so, daß die imperialistischen Staaten zu einer globalen Lösung bei Zugeständnissen den Ländern der „3. Welt“ gegenüber bereit wären.

Noch problematischer ist die Forderung nach temporärer Weltmarktabkoppelung zwecks binnenorientiertem Wachstum als Rezeptur für die Länder der „3. Welt“.

Der zentrale Unterschied zwischen der damaligen Autarkiepolitik des deutschen Imperialismus und der Forderung Kesslers für die Abschottung vom Weltmarkt heute besteht einfach darin, daß ein entwickeltes imperialistisches Land dazu durchaus in der Lage sein kann, während der überwiegende Teil der Länder der „3. Welt“ weder strukturell, noch aufgrund chronischen Kapitalmangels für produktive Investitionen, noch eines halbwegs entwickelten Binnenmarktes dazu in der Lage sein dürfte.

Auch Thomas Kampffmeyer vom „Deutschen Institut für Entwicklungspolitik“ (DIE) leitet seine Lösungsstrategien aus historischen Erfahrungen ab. Er führt die positive Rolle von Hermann-Josef Abs und dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 sowie die Indonesien-Lösung von 1970 an und orientiert sich bei der Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise an privatrechtlichen Vergleichsverfahren. Im Kern plädiert Kampffmeyer für einen freiwilligen Teilforderungsverzicht der Gläubiger, verbunden mit einer „wirtschaftlichen Gesundung“ der Länder der „3. Welt“, um die nach wie vor bestehenden Schuldendienstverpflichtungen der Länder der „3. Welt“ auf eine stabilere und dauerhaftere Basis stellen zu können.

Das wirtschaftliche Wachstum, die Rückführung des Schuldendienstes auf die jeweilige wirtschaftliche „Leistungsfähigkeit“ des Schuldners, soll durch eine Art Marshall-Plan angekurbelt werden. Die Länder der „3. Welt“ tätigen bei diesem Modell ihre Investitionen aus einem „Gegenwertfonds“, der sich aus den nicht mehr bedienbaren Forderungen der Gläubiger und den intern aufgebrachten Schuldendienstleistungen speist. Über die Mittelvergabe aus diesen Entwicklungsfonds entscheiden die betroffenen Schuldnerländer und die Gläubiger gemeinsam (Kampffmeyer 1987).

Wiederum lassen sich die BRD bzw. Indonesien als Vorbilder für die Lösung der gegenwärtigen Probleme nur begrenzt heranziehen. Sowohl 1953 als auch 1970 expandierte der Welthandel sehr stark, so daß Indonesien und die BRD auch genügend Spielräume besaßen. Devisenerlöse aus Exportüberschüssen zu erzielen, während die Länder der „3. Welt“ trotz zum Teil enormer mengenmäßiger Ausdehnung ihrer Exporte wertmäßig weniger Devisen einnehmen und eine Steigerung ihrer Exporte auf die protektionistische Schranken der imperialistischen Metropolen stoßen würden. Die imperialistischen Länder müßten also Handelsbilanzdefizite hinnehmen, wozu sie jedoch nicht bereit sein werden.

Zweitens handelte es sich bei der BRD und Indonesien um kein globales Problem, was Individuallösungen damals wesentlich erleichterte. Außerdem sind gegenwärtig hauptsächlich die privaten Banken in die Schuldenkrise involviert, die naturgemäß viel mehr auf ihre ökonomischen Eigeninteressen blicken als Regierungen. Und letztlich stehen heute ganz andere Summen auf dem Spiel als in der BRD vor 35 oder Indonesien vor 18 Jahren.

Neben der Kritik an er Untauglichkeit historischer Beispiele für die Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise handelt es sich bei Kampffmeyer um ein klassisch-sozialdemokratisches Konzept einer einvernehmlichen Regelung zwischen Gläubigern und Schuldnern, ohne an die bestehenden Machtverhältnisse heranzuwollen. Partielle Schuldenstreichungen sollen die langfristige Schuldendienstfähigkeit der Länder der „3. Welt“ gewährleisten, und über die „Gegenwertfonds“ können die imperialistischen Staaten ihre bisherige Auflagenpolitik mit modifizierten Mitteln und Methoden fortsetzen.

Letztenendes geht es ihm also um das Intakthalten des derzeitigen, von den imperialistischen Metropolen dominierten Weltmarktes und um eine globale politische Lösungsstrategie langfristiger Art, die den imperialistischen Staaten wieder Wachstumschancen in den Ländern der „3. Welt“ eröffnen. Voraussetzung dafür ist jedoch bei Kampffmeyer die Anpassung der Schuldendienstfähigkeit an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Schuldner.

Gerade die deutsche „Schuldenkrise“ 1918 bis 1931 hat gezeigt, daß Lösungsvorschläge und Appelle an die imperialistischen Gläubiger zur politischen und langfristigen Regulierung an den kurzfristigen Interessen der Gläubiger scheitern, und erst eine allgemeine, tiefergreifende Wirtschafts-, Währungs- und Finanzkrise in den Metropolen selbst politische „Neuordnungen“ erzwingt.

D./Westberlin

Literatur:
Altvater 1983: E. Altvater, Der Teufelskreis der Auslandsverschuldung, in: „ProKla“ 52, Sept. 1983, Berlin(West)
Kampffmeyer 1987: Th. Kampffmeyer, Die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin(West) 1987
Kessler 1987: W. Kessler, Die Schuldenkrise der Dritten Welt, Konstanz 1987
Kroll 1958: G. Kroll, Von der Wirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin(West), 1958

auch die Gläubiger treffen würde, vorzubeugen. Den Ländern der „3. Welt“ empfiehlt er die Aufgabe der Exportorientierung und die Hinwendung zu einer binnenorientierten Wachstumspolitik bei zeitweiliger Abkoppelung vom Weltmarkt, das die imperialistischen Länder zu tolerieren hätten (Kessler, 1987).
So sehr es in der Tat einige historische Parallelen zwischen der heutigen Situati-
Welt“.
Der zentrale Unterschied zwischen der damaligen Autarkiepolitik des deutschen Imperialismus und der Forderung Kesslers für die Abschottung vom Weltmarkt heute besteht einfach darin, daß ein entwickeltes imperialistisches Land dazu durchaus in der Lage sein kann, während der überwiegende Teil der Länder der „3. Welt“ weder strukturell, noch aufgrund

Südkorea:

Ritte auf dem olympischen Drachen

Ein Kommentar von Rainer Werning (Korea-Informationsstelle)

In Südkoreas Hauptstadt Seoul genießt das herrschende Regime des Ex Generals *Roh Tae Woo* mit klammoffener Freude die besonderen Segnungen von *„Pal Pal“. Pal Pal heißt 88. Und 88 steht heute für vieles im Land der Morgenstille, zunächst einmal ist es das Jahr, in dem sich die Herrschenden des Landes qua Durchführung der XXIV. Olympischen Sommerspiele (17. September bis 2. Oktober) den* Durchbruch erhoffen — international, politisch, diplomatisch. Im August wird mit byzantinischem Pomp des 40. Jahrestages der Staatsgründung der Republik Korea gedacht werden. Das sieht zumindest die offizielle Choreographie vor. Last not least: Für die Menschen ist dieses Jahr zu allem Überfluß das Jahr des Drachen. Der Drachen, kein unheilstiftendes Ungeheuer, wie aus unseren Märchen und Mythen erinnerlich, gilt dort als famoser Sendbote von Wohlstand und Glück. Als wär's des Beelzebub höchstpersönlicher Streich, kriegen wir zu allem Überfluß tagtäglich auch noch lästige Messages auf angeheizte „Verschuldungs-Problematik-Tablett“ geknallt; Südkorea hat sich erdreistet, außerhalb bestimmter Raster zu fallen und innerhalb einer unbestimmten Zahl der WB-IWF-Gegner querzuschießen. Es zahlt überpünktlich seine noch bis vor kurzem auf über 50 Mrd. US-Dollar angehäufte Auslandsschulden zurück.

Um wenigstens die berechtigte Vorfreude auf die Berliner Jahrestagung der internationalen Banker und ihrer außerparlamentarischen „Revisoren“ nicht zu trüben — hier nur soviel: Südkorea brauchte den strikten Auflagen des WB-IWF-Konglomerats gar nicht zu entsprechen. Als Produkt des ersten „heißen“ Krieges in der Phase des Kalten Krieges, des verheerenden Korea-Krieges (1950-53), und vermeintlich — in scharfer internationaler Abgrenzung zum Norden des „orientalischen Despoten“ Kim Il Sung — besserer Teil der Halbinsel *waren* seine Regierung sozusagen WB-IWF-Regime *in action* ...

„Der Regenwurm“, so ein koreanisches Sprichwort, *„bäumt sich auf, wenn man auf ihn tritt“.* Zweifellos gibt es in der Republik Korea mehr Regenwürmer als Drachen. Darunter ist das *Minjung* (ein schwer übersetzbarer Begriff) zu fassen, was aber „den da unten“ — den politisch Verfolgten, wirtschaftlich Benachteiligten und sozial Geächteten also, sehr nahe kommt. Auch sie machen ihre Erfahrungen mit „Pal Pal“. Sofern sie noch in irgendeiner Weise auf sich aufmerksam machen können, und nicht wegsaniert, eingekerkert oder zur tiefsten Illegalität verdammt sind.

Augenblicklich nämlich durchläuft das Minjung Erfahrungen, die es schon häufiger machte — politische Reformen, hehre Demokratieversprechungen auf der einen, Massendemonstrationen, Streiks und zwischen erbitterter Militanz und spektakuläre Selbstverbrennungen pendelnder Protest auf der anderen Seite. Die Präsidentschaftswahlen im letzten Dezember, aus denen Roh Tae Woo als neuer „Ein-Drittel-Präsident“ hervorging, und die April-Wahlen zur Nationalversammlung, die das Ende der absoluten Mehrheit der seit Jahren regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei des Regimes markierten, bleiben für das *außerparlamentarische Widerstandsspektrum* (in erster Linie die Studenten) belanglos, solange die um die beiden Kims *(Kim Young Sam* und *Kim Dae Jung)* gruppierte *bürgerlich-parlamentarische Opposition* einem faktisch großen nationalen Konsens huldigt. Das heißt, letztere stimmen mit dem Regime darin überein, sämtliche politischen und die militärstrategische Rolle der USA betreffende Fragen (siehe den nebenstehenden Artikel) auf die Zeit *nach* den Olympischen Spielen zu vertagen. Damit haben die „charismatischen“ Kims zunächst einmal die Chance und Glaubwürdigkeit einer genuinen Opposition verspielt und statt dessen die Befürchtung genährt, sie seien der „kritische“ Flügel des Regimes.

Die Zeit bis zu den Olympischen Spielen versucht der außerparlamentarische Widerstand für eines der drei Hauptkampfziele *(Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Wiedervereinigung)* zu nutzen — nämlich die Wiedervereinigung —, von der er mit Recht annehmen kann, daß sie in der breiten Bevölkerung auf wohlwollende Resonanz stößt. Solanger aber dem Regime der Antikommunismus als *die* Staatsdoktrin sakrosankt bleibt, ist ein Konfrontationskurs mit dem *„Parlament der Straße“* vorgezeichnet. Sicherlich wird diese Konfrontation an Schärfe gewinnen, wenn die kürzlich von US-Verteidigungsminister *Frank Carlucci* ausgesprochene Drohung, sein Land werden Seoul in dem Bemühen um „einen ordnungsgemäßen Ablauf der Spiele“ alle erdenkliche Hilfe angedeihen lassen, wahrgemacht wird. So oder so stehen und die politisieresten und militarisiertesten Spiele ins Haus ...

Südkorea — Japan — USA:

Eine „zweite NATO“?

von Rainer Werning und Du-Yul Song

Südkorea — Japan — USA:
Eine „zweite NATO“?
von Rainer Werning und Du-Yul Song

Die seit nunmehr einem Jahrzehnt besonders in Westeuropa mal befürchtete, mal neidvoll bewunderte Vision, das Pazifische Becken verwandle sich alsbald in den Wirtschaftsraum der Zukunft, mithin zum härtesten Konkurrenten auf dem Weltmarkt, entkoppelt bis heute in auffälliger Weise die regionalen ökonomischen von den militärstrategischen und -politischen Aspekten. Wirtschaftliche Potenz aber ohne militärpolitischen Rückhalt wird sich auf Dauer als zu schwach erweisen. In diesem Sinne bildete sich in proklamierter „Abwehr“ einer Konfrontation mit der Sowjetunion und der VR China bereits während und nach dem Ende des Korea-Krieges durch den Abschluß eines Sicherheits- bzw. Verteidigungsabkommens eine „unzertrennliche Waffenbrüderschaft“ zwischen den USA und Japan auf der einen und zwischen Washington und Seoul auf der anderen Seite. Erst mit dem Inkrafttreten des japanisch-südkoreanischen Normalisierungsvertrages (1965) entwickelte sich schließlich zwischen den beiden „verfeindeten Nachbarn“, wenngleich kein gemeinsames Militärbündnis, so doch eine umfassende bilaterale Zusammenarbeit, die in jüngster Zeit sukzessive militärpolitischen Charakter annahm und das faktische Dreierbündnis USA —Japan — Südkorea stärkt.

Dieses System basiert auf der zentralen Prämisse, daß die Sicherheit Südkoreas aufs engste mit derjenigen Japans verknüpft ist. Die USA halten den nuklearen „Schutzschirm“ über Japan aufgespannt, solange dessen Bekenntnis gilt, Atomwaffen weder zu besitzen noch sie herzustellen und zu vertreiben. Im Gegenzug trägt Tokio durch Finanz- und Wirtschaftshilfen zur Stabilität Südkoreas bei, dessen innenpolitische Stabilität wiederum die „japanische Peripherie“ schützen hilft.

Das Nixon-Sato-Kommuniqué von 1969, in dem die Sicherheit Südkoreas als „essentiell“ für die Sicherheit Japans bezeichnet wurde, bestimmte bereits eine politische Grundlinie der militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Der Vertrag zur diplomatischen Normalisierung zwischen Südkorea und Japan vom Jahre 1965 hatte die politische und wirtschaftliche Unterordnung Südkoreas unter Japan eingeleitet.

Pararell zur Intensivierung der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit wurde auch eine groß angelegte militärische „Mitsuya-Studie“ der japanischen „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ im Juni 1963 durchgeführt, in der eine militärische Intervention dieser japanischen „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ auf der koreanischen Halbinsel angenommen wurde.

Die „Fünf Studien“

Im Laufe des forcierten Ausbaus der japanischen Armee (die aus Verfassungsgründen nicht so heißt) in den letzten Jahren sind die militärpolitisch bedeutsamen „Fünf Studien“ entstanden, die die zukünftige Gestalt des militärischen Dreiecksbündnisses entscheidend bestimmen werden:

1. *Verteidigungsstudie* (Juni 1979), die die konkrete Arbeitsteilung zwischen den US-amerikanischen und japanischen Streitkräften in gemeinsamen Operationen untersucht;
2. *Studie über die Notstandsgesetze* (August 1977)
3. *Studie über gemeinsame militärische Operationen der US-japanischen Streitkräfte* (Januar 1979);
4. *Studie über den Kriegsfall in Fernost* (Januar 1982);
5. *„Sea-Lane“-Studie* (März 1983), die vor allem die Sicherung des strategisch wichtigen Seetransportweges der „westlichen“ Staaten im pazifischen Raum behandelt und dabei Umfang und Art der Arbeitsteilung zwischen den USA und Japan untersucht.



Unter diesen „Fünf Studien“ ist die „Studie über den Kriegsfall in Fernost“ im Hinblick auf die militärische Zusammenarbeit zwischen Japan und Südkorea äußerst wichtig, weil dabei „Fernost“ die koreanische Halbinsel meint. Diese Studie sieht vor, daß Japan den US-Streitkräften bei einer militärischen Intervention auf der koreanischen Halbinsel seine logistische Kapazität zur Verfügung stellt und Störmanöver gegen japanische Nachschub-Einrichtungen durch ein drittes Land (gemeint ist Nordkorea) als kriegserklärende Aktionen gegen Japan angesehen werden. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die logistischen Leistungen der japanischen „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ während der Operation „Flying Dragon“ im Jahre 1964 bereits erprobt wurden, die im Rahmen der erwähnten „Mitsuya-Studie“ stattfand.

Während der gemeinsamen US-südkoreanischen Großmanöver „Team Spirit“, die seit 1976 regelmäßig jährlich in Südkorea stattfinden, sind auch eine Reihe von gleichzeitigen Operationen der US-japanischen Streitkräfte durchgeführt worden. So während der Operation „Team Spirit“ im Februar 1984, an der in Südkorea rund 200.000 Soldaten (davon 60.000 US-Soldaten) teilnahmen und verschiedene Formen von Landungsübungen erprobten. Gleichzeitig fanden gemeinsame Operationen der US-japanischen Luftwaffe und eine Winteroperation der US-japanischen Bodentruppen auf der Insel Hokkaido statt.

„Sicherheitskooperation“

Im Zusammenhang mit dieser militär-politischen Entwicklung wurde auch ein Plan koreanisch-japanischer „Sicherheitskooperation Anfang Mai 1983 erstmals der Öffentlichkeit bekannt:

1. Unterstützung Japans gegenüber Korea für den Fall einer Krise auf der koreanischen Halbinsel;
2. Wechselseitiger militärischer Informationsaustausch;
3. Blockade der Meerengen um die koreanische Halbinsel durch die japanischen Seestreitkräfte für den Kriegsfall in Korea;
4. Austausch der Offiziersausbildung zwischen der südkoreanischen und japanischen Militärakademie;
5. Wechselseitiger Austausch im Armeetraining;
6. Gegenseitige Öffnung der Häfen für die Kriegsflotten beider Länder (ab Herbst 1985 und Frühling 1986).

Diese forcierte militärische Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern wurde auch durch eine Reihe von Gipfeltreffen begleitet: zweimaliger Besuch Chuns in Washington (Februar 1981 und April 1985), Reagans Besuch in Tokio und Seoul (November 1983), Nakasones Besuche in Washington und Seoul (Januar 1983) und Chuns Besuch in Tokio (September 1984).

Nordkorea hat zwar mit der UdSSR und mit der Volksrepublik China jeweils ein zweiseitiges Sicherheitsabkommen abgeschlossen. Dennoch hat es besonders seit den sechziger Jahren versucht, eine eigenständige Verteidigungspolitik (Dschutsche) zu gestalten. Seit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China im Jahre 1972 ist ein militärisches Vorgehen der USA gegen „Rot-China“ ziemlich unwahrscheinlich geworden.

Obwohl seit 1948 keine sowjetischen Truppen mehr auf nordkoreanischem Boden stationiert sind und immer wieder Meinungsunterschiede zwischen Nordkorea und der UdSSR (zuletzt in der Afghanistan- und der Kampuchea-Frage) beobachtet wurden, blieb und bleibt Nordkorea für die militärpolitische Theorie der USA ein „treuer Vasallenstaat“ der Sowjetunion in Fernost. Diese Verzerrung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

des Bildes von Nordkorea kommt wohl nicht aus der Unkenntnis der USA über die Beziehung zwischen Nordkorea und der Sowjetunion. Die Präsenz von rund 40.000 US-Soldaten sowie die Stationierung von rund 700 atomaren Sprengköpfen auf dem Boden Südkoreas braucht eine glaubwürdige Rechtfertigung: Nordkorea als „aggressiver Vorposten" der UdSSR. Die Konzeption einer „selektiven Vergeltung", die im Falle einer sowjetischen Intervention im Mittleren Osten den atomaren Angriff der USA auf Nordkorea vorsieht, basiert ebenfalls auf der Theorie, Nordkorea sei ein Vasallenstaat der UdSSR und daher bewirke der Einsatz von Atomwaffen gegen Nordkorea effektiv die Aufsplitterung des sowjetischen Militärpotentials.

Ein besonderer Aspekt der Globalstrategie der USA ist, daß militärpolitische Entscheidungen im fernöstlichen Dreiecksbündnis für die USA wesentlich einfacher fallen als in der NATO. Während die 15 Mitgliedstaaten der NATO den Anspruch erheben, daß die USA nicht ohne vorherige Absprache entscheiden darf, ob Atomwaffenstützpunkte auf ihren Territorien errichtet oder gegen welchen Feind die Atomwaffen gerichtet werden, sind die Instanzen für die US-Entscheidungen im Bündnis USA—Japan—Südkorea unkompliziert. Gegen die Stationierung von Pershing II, Marschflugkörpern und Neutronenbomben in Südkorea sind keine politischen Widerstände zu erwarten. Außerdem geht die US-Armee davon aus, „daß Korea das bestmögliche Trainingsgebiet der Welt für amerikanische Bodentruppen ist", wo „niemand versucht uns zu vertreiben, oder die Miete zu erhöhen" (aus einem Bericht des US-Repräsentantenhauses).

Bodentruppen ist", wo „niemand versucht uns zu vertreiben, oder die Miete zu erhöhen" (aus einem Bericht des US-Repräsentantenhauses).

Der neu entstehende Militärpakt hat für Südkorea auch eine innenpolitische Funktion. Dies wurde der demokratischen Opposition plötzlich deutlich bei der Niederschlagung des Aufstandes in Kwangju.

(Entnommen: R. Werning (Hg.), Südkorea, Politik und Geschichte im Land der Morgenstille)

Philippinen:

Verhaftungen gegen Solidaritätsbewegung

Am 8. Juni wurde der bundesdeutsche Pfarrer Klaus Schmidt gemeinsam mit dem philippinischen Geschäftsmann Antonio Bosch und dem schwedischen Studenten Stellan Hermansson auf den Philippinen wegen angeblicher Beteiligung an Mord, Aufruhr, Entführung und Freiheitsberaubung verhaftet. Den drei Inhaftierten wird eine Beteiligung an einem Guerilla-Überfall auf der Halbinsel Bondoc vorgeworfen.

Hintergrund dieser Anschuldigungen ist ein Angriff der „Neuen Volksarmee" (NPA) vom 3. Februar auf das Rathaus von San Francisco auf Bondoc, bei dem zwei Polizisten getötet und zwei Soldaten gefangengenommen worden sind. Als einziger Ausländer soll an dieser Aktion der NPA ein britischer Journalist des englischen Privatsenders „Channel 4" beteiligt gewesen sein, um einen Film über die NPA drehen zu können. (1) Tatsache ist jedoch, daß Klaus Schmidt und Antonio Bosch zu diesem Zeitpunkt nachweislich in Manila waren und Stellan Hermansson noch nicht einmal auf den Philippinen war, so daß sich die Vorwürfe als völlig haltlos erweisen.

Für das philippinische Militär, das für die Festnahmen ohne Haftbefehl verantwortlich ist, geht es nicht um eine wirkliche Aufklärung der Vorfälle vom 3. Februar auf Bondoc. Hier sollte an einem mißliebigen Kritiker ein Exempel statuiert werden. Von dem 52jährigen Klaus

liche Aufklärung der Vorfälle vom 3. Februar auf Bondoc. Hier sollte an einem mißliebigen Kritiker ein Exempel statuiert werden. Von dem 52jährigen Klaus

Schmidt, der im Auftrag der evangelischen Entwicklungshilfeorganisation „Dienste in Übersee" an einem theologischen Seminar in Manila unterrichtete, war zu erwarten, daß er für die sich anbahnende freundschaftliche deutsch-philippinische Zusammenarbeit auf Bondoc wenig Lob würde aufbringen können.

Die Halbinsel Bondoc, 170 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Manila gelegen, war bislang nur als wichtiges Operationsgebiet der NPA bekannt. Hier soll in den nächsten Jahren mit bundesdeutscher Hilfe ein großes ländliches Infrastrukturprojekt errichtet werden. Kernstück des Programms ist ein groß-angelegtes Straßenbauprogramm, um die Halbinsel verkehrstechnisch zu erschließen. Allen Beteiligten ist dabei klar, daß die geplanten Straßen vornehmlich der philippinischen Armee im Kampf gegen die NPA von Nutzen sein werden. Für die Bevölkerung wird der Straßenbau weder Arbeit noch größeren Nutzen bringen.

Noch aus einem anderen bundesdeutschen Projekt werden die Militärs für ihre Aktivitäten auf Bondoc zusätzlichen Nutzen ziehen. Seit Jahren finanziert die Bundesregierung ein Kartographieprojekt. In einem Heeresstützpunkt der philippinischen Armee wurde ein Kartographiezentrum erbaut. Gegenwärtig wird mit der Lufterfassung des ersten Gebietes, der Bondoc-Halbinsel, begonnen. Durch die Luftaufnahmen erhält das Militär eine umfassende Übersicht über die dortigen NPA-Stützpunkte. (2)

Militärs und Politiker lassen keinen Zweifel aufkommen, wie sie mit der NPA umzugehen gedenken. Ein Bürgermeister aus der Region formuliert dies so: „Kompromisse mit der NPA gibt es nicht. Das sind knallharte Kommunisten, Ideologen, die gegen jede Entwicklung sind. Da hilft nur die militärische Lösung." (3)

Die militärische Lösung ist spätestens seit Ende letzten Jahres zur offiziellen Staatsdoktrin der philippinischen Regierung geworden, als Corazon Aquino, die philippinische Präsidentin, der „Nationaldemokratischen Front" (NDF) den „Totalen Krieg" erklärte. Da dem philippinischen Militär außer der Verhaftung einiger hochrangiger Kader (4) aber keine einschneidenden Erfolge gelingen, richtet sich der Totale Krieg der Aquino-Regierung vor allem gegen legale Organisationen und insbesondere gegen die Zivilbevölkerung. Militär und vor allem die mittlerweile über 200 Vigilante-Gruppen (vergleichbar mit südamerikanischen Todesschwadronen), von Frau Aquino als die neue Verkörperung der people power bezeichnet, versetzten das Land in Angst und Schrecken.

Zu der derzeit gültigen Militärdoktrin des „low-intensity-conflict" gehören neben den militärischen vor allem auch psychologische Maßnahmen, um den Gegner zu schwächen. Auf den Philippinen konzentrieren sich die psychologischen Maßnahmen auf die Propagierung einer anti-kommunistischen Hysterie, um die NDF und ihre Bündnisorganisationen in Mißkredit zu bringen. Daneben spielen in jüngster Zeit immer mehr Maßnahmen eine Rolle, die darauf abzielen, die internationale Solidarität für die philippinische Befreiungsbewegung zu schwächen. Die Verhaftung von Klaus Schmidt reiht sich nahtlos in eine Reihe dieser Maßnahmen ein:

— im letzten Jahr versuchte die philippinische Regierung, Druck auf die niederländische Regierung auszuüben, um zu erreichen, daß die europäischen NDF-Repräsentanten, die in Utrecht ihr offizielles Büro unterhalten, ausgewiesen werden. Begründet wurde dieses Ansinnen damit, daß führende Persönlichkeiten angeblich über das Büro in Utrecht Waffenkäufe für die NPA organisieren;

— durch die Heritage-Foundation, eine streng-konservative Vereinigung in den USA, wurde der Versuch unternommen, in den USA und in Europa aktive Solidaritätsgruppen als Frontorganisationen der NDF bloßzustellen. Unter anderem wurde gefordert, Anhörungen im Kongreß abzuhalten, um private Gruppen, die die „Kommunistische Partei der Philippinen" (CPP) unterstützen, zu untersuchen.

— daneben versuchte die Heritage Foundation, das Bild der NPA als 'nice people around' (die netten Leute aus der Nachbarschaft) zu zerstören und die Guerilla als neue Khmer Rouge erscheinen zu lassen. Unterstützt wurde dieser Propagandafeldzug auf den Philippinen, indem angeblich von der NPA angelegte Massengräber geöffnet wurden und die Leichen als sichtbarer Beweis für die Greueltaten der NPA durch die Straßen Davaos getragen wurden; (5)

— daß die Schmutzkampagne der Heritage Foundation mittlerweile auch ihre Wirkung in der BRD nicht verfehlt, zeigt ein Artikel in der „FR" vom Anfang dieses Jahres. Dort werden zwar die internationalen Hilfswerke (Medico International, Terre des Hommes und Brot für die Welt) vom Vorwurf der internationalen Verschwörung freigesprochen, gegenüber AGPHI, der ältesten bundesdeutschen Solidaritätsgruppe zu den Philippinen, wird jedoch der Verdacht geäußert, Befehlsempfänger der NDF zu sein. Laut „FR" hat sich das Szenario nach dem Marcos-Sturz so gewandelt, daß ein Festhalten an der Solidarität mit der NDF heute nicht mehr zeitgemäß ist; (6)

— die Verhaftung von Klaus Schmidt ist kein Einzelfall. Bereits Anfang des Jahres wurde ein bundesdeutscher Pastor für einen Tag inhaftiert, weil er angeblich Kontakte zur NPA hatte.

Der totale Krieg der Aquino-Regierung und ihrer Lenker in Washington und Bonn bringen es mit sich, daß eine Neutralität auf den Philippinen nicht mehr gestattet wird. Wer sich nicht offen für Frau Aquino und den Anti-Kommunismus ausspricht, wird somit selbst zum Opfer. Seien es die unzähligen Opfer der Vigilante-Gruppen in der Zivilbevölkerung, seien es die Führer legaler Basisorganisationen, die zunehmend Opfer von Attentaten werden, jüngstes Opfer ist der frühere Generalsekretär von Bayan Ramos Cura, oder eben Ausländer wie Klaus Schmidt, denen der Status des Ausländers hilft, körperlich unversehrt zu bleiben. Wenn sich die Bundesregierung mit der Auslieferung von Klaus Schmidt zufrieden gibt und nicht für die Fortsetzung seiner Arbeit in Manila eintritt, macht die Bundesregierung zunehmend ihre Komplizenschaft mit dem Regime in Manila deutlich.

Ks., Hamburg

Anmerkungen:
1) Im Mai erhob eine philippinische Zeitung den Vorwurf, ein Kamerateam des britischen BBC-Fernsehens habe einen NPA-Überfall finanziert, um den Kampf filmen zu können. Dieser Überfall soll am 27. Februar tatsächlich stattgefunden haben.
2) vgl. Aufstandsbekämpfung auf den Philippinen, Hrsg. Philippinen-Koordination Hamburg, S. 33.
3) ebda.
4) Anfang Februar wurden 20 Kader der NDF-Visayas festgenommen. Am 29. März wurden fünf führende Mitglieder der „Kommunistischen Partei" (CPP) und der NPA verhaftet. In den letzten Tagen wurden schließlich 40 Parteimitglieder im Norden des Landes festgenommen.
5) vgl. Walden Bello, Erprobungsfeld für Counterinsurgency, Materialzusammenstellung der Philippinengruppe Westberlin
6) vgl. FR vom 7.1.1988

Verhandlungen über die US-Stützpunkte auf den Philippinen

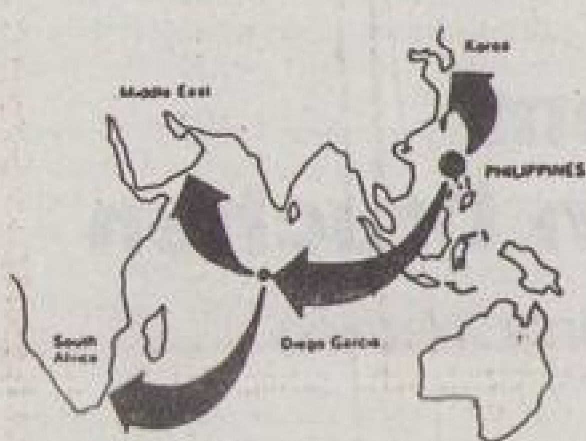
Eine Milliarde Dollar — Wer bietet mehr?

Verhandlungen über die US-Stützpunkte auf den Philippinen

Eine Milliarde Dollar — Wer bietet mehr?

Die amerikanischen Stützpunkte, der Luftwaffenstützpunkt Clark und die Marinebasis Subic Bay, sind ein zur Zeit viel diskutiertes innenpolitisches Thema auf den Philippinen. Dabei geht es der herrschenden Elite nur vordergründig um nationale Unabhängigkeit, sondern schlicht um sehr viel Geld, mag Außenminister Manglapus auch noch so vollmundig betonen, daß er erst „die Basen und dann das amerikanische Vater-Image schlachten" will. (FR, 24.5.88)

Seit Anfang dieses Jahrhunderts stehen die Amitruppen im Lande, während des Zweiten Weltkriegs kamen die Japaner, 1946 wurde die ehemalige Kolonie unabhängig, doch die US-Basen blieben. 1991 laufen die amerikanischen Stützpunktrechte aus und aktuell wird das Entschädigungspaket zum Stützpunkte-Abkommen für die zwei verbleibenden Jahre des Basen-Vertrages neu ausgehandelt. Zuletzt hatten die Amis für einen Zeitraum von fünf Jahren 900 Millionen Dollar Militär- und Entwicklungshilfe gezahlt. Doch die philippinischen Clans wollen die fette Kuh noch mehr melken. Immerhin bringen es die Stützpunkte auf rund ein Fünftel des Bruttosozialprodukts, knapp 80.000 Filipinos werden dort beschäftigt. Ernsthaft denkt also in den herrschenden Kreisen niemand daran, den jüngsten Beschluß des Oberhauses gegen die Stützpunkte zu verwirklichen. Klappern gehört eben zum Handwerk und kann gegebenenfalls die Position bei den Verhandlungen verbessern. Oder, wie Corazon Aquino es ausdrückte: „Wir halten unsere Optionen offen." (FR, 24.5.88) Mit sicherem Gespür für die Macht wissen die zuständigen US-Diplomaten, daß es eine Frage des Geldes ist, mit dem diese Nationalisten, die sich da in einer „Anti-US-Basen-Koalition" zusammengefunden haben, überzeugt werden wollen. Ein Abzug der Amis würde über kurz oder lang zudem bedeuten, daß sich die philippinische Bourgeoisie ihren eigenen Stuhl vor die Tür stellt. *„Ohne Militärhilfe und logistische Unterstützung*



aus den USA würden sich die philippinischen Streitkräfte dem Insurgenten-Problem nicht mehr wirkungsvoll stellen können. Eine Patt-Situation oder gar eine Vorherherrschaft der kommunistischen neuen Volksarmee sowie der muslimischen Separatisten im Süden wäre dann nur noch eine Frage der Zeit." (FR, 24.5.88).

Wer hat — außer den Linken und für nationale Unabhängigkeit eintretenden Menschen — überhaupt ein Interesse an einem Abzug der Amis aus den Philippinen? „Die Nachbarn wünschen weiter amerikanische Basen auf den Philippinen" mutmaßt Peter Odrich in der „FAZ" vom 10.5.88. Südostasiatische Länder und auch China würden sich davor fürchten, daß das dann entstehende Machtvakuum von Japan für seinen Machtzuwachs ausgenutzt werden würde. Japan sei jetzt schon das Land mit den dritthöchsten Militärausgaben der Welt. Südkorea fürchtet Odrich zufolge weniger die einstige Kolonialmacht Japan, sondern bei einem US-Abzug aus den Philippinen die Rückwirkungen auf das eigene Land („Schwächung der Verteidigungsfähigkeit"). Immerhin wird auch die südkoreanische Armee von dem dort stationierten US-Kommando befehligt. In Japan habe man aus bündnispolitischen Interessen gegenüber den USA und nicht zuletzt wegen der befürchteten negativen Rückwirkungen einer eigenen militärischen Präsenz im westlichen Pazifik auf das Exportgeschäft auch eher eine positive Einstellung zu den amerikanischen Stützpunkten in der Region. Und schließlich soll auch die Sowjetunion zum Status Quo, zur Aufrechterhaltung der bisherigen Kräfteverteilung im Pazifischen Ozean tendieren, „newcomer" wie China oder Japan seien nicht gern gesehen. — Das alles ist nicht belegt, aber geostrategisch trotzdem von Bedeutung.

Der „natürliche Flugzeugträger" Philippinen hat mit den geographisch günstig gelegenen Basen seinen festen Platz in den Aufmarsch- und Kriegsplanungen der USA, so gesehen ist die Stützpunktfrage eine Machtfrage. Doch unabhängig davon gibt es für den Fall der Fälle schon seit Jahren Eventualplanungen, bei denen die Insel Guam im westlichen Pazifik im Mittelpunkt der Überlegungen steht. Guam ist amerikanisches Territorium und verfügt über eine Flottenbasis, die auch einen Flugzeugträger anlanden lassen kann, über einen gut ausgebauten Stützpunkt für strategische Bomber (B-52) sowie eine Marinefliegerbasis. Um alle US-Einrichtungen von den Philippinen aufzunehmen, wäre Guam aber zu klein. Deshalb wird auch an andere, nicht den USA gehörende Inseln im westlichen Pazifik gedacht. „Doch ist die Anlage neuer Stützpunkte teuer." (FAZ, 10.5.88)

Ha.

Die israelischen Friedenskräfte und der Aufstand

von Jörn Böhme

Neben den herausragenden Momenten des palästinensischen Volksaufstands — dem ungebrochenen Widerstand der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten und dem bisher erfolglosen Versuch des israelischen Militärs und der Siedler, die Aufständischen mit terroristischen Methoden wieder zu unterwerfen — bleibt der Umstand weniger beachtet, daß es auch eine innerisraelische Opposition gibt, die sich größerenteils auf die Forderung nach Beendigung der militärischen Repression beschränkt, kleinerenteils aber auch das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat unterstützt.

In dem folgenden Beitrag werden Breite und Vielfalt der israelischen Friedensbewegung dargestellt. Einzelne dieser Gruppen entstanden schon Ende der 70er Jahre, andere im Zusammenhang des Libanon Krieges, und eine ganze Reihe insbesondere kleinerer Initiativen sind seit dem Beginn des palästinensischen Volksaufstands gegründet worden. Eine qualitative Einschätzung dieser Gruppierungen im Einzelnen wie ihres gesamtgesellschaftlichen Einflusses ist bisher noch schwer zu treffen.

Red.

Viele BeobachterInnen sind sich in der Bewertung einig, daß nach dem 9.12.87, dem Beginn des Aufstands der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten nichts mehr so sein wird, wie vorher. Die Ereignisse des letzten halben Jahres haben auch auf Seiten der innerisraelischen Opposition zu zahlreichen Aktivitäten und zur Gründung vieler neuer Gruppen und Initiativen geführt. Gruppen, die infolge des Abebbens des Libanon-Krieges und infolge der letzten Wahlen von 1984 kaum noch, oder gar nicht mehr aktiv waren, wie z.B. die „Frieden Jetzt"-Bewegung, veranstalten wieder große Demonstrationen und andere Aktivitäten. Ähnlich wie zu Beginn des Libanon-Krieges kommt kleineren und in ihren Forderungen und Aktionsformen radikaleren Gruppen eine Katalysatorfunktion zu.

Der Beitrag kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. So sind etwa die politischen Parteien, die zum Friedenslager zu rechnen sind, nicht extra aufgeführt, was nicht bedeutet, daß es dort nicht wichtige Initiativen innerhalb und

ger zu rechnen sind, nicht extra aufgeführt, was nicht bedeutet, daß es dort nicht wichtige Initiativen innerhalb und

außerhalb der Knesset gibt. Zudem sind natürlich zahlreiche Vertreter der entsprechenden Parteien bei Aktivitäten der verschiedenen außerparlamentarischen Friedensgruppen vertreten. Im folgenden werden die wichtigsten Gruppen und ihre Aktivitäten in den vergangenen Monaten dargestellt, der Versuch einer Einschätzung der israelischen Friedenskräfte in der momentanen Situation bildet das Ende des Beitrages.

„Stoppt die Besetzung"

Direkt nach dem Beginn des Aufstandes bildeten sich in den drei großen Städten Jerusalem, Tel Aviv und Haifa Gruppen mit dem Namen „Dai le-kibusch" (Stoppt die Besetzung). In diesen Gruppen arbeiten Mitglieder der „Demokratischen Front" und der „Progressiven Friedensliste" mit, aber auch Unorganisierte, die vorher nicht aktiv an Demonstrationen linker Gruppen teilgenommen haben. Aufgrund des Wunsches der beiden Parteien wurde eine politische Plattform verabschiedet, die ein Ende der Besetzung und die Gründung eines palästinensischen Staates neben Israel als Ergebnis einer internationalen Nahost-Konferenz fordert. Zu einer ersten Demonstration dieser Gruppe in Tel Aviv kamen im Dezember 87 1.000 Menschen. Außerdem wurden Demonstrationen am Haus des Ministerpräsidenten in Jerusalem und eine gemeinsame Demonstration mit dem arabischen Studentenkomitee, ebenfalls in Jerusalem, organisiert. Es gab Geld- und Nahrungssammlungen für palästinensische Flüchtlingslager, die der UNWRA, der Organisation der Vereinten Nationen, die sich um Flüchtlinge kümmert, übergeben wurden. Außerdem führt „Dai le-kibusch" Besuche in Flüchtlingslagern durch. Am 19.3.88 besuchten etwa 40 Israelis das Flüchtlingslager Deheische bei Bethlehem. Als Soldaten sie am Betreten des Flüchtlingslagers hinderten, kamen zahlreiche Bewohner aus dem Flüchtlingslager und das gemeinsame Treffen fand auf einem Feld gegenüber dem Flüchtlingslager statt.

„Nieder mit der Besetzung"

Vor allem in Haifa und in Tel Aviv ist eine Gruppe mit dem Namen „Hala ha-Ribusch" (Nieder mit der Besetzung) aktiv. Sie besteht aus Mitgliedern radikaler jüdischer und palästinensischer Gruppen (vor allem „Matzpen" und „Abna al-Balad", Söhne des Bodens). Die Gruppe fordert ein bedingungsloses Ende der Besetzung, ohne daß dies an eine bestimmte politische Lösung gebunden werden sollte. Neben verschiedenen Demonstrationen hat diese Gruppe vor allem Sammlungen von Lebensmitteln und Medikamenten für Flüchtlingslager organisiert, die sie dann versuchte, selbst in die Flüchtlingslager zu bringen. Dies wurde allerdings durch das israelische Militär zum Teil verhindert. An den Sammlungen beteiligten sich auch gemäßigtere Gruppen des Friedenslagers.

„Frauen in Schwarz"

„Frauen in Schwarz" ist eine Gruppe von Frauen, die zu festen Zeiten an bestimmten Orten in schwarzer Kleidung und mit Plakaten Mahnwachen abhält (in Jerusalem z.B. an jedem Freitag nachmittag). Da die Gruppe keine politische Plattform hat und sich nur allgemein gegen die Fortführung der Besetzung wendet, hat sich die Zahl der teilnehmenden Frauen in den vergangenen Monaten erheblich erhöht.

„Frieden Jetzt"

Wie bereits erwähnt, dauerte es wie schon zu Beginn des Libanon-Krieges 1982 eine Zeit lang, bis die Bewegung „Schalom achschaw" (Frieden Jetzt) Demonstrationen organisieren konnte, an denen große Zahlen von Menschen teilnahmen. Bereits im Dezember gab es eine Demonstration in Tel Aviv, zu der aber nur einige tausend TeilnehmerInnen kamen. In Jerusalem gab es eine Mahn-

eine Demonstration in Tel Aviv, zu der aber nur einige tausend TeilnehmerInnen kamen. In Jerusalem gab es eine Mahn-

wache, als der israelische Industrieminister Scharon seine Wohnung im moslemischen Teil der Jerusalemer Altstadt bezog; doch auch hier war die Beteiligung vergleichsweise gering. Im Januar sah das Bild schon anders aus, wahrscheinlich auch deswegen, weil immer mehr Israelis inzwischen sahen, daß die Beteuerungen der Regierung, daß es sich bei den „Ereignissen" nur um kurzfristige, vorübergehende „Unruhen" handele, den Realitäten nicht entsprachen. In Tel Aviv demonstrierten 35.000 Menschen und in Jerusalem 8.000.

Auch im Charakter dieser „Frieden Jetzt"-Demonstrationen gab es interessante Neuerungen. Bislang hatte diese Bewegung immer ihren jüdischen Charakter mit dem Hinweis darauf, daß sie die jüdische Bevölkerung Israels ansprechen wolle, betont. Auf diesem Hintergrund hatte sie israelische Palästinenser bisher nicht zur Teilnahme an ihren Demonstrationen aufgerufen. Das war diesmal anders. An demselben Tag, an dem abends die Demonstration in Tel Aviv stattfand, gab es nachmittags die erste große Demonstration von israelischen Palästinensern seit Beginn des Aufstandes in Nazareth. Auf dieser Demonstration sprach unter anderem ein Vertreter von „Frieden Jetzt", der die TeilnehmerInnen aufforderte, an der für den Abend geplanten „Frieden Jetzt"-Demonstration teilzunehmen. Auf der Kundgebung bei dieser Demonstration wiederum sprach ein Vertreter der israelischen Palästinenser. Diese Art der Zusammenarbeit wurde fortgesetzt, als „Frieden Jetzt" eine Demonstration zum Jahrestag der Ermordung von Emil Gruenzweig organisierte. (Der „Frieden Jetzt"-Aktivist Emil Gruenzweig wurde im Februar 1983 durch die von einem jüdischen Gegendemonstranten geworfene Granate getötet, als er an einer Demonstration nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes zu dem Massakern in Sabra und Shatila teilnahm, auf der der Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Scharon gefordert wurde). Bei der Demonstration zu diesem Jahrestag sprach u.a. der Herausgeber der palästinensischen Tageszeitung „Al Fajr", Hanna Sinora.

Die letzte große Demonstration von „Frieden Jetzt" fand am Vorabend der Reise von Ministerpräsident Schamir in die USA Mitte März in Tel Aviv statt, an ihr nahmen ca. 75.000 Menschen teil. Die Hauptforderung war die Unterstützung des Shultz-Planes durch Schamir und den Likud-Teil der Regierung der nationalen Einheit.

Opposition im Militär

In der israelischen Presse gibt es zahlreiche Berichte über Soldaten und Offiziere, die ihre Opposition gegen die Befehle, die sie ausführen sollen, zum Ausdruck bringen. Die Opposition innerhalb des Militärs wird sich wahrscheinlich mit dem zunehmenden Einsatz von Reservisten noch verstärken. Die wichtigste Kraft innerhalb dieser Opposition ist die während des Libanon-Krieges gegründete Gruppe „Jesch Gwul" (Es gibt eine Grenze). Die Mitglieder dieser Gruppe sind keine Pazifisten, aber sie weigerten sich während des Libanon-Krieges, im Libanon Dienst zu tun. Nach dem Libanon-Krieg beschäftigten sich die Mitglieder von Jesch Gwul intensiv mit der Frage des Militärdienstes in den besetzten Gebieten. Während die Gruppe zu dieser Frage zunächst keine einheitlichen Aufrufe verfaßte und es ihren Mitgliedern selbst überließ, ob und unter welchen Umständen sie den Dienst in den besetzten Gebieten verweigerten, ruft Jesch Gwul heute öffentlich und eindeutig zu einer solchen Verweigerung auf.

Eine der wesentlichen Aktivitäten der Gruppe besteht in der Verteilung einer sogenannten Reservistenkarte. Diese enthält einerseits die Instruktionen des Generalstabs und andererseits die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von Israel, nach der „offenkundig illegale Befehle" verweigert werden müssen. Daneben enthält die Karte politische und juristische Erläuterungen zu Befehlen, die Soldaten in den besetzten Gebieten erhalten haben und wie sie darauf reagieren können.

Außerdem sammelt Jesch Gwul Unterschriften für eine Petition, in der ihre Mitglieder erklären, daß sie sich weigern werden, sich an der Niederschlagung des Aufstandes in den besetzten Gebieten zu beteiligen. Bereits vor der Beorderung von Reserveeinheiten zum Dienst in den besetzten Gebieten hatten 300 Reservisten diese Petition unterzeichnet. Anfang April 88 waren es bereits 400. Acht Mitglieder von Jesch Gwul sind aufgrund ihrer Weigerung bisher inhaftiert worden, doch die Reaktion des Militärs ist nicht einheitlich. Manche Mitglieder wurden

rer Weigerung bisher inhaftiert worden, doch die Reaktion des Militärs ist nicht einheitlich. Manche Mitglieder wurden

nicht eingezogen und wieder andere gar nicht erst in den besetzten Gebieten eingesetzt.

Aufgrund der Rolle der Armee in der israelischen Gesellschaft ist die Verweigerung des Militärdienstes in den besetzten Gebieten auch innerhalb der Friedenskräfte umstritten. Weite Teile der „Frieden Jetzt" Bewegung und der Bürgerrechtspartei und von Mapam lehnen die Verweigerung ab. Auf der anderen Seite sind Jesch Gwul und ihre Aktivitäten ein nicht mehr zu ignorierender Bestandteil der öffentlichen Debatte und in den Reserveeinheiten der Soldaten.

Auch unter den Schülern höherer Schulen gibt es Gruppen, die Unterschriften für eine Petition sammeln, deren Unterzeichner erklären, daß sie nicht bereit sind, ihren bevorstehenden dreijährigen Militärdienst in den besetzten Gebieten zu leisten. Nach Auskunft eines Schülersprechers gab es bis Mitte April 107 Unterschriften und jeden Tag käme etwa eine neue hinzu. Zehn der Unterzeichner waren zu diesem Zeitpunkt eingezogen worden. Nur einer war in der Westbank eingesetzt worden. Nachdem er den Dienst verweigert hatte, saß er einige Wochen im Gefängnis und konnte dann innerhalb der „grünen Linie" (innerhalb der Grenzen von 1967) seinen Dienst leisten.

Am 21.2.88 demonstrierten Schüler von zwölf weiterführenden Schulen in Jerusalem vor dem Haus von Ministerpräsident Schamir für Verhandlungen und eine politische Lösung auf der Basis eines territorialen Kompromisses.

„Gegen die Besatzung — das 21. Jahr"

Bereits im November 1987 brachten Hanan Hever, ein Aktivist der Gruppe Jesch Gwul und Adi Ofir, ein ehemaliger Aktivist der „Frieden Jetzt" Bewegung die „Charta für den Kampf gegen die Besatzung" heraus. Beide wollen der Totalität der Besatzung die Totalität des Kampfes dagegen gegenüberstellen. Das Besatzungsregime brauche zum eigenen Überleben ein begrenztes Maß an Kritik und Protest und lediglich die Teilnahme an einer Demonstration oder die Unterschrift unter eine Petition könne zu einer politischen Neutralisierung von Menschen führen, wenn es bewirke, daß sie durch ihre begrenzte Handlung nicht das volle Ausmaß ihrer Verantwortung erkennen. In der Charta wird deshalb zu gewaltfreier Opposition gegen die Besatzung aufgerufen, zu einer „Politik der Verweigerung in jeder Sphäre des Lebens". Die Gruppe, die sich um diese Charta zusammengefunden hat, nennt sich „Gegen die Besatzung — das 21. Jahr". Sie tritt für einen Boykott von Waren ein, die aus jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten stammen, organisiert Schüler und Eltern, die Fahrten in die besetzten Gebiete boykottieren und unterstützt palästinensische Arbeiter, die in israelischen Städten Schwierigkeiten mit der Polizei haben. Die Charta ist bisher von 500 Menschen unterzeichnet worden.

„Die rote Linie"

Eine weitere neue Gruppe mit dem Namen „Hakav Haadom" (Die rote Linie) organisierte Ende Februar/Anfang März einen viertägigen Marsch von Rosch Hanikra im Norden Israels an der libanesischen Grenze nach Jerusalem. Der Marsch unter dem Slogan „Friedensmarsch von Juden und Arabern gegen die Besatzung" endete jeden Tag in einer großen Stadt mit einer Kundgebung (Akko, Haifa, Tel Aviv). In Tel Aviv gab es eine Großveranstaltung, an der ca. 10.000 Menschen teilnahmen und auf der fast alle in Israel bekannten Pop- und RocksängerInnen auftraten. Die SängerInnen sprachen auch darüber, warum sie sich jetzt öffentlich politisch engagierten, was sie zu einem großen Teil früher nicht taten. In Jerusalem rief auf der Schlußkundgebung der bekannte 85-jährige Professor Jeschajahu Leibowitz dazu auf, den Militärdienst in den besetzten Gebieten massenhaft zu verweigern.

Die Gruppe wurde vor allem von Bewohnern des Galil (Nord-Israel, Hauptwohngebiet der palästinensischen Israelis; Anm. AK) ins Leben gerufen und war von Anfang an sehr um die Kooperation mit israelischen Palästinensern bemüht. So gab es etwa von Anfang an eine enge Zusammenarbeit mit dem Komitee der Vorsitzenden arabischer Stadtverwaltungen in Israel.

„Israelis by Choice"

„Israelis by Choice"

Neu ist auch eine Gruppe von Neueinwanderern, die sich aktiv gegen die Besatzung wendet. Unter dem Namen „Israelis by Choice" nahmen Neueinwanderer an verschiedenen Demonstrationen teil.

Opposition von Frauen

Auch Frauengruppen sind gegen die derzeitige Regierungspolitik aktiv. Eine Gruppe, die sich „Die Friedenskarte" nennt, begann Anfang März eine Kampagne für eine große Friedenskarte, zusammengesetzt aus einzelnen handgenähten Flicken. Noch bevor die Kampagne startete, erhielten die Frauen mehr als 1000 einzeln genähte Flicken von jüdischen und palästinensischen Frauen.

Die feministische Zeitschrift „Noga" organisierte eine einwöchige Mahnwache im Zentrum von Tel Aviv, wo Dias gezeigt wurden, die von ausländischen Journalisten in den besetzten Gebieten aufgenommen und in der israelischen Presse zensiert worden waren.

Koordinationskomitee

In Jerusalem wurde inzwischen ein Koordinationskomitee für verschiedene Gruppen eingerichtet. Ende März fand dort eine erste Demonstration eines breiten Bündnisses von Gruppen statt. Unter dem Slogan „Gegen die Besatzung und für einen israelisch-palästinensischen Frieden" riefen folgende Gruppen zu einer gemeinsamen Demonstration auf: Dai le-Ribusch, East for Peace (orientalische Juden), Jugend gegen die Besatzung, Arabisches Studentenkomitee, Jesch Gwul, Campus (jüdisch-arabische Studentengruppe), Israelische Frauen gegen die Besatzung, Israelis by Choice und Die rote Linie. 500 Menschen nahmen an der Demonstration teil, davon viele, die vorher noch nicht bei einer Demonstration in Jerusalem waren.

Kibbuzim

Auch aus den Kibbuzim heraus gibt es inzwischen Reaktionen auf die Revolte in den besetzten Gebieten. Die der Mapam nahestehenden Kibbuzim organisieren regelmäßige Demonstrationen in Jerusalem, einige beteiligen sich an Sammlungen von Lebensmitteln und Medikamenten für die palästinensischen Flüchtlingslager. In den der Arbeitspartei nahestehenden Kibbuzim, die traditionell zu den Unterstützern von Verteidigungsminister Rabin gehören, gibt es inzwischen harte interne Auseinandersetzungen mit einer zunehmenden Fraktion von „Tauben".

Zahlreiche Aktivitäten gibt es in akademischen Kreisen und verschiedenen Berufsgruppen in Israel.

Opposition an den Universitäten

600 Professoren und Dozenten von allen Universitäten des Landes und vom Weizmann-Institut (das sind ca. 30% aller Professoren und Dozenten der israelischen Hochschulen) veröffentlichten in mehreren Tageszeitungen eine Erklärung, in der sie die Regierung zum Überdenken ihrer Politik auffordern. Außerdem ziehen sie eine Verbindung zwischen der eskalierenden Gewalt in den besetzten Gebieten und dem „diplomatischen Frost" der letzten 20 Jahre. Wenn die Armee weiterhin mit Polizeiaufgaben belastet werde, werde sie von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Landesverteidigung, abgehalten. Unterzeichnet wurde die Erklärung u.a. von dem weltbekannten Soziologen Schmuel Eisenstadt, dem Vorsitzenden des physikalischen Institutes der hebräischen Universität Daniel Amit, dem ehemaligen Rektor der hebräischen Universität Dan Patenkin, dem Historiker Schmuel Ettinger und dem Wirtschaftswissenschaftler Menachem Jaari.

In Tel Aviv organisierte eine Gruppe von Professoren und Dozenten eine Protestveranstaltung, an der ca. 300 StudentInnen teilnahmen. Auf der Veranstaltung sprachen auch Dozenten der palästinensischen Bir-Zeit-Universität und es wurde Geld für die Einwohner von Flüchtlingslagern gesammelt.

50 Dozenten des Fachbereiches für Soziologie, Anthropologie und Politologie der Universität Tel Aviv demonstrierten

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

am 16.2. vor dem Verteidigungsministerium gegen die Inhaftierung eines Kollegen, Meir Amor, der sich geweigert hatte, in den besetzten Gebieten Dienst zu tun. Für viele von ihnen war dies die erste Teilnahme an einer Demonstration.

Ebenfalls in Tel Aviv gründeten ProfessorInnen und StudentInnen eine Gruppe mit dem Namen „Ad Raan“ (Bis hierher). Neben einer Demonstration organisierte diese Gruppe ein Symposium mit Berichten aus erster Hand über die Vorgänge in den besetzten Gebieten durch Soldaten und Palästinenser. Geplant ist eine Konferenz über die juristischen Auswirkungen der Regierungspolitik.

Auch an der religiösen Bar-Ilan-Universität gab es eine Petition. Sie richtete sich dagegen, daß die Armee in den besetzten Gebieten Polizeifunktion ausüben müsse und forderte zu Verhandlungen mit den Palästinensern auf. Unterschrieben wurde sie von mehreren hundert Studenten und einer Gruppe von Professoren.

Juristen

Eine Gruppe von Juristen, die mit der Bürgerrechtsbewegung zusammenarbeiten, hat ebenfalls vor dem Verteidigungsministerium in Tel Aviv demonstriert. Außerdem hat sie in mehreren Zeitungsanzeigen dargelegt, wann ein Soldat verpflichtet sei, einen Befehl zu verweigern. Dabei spielt das Konzept der „schwarzen Fahne der Illegalität“ eine zentrale Rolle, das sich auf ein Urteil gegen israelische Soldaten nach dem Massaker von Kufr Quassem bezieht (1956, am Tag vor dem Beginn des Sinai-Krieges hatten israelische Soldaten 47 palästinensische Bürger Israels erschossen, die von der Feldarbeit nach Hause kamen und von der über Kufr Quassem verhängten Ausgangssperre nichts wußten). In dem Urteil wurde festgestellt, „daß sich ein ‚offenkundig illegaler Befehl‘ dadurch auszeichnet, daß eine schwarze Flagge über ihm flattert mit der geschriebenen Warnung ‚Verboten‘. Weder formale Illegalität, ob versteckt oder halb-versteckt, noch eine Illegalität, die nur für den Juristen offenkundig ist, ist in diesem Fall wichtig, sondern vielmehr (…) eine Illegalität, die ins Auge sticht und das Herz aufrüttelt, außer, wenn das Auge blind ist und das Herz betäubt oder korrupt, das ist der Grad der ‚offenkundigen‘ Illegalität, der notwendig ist, um die Pflicht des Soldaten zum Gehorsam aufzuheben und ihm die Verantwortung für die Strafbarkeit seiner Taten aufzuerlegen“.

Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter

Psychiater, Psychologen, Sozialarbeiter

Eine Gruppe von 500 Psychiatern, Psychologen und Sozialarbeitern veröffentlichte in der Tageszeitung „Chadaschot“ eine Erklärung, in der sie sich für eine bedingungslose Beendigung der Besatzung aussprachen. Eine andere Gruppe von Psychologen wandte sich in einer Erklärung gegen die Politik der Schläge und warnte vor den ernsthaften psychologischen Auswirkungen auf die Soldaten. Inzwischen sind die beiden Petitionen von insgesamt 1.100 Psychiatern, Psychologen und Sozialarbeitern unterzeichnet worden, das sind ca. 25% der in diesen Bereichen tätigen Menschen.

Lehrer

In Tel Aviv wurde ein großes öffentliches Treffen von Lehrern veranstaltet, die dort gemeinsam die Frage berieten, was die derzeitige Situation für die Gestaltung des Unterrichtes bedeutet.

Schriftsteller und Künstler

Die Gewerkschaft der israelischen Bühnenautoren organisierte mit Gewerkschaften anderer Künstler Mitte Februar ein Treffen in Tel Aviv. In einer Petition wird die Regierung aufgefordert, mit den Palästinensern über Frieden zu sprechen auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Rechte beider Völker, inklusive des Rechtes der Palästinenser, ihre eigenen VertreterInnen zu wählen. Der bekannte Autor Amos Oz erklärte auf dem Treffen, er sei für einen palästinensischen Staat neben Israel schon am kommenden Morgen — nicht wegen des Leidens der Palästinenser, sondern weil dies der Gang der Dinge sei. Die israelische Öffentlichkeit müsse sich von dem krankhaften Verhaftetsein in die Vergangenheit befreien, dessen sie sich in der Vergangenheit auch schuldig gemacht habe.

Amos Oz war auch einer von erstaunlich vielen Schriftstellern und Journalisten, die mit einer Erklärung in Zeitungen gegen die zehntägige Schließung der kommunistischen Tageszeitung „Al Ittihad“ protestierten und dies als eine Gefahr für die Demokratie in Israel bezeichneten.

Im Zusammenhang mit dem Plan der PLO, ein Schiff mit von Israel in den letzten 20 Jahren ausgewiesenen Palästinensern von Zypern nach Haifa zu senden, erklärte eine Gruppe israelischer Schriftsteller unter der Leitung von A.B. Yehoshua ihre Bereitschaft, das Schiff bei seiner Ankunft zu begrüßen. Einige Israelis fuhren nach Athen und Zypern, um dort die Organisatoren zu treffen und mit der Intention, die Reise zu begleiten. In dieser Gruppe waren vor allem Israelis, die sich schon bei früheren Gelegenheiten mit Vertretern der PLO getroffen hatten, aber auch andere, wie z.B. eine Frau, die zu den illegalen Immigranten auf dem Schiff „Exodus“ gehörte. Nach der Explosion am Bug des Schiffes, vermutlich ausgelöst durch den israelischen Geheimdienst, kehrten sie nach Israel zurück. Dort wurden sie verhört, mußten eine hohe Kaution bezahlen und müssen sich in Zukunft vor jeder Auslandsreise eine Erlaubnis der Behörden holen.

In Haifa selbst demonstrierten 5.000 Menschen, vor allem israelische Palästinenser, ihre Unterstützung für das Projekt des „Rückkehrerschiffes“.

Ein im Zusammenhang mit den Feiern zum 40jährigen Bestehen Israels für Anfang Juni geplantes Festival der modernen Dichtung wird nicht stattfinden, da der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees, der bekannte Dichter Nathan Zach und ein weiteres Mitglied des Vorbereitungskomitees zurückgetreten sind. Die Ereignisse in dem palästinensischen Dorf Beita haben für ihren Schritt den Ausschlag gegeben, erklärten sie. Die Abhaltung des Festivals könnte als „Solidarität mit einer Regierung interpretiert werden, die Häuser sprengt, Bürger ohne Prozeß ausweist, Tränengas gegen Frauen einsetzt, Kinder umbringt, in einem Akt, den man nur als Staatsterrorismus bezeichnen könne. Eine solche Regierung verdiene es nicht, daß Dichter ihre Gedichte unter ihrer Schirmherrschaft vortrügen.“

Dagegen haben inzwischen mehr als 100 Schriftsteller und Intellektuelle den Vorschlag für einen Friedensvertrag zwischen Israel und einem zu gründenden palästinensischen Staat unterschrieben. Abu Mazen, Mitglied der Exekutive der PLO, äußerte sich öffentlich positiv zu diesem Aufruf und ebenso eine Gruppe palästinensischer Schriftsteller, die außerhalb der besetzten Gebiete leben. Auch der bekannte palästinensische Schriftsteller Mahmoud Darwish unterstützt die Erklärung, obgleich es um eines seiner letzten Gedichte z.Zt. in Israel heftige Kontroversen gibt.

In Tel Aviv organisierten 70 Fotografen eine dreiwöchige Fotoausstellung unter dem Titel „Fotografen gegen die eiserne Faust: Eine Fotografieausstellung/-demonstration“. Als diese Ausstellung zu

dem Titel „Fotografen gegen die eiserne Faust: Eine Fotografieausstellung/-demonstration“. Als diese Ausstellung zu

Ende ging, eröffneten 220 Künstler Ausstellungen ihrer Werke in sieben Kunstgalerien in Tel Aviv und veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung.

Kunststudenten der Bezalel-Akademie in Jerusalem wurden von der Polizei mit Tränengas auseinandergetrieben, als sie gegen die Regierungspolitik demonstrierten. Die Polizei behauptete, die Studenten hätten einen Umzug zu Purim (dem jüdischen Faschingsfest) zu einer politischen Demonstration mißbraucht.

Ärzte

Schließlich wurde am 19.3. im Neve-Zedek-Theater in Tel Aviv eine Israelisch-Palästinensische Ärztegemeinschaft gegründet. 100 jüdische und palästinensische Ärzte aus Israel und den besetzten Gebieten wollen dadurch u.a. die medizinische Versorgung in den besetzten Gebieten verbessern.

Gewaltfreiheit

Große Publizität, vor allem in Israel und in den USA haben das „Palästinensische Zentrum für das Studium der Gewaltfreiheit“ und sein Leiter Mubarak Awad gewonnen. Nachdem Awad, der in Jerusalem geboren wurde, aber die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, bereits im November 87 die Verlängerung seines Touristenvisums verweigert wurde, wurde er Anfang Mai in Abschiebehaft genommen. Nur aufgrund einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Israels ist die Abschiebung noch nicht vollzogen worden. Viele der von Awad propagierten gewaltfreien Methoden (ziviler Ungehorsam, Nichtzusammenarbeit, Boykott, etc.) sind von der nationalen Führung des Aufstandes der Palästinenser aufgegriffen worden, so daß Awad jetzt von der israelischen Regierung beschuldigt wird, einer der „Drahtzieher“ des Aufstandes zu sein. Auch Gruppen der israelischen Friedenskräfte setzen sich für Mubarak Awad ein, so etwa die religiöse Friedensgruppe Os weschalom und die Gruppe „Palästinenser und Israelis für Gewaltfreiheit“. (Zu den Ereignissen um das Zentrum und Mubarak Awad wird der Deutsch-Israelische Arbeitskrei für Frieden im Nahen Osten demnächst ein Sonderheft seiner Zeitschrift „Israel und Palästina“ veröffentlichen.)

Das Beita-Komitee

Das Komitee hat sich infolge der „Beita-Ereignisse“ und der „Beita-Affäre“ konstituiert.

Am 6.4.88 machte eine Gruppe von Jugendlichen aus einer jüdischen Siedlung in der Westbank zusammen mit zwei bewaffneten Begleitern einen Ausflug in die Nähe des Dorfes Beita. Unter noch nicht in allen Einzelheiten geklärten Umständen kam es dort zu Auseinandersetzungen mit palästinensischen Jugendlichen, in deren Verlauf einer der Begleiter zwei Palästinenser und unabsichtlich ein jüdisches Mädchen der Gruppe erschoß und selber schwer verletzt wurde. In den israelischen Medien war zunächst die Rede davon, das Mädchen sei von Palästinensern gesteinigt worden und jüdische Siedler und u.a. drei Minister der Regierung forderten die völlige Zerstörung des Dorfes und die Ausweisung seiner Bewohner. Durch einen Armeebericht über die Ereignisse wurde dann bekannt, daß das Mädchen durch einen Schuß aus der Maschinenpistole eines der beiden Begleiter getötet worden war. Dennoch wurden 14 Häuser gesprengt und noch einmal so viele teilweise oder ganz durch die Sprengungen zerstört, 40 Palästinenser aus Beita verhaftet und sechs von ihnen in den Libanon ausgewiesen. Über das Dorf wurde eine Ausgangssperre verhängt und auf der Zugangsstraße wurde von der Armee ein Graben ausgehoben.

Das Beita-Komitee setzt sich zusammen aus Mitgliedern anderer israelischer Oppositionsgruppen. Zwei andere Oppositionsgruppen sind dem Komitee geschlossen beigetreten: die religiöse Friedensgruppe „Netivot Schalom“ und die Gruppe von Studenten und Dozenten der Tel Aviver Universität „Ad Kaan“.

Das Beita-Komitee will neue Formen des Widerstandes gegen die Besetzung praktizieren. Der Schwerpunkt liegt nicht auf Demonstrationen und Appellen, sondern auf dem aktiven Versuch, gegen erwirkte Maßnahmen zu kämpfen, diese, soweit das möglich ist, rückgängig zu machen und neue Maßnahmen zu verhindern. Das Komitee arbeitet dabei mit der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zusammen. Täglich könne ein neues Beita geschehen, und beim nächsten Mal müsse man in dem Ort sein, bevor dort die Häuser gesprengt würden.

In Beita selbst ist die Gruppe auf folgenden Ebenen aktiv geworden: Eine Juristengruppe verteidigt die Inhaftierten. Außerdem hat sie einen Appell an den

genden Ebenen aktiv geworden: Eine Juristengruppe verteidigt die Inhaftierten. Außerdem hat sie einen Appell an den

Obersten Gerichtshof Israels um Aufhebung der Sprengungsverfügungen (die eine Konfiszierung des Bodens einschließen, so daß nach der Sprengung auf dem Boden keine neuen Häuser gebaut werden können) gerichtet. Schließlich hat sie auf der Grundlage von Gutachten einer Ingenieur- und Architektengruppe Schadensersatzklagen für die bei den Sprengungen beschädigten Häuser gestellt. Falls es nicht gelingen sollte, die Konfiszierung des Bodens rückgängig zu machen, gibt es Überlegungen, alte, verlassene Häuser in Beita für die betroffenen Familien zu restaurieren. Aufgrund der Solidarität durch den palästinensischen Aufstand scheint es denkbar, daß die Besitzer der verlassenen Häuser diese zur Verfügung stellen.

Zahlreichen Mitgliedern des Beita-Komitees ist es gelungen, an einem frühen Morgen die Militärsperren zu umgehen und zunächst alleine und dann mit der Hilfe von immer mehr Bewohnern von Beita den von der Armee ausgehobenen Graben wieder zuzuschütten und die von der Armee zerstörten Olivenbäume neu zu pflanzen. Diese Aktion, an der sich schließlich 150 Menschen beteiligten, ist insofern bemerkenswert, da das Risiko für die Bewohner von Beita ungleich größer als für die Israelis ist.

Gegen Ausweisungen kann das Komitee praktisch wenig unternehmen, aber es hat sich zum Ziel gesetzt, zu einer öffentlichen Atmosphäre beizutragen, die die Entscheidung und den Vollzug von weiteren Ausweisungen erschweren soll.

Einschätzung

Ohne einige Überlegungen zur Einschätzung von Rolle und Stärke der Friedenskräfte in Israel kann eine solche Aufzählung leicht ein verwirrendes und/oder verzerrtes Bild ergeben.

Die Initiativen, Gruppen, Organisationen und Parteien der Friedenskräfte sind nach wie vor alles andere als auch nur annähernd eine Einheit. Obwohl — auch angesichts der im November '88 bevorstehenden Wahlen — viele Appelle und Aufrufe zu einheitlicherem Vorgehen und zu Zusammenschlüssen einzelner Gruppen und Parteien vorgetragen werden, ist praktisch in dieser Richtung noch nicht viel geschehen. Dazu kommen die nach wie vor bestehenden grundsätzlichen Trennungslinien zwischen den einzelnen Gruppen, die sich immer noch an der Frage der Verhandlungen mit der PLO und der Konzeption eines unabhängigen palästinensischen Staates neben Israel festmachen, auch wenn die Fronten zuweilen nicht mehr ganz so klar erscheinen wie früher. Dies hat Auswirkungen auf die Art der Formulierung von Protesten, auf die Frage, wer mit wem bei der Organisation von Demonstrationen und Organisationen zusammenarbeitet, und auch auf die Frage, wie positiv oder skeptisch der sogenannte Shultz-Plan bewertet wird.

In der Zeitschrift „News from Within“ war die These zu lesen, daß ein Großteil der Menschen, die sich an Protesten beteiligen, dies nicht aus Uneigennützigkeit oder aus Überlegungen politischer Logik täten, sondern einfach, weil der Preis für eine unveränderte Situation zu hoch geworden sei (die Verletzten, das Gefühl der Unsicherheit, der internationale Druck, die ökonomischen Kosten, die Auswirkungen auf die nationale Moral und das Selbstverständnis der Besatzungsmacht). In diesem Sinne drückten die meisten Reden bei Demonstrationen der „Frieden Jetzt“-Bewegung auch nicht Solidarität mit den unter der Besatzungsmacht lebenden Palästinensern aus, als vielmehr die Sorge für die Interessen der israelischen Öffentlichkeit. Dies ärgere zu Recht die israelische und die palästinensische Linke, aber man könne nicht an der Tatsache vorbei, daß die Mehrheit der israelischen Bevölkerung sich noch nicht von dem sogenannten nationalen Konsens entfernt hätte. Andererseits begriffen immer mehr Menschen, daß die Besatzung eine Tragödie sei und schnell beendet werden müsse. Daß die „Frieden Jetzt“-Bewegung diese Menschen anspreche, genau darin liege ihre Stärke. Die Bedeutung der kleineren, radikaleren Gruppen liege unter anderem in ihrer Katalysatorfunktion gegenüber der „Frieden Jetzt“-Bewegung.

Eine neue Qualität in die jetzige Protestbewegung haben vor allem die Aktivitäten der Berufsgruppen gebracht. Es ist wahrscheinlich gar nicht zu überschätzen, wenn derart viele Psychiater und Psychologen öffentliche Erklärungen abgeben, also eine Berufsgruppe, die gerade mit dem Hinweis auf ihre berufliche Funktion es bisher weitgehend abgelehnt hat, sich öffentlich politisch zu äußern. Auch andere Berufsgruppen, die bislang keine politische Bedeutung hatten, wurden jetzt politisch aktiv oder haben ihre Aktivitäten sehr intensiviert.

Natürlich gibt es nicht nur linke und liberale Kreise, die mobilisieren. Am Tag nach der großen Demonstration der „Frieden Jetzt“-Bewegung fand eine noch um einiges größere Demonstration

nach der großen Demonstration der „Frieden Jetzt“-Bewegung fand eine noch um einiges größere Demonstration

von vielen Gruppen und Parteien, die für ein Großisrael kämpfen, am gleichen Ort in Tel Aviv statt. Und große Zeitungsanzeigen von Professoren und Dozenten wurden auch von einer Gruppe mit dem Namen „Für eine Haltung der Stärke“ veröffentlicht. Dazu kommt die Tatsache, daß Repressionsmaßnahmen zunehmend auch Gruppen, kleine linke Zeitungen, Journalisten und Rechtsanwälte in Israel selbst treffen.

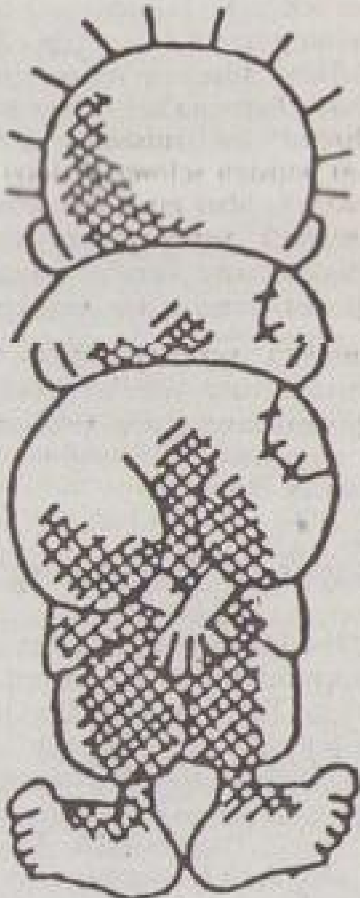
Die verschiedenen Verhaltensweisen und Reaktionen auf den Aufstand in der Bevölkerung haben jeweils eine große Intensität. Das gilt für die politische Rechte, ob religiös oder nicht, das gilt für die politische Linke und die Friedenskräfte, und das gilt wahrscheinlich auch für all die Menschen, die bewußt oder unbewußt viel Energie dafür aufwenden, wegzusehen und nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Doch es gibt drei Aspekte, die eine Vergrößerung des Friedenslagers als nicht ausgeschlossen erscheinen lassen: Zum einen gibt es neben allen festgefügten oder scheinbar festgefügten Meinungen bei den Menschen auch eine Menge Konfusion angesichts der Ereignisse der letzten sechs Monate. In Befragungen äußern sich viele Menschen zum Teil sehr widersprüchlich, so daß es oft schwierig ist, sie politisch eindeutig „einzuordnen“. Dazu kommt, daß Menschen von den Ereignissen bewegt sind, daß sie umgetrieben werden und zum Teil in einer nach außen kaum sichtbaren Weise aktiv werden. Das gilt z.B. für die Sammlung von Kleidern und Lebensmitteln für Flüchtlingslager. Und nicht zuletzt ist es wahrscheinlich der Aufstand der Palästinenser selbst. Er hat die Krise zwischen den beiden Völkern, zwischen den beiden Bevölkerungen offensichtlich gemacht und trägt dazu bei, daß es immer schwieriger wird, sie zu ignorieren. Es wird immer deutlicher, daß es um die Frage der Existenz von zwei Völkern in einem Land geht. Und es gibt Anzeichen, daß zunehmend Menschen in Israel Fragen auch grundsätzlicher stellen und bisher weithin als Tabu geltende Themen, wie z.B. die Frage der Verhandlungen mit der PLO und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates, in einer breiteren Öffentlichkeit zur Sprache kommen.

Es ist sicherlich mehr politisches Programm und Zweckoptimismus, als eine Beschreibung der Realität zum jetzigen Zeitpunkt, was Emil Habibi, israelischer Palästinenser, Schriftsteller und Herausgeber der kommunistischen Tageszeitung „Al Ittihad“ kürzlich in der englischsprachigen israelischen Zeitschrift „New Outlook“ schrieb, aber vielleicht wird es für die Friedenskräfte in Israel und auf der palästinensischen Seite und auch über sie hinaus in größerem Maße zu einem Orientierungspunkt: „Es wird gesagt, daß kein arabisches Land, auch nicht die USA und Israel einen palästinensischen Staat in Palästina neben dem Staat Israel wünschen. Wer ist dann interessiert an diesem neuen Staat? Wer wird diesen neuen Staat zur Welt bringen? Die beiden Völker Palästinas — das palästinensisch-arabische Volk und das Volk von Israel.“

Quellen:
Verschieden Ausgaben der Zeitungen „Jerusalem Post (Int. Edition)“, „New Outlook“, „The other Israel“, „News from Within“, „TAZ“, „Arbeiterkampf“ und eigene Gespräche während eines Israel-Aufenthaltes.

Jörn Böhme Jahrgang 1955, war von 1980 bis 1987 Israelreferent der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF). Der hier publizierte Beitrag ist ein Vorabdruck aus dem in der Schriftenreihe des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten erscheinenden Band „Friedenskräfte in Israel“ (Bezug über DIAK, p.A. Christian Sterzing, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben). Die Arbeit wurde im Mai abgeschlossen, der Abschnitt zum Beita-Komitee wurde im Juni nachgetragen.



Aufstand gegen den Status quo

Interview mit Hanna Siniora

Hanna Siniora ist seit 1974 Chefredakteur der in Ostjerusalem erscheinenden arabischen Tageszeitung „Al-Fajr" (Die Morgenröte) und der gleichnamigen einzigen englischsprachigen palästinensischen Wochenzeitung. Die Zeitung steht der Fatah-Position innerhalb der PLO nahe.

Hanna Siniora ist rühriger Teilnehmer am israelisch-palästinensischen Dialog und gilt als „Handlungsreisender in Sachen Frieden" (FR), er sprach mit Politikern in den USA, besuchte jüngst Genscher und war Anfang Juni Teilnehmer eines Hearings der Grünen in Bonn.

Wir sprachen mit Hanna Siniora am 9.4. in der Al-Fajr-Redaktion in Ostjerusalem.

AK: Welche Ergebnisse hat der Aufstand bisher gehabt? Welche Perspektive hat der Aufstand aus Ihrer Sicht?

Hanna Siniora: Heute ist der erste Tag des fünften Aufstandsmonats und es scheint sicher zu sein, daß der Aufstand fortdauern wird, bis von den Israelis eine politische Antwort kommt. Alle präventiven und repressiven Akte und das Heranziehen von immer mehr Soldaten sind fehlgeschlagen: der Aufstand wurde nicht niedergehalten sondern vorangetrieben.

Der Aufstand breitete sich von den Lagern auf die Städte und Dörfer aus. Es begann mit den Jugendlichen, jetzt arbeiten alle Generationen zusammen: Mütter und Kinder, Männer in jedem Alter. Es ist heute ein Aufstand des gesamten palästinensischen Volkes unter der Besatzung —

und Kinder, Männer in jedem Alter. Es ist heute ein Aufstand des gesamten palästinensischen Volkes unter der Besatzung —

trotz des hohen Preises, des Blutes unseres Volks, das vergossen wird. Mehr als 150 Menschen haben bisher ihr Leben während des Aufstands verloren, über 2000 wurden schwer verletzt, etwa 8000 verhaftet, über etwa 700 wurde Administrativhaft verhängt, d.h. sie werden sechs Monate ohne Anklage und Gerichtsverfahren eingesperrt. (Die Zahlen beziehen sich auf Anfang April, den Zeitpunkt des Interviews; Anm. d. Red.)

Dieser Aufstand ist eine Rebellion gegen eine lange, harte Besatzung, gegen den Status quo. Die Botschaft des palästinensischen Volkes an die Israelis und die Welt lautet: Wir können nicht unter der Besatzung leben, wir wollen in Frieden in unserem eigenen Land, in unserem eigenen Staat und unter unserer eigenen Flagge leben. Dennoch ist dieser Aufstand, wenn auch der Kampf um die 1967 besetzten Gebiete gegen die Israelis geführt wird, nicht gegen das israelische Volk gerichtet. Wir halten den Ölzweig des Friedens in der Hand.

Wir sind nicht gegen die Existenz des jüdischen Staates, aber wir sind gegen die Kolonisation und die Besetzung der Westbank und des Gasastreifens.

Welche Chancen hat eine Verhandlungslösung?

Bei einer Regelung dieses Kampfes zweier Völker um die gleiche Heimat müssen sowohl die nationalen Bedürfnisse und Rechte des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat beachtet werden als auch die Sicherheitsbedürfnisse der Israelis — um deren Angst entgegenzuwirken, daß ein künftiger palästinensischer Staat eben nicht die Zerstörung Israels bedeutet. In jeder Verhandlung, die erfolgreich sein soll, müssen diese beiden Elemente beachtet werden.

Als US-Außenminister Shultz in die Region kam, redete er über die Sicherheitsinteressen Israels, doch er hat vergessen, über die nationalen Bedürfnisse des palästinensischen Volkes zu reden. Deshalb genießt die Shultz-Initiative nicht das Vertrauen der Palästinenser und der arabischen Welt.

Der Weg, der zum Frieden führt, ist die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Interessen und Bedürfnisse. „Frieden gegen Land" — diese Lösungsformel anzuerkennen weigern sich vor allem der Likud-Block und die israelische Regierung.

Herr Schamir hat gesagt, er will Frieden und Groß-Israel. Frieden und Groß-Israel aber gehen nicht zusammen. Frieden ist möglich, Anerkennung ist möglich, aber der Preis dafür ist, daß Israel die besetzten Gebiete, die Westbank und den Gasastreifen, dem palästinensischen Volk zurückgibt, damit es in Würde und Frieden in seinem eigenen Staat leben kann. Bis eine solche Entwicklung möglich ist, werden Konflikt und Aufstand andauern.

Welche Positionen werden in der israelischen Gesellschaft gegenüber den Forderungen des palästinensischen Volkes eingenommen?

Heute wird von den Palästinensern, von der PLO und in der arabischen Welt die Zwei-Staaten-Lösung akzeptiert. Zwei Staaten für die beiden Völker, die in diesem Gebiet leben. Dieses Prinzip wird jedoch noch immer nicht von Israel anerkannt. Die Position des Likud-Blocks ist: kein Rückzug, keine Aufgabe von Gebieten. Und auch die zweitgrößte Partei Israels, die Arbeitspartei, spricht nicht von einer Zwei-Staaten-Lösung. Sie betrachten die Palästinenser als irgendeine arabische Minderheit, deren Schicksal mit dem eines anderen arabischen Staates verbunden ist. Um den Frieden zu erreichen, müssen *beide* Seiten das Prinzip „Zwei Völker — zwei Staaten" anerkennen.

Es gibt ein Friedenslager in Israel, das die Notwendigkeit anerkennt, daß es Selbstbestimmung für beide Völker, die im selben Gebiet leben, geben muß. Dieses Friedenslager ist bis heute noch klein, doch dieser Aufstand aktiviert das Friedenslager, es gewinnt an Gestalt. Leute von „Peace Now", von der Mapam, einige Leute von der Arbeitspartei und besonders die arabische Liste, die Progressive Friedensliste und Chadasch (Demokratische Front für Gleicheit und Frieden — von der israelischen KP geführtes Bündnis; Anm. d. Red.) reden über die Zwei-Staaten-Lösung. Dennoch, um aufrichtig zu sein, das sind nicht mehr als fünfzehn Prozent der israelischen Bevölkerung. Dieses Lager muß wachsen, um die Einstellungen zu ändern und auf diesem Weg eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Sie sprachen von einer großen Anzahl inhaftierter Palästinenser. Wie ist deren La-

Sie sprachen von einer großen Anzahl inhaftierter Palästinenser. Wie ist deren La-

ge in den Gefängnissen und Lagern?

Ihre Lage ist schlecht und wird noch schlechter werden. Die israelischen Gefängnisse sind nicht groß genug, die Gefangenen zu fassen, so daß viele neue Gefängnisse und Gefangenenlager errichtet werden. Es gibt jetzt zum Beispiel Ansar II im Gasastreifen und Ansar III in der Negew-Wüste nahe der ägyptischen Grenze.

Die verhafteten Palästinenser werden geschlagen, gequält. Ich hörte von Folterungen mit elektrischen Schocks. Was von den internationalen Fernsehsendern gezeigt wurde, geschieht jeden Tag: wahlloses Prügeln, Brechen von Knochen, Schießen mit scharfer Munition. Die Menschenrechtsverletzungen müssen sofort gestoppt werden. Deshalb fordern die Palästinenser die Vereinten Nationen und die Welt auf, einzugreifen.

Welches sind die aktuellen Forderungen des Aufstands?

Die nationale Bewegung hat bereits am 14. Januar unter Teilnahme wichtiger nationaler palästinensischer Institutionen und Persönlichkeiten aus der Westbank und dem Gasastreifen eine Pressekonferenz durchgeführt und ein von ihr ausgearbeitetes 14-Punkte-Programm vorgelegt, das auch der UNO übergeben wurde. Dieses Programm zur Erleichterung der unerträglichen Situation in den besetzten Gebieten gilt ohne Einschränkung noch heute. Diese Sofortmaßnahmen sollen auch die Atmosphäre für eine internationale Friedenskonferenz unter Teilnahme der PLO verbessern.

In dem Programm wird im Einzelnen als Sofortmaßnahmen gefordert: Israel muß sich an die vierte Genfer Konvention halten, die die Rechte von Zivilisten unter einer Okkupation regelt; Freilassung aller Gefangenen, die während des Aufstands verhaftet wurden; Beendung der Deportationen; sofortige Aufhebung der Belagerung der Flüchtlingslager; Beendung der kollektiven Bestrafungen; Durchführung einer Befragung über das Verhalten von Soldaten und Siedlern in der Westbank und im Gasastreifen; Stopp aller Siedlungsaktivitäten und der Konfiszierung von Land in den besetzten Gebieten; freier Zugang zu allen heiligen Stätten, z.B. auch zu den christlichen und moslemischen Heiligtümern in Jerusalem; Aufhebung der Besteuerung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, Steuern unter Okkupation sind illegal; die Beschränkung unserer Bürgerrechte und der politischen Rechte einschließlich des Rechts auf freie Versammlung und Organisierung muß aufgehoben werden; Vorbereitung freier Kommunalwahlen unter Beobachtung durch eine neutrale Autorität; sofortige Herausgabe der Gelder und beschlagnahmten Fonds der organisierten Arbeiter — es geht um mehrere hundert Millionen US-Dollar — und Rückgabe an die rechtmäßigen Besitzer, z.B. über die nationalen palästinensischen Gewerkschaften; Rücknahme der Beschränkung von palästinensischen Baumaßnahmen, landwirtschaftlichen und industriellen Projekten; Aufhebung der Beschränkung der Wasserversorgung.

Weiter muß die Diskriminierung des Handels mit palästinensischen Waren aus den besetzten Gebieten beendet werden. Die Israelis verkaufen ihre Waren bei uns, warum dürfen wir also unsere Waren nicht in Israel verkaufen oder sie exportieren, was uns ebenfalls verboten ist?! Nicht zuletzt fordern wir die Rücknahme der Restriktionen bei politischen Kontakten zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete und der PLO, ihrer rechtmäßigen Vertretung. Ebenso muß die Teilnahme von Delegationen der Bevölkerung der besetzten Gebiete an den Versammlungen des Palästinensischen Nationalrats ermöglicht werden, damit auch die Palästinenser, die unter der Besatzung leben, in Entscheidungsprozesse eingreifen können, die die gesamte palästinensische Nation betreffen.

Dies sind nur einige der Forderungen, auf die Israel zur Verbesserung der Lage in den besetzten Gebieten sofort eingehen sollte. Eine endgültige Regelung muß enthalten: Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volks auf nationale Selbstbestimmung durch Israel; Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten; Verhandlungen aller Beteiligten auf einer internationalen Konferenz, bei der die PLO das palästinensische Volk repräsentiert. Und, als Ergebnis der Verhandlungen, die Etablierung eines palästinensischen Staates in der Westbank und im Gasastreifen, damit die Palästinenser in Freiheit in ihrem eigenen Staat leben können, Seite an Seite mit dem Staat Israel.

an Seite mit dem Staat Israel.

Welche Perspektiven haben die Menschen in den besetzten Gebieten für die Fortführung des Aufstands? Kann der Aufstand durch die Repression des israelischen Militärs gebrochen werden?

Sie werden bei genauer Beobachtung der Entwicklung in den besetzten Gebieten feststellen können, daß die Palästinenser für eine lange Zeit aushalten können. Sie gehen zurück zu den Höfen, pflanzen dort. Das heißt, sie arbeiten nicht nur für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft. Sie gehen zurück auf die Höfe um zu überleben. Wegen der ökonomischen Repressionen der Israelis müssen wir uns Alternativen schaffen, und das einzige alternative Vermögen, das wir schaffen können, ist das, was wir auf eigenem Boden produzieren.

Der Aufstand wird fortdauern bis wir von den Israelis eine politische Antwort bekommen. Militärische Repression wird den Aufstand nicht stoppen können. Dieser Aufstand ist der Ausdruck des Willens der palästinensischen Bevölkerung, die deutlich ausdrückt: Wir wollen keine Besatzung.

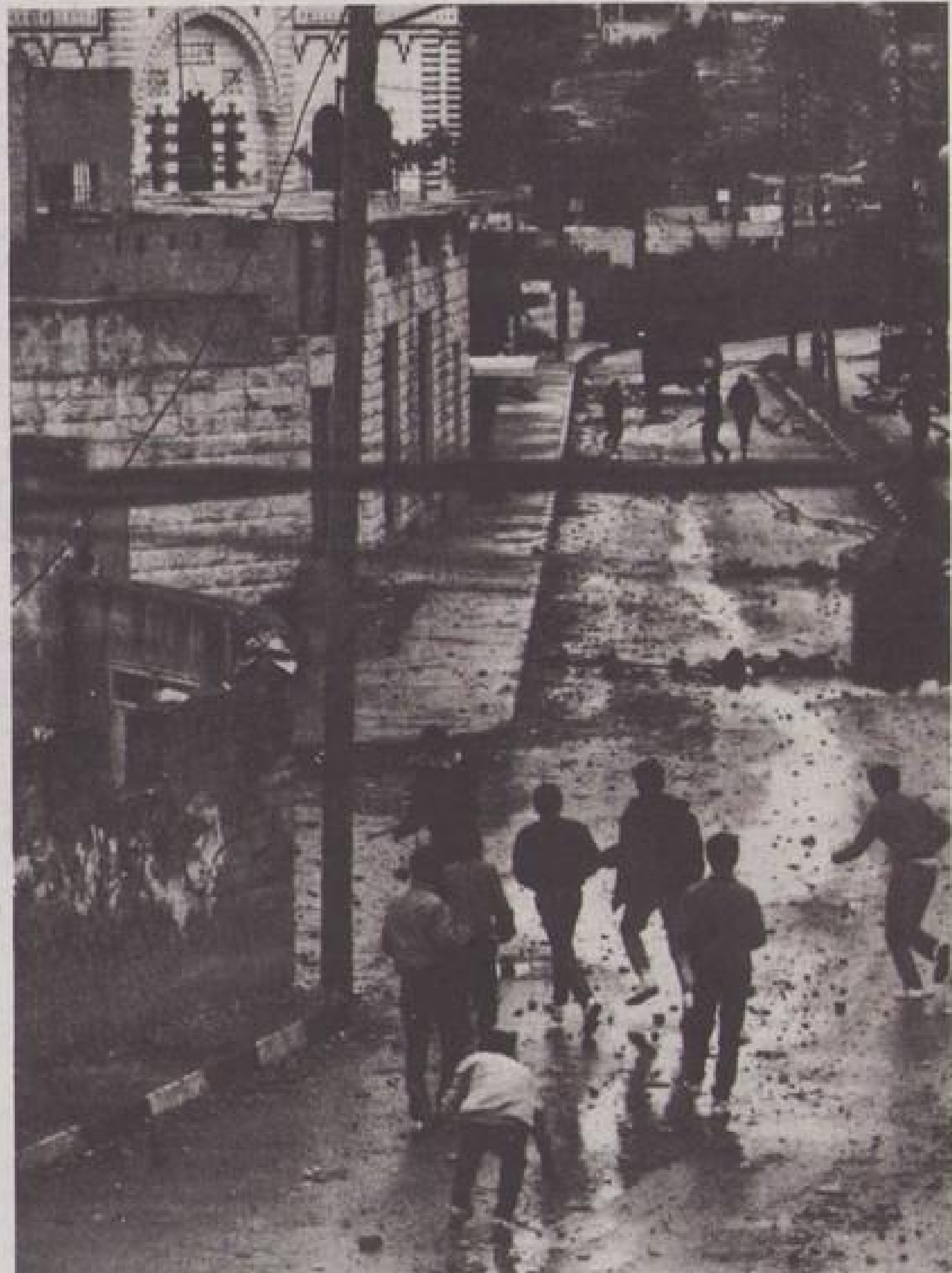
Der auch von den ausländischen Medien geschätzte Palästinensische Pressedienst wurde kürzlich, vorerst für sechs Monate, geschlossen. Wie sind überhaupt die Arbeitsbedingungen der palästinensischen Presse?

Die palästinensische Presse arbeitet unter sehr großer Repression. Während des Aufstands wurden mehrere palästinensische Presseagenturen geschlossen. Al-Fajr wurde seit Beginn des Aufstands schon dreimal befristet verboten: das erste Mal für drei Tage, das zweite Mal für eine Woche, das dritte Mal für zwei Wochen. Al Quds, eine andere palästinensische Zeitung, wurde sogar für 45 Tage geschlossen.

Aber schlimmer noch: mehrere palästinensische Journalisten sind in Administrativhaft, z.B. der Vorsitzende des Palästinensischen Journalistenverbands für sechs Monate, der halbe Vorstand dieser Organisation ist im Gefängnis. Der frühere Verbandsvorsitzende wurde im letzten Jahr deportiert.

Wir haben auch mit einer scharfen Zensur zu tun. Ein sehr großer Teil der lokalen Nachrichten wird uns gestrichen. Da es uns verboten ist, Leerstellen in den Zeitungen zu lassen, müssen wir die wegzensierten Nachrichten durch andere Meldungen ersetzen. Manchmal sieht es so aus, als ob die Zeitungen in China herauskommen und nicht in den besetzten Gebieten.

In & Ha, KB Gruppe Nürnberg (mit Dank für die Übersetzung an Stefan, Nürnberg)



Straßenschlacht in Qabatiya (Westbank)

Straßenschlacht in Qabatiya (Westbank)

Komitee Israelischer und Palästinensischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker gegen Okkupation und für Frieden und die Freiheit künstlerischen Schaffens

Ein Friedensvertrag zwischen Israel und Falastin

Wir, die unterzeichnenden jüdischen und arabischen Schriftsteller, Künstler und Akademiker im Staat Israel und Palästinenser in den besetzten Gebieten akzeptieren hiermit den folgenden Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Staat Falastin, dessen Prinzipien wie folgt lauten:

1. Die Etablierung eines souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates in allen Gebieten, die von Israel seit dem 6-Tage-Krieg im Juni 1967 in der West Bank und dem Gaza-Streifen besetzt sind.
2. Der souveräne palästinensische Staat wird das Recht des Staates Israel anerkennen, in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen zu existieren, die dem 5. Juni 1967 vorausgingen. Zur gleichen Zeit wird der Staat Israel das Recht des palästinensischen Staates Falastin anerkennen, in Frieden und Sicherheit in seinen eigenen Grenzen zu existieren.
3. Beide souveränen Staaten, Israel und Falastin, werden einen Friedensvertrag und einen Nicht-Angriffspakt miteinander unterzeichnen. Angemessene internationale Sicherheitsgarantien sind notwendig, um die Souveränität und den Frieden beider Staaten in ihren anerkannten Grenzen sicherzustellen.
4. Ein demilitarisiertes Jerusalem mit offenen Grenzen, in dem Bewohner beider Staaten Seite an Seite friedlich miteinander leben, ist die Hauptstadt des Staates Israel wie auch die Hauptstadt des souveränen palästinensischen Staates Falastin.
5. Im Rahmen des Friedensvertrages wird eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden.
6. Alle Schritte, Vorgänge und Vorgehensweisen, die zur Gründung des palästinensischen Staates Falastin führen, werden unter internationaler Überwachung erfolgen.

Wir rufen hiermit die israelische Regierung auf, sofort in Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzutreten, mit dem Ziel, den oben ausgeführten Friedensvertrag im Rahmen einer internationalen Konferenz oder in jedem anderen Rahmen, der für die beiden beteiligten Parteien akzeptabel ist, zu verwirklichen.

Alle beteiligten Parteien verpflichten sich zur Einstellung aller Gewaltakte gegeneinander unmittelbar mit dem Beginn der Friedensverhandlungen.

In alphabetischer Reihenfolge unterzeichnet von:

Dr. Samir Abdalla (Dozent an der El-Najakh-Universität), Chava Alberstein (Sängerin), Nabil Annani (Maler), Shim'on Bals (Schriftsteller), Tulli Bauman (Maler), Mohamed Bakry (Schauspieler), Ory Bernstien (Dichter), Gedalya Besser (Schauspielerin und Regisseurin), Ya'akov Besser (Dichter und Redakteur), Siham Daoud (Dichterin), Karim Dabach (Maler), As'ad El-As'ad (Dichter und Vorsitzender der palästinensischen Schriftstellervereinigung in der West Bank und dem Gaza-Streifen), Dr. Wasfi El-Kafrie (Dozent an der Bir-Zeit-Universität), Adnan El-Kashfie (Schriftsteller), Samikh El-Kassem (Dichter und Vorsitzender der arabischen Schriftstellervereinigung in Israel), Gamil El-Salkhut (Schriftsteller), Ya'air Garbuz (Künstler), Emil Habibi (Schriftsteller und Redakteur), Dani Horvitz (Dramatiker), Dr. Thamer Issawi (Dozent an der Bir-Zeit-Universität), Ibrahim Joohar (Schriftsteller), Dr. Nissim Kalderon (Dozent an der Universität Tel Aviv), Yoram Kanyuk (Schriftsteller), Dan Kedar (Maler), Amos Kenan (Schriftsteller), Gershon Knispel (Künstler), Yael Lotan (Schriftstellerin und Redakteurin), Suleiman Mansoor (Maler und Vorsitzender des Verbandes palästinensischer Maler in der West Bank und dem Gaza-Streifen), Salman Natoor (Schriftsteller), Mohamed Chamza-R'anayem (Dichter), Jamal Salsa (Dichter), Yehoshua Sobol (Dramatiker), Yossef Shiloakh (Schauspieler und Regisseur), Ilan Toren (Schauspieler und Regisseur), Yoshka Wallerstein (Maler), Natan Zach (Dichter)

„Es gibt keinen ‚Dritten Weg' in El Salvador"

Gespräch mit Nidia Diaz, Commandante der FMLN

Der Kampf um die Befreiung El Salvadors ist aus den Schlagzeilen der Presse verschwunden, sowohl aus der bürgerlichen als auch aus der linken. Nach großen Erfolgen der FMLN, dem Verband der Guerillaorganisationen, und politischen Erfolgen der FDR, dem politischen Zusammenschluß, herrscht seit einiger Zeit ein militärisches Patt; auf der politischen Ebene konnten die USA mit ihrem Mann, Duarte, zeitweilig wieder die Initiative an sich reißen, ohne allerdings eine Lösung zu ihren Gunsten herbeiführen zu können. Bei den letzten Wahlen mußte Duarte eine empfindliche Niederlage einstecken; Wahlgewinner war die extreme Rechte. Im folgenden Interview geht die Commandante der FMLN, Nidia Diaz, auf die neue Situation ein und erklärt sich zu den kommenden Aufgaben.

Frage: Die ARENA gewann ja 30 (vorher 13) von 60 Sitzen im Parlament, die Christdemokratie Duartes gewann 23 Sitze und die ehemalige Militärpartei PCN gewann die restlichen 7 Sitze. Wie sieht die FMLN dieses Wahlergebnis? Warum verlor Duarte und warum gewann ARENA?

Nidia Diaz: Mit den Wahlen haben sie versucht ihre Widersprüche zu lösen. Die USA haben sich dabei mit ihrem eigenen Gift vergiftet. Denn sie meinten, die Christdemokraten würden die Wahlen wieder gewinnen und die Mehrheit behalten. Aber die ARENA und damit die reaktionärsten Teile der Oligarchie gewannen. Damit stehen die USA jetzt ohne ihren politischen Grundpfeiler in ihrem Aufstandsbekämpfungsplan da. Jetzt gibt es große Schwierigkeiten für sie, jetzt zwi-
es große Schwierigkeiten für sie, jetzt zwi-
schen Duarte und der ARENA wieder ein Gleichgewicht herzustellen.

Die Wahlen waren eine Farce. Sie wurden für die Vereinigten Staaten, die Christdemokratie und die Oligarchie gemacht. Wir sind der Meinung, daß sich freie, saubere und repräsentative Wahlen nur unter Bedingungen einer souveränen und repräsentativen Regierung durchführen lassen. Für diese Regierung kämpfen wir jetzt. Solange es keine Regierung gibt, in der die FMLN/FDR vertreten ist, wird es keine sauberen und repräsentativen Wahlen geben. Wir sind der Überzeugung, daß es weder Bedingungen für Wahlen gab, noch glauben wir an den Wahlprozeß selbst, noch an seine Resultate. Aber die Wahlen haben stattgefunden und selbstverständlich analysieren wir sie.

Von 2,7 Mio. Wahlfähigen haben sich angeblich 1,9 Mio. in das Wahlregister eingeschrieben, 1,6 Mio. hatten einen Wahlausweis, 1,1 Mio. wählten, 16% Prozent der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Etwa 0,9 Mio. Menschen haben gültige Stimmen abgegeben, das sind etwa 35% der gesamten Wahlberechtigten. Von diesen Stimmen wurde der größte Teil der Stimmen gegen die Korruption und den Ausverkauf der nationalen Souveränität abgegeben.

Wir meinen, daß unser Volk an politischer Reife gewonnen hat. Wer den Triumph davongetragen hat ist das revolutionäre Projekt, denn das Wahlergebnis zeigt, daß es keine andere Alternative gibt. Auf der einen Seite ist das reaktionäre Projekt und auf der anderen Seite das revolutionäre. Wir verwandeln uns immer mehr in die einzige wirkliche Vertretung der Interessen des Volkes, in eine pluralistische Alternative. Wir sagen ja nicht: nur Arbeiter und Campesinos an die Macht. Wir versuchen über unsere konkreten Vorschläge all diejenigen zu sammeln, die Frieden, die Rettung der nationalen Souveränität und eine wirklich nationale Regierung errichten wollen. Mit all diesen Sektoren reden wir und wir eröffnen weitere Möglichkeiten für Gespräche. Die Leute beginnen mit diesem Projekt zu sympathisieren und es zu unterstützen.

Dort (bei den Wahlen, Anm. AK) gab es nur die Auswahl zwischen dem christdemokratischen Projekt der Aufstandsbekämpfung und der Oligarchie, repräsentiert durch ARENA. Die Christdemokratie wurde geschwächt. Die ARENA hat ein antipopuläres Projekt, daß ebenfalls schnell in Widersprüche mit der Volksbewegung geraten würde.

Was bei den Wahlen passierte, ist, daß die Maske heruntergerutscht ist. Das Volk glaubt nicht mehr an die Maske. Sogar die rückständigsten Teile haben dies erkannt. Teilweise stimmten sie für ARENA, aber sie gaben ihre Stimme gegen den Ausverkauf der nationalen Souveränität, gegen Korruption.

Denn ARENA hat zwar die Stimmenmehrheit bekommen, aber sie weiß genau, daß sie im Grunde von Stimmen, die gegen Duarte abgegeben wurden, profitierte. Die Wählenden haben nicht für ein Regierungsprogramm von ARENA gestimmt. ARENA hat ihren Wahlkampf mit der Parole „Straft Duarte mit dem Stimmzettel" gegen dessen Korruption und den Ausverkauf der Souveränität geführt. Im Gegensatz zu der Christdemokratie ist sie auch nicht offen antikommunistisch aufgetreten. Die Christdemokraten haben sich direkt gegen die FMLN geäußert, ARENA nicht, nie direkt. PAISA, eine ARENA-Abspaltung, führte einen sehr rechten Wahlkampf und bekam nicht einen Abgeordneten. ARENA hat also einen erfolgreichen Wahlkampf gemacht. Aber ARENA versteckt jetzt nur die Krallen. Sie wollen sich als gemäßigte Partei präsentieren um nächstes Jahr die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Die Maske, die politische Absicherung des Aufstandsbekämpfungsprojektes ist aber gescheitert. Darauf müssen sich die USA erst wieder neu einstellen. Die Leute glauben auch nicht mehr an Wahlen, nicht einmal mehr als demagogisches Element haben sie noch Bedeutung. Sie können noch 20 Wahlen mehr machen, die Leute gehen vielleicht zur Stimmabgabe, aber sie glauben nicht daran, daß Wahlen die Lösung ihrer Probleme bringen könnten. In diesem Sinne haben wir die Wahlen gewonnen. Denn für die Leute wird es nach jeder Wahl klarer, daß wir die einzige Alternative sind.

Hat der Wahlausgang konkrete Auswirkungen?

Die Nordamerikaner sprechen jetzt davon, daß sich das Aufstandbekämpfungsprojekt verlängern wird, daß es noch acht Jahre dauern wird, um die FMLN bis zu einer schwachen Kraft (fuerza marginal)
Jahre dauern wird, um die FMLN bis zu einer schwachen Kraft (fuerza marginal)
zurückzudrängen. Aber selbst sie nehmen nicht an, daß es ihnen in diesem Zeitraum möglich wäre, uns zu vernichten. Sie wissen selbst, daß die gegenwärtige Militär- und Wirtschaftshilfe lediglich dazu ausreicht, den Triumph der Revolution zu verhindern, aber nicht dazu, die FMLN zurückzudrängen oder zu vernichten. Sie selbst haben dies geäußert.

Die Wahlen sind für sie eine politische Komponente, die sie für die Durchführung ihrer militärischen Pläne benötigen. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt. Für sie ist es sehr wichtig die Kontrolle über das nationale Territorium zurückzugewinnen. Deshalb versuchen sie, die lokale Autorität wiederzugewinnen, indem sie Bürgermeister und weitere lokale Gremien etablieren. Damit wollen sie die Bevölkerung kontrollieren, dem zunehmenden Einfluß der FMLN und der Ausbreitung des Krieges begegnen. Aber in 28 Gemeinden gab es keine Wahlen und die Bürgermeister von einigen Dutzend Gemeinden konnten nur in den Provinzhauptstädten gewählt werden, bei sehr geringer Wahlbeteiligung.

Die Widersprüche zwischen der Armeeführung und den Nordamerikanern nehmen ebenfalls zu. Denn eine Armee, die sieht wie ein Aufstandsbekämpfungsplan nach dem anderen scheitert, wird nicht mehr an ihre Militärstrategen glauben. Alle Methoden, die sie in Vietnam und in anderen Ländern ausprobierten, wurden auch in El Salvador angewendet um den Triumph der FMLN aufzuhalten, oder besser gesagt, um ihre Niederlage zu vermeiden. Ihre militärische Niederlage rückt näher, die Befreiungsfront beweißt es.

Einige Tage vor dem fulminanten Schlag der FMLN gegen die Kaserne von El Paraiso im März 1987 (etwa 600 tote und verwundete Soldaten und die weitgehende Zerstörung der als uneinnehmbar geltenden Kaserne waren Ergebnis dieses Angriffs, Anm. AK) sagte Caceres, der Chef der betreffenden Militärregion, er habe die offensive Kapazität der FMLN in Chalatenango auf 20% reduziert. Vargas, der Chef in Morazan, sagte, daß die FMLN niemals die dortige Provinzhauptstadt, San Francisco Gotera, angreifen könnte. Im Mai 1987 attackierte die FMLN dort mehrere Armeeinrichtungen. Auch in den letzten militärischen Offensiven haben wir wieder unsere gewachsenen Fähigkeiten bewiesen. Beispielsweise haben wir unsere Einheiten im Osten zusammengezogen um erstmals Aktionen in diesem Umfang während des Tages durchzuführen, trotz der Hubschrauberangriffe der Luftwaffe. Die Helikopter konnten nicht landen. Dies ist für uns ein qualitativer Fortschritt, weil wir die Luftwaffe neutralisieren konnten. All dies desintegriert eine Armee und fördert Widersprüche mit den nordamerikanischen Beratern. Hier befinden wir uns gewissermaßen in einem Laboratorium, in dem jetzt die salvadorianischen Offiziere die US-Berater unterrichten.

Vor wenigen Tagen bat die Oligarchie die Armee, keinen Wahlbetrug durchzuführen. Und sie beschuldigten die Armeeführung, für die schlechte Kriegsführung verantwortlich zu sein. Hier sehen wir ganz deutlich Widersprüche zwischen Armeeführung und Sektoren der Oligarchie. Und diese Widersprüche werden sich verschärfen.

Im Gegensatz dazu steht das, was im anderen Block passiert. Das demokratische, populäre und revolutionäre Projekt (proyecto democrático popular y revolucionario) gewinnt an Stärke. Nicht nur in unseren Rückzugsgebieten, die wir trotz aller militärischen Offensiven des Feindes — der war ja nicht untätig geblieben — weiterhin kontrollieren. Sie wollten unsere Guerillafronten in diesen Gebieten vernichten. Aber wir sind dort weiterhin präsent und haben sogar neue Guerillafronten aufgebaut. Sie wollten uns aus den wirtschaftlich wichtigen Zonen heraushalten, wollten die Straßenverbindungen sichern. Heute sind wir auch dort präsent und haben sogar den Guerillakrieg in die Städte getragen. All dies fördert den Aufbau einer realen Macht. Diese revolutionäre Macht drückt sich aber jeweils unterschiedlich aus, je nach den Bedingungen in den verschiedenen Gebieten. Wir dürfen die revolutionäre Macht auch nicht nur nach territorialen Gesichtspunkten beurteilen (der Größe der ‚kontrollierten Gebiete' beispielsweise, Anm. AK), sondern müssen auch die vielfältige Beteiligung des ganzen Volkes am Kampf miteinbeziehen. Die Beziehung zwischen der FMLN und den verschiedenen Sektoren des Volkes (Arbeiter, Bauern, Studenten etc.) kann verschiedene Formen annehmen. Eine Form ist die Unterstützung der FMLN mit Nahrungsmitteln, Klei-
nehmen. Eine Form ist die Unterstützung der FMLN mit Nahrungsmitteln, Klei-
dung und Information. Und durch das Schweigen, denn ohne das Stillschweigen des Volkes könnten wir viele Aktionen nicht durchführen. Dies geschieht auf der Basis eines sehr hohen politischen Bewußtseins. Das gleiche ist bei den Milizionären der Fall, die am Tag Zivilisten und in der Nacht kämpfende Milizangehörige sind.

Ein anderer großer Teil des Volkes identifiziert sich mit uns, nimmt aber nicht unmittelbar selbst zu unseren Gunsten am Krieg teil. Dieser Teil sieht die Identität ihrer Interessen und unseres Programms. Sie sehen, daß unser Regierungsprogramm die politische Lösung des Konfliktes und die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Krise anbietet. Wir unterstützen den Kampf des Volkes um seine unmittelbaren Interessen. Wir unterstützen den Kampf für bessere Löhne, den Kampf der Kaffeepflücker für bessere Arbeitsbedingungen. Mit unseren militärischen Einheiten gehen wir zu den Landbesitzern und fordern sie auf, die Löhne zu zahlen, welche die Landarbeiter selbst einklagen. Hier sieht man die Identität der Interessen ganz deutlich, und das Volk sieht immer klarer, wer seine Interessen verteidigt. Die Mehrzahl der Forderungen der Arbeiterschaft sind Teil des Regierungsprogrammes der FMLN/FDR. Daß das Volk manchmal radikale Kampfformen anwendet, liegt nicht an uns, sondern daran, daß das Volk lernt sich selbst zu verteidigen. Die Selbstverteidigung eines unterdrückten Volkes ist legitim.

Wie siehst du das Verhältnis von FDR und FMLN?

Die Allianz zwischen der FMLN und der FDR besteht schon seit acht Jahren. Es ist eine historische und strategische Allianz, wie es wenige in Lateinamerika gibt. Sie basiert auf einem Regierungsprogramm, das vor allem auf die Rettung der nationalen Souveränität und die Implementierung eines gerechten wirtschaftlichen und sozialen Programmes abzielt. Solange die USA die Hände in El Salvador im Spiel haben, kann die nationale Souveränität nicht erreicht werden. Viele, bis zu wichtigen Persönlichkeiten, können sagen, daß die FDR die Allianz mit der FMLN brechen solle. Aber weil die Allianz auf den genannten Punkten fußt, wird das nicht leicht passieren. Warum arbeiten denn Sozialdemokraten und linke Christdemokraten im Rahmen der FDR mit militärisch kämpfenden Organisationen zusammen? Und warum arbeiten die militärischen Kräfte mit jenen zusammen? Weil in unserem Land mit nur friedlichen und politischen Kampfformen weder Souveränität noch tiefgreifende Reformen erreicht werden konnten. Die ausschließlich politischen und friedfertigen Kampfformen endeten in einer Sackgasse, deshalb mußten wir den bewaffneten Kampf verallgemeinern und aus demselben Grund unterstützen diese Kräfte die Guerilla. Ich glaube, wenn diese Parteien eine andere Chance sähen ihre Ziele zu erreichen, würden sie nicht so eng mit uns zusammenarbeiten.



Unser Angebot (der FDR/FMLN, Anm. AK) einer politischen Lösung des Konfliktes beinhaltet die gemeinsamen Punkte. Die „demokratische Konvergenz" (Die Convergencia Democrática ist ein seit November 1987 bestehendes Bündnis aus der sozialdemokratischen MNR, der linkschristlichen MSC, beides FDR-Mitglieder, und der kleinen, legal im Lande arbeitenden sozialdemokratischen PSD) basiert auf dem Kampf für die nationale Souveränität, der politischen Lösung des Konfliktes, einer wirklichen Demokratisierung und einem Wirtschaftsprogramm, das die gegenwärtige Krise löst. Diese Punkte stimmen in ihrer Grundaussage mit dem Regierungsprogramm der FDR/FMLN überein. Insofern gibt es keine Widersprüche. Die Arbeit von diesen politischen Parteien unterscheidet sich von unserer (der FMLN, Anm. AK) Arbeit, weil sie politische Parteien sind. Legale, eingeschriebene politische Parteien. Und wir sind eine politisch-militärische Befreiungsbewegung. Das soll nicht heißen, daß wir nur militärisch arbeiten. Das haben wir nie gesagt. Wir haben immer politisch und militärisch gearbeitet. Es gibt aber zwischen der FMLN und der FDR Unterschiede in den Aktionsformen. Das heißt nicht, daß wir uns trennen müssen. Wir sind vielmehr verschiedene Instrumente, die gemeinsame Ziele voranbringen.

Das verstehen auch Leute wie der SPDler Wischnewski. Aber die versuchen offenbar mit verschiedenen Mitteln, die Spaltung der FDR und der FMLN zu fördern.

Für europäische Politiker ist es schwierig, diese Allianz zu verstehen. Jeder politische Prozeß hat seine besonderen Charakteristiken. Es ist nicht dasselbe, zum Beispiel den gegenwärtigen Verhandlungsprozeß in Nicaragua mit El Salvador zu vergleichen. Wenn die Europäer in Mittelamerika zum Friedensprozeß beitragen wollen, können sie nicht ihre Ideen und Wünsche als Grundlage nehmen, sondern müssen von den politischen Realitäten ausgehen. Sie können nicht kommen, um ihre Pläne zu entwickeln. Die FMLN ist keine kleine Gruppe von Gewalttätern. Sie ist als politisch-militärische Organisation tief im Volk verwurzelt. Sie ist die andere, die revolutionäre Macht im Land. Wer mit uns die Allianz brechen will hat keine andere Möglichkeit, als sich mit den konterrevolutionären Kräften zu verbünden. Und deshalb ist es für die Sozialdemokraten und linken Christdemokraten sehr schwierig, diese Allianz zu verlassen.

Welche politische Perspektive hat die FMLN?

Wir erleben eine Phase der Reifung der subjektiven Faktoren der Revolution. Die objektiven Faktoren sind günstig: Krise und Zuspitzung der Widersprüche im herrschenden Block und die Schwächung des konterrevolutionären Projektes in ganz Zentralamerika. Der Organisierungsprozeß des Volkes wird sich beschleunigen und die Repression dagegen wird zunehmen. Das Volk wird mit verschiedensten Formen des Kampfes darauf antworten. Die Kämpfe werden in ihrem Umfang, ihrer Qualität und Radikalität zunehmen. Wir haben für dieses Jahr konkrete militärische Pläne, die unsere Stärke beweisen werden. Dabei greifen wir auf unsere eigenen, im Land befindlichen logistischen Netze zurück. Die Waffen dafür haben wir vor allem in den Jahren zwischen 1982 und 1984 dem Feind abgenommen. Und wir haben eigene Waffen entwickelt. Die militärische Lage schätzen wir für uns günstig ein, das politisch-militärische Patt ist schon durchbrochen, verändert sich zu unseren Gunsten. Der Feind gerät in die Defensive und wir setzen die Basis, um selbst in die Offensive zu gehen.

Das Zusammenspiel der militärischen Aktionen und der politischen Kämpfe des Volkes, beides zusammen, wird uns erlauben, noch in diesem Jahr den Verlauf des Krieges zu ändern und einen qualitativen Schritt in der Veränderung der Kräfteverhältnisse zu machen. Wenn die Politiker auch nicht von uns reden wollen, sie werden es müssen. All diese Anstrengungen in El Salvador selbst erfordern auch entsprechende internationale Anstrengungen. Wer der Meinung ist, daß wir die einzige Alternative zur Lösung der Krise anbieten, muß uns unterstützen für uns arbeiten. Deshalb brauchen wir die Unterstützung der internationalen Solidarität.

Wie schätzt du die Verträge von Esquipulas II ein? Werden sie in El Salvador eingehalten?

las II ein? Werden sie in El Salvador eingehalten?

Nein. Duarte hat die Verträge unterschrieben, weil er meinte, damit die FMLN isolieren und vor allem auf internationaler Ebene delegitimieren zu können. Innenpolitisch wollten sie sich für die Wahlen von 1988 und 1989 günstigere Ausgangsbedingungen verschaffen. Sie inszenierten also eine Show. Aber Duarte hatte von Anfang an kein Interesse, einen Prozeß des Spannungsabbaus einzuleiten. Als er den Dialog mit uns ankündigte, verlangte er Vorbedingungen, damit der Dialog nicht zustandekomme. Auf Druck des Volkes kam er zustande, aber Duarte weigerte sich, über mehr als formale Fragen zu verhandeln. Gleichzeitig intensivierten sie den Krieg, Duarte küßte die US-Fahne, die Repression nahm zu und gipfelte in der Ermordung des Vorsitzenden der Menschenrechtskommission, Herbert Anaya. Aus diesen Gründen, um keine falschen Erwartungen im Volk zu wecken, nahmen wir an einer geplanten Verhandlungsrunde nicht teil. Wir sind aber bereit, den Dialog unter anderen Bedingungen fortzusetzen.

Seine Amnestie bedeutete nichts anderes, als kriminelle Menschenrechtsverletzer freizulassen, die auf ihrer Seite stehen. Die politischen Gefangenen die freigelassen wurden, hatten alles Recht der Welt freigelassen zu werden, denn sie haben keine Verbrechen begangen. Sie waren ungerechterweise im Gefängnis. Sie lassen politische Gefangene „verschwinden". Jetzt gibt es angeblich keine politischen Gefangenen mehr, während die Festnahmen weitergehen, jetzt werden sie als gewöhnliche Gefangene behandelt.

Die nationale Versöhnungskommission blieb stecken, weil die politischen Parteien sich zurückzogen. Der nationale Dialog fand nie statt. Duarte hat also die Verträge nicht erfüllt. Die Verifizierungskommission (CIVS) hat dies auch bestätigt. Dies ist für die ganze internationale Gemeinschaft offensichtlich.

Was schlägt die FMLN dem Volk als unmittelbare Orientierung vor?

(Nidia Diaz lacht) Wir? Jetzt? Daß sich das Volk, alle Sektoren am Kampf um die unmittelbar wichtigsten Bedürfnisse beteiligen. Nur kämpfend kann man seine Ziele erreichen, das ist klar. Daß es für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen kämpft und dafür eine Regierung zu errichten, die wirklich seine Interessen vertritt. Eine demokratische und pluralistische Regierung, die eine politische Lösung herbeiführt wie wir sie anbieten. Daß sich das Volk in den verschiedensten Formen am Kampf beteiligt. Für die Souveränität und den Rückzug der Nordamerikaner aus dem Konflikt in unserem Land. Das ist es, was wir vorschlagen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Al., KB-Nürnberg.

Antifaschistischer Kampf in Großbritannien

Anfang Juni fand im Westberliner Mehringhof eine Veranstaltung über Faschismus und Rassismus in Großbritannien und die Gegenwehr hiergegen statt. Im Rahmen einer Europareise berichtete Graeme Atkinson, ein Redakteur des antifaschistischen Magazins „searchlight", über die Entwicklung auf der Insel. Auf seinen Informationen und Einschätzungen beruht dieser Artikel im wesentlichen.

Hat in einem britischen Stadion ein jüdischer Spieler Ballkontakt, wird der Ruf „Gas! Gas!" laut; und das nicht von einigen Wenigen, sondern von Tausenden. Doch bei derartigen verbalen Attacken bleibt es nicht. Alle siebeneinhalb Minuten findet in Großbritannien nach einer halboffiziellen Statistik ein rassistischer Überfall statt. Bei den erfassten 70.000 Überfällen im Jahr 1986 handelt es sich um brutale Straßenangriffe gegen Einwanderer aus Asien, Afrokaribik und gegen Juden. Häufig werden ihre Autos und Wohnungen mit Brandsätzen angezündet. Die faschistische Gewalt geht hin bis zum Mord.

Hinter diesen Überfällen steht nach Graemes Meinung eine kleine Organisation. Es sei zwar nicht so, daß diese Angriffe immer von Mitgliedern verübt werden, sondern von nichtorganisierten Jugendlichen, die aber von den Ideen dieser Organisation beeinflußt worden sind und für die Rassenhaß und rassistische Gewalt als legitimes Mittel akzeptiert sind.
gendlichen, die aber von den Ideen dieser Organisation beeinflußt worden sind und für die Rassenhaß und rassistische Gewalt als legitimes Mittel akzeptiert sind.
Die Rede ist von der National Front (NF). Sie ist in zwei Sektionen gegliedert: Die NF selbst als konspirative Kaderorganisation und die NF-Unterstützungsgruppe, die wesentlich offener organisiert ist.

Kaderorganisation und ...

Die NF vertritt ideologische Positionen, die denen des „Strasser-Flügels" der NSDAP vergleichbar sind. Sie gibt vor, antikapitalistisch zu sein und die ärmsten Bevölkerungsschichten zu vertreten. In Wochenendseminaren werden ihre ca. 2.000 Mitglieder z.B. an Texten von Gaddafi, Khomeini und des schwarzen Rassistenführers Louis Farrakhan geschult. Als besondere Gefahr bezeichnete Graeme die guten Verbindungen zu den protestantischen Organisationen in Nordirland. Daß sich die NFler als politische Soldaten bezeichnen, darf durchaus wörtlich genommen werden: so fahren dann schon mal Mitglieder der NF auf die Nachbarinsel, um sich im Gebrauch von Maschinengewehren ausbilden zu lassen. Große Waffenfunde letztes Jahr in Schottland lassen darauf schließen, daß die Faschisten von solchen Reisen auch Mitbringsel heimbringen. Die Praxis der NF besteht nur zum geringen Teil in eigenständigem Auftreten. Sie konzentrieren sich mehr darauf, ihre Kader in andere Organisationen und Bewegungen zu schicken. So flog im letzten Jahr ein hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär als Nazi auf. NF-Kader schleichen sich aber auch in die Tierschutz-, Anti-Atom- und Schwulenbewegung ein und beteiligen sich an Anti-Abtreibungskampagnen. Zudem greifen sie Themen wie Wohnungsnot und hohe Arbeitslosigkeit auf.

Brutale Schlägertruppe

Hingegen treten die ca. 3.000 Mitglieder der NF-Unterstützungsgruppe bei gleicher ideologischer Ausrichtung mehr als Schlägerbande der NF auf. Sie überfallen antirassistische Demos und Aktionen gegen die britische Präsenz in Nordirland. Bei ihnen sind viele Fußballfans organisiert.

Daß die NF in letzter Zeit einen Mitgliederrückgang hatte, beunruhigt die Faschisten nicht sonderlich. Die meist jungen Mitglieder glauben die Zeit auf ihrer Seite: In zehn Jahren werde die britische Gesellschaft zusammenbrechen und die NF zur Massenorganisation werden. Mit ihrem Konzept der Kaderorganisation bauen sie auf die Erfahrungen des französischen Faschisten Le Pen und seiner Front National. Die im Vergleich zur BRD geringe Zahl organisierter Faschisten darf nicht über ihren bereits jetzt vorhandenen beträchtlichen Einfluß hinwegtäuschen. Die Faschisten konzentrieren
Front National. Die im Vergleich zur BRD geringe Zahl organisierter Faschisten darf nicht über ihren bereits jetzt vorhandenen beträchtlichen Einfluß hinwegtäuschen. Die Faschisten konzentrieren
sich in ihrer Arbeit auf die Randbezirke, in denen es Arbeitslosigkeits-Raten von 15% gibt und viele Sozialhilfeempfänger leben. „In einer Situation, wo sich viele Jugendliche am Boden der Gesellschaft wiederfinden, ist es für sie sehr attraktiv, wenn ihnen jemand erzählt, es gibt ja noch welche, die stehen unter Euch", erklärt Graeme den starken Einfluß der NF. Diese Teile der britischen Gesellschaft sind von der Labour-Bewegung aufgegeben worden mit dem Ergebnis, daß AntifaschistInnen, die heute dort Flugblätter verteilen wollen, von den Jugendlichen aus dem Stadtteil geworfen werden.

JUNE 1988 No.156 £1
SEARCHLIGHT
THE ANTI-FASCIST MONTHLY INCORPORATING CARF
IN THE WAKE OF LE PEN
Terror strikes French city . . .
SYNAGOGUE
Cathedral, synagogue and office of anti-racist group attacked in Montpellier

Aktive Gegenwehr

Gegen die faschistischen Übergriffe hat sich in Großbritannien eine aktive Gegenwehr entwickelt. Zunächst sind hier die Selbstverteidigungsgruppen der Einwanderer zu nennen. Mit Fahrwachen schützen sie ihre Viertel vor den faschistischen Schlägerbanden. Über Telefonketten sind schnell viele Menschen mobilisierbar; in London ist ein Not-Telefon rund um die Uhr besetzt. Auf diese Weise konnte z.B. ein faschistisches Eindringen in Stadtviertel in Manchester, in dem viele Schwarze wohnen, mehrfach erfolgreich abgewehrt werden. Wie genau? Graeme teilte hierzu nur mit, daß die Krankenhäuser in dieser Nacht sehr beschäftigt waren ...

Ein organisierter Ausdruck der antifaschistischen Bewegung Anti-Fascist-Action (AFA). Sie ist eine Dachorganisation verschiedener lokaler Gruppen. 1985 gegründet setzte sich AFA zum Ziel, die wachsende faschistische Bewegung ideologisch und mit körperlichem Einsatz zu bekämpfen und das für Recht der Schwarzen auf Selbstverteidigung einzutreten. Die AFA setzt sich z.B. für die Opfer rassistischer Polizei-Einsätze ein, geht in die Fußballstadien und verteilt dort Flugblätter gegen den Einfluß der NF.

Zum diesjährigen europaweiten Aktionstag am 23. April organisierte die AFA zusammen mit dem Jüdischen Studentenverband und der schwarzen Sektion der nationalen Studentenvereinigung in London eine Demonstration, an der 2.000 Leute teilnahmen. Bei ihren Aktionen legt die AFA starkes Gewicht auf den Schutz der Teilnehmer und bereitet die Selbstverteidigung vor. Die Gewerkschaften und die Labour-Party halten sich dagegen in Sachen antifaschistischer und antirassistischer Arbeit bisher eher bedeckt. Nach Graeme gibt es nur eine Gewerkschaft, die NUM, die nicht nur auf dem Papier erklärt, daß sie antifaschistisch und antirassistisch ist, sondern dies auch praktiziert. Die anderen Gewerkschaften geben bislang lediglich Lippenbekenntnisse ab. Immerhin wurde die AFA, die bisher nur auf örtlicher Ebene mit Gewerkschaftsräten und Labour-Mitgliedern zusammenarbeitete, beim diesjährigen Aktionstag von der Labour-Fraktion im Europaparlament unterstützt.

Rassisten und Faschisten auf der Spur

Schließlich ist die Zeitung von Graeme Atkinson zu erwähnen. Monatlich erscheint „searchlight" (zu deutsch: Suchscheinwerfer) in einer Auflage von 9.000 Stück. Ihre Aufgabe sieht die Zeitung darin, faschistische Aktivitäten aufzudecken und die antifaschistische Bewegung zu informieren. Da ihre Arbeit nicht immer leicht und ungefährlich ist, arbeitet die Gruppe von Journalisten anonym. Die von „searchlight" geleistete Arbeit scheint beim Geheimdienst nicht sehr beliebt zu sein, jedenfalls stattete er der Zeitung schon mehrfach Besuche ab. Für die Qualität ihrer Recherche ist „searchlight" bekannt. „Jedenfalls sind wir in 14 Jahren niemals von den Faschisten (wegen einer Falschmeldung) gerichtlich belangt worden", so Graeme.

Eine weitere Aufgabe sieht die Redaktion darin, die europäische antifaschistische und antirassistische Organisierung voranzutreiben. So war es diese Zeitung, die mit schwedischen Antifa-Organisationen die 1. Europäische Antirassismuskonferenz in Stockholm initiierte. Während die Faschisten schon längst auf europäischer Ebene eng zusammenarbeiten und voneinander lernen, steckt die Zusammenarbeit der europäischen AntifaschistInnen noch in den Kinderschuhen. Am Schluß der Veranstaltung forderte Graeme dann auch, daß „wir aufhören müssen, den zunehmenden Rassismus als englisches, französisches oder deutsches Problem zu sehen. Wir müssen ihn als europäisches Problem betrachten. Und wir müssen beginnen, ernsthaft auf allen Ebenen zusammenzuarbeiten!"

mf, Westberlin

Ein Jahresabonnement von „searchlight" (12 Ausgaben) kostet bei Lieferung in die BRD 18 britische Pfund. Bestelladresse:
Searchlight
37 B New Cavendish Street,
London W 1M 8 JR

Weiteres zum Thema in AK 293 und im Westberliner Antifa Info Blatt vom Mai 1988.

Zeit der Besinnung

Zeit der Besinnung

„Die Zeit" vom 27. Mai 1988 enthält eine Reihe von Leserbriefen, die als Reaktion auf einen Artikel zur Studentenbewegung („Revolte der Nachgeborenen gegen die Elterngeneration") ein Spektrum äußerst interessanter Bezugspunkte des aktuellen Deutschlands zum Vergangenen darstellen. (Der Artikel, von Ulrich Greiner, wurde „Väter und Söhne" tituliert). Der Holocaust, seine Vor- und Nachgeschichte sind schwer zu verarbeiten. Und es scheint auf den ersten Blick ein purer moralischer Anspruch zu sein, wenn zeitgenössische deutsche Halb-Intellektuelle nach Vergleichen und Analogien suchen, die Kontinuität und die Lehren erforschen, „um aus der Vergangenheit zu lernen".

In Wirklichkeit scheint es mir kein ungefährliches Unternehmen zu sein. Als Deutscher ist man nämlich in Sachen Nationalsozialismus befangen. Man gehört zu einer Täter-Nation, was die kollektive Erfahrung im Umgang mit dem Faschismus angeht, man gehört in der Regel auch zu einer Täter-Familie, die man dennoch liebt, mit der man lieber aufgrund von anderen Konflikten brechen würde als durch die Verurteilung von Onkel Josefs brauner Uniform oder Oma Gertruds mit Stolz vorgebrachtem Arierschein. Oder aber man identifiziert sich mit den Linken von damals, mit denen, die nichts tun konnten, die flüchten mußten, die den bewaffneten Widerstand — von dem ihre Nachfolger in der heutigen Linken so oft schwärmen — damals unterließen, die die Juden aus ihren Reihen ausschlossen, um kritische und kämpferische Gewerkschaften bleiben zu dürfen, oder statt dessen zwischen jüdischen „Genossen" und jüdischem „Kapital" scharf differenzierten — sozusagen zwischen „schaffenden" und „raffenden" Juden — um nicht den Eindruck zu erwecken, man würde sich auf die antisemitische Propaganda der Nazis einlassen, um sich vom Klassenkampf ablenken zu lassen.

Schließlich fällt es einem Deutschen schwer, sich emotionell mit den Opfern des Nationalsozialismus zu identifizieren, galten diese doch damals als „artfremde Minderheiten", die sich heute noch — als Juden oder Zigeuner — mit einer mißtrauischen Haltung den Deutschen gegenüber abgrenzen, weil die historische Erfahrung dazu geführt hat, daß all ihre Anpassungsversuche nun einem endgültigen Schlußstrich unterliegen. Die Opfer des schwersten Verbrechens der Nationalsozialisten — der Ausrottung, des Völkermordes — waren eben nicht die Deutschen selbst, sondern die ethnischen Minderheiten und die benachbarten Völker. Ob man es so will oder nicht — die Opfer der Vernichtungs- und Arbeitslager sind auch im Nachkriegsdeutschland nicht „unsere Opfer", sondern „die Opfer Anderer", was Bitburg, den Volkstrauertag und Spenden-Sammeln für die Bundeswehr zwecks Friedhofspflege zu alltäglichen Erscheinungen des hiesigen Spätnationalismus macht, gegen die sich ab und zu nur ein Haufen „Betroffener" stellt.

Was macht man also mit dem Thema „Nationalsozialismus"? Man läßt's, denn als Linker von heute braucht man sich doch nicht auf die Rechte von damals zu besinnen. Eine Art „Gnade der späten Geburt" also. Oder man versetzt sich selbst in eine Rolle des Opfers, am besten indem man sich einbildet, den Tätern von damals heute gegenüberzustehen:

„Die Auseinandersetzung mit dem Faschismus", belehrt uns ein Leserbriefschreiber in der genannten Ausgabe der „Zeit", „hat ja u.a. einen großen Teil dieser Generation zu der Erkenntnis geführt, daß Auschwitz und der Holocaust ‚nur' der Auftakt für ein Zeitalter sind, in dem alle Völker in jedem Augenblick ihrer Existenz durch Völkermord bedroht sind. Unter diesem Blickwinkel ist Auschwitz die Gegenwart der Zukunft". Was hier zuerst sehr philosophisch klingt, geht dann rasch in eine Aufzählung der Depots für Nuklearsprengkörper in der heutigen Bundesrepublik über. Daß Auschwitz präsent ist, erkennt der Autor des Briefes nicht etwa daran, daß Sinti und Roma von Staat und Bevölkerung weiterhin verfolgt werden, oder daß es immer wieder antisemitische Anschläge und Sprüche in aller Öffentlichkeit gibt. Denn im Prinzip ist der Holocaust ein Problem „aller Völker". Um einen eigenen Bezug zu finden, ist es also nicht mehr nötig, die Sozialisation zu überwinden und sich mit der ehemalig braunen Familie zu verkrachen: Auch Deutsche sind (heute) Opfer von Auschwitz. Und der Autor schließt mit dem Satz: „Nein, ohne den Bezug zur Gegenwart ist Auschwitz nicht zu verstehen".

Ein anderer Herr aus Mitteldeutschland („Jahrgang 1916") findet sich auf seine Weise mit den Juden in einer Schicksalsgemeinschaft wieder. Die historische Verantwortung, so scheint seine These zu lauten, tragen nicht allein die Deutschen, von denen gesagt wird, daß sie nicht nur hätten ahnen können, sondern verhindern sollen. Dieses Versäumnis, nämlich das „nichts-dagegen-tun-können", kann man nicht den Deutschen allein vorhalten. Denn „Nicht einmal die Juden im Warschauer Ghetto haben 1941 erfassen können, welches Schicksal ihnen bevorstehen würde". Und wenn die Juden dies nicht konnten, wie kann man es im Nachhinein von den Deutschen erwarten? „Selbst als sie dann alles wußten, glaubten sie es immer noch nicht. Ihre — und genauso unsere Vorstellungskraft hatte nicht ausgereicht, das Ausmaß des Verbrechens zu begreifen". Hier kommt der Schreiber einer möglichen Verwicklung zuvor, indem er sich auch für den Zeitpunkt, als die Juden schon *wußten*, aber nichts tun konnten, die Deutschen aber tatenlos dastanden, ein Alibi konstruiert: Die Juden wußten zwar, aber sie *glaubten* nicht ... Wobei durch einen kleinen Einschub die Solidaritätsgemeinschaft eben ohne eine Extra-Besinnung hergestellt werden kann: „Ihre — und genauso unsere ...". Beide wußten nichts, beide glaubten nicht, alle beide — Juden und genauso Deutsche — wurden von den Nazis im Prinzip reingelegt.

Ja, die Gemeinsamkeiten. Gäbe es sie nicht, so müßte man sich sehr viel mit der Frage beschäftigen, warum es den *anderen* so dreckig geht. Findet man sie aber, so darf man ruhig über die eigenen Probleme reden. „Unterscheidet sich etwa der nukleare Holocaust vom rassistischen Holocaust?", fragt ein Deutscher auf der gleichen Leserbriefseite, eine rhetorische Frage wohlgemerkt.

„Daran sehen Sie, daß die Auseinandersetzung mit dem Faschismus immer noch aktuell ist". Aktuell ist sie zweifellos. Die Frage ist nur — für wen, wie und warum. Wieso sieht man es *daran*, daß es Nuklearwaffen gibt, und nicht zum Beispiel daran, daß Einwanderer auf deutschen Straßen zusammengeschlagen werden, oder daß Versicherungsgesellschaften Nicht-Deutsche per Gesetz diskriminieren dürfen?

Glaubt man das, was man liest, so ist die Besinnung auf die Geschichte der Väter überhaupt ein *Privileg*, vielleicht sogar eins, das die Väter selbst ihren Söhnen, die so lange brav geblieben waren und die Väter nur bedingt und höflich zur Auseinandersetzung herausforderten, geschenkt haben, und zwar dadurch, daß sie hüben, anders als drüben, sich die „Amis" als Befreier aussuchten. Das zumindest assoziiere ich mit den Worten eines Hannoveraners: „Es ist für Menschen, die ihr Leben lang in einer Welt der Informationsfreiheit und Rechtssicherheit gelebt haben, leicht, die fast immer wahrheitsgemäße Aussage „Davon — vom Holocaust — haben wir nichts gewußt" der damaligen Generation als Lüge abzutun. Anstatt sich dankbar darüber zu zeigen, daß man heute die Freiheit genießt, Leute zu solchen „wahrheitsgemäßen" Aussagen überhaupt auffordern zu dürfen, würde man sich an die wirklichen Opfer von damals heranmachen, und dies noch aus einem Gefühl der demokratischen Überlegenheit heraus: „fair und gerecht ist es nicht". Wie kann man sonst die Rehabilitierung fast aller Alt-Nazis nennen, von der Justiz über die Bundeswehr durch die Universitäten und Aufsichtsräte bis hin zu den Rändern der alternativen Szene, in der sich auch einzelne „Väter", die erst 1945 zu Friedenskämpfern wurden, niedergelassen haben, wenn nicht „fair und gerecht"?

Während sich die einen als „Söhne" unter den Opfern suchen und die anderen — die „Väter" — die Täter rehabilitieren, äußert die einzige Autorin der Seite ihren Unmut über die Tatsache, daß sie durch den Sprachgebrauch im Bezugsartikel *„Väter und Söhne"* von ihrem Anteil an der Geschichte des deutschen Volkes ausgeschlossen wird. „Die gesamte (größere) Hälfte der deutschen Bevölkerung" würde „unsichtbar gemacht". Ihre Existenz wurde sprachlich getilgt — ich hätte mich in diesem spezifischen Fall vielleicht eher darüber gefreut, die Schreiberin versteht es jedoch, gegen ihren Ausschluß aus der Volksgemeinschaft mit Vehemenz zu protestieren: „Das deutsche Volk — ein Volk ausschließlich von Männern! Der Generationskonflikt — ein Konflikt ausschließlich der Söhne! Der Wiederaufbau — ausschließlich die Tat von ‚Vätern'!" Wie emanzipatorisch kann ausgerechnet der Wunsch sein, *Teil* der deutschen Geschichte zu sein ...

Yaron Matras

„Die Revolution ist extrem schwer zu machen“

Ein Gespräch mit Otelo de Carvalho

Der folgende Artikel erschien am 12.5.88 in der spanischen Zeitung „Hacer“. Er ist entstanden aufgrund eines Gedächtnisprotokolls eines Gesprächs mit Otelo Saraiva de Carvalho, einem der maßgeblichen Offiziere der Bewegung der Streitkräfte, der in der Auseinandersetzung um den Fortgang der Revolution und der schließlichen Konterrevolution zur Symbolfigur der radikalen Linken wurde. Heute sitzt er wegen angeblicher terroristischer Tätigkeit im Gefängnis, einer der prominentesten politischen Gefangenen Europas.



25. April 1988. Es ist fünf Uhr nachmittags, die Tore des Gefängnisses von Tomar öffnen sich, um eine kleine motorisierte Kolonne passieren zu lassen: Jeeps mit MPs, Lastwagen. Ihr Einfahren in die Rua de Coimbra erregt niemandes Aufsehen. Niemand wirft den Soldaten Nelken zu. Aber auch sie schenken ihrerseits den wenigen Passanten, die sich über Stunden hinweg dort die Beine in den Bauch stehen, kein Lächeln. Es ist eine Routinemission: Wie jedes Jahr an diesem Tag machen sie sich auf zur Parade der Erinnerung an den „Tag der Freiheit“. Nach dem letzten Gefährt schließt sich das Gittertor der Garnison. Hinter ihm bleibt der Oberstleutnant Otelo Saraiva de Carvalho. Verurteilt von einem Gericht zu 18 Jahren Gefängnis, dem die Erklärungen einiger „reumütiger Abschwörer“ genügten, um ihn verantwortlich für „Subversion“ schuldig zu sprechen. Das Urteil wird vollstreckt. Während er aber zumindest vorläufig als Militär im Dienst gilt, darf er keine Interviews geben, keine Erklärungen abgeben. Um mit ihm zu sprechen, muß man am Wachposten eine peinlich genaue Untersuchung über sich ergehen lassen. Kameras und Tonbandgeräte dürfen nicht durch. Nur ein kleiner Notizblock wird helfen, um später ein langes Gespräch an diesem 25. April im Gefängnis von Tomar festzuhalten — mit dem Mann, der die Revolution der Nelken anführte.

Man schreibt den 25. April 1974. In der Kaserne von Potinha in Lissabon befehligt Otelo die Bewegung der Militärs, die gerade mit 48 Jahren Diktatur in Portugal Schluß machen. *„Wir hatten das Gefühl, eben gerade Geschichte zu machen“*, erinnert er sich. *„In der Tat, unser Sieg hatte einige enorme Konsequenzen, nicht nur für unser Volk, sondern auch für andere.“* Die Operation war ein Erfolg: Am Mittag, praktisch ohne einen Schuß abzugeben — es gab nur einen Toten — kontrollierten die „Hauptmänner des April“ alle strategischen Punkte der Hauptstadt. Ein wenig danach ergibt sich der Premierminister Marcelo Caetano den rebellischen Streitkräften. Der Faschismus war gestürzt.

Die Zukunft Portugals war vorgezeichnet durch drei Zielsetzungen, die Otelo und seine Genossen vorgaben: *„Für die unterschiedlichen Strömungen in der Be-*

stürzt.

Die Zukunft Portugals war vorgezeichnet durch drei Zielsetzungen, die Otelo und seine Genossen vorgaben: *„Für die unterschiedlichen Strömungen in der Bewegung der Streitkräfte (MFA) war das Wichtigste in diesem Moment der Sturz der Diktatur und ihre Ersetzung durch eine Demokratie westlichen Zuschnitts. Den Staatsapparat von den faschistischen Teilen zu säubern — wie die Zensur oder die politische Polizei — und ein Mehrparteiensystem einzusetzen mit einem Parlament, in dem die politischen Repräsentanten der unterschiedlichen Interessen der Bevölkerung vertreten sein sollten. Auch wollten wir mit dem Kolonialkrieg Schluß machen, die Entkolonialisierung einleiten und die Entwicklung des Landes vorantreiben.“*

An jenem Tag brachten die Militärs die Freiheit nach Portugal zurück. 14 Jahre danach im Militärgefängnis von Tomar denkt Otelo weiterhin, daß dies wertvoll war. *„Trotz allem, trotz der versteckten Repression ist das damalige Portugal mit dem heutigen unvergleichlich. Es sind wichtige Schritte gemacht worden: Es existiert eine repräsentative Demokratie, es gibt demokratische Einrichtungen und Wahlen, obwohl die Wahlenthaltung im Steigen begriffen ist. Die Entkolonialisierung ist abgeschlossen. Mit Ausnahme von Timor und Macao — das läuft gerade noch — sind die früheren portugiesischen Kolonien Mosambik, Angola, Guinea Bissao heute unabhängige Länder und bestimmen heute mehr oder weniger ihr eigenes Schicksal.“*

Bezüglich des dritten Ziels vom 25. April, „der Entwicklung des Landes“, liege heute die Verantwortung bei den „gewählten Autoritäten“.

Damals jedoch, während des revolutionären Prozesses dachte Otelo an die Möglichkeit, *„ein neues Modell zu schaffen, die bestehenden westlichen Demokratien nicht zu kopieren, sondern eine direkte Demokratie zu schaffen und den Sozialismus aufzubauen von unten her, getragen von der aktiven Beteiligung aller aktiven Arbeiter“.*

Sein Ziel, das sich durch die Bedeutung der Volksmacht auszeichnet, die von den Selbstverwaltungsräten getragen sein sollte und weniger von den politischen Parteien, ist formuliert in dem „Führungsdokument für das Bündnis Volk-MFA“. Ein Dokument, das die MFA formal am 8.7.1975 beschloß, dessen Inhalt aber nie umgesetzt wurde.

Ab wann hat sich nun aber diese revolutionäre Orientierung verändert? Otelo antwortet ohne zu zögern: *„Das einschneidende Datum hierfür war der 25.11.1975. Vielleicht hatten wir Revolutionäre zuviele Ambitionen, vielleicht wollten wir einen zu gigantischen Sprung vollziehen, ohne uns darüber im Klaren zu sein, daß es eigentlich einen zu großen Abgrund zu überwinden galt. Vielleicht konnte sich auch dieses Volk, dessen Würde in 48 Jahren Faschismus unterdrückt wurde, nicht so schnell für ein System erheben, in dem die Arbeiter selbst die Macht ausüben würden.“* In diesem Sinne meint Otelo, daß *„parlamentarische Demokratie eine Übergangsphase sein kann*

wurde, nicht so schnell für ein System erheben, in dem die Arbeiter selbst die Macht ausüben würden.“ In diesem Sinne meint Otelo, daß *„parlamentarische Demokratie eine Übergangsphase sein kann*

zu einem neuen Staatstypus in unserem Lande“.

Im September 1974 haben Otelo und sein Freund Samora Machel den Übergangspräsidenten der Diktatur General Spinola und den Chef der Sozialistischen Partei Portugals (PS) Mario Soares gedrängt, die Übereinkunft von Lusaka zu unterzeichnen, die die Unabhängigkeit Mosambiks festlegte.

Wenig später, am 28.9.74 führte Spinola den ersten Putschversuch an, der schnell von der MFA beendet wurde, und Spinola mußte nach Rom ins Exil. Soares, der nach Washington gereist war, wurde vom General Vernon Walters signalisiert — dieser war damals Vizedirektor der CIA —, er — Soares — wäre „eine Garantie für ein demokratisches Portugal“.

Am 11.3.75 versuchte Spinola erneut einen Putschversuch mit politischer und logistischer Unterstützung der USA: Er konnte mit einem wahren Heer von „Contras“ rechnen, rekrutiert aus Mitgliedern der früheren Geheimpolizei PIDE — trainiert in Militärstützpunkten der USA auf spanischem Territorium. Auf Rota, einer weiteren US-Basis, wurden 7.000 Marinesoldaten der US-Navy in höchster Alarmbereitschaft zusammengezogen. Aber einmal mehr vergaßen die streitenden Parteien angesichts der faschistischen Bedrohung ihre Querelen, und das Bündnis zwischen dem Volk und der MFA ließ den Putsch erneut scheitern. Spinola — verlassen von seinen amerikanischen Freunden — mußte erneut den Weg ins Exil antreten — diesmal nach Brasilien.

Die demokratische Normalisierung

Aber die nicht endende Putschgefahr, die steigende Einmischung der USA und der ökonomische Druck der Staaten der EG beginnen sich auszuwirken auf den „portugiesischen Weg zum Sozialismus“. Der Revolutionsrat — geschaffen zum Ausgleich der verschiedenen Strömungen in der MFA (Kommunisten, unabhängige Linke, sozialistische Reformer, Zentristen und Konservative) — fällt in die Hände der moderaten Kräfte.

Im Oktober 1975 werden die Kommandos der Fallschirmspringer und der Scharfschützen vom Kommando COPCON — das Otelo befehligte — abgetrennt und in eine neue militärische Eingriffsgruppe AMI eingegliedert. Diese neue Einheit bombardiert wenig später die Einrichtungen des Radio Renascenca, das von Arbeiterräten besetzt gehalten wird.

Am 25.11.75 beginnen sich einzelne Einheiten der Fallschirmspringer — die am meisten politisierten Soldaten — aus Enttäuschung und Empörung über diese reaktionäre Wende zu erheben. Ihre Rebellion wird erstickt und die „Moderaten“ — angeführt von Eanes — etablieren sich in der Machtposition.

Das ist das Ende der Periode der de-

reaktionäre Wende zu erheben. Ihre Rebellion wird erstickt und die „Moderaten“ — angeführt von Eanes — etablieren sich in der Machtposition.

Das ist das Ende der Periode der de-

mokratischen Revolution — geprägt durch Otelo — und zugleich der Beginn der parlamentarischen „Normalisierung“, die Portugal zu einem sicheren Mitglied der NATO und einem soliden Partner für die großen westlichen Wirtschaftsmächte machen sollte. Jetzt, wenn man fragt, welche Kräfte das revolutionäre Projekt blockiert hatten, antwortet Otelo klar: *„Die politischen Parteien. Die einen widersetzten sich in offen feindseliger Haltung und die anderen in verdeckter Form einem Projekt, das ihre Machtbestrebungen einschränkte und sie durch die direkte Demokratie der Arbeiter ersetzen wollte. Die wirklichen Revolutionäre machen keine Revolution um sich an der Macht zu halten, sondern um diese an die Arbeiter zu überantworten.“*

Dies war aber nicht die Position der Mehrheit der Militärs in der MFA, die, obwohl fortschrittlich, Angst hatten, ihre Privilegien zu verlieren. In der Tat waren sie Teil der herrschenden Klasse, die sich angesichts der Aussicht einer wirklichen Volksrevolution der parlamentarischen Demokratie zuwendeten. Otelo seinerseits hatte mit den Ideen des 25. April definitiv abgeschlossen und nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution orientierte er eindeutig auf Sozialismus: *„Ich glaube, ich habe mich nicht geirrt. Ich habe meine Position innerhalb der herrschenden Klasse dafür geopfert, um die Macht an die Arbeiter weiterzugeben. Ich hielt die Idee der sozialistischen Revolution aufrecht, das tue ich auch weiterhin.“*

Aber die sozialistische Revolution war nicht möglich. In seiner Einschätzung der Entwicklung kritisierte Otelo auch die Linke: *„Es gab Spaltungen, interne Kämpfe und es begannen sich diejenigen Organisationen durchzusetzen, die die größeren finanziellen Kapazitäten und im vorangegangen anti-diktatorialen Kampf die größeren Kräfte gesammelt hatten, aber auch mehr Verhandlungsgeschick. Auch sie hatten Angst den Sprung zu machen in Richtung einer neuen Gesellschaft. So behielten die PC und die PS einen großen Einfluß in der Bevölkerung, während die gespaltenen revolutionären Kräfte ihr Ziel nur in den Industriezonen erreichen konnten, dort wo die bewußtesten Arbeiter leben.“*

Trotz alledem erreichte die revolutionäre Option mit Otelo 800.000 Stimmen, d.h. 16,5% bei den Präsidentenwahlen im Juli 1976. Damit blieben sie an zweiter Stelle hinter Eanes, aber weit vor dem Kandidaten der PC. *„Die Revolution“*, sagt er heute, *„ist extrem schwer zu machen in Westeuropa. Mit dem Enthusiasmus des 25. April dachte ich, könnten wir ein neues Gesellschaftsmodell in Portugal verwirklichen. Aber die Abhängigkeiten innerhalb der militärischen und politischen Blöcke sind sehr stark.“*

Das revolutionäre Projekt

Die Revolution ist schwierig, aber weiterhin notwendig: *„Ja, immer. Man muß die Notwendigkeit der Revolution verteidigen. Diejenigen, die sie fürchten, behaupten, sie hätte keinen Sinn mehr, daß der Widerspruch zwischen der Rechten und der Linken überwunden ist. Das sagt Cavaco in Lissabon, Mitterand in Paris oder Felipe Gonzalez in Madrid. Nur sie allein würden das Land voranbringen und die Revolutionäre würden in der Vergangenheit leben. Aber die kapitalistische Ausbeutung bleibt, der Klassenkampf wird nicht, allein weil sie ihn negieren, verschwinden. Das System bindet die Arbeiter ein in seine Ideologie des Egoismus, Individualismus und Konsumismus. Das sind keine Werte, für die sich die Linke schlägt. Die Linke kämpft weiterhin für Gleichheit, für die Solidarität, für die Würde. Man muß für die Revolution kämpfen, um die Einstellungen zu verändern. Man muß für sie kämpfen, um eine neue Gesellschaft aufzubauen.“*

Das Problem besteht weiterhin darin, wie man die Idee dieser notwendigen Revolution in einer mehr oder weniger entwickelten kapitalistischen Gesellschaft in den Bahnen eines parlamentarischen Systems verteidigt. *„Mit der Gründung der Vereinigten Volksfront FUP im Januar 1980 verschaffte sich die revolutionäre portugiesische Linke einen politischen Arm, um in den Wahlprozeß einzugreifen,“* erläutert Otelo. *„Unser Ziel war, eine Vertretung im bürgerlichen Parlament zu erreichen, um von dieser Tribüne aus die revolutionären Positionen zu verteidigen. Wir waren überzeugt, daß eine offene Konfrontation des Projektes einer neuen Gesellschaft mit den Ideen der Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaft einen klärenden Effekt im Bewußtsein der Arbeiter haben würde. In einem Rechtsstaat, in dem jedoch die Freiheiten nicht gesichert sind, mußten wir die Gelegenheit zur Bewußtseinsarbeit dazu nutzen,*

einen klärenden Effekt im Bewußtsein der Arbeiter haben würde. In einem Rechtsstaat, in dem jedoch die Freiheiten nicht gesichert sind, mußten wir die Gelegenheit zur Bewußtseinsarbeit dazu nutzen,

um zu erklären, daß die Beteiligung der Bürger am politischen Leben sich nicht auf den Wahlakt beschränken kann. Daß eine intensive Demokratie bedeutet, Arbeiter entscheiden für sich selbst.“

Die FUP war auf der Wahlebene der Ausdruck des „globalen Projektes“, ausgearbeitet von Otelo auf dem Weg zu dieser direkten Demokratie. Ein Projekt, das sich in organisatorischer Hinsicht einerseits in der offenen Struktur der „Vereinheitlichten Massenorganisation“ mit der Gründung der OUT im April 1978 ausdrückte. Andererseits in einer klandestinen, der „Zivil-Militärischen Struktur“ ECA, gebildet aus politischen Kadern und Zellen von Soldaten und antifaschistischen Offizieren mit Einfluß in den Kasernen, mit Zugang zu den Waffendepots der Armee. Sie war mit Widerstandsaufgaben für den Fall eines faschistischen Putsches beauftragt.

„Um die sozialistische Gesellschaft aufzubauen“, so das „Globale Projekt“, *„müssen die Arbeiter mit Hilfe eines bewaffneten Aufstandes die wirtschaftliche Macht übernehmen. Vielleicht ist das eine Utopie, aber wir haben das Recht dazu. Alles Bestehende, einschließlich der sozialistischen Länder, ist Lüge.“*

Hält Otelo nach wie vor die Idee des Aufstandsrechtes der Arbeiter aufrecht?

Dieses Konzept bleibt weiterhin gültig, kommentiert er im Gefängnis von Tomar. *„Selbst die portugiesische Verfassung geht in ihrem Artikel 7 von dem Recht eines jeden Volkes aus, gegen die Unterdrückung zu kämpfen, um die Macht von den Unterdrückern zu erkämpfen.“*

„In der Tat,“ beharrt er, *„es gibt kein Land, in dem sich die Arbeiter selbst repräsentieren, an der Macht sind. Auch nicht in der UdSSR, dort haben die Parteikader die Vertretung an sich gezogen und haben sich in eine neue herrschende Klasse verwandelt. Auf der anderen Seite die sozialistischen Parteien — einmal an die Macht gekommen — denken nicht daran, den Sozialismus zu verteidigen, sondern die kapitalistische Gesellschaft. Die sozialistische Gesellschaft ist diejenige, in der die Arbeiter — d.h. diejenigen, die sich ihrer Interessen bewußt sind — sie verteidigen und für sie kämpfen. Nur so kann der Sozialismus aufgebaut werden und das erreicht man nur durch eine Revolution. Nur durch einen gewaltsamen Akt gegen den Staat, einen bewaffneten Aufstand gegen die Unterdrücker können die Arbeiter die Macht übernehmen.“*

Aber es war die Gefahr eines faschistischen Putsches, auf die im „Globalen Projekt“ der bewaffnete Kampf ausgerichtet war. Diese Gefahr war in Portugal auch immer sehr aktuell: 1977 akzeptierte die Regierung Soares den Plan des IWF, der die hauptsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Nelkenrevolution zerstört. Die Armee ist aufs neue in den Händen der Vertreter des alten Systems, die vorher exilierten Großgrundbesitzer und Fabrikherren kehren zurück und fordern die Rückgabe der nationalisierten und besetzten Ländereien und Fabriken. Die KP und der Gewerkschaftsverband CGT antworten mit massiven Streiks und die traditionalistischen Offiziere fordern die Rückkehr zu einem harten Regime des General Eanes, der dies aber ablehnt. Am 8.12.1977 teilt Soares selbst dem Parlament mit, daß „die Bedingungen für eine Rückkehr zum Faschismus gegeben sind.“

In diesem Moment vertritt Otelo die Auffassung, daß nur eine einheitliche Organisation des Volkes in der Lage sein wird, die Massen zu bewaffnetem Widerstand im Falle eines faschistischen Putsches zu mobilisieren.

In den Parlamentswahlen von 1979 wird die PS von der Demokratischen Allianz AD vernichtend geschlagen, einer Koalition der Rechten aus der Sozialdemokratischen Partei PSD und dem Sozialdemokratischen Zentrum CDS. In diesem Zusammenhang gelingt 1980 den Volkskräften des 25. April FP-25 der Einbruch, einer klandestinen Gruppe, die sich durch zahlreiche gewaltsame Aktionen — Attentate, bewaffnete Raubüberfälle und Morde — bekannt macht. Der Beginn ihrer Aktivitäten ist begleitet von einer Explosion hunderter Sprengkörper im ganzen Land. Ein wenig später übernehmen sie die Verantwortung für den Tod eines Mitglieds der Guardia Republicana. Das Auftauchen der FP-25 ruft eine grundsätzliche Debatte innerhalb der FUP hervor. Ist sie ein Produkt aufrichtiger Aktivisten, denen ihre eigenen Aktionen aus dem Ruder laufen? Handelt es sich um eine Provokation, um die Linke zu kriminalisieren? Muß man öffentlich ihre Aktionen verurteilen und sich damit auf die Seite der Reaktionäre stellen? Am 16.5.1980 verliest Otelo eine Entschließung der Führung der FUP, in der sie die Aktionen der FP-25 als „randständige Gewalt“ einstuft, die „nichts mit der Linken gemeinsam hat“.

16.5.1980 verliest Otelo eine Entschließung der Führung der FUP, in der sie die Aktionen der FP-25 als „randständige Gewalt“ einstuft, die „nichts mit der Linken gemeinsam hat“.

„Die Vorstellung der FP-25 unterschied sich von derjenigen der FUP“, erklärt er heute. Sie verfolgten eine politisch-militärische Strategie. Sie versuchten, die Arbeiter über den exemplarischen bewaffneten Kampf zu rekrutieren. Mit Aktionen gegen Vertreter der Wirtschaft und des Staatsapparates sollte vor der Beteiligung an der Unterdrückung und Ausbeutung gewarnt werden. Mit Banküberfällen, Attentaten gegen Wirtschaftsführer und Repräsentanten des Unterdrückungsapparates sollte den Arbeitern die Freiheit und Möglichkeit des Kampfes demonstriert werden.

Aber sie erhielten nicht die erhoffte Unterstützung. Die Arbeiter haben vielleicht einigen ihrer Aktionen applaudiert, aber sie waren nicht in der Lage, die Waffen zu ergreifen, um sich aktiv zu beteiligen. Dies führte dazu, daß sie versuchten, innerhalb der FUP und anderen linken Organisationen ihre Kämpfer zu rekrutieren.

Das Projekt der FUP war dagegen ein anderes, betont Otelo: *„Die bewaffnete Gewalt kann und darf nur mit dem Ziel des Kampfes gegen die Diktatur der Rechten angewendet werden. Oder in der Form organisierter Gewalt zum Zweck der Machtübernahme. Wir sprachen von der Zivil-Bewaffneten Struktur und den Strukturen in den Kasernen nur für den Fall, daß sich die Notwendigkeit angesichts eines faschistischen Putsches oder die Möglichkeit einer Machtübernahme ergibt. Nur in diesem Fall wollten wir zu den Waffen greifen.“*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite


Otelo de Carvalho

Ein Symbol stürzen

Trotz seiner Person wurden Otelo und ca. 30 Aktivisten der FUP am 19. und 20.6.1984 verhaftet, gerade drei Wochen, bevor im Parlament eine Debatte über ein „Gesetz zur inneren Sicherheit" begann und zwar im Zusammenhang mit der Gewalt der FP-25. Ein verwaistes Gesetz, weil niemand dafür verantwortlich zeichnete — vielleicht, weil es kein portugiesischer Entwurf war.

Eduardo Pereira — sozialistischer Innenminister — war nach Washington gereist, um Rat zu holen. Schließlich wurde ein Gesetz verabschiedet, das in seinen Artikeln 33-35 festlegt, daß „ausländische Geheimdienste und internationale Organisationen mit höchster nationaler Autorität sich zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit einmischen können." Ein Gesetz, das darüber hinaus die Bildung einer der PIDE ähnlichen Geheimpolizei, Vorbeugeverhaftungen, Eingriffe in das Briefgeheimnis und den Einsatz des Militärs im Falle von Streiks absicherte. Es war unmöglich, hierbei nicht an die Verbindungen des Sozialisten Soares mit den USA zu denken, die sich um ein solides Portugal als Speerspitze der NATO-Südflanke sorgten, als Basis für ihre Atomwaffen in Lajes und auf den Azoren — und schließlich Portugal als strategischer Brückenkopf nach Afrika.

Es war gerade das vom Sozialisten Soares installierte Krisenkabinett, das grünes Licht für die Verhaftung Otelos und seiner Genossen gab. Die Verhaftung basierte lediglich auf der Denunziation zweier „Abschwörer" der FP-25, die ihre frühere Organisation mit der FUP und dem „Globalen Projekt" in Verbindung brachten. Vom Augenblick seiner Verhaftung an war Otelo davon überzeugt, *„daß eine politische Organisation seine Verfolgung ermöglicht und vorangetrieben hat"*. Wel-

re Organisation mit der FUP und dem „Globalen Projekt" in Verbindung brachten. Vom Augenblick seiner Verhaftung an war Otelo davon überzeugt, *„daß eine politische Organisation seine Verfolgung ermöglicht und vorangetrieben hat"*. Wel-

che? *„Die Kommunistische Partei Portugals. Natürlich, die Führung, nicht die Parteibasis,"* erklärt er.

Sein Verdacht wird erhärtet durch die Teilnahme herausragender Persönlichkeiten der PC im Polizeiapparat, der seinerseits Otelo verhaftete und auch im Justizapparat, der ihn verurteilte. Weitere Indizien — natürlich keine Beweise — gehen in die gleiche Richtung: Für die PC war es äußerst unbequem, daß der Sozialist Soares öffentlich darauf anspielte, hinter der FP-25 würde die PC selbst stecken. (1)

Der Prozeß gegen Otelo wimmelte nur so von Ungereimtheiten. Es gab keine Beweise, nur unakzeptable Zeugen („alle Anschuldigungen gegen mich sind falsch"), er war ein juristischer Skandal.

„Aber nachdem man mich 3 Jahre lang in Untersuchungshaft festgehalten hatte, konnte mich das Gericht nicht freisprechen. Es war nicht mehr möglich, mich freizulassen. Ich mußte verurteilt werden, um das Ansehen von Polizei und Gericht zu retten. Das war Staatspflicht."

„Ich habe nichts zu bereuen, nichts, wofür ich mich zu entschuldigen hätte," stellt Otelo heute fest. *„Sollte es eine Amnestie geben, werde ich sie akzeptieren müssen, weil es sich in dem Fall um ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz handeln wird. Aber ich werde um nichts bitten, ich werde nicht verhandeln. Ich möchte nicht, daß alles ad acta gelegt und so getan wird, als ob nichts geschehen wäre; ich kämpfe für die Revision des Prozesses, bei einem anderen Gericht und mit internationaler Beobachtung."*

(Übersetzung: H. Gimpl)

(1) Diese Behauptung ist nicht neu, aber niemals mit Tatsachen belegt worden. Fakt ist, daß die PC Otelo de Carvalho nicht wohlgesonnen war, da er am Sturz der Regierung Goncalves mitgewirkt hatte, die als PC-nahe galt. Ein ebensolcher Fakt ist aber auch, daß auch die PC im Rahmen der Konterrevolution fast vollständig ihre Machtpositionen im Staatsapparat verlor. Selbst wenn es PC-Mitglieder im Polizeiapparat gegeben haben sollte, geht aus dem hier abgedruckten Artikel doch eindeutig hervor, wer die eigentlichen Interessenten an der Ausschaltung Carvalhos gewesen sind.
(Anm. Red.)

6. Kongreß von Democrazia Proletaria

Auf dem Weg ins Grüne

Riva del Garda, 4.-8. Mai: 6. Kongreß von Democrazia proletaria (DP), der 1,7%-Partei der italienischen Neuen Linken. Nach fünf Tagen Debatte herrschte nach außen Einigkeit: Die politische Schlußresolution wurde mit breiter Zustimmung beschlossen. Ob das ein Sieg der Politik oder der Diplomatie war, wird sich noch herausstellen müssen.

„Kompromiß mit dem grünen Flügel", kommentiert das PCI-Zentralorgan „Unità" (9.5.). Aber auch die anderen Strömungen haben gesiegt: Das „Zentrum" um den bisherigen Sekretär Russo Spena zog mit Glanz wieder in das neugewählte Führungsgremium ein; die „operaisti" (Arbeitergenossen; neudeutsch-abwertend auch mit „Traditionalisten" zu umschreiben) gewannen am Schlußtag eine (allerdings eher symbolische) Abstimmung mit 193 zu 191 Stimmen.

Russo Spena bewies sich mit seiner Beurteilung des Kongresses als begabter (vormarxistischer) Dialektiker: *„Wir hätten, denke ich, einen besseren Kongreß machen können (...) Aber es war ein notwendiger Kongreß; und alles, was notwendig ist, ist auch, in letzter Analyse, positiv"* (1). Unzufrieden äußerte sich unter den neu gewählten Leitungsmitgliedern allein der Parlamentsabgeordnete Franco Russo: *„Das Problem ist hier DP; daß sie sich nicht entscheiden kann."* (2)

Grün auf dem Vormarsch

Wer das grüne Denken bisher für eine spezifisch deutsche Marotte gehalten hat, wird diese Ansicht korrigieren müssen. Der angeblich über den Klassen schwebende Ökologismus scheint — mit einigen Jahren Verspätung auf seinen deutschen Vorläufer — nun auch in der italienischen Linken zur beherrschenden ideologischen Modeströmung zu werden. Innerhalb der DP hat sich diese Strömung bereits als Fraktion konstituiert. Das von 100 Mitgliedern aus 10 Ortsverbänden dem Kongreß vorgelegte „documento dei cento — Dokument der 100" will an Stelle des gesellschaftlichen Hauptwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital ein „Gemenge von Widersprüchen (Mensch-Natur, Mann-Frau, Nord-Süd, Kapital-Arbeit) anpacken" (3).

In dieses „Gemenge" schien der DP-Kongreß zunächst nicht geraten zu wollen. Parteisekretär Russo Spena griff in seinem ausführlichen Einleitungsreferat nicht nur die Grünen, sondern auch die „100" teilweise ziemlich schroff an. Unter ausdrücklicher Berufung auf Mao

DP-Kongreß zunächst nicht geraten zu wollen. Parteisekretär Russo Spena griff in seinem ausführlichen Einleitungsreferat nicht nur die Grünen, sondern auch die „100" teilweise ziemlich schroff an. Unter ausdrücklicher Berufung auf Mao

bestand er auf dem einen unvermengten Hauptwiderspruch. Die von den „100" herbeigewünschte „Föderation" mit den Grünen wies er ebenso zurück wie die Forderung, die Parteistrukturen dem Verfall preiszugeben und die zentrale Leitung durch die „Versammlung der Delegierten der Ortsverbände" zu ersetzen.

Vor allem die „operaisti" waren begeistert von diesem Kongreßauftakt. Am Ende der fünftägigen Beratungen stand dann ein „kräftiges Sowohl-als-auch".

Die strömungsübergreifend verabschiedete Schlußresolution erinnert stark an Parteitagsbeschlüsse der bundesdeutschen Grünen. Sie bietet für jedeN etwas: Die Grünzone das Individuum und die Natur. — *„Wir wenden uns an eine Vielfalt von Gesprächspartnern (...) auf der Grundlage eines Vorschlags, der in der Lage sein soll, den Herausforderungen der neuen Klassenkonstellation zu begegnen, wo im Mittelpunkt der Mensch und seine Bedürfnisse stehen; (ein Vorschlag) der das Verhältnis Mensch/Natur als grundlegend festsetzt ..."* (4) Zur Beruhigung der proletarischen GenossInnen wird zwei Absätze weiter festgehalten, daß bevorzugter „Gesprächspartner" die Arbeiterklasse sein soll. *„Der alte Maulwurf wühlt noch"*, versicherte Russo Spena den proletarischen Delegierten in seinem Referat. Ja, er wühlt, aber *„auf neuen Gebieten"*, ergänzte der Kongreß. Die weder neue noch originär grüne Idee, den gesellschaftlichen Nutzen und die Umweltverträglichkeit der Produktion über die „Wachstumsrate" zu stellen, wird in dem Kongreßbeschluß in einer Weise breitgetreten, als handele es sich um eine gerade gemachte sensationelle Entdeckung. So altmodische Dinge wie Lohnstreiks und Kämpfe für Arbeitszeitverkürzung (die in Italien gegenwärtig mit einiger Heftigkeit ausgetragen werden), finden nur am Rande Erwähnung.

Einheit in der Vielfalt?

Mao, Russo Spena und dem Mehrheitsantrag zum Trotz warnt eben diese Mehrheit (inclusive Russo Spena) davor, die Widersprüche zu „hierarchisieren". Das wäre „Reduktionismus" und „Ökonomismus". Statt dessen stellt die Schlußresolution die Widerspruchspaare gleichberechtigt nebeneinander: Kapital und Arbeit, Mann und Frau, Mensch und Natur, Norden und Süden, Alt und Jung. „Verschiedenartigkeit ist Reichtum", lautet das neue Credo, das nicht zuletzt innerparteilich gelten soll.

Aber warum werden diese Verschiedenartigkeiten zu einem Brei verrührt und als politische Resolution ausgegeben? Die Delegierten von Brescia fanden für dieses Vorgehen scharfe Worte: *„Eine bürokratische Synthese ohne politischen Sinn"*. (2) Den Antrag, die ganze Resolution abzulehnen, zogen sie später zurück und konzentrierten sich auf einen symbolischen Kampf: Im Einleitungsabschnitt der Resolution solle ein Wort geändert werden. *„Der 6. Kongreß nimmt das Referat des Genossen Russo Spena an"*, hieß es im Antragstext. Das war den „operaisti" zu schwach. Sie wollten das Grünen-kritische, den kapitalistischen Hauptwiderspruch betonende Einleitungsreferat ausdrücklich per Kongreßbeschluß *„gebilligt"* sehen und setzten sich mit 193 gegen 191 Stimmen durch. Der Referent hielt es für geboten, gegen sein eigenes Referat zu stimmen.

Pluralismus ja — aber nicht bei der Postenvergabe

Die Ersetzung des Wörtchens „assume" („nimmt an") durch „approva" („billigt") blieb der einzige Erfolg der „operaisti". Bei den Wahlen zum 60-köpfigen Führungsgremium der Partei schnitten sie kaum besser ab als die Vertreter des grünen Flügels. Es triumphierten die „Zentristen". Russo Spena erzielte mit 449 von 489 Stimmen das beste Ergebnis. Auf dem 14. Platz, schlechter plaziert als erwartet, landete der „legendäre" DP-Führer Maria Capanna, seit 1979 Abgeordneter des Europa-Parlaments, danach zweimal in Folge Deputierter der italienischen Abgeordnetenkammer. Dieses satzungswidrige Langzeitmandat (das DP-Statut fordert Rotation nach spätestens zwei Parlamentsperioden) führte auf dem Parteitag zu einigen Kritiken am „Personenkult".

„Enorme Aufgaben für Democrazia proletaria"

Das von dem DP-Vordenker Emilio Molinari ausgearbeitete und von Russo Spena in seiner Rede an zentraler Stelle vorgetragene strategische Konzept der Partei bleibt in der Schlußresolution ziemlich unklar. Dabei geht es den Urhebern dieses Konzeptes um viel: Eine „politische und soziale Bewegung für die Alternative" soll auf dem Weg gebracht werden. Nicht einfach im Sinne einer Aktionseinheit oder politischen Föderation, sondern — Antonio Gramsci weist den Weg — als Schritt zu einem *„neuen historischen Block"*. Russo Spena gebracht den Begriff bewußt, ohne ihn allerdings mit sehr viel Inhalt füllen zu können. Die zu erarbeitende Alternative soll untereinander ganz verschiedene („diversissimi"), *„durch Sprachlosigkeit getrennte"* Subjekte zusammenführen und *„verflechten"*, *„die sich sonst nie treffen würden"*. Um was für Menschen geht es? *„Ökopazifisten"*, die *„diffuse Linke"*, *„Feministinnen"*, PCI-Dissidenten, Grüne und *„progressive Christen"*, selbst Missionare sind willkommen. Democrazia proletaria soll Motor und organisierendes Element dieses *„politischen Laboratoriums"* sein.

„Verschiedenartigkeit ist Reichtum", sicherlich, aber im Strudel der „Bewegung" hat schon so manche revolutionäre Partei die Orientierung verloren. Dagegen hilft kein Sich-Abschotten vom Leben, wohl aber eine realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten. Der DP-Kongreß dagegen peitscht die 10.000 DP-Mitglieder zu größter Betriebsamkeit: *„Das Gebot für jeden Genossen und jede Genossin, in einer Phase, in der sich die Möglichkeit einer neuen Offensive zeigt, ist es, mehr und besser innerhalb der sozialen Prozesse zu stehen ..."*

Politische Kampagnen

Neben dem großen strategischen Wurf beschloß der Kongreß eine breite Palette politischer Kampagnen. Anläßlich der Erneuerung des NATO-Vertrages im kommenden Jahr soll eine „internationale Mobilisierung" versucht werden für einseitige Abrüstung, gegen die Verlegung der US-amerikanischen F-16-Flugzeuge von Spanien nach Italien und für den Austritt Italiens aus der NATO. Auch eine Kampagne für den Schuldenerlaß der Dritten Welt wurde beschlossen.

Innenpolitisch will Democrazia proletaria verstärkt die Themen Rüstungskonversion, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, garantiertes Mindesteinkommen und Verteidigung des Streikrechts anpacken. Besonders im weniger entwickelten Süden sollen die Aktivitäten der Partei intensiviert werden. Die Schaffung des EG-Binnenmarktes wird zu Lasten der süditalienischen Landbevölkerung gehen. Ein „neuer Meridionalismus" steht deshalb auf der Tagesordnung: *„DP muß sich schnell in die Lage versetzen, im Süden kollektiver Intellektueller zu werden ..."*. Zu befürchten ist, daß diesem ehrgeizigen Projekt weniger eine konkrete Analyse zugrunde liegt als vielmehr die Bewunderung für Gramscis klassische Schrift über „Die süditalienische Frage".

Democrazia proletaria hat sich auf ihrem Kongreß allerhand vorgenommen. Nichts gegen südländischen Enthusiasmus, aber die Leninsche Devise „Lieber weniger, aber besser" führt in der Politik häufig eher zum Ziel. Das weiß — im Prinzip — auch Russo Spena, der ein Sprichwort seiner Heimatstadt Neapel zitiert: *„Gatta, per la fretta, partorisce spesso gattini ciechi — Wegen übertriebener Eile wirft die Katze häufig blinde Junge"*.

Js., Hamburg

Anmerkungen:
1) Notiziario DP 19-20, 13.-20.5.88
2) l'Unità, 9.5.88
3) zitiert nach „Kommune" 6/86
4) Notiziario DP 21, 27.5.88

Ein Aufruf und seine Folgen

Anläßlich verschiedener Nazi-Umtriebe aus jüngster Zeit starteten wir im letzten ak einen Aufruf zum Informationsaustausch: Tatsächlich stieß unser kleiner Hinweis auf eine ungewöhnlich rege Resonanz. Aus buchstäblich allen Himmelsrichtungen dieser unserer Republik trafen Anfragen nach Fotos ein, Hinweise zu bestimmten Ereignissen und Personen, Informationsmaterial wurde teils gleich beigelegt (in Broschürenform) usw. Auch umfangreichere Stellungnahmen und Anfragen trafen ein. Allen ZusenderInnen auf diesem Wege vielen Dank für Informationen, Fragen und Interesse! Den nächsten Zuschriften sehen wir hoffnungsvoll entgegen ...

Offensichtlich wird unser eigenes Bedürfnis nach mehr und gesicherten Kenntnissen als Grundlage eines vernünftigen „Durchblicks" von vielen AntifaschistInnen geteilt. Die Situation, wie sie sich uns darstellt, ist durch spürbare Mängel gekennzeichnet: Es fehlt beispielsweise ein fundierter Überblick über Ausmaß und Zusammenhang neofaschistischer Umtriebe, der es erlauben würde, lokale Ereignisse richtig einzuordnen. Offen ist auch, in welchem Maße etwa im Jugendbereich eine gewachsene Bereitschaft zu Gewalt gegenüber Ausländern, Linken, Frauen usw. — Stichwort „Skins" — zu verzeichnen ist (im Vergleich zu früheren Jahren) und wenn, ob dies dann eine verstärkte neonazistische Gefahr anzeigt. Hier wäre es wichtig, organisierenden Neonazi-Elementen — beispielsweise der FAP, der Kühnen-Clique u.ä. — verschärft auf die Finger zu schauen.

Es gibt, unseres Wissens, für eine einigermaßen schlüssige Einschätzung der Neonaziszene (plus Umfeld, Einflüssen, Auswirkungen ... etc.) — wie sie sich *heute* darstellt — keine überzeugenden Analysen; sofern mensch sich nicht mit den Begriffen und Einordnungen auf Stand der 70er Jahre zufriedengeben will (deren Aufputzung als „Wende"-Diagnose sie auch nicht gerade verbessern).

Ganz unbestritten bleibt dabei, daß — wie gesagt — individuell und organisiert arbeitende AntifaschistInnen örtlich und regional über z.T. sehr detaillierte Kenntnisse der Nazi-Szene verfügen, was ja auch mit diversen Dokumentationen usw. und Aktionen zusammenhängt.

Hier anzuknüpfen und einen Schritt in Richtung Beantwortung der genannten Fragen weiterzukommen, ist unseres Erachtens eine zweckdienliche Sache im Sinne aller AntifaschistInnen.

Weitgesteckte Erwartungen, wie sie teils direkt ausgesprochen werden, teils sich zwischen den Zeilen erkennen lassen, wonach die Antifa-Kommission sozusagen alle verfügbaren Ärmel aufkrempeln möge, um sich in „guter, alter" Antifa-Weise auf die Neonazi-Spur zu setzen, werden sich bei uns allerdings nicht realisieren lassen. Weder wären wir kräftemäßig in der Lage, alle diesbezüglichen Auskunfts-, Nachforschungs- und Eingreif-Bedürfnisse zufriedenzustellen, noch halten wir es unsererseits — wie dem ak-Publikum bekannt — heute für angesagt, einen quasi nostalgischen Anti-Nazi-Kampf (so er denn in solch engem Sinne je Sache des KB war) als Inbegriff von Antifaschismus aufleben zu lassen.

Es folgen einige Passagen aus Zuschriften auf unseren Aufruf im ak 295.

R., Antifa-Kommission, Hamburg

„(...)ich möchte Euch auf eine falsche Angabe in Eurem Artikel über die Kühnen-Provokation am 1. Mai aufmerksam machen. (...) Euer Foto zeigt (...) nicht Busse, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach den neuernannten 'Gewerkschaftsvorsitzenden' Reis (oder Reiß) aus Langen. (...) Sollte Busse tatsächlich in Bottrop anwesend gewesen sein, wäre das eine interessante Information im Zusammenhang mit dem internen Richtungsstreit innerhalb der ANS/FAP. Busse nahm eine Woche vor dem 1. Mai an einer Fahrt des Mosler-Flügels von Duisburg nach Mainz zur Sonnenwendfeier in der Gärtnerei Müller teil (vgl. Notiz in der „FR"). Seine Aktivitäten sollten von Antifaschisten aufmerksam beobachtet werden, er wäre im Gegensatz zu Mosler intellektuell in der Lage, eine ernsthafte Alternative zu Kühnen aufzubauen. (...) "

(D., Duisburg)

„Auch ich bin an einem solchen Informationsaustausch interessiert und stelle mit Freuden fest, daß der KB wieder eine Arbeit 'in guter, alter Antifa-Tradition' anstrebt. Ich habe die Antifa-Arbeit des KB bzw. von KBlern in Antifa-Gruppen kennen und schätzen gelernt, zumindest so, wie sie vor einigen Jahren von Euch betrieben wurde. Leider hat sich der KB Anfang der 80er systematisch aus der Antifa-Arbeit zurückgezogen, insbesondere seit dem NPD-Bundesparteitag in Fallingbostel (...). Es ist sicherlich nicht falsch zu behaupten, daß autonome Antifas derzeit über den besten Kenntnisstand über Fascho-Organisationen verfügen und eine gute Vernetzung arbeitender autonomer Antifa-Gruppen besteht. (...) Ich würde es zumindest begrüßen, wenn es neben den Autonomen und der sattsam bekannten VVN weitere relevante Kräfte in der Antifa-Arbeit gäbe. Insofern bin ich über Euer Angebot erfreut. (...)"

(B., Hannover)

„An all jene, denen die bundesdeutsche Presselandschaft zu eintönig ist“, soll sich eine neue Zeitschrift oder Zeitung wenden, an deren Konzept und Finanzierungsmöglichkeiten führende Köpfe des Frankfurter „Pflasterstrand“ und ähnlich renommierte Kräfte sei einigen Monaten basteln. Beratend nimmt der frühere Generalsekretär des Kommunistischen Bund Westdeutschland, Joscha Schmierer, an den Gesprächen teil.

Hinter der Frage „Zeitschrift *oder* Zeitung?“ stehen unterschiedliche Vorstellungen über den Charakter der Publikation: soll sie eher ein aktuelles Nachrichtenmagazin sein („Spiegel“) oder soll sie den Schwerpunkt auf grundsätzlichere Betrachtungen legen („Zeit“).

Inhaltlich schwebt dem Projektkreis jene Art von strömungsübergreifender Ausgewogenheit vor, die sich durch konsequente Ausgrenzung linksradikaler Positionen auszeichnet. Wer an der Hofpostille der Realogrünen, der „Taz“, ausgerechnet deren „muffigen linken Konsenszwang“ tadelnswert findet, sagt genug über seinen eigenen Standort aus.

Dabei wollen die Planer, allesamt geläuterte und reuige Ex-Linke, jedoch unbedingt in der 68er Tradition gesehen werden. Nicht als deren Fortsetzer natürlich, sondern als die *einzigen*, die in der Lage seien, die unterschiedlichen Erfahrungen der 68er *„wieder an einem Tisch zusammenzubringen und in einem Blatt zu versammeln.“* Daß diese „unterschiedlichen“ Erfahrungen praktisch alle im engen Umkreis der Realogrünen angesiedelt sind und daß andere Entwicklungen, die von 1968 ausgegangen sind, unter den Tisch fallen sollen, wird nicht explizit gesagt, versteht sich aber von selbst.

Die Frage ist, ob es bei der Vielzahl von linksliberalen Produkten auf diesem Sektor Platz für ein weiteres Projekt geben könnte. Das werden sich wahrscheinlich auch die potentiellen Geldgeber fragen.

Wir dokumentieren das Protokoll eines Treffens des Projektkreises, das am 14. und 15. April in Frankfurt stattfand. Die Diskussion wurde am 25. Juni in der Mainzer Landstraße 147 fortgesetzt. Veteranen der Arbeiterbewegung werden sich erinnern: das ist das in den 70er Jahren unter der Parole „Die Kapitalisten mit dem Geldsack erschlagen!“ erworbene und hergerichtete Büro des KBW. So ändern sich die Zeiten.

Magazin oder Wochenzeitung?

Über das Vorhaben, die bundesdeutsche Presselandschaft aufzumischen

1. Der Traum von einer Sache

Seit ein paar Jahren geistert im Umfeld des „Pflasterstrand“ die Idee umher, eine zumindest bundesweit vertriebene Wochenzeitschrift oder -zeitung zu machen. Das hatte mehrere Gründe.

Da war zum einen die unübersehbar gewordene Krise der alternativen Presse. Ihre Errungenschaft mit der (von der taz abgesehen) größten Breiten- und vielleicht auch Tiefenwirkung, die Stadtzeitungen, hatte sichtlich an Bedeutung verloren; die Stadtzeitungen konnten der kommerziellen Konkurrenz immer weniger standhalten, vor allem wohl deshalb, weil es ihnen (aus welchen Gründen auch immer) nicht gelungen war, die politische und kulturelle Öffnung des alternativen Milieus zu fördern: die Stadtzeitungen spiegelten eher dessen Beschränktheit und Abkapselung, als daß sie aus ihnen herausgeführt hätten; neue Lesebedürfnisse, die natürlich auch im abbröckelnden alternativen Milieu entstanden, mußten anderswo befriedigt werden (auch dies ist ein Grund für den Aufschwung der „Zeit“). Es schien daher an der Zeit, ein neues Organ zu gründen, das in der Öffnung der alternativen und linken Szenerie deren Ansätze wie Erbe fortführt und mit dem Rest der Welt konfrontiert. Hinzu kam die enttäuschende Erfahrung der taz: zwar war es gelungen, eine linke Tageszeitung auf die Beine zu stellen, diese schleppte aber — offensichtlich unausrottbar — einige gravierende Untugenden der Linken mit sich herum. Die taz neigte — dazu, der Meinung den Vorzug vor der Information zu geben, sie konnte sich nie eindeutig zwischen Zeitung und Gemeindeblatt entscheiden und sie zögerte viel zu sehr, den bequemen linken Konsens zu durchbrechen und linke Gewißheiten wieder in Fragestellungen zurückzuübersetzen. Da war zum anderen der Aufstieg der Grünen, in Hessen einstmals mit besonders erfolgversprechender Perspektive ausgestattet. Man war nicht eins mit den Grünen, sie standen einem aber nahe: der erste erfolgreiche Versuch, der „Kultur von 1968 ff“ politisches Mitsprache- und Gestaltungsrecht zu erkämpfen. Was lag näher, als auch publizistisch ein neues Feld zu besetzen? Es hatte sich ja gezeigt, daß unsere Bedeutung vor allem eine kulturell-politische war, das mediale Terrain war in gewissem Sinn unser ureigenstes: mit einer großen Zeitschrift oder Zeitung hätten wir daraus nur die fällige Konsequenz gezogen. — Da war schließlich der (nicht nur, aber auch) unternehmerische Wunsch eines nicht unbegabten Frankfurter Geschäftsführers, dessen Talente seit geraumer Zeit etwas brachlagen: der Wunsch nach etwas Größerem, vermischt mit etwas Größenwahn, wie er bei jedem Projekt nötig ist. Und dies alles traf sich mit dem Interesse einiger aus der schreibenden Zunft, die sich zwar vielfache Publikationsmöglichkeiten erobert hatten, dennoch aber das Gefühl nicht ganz loswurden, in den mittleren und großen Medien eher nur nach *deren* Konditionen mitarbeiten zu können oder auch dürfen. Was lag näher, als ein Organ der *Einmischung* zu schaffen, an dem die öffentliche Meinung der Republik nicht mehr vorbei kann, das mit unserer Stimme spricht, das Ausdruck unserer Kultur ist, das nicht den Garten unserer Nischenexistenz bestellt, sondern unsere Kultur der Zugluft aussetzt *und* gleichzeitig den Rest der Welt hartnäckig mit unseren Ideen und Haltungen belangt.

In einem ersten Anlauf versuchte l'onorevole Cohn-Bendit, für dieses Projekt einen Geldgeber bzw. Verleger zu finden: vergeblich. Offenbar war es *so* einfach nicht möglich, die Welt von der Notwendigkeit und Realisierbarkeit des Organs zu überzeugen. Das Ganze drohte einzuschlafen. Seit geraumer Zeit ist nun ein neuer Anlauf im Gange, der erst einmal der Präzisierung dessen dient, was *wir* wollen. Nur so, scheint es, werden wir die Überzeugungskraft gewinnen können, die Verleger aufgeschlossen macht oder uns das Zutrauen geben könnte, die Zeitschrift/Zeitung selbst auf die Beine zu stellen. So sehr es stimmt, daß ein solches Organ ohne Selbstüberhebung nicht realisiert werden kann — realistisch wird es erst, wenn die Beteiligten sich vergewissert haben, welche Kraft und welche Gemeinsamkeiten sich hinter dem ominösen „wir“ verbergen. Zwar wird niemand leugnen, daß sich die Impulse von „1968“ der Gesellschaft bis in die letzten Winkel eingeschrieben haben; sehr wohl wäre aber noch Gewißheit darüber zu schaffen, ob diese Impulse auch heute noch weiterleben, ob sie der Gegenwart angemessen und zu einem derart ehrgeizigen Projekt mobilisierbar und aggregierbar sind. Es wäre ein Fehler, die Zahl und die Erfahrung derer zu mißachten, für die „1968“ vor allem Fragen und Zweifel hinterlassen hat.

2. Kurz — lang — kurz — lang — kurz — lang

Seit Herbst 1987 hat es zu diesem Zweck mehrere Diskussionsrunden gegeben, die ihren vorläufigen Abschluß am 14./15. April 1988 fanden: hier wurden die bisherigen Ideen und Konzeptionen gesammelt und miteinander konfrontiert. Am Ende stand die mehrheitliche Einigung auf das Projekt einer Wochen*zeitung*. Im Folgenden sind die wichtigsten Schritte dieser Diskussion zusammengefaßt. An ihr nahmen teil: Michael Ackermann, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Hartmann, Ulrich Hausmann, Elisabeth Kiderlen, Gerd Koenen, Edith Kohn, Reinhard Mohr, Hartwin Möhrle, Joscha Schmierer, Thomas Schmid, Albert Sellner und Cora Stephan. (Verhindert war Ann Anders.)

Als wichtigstes Problem stellte sich sehr schnell die Frage heraus: soll es eher ein Magazin (über allem thronendes „Vorbild“: „Der Spiegel“) oder eher eine Zeitung („Vorbild“: „Die Zeit“) werden? Das ist sicher auch eine Frage unserer Kapazitäten, der Kosten und der Marktchancen; vor allem aber ist es eine Frage danach, was wir *wollen*:

— Eher ein *Informations*blatt im schnellen Takt der Zeit, das die Tradition des „Spiegel“ beerbt und ihr eine andere Richtung gibt: ein Blatt für den eiligen, nervösen Leser? Eher ein *kulturelles* Magazin, das ein bestimmtes Weltbild ausstrahlt, der Information den zweiten Rang zuweist und sich mehr auf Reflexion und vor allem Kultur verlegt (in gewisser Weise hieße das, daß wir die Herausforderung, die z.B. „Tempo“ und „Wiener“ darstellen, aufnehmen)? Beides spräche für eine Zeitschrift, ein Magazin.

— Oder eher ein Blatt der politischen und kulturellen Einmischung, das sich — so weit als nötig — dem schnellen Takt sowie dem neudeutschen Rundumkulturalismus entzieht, für den die Silbe „post“ reserviert ist und der so große Angst vor der Ernsthaftigkeit hat? Also eher ein mit Absicht „altmodisches“, reflexives Blatt, das die Konkurrenz mit der „Zeit“ aufnimmt und durchaus in der Tradition der linken Leidenschaft für Erkenntnis und Veränderung steht? Das spräche für eine Zeitung.

Kompliziert wurde das Ganze noch durch die Frage: wöchentlich oder 14-tägig? Beugen wir uns dem Wochentakt, den der Medienmarkt vorgibt oder schaffen wir uns mit einem nur alle zwei Wochen erscheinenden Organ einen größeren Freiraum und besetzen damit zugleich eine Marktlücke? Beide Alternativen sind sowohl als Zeitschrift wie als Magazin vorstellbar (wenngleich bei vierzehntägigem Erscheinen das Magazin plausibler ist).

Als flexibel erwies sich der extremistische Zentrist Daniel Cohn-Bendit, der zwei Modelle als gleichermaßen plausibel vorstellte. Beide sind an in Frankreich erscheinenden Zeitschriften orientiert: „L'Evènement de Jeudi“ (wöchentlich) und „Rolling Stone“ (monatlich, soll aber auf vierzehntägiges Erscheinen umgestellt werden):

1.) *„L'Evènement de Jeudi“*: Begründet von Jean-Francois Kahn; Auflage nach drei Jahren: 170 000 Exemplare; Magazin. Es ist der Zeitschrift gelungen, ein Leserbedürfnis zu schaffen bzw. ihm gerecht zu werden: sie stellt in der klar nach rechts und links gegliederten Medienlandschaft Frankreichs einen erfolgreichen Ausbruchsversuch dar — sie begreift sich als eine Zeitschrift der Mitte, die sonst nirgendwo zum Zuge kommt. Mitte — das ist nicht in dem bei uns üblichen Sinne zu verstehen, sondern meint etwas, was in Frankreich noch ungewöhnlicher ist als bei uns: ideologiefreier, offener Blick, überraschende Mischung von Positionen. (Beispiel: ein 68er greift die Bewegung von 1968 an, ein ehemaliger Gegner verteidigt sie.) Von Anfang an hat die Zeitung ihre Unabhängigkeit hervorgehoben: in den sechs Monaten vor Erscheinen ist es Kahn gelungen, sechs Millionen DM in Spendenform zu sammeln: in ihrer Grundausstattung ist die Zeitschrift leserfinanziert. Ein weiteres Tabu bricht sie: sie ist teuer (ca. 6.30 DM). Von anderen Zeitschriften („Le Nouvel Observateur“, „L'Express“) unterscheidet sie ein weiteres Angebot an ihre Leser: sie unterhält Clubs, über die man an verbilligte Eintrittskarten für Veranstaltungen herankommt und die exklusiv für Clubmitglieder Treffen mit prominenten Persönlichkeiten organisieren. Mit Absicht vertritt die Zeitschrift keine bestimmten Positionen (abgesehen etwa davon, daß sie in ihrer Ablehnung Le Pens eindeutig ist); sie versucht vielmehr den Streit zu organisieren, im Streit ausgewogen zu sein, Positionen aufeinandertreffen zu lassen und für Überraschungen zu sorgen. Sie ist eindeutig eine Redakteurszeitschrift (keine freien Mitarbeiter): die Redakteure, die alle namentlich zeichnen, arbeiten sich in die jeweilige Materie ein, müssen also sehr beweglich sein. Dabei ist die Redaktion relativ klein: etwa 70 Redakteure (zum Vergleich der „Spiegel“: ca. 240). Für jeden Bereich gibt es einen Koordinator. Die Zeitschrift ist argumentativ, wenngleich die Artikel in der Regel eher kurz sind. Dreiteilige Gliederung: Actualité — Lettres/Arts/Spectacles/Television — Quelle Epoche. Mit Absicht wird der Kultur größter Raum eingeräumt. In gewisser Weise versucht die Zeitschrift, einen anderen Blick auf die Realität einzuüben, als er dem Leser aus den anderen französischen Presseorganen vertraut ist. Ihr Erfolg beruht wohl auch darauf, daß sie in der traditionalistischen politischen Landschaft Frankreichs ein Novum darstellt.

2.) *„Rolling Stone“*. Französische Ausgabe, soll von monatlichem auf vierzehntägiges Erscheinen umgestellt werden; mehrere europäische Ableger des amerikanischen Magazins sind geplant. Die jeweiligen Redaktionen sollen autonom sein; sie können aus dem Pool der anderen Artikel übernehmen, ansonsten aber eigene Artikel beisteuern. Von Vorteil soll ein gemeinsamer, internationaler Anzeigenpool werden. Verkaufte Auflage in Frankreich: 115.000, heißt es; unter 60.000 dürfte die Auflage nicht fallen. Zur Konzeption: eindeutig eher eine gesellschaftlich-kulturelle Zeitschrift; Dany: so wie „Transatlantik“ hätte sein müssen, um Erfolg zu haben. Langsamer Takt: lange, gründlich recherchierte Artikel (z.B. gründlicher Rückblick auf die Reagan-Ära). Kleine Redaktion (Sieben Redakteure), hohe Honorare. — Es bestünde die Möglichkeit, einen „Rolling Stone“ in der Bundesrepublik herauszubringen. Vorteil: nur geringes Startkapital wäre nötig. Nachteil: er wäre von seinem Namen her überaus festgelegt, es wäre fast schon komisch, wenn die 68er *heute*, 20 Jahre danach, eine Zeitschrift mit diesem Namen herausbrächten. Des weiteren: von seiner Anlage (amerikanisches Original) her ist der „Rolling „Stone“ mehr als eine Zeitschrift: er ist ein meditatives Organ, zelebrierter Ausdruck einer Weltsicht (um die es ja nicht mehr unbedingt zum besten steht), ist Sinngebungsinstanz. Und es wäre mehr als schwierig, diese Zeitschrift als Ausdruck eines publizistischen *Aufbruchs* zu präsentieren.

In der Auseinandersetzung meditativ-kulturell-gesellschaftliches versus eingreifend-politisches Organ lieferte Dany jedoch einige wichtige Argumente für eine nur alle vierzehn Tage erscheinende Zeitschrift: man könnte sie solche der geistigen Ökologie nennen. Eine Wochenzeitung bzw. -zeitschrift unterwirft sich dem Takt, den Medien und Politik vorgeben; sie neigt zur Gehetztheit und dazu, das jeweils Aktuelle überzubewerten. Sie gibt sich keine Ruhe, keine Reflexionszeit; Nachdenklichkeit kommt bei ihr zu kurz; sie muß Redakteure überfordern und auslaugen; sie überstrapaziert die Aufnahmefähigkeit des Lesers; sie neigt dazu, die institutionelle Politik in den Vordergrund zu rücken: die Gesellschaft tritt in den Hintergrund; sie ist kaum in der Lage, einen anderen Begriff von Aktualität zu definieren. All das könnten Argumente für eine alle vierzehn Tage erscheinende Zeitung/Zeitschrift sein. Hinzu käme etwas weiteres: das wäre — bundesweit vertrieben — etwas Neues, man könnte eine Marktlücke besetzen, ein bei Lesern vermutlich vorhandenes Bedürfnis zu Tage fördern und wäre dabei nicht der erdrückenden Konkurrenz von „Spiegel“ bis „Zeit“ ausgesetzt. Man könnte sich also in einer ökologischen Nische etablieren. Es gibt hierbei zwei Motive, ein „offensives“ und ein „defensives“. Das „offensive“: wir zwingen der Medienlandschaft *unseren* Rhythmus auf, wir unterwerfen uns nicht; das „defensive“: selbstkritisch von unseren Möglichkeiten ausgehend, legen wir uns lieber nicht mit Gott und der Welt an, setzen uns der Konkurrenz lieber nicht aus. Beide Motive schließen einander nicht aus.

Obwohl Dany den Weg zu Zeitschrift/Magazin wie Zeitung offenhalten wollte, lief seine Argumentation eher auf ein Plädoyer für den ruhigeren Bewegungsmodus eines der drängendsten Aktualität entrückten Magazins hinaus. Daß ein Magazin auch anders aussehen könne, hob vor allen Hartwig Möhrle hervor. Er skizzierte die Zeitschrift so: es müsse eine *moderne* Zeitschrift sein, von großem Unterhaltungswert, sie müsse Seriosität und Zerstreuung miteinander verbinden; absolut notwendig sei die Aufbereitung von *news*; in keinem Fall dürfe daraus ein Blatt werden, in dem die 68er den Rest der Welt, insbesondere den jüngeren, belehren; zwar keine Zeitung von Zwanzigjährigen, müsse sie doch unbedingt für diese auch lesbar sein; das heiße auch: sie dürfe nicht die Problemstellungen und Haltungen der 68er Generation ihrer Leserschaft überstülpen. Die Jüngeren hätten z.B. ein entschieden weniger verkrampftes Verhältnis zur wissenschaftlich-technologischen Entwicklung: da müsse solch eine Zeitschrift aufpassen,



Achtundsechziger, die nicht aufgeben wollen. Fleißige Journalisten und profunde Kommunalpolitiker. Hier: Präsentation der grünen Kandidaten für das Frankfurter Rathaus.

daß sie nicht grämlich wirke oder PC-Eulen nach Athen trage. — In ähnlicher Richtung argumentierte auch Thomas Hartmann. Er schien entschieden gegen eine *zu* ruhige, entrückte, reflexive Zeitschrift zu sein: die Zeitschrift (ich interpretiere ihn) nicht so sehr als Deutungsinstanz, nicht entrückt — sondern hart am Markt, gar nicht erst versuchend, den nervösen, modernen Leser in ruhigere Gewässer zu lotsen; zwar auch längere Artikel, aber stets durchsetzt mit kurzen: kurz-lang-kurz-lang-kurz-lang. Wenn das Blatt eine Chance haben soll, müsse es für alle die attraktiv sein, die wenig Zeit zum Lesen haben, die schnell lesen (müssen). Nur so könne sie am Markt Bestand haben und damit auch der Fraktion ihre Seiten zur Verfügung stellen, die die ruhige Gangart der Reflexion favorisiert.

Gegen den Hang zur überschnellen Einigkeit: in dem Konflikt „Modernität versus Reflexivität" kommen unterschiedliche Interessen der Beteiligten zum Ausdruck. Es gibt einige, die das personelle Übergewicht derer, die aus dem Umfeld des „Pflasterstrand" kommen, nicht *nur* für einen Segen halten (mit Sicherheit gehören Uli Hausmann und Thomas Schmid dazu). Sie argwöhnen, eine abgeklärte, routinierte Linke laufe hier Gefahr, gegenüber einem bewahrenswerten linken Erbe allzusehr auf Distanz zu gehen: gegenüber der politischen und kulturellen Leidenschaft. Dies nur als Merkposten, damit der Punkt in zukünftigen Diskussionen nicht untergeht.

Gegen die beiden bisherigen Vorschläge — Wochen- oder Zweiwochenmagazin — erhob am deutlichsten der Vorsitzende a.D., Joscha Schmierer, Einwände. In einer ersten Runde warf er, gegen die vierzehntägige Erscheinungsweise, eher beiläufig das überraschende Argument ein, der angebliche Vorteil eines solchen Magazins könne sich als schwerer Nachteil entpuppen: alle vierzehn Tage — das erhöht den Qualitätsdruck erheblich, an eine solche Zeitschrift würden zu recht sehr viel höhere, weiterreichende Erwartungen geknüpft. Dann aber holte er aus, um sein Projekt zu begründen — das einer *Wochenzeitung*: wenn wir ein solches Organ begründen, dann nicht einfach nur, weil wir gebündelt und ausführlich an einem uns genehmen, weil uns gehörenden Ort veröffentlichen wollen, dann nicht, weil wir anders nicht zu Wort kämen. Vielmehr gehe es hier nicht ohne ein Stück größenwahnsinniger Initiative. Noch immer sei die Presselandschaft der Bundesrepublik außerordentlich stabil, fest gefügt und überraschungslos: getragen vom Nachkriegskonsens und in dessen Bahnen sich bewegend; zwar gebe es inzwischen zahlreiche Erker, der Grundriß aber ist der alte. Unsere Aufgabe wäre es, die Erker zu verlassen (keine Angst, man kann sie weiterhin getrost schreibend begrünen: wir haben ja nichts gegen ökologische Nischen) und ein eigenes Gebäude zu errichten. Es geht nicht darum, eine Lücke auszufüllen oder einen neuen Tupfer zu bieten, sondern darum, eine Bresche in die bestehende Presselandschaft zu schlagen, sie aufzumischen: wenn wir das nicht wagen, gewinnen wir nichts. Man muß sich darüber im klaren sein, daß man mit diesem politisch-kulturellen Projekt von Anfang an in Konkurrenz zu anderen Organen (insbesondere der „Zeit") steht. Der wachsende Erfolg der „Zeit" seit 1968 lehrt einiges: es gibt offensichtlich ein Interesse an einem reflexiven, auch das Grundsätzliche und Perspektiven nicht aussparendem Journalismus, der nicht nur der Tagesaktualität verpflichtet ist, der sich die Zeit und den Atem nimmt, sich auch über sie hinwegzusetzen. Die „Zeit" kommt als einzige Zeitung diesem Bedürfnis nach — aber schlecht, tantenhaft, bonnzentriert, fest in den atlantischen Nachkriegskonsens und das Erbe des westlichen Rationalismus eingebunden; ihr Nachrichtenteil ist miserabel, der Wirtschaftsteil (von Ausnahmen abgesehen) zu den Anzeigen passend, das Feuilleton von einem unerträglichen Provinzialismus, der „Länderspiegel" von einem nachgerade grotesken Hang geprägt, über seinen Gegenstand *nicht* zu berichten. In gewisser Weise ist die „Zeit" der illegitime Erbe des intellektuellen und politischen Aufbruchs in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Hier wäre für uns sozusagen etwas zu holen: diese Tradition wäre in ihren „richtigen" Kontext zu stellen. Für uns hätte das, was das Überleben am Markt angeht, einen großen Vorteil: wir hätten es mit *einem* Gegner zu tun; es ist von Vorteil, *einen* Widerpart zu haben: damit wird die Sache kalkulierbarer. Dagegen wären wir mit einem Magazin von Beginn an auf einen äußerst schwierigen Posten: wir hätten die lange Geschichte gescheiterter Alternativen zum „Spiegel" im Rücken und wären auf dem extrem umkämpften und ausgereizten Zeitschriftenmarkt von Anfang an nur ein Tupfer unter vielen. Was die Leserschaft angeht, könnten wir von Beginn an mit einem nicht unbeträchtlichen Segment von „Zeit"-Lesern rechnen. Gut gemacht, könnte sich eine solche Wochenzeitung lange Artikel sehr wohl leisten: es würde sich herumsprechen, daß man seine Zeit nicht mehr mit anderer Zickzacklektüre verplempern muß, weil hier gebündelt und auf Punkte gebracht wird. In den Konkurrenzkampf um Vorteile im Glamourkampf sollten wir uns gar nicht erst stürzen: hier würde unser Eifer nur konvertitenhaft bemüht wirken, da sind die anderen besser. Wir sollten uns vielmehr ein bißchen Verstocktheit, Hartnäckigkeit und Widerstand gegen die Trends leisten (im übrigen: gegen Trends schafft man Trends): wir kommen nun einmal aus der buchstaben- und schriftschätzenden Ecke, wir sollten diese altmodische Neigung pflegen — gerade die heranrollende, industriell gestützte Welle neuer Medien wird Überdruß erzeugen und das Bedürfnis nach dem gedruckten Argument wachsen lassen. Es bietet sich daher die Form der *Wochenzeitung* an (am besten etwa im Format der „Weltwoche"). Wäre diese Entscheidung erst einmal gefällt, würden die wirklichen Fragen aufkommen: wie sähe ein wöchentlicher Informationsteil aus, worin unterschiede er sich z.B. von der „Regierung-Kohl-am-Ende"-Perspektive des „Spiegel"? Wie begrünt man eine Bleiwüste, ohne zur phantasielosen Alternative der Bilderflut zu greifen? Etc.

3. Conclusio

Das Treffen endete mit einem Meinungsbild zu den beiden verbliebenen Alternativen: Sieben der Anwesenden votierten für die Wochenzeitung, vier für das Wochenmagazin, zwei der sieben Wochenzeitungsanhänger waren freilich nicht ganz entschieden und wollten ein Türchen in Richtung Magazin offenlassen bzw. Zwischenformen in Erwägung ziehen. (…)

Thomas Schmid

ner ersten Runde warf er, gegen die vierzehntägige Erscheinungsweise, eher beiläufig das überraschende Argument ein, der angebliche Vorteil eines solchen Magazins könne sich als schwerer Nachteil entpuppen: alle vierzehn Tage — das erhöht den Qualitätsdruck erheblich, an eine solche Zeitschrift würden zu recht sehr viel höhere, weiterreichende Erwartungen geknüpft. Dann aber holte er aus, um sein Projekt zu begründen — das einer *Wochenzeitung*: wenn wir ein solches Organ begründen, dann nicht einfach nur, weil wir gebündelt und ausführlich an einem uns genehmen, weil uns gehörenden Ort veröffentlichen wollen, dann nicht, weil wir anders nicht zu Wort kä-

gel" von einem nachgerade grotesken Hang geprägt, über seinen Gegenstand *nicht* zu berichten. In gewisser Weise ist die „Zeit" der illegitime Erbe des intellektuellen und politischen Aufbruchs in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Hier wäre für uns sozusagen etwas zu holen: diese Tradition wäre in ihren „richtigen" Kontext zu stellen. Für uns hätte das, was das Überleben am Markt angeht, einen großen Vorteil: wir hätten es mit *einem* Gegner zu tun; es ist von Vorteil, *einen* Widerpart zu haben: damit wird die Sache kalkulierbarer. Dagegen wären wir mit einem Magazin von Beginn an auf einen äußerst schwierigen Posten: wir hätten die lange Geschichte gescheiterter Al-

3. Conclusio

Das Treffen endete mit einem Meinungsbild zu den beiden verbliebenen Alternativen: Sieben der Anwesenden votierten für die Wochenzeitung, vier für das Wochenmagazin, zwei der sieben Wochenzeitungsanhänger waren freilich nicht ganz entschieden und wollten ein Türchen in Richtung Magazin offenlassen bzw. Zwischenformen in Erwägung ziehen. (…)

Thomas Schmid

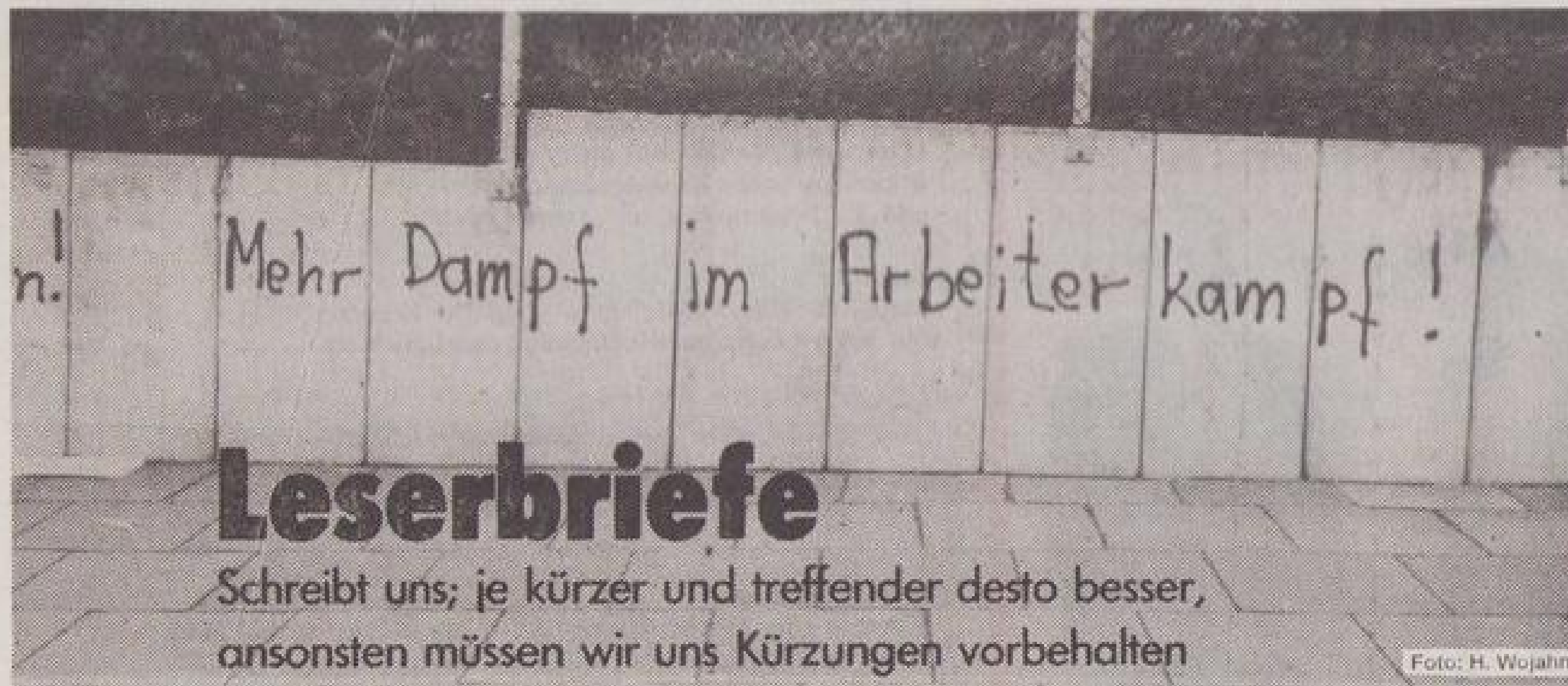


Foto: H. Wojahn

Beobachter

Betr.: Revolutionäre 1. Mai-Demo (AK 295)

Wir haben uns über die dummdreiste Polemik des Artikels „Revolutionäre 1. Mai-Demo" geärgert. Er hätte auch in der taz stehen können. Der AK reiht sich damit mal wieder nahtlos in die gesamte bürgerliche (Nicht-)Berichterstattung ein, die nur auf die Bullen schaut (s. ganzseitigen Artikel im selben AK), aber zur inhaltlichen Auseinandersetzung unfähig ist. Der Artikel beweist noch einmal mehr, daß der KB gegenüber der revolutionären Linken nur noch einen grünen Beobachterstatus hat, und sich ansonsten in reformistischen „Bündniskisten" bewegt ohne „inhaltliches abgestimmtes Konzept" und völlig perspektivlos. Der vielgepriesene „Bezug auf die Arbeiterklasse" reduziert sich beim KB auf die linken Vorzeigefunktionäre des DGB. Daß „eher stadtteilbezogene Probleme wie Mietwucher oder Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung bis hin zur internationalen Solidarität (Palästina, Kurdistan, Türkei) und den Perspektiven des Widerstandes (z.B. IWF-Kampagne, Mietboykott, VoBo)", etwas mit der Arbeiterklasse zu tun hat, muß dem KB entgangen sein. Es drängt sich der Verdacht auf, daß für den KB die ArbeiterInnenklasse eh nur männlich ist, sich ausschließlich in der Fabrik aufhält und die Führungsrolle des DGBs uneingeschränkt akzeptiert.

Auf eine weitere Auseinandersetzung mit polemischen AK-Artikeln und mit dem KB selbst legen wir aufgrund seiner Unwichtigkeit für die Diskussionen innerhalb der revolutionären Bewegung in der BRD und WB keinen gesteigerten Wert. Wir gehen aber davon aus, daß interessierte LeserInnen des AKs sich solidarischer mit der Revolutionären 1. Mai-Demo auseinandersetzen wollen und verweisen auf die Dokumentation zur Demo, die vermutlich Ende Juni erscheint.

Autonomes/Antiimperialistisches 1. Mai-Plenum Westberlin

Christlicher Auftrag

Betr.: Kampf der Klerikalisierung von Staat, Gesellschaft und den Grünen (AK 295)

Die Hochreligionen waren die Voraussetzung aller Kritik an Staat und Gesellschaft. Obwohl die Religionen häufig zum organisierten Seelenzwang entarteten, hatten sie zunächst die im ersten Satz provozierend formulierte befreiende Wirkung. Denn sie haben das menschliche Individuum in eine direkte Beziehung zur „letzten geistigen Wirklichkeit" gesetzt und es so befähigt, „seiner Gesellschaft kritisch zu begegnen und im äußersten Fall (…) den Gehorsam zu verweigern" (so Toynbee). Im Christlichen ist dieses befreiende Moment sicherlich ab der constantinischen Wende gebrochen worden, aber es konnte von den Institutionen nicht gebrochen werden. Und so ist durch all die Jahrhunderte hindurch immer wieder christlicher Widerstand gegen das jeweilige Staatswesen, oft einschließlich der mit dem Staat kooperierenden Kirchenhierarchie, praktiziert worden. Ernst Bloch schrieb dazu: „Wenn christlich die Emanzipation der Mühseligen und Beladenen wirklich noch gemeint ist, wenn marxistisch die Tiefe des Reichs der Freiheit wirklich substanziierender Inhalt des revolutionären Bewußtseins bleibt und wird, dann wird die Allianz zwischen Revolution und Christentum in den Bauernkriegen nicht die letzte gewesen sein." Und wenn wir an die nicaraguanische Revolution denken, nach der den Christen ausdrücklich für ihre Unterstützung der Revolution und die Mitarbeit am Aufbau des neuen Nicaragua gedankt worden ist, oder bei dem Widerstand gegen Marcos und heute gegen Aquino, unter der sich die Menschenrechtssituation mehr und mehr verschlechtert (nach Angaben der Philippinischen Vereinigten Kirche Christi), müssen wir Bloch recht geben. Die PVKC hat ebenso kritisiert, daß Kardinal Sin den „totalen Krieg" der Regierung Aquino gegen „kommunistische Infiltranten" gutheißen würde. An dieser Presseerklärung — entnommen dem „Zentralorgan" der Altkatholiken (ak) in Deutschland — wird die Problematik deutlich, um die es bei dem Artikel hätte gehen müssen. Es gibt auf der einen Seite Christen — auch bei uns in der BRD — die vom Evangelium her sagen: „Kapitalismus tötet — er muß beseitigt werden". Auf der anderen Seite sind Teile der Kirchenleitungen/-institutionen so sehr mit diesem Staatsapparat verbunden, daß sie bereit scheinen oder sind, Teile des christlichen Glaubens gegen Absicherungen der Institution aufzugeben. Wenn es in dem Artikel wirklich um die Zielrichtung einer „Perspektive des antiklerikalen Kampfes" ginge, hätte auf die erwähnten „Problemfelder" eingegangen werden müssen. Aber statt einer notwendigen Analyse und Differenziertheit wird platt antichristlich pauschalisiert.

So soll die evangelikale Dora Flinner einen „Canossagang zu den Katholiken" gegangen sein. Vergleichbar realistisch wäre da ein Canossagang von Helmut Schmidt zum Kreml, in dem der reuige Sünder zu den Ursprüngen seiner spezialdemokratischen Partei zurückkehrt. Die „Aussöhnung der Alternativpartei mit den Großkirchen" sah ja nun so aus, daß der „deutsche Vatikan" die Gepräche abgebrochen hat und die Grünen für unwählbar erklärte. Dieser Erfolg des Bußganges, der die „Klerikalisierung der Grünen" sicherlich entscheidend vorangetrieben hat, ist der Anlaß für die Antragsteller, „massiv zu widersprechen". Das erscheint sicherlich jedem/jeder einleuchtend.

Die grünen Christen, die an den Gesprächen mit den Kirchen beteiligt waren, haben natürlich das Handeln der Großkirchen mit christlicher Begründung hinterfragt. Die Gespräche dienten also dazu, den (noch?) gesellschaftsverändernden Ansatz der Grünen in die (noch?) gesellschaftlich relevante Gruppe der Kirchen hineinzutragen und die Kirchen an ihren christlichen Auftrag zu erinnern. Frieden ohne Waffen schaffen, Gerechtigkeit auch im Wirtschaftssystem, Vorrang der Ökologie/Schöpfung vor der Ökonomie.

Wenn der Sinn des Artikels wirklich ist, dieser Tendenz „massiv zu widersprechen", ist er in der falschen Zeitung abgedruckt. Statt im arbeiterkampf sollte er statt dessen im Bayernkurier stehen.

Karsten Jagau
Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Christen bei den Grünen Baden Württemberg

Berichtigung

So sehr ich den AK für ein interessantes Diskussionsforum halte, vergeht bei mir allmählich die Lust, namentlich unterzeichnete Beiträge zu liefern, denn durch die Spontanität der SetzerInnen wird man einer Menge Peinlichkeiten ausgesetzt:

So stammt der Artikel ,,Der zweite Volksaufstand in Palästina ...'' im AK 295 nicht von *mir*, ich habe ihn lediglich aus dem Hebräischen übersetzt; weder verdiene ich die zweifelhafte Ehre, noch kann ich allem, was in dem Artikel steht, zustimmen.

Auch mein Leserbrief im AK 294 wurde neu formatiert: Die Stellungnahme des ,,Palästina-Komitees'', die ich kritisierte, bezog sich nicht auf meinen Artikel zu ,,Assimilationismus'' im AK 291, sondern auf einen ganz anderen Beitrag, zur ,,israelischen Linke'', im GAL-Rundbrief.

Sind hier die Gesetze der Dialektik am Spiel, oder hat jemand Spaß daran, eigene Federstriche zu hinterlassen?

Yaron Matras

Fortsetzung von Seite 44

„Und weil der Schmarrn ein Schmarrn ist, drum muß man'n kritisieren — bitte sehr!"

Sprecher, Sänger und Musiker mobilisierte er Senta Berger, Götz George, Albert Mangelsdorff, Hans-Werner Henze und Heinz Rudolf Kunze mit Band; Dehm selber entschloß sich, unter Beibehaltung der Musik seinen ehedem für die „bots" verfaßten Text vom „Weichen Wasser, das den Stein bricht", auf die SPD umzudichten. Schließlich fand dann vor einigen Wochen die Uraufführung des opus summum im Ollenhauerhaus der SPD vor erlauchtem Publikum statt und seitdem

schen Oberförster bis zum Stadtindianer alle zum Singen und Tanzen. Hier beginnen schon die ersten Parallelen zur Friedensbewegung sich abzuzeichnen, doch hören wir uns weiter an, was da gesungen wird. Mit meisterhaft knarzender Stimme, wie man sie aus der „Bonner Runde" kennt („… also wissen Sie, Herr Lueg, die deutschen So-zialdemokrratn …"), trägt der Ehrenvorsitzende der SPD mit Posaunenbegleitung den Refrain des Liedes vor:

Fortsetzung von Seite 44

„Und weil der Schmarrn ein Schmarrn ist, drum muß man'n kritisieren — bitte sehr!"

Sprecher, Sänger und Musiker mobilisierte er Senta Berger, Götz George, Albert Mangelsdorff, Hans-Werner Henze und Heinz Rudolf Kunze mit Band; Dehm selber entschloß sich, unter Beibehaltung der Musik seinen ehedem für die „bots" verfaßten Text vom „Weichen Wasser, das den Stein bricht", auf die SPD umzudichten. Schließlich fand dann vor einigen Wochen die Uraufführung des opus summum im Ollenhauerhaus der SPD vor erlauchtem Publikum statt und seitdem
liegt dasselbe auch auf Schallplatte vor. Entstanden ist — soviel sei vorweggenommen — ein Produkt, das über allem inhaltlichen Unsinn oder vielmehr gerade deswegen Geschichte, Praxis und Selbstverständnis (und die nicht vorhandene Theorie) der SPD wahrheitsgemäß zusammenfaßt: nie eine revolutionäre Partei gewesen und keine Ambitionen, eine zu werden, was von Anke Fuchs bestätigt und gewürdigt wird („… die Melodie ‚Das weiche Wasser', die unsere 125-jährige Parteigeschichte charakterisiert" bzw. der „Text des Liedes, der wie ein kleines Mosaik sozialdemokratische Tradition und Perspektiven lyrisch verbindet"). Aus der neuen Parteihymne läßt sich also fast mühelos der real verkommene Zustand der SPD ablesen, was uns nicht weiter zu bekümmern bräuchte; weil wir's eh' scho' wissen. Die Tatsache aber, daß vielleicht das Lied der deutschen „Friedensbewegung" ohne größere Reibungen zum Parteilied der SPD avancieren konnte; daß ferner kein nennenswerter Unterschied zwischen der Parteihymne und den die „neuen sozialen Bewegungen" begleitenden jeremiadischen Klagegesängen über den abgeholzten Baum vor'm Fenster festzustellen ist — dies erlaubt Rückschlüsse über den emanzipatorischen Gehalt jener Bewegungen, und das geht uns sehr wohl etwas an. Aber dazu später.

Vorerst müssen wir uns etwas genauer ansehen, wie der poetische und musikalische Schließmuskel geöffnet wird und die inhaltliche Idiotie kraftvoll zutage tritt:

„Monopoli, das kalte Spiel
solln Menschen nur Figuren sein?
Die Sieger kosten uns zuviel
und jeder wird dabei zum Stein."

Wer solchen Zeilen zum ersten Mal lauscht, der muß sich schon sehr in acht nehmen, daß er nicht beginnt über die tiefere Bedeutung jener Worte zu grübeln, weil er sich ansonsten in einem Gewirr abstrusester Hirngespinste verlöre, aus denen ihn nur ein erfahrener Psychiater wieder befreien kann. Dabei haben wir es nur mit jenem im „Jargon der Eigentlichkeit" vorgetragenen kulturkritischen Geraune zu tun, worin über die Kälte und Unwirtlichkeit der modernen Welt geklagt wird und dessen Konsequenz logischerweise nur die sein kann:

„Drum tanz mit uns auf unsrem Fest
laß zeigen wie sich's leben läßt
Mensch! … Menschen können
Menschen sein
das weiche Wasser bricht den Stein."

Es tümelt also: alle Unterschiede zwischen dem gesellschaftlichen Oben und Unten sind vergessen, und fest entschlossen, der Kälte und Herzlosigkeit unserer Zeit das eigene pulsierende Leben entgegenzusetzen, vereinigen sich vom bayri-

schen Oberförster bis zum Stadtindianer alle zum Singen und Tanzen. Hier beginnen schon die ersten Parallelen zur Friedensbewegung sich abzuzeichnen, doch hören wir uns weiter an, was da gesungen wird. Mit meisterhaft knarzender Stimme, wie man sie aus der „Bonner Runde" kennt („… also wissen Sie, Herr Lueg, die deutschen So-zialdemokrratn …"), trägt der Ehrenvorsitzende der SPD mit Posaunenbegleitung den Refrain des Liedes vor:

„Wir sind die stärkste der Parrtein
und sind wir schwach und sind wir klein
wir wollen wie das Wasssa sein
das weiche Wasssa brricht den Stein."

Die von keinerlei Vernunft und klaren Gedanken belastete Annahme, die „Mächtigen" würden, wenn man sie nur lang genug mit scheußlichen Liedern beschallt, Einsicht und Reue zeigen und ihre Politik verändern, ist faktisch eine Bewährungsprobe auf Prinzipienfestigkeit, Durchhaltevermögen und Glauben des Einzelnen und deswegen ergeht an ihn der kategorische Imperativ:

„Was du willst, geht nicht ‚ohne Dich'
drum sag bloß keiner ‚nich mit mir'
Mensch komm und schaff Dein ‚großes Ich'
mit ran, mit rein bei unserm ‚Wir'
Klar: unser Weg ist elend weit
noch ältre Bilder falln mir ein
nur: in Bewegung, mit der Zeit
siegt jedes Wasser über Stein."

— womit wir zum Kern der Sache vorgestoßen wären. Die Aufforderung an den Einzelnen, sich einzureih'n in und mitzumachen bei der Arbeit an der großen Sache, setzt diesen als auswechselbares, bloß numerisch zu zählendes Exemplar der Gattung Mensch und so wird die große Anzahl derer, die sich für die große Sache mobilisieren lassen, zum alleinigen Erfolgskriterium. Was für die SPD in dieser Hinsicht die eingeheimsten Wahlstimmen sind, waren für die Friedensbewegung die Unterzeichner von Unterschriftenlisten und Teilnehmer an Schwitzhändchenketten — und das verbindet. Darf man hier seinen Wahlzettel abgeben und dafür ein Werbegeschenk in die Hand nehmen, so durfte man dort stricken und radeln, hobeln und gärtnern, basteln und singen für den Frieden — nur eins darf man in beiden Fällen nicht: sich gegen seine gesellschaftlich produzierte Unmündigkeit zur Wehr setzen. Die ästhetische Verdoppelung der ohnehin vorhandenen Abhängigkeit und Schwäche der Individuen im Lied vom „Weichen Wasser, das den Stein bricht", konnte also von der SPD ohne Schwierigkeiten zum neuen Parteilied erhoben werden: als Ausdruck von Geschichte und Praxis einer Partei, die nichts erreicht hat, trotzdem entschlossen weitermacht und garantiert dafür sorgt, daß alles weiter seinen kapitalistischen Gang geht, oder, um mit einem Saint-Simonisten und Mitarbeiter der „Allgemeinen Musikalischen Zeitung" des vorigen Jahrhunderts zu sprechen: *„(Es) hat die Musik die hohe Bestimmung, die Scheidewand zwischen Elend und Laster zu bilden, indem sie einerseits die gedrückte Seele aufrichtet, andererseits einen größeren, materiellen Gewinnvorbereitet."* C'ést ca!

cl./KB Westberlin

„Und weil der Schmarrn ein Schmarrn ist, drum muß man'n kritisieren — bitte sehr!“

Anmerkungen zum neuen Parteilied der SPD

„Wir dürfen doch den Populismus nicht den anderen überlassen.“
Dieter Dehm

„Nicht nur appelieren die Schlager an eine lonely crowd, an Atomisierte. Sie rechnen mit Unmündigen; solchen, die des Ausdrucks ihrer Erfahrungen und Emotionen nicht mächtig sind.“
T.W. Adorno.

In seinem Anfang der 40er Jahre in den USA verfaßten Essay „Organisierte Geräusche. Anmerkungen zur Nationalisierung der Musik und Musikwissenschaft in Deutschland“ schreibt der mit Hanns Eisler befreundet gewesene Musikwissenschaftler Joachim Schumacher: *„Unwillig oder unfähig, politische Freiheit zu fordern und durchzusetzen, reduzierte in Deutschland das Bürgertum seine Forderungen auf ‚Gedankenfreiheit‘ (...) und schließlich begnügte man sich mit ‚Sangesfreiheit‘. Freiheit sollte also ersungen werden — wenn es nur recht laut und robust dabei zuging.“* Daß die deutsche Bourgeoisie eine revolutionäre und heroische Geschichte hätte, das hat sie sich wahrlich nicht vorzuwerfen. Dafür aber hält sie sich zugute, daß der „deutsche Geist“ Werke von epochaler Bedeutung und vor allem unergründlicher Tiefe geschaffen habe: Deutschland, das Land der Dichter und Denker, die Kulturnation, sozusagen ein als Nation konstituierter Gesangs- und Lesezirkel.

Auch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie — das hat jene mit der deutschen Bourgeoisie gemein — ist alles andere als glanzvoll. Mehr als das auf die Dauer auch langweilige Alltagsgeschäft, revolutionäre Utopien in kostenneutrale Gesetzesvorschläge umzufunktionieren, Bewilligung der Kriegskreditte 1914, Niederschlagung der 1918er Revolution, die Nazi-Barbarei nicht mit verhindert zu haben, einen Kanzler nicht zuletzt, der in die Geschichte als der schneidige Exekutor von Sachzwängen, Stammheim und Mogadischu einging — viel mehr als das hat die SPD nicht vorzuweisen, und das ist schon mager genug. Im Unterschied jedoch zur Bourgeoisie konnte die SPD bislang für sich nicht reklamieren, wenigstens jene Sphäre des „Wahren, Guten und Schönen“ um ein bleibendes Werk bereichert zu haben — die paar Lieder von der Art „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ waren für diesen Zweck einfach zu grobschlächtig und schwerfällig, nicht vergeistigt genug.

Daß an diesem Punkt bislang ein offenkundiger Mangel bestand, der der Beseitigung harrt, spürte Dieter Dehm, berühmt-berüchtigt als unermüdlicher Streiter wider die zersetzende Kritik an neudeutschen Widerständchen sowie als energischer Verfechter des eingängigen und volksnahen Liedes, des Kunststils des imperialistischen Realimus sozusagen. Geküßt von der sozialdemokratischen Muse Anke Fuchs, die ihn inspirierte, für die SPD eine neue Parteihymne zu schreiben, sah der hauseigene Shdanow seine Stunde gekommen und machte sich vor einem halben Jahr an die Arbeit. Als

Fortsetzung vorherige Seite

DAS WEICHE WASSER
(D. Dehm)

1. Was Du willst, geht nicht 'ohne Dich'
drum sag bloß keiner 'nich mit mir'
Mensch komm und schaff Dein 'grosses Ich'
mit ran, mit rein bei unserem 'Wir'

Klar: unser Weg ist elend weit
noch ältre Bilder falln mir ein
nur: in Bewegung, mit der Zeit
siegt jedes Wasser über Stein

Refr.:
'WIR SIND DIE STÄRKSTE DER PARTEIEN'
UND SIND WIR SCHWACH,
UND SIND WIR KLEIN
WIR WOLLEN WIE DAS WASSER SEIN
DAS WEICHE WASSER BRICHT DEN STEIN

2. Europa hatte zweimal Krieg
der dritte wird der letzte sein
gib bloss nicht auf! gib nicht klein bei!
das weiche Wasser bricht den Stein

Die Rüstung sitzt am Tisch der Welt
und Kinder, die vor Hunger schrein
für Waffen fliesst das grosse Geld
doch weiches Wasser bricht den Stein

Refr.: 'WIR SIND...'

3. Monopoli, das kalte Spiel
solln Menschen nur Figuren sein?
die Sieger kosten uns zuviel
und jeder wird dabei zum Stein

Drum tanz mit uns auf unsrm Fest
lass zeigen wie sich's leben lässt
Mensch!... Menschen können Menschen sein
das weiche Wasser bricht den Stein

Refr.: 'WIR SIND...'



Das ist sie, die SPD: Uraufführung des neuen SPD-Hits mit Heinz-Rudolf Kunze, Anke Fuchs und Oskar.

INHALT

Undogmatischer Aufbruch erzeugt linke Langeweile 16

Der nächste Arbeiterkampf erscheint am 22. August 1988



„Mach dir nichts draus, wir hätten hier sowieso halten müssen.“